

Jürgen Bertram

**Die Wahlen
zum Deutschen Reichstag
vom Jahre 1912**

*Parteien und Verbände in der Innenpolitik
des Wilhelminischen Reiches*



D R O S T E V E R L A G · D Ü S S E L D O R F

Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE

D 188

1964

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn

Gesamtherstellung:
Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 28

Vorwort

Seitdem die Schlüsselstellung von Parteien und Verbänden in der Verfassungswirklichkeit des modernen Staates in ihrem ganzen Ausmaß erkannt worden ist, haben Historie und Politische Wissenschaft mit zahlreichen beachtenswerten Arbeiten zu ihrem näheren Verständnis beigetragen. Dennoch fehlte es bislang an eingehenderen historischen Untersuchungen über die deutsche Innenpolitik, die das Mit- und Gegeneinander der großen Partei- und Verbandsmaschinerien, ihre Mittel und ihre Möglichkeiten im Augenblick der stärksten Bewährungsprobe betrachtet hätten, nämlich in der Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes.

Das vorliegende Buch bemüht sich, für die Spätzeit des Wilhelminischen Reiches hierzu einen Baustein zu liefern. Zum Hintergrund bot sich die Reichstagswahl von 1912 an, da sie als letzte vor dem Ausbruch des Weltkriegs Parteien und Verbände in ihrer weitesten organisatorischen Ausbildung zur Zeit des Kaiserreiches zeigte, überdies sich aber bereits Ansätze zu gewissen Formen abzeichneten, die ihre volle Ausbildung erst in den Jahren der Weimarer Republik finden sollten.

Da das Manuskript im Frühjahr 1963 abgeschlossen wurde, habe ich die verdienstvolle und anregende Arbeit Peter Molts nur in den wenigen Fällen berücksichtigen können, in denen ich zu einer anderen Auffassung neige.

An dieser Stelle danke ich vor allem meinem Lehrer, Professor Gerhard A. Ritter, dessen mannigfaltiger Rat und vielfache Unterstützung nicht nur das Entstehen dieser Arbeit, sondern auch meinen persönlichen Werdegang entscheidend gefördert haben.

Berlin, im Dezember 1964

Jürgen Bertram

Der zwölfte Reichstag (1907—1912)

Am 16. Juni 1909 versuchte Fürst Bülow, vierter Kanzler des Deutschen Reiches, in einer Rede über die politische Situation sein großes Unternehmen zu retten, das er erst zweieinhalb Jahre zuvor ins Werk gesetzt hatte. Damals, im Winter des Jahres 1906, hatte Bülow allseits überraschend aus zweitrangigem Anlaß den Reichstag aufgelöst, um so die Regierung aus der Abhängigkeit von der Zentrumsparlei zu befreien, die — obgleich eine Minderheit — ihre Schlüsselstellung zwischen den Fraktionen immer entschiedener auszuwerten verstand. Aber auch bei einem Ergebnis der nun fälligen Neuwahlen, das seinen Plänen günstig war, konnte Bülow nur hoffen, eine arbeitsfähige Mehrheit im Reichstag zu gewinnen, wenn er es verstand, die Linksliberalen aus ihrem verneinenden Standpunkt herauszulösen, den sie zumal in nationalen Belangen einnahmen. Denn nur mit einer zur Mitarbeit bereiten Front aller Parteien von den Linksliberalen über die Nationalliberalen bis hin zu den Deutschkonservativen bestand eine Aussicht, den beiden großen Fraktionen im Reichstag, der Sozialdemokratie und dem Zentrum mit seinen Gefolgsparleien der Polen, Elsaß-Lothringer und Welfen, eine Mehrheit entgegenzusetzen.

Daher stellte Fürst Bülow die Führung der Regierung in der Wahlbewegung ganz auf den Kampf „für Gut und Ehre der Nation gegen Sozialdemokratie, Polen, Welfen und Zentrum“ ab, wie es in seinem „Silvesterbrief“ an den Leiter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, General von Liebert, hieß. Gleichzeitig bemühte er sich, einer Koalition der liberalen und konservativen Parteien, einer „Paarung konservativen Geistes mit liberalem Geist“ so gut wie möglich vorzuarbeiten.

Das Ergebnis der Wahlen vom Januar 1907 entsprach nur teilweise seinen Hoffnungen. Zwar konnte die Sozialdemokratie durch den nationalen Elan, der diesen Wahlkampf ausgezeichnet hatte, und durch Wahlabsprachen zwischen den Bülowparleien auf nahezu die Hälfte ihrer Mandate beschränkt werden. Sie zählte statt 81 nur noch 43 Abgeordnete im Reichstag. Das katholische Zentrum dagegen konnte durch eifriges Fördern der Kulturkampfstimmung seine Position nicht nur halten, sondern sogar noch leicht ausbauen. Immerhin besaß die von Bülow angestrebte und gegen die Bedenken der Beteiligten auch durchgesetzte Koalition aller Liberalen und aller Konservativen eine — wenn auch nicht sonderlich große — Mehrheit im Parlament. Zum ersten Male nach langer Zeit war somit die Zentrumsparlei von ihrem bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeschaltet. Diesen Platz nahmen von nun an die Konservativen ein. Von ihrer Entscheidung hing in erster Linie der Bestand des Bülowblocks ab. Denn ebenso wie mit den liberalen Parteien konnten sie auch

mit der Zentrumspartei die Mehrheit stellen, was ihnen in vieler Hinsicht viel eher entsprach und sich in der Vergangenheit oft bewährt hatte. Da andererseits besonders die Linksliberalen mit Rücksicht auf ihre Wählerschaft nur in gewissen Grenzen den Konservativen Zugeständnisse machen konnten, mußte sich der Kanzler bemühen, die Politik auf einer Mittellinie zu halten, wie sie naturgemäß am ehesten der Politik der Nationalliberalen entsprach.

Schon Bülow's erste Rede vor dem neuen Reichstag suchte das zu berücksichtigen, indem er der Rechten des Blocks die Bewahrung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik versprach, der Linken andererseits ein Reichsvereinsgesetz, eine Reform des Straf- und Prozeßrechtes — besonders im Hinblick auf die Milderung in der Ahndung von Majestätsbeleidigungen — und eine Börsengesetznovelle in Aussicht stellte.

Alle diese Aufgaben berührten keine Prinzipienfragen bei irgendeiner der beteiligten Parteien, waren also geeignet, gerade im schwierigen Anfangsstadium des Blockes der Zusammenarbeit der Fraktionen zu dienen. Anders stand es mit dem Problem einer Reform der Reichsfinanzen, das sich mit unabweisbarer Notwendigkeit stellte und bei der jede Partei mit Rücksicht auf die Interessen ihrer Anhänger weit weniger elastisch operieren konnte. Bülow beschloß daher nach einer Unterredung mit dem nationalliberalen Führer Bassermann im Februar 1907, die Reform noch um ein Jahr hinauszuschieben, um den Anfängen des Blocks nicht unnötige Belastungen aufzubürden.

Aber die Spannungen zwischen den Blockparteien waren ohnedies groß genug. Das zeigte sich mit aller Deutlichkeit, als die Forderung der Liberalen nach einer gleichen Blockbildung auch im Landtag des größten deutschen Einzelstaates, Preußen, unerfüllt verhallte. Hier bestimmte weiterhin eine Mehrheit aus Konservativen und der Zentrumspartei den Gang der Regierungsgeschäfte.

Im Reichstag fand der Block trotzdem mit der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes, des Börsengesetzes und des Gesetzes zur Milderung von Strafen für Majestätsbeleidigung einen stützenden Zusammenhalt. Erst die „Daily-Telegraph-Affäre“ leitete auch für die Blockpolitik einen neuen Abschnitt ein. Das Interview des Kaisers, zusammengestellt nach Äußerungen, die er gegenüber dem englischen Obersten Stuart Worthley gemacht hatte, erregte nicht nur das Befremden fast aller Großstaaten, sondern weckte mehr noch in Deutschland selbst einen Sturm der Entrüstung gegen Wilhelm II.

Nun hatte er zwar in den zwanzig Jahren seit seiner Thronbesteigung mehr als einmal die Öffentlichkeit mit den Zeugnissen seines „persönlichen Regiments“ schockiert. Feststeht aber, daß er dieses Mal durchaus korrekt und verfassungsmäßig gehandelt hatte. Er hatte das fragliche Manuskript vor seiner Freigabe an die englische Zeitung dem Reichskanzler zur Prüfung übersandt. Gelesen oder ungelesen betraute Bülow mit dieser Aufgabe einen Legationsrat des Auswärtigen Amtes, der allein einige sachliche Berichtigungen vornahm. Dadurch, daß das Interview gleichzeitig über das „Wolffsche Telegraphenbüro“

und die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verbreitet wurde, war der Regierung die Möglichkeit eines Dementis genommen.

Da sich die Kritik der Presse und der Parteien hauptsächlich gegen die Person des Kaisers richtete, wagte es der verfassungsmäßig allein verantwortliche Reichskanzler entgegen seiner ursprünglichen Absicht nicht, sich in den Reichstagsdebatten schützend vor das Staatsoberhaupt zu stellen, sondern bewog den Kaiser zu einem öffentlichen Eingeständnis seiner Schuld: Wilhelm II. gab eine Garantieerklärung ab, daß er seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin erblicke, „die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit zu sichern“. Damit konnte der Sturm in der Öffentlichkeit rasch beruhigt werden. Die Episode des Kaiserinterviews führte aber zu einem Verlust des Ansehens des deutschen Staatsoberhauptes, dessen Auswirkungen für den Augenblick noch gar nicht abzusehen waren. Sie wies aber auch unübersehbar auf die Mängel der deutschen Verfassungswirklichkeit. In der Kritik an den Geschehnissen waren sich alle Parteien, selbst die konservativen, einig. Uneins war man sich nur über die Weise, wie man ähnlichen Fällen in der Zukunft begegnen könnte. Hier prallten die auf Bewahrung der Staatsautorität bedachten Konservativen hart mit den fortschrittlichen Kräften zusammen, die unüberhörbar eine Stärkung der Rechte des Reichstags in der Verfassung forderten, nämlich in der Form eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, einer engeren Bindung des alleinverantwortlichen Kanzlers an das Parlament. Angesichts der immer bedrohlicheren weltpolitischen Lage suchte man mit dem Wunsch nach einem außenpolitischen Ausschuß des Reichstags eine Einflußmöglichkeit auf die Führung der auswärtigen Politik des Reiches zu gewinnen. Die Fraktionen des deutschen Parlamentes ließen jedoch die sich hierfür bietende günstige Gelegenheit der Daily-Telegraph-Debatte vom 10. und 11. November 1908 ungenutzt verstreichen und erschöpften sich in fruchtloser Kritik.

Als knappe zwei Wochen später bei der ersten Lesung der Reichsfinanzreform der Freisinn versuchte, Verfassungsverbesserungen auf dem Wege eines Kompromisses in den Steuerfragen durchzusetzen, erhielt er von den Deutschkonservativen eine klare Absage, die von der Drohung eines Austritts aus dem Block begleitet war. Aber auch ohne Verknüpfung mit den Verfassungsproblemen wurde die Finanzreform zum Prüfstein des Bülowblocks. Von den 500 Millionen Mark Steuern, die die Regierung forderte, sollte der Besitz erstmals vom Reich zu einem Beitrag von 100 Millionen direkter Steuern in der Form einer Ausweitung der Nachlaßsteuer auf das Gatten- und Kindeserbe herangezogen werden. Diesem Plan widersetzten sich die Konservativen als Vertretung des Grundbesitzes mit aller Kraft. Sie erhielten Beistand vom Zentrum, das die Möglichkeit erkannte, an Stelle der Liberalen wieder bestimmenden Einfluß im Reichstag zu erlangen. Die Öffentlichkeit, die mit wachsender Erregung die Vorgänge im Parlament verfolgte, zwang jede Partei, auf ihrem

einmal gefaßten Standpunkt zu verharren. Besonders die Konservativen hatten sich in der Ablehnung dieser Steuer von Anfang an unwiderruflich festgelegt.

In der anfangs erwähnten Rede des Kanzlers am 16. Juni 1909 vor der ersten Lesung des Erbschaftssteuergesetzes suchte Bülow ein letztes Mal, die zerspringende Ehe der Konservativen und der Liberalen zu kitten.

Nach einer Auseinandersetzung mit dem Zentrum weigerte er sich entschieden, die Geschäfte der Regierung ohne die Liberalen zu führen. Er dachte nicht daran, sich mit dem Programm der Liberalen zu identifizieren, „aber die Mitwirkung der Liberalen bei großen gesetzgeberischen Aufgaben erscheint mir im Interesse unserer Fortentwicklung, einer ruhigen und gesunden Entwicklung, in hohem Grade wünschenswert“. Damit hatte sich Bülow in einer Weise an die Entscheidung der Parteien im Reichstag gebunden wie vor ihm noch nie ein Kanzler des Reiches. Das Schicksal der Erbschaftsteuer war auch sein Schicksal geworden.

In seiner großen Rede wandte sich Bülow nun an die Konservativen. In Deutschland, wo keine Partei die absolute Mehrheit besäße, könnte auch keine Partei verlangen, „daß die Regierung nur auf ihre Worte schwört“. Deshalb hätte er sich nicht der Zentrumsparlei gebeugt und werde es auch nicht den Konservativen gegenüber tun. Die Politik der Konservativen mit ihrer von vornherein starren Haltung in der Erbschaftsteuerfrage wäre zwar konsequent, aber es wäre „ein Irrtum zu glauben, daß Konsequenz auch politische Fehler rechtfertigt . . . Der Sieg in der Gegenwart“, warnte Bülow die Rechte des Hauses, „ist häufig der Vater von Niederlagen in der Zukunft“. Zwar hätten die Konservativen mehr als andere Parteien am Aufbau und Ausbau des Reiches Anteil gehabt. Die Regierung könnte aber „nicht zur Geschäftsführerin der konservativen Partei werden, ebensowenig wie die Regierung von Ihnen verlangt, daß Sie eine Regierungspartei ‚sans phrase‘ sein sollen“.

Und eindringlich mahnte der Kanzler die konservative Partei, die Zeichen der Zeit zu verstehen und sich nicht das eigene Grab zu graben, indem sie „unhaltbar gewordene Positionen nicht rechtzeitig räumte“.

Das Veto der Konservativen würde vielleicht die Erbschaftsteuer zu Fall bringen, für die Zukunft aber nur neuen Erbschaftssteuern den Weg bahnen, die dann ohne und gegen die Rechtsparteien durchgesetzt werden würden. Durch die jetzt geübte Haltung könne nur einem Radikalismus der Weg geebnet werden, „den zu begünstigen weder Sie noch ich vor der Nachwelt verantworten können“.

Dennoch haben diese eindringlichen Worte, die eine große Einsicht in die innere deutsche Situation erkennen lassen, den Sturz der Erbschaftsteuervorlage durch die unbeugsamen Konservativen und willfährigen Zentrumsabgeordneten nicht verhindern können. Bülow trug dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch vor, das aber erst nach der Durchführung der Reichsfinanzreform bewilligt wurde, um nicht den Anschein einer Abhängigkeit oder gar Verantwort-

lichkeit des Kanzlers vom Reichstag hervorzurufen. Die Finanzreform wurde nun zügig im Sinne von Konservativen und Zentrum, gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, des Freisinns und selbst der Nationalliberalen zu Ende geführt. Ihre Auflagen, die einseitig die große Masse belasteten, entfachten einen bis dahin unbekannten Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung, von dem die Oppositionsparteien sich gute Aussichten für ihre politischen Ziele versprachen. Bülow's Voraussage war somit bereits teilweise Wirklichkeit geworden. Es mag nicht nur der gerade errungene große diplomatische Erfolg des Reiches unter Bülow in der Beilegung der bosnischen Annexionskrise gewesen sein, der Deutschlands internationale Stellung in Bülow's Augen offenbar so gesichert erscheinen ließ, daß der scheidende Kanzler zu seinem Nachfolger einen in der Außenpolitik wenig erfahrenen Mann dem Kaiser empfahl. Gerade die von ihm befürchteten innenpolitischen Kämpfe dürften ein wesentlicher Grund gewesen sein, einen auf diesem Gebiet so versierten Fachmann wie Bethmann Hollweg vorzuschlagen.

Bei aller zweifellosen Tüchtigkeit, bei aller tiefen Einsicht in die problematische innere und äußere Lage des Deutschen Reiches haftete dem neuen Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg jedoch ein grundlegender und entscheidender Mangel an: seine Entschlußlosigkeit. Angesichts der mit jeder neuen außenpolitischen Krise sich dichter zusammenballenden Wolken am Welthorizont wagte Bethmann keinen richtungsändernden Eingriff in das Räderwerk der Reichsmaschinerie. Gewiß hatte seine Kanzlerschaft bis zu den letzten Wahlen vor dem Weltkrieg nicht unbeträchtliche Erfolge aufzuweisen, so in der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung, die alle bereits bestehenden Versicherungsgesetze einheitlich zusammenfaßte, und in der einer Verfassung für Elsaß-Lothringen, auf die das Reichsland seit 1871 vergeblich hatte warten müssen. Aber schon auf der preußischen Ebene, bei der Einlösung des 1908 zur Eröffnung des preußischen Abgeordnetenhauses gegebenen Kaiserwortes für eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts resignierte Bethmann ohne größeren Kampf vor dem Widerstand von Konservativen und Zentrum. Er zog die an sich schon der Zeit nicht mehr entsprechende Regierungsvorlage im Jahre 1910 zurück, ohne sie vor dem Ausbruch des großen Krieges erneut einzubringen.

Die durch die Ereignisse um den Zerfall des Bülowblocks hervorgerufene Unzufriedenheit erhielt damit neue Nahrung und wurde von den Liberalen und Sozialdemokraten aus guten Gründen genährt und wachgehalten. Die Finanzreform hatte zwar vorübergehend dem Reich eine gesunde finanzielle Basis gegeben, aber ihre Lasten übten den vollen Druck auf die Bevölkerung erst im Jahre vor den Wahlen fühlbar aus. Der außergewöhnlich heiße und trockene Sommer 1911 trieb die Lebensmittelpreise weiter in die Höhe. Die Marokkokrise und der aus ihr hervorstachsende Tripoliskrieg verdeutlichten die Isolation des Reiches. Furcht vor einem Kriegeausbruch stand neben der Enttäuschung

nationalistischer Kreise, denen der Gewinn Deutschlands aus der Marokko-affäre zu mager schien.

In dieser vor Spannung knisternden Atmosphäre rüsteten die Parteien zum Wahlkampf für den neuen Reichstag, der spätestens im Januar 1912 von den wahlberechtigten Teilen der Bevölkerung gewählt werden mußte.

I. Die politischen Kräfte

1. Der „schwarzblaue Block“

Gab es ein Bündnis zwischen Zentrum und Konservativen?

Die Mehrheit der Finanzreform wurde auch in der Zeit der Wahlvorbereitungen zusammengehalten. Zentrum, Konservative und die kleineren Rechtsparteien bewahrten eine formlose Arbeitsgemeinschaft, die sich durch die allgemeine Stimmung im Lande wie durch die Haltung der in der Frage der Reichsfinanzen oppositionellen drei Parteien der Linken zwangsläufig ergab. „Schwarzblauer Block“ oder demagogischer: „Bund der Heiligen und der Ritter“ waren die Schlagworte, mit denen die Gegner diese Verbindung als reaktionär und volksfremd brandmarkten. Endlos und heftig waren die Debatten, ob diese neue Mehrheitsbildung zu Recht oder Unrecht als „Block“ im Sinne eines vertraglich fixierten Bündnisses angegriffen wurde. Die betroffenen Partner wehrten sich energisch dagegen¹⁾, das Zentrum nicht zuletzt, um sich jederzeit bei einer Wendung in der Politik ohne Schwierigkeit von den Rechtsparteien ab- und anderen Parteigruppen zuwenden zu können. Hier blieb das oberste Gebot die aktive Mitwirkung an der Gesetzgebung, das ein zu festes Anlehnen an die Rechte — zumindest vor den Augen der Öffentlichkeit — unratsam erscheinen ließ.

Die konservativen Parteien dagegen, deren Wählerstamm sich zu einem nicht unbedeutenden Teil aus strenggläubigen protestantischen Kreisen rekrutierte, achteten sorgsam darauf, daß ihre Gemeinschaft mit dem noch immer vom Odium des „Ultramontanismus“ behafteten Zentrum nicht den Unmut ihrer Anhänger hervorrief. Daß die Sorge vor einer derartigen Reaktion der Protestanten auch in diesen Jahren nicht unberechtigt war, wird die nähere Betrachtung des Zentrums im Verhältnis zu den welfischen Hospitanten seiner Reichstagsfraktion noch zu zeigen haben.

Daher hieß die Antwort der neuen Finanzmehrheit auf die liberalen und sozialdemokratischen Unterstellungen eines festen Bündnisses: zeitweiliges Zusammengehen in der Arbeit an den Gesetzen — ja; zumal die Linke sich sträube, im Reichstag positiv mitzuwirken. Von einem formell geschlossenen Block könne

¹⁾ KVZ, 29. Dezember 1911 [Parteien, S. 161]. (Ein zusätzlicher, in eckigen Klammern aufgeführter Hinweis — [Parteien, S. . .] — besagt, daß der vorangehende Stellenbeleg der Zeitungs- und Zeitschriftenbibliographie in „Die Parteien“, Beihefte zur Zeitschrift für Politik, entnommen wurde.)

aber keine Rede sein. Wenn die „staatserhaltenden Parteien“ sich zusammenfänden, so läge das am äußeren Zwang. Der „Ruck nach links“, der durch das Reich ginge, ließ nach Hertlings Ansicht keine andere Lösung zu, als daß ihm eine „Konsolidation der konservativen Parteien“ gegenübergestellt würde, zu denen er das Zentrum rechnete¹⁾.

Wo man in der Hitze des Parteienkampfes nur noch demagogische Waffen ins Feld führte, zahlte man mit gleicher Münze zurück, indem man die Existenz eines „Großblocks“²⁾, eines Bündnisses zwischen Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten, behauptete, der — zumindest in Baden auf Landesebene deutlich sichtbar — in Bayern und im Reich nach entsprechendem Ausfall der Landtags- und Reichstagswahlen bereits beabsichtigt wäre.

Die beständigen Hinweise der Liberalen und Sozialdemokraten auf den „schwarzblauen Block“ konnten damit nicht zum Schweigen gebracht werden. Sie nahmen nach links hin an Schärfe zu und wurden besonders von den Jungliberalen und dem Kreis der „Hilfe“ zur Begründung ihres Drängens nach einem Zusammenschluß der beiden großen liberalen Parteien benutzt: dem „festen Bund des politischen und klerikalen Konservatismus“ müsse etwas Gleichwertiges entgegengesetzt werden³⁾. Und ähnlich formulierte es Friedrich Naumann: „Der Bund des katholischen und protestantischen Konservatismus ist die politische Grundtatsache der Gegenwart“⁴⁾ — um die gleiche Forderung anzuknüpfen.

So wurde das Bestehen eines „schwarzblauen Blocks“ selbst von den Liberalen als feststehende Tatsache genommen. Dabei scheint es ihnen aber nicht so sehr darauf angekommen zu sein, ob eine schriftliche oder wenigstens mündlich festgelegte Absprache vorlag. Die Angriffe richteten sich augenscheinlich mehr gegen die Politik dieser Mehrheit, wie sie sich im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus, aber auch in der Vorbereitung zu den Landtagswahlen zeigte, als daß sie sich mit den Bedingungen dieses Zusammengehens auseinandersetzten. Trotzdem gab es aber im Lager der Linken beträchtliche Stimmen, denen die Wahlabsprachen zwischen Zentrum und Konservativen genügender Beweis für die Existenz eines festeren Bündnisvertrages — welcher Art auch immer — zu sein schien: „Überall zeigt sich die gemeinsame Phalanx der Konservativen und des Zentrums, wobei das Zentrum als der reichere Partner meistens der Gebende ist. Kann das Gemeinschaftsgefühl noch weiter gehen? Die konservativen Agitatoren sollten sich nicht weiter die Mühe geben, den schwarzblauen Block in das Märchenland zu verweisen, sondern sie sollten offen

¹⁾ Hertling im Reichstag am 9. Dezember 1909; RB 258. — Hilfe, XVII, 1911, S. 802.

²⁾ Schwarzblau und Großblock sind polemische Begriffe jener Zeit. Zur knapperen Umschreibung der damit eindeutig gekennzeichneten Parteigruppierungen sollen sie in der Folge häufig verwendet werden.

³⁾ JB, Nr. 9, 4. März 1911.

⁴⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 18 f.

und ehrlich zugeben, daß das, was sich jetzt vollzieht, planmäßig und von langer Hand vorbereitet ist¹⁾.“

Die Wahrheit dürfte in der Mitte zwischen beiden Auffassungen gelegen haben. Rücksichten, wie sie oben dargelegt wurden, mögen beide Gruppen dazu geführt haben, von einem festeren Pakt Abstand zu nehmen. Hinzu kamen neue Differenzen, die das Mißtrauen zwischen beiden Parteien nicht einschlafen ließen. So wurden noch im Sommer 1911 die konservativ-zentrumsparteilichen Beziehungen auf eine harte Probe gestellt, als der deutschkonservative Reichstagspräsident von Schwerin-Löwitz in einer Rede in seinem Wahlkreis das Zentrum als „eine sehr unerfreuliche Erscheinung“ bezeichnete, in der so gegensätzliche Elemente wie konservative Aristokraten und Demokraten radikalster Provenienz durch ein „außerdeutsches Bindemittel“, nämlich die „Rücksicht auf die Interessen der römisch-katholischen Kirche“, zusammengehalten würden²⁾. Diese Worte erregten in der Zentrums Presse einen Sturm der Entrüstung, der schließlich das weitere Zusammengehen beider Parteien ernsthaft in Frage zu stellen schien, als die Konservativen — offenbar mit einem Blick auf ihre protestantische Anhängerschaft — sich zunächst vorsichtig zurückhielten. Eine Zuschrift vom 29. Juni 1911 an die zentrumsparteiliche „Schlesische Volkszeitung“ warnte die Partei der äußersten Rechten eindringlich genug: „Schlagen sie in dieselbe Kerbe wie Graf Schwerin, dann zerschneiden sie das Tischtuch zwischen sich und dem Zentrum. Denn dieses müßte sich selbst verachten, wenn es die Hoffnung der Konservativen rechtfertigte, daß man es beschimpfen kann, so viel man will, und dennoch seiner Hilfe gewiß sein darf³⁾.“

Der Zentrumsführer Erzberger wies auf die politischen Folgen und die für die Konservativen drohende Isolation hin: „Wir können aber dennoch nicht annehmen, daß die Konservativen den Spuren des Reichstagspräsidenten folgen werden. Denn das würde für sie selbst die Politik des Selbstmordes sein. Die Konservativen brauchen heute eine starke Zentrumsfraktion in Preußen wie im Reiche absolut notwendig. Wenn sie das Zentrum vor den Kopf stoßen, so sind sie dergestalt isoliert, daß der Zusammenbruch unvermeidlich wäre⁴⁾.“

Angesichts dieses selbstbewußten Auftretens des Zentrums sahen sich die Deutschkonservativen zu einem, wenn auch nur zögernd und schrittweise vollzogenen Zurückweichen veranlaßt, das mit der klaren Desavouierung des pommerischen Grafen durch die „Konservative Korrespondenz“ endete⁵⁾. Nachdem auch Schwerin-Löwitz seine Worte wesentlich abgeschwächt hatte, war diese Krise zwischen beiden Parteien abgewendet. Ihr Ergebnis war der deutliche Hinweis auf die innere Schwäche des Konservatismus, der nur im Verein mit

¹⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 802.

²⁾ NB, Nr. 29, 16. Juli 1911.

³⁾ Ebd.

⁴⁾ Ebd.

⁵⁾ KK, Nr. 55, 4. Juli 1911. — NB, Nr. 29, 16. Juli 1911.

der Zentrums-Partei seine bisherige Politik fortzusetzen imstande war. Dennoch deutete die Schärfe der Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Konservativen auf die Haltlosigkeit der Vermutung eines festgefügtten „schwarzblauen Blockes“ hin.

Die latente Spannung zwischen beiden Partnern hinderte sie aber andererseits nicht, ihre bei den Finanzdebatten gefundene gemeinsame Linie weiterzuführen, solange es die allgemeine politische Situation gestattete. Kontakte in der Führungsspitze bestanden jedenfalls genug, wie es schon die gemeinsame Arbeit im Reichstag und den anderen Parlamenten mit sich brachte. Eine Korrespondenz zwischen Karl Bachem und von Heydebrand im Dezember 1911 weist hier vielleicht den Weg, auf dem die Zusammenarbeit beider Parteien gesucht werden muß: Bachem schickte dem konservativen Parteiführer Zeitungsberichte über seine auf einer Wahlversammlung des Zentrums gemachte Erklärung zum großen Zusammenprall zwischen Bethmann und Heydebrand in den Reichstagsdebatten vom November 1911, der ja mit dem Reichstagswahlkampf ursächlich zusammenhing.

Nicht so sehr die Tatsache dieser Korrespondenz an sich als vielmehr die Selbstverständlichkeit, mit der man vorging, läßt vermuten, daß es sich hierbei um eine nicht ungewohnte Übung handelte. Gerade aber auch in den Wahlabsprachen von 1912 wurde dieser Weg beschritten, wie es die an anderer Stelle noch zu erwähnenden Verhandlungen des Grafen Praschma mit von Heydebrand und von Oldenburg über ein westpreußisches Wahlabkommen zwischen beiden Parteien beweisen¹⁾. Mehr als des Zusammenarbeitens der Führer bedurfte es aber kaum, um wenigstens die große Linie der Politik beider Parteien aufeinander abzustimmen. Diese gemeinsame Front wurde schließlich entscheidend dadurch gefördert, daß Zentrum und Konservative in Gebieten und Wählerschaft nur wenig umstrittene Punkte besaßen.

Die Situation der Rechten

Von allen großen Parteien — mit Ausnahme der Sozialdemokraten — hatten die Deutschkonservativen am meisten eine berufsständische Ausprägung erfahren. Schon in den siebziger und achtziger Jahren, vollends aber seit Entstehen und Ausbreitung des Bundes der Landwirte hatte sich die Partei zur Interessenvertretung der ostelbischen Grundbesitzerklasse ausgebildet. Die weitflächigen, dünnbesiedelten, extensiv bewirtschafteten Landstriche Ostpreußens, Pommerns und der an die Provinz Posen grenzenden Teile Brandenburgs und Schlesiens bildeten den festen Besitzstand der Partei. Sie stellten über die Hälfte der deutschkonservativen Wählerschaft (1903 = 530 000 von 914 000)²⁾.

¹⁾ NL Bachem 318.

²⁾ Da die Wahl 1907 wegen der ausgeprägten Frontstellung der Parteien wenig symptomatisch ist, wurde meist das Wahljahr 1903 zum Vergleich herangezogen.

Hier machte das vom Gutsherren abhängige ländliche Proletariat, der durch vielfache familiäre Bande den konservativen Interessen verpflichtete preußische Verwaltungsapparat und das Netz der Ortsgruppen des Bundes der Landwirte so viele Wahlkreise zu uneinnehmbaren Festungen, wie keine andere Partei mit Ausnahme des Zentrums sie aufweisen konnte. Das Problem aller Parteien an der Schwelle zur industriellen Gesellschaft, der Umwandlung zur Massenpartei, hatten die Konservativen — zumindest auf dem Lande — nicht wie die Demokraten und Liberalen durch Aufbau und Ausbau ihrer Organisation zu lösen gesucht, sondern den rasch um sich greifenden, engmaschigen Apparat des Bundes der Landwirte im letzten Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende ihren Zwecken dienstbar gemacht. Allerdings konnten sie auf die Dauer der Gefahr nicht entgehen, nun ihrerseits durch den Bund für die Durchsetzung seiner agrarisch bestimmten wirtschaftspolitischen Ziele in einem Maße beansprucht zu werden, das die immerhin nicht unbedeutende städtische Anhängerschaft der Partei im gehobenen Bürgertum und in der Beamtenschaft zu entfremden geeignet war. Wenn auch der feste Griff des Bundes der Landwirte lange Zeit offenen Widerstand gegen die einseitig agrarische Linie der Partei zu vereiteln gewußt hatte, mußte die prekäre Situation der Konservativen, die durch die Politik der Finanzreform von 1909 heraufbeschworen worden war, zu entschiedenem Widerspruch der nichtagrarischen Anhänger herausfordern.

Im Jahre 1909 konstituierte sich die sogenannte jungkonservative Bewegung, die sich im Umkreis Berlins regte, innerhalb der konservativen Partei als „Konservative Vereinigung“. Ihr Versuch, den Gedanken der Erbschaftssteuer im nächsten Jahre wiederaufleben zu lassen, um den Gegnern nicht eine zugkräftige Wahlparole an die Hand zu geben, fand die Unterstützung führender konservativer Blätter wie der „Täglichen Rundschau“ oder des „Reichsboten“¹⁾. Der Gründungsaufruf nahm scharf gegen den übermäßigen Einfluß der Agrarier in der Parteipolitik Stellung: „Die Leitung des Bundes der Landwirte und seine Blätter haben zwischen Stadt und Land einen maßlos erbitterten Kampf der wirtschaftlichen Gruppen und Bestrebungen erweckt . . . Dem Bund der Landwirte ist es auch vorbehalten gewesen, in die politischen Verhandlungen innerhalb der konservativen Partei eine Art der Agitation hineinzutragen, die mit den konservativen Überlieferungen unverträglich ist und vornehmer Kampfesweise und Gesinnung widerspricht“²⁾.

Den Führern dieser Bewegung — General von Loebell und Rechtsanwalt Bredereck — gelang es aber nicht, den Einfluß des Agrariertums auf die Partei einzudämmen. Auch der letzte größere Versuch Brederecks, auf dem Delegiertentag der Deutschkonservativen Partei 1909 für die Ziele der Bewegung um Verständnis zu werben, ging in Zwischenrufen und Zischen der Versammlung unter. Sein Eintreten für die Blockpolitik mit den Liberalen traf auf Verständnislosigkeit.

¹⁾ Bürger, Agrardemagogie, S. 54 f.

²⁾ Ebd.

keit und offene Ablehnung. Sein Versuch, die Entstehung seiner Gruppe mit der Ansicht zu rechtfertigen, daß die „Parteileitung die richtige Fühlung mit dem Volke verloren“ habe, erntete ebenso stürmischen Widerspruch wie seine warnende Feststellung, „daß die starke Organisation des Bundes der Landwirte überall im Lande an die Stelle der konservativen Organisation tritt“¹⁾. Wichtigstes Erfordernis für eine erfolgreiche Politik der Partei sei aber gerade eine von Interesseneinflüssen unabhängige Organisation.

Der sich ihm entgegenstellende Sprecher des Vorstandes gab den Jungkonservativen den unmißverständlichen Wink, daß ein Bestehen ihrer Organisation innerhalb der Deutschkonservativen Partei bedinge, sich allen Mehrheitsbeschlüssen zu beugen²⁾. Da aber an eine Sezession seitens der Konservativen Vereinigung nicht gedacht wurde, schloß der offene Widerstand im folgenden ein, ohne allerdings bis zu den Reichstagswahlen 1912 von der Zentrale schon ganz überwunden zu sein. Das zeigte sich deutlich in der Haltung Bredericks zur konservativen Stichwahltaktik³⁾ und hatte letzte Auswirkungen in der Wahlniederlage von Oldenburgs-Januschau im Wahlkreis Elbing⁴⁾.

Zu der Abhängigkeit vom Zentrum und den inneren Spannungen traten die unüberhörbaren Sturmzeichen der äußeren Situation der Partei. Schon der bedeutende Erfolg, den die Deutschkonservativen 1907 verbuchen konnten, war für den Sehenden nicht ohne Schattenseiten. Zwar hatte die Partei mit 61 Mandaten mehr Sitze erringen können als bei den beiden vorangegangenen Wahlen von 1903 (54 Mandate) und 1898 (56 Mandate). Aber es zeigte sich doch, daß auch unter großem nationalen Elan und mit der Hilfe benachbarter Parteien erfochtene Wahlsiege nicht mehr an die Erfolge der achtziger und frühen neunziger Jahre mit ihren zwischen 70 und 80 schwankenden Mandatszahlen anknüpfen konnten. Auch der etwa gleichbleibende Stand der Wählerstimmen — 1907 wurde erstmals aus der besonderen politischen Note der Wahlen die Millionengrenze überschritten (1 060 209) — bewies, daß durch den weitgehend agrarischen Kurs der Konservativen neue Wählerschichten kaum mehr angesprochen werden konnten. Noch eindringlicher zeigte aber der prozentuale Anteil der Deutschkonservativen an den abgegebenen gültigen Wählerstimmen im Reich,

¹⁾ DK-Delegiertentag 1909, S. 60 f.

²⁾ Ebd.

³⁾ Die Konservativen seines Kreises gaben auf seine Veranlassung als Stichwahlparole die Unterstützung des Fortschrittlers aus, der dadurch vor dem Sozialdemokraten gewann.

⁴⁾ Vgl. Nipperdey, bürgerliche Parteien, S. 586, Anm. 1. — Allerdings ist die Niederlage von Oldenburgs nicht allein aus Spannungen in der konservativen Partei zu erklären. In gleichem Maße dürften auch die in den Ostgebieten von den Nationalliberalen getragenen oppositionellen Strömungen zur Aufstellung des Gegenkandidaten und damit zum Mißerfolg des westpreußischen Bündlerführers beigetragen haben. Dieser Gegenkandidat, Schröder, war durchaus nicht den Konservativen zuzurechnen; er war als Vertreter des „Vaterländischen Wahlvereins“ Kandidat aller bürgerlichen deutschen Parteien mit Ausnahme der „schwarzblauen“. Zwar kandidierte er als Reichsparteiler, wurde aber bezeichnenderweise nach seiner Wahl nicht in die Fraktion der Reichspartei aufgenommen.

daß die Partei in ein bedenkliches Stadium der Stagnation eingetreten war. Dieser Anteil war von 10 Prozent im Jahre 1903 auf 9,4 im Jahre 1907 abgesunken, und es war anzunehmen, daß diese Zahlen in einem Wahlkampf, den die Partei ohne befreundete Hilfe und gegen die allgemeine Volksstimmung durchfechten mußte, weiter absinken würden. In diesen Erwägungen dürfte ein nicht unwesentlicher Grund für den engen Zusammenschluß zu suchen sein, den die Deutschkonservativen beim Zentrum anstrebten.

Die Nachwahlen seit 1907 wurden zu einem weiteren Warnungssignal: Von den 17 Mandaten, die ihren Besitzer in Ersatzwahlen wechselten, gewannen die Deutschkonservativen ein einziges und auch das nur in einer Nachwahl im Jahre 1907, die noch ganz im Zeichen der nationalen Begeisterung der allgemeinen Wahlen stand. Drei Mandate dagegen büßten sie an die Liberalen ein. Und wenn auch diese Zahl im Vergleich zu den Verlusten zum Beispiel der Nationalliberalen in anderen Wahlkreisen noch erträglich schien, so gab doch die Tatsache, daß es sich um fast ausschließlich ländliche Kreise handelte, Anlaß zur Sorge. Mit dem Fall von Emden an die Freisinnige Vereinigung (1908) und mehr noch mit dem Verlust von zwei ostpreußischen Kreisen — Oletzko-Lyck an die Nationalliberalen im Frühjahr und Labiau-Wehlau im Winter 1910 an die Fortschrittler — sahen sich die Konservativen in ihren ureigensten Gebieten angegriffen, die bis dahin als nahezu uneinnehmbar galten. Die Arbeit der 1909 gegründeten, liberal gerichteten Interessenorganisationen des Hansabundes und des Deutschen Bauernbundes wurde bei den ostpreußischen Nachwahlen erstmals empfindlich spürbar. Besonders die liberale Gegenorganisation gegen den Bund der Landwirte schien nach diesen Erfolgen geeignet zu sein, mit der Bedrohung der alteingesessenen bündlerischen Organisation die Deutschkonservative Partei an ihrer empfindlichsten Stelle zu treffen. Auch in Posen, Schlesien und Pommern war die Agitation des Deutschen Bauernbundes nicht mehr zu übersehen.

Man sah sich angesichts dieses Angriffs auf den angestammten Machtbereich vor die zwingende Notwendigkeit gestellt, die schon seit geraumer Zeit eingeleitete Ausdehnung der deutschkonservativen Einflußsphäre über die Elbe hinweg nach Westen, in die liberalen Kerngebiete hinein, zu beschleunigen und zu intensivieren¹⁾.

In ähnlicher Lage wie die Deutschkonservativen befand sich auch die Reichspartei. Sie, die ihre Anhänger nur zum Teil aus dem Grundbesitz, zu einem wesentlichen anderen Teil aber aus der Oberschicht der Beamtenschaft, des Bürgertums und schließlich aus der Großindustrie zog, litt in der Hauptsache an dem im Vergleich zu allen anderen Parteien völlig unzureichenden Ausbau ihrer Organisation, da sie dem Wesen ihrer Wählerschaft widersprach. Nur in einigen städtischen Kreisen gab es kontinuierliche Wahlvereine. In den meisten Fällen übernahm noch ein eigens zu diesem Zwecke sich konstituierendes Hono-

¹⁾ Vgl. S. 63 f.

rationenkomitee die Vorbereitungen für eine Wahl¹⁾. Gewiß waren bei der durchaus nicht einseitigen Zusammensetzung der Partei die Gefahren einer allumfassenden Einflußnahme des Bundes der Landwirte längst nicht so akut wie bei der größeren, einheitlicheren Schwesterpartei. Dennoch brachte es gerade die Schwäche der Organisation mit sich, daß die Freikonservativen auf den Beistand von Interessenverbänden, wie dem Bund der Landwirte, aber auch nicht zum wenigsten dem Zentralverband Deutscher Industrieller mit ihren großen finanziellen Mitteln angewiesen waren.

Das sich mit dem Anbruch des neuen Jahrhunderts immer deutlicher abzeichnende Problem der Gewinnung einer tragenden Wählerschicht wurde durch den kurzen, scheinbaren Aufschwung auch dieser Partei in den Wahlen von 1907 nur vorübergehend verdeckt. Zwar hatte die Partei 1907 gegenüber 1903 einen Zuwachs von mehr als einem Viertel (von 371 235 auf 471 863) ihrer Wählerstimmen zu verzeichnen, und auch der Anteil an den gültigen Wählerstimmen insgesamt war von 3,5 auf 4,2 Prozent angestiegen. Parallel dazu erhöhte sich die Zahl der Mandate um 3 auf 23. Aber auch hier war es wesentlich die Hilfe der Nachbarparteien rechts und links der Reichsparteiler, die diesen Anstieg herbeiführte. Eine weitere Gefahr lag für die Reichspartei gerade in dem Tatbestand, daß sie dank ihrer gemäßigten Mittelposition gerne zur Aufstellung von Kompromißkandidaten zwischen Konservativen und (National-)Liberalen herangezogen wurde. Das trat besonders in den Reichsgebieten hervor, in denen das Deutschtum sich im Kampf gegen nationale Minderheiten zusammenschloß. Es kommt daher nicht von ungefähr, daß Westpreußen, Posen, Schlesien und auch Elsaß-Lothringen zu den wesentlichen Kerngebieten ihrer Macht zählten. Hier gewann die Partei in der Wahl von 1903 mit 141 208 Stimmen mehr als ein Drittel ihres Bestandes. Ein Zerwürfnis zwischen Deutschkonservativen und Liberalen konnte für die gemäßigten Konservativen die verhängnisvollsten Folgen heraufbeschwören. Die Warnung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Junck vor Sammelkandidaturen der Reichspartei, durch die man nur einen konservativen Abgeordneten mehr wähle, besagte hier alles²⁾.

Andererseits ergab sich aus den engen Kontakten zur Industrie, daß zahlreiche Kandidaturen in der Nähe von Industriegebieten, in denen sich die Partei auf städtische und ländliche Wähler zugleich stützen konnte — so in der weiteren Umgebung Berlins, in Sachsen und Schlesien —, aufgestellt wurden, die mit dem Anwachsen der Sozialdemokratie ebenfalls äußerst bedroht erschienen. So mußten die Freikonservativen Anschluß bei anderen Parteien suchen und fanden ihn naturgemäß bei den in entschieden monarchischer und antidemokratischer Gesinnung wesensverwandten Deutschkonservativen. Dabei war die Partei um die Aufrechterhaltung ihrer Eigenständigkeit sorgfältig bedacht, und ihr Führer, Freiherr von Zedlitz und Neukirch, betonte noch am 11. Januar 1912, daß es

¹⁾ Vgl. Nipperdey, deutsche Parteien, S. 241, Anm. 1.

²⁾ HC, Nr. 29288, 25. Mai 1911 [Parteien, S. 28 f.].

sich bei der Annäherung an die Deutschkonservativen „lediglich um Wahltaktik handelt, nicht aber um eine sachliche Rechtsschwenkung der Partei¹⁾“.

Als dritte konservative Gruppe bildeten die Splitterparteien, die sich im Reichstag in der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammenfanden und deren gemeinsamer Grundzug der Antisemitismus war, ein buntes Gemisch parteipolitischer Zielsetzung. Sie alle, mochten sie sich christlich-sozial oder deutsch-sozial bezeichnen, als Reformpartei, Antisemiten oder schlechthin als Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung auftreten, standen vor dem gleichen, kaum mehr lösbaren Problem: bei begrenzten finanziellen Mitteln, wenig zugkräftigen Programmen und daher zahlenmäßig geringer Anhängerschaft im ständig rascheren und härteren Wettlauf der großen Parteien um die Massen der Wähler mithalten zu können. Im letzten Grunde verdankten sie ihr Fortbestehen als selbständige Parteien nur dem Mehrheitswahlssystem des Wilhelminischen Reiches, das ihnen auf lokal engbegrenztem Raum, in Hessen und im südlichen Westfalen, vielfach durch Zuströmen von Wählern bereits ausgeschiedener Parteien im zweiten Wahlgang den Hauptteil der Mandate stellte. Hier fand die Christlich-Soziale Partei ihre Wähler unter der evangelischen Arbeiterschaft des Siegerlandes, die anderen Parteien unter der wirtschaftlich zurückgebliebenen kleinbäuerlichen Bevölkerung Hessens. Einzig die Reformpartei vermochte dann und wann auch außerhalb dieses Raumes in einzelnen sächsischen und brandenburgischen Kreisen Fuß zu fassen. Im übrigen waren diese Splitterparteien über das ganze Reich mit Zählkandidaturen verbreitet, die die Stimmen des Handwerkerstandes und des Kleinbürgertums in den größeren Städten sammeln sollten.

Die einzige Ausnahme bildeten die Kandidaten des Bundes der Landwirte, die sich nicht zu einer der großen Parteien rechneten und sich daher ebenfalls im Reichstag der Wirtschaftlichen Vereinigung anschlossen. Sie konnten vermöge der Maschinerie des Bundes sich über räumliche Hindernisse verhältnismäßig leichter hinwegsetzen als ihre Fraktionsgenossen. Kandidaten des Bundes fand man in aussichtsreichen Positionen meist in der Pfalz, Baden, Franken und dem nördlichen Württemberg.

Die Schwierigkeiten der großen konservativen Parteien trafen bei den antisemitischen Splittern in erhöhtem Maße zu. Waren bei den nichtagrarischen Antisemiten die Prozentzahlen des auf sie vereinigten Wähleranteils noch einmal von 1903 = 2,6 auf 1907 = 3,1 angestiegen, so waren sie bei den Kandidaten des Bundes der Landwirte sogar noch von 1,2 auf 1,1 gefallen. Immerhin bildeten die Antisemiten bei einer Anhängerzahl von 472 530 Wählern und 27 Mandaten im Jahre 1907 eine noch recht beachtliche Gruppe, die auch trotz des Verlustes einiger Mandate nach dem Sturz Bülow's bis zum Schluß der Legislaturperiode im ganzen unversehrt blieb.

¹⁾ Der Tag, 11. Januar 1912 [Parteien, S. 126].

Die Situation der Zentrumspariei

Die Entstehungsgeschichte der Zentrumspariei und die Rolle, die sie im Kulturkampf gespielt hatte, sollten für ihr Wesen und ihre Ausdehnung von dauernder Bedeutung sein. Die einigende Macht des katholischen Glaubens, die Aristokratie und hohen Klerus aus Bayern und Schlesien, Arbeiterschaft und Industrielle aus Westfalen, das Bürgertum der Rheinprovinz mit der kleinbäuerlichen Bevölkerung zu einer großen Volkspartei verband, nötigte auch dem Gegner Bewunderung ab. Diese bunte Zusammensetzung und die aus ihr entstehenden inneren sozialen Gegensätze zwangen aber das Zentrum, nur vorsichtig zu operieren, so daß sein Einfluß auf die Gesetzgebung sich zumeist mäßigend und versöhnend bemerkbar machte. Trotzdem waren es wohl nur indirekt die sozialen Unterschiede, die das vielgebrauchte Bild des standfesten Zentrumsturms fraglich werden ließen, sondern eher die inneren Auseinandersetzungen um den Charakter der Partei, um die Frage, ob das Zentrum als eine „konfessionelle“, eine einheitlich katholische Partei zu gelten habe. Sie wurden akut, als mit der Angliederung der größtmöglichen Zahl katholischer Wähler und dem Gewinn von etwa 100 Mandaten die Erkenntnis reifte, daß an ein Überspringen dieser natürlichen Grenzen für das Zentrum nur zu denken war, wenn es auch auf protestantische Wähler in gleicher Weise wie auf katholische anziehend sein könnte. Der Ehrgeiz derjenigen Zentrumsführer, die sich mit diesem Gedanken vertraut machten, wurde in seinen Zielen durch die nach 1890 entstehende Gefahr eines Verlustes von Mandaten an die aufstrebende Sozialdemokratie bestärkt.

Die Gedanken dieser Gruppe der Zentrumspariei, der sogenannten — von Männern wie Bachem und Trimborn geführten — Kölner Richtung, fanden ihren ersten schriftlichen Niederschlag in einem Aufsatz von Julius Bachem in den „Historisch-Politischen Blättern“ des Jahres 1906, der den bezeichnenden Titel trug: „Wir müssen aus dem Turm hinaus¹⁾!“ Von den an ihn anknüpfenden, heftigen und nicht immer fair geführten Auseinandersetzungen, die die Politik der Partei schwer belasteten, hatte sich das Zentrum bis zum Ausbruch des Weltkrieges nicht freimachen können. Die Gegner der Bachemisten, die sich um die Abgeordneten Roeren und Bitter in der sogenannten Trierer Richtung (nach der Heimat des letzteren) formierten, glaubten — wohl nicht zu Unrecht —, daß mit der Aufnahme einer größeren Zahl von Protestanten gegenüber einer allgemein-christlichen Weltanschauung der Kitt des katholischen Glaubens bald seine Macht als Bindemittel für die von Natur auseinanderstrebenden sozialen Interessen innerhalb der Partei verlieren könnte. Arbeiterschaft, Industrie und Bauernstand würden sich dann vom Zentrum mit seinem vermittelnden Standpunkt ab- und Parteien zuwenden, die ihre speziellen Forderungen kräftiger in den Vordergrund rückten. Weit eher als zur Stärkung der Partei würde daher der Einstrom von Protestanten zu ihrem Niedergang beitragen.

¹⁾ Bachem, Julius, Wir müssen aus dem Turm heraus, a. a. O.

Kompliziert wurde dieser Streit innerhalb der Zentrumspartei, als er sich mit einem parallel laufenden Kampf zwischen den beiden mit dem Zentrum in Verbindung stehenden Gewerkschaftsrichtungen, der Mönchengladbacher Christlichen Gewerkschaften und der Katholischen Fachabteilungen, Sitz Berlin, verknüpfte. Während die letzteren auf der Zugehörigkeit zum Katholizismus als Bedingung der Mitgliedschaft zu ihrer relativ bescheidenen Organisation bestanden, war es die — schon durch die Konkurrenz gegen die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften im Rheinland und in Westfalen sich ergebende — Gepflogenheit der Christlichen Gewerkschaften, auch in der protestantischen Arbeiterschaft Anhang zu suchen. Der Zentrumsstreit zwischen einer Trierer und einer Kölner Gruppe weitete sich aus zu dem einer Trier-Berliner und einer Köln-Mönchengladbacher. Die politische Situation nach dem Sturz Bülow's veranlaßte aber die streitenden Parteien zu einer Zurückhaltung ihrer Differenzen. Hatten noch auf der sogenannten Osterdienstagskonferenz von 1909 Roeren und Bitter erklären können, „die Zentrumspartei sei eine politische Partei, die sich zur Aufgabe gesetzt habe, die gesamten Interessen des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens *im Einklang mit der katholischen Weltanschauung* zu vertreten¹⁾“, so setzten sich doch im weiteren Verlauf — angesichts der unabsehbaren Folgen, die ein solcher Standpunkt unter den protestantischen Wählern des konservativen Bundesgenossen haben konnte — die Kölner durch. Nach der — von Roeren schließlich ebenfalls unterzeichneten — Erklärung der Berliner Fraktionsvorstände vom 28. November 1909, daß die „Zentrumspartei . . . grundsätzlich eine politische, nicht konfessionelle Partei“ wäre, einigte man sich endlich am 24. Oktober 1910 auf einer Sitzung des Vorstandes der Reichstagsfraktion und der Vertreter der Zentrumspresse, im Interesse des bevorstehenden Reichstagswahlkampfes die Debatten ruhen zu lassen und einen Waffenstillstand zu schließen²⁾. Dennoch suchte die Trierer Gruppe, im stillen an ihren Zielen weiterzuarbeiten. Mittelpunkt der nun direkt in die Wahlzeit einmündenden und sich mit ihr entwickelnden Streitigkeiten war eine Gruppe schlesischer Parteimitglieder um den Reichstagsabgeordneten Graf von Oppersdorff. Dieser Adlige stand in engen Kontakten zu den katholischen Fachabteilungen und setzte die Angriffe gegen die Parteileitung — auch über die ihm nahestehende „Schlesische Volkszeitung“ — so lange fort, bis die Zentrale zu Gegenmaßnahmen griff und es durchsetzte, daß er in seinem Wahlkreis Glatz-Habelschwerdt nicht wieder für den Reichstag aufgestellt wurde. Die schlesische Provinzialversammlung des Zentrums sagte sich offiziell von der Linie der „Schlesischen Volkszeitung“ los. Oppersdorff selbst konnte für einen Posener Wahlkreis mit polnischer Hilfe in den Reichstag zurückkehren und schloß sich auch als Hospitant der polnischen Fraktion an.

Die Angriffe der „Schlesischen Volkszeitung“ zeigen aber deutlich, daß der

¹⁾ Bergsträsser, S. 210.

²⁾ Rehm, S. 51.

Appell der Generalversammlung der im Augustinusverein zusammengeschlossenen katholischen Presse vom 9. August 1911 nur zu berechtigt war, „angesichts der Reichstagswahlen von der Partei alles fernzuhalten, was deren Aktionsfähigkeit und Aktionsfreudigkeit irgendwie zu beeinträchtigen geeignet ist¹⁾“.

Zu diesen lautstarken Angriffen des Trier-Berliner Parteiflügels auf die Parteimitte gesellten sich schließlich noch zwei andere, im Grunde innerkirchliche Ereignisse, die die Stellung des Zentrums gegenüber der protestantischen Bevölkerung und damit das Verhältnis zu den Konservativen nicht unwesentlich erschwerten. Die aus Anlaß der dreihundertsten Wiederkehr der Heiligsprechung des Gegenreformators Borromäus 1910 vom Heiligen Stuhl verbreitete Enzyklika versetzte durch unbedachte Formulierungen gegenüber dem Protestantismus weiteste Kreise der evangelischen Bevölkerung in helle Empörung. Fast zur selben Zeit forderte der Antimodernisteneid mit seiner Verpflichtung der lehrenden katholischen Kirche „auf die Hauptstücke ihrer Lehre, die unmittelbar den Irrtümern der Gegenwart entgegengesetzt sind“, den Widerspruch liberaler Kreise heraus, die darin einen Angriff auf die Freiheit von Lehre und Forschung erblickten²⁾.

Diese kaum günstigen Aspekte, unter denen das Zentrum sich den Wählern stellen mußte, erhielten durch die allgemeine Lage der Partei noch dunklere Farben. Gewiß hatte das Zentrum 1907 in einem Wahlkampf voll wiedererwachter Kulturkampfstimmung mehr Wähler auf sich vereinigen können als jemals zuvor in seiner Geschichte (2 179 743 gegen 1 876 092 im Jahre 1903), aber rein anteilmäßig hatte es nicht nur nicht mit dem Bevölkerungszuwachs mithalten können, sondern war von 19,7 auf 19,4 Prozent der gültigen Wählerstimmen gesunken. Mochte dieser Schwund auch noch unbedeutend erscheinen, so mußte man doch damit rechnen, in einem zukünftigen, unter allgemeinen sozialen oder wirtschaftlichen Fragen zu führenden Wahlkampf, der in die inneren Gegensätze der buntgemischten Partei hineinzielen könnte, einem weit höheren Ausfall von Wählerstimmen gegenüberstehen zu müssen. Daher konnte auch die hohe Zahl von 105 Mandaten, die 1907 verbucht wurde, kein Grund zu übertriebenem Optimismus sein, zumal auch die Nachwahlen seit 1909 die wachsende Unzufriedenheit der Wähler mit der Politik des Zentrums widerspiegeln. Lange Zeit schien es ja so, als sollte der „Zentrumsturm“ für die anstürmenden Parteien der Linken wirklich uneinnehmbar bleiben. Erst ein knappes Jahr vor den allgemeinen Wahlen mußte auch das Zentrum die erste Niederlage hinnehmen.

Der Sieg der Nationalliberalen in Immenstadt im Februar 1911 konnte allerdings noch kaum als ein Zeichen einer tiefgehenden Schwäche des Zentrums bezeichnet werden, sondern nur der veränderten politischen Konstellation, durch die die in der Stichwahl ausschlaggebenden Stimmen der Sozialdemokraten nicht wie 1907 dem Zentrum, sondern nun der nationalliberalen Partei zufielen.

¹⁾ MdrZ, Nr. 2, November 1911.

²⁾ Denzinger 2145, S. 607 f.

Auch bei der Ersatzwahl von Düsseldorf im September des Jahres war das der Fall unter umgekehrten Vorzeichen. Hier unterstützte ein Teil der liberalen Wähler die Sozialdemokratie und brachte damit das Zentrum zum Sturz. In beiden Kreisen mußte zwar das Zentrum einen Stimmenschwund registrieren, doch war er keineswegs so groß, daß er allein das ungünstige Ergebnis verursacht hatte. Gerade das aber war bei der dritten Niederlage des Zentrums, in Konstanz, der Fall. Hier verhinderte ein Stimmenrückgang der Partei um 8,3 Prozent (rund 1000 Stimmen) einen Sieg in der Hauptwahl, und die Hilfe der Sozialdemokratie brachte das seit 1890 vom Zentrum besessene, ursprünglich nationalliberale Mandat an diese Partei wieder zurück. Hier zeichnete sich für die Zentrumspartei eine ernste — und auch ernstgenommene — Bedrohung ab: bei einem Rückgang von nur wenigen Prozent bestand in einer größeren Zahl von Kreisen die Möglichkeit, die oft nur knappe absolute Majorität zu verlieren. Die Folge davon würde in den meisten dieser kritischen Fälle auch der Verlust des Mandates in der engeren Wahl sein, da das allgemein beobachtete Zusammengehen von Liberalen und Sozialdemokraten in den Stichwahlen auch für die allgemeinen Wahlen zu erwarten war¹⁾. Abhilfe suchte das Zentrum in zweierlei Hinsicht: nach innen in dem beschleunigten Ausbau der Organisation, nach außen in den Bemühungen zum näheren Anschluß an die konservativen Parteien.

Für die Zentrumspartei, die in der Hauptwahl stets von allen Parteien die meisten Mandate heimbrachte, waren die sogenannten „Riviera-Wahlkreise“ — der Kandidat war seines Sieges so sicher, daß er den Wahlkampf zum Urlaub an südlichen Gestaden benutzen konnte — eine recht zweifelhafte Gabe. Angesichts des stets erneut einkehrenden Wahlsieges machten sich in diesen Kreisen vielerorts unter Funktionären wie unter der Wählerschaft Gleichgültigkeit und Lethargie breit. Die meistens unter dem Durchschnitt liegende Ziffer der Wahlbeteiligung war beredt genug. Die Organisationen verkümmerten dort, wo es überhaupt welche gab. In politisch ruhigen Zeiten mochten diese Mißstände noch hingehen. Sobald aber mit der zunehmenden Politisierung der Massen die Konkurrenz der Parteien schärfer wurde und auch in den entlegensten Gebieten Agitatoren gegnerischer Parteien auf bisher indifferente Bevölkerungsschichten einzuwirken und sie für ihre Organisationen zu gewinnen begannen, mußte das Zentrum wohl oder übel seinerseits an den Ausbau der Organisationen und des Agitationsapparates denken. Während aber Liberale, Sozialdemokraten und auch die Deutschkonservativen durch den Bund der Landwirte seit Anfang der 90er Jahre, spätestens aber seit der Jahrhundertwende den Ausbau der Parteiorganisationen ernsthaft in die Hände nahmen und beschleunigten, waren trotz der frühzeitigen Gründung des Volksvereins für das katholische Deutschland verstärkte Bemühungen des Zentrums in dieser Hinsicht erst seit 1907 oder gar erst seit der Reichsfinanzreform sichtbar. Selbstverständlich gab es auch schon weiterentwickelte Gebiete. So wurde der organisatorische Ausbau des

¹⁾ KVZ, Nr. 713, 21. August 1911.

rheinischen Zentrums durch Trimborn seit 1900 vorangetrieben¹⁾). Verstärkte Klagen über die unhaltbar gewordenen Zustände klangen aber erst seit dem Rücktritt Bülow's auf: „Unsere organisatorischen Bestrebungen stehen vielfach unter dem verheerenden Einfluß einer Praxis, die nicht genug gebrandmarkt werden kann: man wartet meist mit der Gründung von Vereinen politischer, wirtschaftspolitischer Art, bis der Gegner am Orte festen Fuß gefaßt hat, dann erst wird Alarm geblasen, oft ist es schon zu spät . . . Das ist nicht einmal vernünftige Bewahrungstaktik . . .²⁾.“ So könnte der Verlust von Konstanz — wie der beiden ostpreußischen Wahlkreise für die Konservativen — durchaus unter dem Gesichtswinkel eines Versagens der Organisation gesehen werden, die den vom Gegner angewendeten Mitteln der Agitation nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen vermochte. Gerade die Tatsache, daß diese drei Kreise bei den allgemeinen Wahlen von 1912 wieder an das Zentrum und die Konservativen zurückfielen, scheint das zu bestätigen.

Das Zentrum sah in dem Ausbau der Institution der Vertrauensmänner als der Grundlage jeder parteipolitischen Kleinarbeit die unumgänglich notwendige Voraussetzung, um der von Jahr zu Jahr an Heftigkeit und Intensität zunehmenden gegnerischen Agitation Einhalt zu gebieten³⁾. Gelte es doch, nicht nur den Bestand an Wählern zu halten, sondern auch einen dem Zentrum angemessenen Teil der ins Wahlalter tretenden Bevölkerung für die Partei zu sichern⁴⁾. So stellte Erzberger am 17. Juli 1910 vor einer großen Katholikenversammlung der Südpfalz fünf „Kriegsartikel“ für den Wahlkampf auf, von denen sich die ersten beiden mit dem Einsatz der Vertrauensmänner befaßten:

„1. In jedem Orte muß mindestens ein Vertrauensmann für das Zentrum sitzen.

2. Diese Vertrauensmänner müssen im kommenden Winter eine Konferenz abhalten“ zur Vorbereitung des Wahlkampfes von langer Hand. Und er betonte, daß gerade auch für die Hochburgen des Zentrums diese Artikel zu gelten hätten. Es gäbe immer noch Gegenden, „wo man einen Vertrauensmann des Zentrums nicht kennt, wo alles im alten Schlendrian weitergeht mit der einen Ausnahme, daß die Gegner des Zentrums sich immer mehr einnisten . . .“⁵⁾. Dabei müßten die bombensicheren Kreise eigentlich das Kräfte-reservoir der Partei bilden, das den bedrängten Kreisen unter die Arme greifen könnte. In Wirklichkeit wäre es aber zumeist umgekehrt — eine Ansicht, die nicht nur Erzberger vertrat. Gerade in den umstrittenen, industriellen Wahlkreisen wäre die „gründliche, systematische Schulung der Vertrauensmänner“ viel weiter vorgeschritten als

¹⁾ Cardauns, Trimborn, S. 93.

²⁾ Vorwärts Zentrum! S. 8 f.

³⁾ MdrZ, Nr. 2, November 1911.

⁴⁾ KVZ, Nr. 648, 31. Juli 1911. — MdrZ, Nr. 2, November 1911.

⁵⁾ MdwZ, Nr. 10, 12. Dezember 1910.

in den eigentlichen Hochburgen¹⁾). So verwies man auf das hart umstrittene Köln, wo man den Zentrums-erfolg bei den Stadtverordnetenwahlen im Herbst 1911 wesentlich auf den entwickelten Apparat der Vertrauensmänner zurückführte²⁾). Das Idealbild bestand aus einem so engmaschigen Netz von einem Vertrauensmann auf je zwanzig Wähler, eine Zahl, die nur in Städten mit starken Wahlvereinen zunächst erreichbar schien³⁾).

Um den lokalen Organisationen den nötigen Rückhalt zu gewähren, aber auch, um besser als bisher eine einheitliche politische Ausrichtung und Disziplin der Partei zu erreichen, wurde die bisher in der Partei nicht vorhandene zentrale Spitze endgültig ausgebildet. Zwar hatte sich zur einheitlichen Abwicklung der Wahlen von 1907 ein Aktionskomitee gebildet und trat in den folgenden Jahren der Landesausschuß der preußischen Zentrums-Partei, vermehrt durch süddeutsche Mitglieder der Reichstagsfraktion, zusammen, wenn es galt, Fragen zu regeln, die die ganze Partei angingen⁴⁾). Erst im Spätherbst 1911, anläßlich des vierzigsten Jubiläums der Reichstagsfraktion, wurde aber mit dem Reichsausschuß des Zentrums die Möglichkeit geschaffen, die Organisation der Partei im ganzen Reich einheitlich zu leiten, eine Entwicklung, der im Hinblick auf die nahen Wahlen besondere Bedeutung zugemessen wurde⁵⁾).

Unentbehrliche Hilfstruppen beim Ausbau der Organisation wie für die Führung des Wahlkampfes selbst waren der Volksverein für das katholische Deutschland und die Windhorstbunde. Die letzteren, die Organisation der Zentrumsjugend, fielen zwar zahlenmäßig nicht wesentlich ins Gewicht. Sie zählten 1910 162 Bunde mit insgesamt 10 930 Mitgliedern⁶⁾ und erreichten in der kurzen Zeit bis zum Kriegsausbruch immerhin die Verdoppelung dieser Zahl. Ein Einströmen größerer Massen in die Windhorstbunde wurde aber nicht angestrebt. Der Verband betrachtete sich als Kader der Partei, als eine „Sturmkolonne“, der es nicht oblag, der Zentrums-Partei Wählermassen zu gewinnen, sondern in der Schulung der „politisch regsameren Elemente“ der Partei, in ernster „politischer Unterrichts- und Aufklärungsarbeit“ den Nachwuchs für die Partei und insbesondere für die Organisationen der Partei heranzubilden⁷⁾).

Die Agitation unter den Massen und ihre Bindung an das Zentrum war dagegen die Aufgabe des Volksvereins für das katholische Deutschland, der mit 728 073 Mitgliedern in weiten Teilen des Reiches, hauptsächlich aber zwischen Main und Elbe die Organisation der Zentrums-Partei stellte. Es mußte in der Situation von 1909 seine nächste, dringliche Aufgabe sein, die Massen für den

¹⁾ MdwZ, Nr. 14, 1. Dezember 1911.

²⁾ KVZ, Nr. 957, 9. November 1911, Parteien [S. 160].

³⁾ KVZ, Nr. 1093, 21. Dezember 1911.

⁴⁾ Parteien, S. 35 ff.

⁵⁾ Germania, Nr. 297, 29. Dezember 1911, 2. Blatt.

⁶⁾ Windthorstkalender 1910. — Cardauns, Trimborn, S. 96 f.

⁷⁾ Die Gewinnung der Jugend, S. 5.

Verein auch dort zu gewinnen und damit an das Zentrum zu binden, wo es ihm in seiner zwanzigjährigen Geschichte bisher noch nicht gelungen war¹⁾).

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß die Zentrumspartei — wie die Parteien der Rechten — durch den Angriff der Linksparteien zu Gegenmaßnahmen organisatorischer Art gezwungen wurde. Während jedoch die Konservativen ihrerseits ihren Einflußbereich vor allem in bisher von ihnen nicht oder kaum beanspruchte Gebiete auszudehnen suchten, legte das Zentrum sein Hauptaugenmerk auf den inneren organisatorischen Ausbau, um so den angestammten, kaum erweiterungsfähigen Besitzstand zu bewahren. Es lag nahe, diese Bemühungen durch ein engeres taktisches Zusammengehen der beiden Parteigruppen zu ergänzen.

Die schwarzblauen Parteien in Angriff und Verteidigung

Wenn auch der konservative Vormarsch auf die westelbischen Gebiete in dem Augenblick zu einer zwingenden Notwendigkeit wurde, als mit dem Bruch des Bülowblocks die Liberalen in die konservativen Domänen des Ostens einzufallen begannen, setzte er doch teilweise bereits lange vorher ein.

Schon im Mai 1908 klagte das „Niedersächsische Wochenblatt“, daß der allgemeine Sturm Lauf gegen die Nationalliberalen in der Provinz Hannover nach und nach überall in Erscheinung träte. „Offenbar arbeitet man nach einem wohl vorbereiteten Plan, der nicht mehr und nicht weniger bezweckt, als das zu erreichen, was der Bundesdirektor Dr. Diederich Hahn jüngst in Diepholz verkündigt hat, nämlich alle nationalliberalen Mandate in konservativen Besitz zu bringen²⁾.“

Solange der Deutsche Bauernbund von liberaler Seite noch nicht als Gegenorganisation begründet war, schien der Sieg über die Nationalliberalen schon deshalb nicht unwahrscheinlich, weil die weitgehend bäuerliche Stammwähler-

¹⁾ Das Arbeitsprogramm des Volksvereins für das katholische Deutschland, statist. Anh.; Nipperdeys Darstellung (deutsche Parteien, S. 282 f.), derzufolge der Volksverein schlechthin die Organisation der Zentrumspartei stellte, muß hier erheblich eingeschränkt werden. Sie trifft zwar auf die Gebiete zwischen Main und Elbe im ganzen zu, bereits mit Einschränkung auch noch auf Baden, Württemberg und die Pfalz — also vorwiegend auf gemischtkonfessionelle Landesteile, in denen der Besitz des Zentrums nicht unangefochten war. Dagegen fällt es auf, daß gerade Hochburgen des Zentrums, wie ganz Bayern rechts des Rheins, der Regierungsbezirk Trier, die katholischen Landesteile Schlesiens dem Volksverein weitgehend verschlossen blieben. Allein das Rheinland (und zwar ganz überwiegend die Diözesen Köln und Münster, sehr gering nur Trier (!)), Westfalen, Hannover, Hessen-Nassau, Rheinpfalz, Württemberg und Baden stellten dem Verein 547 437 Mitglieder. Während im Reichsdurchschnitt 12,9 Prozent der katholischen Männer über 21 Jahre im Volksverein organisiert waren, waren es im Königreich Bayern nur 7,7 und in Bayern rechts des Rheins sogar nur 6,7 Prozent — ein Zeichen, daß der Volksverein gerade in vielen Zentrumshochburgen das Netz seiner 40 000 Vertrauensmänner nur dünn ausgebreitet haben konnte. In diesen ganz überwiegend katholischen Gebieten dürfte die Hilfe des Volksvereins in Wahlzeiten entsprechend geringer anzuschlagen sein. Die Hauptarbeit der Agitation mag daher hier den örtlichen Wahlkomitees der Zentrumspartei zugefallen sein.

²⁾ Niedersächsisches Wochenblatt, Nr. 18, 2. Mai 1908.

schaft der Nationalliberalen Hannovers seit langem bündlerisch ausgerichtet war und unter dem Einfluß der agrarischen Organisation stand. Für sie blieb nur mehr der eine Schritt vom nationalliberalen zum konservativen Bündler zu gehen.

Aus diesen Erwägungen erklärt sich das ungemein Selbstsichere des konservativen Vorgehens in dieser Provinz. So wurde — die Landtagswahlen standen vor der Tür — jeder Nationalliberale vom Bund der Landwirte bekämpft, mochte er auch „als praktischer Landwirt ein guter Vertreter der Landwirtschaft“ sein, „ja auch dann, wenn er dem Bund der Landwirte als Mitglied“ angehörte. Energisch wurde auch auf Landtagsebene versucht, den konservativen Einfluß auszubauen. So wurde die Abtretung von nationalliberalen Landtagsmandaten als Entgelt für eine Unterstützung bei den Reichstagswahlen von 1907 gefordert, auch wenn damals keine vertraglichen Abmachungen getroffen worden waren¹⁾. Daß es sich hier in Hannover nicht um die Folge des Bruchs des Bülowblocks handelte, durch die die Konservativen zum Vorgehen gegen den Liberalismus gezwungen wurden, erweist auch die Verteilung der Landtagsmandate zwischen Nationalliberalen einerseits und andererseits den Konservativen und der Reichspartei. Hatte die nationalliberale Partei 1867 32 und bis 1893 immer um 28 Mandate in ihrem Besitz gehabt, so sank in der Folgezeit ihr Anteil bis zum Jahre 1908 auf 13 ab, wobei der entscheidende Einbruch nach den Wahlen von 1903 (22 Mandate) erfolgte. Die Konservativen, die 1867 nur zwei Mandate errangen und in den nächsten zwanzig Jahren zwischen 4 und 5 Sitze besaßen, stiegen bei den Wahlen 1893, 1898, 1903 und 1908 von 6 auf 9, 11 und schließlich, die Nationalliberalen überrundend, auf 19 Mandate an²⁾.

Es handelte sich also beim konservativen Vordringen in der Provinz Hannover um eine allgemeine Entwicklung, die allerdings durch den Verlauf des Bülowblocks entscheidend gefördert wurde³⁾.

Ähnlich lag der Fall in Westfalen. Hier konnten sich die Konservativen einen Vorteil aus den Streitigkeiten im Lager der industriellen Interessenverbände versprechen. Die Anregung zu einem Vorstoß der Konservativen in den Westen scheint von der rheinisch-westfälischen Industrie ausgegangen zu sein. Gegenüber der festen, schlagkräftigen Organisation der Landwirtschaft im Bund der Landwirte fühlten sich die industriellen Kreise in der Vertretung ihrer Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften benachteiligt und sahen den Grund hierfür vielfach in einem Versagen des politischen Liberalismus, dem sie sich bisher zum größten Teil zugerechnet hatten. Diese Entfremdung von den

¹⁾ Niedersächsisches Wochenblatt, Nr. 18, 2. Mai 1908.

²⁾ AB, Verhandlungen, 1. Bd., 1867. — ebd., 1. Bd., 1893. — ebd., 1. Bd., 1898. — ebd., 1. Anlagenband, 1903. — ebd., 1. Anlagenband 1908. — vgl. Haberland.

³⁾ Das Verhältnis des Bundes der Landwirte zu den Nationalliberalen war schon in den Anfangsjahren des Bundes nicht ungetrübt. Die Bundesleitung wußte gerade bei dieser Partei genau zwischen Agrariern und Nichtagrariern zu unterscheiden.

Nationalliberalen setzte schon bald nach 1907 ein¹⁾. Gegen die sich mehrenden Anzeichen einer Annäherung des Konservatismus — nationalliberale Großindustrielle lösten ihre bisherigen Bindungen und traten in die Reichspartei ein — warnte die „Kölnische Zeitung“ (nationalliberal) am 24. Juni 1908: „... so fest ist die Industrie mit dem Liberalismus verwachsen, daß man auf sie fast das bekannte Wort Thièrs übertragen könnte in der Variante: Die Industrie wird liberal sein oder sie wird nicht sein²⁾.“ Steinmann-Bucher, als Vertreter des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, antwortete darauf lakonisch, daß „die Industrie als Ganzes . . . keinen politischen Standpunkt nötig“ hätte³⁾.

An dieser Stelle verdichtete sich die Haltung der Industrie zu der Auseinandersetzung zwischen dem Zentralverband und dem neu gegründeten Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, die später noch zu betrachten sein wird. Für den Zentralverband und die ihm gleichgesinnten Industriellen begann nach dem anfänglichen Eintritt in den in seinen Zielen weitgespannten Hansabund mit der bald folgenden Entfremdung von ihm die endgültige Hinwendung zu den Parteien der Rechten.

Nach ersten Andeutungen der „Kreuzzeitung“ lud am 11. Dezember 1909, auf dem Allgemeinen Delegiertentag der Deutschkonservativen Partei in Berlin der Abgesandte der Stadt Hamm, Rechtsanwalt Dr. Herr, die Partei ein: „Ich wollte Sie bitten und einen Appell an Sie richten, nicht mehr die konservative Partei als die ostelbische anzusehen, sondern auch nach Westelbien zu kommen und zu zeigen, daß die konservative Partei die nationale Partei des ganzen deutschen Landes und des ganzen deutschen Volkes ist.“ Westfalen wäre hierfür ein geeignetes Terrain mit seinen der Scholle verwurzelten Bauern und mit der Großindustrie, deren Interessen in der Vergangenheit von den Konservativen so tatkräftig unterstützt worden wären. Auch in den Reihen der christlich-nationalen Arbeiterschaft wäre der konservativen Partei eine gute Aufnahme gewiß⁴⁾.

Diese Politik wurde zur Richtschnur: So konnte am 12. März 1910 in Wanne ein konservativer Wahlverein für den Wahlkreis Bochum — einer Hochburg der Nationalliberalen — gegründet werden. Das Ziel wurde in der Gründungsversammlung offen ausgesprochen. In der gegenwärtigen Situation wäre ein Zusammenschluß der rechtsstehenden Kreise unentbehrlich. „Solche müßten sich in großer Zahl in den Reihen der deutschen Industrie finden. Die konservativen Parteien hätten stets die Interessen der Industrie in jeder Weise gefördert und würden dies auch künftig tun⁵⁾.“ In sonderbarem Gegensatz zu diesen Worten mußte es stehen, wenn auf Versammlungen in Unna und Essen neben konser-

¹⁾ Koehler, Industrie, S. 5 f.

²⁾ Ebd.

³⁾ Ebd.

⁴⁾ DK-Delegiertentag 1909, S. 52 f.

⁵⁾ Koehler, Industrie, S. 5 f.

vativen Politikern auch Bundesführer wie Roesicke und Hahn sprachen: Der Bund der Landwirte hielt auch in den hochindustrialisierten Kreisen des Westens die Hand auf der konservativen Organisation.

Und das ist auch der Grund, weswegen der „Kreuzzug“ der Konservativen nach dem Westen für die große Kampfgemeinschaft der schwarzblauen Parteien nicht ohne Gefahren vor sich ging. War schon der auf dem Parteitag geäußerte Hinweis auf die in den Christlichen Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft geeignet, das Mißtrauen des Zentrums zu wecken, das ja zu diesen Arbeiterverbänden enge Bindungen besaß, so mußte die Aktivität des Bundes der Landwirte — nicht nur in Westfalen, sondern mehr noch im Rheinland — zu deutlichem Widerstand der Zentrumspartei herausfordern. Der Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Aachen wies im September 1910 darauf hin, daß der Bund der Landwirte „vor wie nach von der überwiegenden Mehrzahl der Landwirte abgelehnt“ würde, da „bäuerliche Interessen des Westens besser durch den Rheinischen Bauernverein vertreten werden und hier für den Bund kein Bedürfnis vorliegt“¹⁾. Und noch bündiger stellte der 3. Parteitag des rheinischen Zentrums wenige Tage später fest: „Die rheinischen Landwirte haben den Bund der Landwirte nicht nötig . . .“²⁾. Der schon einmal in den Anfangsjahren des Bundes der Landwirte gemachte Versuch, auch unter der katholischen Bauernschaft Fuß zu fassen, war damals am energischen Widerstand des Zentrums gescheitert, das seinen Einfluß auf die katholischen Bauernvereine erfolgreich behauptet hatte. Daß gerade in einer Zeit dieser alte Streit wiederauflebte, in der Zentrum und Konservative mehr denn je aufeinander angewiesen waren, sollte die schwarzblaue Position empfindlich stören.

Aber nicht nur in Preußen, auch in den süddeutschen Ländern marschierten die Konservativen gegen den Liberalismus auf. In München konstituierte sich in der Mitte des Oktober 1911 eine Bayerische Reichspartei, deren Mitglieder sich zwar offiziell in ihren Programmsätzen nicht die Bekämpfung einer bürgerlichen Partei, sondern nur die der Sozialdemokratie zur Aufgabe machten³⁾. Schon vorher, im Sommer desselben Jahres, war ebenfalls in München eine konservative Vereinigung zusammengetreten, die sich jedoch im Gegensatz zur ersteren nicht an das Programm einer bestehenden konservativen Partei anlehnte⁴⁾. Sie sollte ebenfalls der Sammlung des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie dienen. Beide Gründungen konnten nicht damit rechnen, bei den Landtags- und Reichstagswahlen des nächsten Jahres große Gewinne zu machen. Die Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie bei gleichzeitigem Betonen der bürgerlichen Gemeinschaft war aber augenscheinlich auf eine Zersprengung des sich in Bayern anbahnenden liberal-sozialdemokratischen Großblocks gegen das

¹⁾ Germania, Nr. 216, 20. September 1911, 2. Beilage.

²⁾ MdrZ, Nr. 2, November 1911.

³⁾ Z, Nr. 3, 21. Oktober 1911.

⁴⁾ KVZ, Nr. 495, 11. Juni 1911.

Zentrum gerichtet. Da die jungen konservativen Parteien immerhin alle die an sich ziehen konnten, die zwar in der Gegnerschaft zum Zentrum im gemäßigt liberalen Lager standen, aber den Kurs zum Großblock nur widerstrebend mitmachten, war die Reaktion der Liberalen scharf ablehnend. Das Zentrum erkannte zwar seinen Vorteil und wartete die weitere Entwicklung vorsichtig ab¹⁾). Trotzdem blieb auch hier ein gewisses Mißtrauen bestehen, da die christlich-soziale Volkspartei — eine protestantisch-konservative Neugründung gegen den Liberalismus in der Pfalz — bei den Landtagswahlen in Homburg durch ihr Zusammengehen gerade mit den Liberalen zeigte, wie leicht diese regionalen konservativen Parteien durch die übermächtige Stellung des Zentrums in Bayern an die Seite der Gegner gedrängt werden konnten²⁾).

Überall dort aber, wo die konservativen und bündlerischen Organisationen sich — oftmals zwar in nur unbedeutendem Maße — neben dem Zentrum schon seit längerer Zeit eingeführt hatten, so in Franken, in Württemberg und Baden, tauchten erheblich geringere Widerstände im Zusammengehen der beiden Parteien auf. Das war besonders in Baden der Fall, wo die Mehrheit der Linken im Landtag den Einfluß vom Zentrum auszuschalten in der Lage war. Hier sah sich das Zentrum im eigenen Interesse genötigt, auch weitergehende Wünsche der Konservativen zu erfüllen.

Hatten die Konservativen die zumindest theoretische Möglichkeit, für die im Osten zu erwartenden oder befürchteten Einbußen im Westen entschädigt zu werden, bestand für das Zentrum nur geringe Aussicht, seinen Einflußbereich zu erweitern. Zwar waren erhebliche katholische Wählermassen noch nicht für die Zentrumsparlei gewonnen, dennoch galt, was Friedrich Naumann sagte: „Das Zentrum selber kann . . . nur noch mit langsamen Schritten vorangehen, weil es schon jetzt alle katholischen Bestände fast völlig verarbeitet hat³⁾.“ Die einzige größere organisatorische Aufgabe, die sich die Partei nach ihrer Isolierung von 1907 gestellt hatte, die Errichtung einer westpreußischen Organisation, mußte unter den veränderten Verhältnissen zu erneuter Erschwerung des Zusammengehens mit den Konservativen führen. Es war den Führern des Zentrums nur mit Mühe möglich, die jungen, im Kampf gegen die protestantischen Konservativen entstandenen Lokalorganisationen auf die allgemeine Linie der Partei zu bringen⁴⁾). Fast überall sonst war es die Aufgabe des Zentrums in diesem von sozialer Erbitterung getragenen Kampfe, seine Bestände zu sichern und vor liberalem und sozialdemokratischem Zugriff zu wahren. Die Bedrängnis der Lage und das eigene Interesse wiesen beide Parteien zu engerem Zusammengehen und zum Hintansetzen eigener Pläne.

¹⁾ KVZ, Nr. 495, 11. Juni 1911. — Z, Nr. 3, 21. Oktober 1911.

²⁾ Augsburger Postzeitung, Nr. 172 [Parteien, S. 41].

³⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 18 f.

⁴⁾ NL Bachem 318.

Diese Erkenntnis maßgeblicher Führer in beiden Parteien leitete mit Notwendigkeit zur nächsten Aufgabe im Rahmen der Wahlvorbereitungen hinüber: die Stellung zu den gegnerischen Parteien mußte festgelegt und zugleich die Wahlkreisorganisationen, die mit der Kandidatenaufstellung betraut waren, auf die Linie des schwarzblauen Blocks gebracht werden.

Von den Parteien der Linken war diesmal auch in taktischer Hinsicht die Sozialdemokratie für die gesamte Front der schwarzblauen Parteien unannehmbar. Alle bisher gebrachten Argumente gegen die Arbeiterpartei wurden ins Feld geführt, um die bürgerlichen Wähler in der Front der schwarzblauen Parteien zu sammeln und die Liberalen wegen ihres vermeintlichen oder tatsächlichen Zusammengehens mit der „Umsturzpartei“ anzugreifen. Aber gerade dieser Vorwurf, den die Rechte den Liberalen machte, wurde von der gesamten Linken dadurch abgewiesen, daß man die Zentrumspartei auf das Widersprüchliche ihrer Politik aufmerksam machte¹⁾. Hatte doch das Zentrum noch 1907 in der Pfalz mit den Sozialdemokraten wahltaktische Vereinbarungen getroffen²⁾.

In der Haltung zu den beiden großen liberalen Parteien gingen die Ansichten im schwarzblauen Lager jedoch erheblich auseinander. Für das Zentrum waren die Nationalliberalen überall dort unentbehrlich, wo es auf ihre Hilfe wegen des Fehlens oder der Schwäche der Konservativen im Kampf gegen Sozialdemokratie und Fortschritt angewiesen war. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und im hessisch-pfälzischen Raum waren diese Hoffnungen auf die gemäßigten Liberalen durchaus begründet, da hier die Nationalliberalen auch in ihrer ideellen Ausrichtung die Rolle der Konservativen einnahmen. Sie gehörten fast durchweg dem äußersten rechten Flügel der Partei an. Die Reichstagsvertreter der sogenannten „Wormser Ecke“ — Graf Oriola und Frhr. von Heyl zu Herrnsheim — waren wegen ihrer Zustimmung zur Finanzreform sogar aus der Fraktion ausgestoßen worden. Der Abgeordnete Dr. Becker-Sprendlingen bürgte durch sein Amt als Geschäftsführer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie für eine großblockfeindliche Gesinnung. Alle diese Herren hatten sich in ihrer Partei so isoliert, daß sie ihrerseits auf die Rechtsparteien angewiesen waren, wenn auch ihre Wahlkreisorganisationen nach wie vor fest zu ihnen hielten. Ein Darmstädter katholischer Stadtpfarrer stellte nicht ohne Grund fest, es könnte in Hessen „ganz gut jeder Katholik einen Nationalliberalen wählen, denn es steckten dort alle konservativen Elemente in der national-liberalen Partei³⁾“. Auch in Baden war es für das Zentrum nur möglich, aus der Defensive gegen die Linksparteien wieder hinauszugelangen, wenn es wenigstens einen Teil der gemäßigten Liberalen zu sich herüberzuziehen vermochte.

Hinter diesem, aus wahltaktischen Erwägungen geprägten Wunsch einer Annäherung zumindest der gemäßigten Liberalen an den schwarzblauen Block

¹⁾ Vgl. Profit, Bettinger und die Sozialdemokratie, a. a. O.

²⁾ Ebd.

³⁾ Voß, Nr. 6, 4. Januar 1912.

stand aber letztlich die Frage nach den Mehrheitsverhältnissen des nächsten Reichstags. Das einheitliche Marschieren der Liberalen mit den Sozialdemokraten, wie es sich seit 1910 herauszubilden schien, dazu die bedeutenden Wahlsiege der Sozialdemokratie zeichnen die Gefahr eines gewaltigen sozialdemokratischen Sieges ab. Würde sich im neuen Reichstag die Stärke der Sozialdemokratie der des Zentrums nur nähern, die Liberalen aber auf Kosten des schwarzblauen Blocks einige Mandate hinzugewinnen, würde der bisher bestimmende Einfluß des Zentrums zugunsten der liberalen Linken verlorengehen¹⁾.

Die Taktik der Zentrumsparlei gegenüber den Nationalliberalen differierte mit der gegenüber dem Fortschritt nur um Nuancen. Zwar betonten die von einer Zentrumsversammlung am 20. März 1911 beschlossenen Richtlinien für die Wahlvorbereitungen der Partei, daß linksliberale Kandidaten „unter allen Umständen“ ebenso zu bekämpfen wären wie sozialdemokratische. Bei Stichwahlen zwischen Linksliberalen und Sozialdemokraten hätte die Zentrumsparlei Wahlenthaltung zu üben. „Nur in besonderen Ausnahmefällen kann die Theorie vom kleineren Übel dazu führen, den linksliberalen Kandidaten gegen den sozialdemokratischen zu unterstützen.“ Über die Haltung zu den Nationalliberalen hieß es an gleicher Stelle: „Gegenüber den nationalliberalen Kandidaten kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Es ist nicht mehr angebracht, ohne Unterscheidung der innerhalb der nationalliberalen Partei herrschenden Verschiedenheiten alle Kandidaten dieser Partei als unterstützungswürdige Kandidaten zu betrachten²⁾.“ Die gemäßigte Diktion gegenüber den Nationalliberalen dürfte wesentlich von der Notwendigkeit für das Zentrum bestimmt gewesen sein, mit dem rechten Flügel dieser Partei in Westfalen und Rheinhessen zusammengehen zu müssen. Die ganze übrige Hauptmacht der Nationalliberalen hätte demnach mit der gleichen Zentrums politik zu rechnen gehabt wie die Freisinnigen: im allgemeinen ablehnend, im besonderen Ausnahmeregelungen nicht unzugänglich, wie es der Abneigung des Zentrums gegen eine vorzeitige Festlegung am ehesten entsprach.

Die genannten Ausnahmeregelungen, zumeist wohl in der für die liberalen Mittelparteien unentbehrlichen Stichwahlhilfe gedacht, machte man in Übereinstimmung mit der Politik der Konservativen von gleichwertigen Kompensationen abhängig. Am deutlichsten prägte wohl Julius Bachem den Standpunkt des Zentrums in die Worte: „Es ist . . . nicht daran zu denken, daß die Zentrumsparlei auch nur einen Finger rühren wird, um die nationalliberalen Wahlkreise gegen die Sozialdemokraten zu sichern, wenn die Nationalliberalen ihrerseits alles tun, um Zentrumswahlkreise der Sozialdemokratie zu überantworten.“ Und er fuhr fort, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: „Damit soll aber

¹⁾ KVZ, Nr. 713, 21. August 1911, und verschiedene andere bürgerliche Blätter erwarteten ein Ergebnis von 120 bis 130 sozialdemokratischen Mandaten, wenn auch gegen Ende des Jahres 1911 die Aussichten für die Sozialdemokraten wieder erheblich geringer eingeschätzt wurden.

²⁾ Z, Nr. 21, 24. Februar 1912.

in keiner Weise gesagt sein, daß die Zentrumspartei die Parole ausgeben werde, für einen Sozialdemokraten zu stimmen, um einen Nationalliberalen zu Fall zu bringen. Die Zentrumspartei wird, solange die bezeichnete Taktik (der Zertrümmerung des schwarzblauen Blocks) andauert, nur im allgemeinen Gewehr bei Fuß stehen und den Nationalliberalen in ihren Wahlkreisen den Kampf gegen die Sozialdemokratie allein überlassen. Eine positive Unterstützung werden die Nationalliberalen vom Zentrum nur erwarten dürfen, wenn sie die Gegenseitigkeit gewähren, und zwar eine mit allen Bürgschaften der Wirksamkeit umgebene Gegenseitigkeit.“ — Um aber die Wirkung dieser Worte, die ja im Falle der Passivität des Zentrums in der engeren Wahl vielfach eine Auslieferung der Nationalliberalen an die Sozialdemokraten bedeutete, nicht zu negativ ausfallen zu lassen, fügte auch Bachem hinzu: „Ausnahmen zugunsten einzelner Persönlichkeiten sind dabei nicht ausgeschlossen.“ Im Grunde hatte er damit die vom Zentrum meisterhaft gespielte Taktik, alle Möglichkeiten offen bestehen zu lassen, um ein weiteres Beispiel bereichert. Letztlich blieben daher auch diese Ausführungen nur ein neuer Versuch, die Nationalliberalen von der Linksopposition abzuziehen¹⁾. Trotz der in den Richtlinien vom 20. März niedergelegten Gleichstellung von Fortschrittlern und Sozialdemokraten wäre aber ein nicht geringer Teil der Zentrumsparteiler — in Sorge über die Zusammensetzung des künftigen Reichstags — einer Aufnahme auch des Freisinns in das Lager der Rechten nicht abgeneigt gewesen. Zumindest für einzelne Linksliberale hatte man durch die dehnbar formulierten Bestimmungen des 20. März goldene Brücken gebaut. Aber auch in der Presse suchte man die Fortschrittler angesichts des Wachstums der Sozialdemokratie für eine „Gemeinbürgschaft der bürgerlichen Parteien²⁾“ zu gewinnen, wenn diesen Versuchen nicht einfach propagandistische Zwecke zu unterstellen sind: „Nichts läge . . . eigentlich für die Liberalen *beider* Richtungen näher, als die von der Rechten und dem Zentrum dargebotene Hand zur gemeinsamen Bekämpfung der Sozialdemokratie . . . anzunehmen³⁾.“ Doch gab man sich über ein Entgegenkommen der Fortschrittler keinen Illusionen hin: „Das aber wäre vom heutigen Linksliberalismus, der weit in die nationalliberalen Kreise reicht“ — gemeint sind die Jungliberalen — „zu viel verlangt⁴⁾.“ „Der Freisinn hat sich völlig an den Gedanken eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gewöhnt. Einziges Ziel seiner Sehnsucht ist die Niederwerfung des verhaßten ‚schwarzblauen‘ Blocks⁵⁾.“ So war das Zentrum im wesentlichen auf die rechtsgerichteten Nationalliberalen verwiesen.

Eine ähnliche Einstellung gegenüber den Nationalliberalen wurde im Lager

¹⁾ Z, Nr. 3, 21. Oktober 1911.

²⁾ Z, Nr. 3, 21. Oktober 1911.

³⁾ KVZ, Nr. 713, 21. August 1911.

⁴⁾ Ebd.

⁵⁾ Z, Nr. 3, 21. Oktober 1911.

der Konservativen nur von den gemäßigteren Gruppen — hauptsächlich den Reichsparteilern — geteilt. Bei den Deutschkonservativen machte sich eine extreme Ansicht schon zu einem frühen Zeitpunkt bemerkbar, und man geht wohl nicht fehl, ihre Hauptverfechter in den Kreisen der Bündler zu suchen. Vielleicht darf diese scharfe Haltung im ursächlichen Verhältnis zu dem Bestreben des Bundes der Landwirte und der Konservativen gesehen werden, die bisherigen bündlerisch-nationalliberalen Gebiete — Hannover, Hessen, Pfalz — unter bündlerisch-konservativen Einfluß zu bringen. Diederich Hahn ermunterte schon 1908 in einer Versammlung in Diepholz zur Liquidierung aller hannoverschen Mandate der Nationalliberalen¹⁾, und seit der Gründung des nationalliberal bestimmten Deutschen Bauernbundes 1909 wurde die Haltung des Bundes der Landwirte vollends unbeugsam.

Am 19. Dezember 1910 erklärte der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Frhr. von Wangenheim, in Königsberg: „... bei dem Kokettieren der Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie und bei dem dadurch entstehenden Dampf und Rauch befürchte er, würden die Konservativen das Augenmaß verlieren, den nationalliberalen Kandidaten von dem sozialdemokratischen zu unterscheiden. Auf jeden Fall müsse von Fall zu Fall genau geprüft werden. Freiheit und Schlappeit in diesen Dingen sei der größte Fehler²⁾.“

Im folgenden Februar wurde dann die Haltung der Deutschkonservativen zu den Liberalen und vornehmlich die unüberbrückbar werdende Kluft zu den Nationalliberalen zum ersten Male mit aller Schärfe und vor aller Öffentlichkeit offiziell verkündet. Am 10. dieses Monats wurde von der Versammlung des weiteren Parteivorstands ein Aufruf zur Einleitung der Wahlvorbereitungen beschlossen. Unter der Überschrift „Klar zum Gefecht!“ und nach einleitenden Sätzen über die Härte des bevorstehenden Kampfes, den die Partei mit Entschlossenheit führen müsse, hieß es dort: „Die Schwierigkeit der Lage und die Kampfweise der Gegner werden es nötig machen, von früher beobachteten Praktiken hier und da abzuweichen, wo das Ziel erreicht werden soll, nicht nur überall unser Parteiinteresse rücksichtslos wahrzunehmen, sondern, wo es sich ebenfalls empfiehlt, mit unsern Gegnern ‚von Bebel bis Bassermann‘ gebührende Abrechnung zu halten³⁾.“ Diese Worte beinhalteten ebenso wie die Bachems die nur schwach verhüllte Drohung, die liberalen Mittelparteien fortan nicht mehr als das kleinere Übel gegenüber der Sozialdemokratie anzusehen und bei einer Stichwahl zwischen beiden die Liberalen sich selbst zu überlassen. Insgesamt aber bedeutete dieser Aufruf mit der Gleichsetzung von Nationalliberalen und Sozialdemokraten eine viel größere Festlegung des konservativen Kurses, als es das Zentrum für opportun gehalten hätte.

¹⁾ Niedersächsisches Wochenblatt, Nr. 18, 2. Mai 1908.

²⁾ NB, 23. Jg., Nr. 15, April 1911, S. 175.

³⁾ Krauß-Düren, S. 276 f.

Um diesem Aufruf, der am 15. Februar 1911 veröffentlicht wurde, den größtmöglichen Widerhall im Publikum zu verschaffen, brachen die Konservativen am Tage zuvor im Abgeordnetenhaus eine spektakuläre Fehdeansage an die Nationalliberalen vom Zaun. Schon, daß das preußische Parlament zum Schauplatz gewählt wurde, scheint nicht zufällig. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses war weit mehr rechtsorientiert und agrarisch gesinnt als die des Reichstags, zumal das süddeutsche Element nicht vertreten war. Bassermann, der ja ebenfalls bezeichnenderweise keinen Sitz im Abgeordnetenhaus innehatte, mußte im Widerstand der preußischen Fraktion seiner Partei die wesentlichsten Hemmnisse im Kampf gegen den schwarzblauen Block überwinden. Wenn also der Schlag der Konservativen zuerst auf preußischer Ebene geführt wurde, so war unschwer zu vermuten, daß man darauf zielte, durch massive Einschüchterung die Friedberg-Gruppe in letzter Minute zum Abfall von der Linie ihres 1. Parteivorsitzenden Bassermann zu bewegen.

Dahinter stand aber die für weite Teile der preußischen Landtagsfraktion drohende Gefahr, in Zukunft die Unterstützung des Bundes der Landwirte bei Neuwahlen und damit ihre Sitze zu verlieren. Dieser zweite Punkt wurde dadurch unterstrichen, daß den ersten Schlag gegen sie der führende ostpreußische Funktionär des Bundes der Landwirte, Rittergutsbesitzer Rogalla von Bieberstein, führte. Er — und später in der Debatte von Heydebrand selbst — beschuldigten die Nationalliberalen der doppelten Buchführung: Auf der einen Seite zeigten sie sich national und auf der andern hielten sie zu den Sozialdemokraten, wie es der Großblock in Baden beweise. Dadurch und durch Neugründungen, wie den Hansabund und den Deutschen Bauernbund, mit denen sie Industrie und Landwirte gegeneinander hetzten, betrieben sie die Sache der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie sei daher die Frucht der Sünden des Liberalismus¹⁾.

Die damit eingeschlagene Bahn, die an eine Aussöhnung mit den Nationalliberalen kaum mehr dachte, wurde von der Parteiführung der Konservativen von nun an nicht mehr verlassen. Der Bund der Landwirte besonders suchte diese schroffe Politik mit dem Willen der Wählerschaft zu begründen, dem sich die Zentralen früher oder später angesichts der Kampfesweise des Liberalismus würden fügen müssen. Wenn man aber auf liberaler Seite glaube, „einen Zwiespalt zwischen Zentrale und Wählerschaft“ bei den Konservativen voraussagen zu können, „so liegt in Wirklichkeit die Sache gerade umgekehrt. In der konservativen und bündlerischen Wählerschaft wird immer lauter und dringender die Parole von den Zentralen gefordert: Bei Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Liberalen ‚Gewehr bei Fuß‘! In der Wählerschaft hat man schon längst die Geduld über die dreiste Naivität der Liberalen verloren²⁾. So ist es begreiflich, wenn nicht nur die Sozialdemokraten um Bebel³⁾, sondern selbst Bassermann

¹⁾ Kraus-Düren, S. 276 f.

²⁾ KBdL, Nr. 26, 13. April 1911.

³⁾ Brief an Viktor Adler; vgl. Gerhard A. Ritter, S. 10 f.

und der Kreis der freisinnigen „Hilfe“ hinter diesem konservativen Kurs Staatsstreichpläne befürchteten, die durch ein gewaltiges Anwachsen der Sozialdemokratie ihre letzte Begründung erhalten sollten. Jedenfalls ließen wiederholte Äußerungen von Heydebrands und des westpreußischen Bündlerführers von Oldenburg, daß man erst durch das „rote Meer“ müsse¹⁾, damit die Liberalen „klüger“ würden, ebensowenig den Argwohn einschlafen, wie der nun vielfach wiedergegebene Ausspruch des Reichstagsabgeordneten von Treuenfels, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ: „In Stichwahl zwischen Liberalen und Sozialdemokraten darf man nicht den Liberalen wählen. Der ist uns gefährlich. Dann muß man den Sozialdemokraten wählen. Desto eher kommt es zum Klappen²⁾.“

Angesichts der zunehmenden Verhärtung der Politik gegenüber den Liberalen, die jede Verhandlung zwischen Liberalismus und Konservativismus nach dem ersten Wahlgang auszuschließen drohte, entstand im konservativen Lager selbst eine starke Gegenströmung. Getragen wurde sie nicht nur von den Reichsparteilern, sondern auch von deutschkonservativen Kreisen bis hin zur obersten Führungsspitze. Am nachdrücklichsten warnte das deutschkonservative Vorstandsmitglied Graf Schwerin-Löwitz, dessen Worte um so mehr allgemeine Beachtung fanden, als er durch sein Amt als Reichspräsident auch weiteren Bevölkerungskreisen nicht unbekannt war. Er führte in einer Rede in Treptow an der Tollense, nachdem er sich ausdrücklich gegen die Unterstützung der Sozialdemokraten durch den Fortschritt gewandt hatte, diesen Gedanken weiter: „Ich möchte nicht die Mißdeutung aufkommen lassen, als ob ich etwa hierin nur bei unserem Linkliberalismus etwas verurteile, wofür ich bei anderen bürgerlichen Parteien, etwa bei den konservativen, noch eine Entschuldigung hätte . . . Und wenn neuerdings auch in konservativen Kreisen wenigstens die Frage aufgeworfen ist, ob der Freisinn, der sich so offen zum Verbündeten der Sozialdemokratie mache, nicht vielleicht gefährlicher sei als diese selbst? und ob derselbe daher heute noch in Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie unterstützt werden dürfe?, so erkläre ich noch einmal, daß ich mir gar keine Umstände denken kann, unter welchen ich bei einer Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und irgendeinem bürgerlichen Kandidaten auch nur eine Stimmenthaltung für zulässig halten würde. Sollte ich . . . jemals . . . unserem Kreise eine Parole ausgeben . . . müssen, so werde ich immer und unter allen Umständen auch den schlimmsten bürgerlichen Demokraten doch noch mit aller Entschiedenheit . . . gegen jeden Sozialdemokraten zu unterstützen bitten³⁾.“

Die Reaktion des Parteivorstandes und der Bündler auf diese am 20. Juni 1911

¹⁾ DTZ, Nr. 46, 21. Dezember 1911. — Hilfe, XVII, 1911, S. 818. — NB, 23. Jg., Nr. 28, 1911, S. 331 f.

²⁾ Zit. nach: Die Sozialdemokratie im Urteil . . ., S. 24 f.

³⁾ NB, 23. Jg., Nr. 28, 1911, S. 332 ff.

in einem Blatt des pommerschen Wahlkreises des Grafen veröffentlichte Rede war angesichts der einflußreichen Stellung, die von Schwerin-Löwitz innehatte, ungewöhnlich scharf. Die Schnelligkeit, mit der Bündler und konservative Parteileitung den Ausführungen widersprachen, scheint zu offenbaren, daß der pommersche Graf hier an empfindliche, prinzipielle Grundsätze der Partei zu rühren gewagt hatte.

Bereits am 22. Juni fand sich in der „Deutschen Tageszeitung“, dem meist-gelesenen Blatt des Bundes der Landwirte — auch hier gingen die Bündler voran —, in Sperrdruck folgende Feststellung: „Wir sind in der Lage mitzuteilen, daß die Mehrzahl der bei der Leitung der konservativen Partei beteiligten Herren in diesem Punkte vom Grafen Schwerin-Löwitz abweichen und der Ansicht sind, man müsse von Fall zu Fall entscheiden und direkte Bundesgenossen der Sozialdemokratie genau wie diese selbst auch bei den Stichwahlen behandeln¹⁾.“

Die „Konservative Korrespondenz“ als offizielles Organ der Parteileitung druckte diese Erklärung unter vorbehaltlosem Einverständnis mit ihrem Inhalt kurz darauf nach.

Mit einer Zustimmung aus Leserkreisen, die die „Deutsche Tageszeitung“ am 24. Juni wiedergab, suchte man die Übereinstimmung von Wählerschaft und Parteileitung zu beweisen. Es hieß dort, daß man die Liberalen durch den Kurs der Partei zur Selbstbesinnung führen müsse, damit gegenüber der Sozialdemokratie „die Phalanx des Bürgertums sich wieder schließt. Daher liegt ein Abgehen von der bisher geübten, allzu selbstlosen Taktik der Konservativen nicht nur im Interesse dieser Partei, sondern es wird geradezu durch das patriotische Interesse erfordert, das eine Abschreckungswaffe für Verrat an der bürgerlichen Sache verlangt²⁾.“ Obwohl hier und da aus dem Lande — so aus Hildesheim am 29. Juni von einer konservativen Versammlung —³⁾ zustimmende Äußerungen einliefen, mußten die Führer doch bald erkennen, daß der sich allenthalben erhebende Widerstand nicht übergangen werden konnte⁴⁾.

Widerspruch erhob sich auch in der freikonservativen Nachbarpartei. Für eine vermittelnde Linie sprach Frhr. von Zedlitz-Neukirch am 30. Juni im „Tag“. Die Freikonservativen „hätten bisher stets den Grundsatz befolgt, bei den Wahlen im allgemeinen und bei den Stichwahlen im besonderen für alle Parteien unterschiedslos gegen die Sozialdemokratie einzutreten. Natürlich habe es Ausnahmefälle gegeben, in denen man nicht nach diesem Grundsatz verfuhr, aber immer nur dann, wenn das Verhalten der Gegner im bürgerlichen Lager dies unmöglich machte.“ Diese Fälle könnten bei den kommenden Wahlen häufiger sein, wobei selbstverständlich der Sozialdemokratie keine freikonserva-

¹⁾ DTZ, Nr. 46, 21. Dez. 1911. — Hilfe XVII, 1911, S. 818. — NB, 23. Jg., Nr. 28, 1911, S. 331 f.

²⁾ Ebd.

³⁾ Parteien, S. 3.

⁴⁾ NB, 23. Jg., Nr. 28, 1911, S. 332 ff.

tive Stimme zufallen dürfe. Aber wenn Linksliberale in Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie auf die Wahlhilfe der Reichspartei rechneten, „so werden sie ihr Verhalten im Wahlkampf im ganzen wie im einzelnen so einrichten müssen, daß deren Gewährung nicht unmöglich wird¹⁾.“

Diese Politik wurde von der Reichspartei auch in den folgenden Monaten vertreten und kam klar im offiziellen Wahlaufdruck der Partei vom 7. Dezember des Jahres zum Ausdruck: „Zusammenschluß aller vaterländischen Parteien zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes ist auch für die bevorstehende Reichstagswahl die Parole der Reichspartei, keine direkte oder *indirekte* Unterstützung der Sozialdemokratie ist unsere Stichwahlparole. Wie auch immer der bedauerliche Zwist zwischen den bürgerlichen Parteien sich weiter entwickelt, die Reichspartei bleibt sich als selbständige Mittelpartei ihrer Aufgabe bewußt, die patriotischen Männer von rechts und links zur gemeinsamen Arbeit im Dienste des Vaterlandes zu vereinigen²⁾.“

Angesichts dieses Widerstandes im eigenen wie im Lager der Verbündeten suchte die deutschkonservative Führung nach einem ehrenhaften Rückzug. So betonte die „Kreuzzeitung“ zwar die Notwendigkeit einer genauen Prüfung derjenigen bürgerlich-demokratischen Kandidaten, die in der Stichwahl von konservativer Hilfe abhingen. Es wäre aber verfrüht und nicht zweckmäßig, darüber schon jetzt, ein halbes Jahr vor den Wahlen, allgemeine Regeln aufzustellen. „Wir müssen — nicht nur als Parteimänner, sondern auch als Patrioten — uns für alle Fälle freie Hand wahren . . . In einer schwierigeren Lage sind wir noch nicht oft gewesen, und daher sollte auch das politische Gewissen des einzelnen Parteiangehörigen von keiner Seite bestürmt werden. Nach unseren Beobachtungen wünscht man ziemlich allgemein das Stichwahlthema nicht vorzeitig erörtert zu sehen, da man vielfach immer noch hofft, der Freisinn werde aus der Wahlstatistik rechtzeitig die Lehre ziehen, was sein und aller bürgerlichen Parteien gemeinsamer Vorteil ist. Wir sind nicht so optimistisch. Trotzdem sind auch wir für das Abwarten³⁾.“

Dennoch gelang es nicht, die einmal eingeleitete Debatte innerhalb der konservativen Kreise zu dämpfen. So forderte am 3. August eine Entschließung des Ostpreußischen Konservativen Vereins, Hilfe für die Liberalen nur auf der Basis der Gegenseitigkeit zu gewähren⁴⁾.

Auch in der folgenden Zeit verschwand das Thema nicht mehr aus den konservativen Blättern. Radikale und gemäßigte Anschauungen standen einander gegenüber, während einzelne vermittelnde Stimmen laut wurden. So hatte trotz — oder gerade wegen — der Energie, mit der die Parteiführung anfangs reagiert hatte, die Rede des Grafen Schwerin-Löwitz die Haltung der Parteileitung zum

¹⁾ Parteien, S. 8. — Hamburger Nachrichten, Nr. 314, 7. Juli 1911.

²⁾ Parteien, S. 111 ff.

³⁾ NB, 23. Jg., Nr. 28, 1911, S. 332 ff.

⁴⁾ Parteien, S. 3 f. — Deutsche Reichspost, Nr. 195, 22. August 1911.

Liberalismus wesentlich eingeengt. Die vielfältig gestaffelten, aufeinanderprallenden Meinungen im schwarzblauen Lager zeigten den Liberalen, daß der „Block“ durchaus nicht so festgefügt war, wie es bisweilen den Anschein haben mochte. Es lag also für die fortschrittlichen wie nationalliberalen Parteizentralen kein Grund vor, den bisher eingeschlagenen Weg des Kampfes gegen rechts nicht unbeirrt beizubehalten.

Lange schien es nun so, als wollte die konservative Führung sich von der Erörterung des Verhaltens gegenüber den Liberalen in den Stichwahlen vorsichtig zurückhalten, bis das Ergebnis der Hauptwahl die Richtung der Stichwahlpolitik weisen würde. Selbst der Wahlauf Ruf der Deutschkonservativen Partei vom 6. Dezember 1911 behandelte zwar den Gegensatz zu den Liberalen und Sozialdemokraten in den speziellen strittigen Punkten. Die Frage der Stichwahlen rührte er jedoch nicht an. Daher wurde es allgemein als Sensation gewertet, als knappe vierzehn Tage später der konservative Parteiführer von Heydebrand nun doch die Politik der Deutschkonservativen in den Stichwahlen näher umriß. Auf dem Tag der ostpreußischen Partei legte er drei Bedingungen fest, von deren Beantwortung die Stichwahlhilfe für den Liberalen abhängen sollte. Erstens sollte sich der liberale Kandidat verpflichten, jeder Verminderung der kaiserlichen Regierungsgewalt entgegenzutreten, also sich der Durchführung des Konstitutionalismus zu widersetzen. Als nächstes sollte er unter allen Umständen für die Einführung eines lückenlosen Schutzzollsystems eintreten. Und schließlich hatte er zu garantieren, alle Maßnahmen zu unterstützen, die zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie getroffen würden. Die Linke vermutete in dieser letzten Forderung wohl zu Recht den Versuch, neue Ausnahmegesetze zu schaffen¹⁾.

Diese Bedingungen waren kaum von ehrlichem Verständigungswillen geprägt. Da es von Heydebrand bekannt gewesen sein dürfte, daß die am 19. November erlassenen Wahlauf Rufe beider liberaler Parteien zu allen drei Punkten Formulierungen enthielten, die zu seinen Forderungen in diametralem Gegensatz standen²⁾, scheint es die feste Absicht des Parteiführers gewesen zu sein, den Liberalismus endgültig seinem Schicksal zu überlassen. Ob er — wenn überhaupt — auch jetzt noch hoffte, durch diesen Gewaltstreich ängstlichere liberale Gemüter auf die rechte Seite zu treiben oder gar einen Keim innerer Zwistigkeiten in beiden Parteien zu säen, mag dahingestellt bleiben.

Die Schroffheit seines Vorgehens ließ unter den Liberalen ein buntes Prisma des Widerspruchs aufleuchten. So meinte die „Hilfe“: „Daß liberale Kandidaten diesen Bedingungen sich unterwerfen würden, hat Herr von Heydebrand wohl

¹⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 818. — Interessant ist, daß die DTZ, Nr. 646, 21. Dezember 1911, in ihrem Bericht vom ostpreußischen Parteitag die aufgestellten Bedingungen von Heydebrands kaum erwähnt.

²⁾ Parteien, S. 196 ff. und 221 f.; einzig die erste Bedingung wäre mit dem Programm der Nationalliberalen vereinbar gewesen.

selbst nicht geglaubt, oder sollten sie nur ein Schritt weiter sein in der Desperadopolitik, von der die Konservativen hoffen, daß sie nach einem Reichstag mit sozialdemokratischer Mehrheit zur Herrschaft der Rechten führen werde?¹⁾“ Und die „Frankfurter Zeitung“ warf angesichts des nur wenig verhüllten Wunsches nach Ausnahmegesetzen die nicht uninteressante Frage auf: „... es ist auch bekannt, daß das Zentrum sich im Reichstage solchen Forderungen gegenüber durchaus ablehnend verhält. Wo aber verlangen Konservative von Zentrums kandidaten, die sie sogar schon im ersten Wahlgange unterstützen, daß sie sich zu solchen Maßnahmen bereit erklären? Es ist genau dasselbe wie beim Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Den Klerikalen verzeiht man es gern, wenn sie zur Stärkung ihrer Herrschaft Bündnisse mit den Roten abschließen²⁾.“ Das Ziel der Konservativen in diesem Wahlkampf, die liberale Mitte zu zertümmern, dürfte wohl kaum besser als in diesem Streiflicht aufleuchten.

Bedenklich aber mußte es für die Deutschkonservativen sein, daß auch die Schwerindustrie von ihnen abzurücken begann. Freiherr von Zedlitz-Neukirch, der Führer der Reichspartei, machte sich zum Sprecher der vom Zentralverband Deutscher Industrieller vertretenen Kreise und äußerte lebhaften Widerspruch gegen die Forderung des lückenlosen Zolltarifs³⁾. So sah sich von Heydebrand genötigt, die Stichwahlparole erneut abzuschwächen. Am 2. Januar vertrat die parteioffizielle „Konservative Korrespondenz“ die Auffassung, in Königsberg wären nur Grundzüge ausgegeben worden, nämlich „keinerlei Schwächung der verfassungsmäßigen Rechte der Kaisergewalt, völlige Sicherstellung eines ausreichenden Zollschutzes für Landwirtschaft und Industrie — von einem ‚lückenlosen Zollschutz‘ war keine Rede mehr — und Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft und des einzelnen gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie“. Wo lokale Vereinbarungen zwischen Liberalen und Konservativen bereits bestanden, sollten sie selbstredend aufrechterhalten bleiben, wo nicht, sollten sie auf der Grundlage gegenseitig verpflichtender Abmachungen angestrebt werden⁴⁾.

Diese allgemeine Abstimmung des schwarzblauen Verhältnisses zu den Gegnern, wie sie sich — bei Zentrum und Reichspartei in gemäßigeren, bei den Deutschkonservativen in schärferen Formulierungen — doch im großen und ganzen einheitlich vollzog, sollte aber ein festeres Zusammengehen in der Aufstellung der Kandidaten ergänzen.

Das Wahlabkommen der schwarzblauen Parteien

Die hierbei einzuschlagende Taktik wurde naturgemäß auf denselben beiden Versammlungen beschlossen, in denen Zentrum und Deutschkonservative ihre

¹⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 818.

²⁾ Frankfurter Zeitung, 24. Dezember 1911 [Parteien, S. 243 f.].

³⁾ NB, 24. Jg., Nr. 1, 1912. — Hilfe, 1911, XVIII, S. 17 f.

⁴⁾ KK, 2. Januar 1912 [Parteien, S. 113 f.].

allgemeine Wahlpolitik festlegten. In der Versammlung des weiteren Vorstandes der Konservativen am 10. Februar 1911 war zwar von einer Bereitschaft zur Begünstigung von Zentrumskandidaten noch wenig zu spüren. In dem bereits erwähnten Aufruf „Klar zum Gefecht“ wurde sogar empfohlen, „tunlichst überall . . . eigene Kandidaten unserer Partei“ aufzustellen. Trotzdem suchte die Zentrale sich alle Möglichkeiten der Absprache mit den Bundesgenossen offenzuhalten: Die engste Fühlung mit dem Parteivorstand dürfe von den mit der Kandidatenaufstellung betrauten Lokalorganisationen nicht außer acht gelassen werden. „Nur dann ist dieser imstande, das Ganze zu übersehen, die nötigen Vorbedingungen aufrechtzuhalten und die erforderlichen Unterstützungen zu gewähren¹⁾.“ Die Bemerkung, daß in der außergewöhnlichen Situation dieses Wahlkampfes von hergebrachten Praktiken eventuell abgewichen werden müsse²⁾, läßt die Erkenntnis deutlich werden, daß mit dem Bestand an Mandaten die bisherige Politik im Reichstag nur erhalten bleiben konnte, wenn neue Wege der Wahlpolitik eingeschlagen würden und damit beispielsweise auch von der weithin geübten Methode des Stimmenzählens in nicht zu erobernden Kreisen abgegangen werden müsse. Gerade dieses bisher zumeist nutzlos verschleuderte wahlpolitische Potential mochte nun besseren Zwecken zugeführt werden.

Der entscheidende Anstoß sollte von der großen Versammlung der Zentrumsabgeordneten aus dem Reichstag und den Ländervertretungen sowie der Vertreter der im Augustinusverein zusammengeschlossenen Zentrumspreste am 20. März ausgehen. Hier wurde auf Antrag Julius Bachems einmütig beschlossen, „unter den obwaltenden Verhältnissen sorgsam darauf Bedacht zu nehmen . . ., daß *falsche Stichwahlen vermieden* werden. Es muß vermieden werden, daß Kandidaten der Zentrumspartei in Stichwahlen kommen, in welchen sie nach Lage der Verhältnisse in den betreffenden Wahlkreisen nicht durchdringen können und bei welchen der Sieg der Linken dadurch herbeigeführt wird, daß eben der Zentrumskandidat in die Stichwahl gelangt ist. Unter solchen Umständen wird der Zentrumsache besser dadurch gedient, wenn unter Verzicht auf eigene Kandidatur die rechtsstehenden Kandidaten in die Stichwahl gebracht werden³⁾.“ Die praktische Durchführung sollten die Kreisorganisationen in den Händen behalten, da sie es ja auch wären, die die Parole an die Wähler ausgeben müßten⁴⁾. Die einzelnen Wahlkomitees, in denen kritische Entscheidungen dieser Art zu treffen sein würden, sollten jedoch mit den Provinzialleitungen Verbindung halten, damit eine möglichst einheitliche Linie der Partei ermöglicht würde. Aus diesem selben Grunde müßte auch die Fühlung zwischen Provinzialleitungen und Zentrale so eng wie möglich bleiben⁵⁾.

¹⁾ Krauß-Düren, S. 276 f.

²⁾ Ebd.

³⁾ Z, Nr. 21, 24. Februar 1912.

⁴⁾ Erzberger im Tag, 2. April 1911; Krauß-Düren, S. 291 ff.

⁵⁾ Zentrumswähler, S. 153. — ähnlich: MdrZ, Nr. 3, Dezember 1910.

Der Zentrumsführer Erzberger schätzte die Zahl der in Frage kommenden Wahlkreise recht hoch ein und war der Ansicht, gerade dieser Wahlkampf eigne sich besonders für die Erprobung eines solchen Vorgehens, das ein Novum für die Zentrumsparlei darstellte. Bisher waren Wahlabkommen im allgemeinen nur für die Stichwahlen geschlossen worden. Auch die Wähler des Zentrums hätten „genügend Verständnis für die veränderte Taktik, die geeignet ist, den Anfang des parlamentarischen Großblocks zu zerschmettern¹⁾“. Bezeichnend für das Verhältnis von Zentrum und Konservativen blieb aber der letzte Satz des Aufrufs vom 20. März: „Von den durch die Zentrumsparlei zu unterstützenden Parteien ist unter allen Umständen Gegenseitigkeit zu verlangen und diese nach Möglichkeit zur Geltung zu bringen²⁾“. Trotz der Erkenntnis der Notwendigkeit von Opfern für die gemeinsame Sache wurde also auch gegenüber den schwarz-blauen Partnern das Parteiinteresse wenigstens der Form nach aufrechtzuerhalten gesucht.

Auf der konservativen Seite wurde die Taktik des Zentrums voll Zustimmung begrüßt. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ schrieb schon vier Tage später in einer ausführlichen Besprechung der Zentrumsparole, daß das Zentrum wie die Parteien der Rechten sich angesichts des „konzentrischen Angriffs“ von Liberalen und Sozialdemokraten naturgemäß zusammenschließen müßten. „Wir können unter diesen Umständen auch unseren Freunden nur raten, ihrerseits ‚mutatis mutandis‘ nach der für die Zentrumsarmee ausgegebenen Richtlinie zu marschieren, auch sie würden mit der eventuellen Unterstützung von Zentrumskandidaten in den für eigene Kandidaten aussichtslosen Wahlkreisen ihren eigensten Interessen den besten Dienst erweisen³⁾“.

Die Durchführung dieser in beiden Parteien getroffenen Zielsetzung war jedoch bei der weitgehenden Selbständigkeit der Lokalorganisationen in der Benennung ihrer Kandidaten, bei hier und dort besonderen parteipolitischen Verhältnissen einzelner Kreise nur selten leicht und in vielen Fällen unmöglich. Konfessionelle und parteigeschichtlich bedingte Hindernisse ließen die eine oder andere Parteiorganisation mit der Zurückziehung ihrer Kandidatur zugunsten derjenigen der Nachbarparlei bis zur letzten Stunde zögern. Hierbei mochten allerdings auch wahltaktische Erwägungen mitspielen, wenn, wie in Westpreußen, Abmachungen mit der in nationalen Fragen als unzuverlässig geltenden Zentrumsparlei erst spät veröffentlicht wurden⁴⁾ oder, wie in Württemberg, umgekehrt die Parole des Zentrums für die Konservativen hinausgezögert wurde, offenbar, um den Bundesgenossen in den Augen protestantischer Wähler nicht zu kompromittieren. In anderen Gebieten des Reiches hatten frühere lokale Abmachungen zwischen Zentrum und der Rechten allerdings bereits wesentlich

¹⁾ Erzberger im Tag, 2. April 1911; Krauß-Düren, S. 291 ff.

²⁾ Z, Nr. 21, 24. Februar 1912.

³⁾ KBdL, Nr. 22, 24. März 1911.

⁴⁾ NL Bachem 318.

dazu beigetragen, konfessionelle Schranken abzutragen und der offiziellen Wahltaktik vorzuarbeiten. So hatte im Jahre 1908 der Bund der Landwirte im Landtagswahlkreis Rheingau/Sankt Goarshausen/Rüdesheim die Hilfe des Zentrums bei der damaligen Landtagswahl unter der Bedingung erhalten, daß er sich zur Gegenleistung im Reichstagswahlkreis Ottweiler/Sankt Wendel/Meisenheim (6. Trier) bei den nächsten Reichstagswahlen verpflichtete. Die bündlerischen Agitatoren hatten seitdem alles darangesetzt, die evangelischen Landwirte von Meisenheim für die Wahl eines katholischen Zentrums kandidaten geneigt zu machen — wie es anfangs schien, nicht ohne Erfolg. Erst als das Zentrum einen Arbeitersekretär aufstellte, machten sich unter den Landwirten Widerstände geltend¹⁾.

Im allgemeinen vollzog sich die Durchführung der Wahltaktik im Rahmen und nach den üblichen Formen der Kandidatenaufstellung. Nach den — gewiß oft nicht leichten — Verhandlungen der beteiligten Provinzialleitungen und ihrer Rücksprache mit den Zentralen wurde das Verhalten jeder Partei auf den Provinzialversammlungen der Wahlkreisdelegierten besprochen und für jeden Wahlkreis festgelegt. Prinzipiellen Widerständen einzelner Wahlkreisorganisationen stand man allerdings meist machtlos gegenüber. So fügte sich — um ein Beispiel herauszuheben — die Vertrauensmännerversammlung von Grünberg/Freistadt in Niederschlesien dem Beschluß der Delegiertenversammlung der schlesischen Zentrumsparlei vom 12. Dezember nicht, auf der bestimmt worden war, daß das Zentrum in diesem Wahlkreis schon in der Hauptwahl für den konservativen Abgeordneten eintreten sollte. Der im Wahlkreis aufgestellte Zentrumskandidat hat trotzdem nicht dem konservativen Kandidaten den Weg in die Stichwahl versperrt²⁾.

In kritischen Fällen wurden die Zentralleitungen oder einflußreiche Persönlichkeiten der Führungsschicht zu den Verhandlungen zugezogen. So wurden nach erfolglosen Bemühungen des Zentrums und der von von Oldenburg geführten bündlerischen Gruppe der Konservativen, in Westpreußen an die Stelle des althergebrachten konservativ-liberalen — „nationalen“ — Bündnisses gegen die Polen eine konservativ-zentrumsparleiliche Wahlabmachung zu stellen, die weiteren Diskussionen über diese Frage in Berlin zwischen von Heydebrand und von Oldenburg einerseits und dem schlesischen Grafen Praschma, dem Vertreter des Zentrums, andererseits weitergeführt. Julius Bachem übernahm es schließlich, während seiner Anwesenheit auf dem Parteitag der westpreußischen Zentrumsorganisation wie auch in ausführlicher Korrespondenz auf den Vorsitzenden des dortigen Provinzialverbands einzuwirken, mit dem Erfolg, daß wenigstens die Gegenkandidatur des Zentrums gegen von Oldenburg nicht zustande kam³⁾.

¹⁾ STAK 403/8466.

²⁾ Voß, Nr. 6, 4. Januar 1912.

³⁾ NL Bachem 318.

Betrachtet man das Abkommen auf der Ebene des ganzen Reiches — mit der Ausnahme Elsaß-Lothringens —, so erkennt man unschwer, daß die Zentrums-
partei weitaus größere Opfer brachte. Der Grund hierfür liegt in der Geschlossen-
heit der Zentrumsgebiete, in denen die Hilfe der Rechtsparteien nur selten
entscheidende Bedeutung haben konnte. Im Gegensatz hierzu bildeten die Kreise
der Rechtsparteien mit Ausnahme einiger Hauptgebiete der Deutschkonserva-
tiven durchaus nicht einen solchen, für Gegner unangreifbaren Block. Fast
überall gab es liberale oder sozialdemokratische Minderheiten, gegen die die
Zentrumshilfe beansprucht werden mußte. Insgesamt nahm die Rechte die
Unterstützung des Zentrums in 98 Kreisen entgegen¹⁾, nämlich die Deutsch-
konservativen in 51, die Reichspartei in 13 und die Antisemiten in 34 Fällen
(BdL 13, Chr. Soz. 6, Dt. Soz. 5, RFP 1, nicht näher klassifizierte WVG 9). Die
Rechtsparteien erwiderten diese Hilfe in 33 Fällen (Deutschkonservative in 8,
RP in 3, WVG in 22).

In 100 Kreisen standen 106 Kandidaten der Rechtsparteien dem Zentrum
gegenüber²⁾. Diese Fälle des Abweichens von der allgemeinen Taktik rührten
zum geringeren Teil aus dem Widerstand lokaler Organisationen her, so bei der
schon erwähnten westpreußischen Zentrums-
partei. Ähnlich liegt der Sachverhalt
in Rheinland/Westfalen, wo die jungen Organisationen der Konservativen die
erste Feuerprobe bestehen wollten. In anderen Gegenden — so in einigen
württembergischen Kreisen — mögen konfessionelle Motive mitgespielt haben.
In den weitaus meisten Fällen liegen reine Zählkandidaturen vor. Die Ursachen
hierfür waren verschieden. In vielen „bombensicheren“ Wahlkreisen einer der
Parteien — zumeist des Zentrums — konnten die Bundesgenossen kandidieren,
ohne das Mandat des Partners zu gefährden. In anderen Wahlkreisen wiederum,
so den Berliner, Hamburger und den meisten sächsischen Kreisen, hatte keine
der schwarzblauen Parteien eine Chance, so daß sie nebeneinander die Stimmen
ihrer Anhänger zählen konnten. In einer ganzen Reihe von Kreisen, die nur
unsicherer Besitz einer der größeren schwarzblauen Parteien waren, wurde die
Gegenkandidatur von einer der antisemitischen Splitterparteien gestellt, die
ohnehin in der drohenden Gefahr, zwischen den großen Parteien zerrieben zu
werden, jede Stimme ihrer Anhänger zählen mußten, um wenigstens durch einen
relativ ansehnlichen Teil an den gültigen Stimmen ihre Bedeutung herausstellen
zu können.

¹⁾ Nach Z, Nr. 21, 24. Januar 1912, in 89 Kreisen.

²⁾ Vgl. hierzu Blaustein, Parteien, S. 355 f., der infolge eines anderen Verrechnungsverfahrens
zu anderen Ergebnissen gelangt. Seiner Einbeziehung der nationalen Minderheitsparteien, der
Deutschhannoveraner usw. in die schwarzblaue Front konnte ich mich aus historisch-politischen
Erwägungen nicht anschließen. Meine Berechnung basiert ausschließlich auf dem Vergleich der
genannten Rechtsgruppen mit den Kandidaten der Zentrums-
partei im Jahre 1907, und — da
1907 das Zentrum wie die Rechte auf mehrere Kandidaturen zugunsten anderer Parteien ver-
zichtete — im Jahre 1903. Kamen zwischen 1907 und 1912 Ersatzwahlen in Betracht, wurden
sie ebenfalls herangezogen.

Aber nicht nur Angehörige der rechten Parteien wurden von der Zentrums-
partei unterstützt. Auch fünf nationalliberale Kandidaten erhielten nach der
Erfüllung der Bedingungen die Hilfe des Zentrums schon in der Hauptwahl,
nämlich die Kandidaten der Wahlkreise Kalbe/Aschersleben, Hagen/Schwelm,
Darmstadt, Bingen und Pforzheim. Alle diese Kandidaten gehörten wohl dem
rechten Flügel der nationalliberalen Partei an, zwei von ihnen — diejenigen
Darmstadts und Bingens — der sogenannten Wormser Ecke, zwei andere
(Hagen und Pforzheim) mögen als Fabrikanten dem Zentralverband nahe-
gestanden haben.

Neben diesen etwa 20 000 bis höchstens 25 000 Stimmen für die Rechtsnational-
liberalen verzichtete das Zentrum zugunsten der Rechten auf — überschlägig
gerechnet — 130 000 Stimmen. Die von den Parteien aufgestellten, zwischen
200 000 und 300 000 Stimmen schwankenden Berechnungen erscheinen dagegen
als durchaus zu hoch gegriffen, auch dann, wenn man die den nationalen Minder-
heitsparteien und den Deutschhannoveranern gewährte Unterstützung mit
einrechnet. Allenfalls wurde die untere Grenze dieser Summen annähernd
erreicht. Grund für diese Aufwertung der Zentrumshilfe dürfte bei den Liberalen
das Bestreben gewesen sein, die Stimmenrückgänge der Konservativen noch
katastrophaler erscheinen zu lassen, während in ähnlicher Absicht das Zentrum
das Stagnieren in der Zunahme seiner Anhänger mit den Verpflichtungen gegen-
über der gemeinsamen „nationalen“ Sache zu begründen suchte. Daher ver-
wundert es nicht, wenn es ein Zentrumsblatt war, das die höchsten Zahlen
errechnete¹⁾.

Demgegenüber konnten die Rechtsparteien dem Zentrum nur mit weit
geringeren Stimmenzahlen in der Hauptwahl zu Hilfe kommen. Sie lagen bei den
Deutschkonservativen etwa bei 14 000, bei der Reichspartei bei 15 000 und bei
den antisemitischen Splittergruppen bei etwa 10 000, insgesamt also bei rund
40 000 Stimmen.

Welche Ergebnisse wurden nun mit diesem Austausch von Wahlstimmen
erreicht? Das Ziel, durch Vermeiden falscher Stichwahlen dem schwarzblauen
Kandidaten zum Sieg zu verhelfen, wurde nur in seltenen Fällen erreicht und oft
mit großen Opfern des Zentrums erkaufte. So gab das Zentrum in einer Reihe
von Fällen, in denen es weit stärker als der Bundesgenosse war, diesem den Weg
frei in die Stichwahl oder ermöglichte ihm den Sieg schon in der Hauptwahl. Das
trat besonders in Franken und in der Pfalz in Erscheinung. In Speyer und
Kaiserslautern verhalf das Zentrum dem Bund der Landwirte zu aussichtsreichen,
wenn auch letztlich enttäuschenden Stichwahlen, indem es ihm seinen Wähler-
anteil von 30, beziehungsweise 16 Prozent abtrat. In Homburg, Forchheim,
Bretten/Sinsheim und Gerabronn verhalf es jedoch den Kandidaten des Bundes
durch Überweisung der 25, 42, 40 und 23 Prozent seiner Wähler sogar zum Sieg
in der Hauptwahl. Daß die Rechtsparteien nicht selten nur knapp in die Stich-

¹⁾ Z, Nr. 21, 24. Februar 1912.

wahlen gelangten, um dann durch die Unterstützung liberaler Wähler gegen die Sozialdemokratie zu siegen, verdankten sie vielfach dem Beistand des Zentrums in der Hauptwahl. So in zwei Wahlkreisen des niederschlesischen und zwei des oberschlesischen Raumes. Es ist nicht unmöglich, daß auf diese Weise der in seinem Kreis hart vom liberalen Bauernbund bedrängte konservative Parteiführer von Heydebrand sein Mandat rettete. Insgesamt verhalf das Zentrum den Rechtsparteien zu zehn Mandaten. Größter Nutznießer war der Bund der Landwirte, der seine sämtlichen fünf Sitze, die nicht parteigebunden waren, der Zentrumspariei verdankte. Zwei Mandate errangen die Christlich-Sozialen, je ein Mandat die Deutschkonservativen, Deutsch-Sozialen und ein Wild-Konservativer (in Schweidnitz-Jauer) mit Hilfe des Zentrums.

Die Unterstützung der Rechtsparteien hatte auf den Gewinn von Mandaten für die Zentrumspariei keinen Einfluß. Im ganzen gesehen hatte so die Taktik der schwarzblauen Parteien zur Vermeidung falscher Stichwahlen an greifbaren Erfolgen weniger aufzuweisen, als man gehofft hatte. Dennoch waren die Präzision und Disziplin, mit der die Anhänger besonders des Zentrums, aber auch der Rechten, den Parolen ihrer Partei folgten und einen noch fünf Jahre zuvor scharf bekämpften Partner unterstützten, bewundernswert und ein Zeichen der dem schwarzblauen Block immer noch innewohnenden Kraft.

2. Die Opposition

Der „Großblock der Linken“

Der „Großblock“, der in der Agitation der Konservativen die gleiche große Rolle spielte wie umgekehrt der „schwarzblaue Block“ in derjenigen der Linksparteien, wurde in den beteiligten drei Parteien der Linken — Sozialdemokratie, Fortschritt, Nationalliberalismus — doch nur von Minderheiten als Erfordernis der Zeit hingestellt. Selbst in der Fortschrittlichen Volkspartei, die ihrer Natur nach noch am ehesten dem Großblockgedanken geneigt sein mußte, gab es eine Gruppe, die zumeist dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verpflichtet war und deren Exponenten, Mugdan und Pachnicke etwa, aus prinzipiellen Erwägungen jeden Gedanken an ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie entschieden ablehnten. Trotzdem war der Fortschrittlichen Volkspartei am meisten an einem guten Einvernehmen aller linksstehenden Parteien gelegen. Die Gründe lagen einerseits in der für die Fortschrittler nicht zu übersehenden wahltaktischen Notwendigkeit, im Hinblick auf den nicht nur von rechts, sondern in vielen Fällen auch von links für die Stichwahlen unentbehrlichen Beistand, Kontakte zu den Sozialdemokraten aufrechtzuerhalten oder herzustellen. In der Hauptsache galt aber der Kern der Erörterungen — nicht nur beim Fortschritt, sondern ebenso bei den beiden anderen Parteien — der

Zukunft des Reichstags: Würde eine Mehrheit von Liberalen und Sozialdemokraten, falls aus den Wahlen eine solche hervorgehen sollte, arbeitsfähig sein, oder wäre sie durch grundlegende Hemmnisse zum Scheitern verurteilt? Diese Frage wurde von den Führern der Sozialdemokratie wie denen des nationalen Liberalismus durchaus skeptisch beurteilt.

Angesichts der großen Spannungen zwischen dem jungliberalen und dem „Wormser“ Flügel seiner Partei, die Bassermann mit dem Einsatz seines ganzen Geschicks immer nur für kurze Zeitspannen mäßigen konnte, mußte der national-liberale Führer in seiner Politik stets den mittleren Kurs halten. Daher konnte er — trotz aller Schärfe gegen den schwarzblauen Block — ebensowenig an ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie denken¹⁾. Stresemann verwarf gleichfalls das „Spielen mit der Idee eines Großblocks²⁾“.

Diese Auffassung wurde durch Äußerungen der Landes- oder Provinzialorganisationen bestätigt. So betonte der Reichstagsabgeordnete Weber auf der Frühjahrssitzung des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen am 2. April 1911: „Mit der Sozialdemokratie haben wir keine Gemeinschaft; einen Block von Bassermann bis Bebel lehnen wir unbedingt ab³⁾.“ Dennoch wurden in der Partei auch andere Meinungen vertreten. Dr. Junck, der Abgeordnete Leipzigs, der dort weitgehend sein Mandat der Unterstützung rechtsstehender Wähler gegen die Sozialdemokratie verdankte, sprach sich dennoch auf einer Wahlversammlung entschieden für eine Frontstellung gegen die schwarzblauen Parteien aus: Die Front der Nationalliberalen müsse sich „gegen rechts und nicht gegen links richten“⁴⁾. Die entschiedensten Befürworter einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie waren jedoch die Badenser, die seit 1905 die Mehrheitsbildung der gesamten Linken gegen das Zentrum erfolgreich erprobt hatten. Ihren Argumenten trat unter anderen der Reichstagsabgeordnete Heinze entgegen, da nach seiner Ansicht das Problem Badens für das Reich überhaupt nicht existiere: „So sicher in Baden ohne den Großblock eine ultramontane Kammermehrheit wäre, noch sicherer ist eine ultramontane Reichstagsmehrheit ausgeschlossen. Sie ist, wie die Dinge liegen, unmöglich. Damit entfällt die Voraussetzung eines Großblocks im Reiche. Im Reiche besteht für nationale und monarchistische Gesinnung eine ganz andere Gefahr als in Baden, die Gefahr des Verblässens dieser Gesinnung gegenüber einer international gesinnten extremen Demokratie.“ Wenn man den Großblock wünsche, übersehe man die großen nationalen Aufgaben der deutschen Politik. An ihnen würde die Sozialdemokratie scheitern, während die nationalliberale Partei diese Aufgabe immer im Auge behalten müsse. „Dadurch ist ihre Stellung insbesondere

¹⁾ 12. NL-Vertretertag, S. 20.

²⁾ Magdeburger Zeitung, Nr. 277, 2. Juni 1911 [Parteien, S. 29].

³⁾ NB, 23. Jg., Nr. 15, April 1911, S. 176.

⁴⁾ Im Kampf, S. 48.

auch für die kommenden Reichstagswahlen gegeben. Auf die Frage nach einem Großblock für die deutsche Politik antwortet sie ohne Umschweife: „Nein!¹⁾“

Ähnlich hatte auch Bebel auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Magdeburg seine Stellung zum Großblock verdeutlicht. Nach der Rede Friedrich Naumanns im Reichstag, in der er die wegen ihrer Prägnanz bald zum Schlagwort werdende Bezeichnung des „Blocks von Bassermann bis Bebel“ geprägt hatte, hätten er — Bebel — und Bassermann sich zufällig im Foyer des Reichstags getroffen, und der eine von ihnen hätte den anderen im Scherz angesprochen mit den Worten: „Na, Herr Blockbruder, wie steht's?“ Und da wären sie sich ausnahmsweise einmal einig gewesen — in der kategorischen Ablehnung dieser Idee²⁾.

Mit dem Sieg, den die Radikalen 1910 auf dem Magdeburger Tag über die Revisionisten in der Frage der Budgetbewilligung der badischen Genossen im Landtag errangen, waren aber die Befürworter eines engeren Zusammengehens mit den Liberalen im Reichstag auf die Dauer nicht zum Schweigen gebracht. Bald sollte sich zeigen, daß die äußerste Linke und die Parteiführung nur einen Scheinerfolg errungen hatten.

Die Vorstöße gegen die Radikalen erfolgten etwa gleichzeitig in den unter dem Einfluß der Revisionisten stehenden „Sozialistischen Monatsheften“ und Kautskys „Neuer Zeit“. Am 7. April 1911 griff Mehring in der „Neuen Zeit“ die Tendenz des radikalen Flügels in der Partei an, Bülowblock und schwarzblauen Block zu identifizieren, und vertrat die Ansicht, daß schon „hinlänglich dafür gesorgt“ wäre, „daß die freisinnigen Bäume nicht in den Himmel wachsen, aber noch lange nicht genug dafür, daß die schwarzblauen Bäume gefällt werden³⁾“. Kautsky brachte eine Woche später die wissenschaftliche Untermauerung. Marx und Engels hätten gewußt, weshalb sie sich stets so energisch gegen das Wort von der einen reaktionären Masse gewandt hätten. Solange die Partei noch nicht die absolute Mehrheit hätte, müsse sie sich mit aller Kraft gegen die wenden, die im Augenblick für das Proletariat am gefährlichsten wären, nämlich die Elemente, die die Teuerung und die ganze Notlage der Arbeiterschaft künstlich förderten⁴⁾.

Inzwischen hatten aber schon die „Sozialistischen Monatshefte“ sich in die Agitation für ein Zusammengehen aller Linksparteien eingeschaltet. Sie trafen hierin mit einer gleichartigen Aktion der fortschrittlichen „Hilfe“ Friedrich Naumanns zusammen. Naumann und die Revisionisten traten für den Gedanken des Großblocks ein, ohne sich Illusionen hinzugeben, daß äußerste Rechte wie äußerste Linke dieses Blocks und auch die Wählerschaft hierfür schon refi

¹⁾ DBB, Nr. 38, 23. September 1911; vgl. Nationalliberale Correspondenz, Nr. 200, 19. September 1911 [Parteien, S. 210].

²⁾ SPD-Parteitag 1910, S. 253 f.

³⁾ NZ, XXX, 2, 1910, S. 1—4.

⁴⁾ Ebd., S. 33—36.

wären. So meinte Schippel: „Den Großblock . . . halten wir . . . in absehbarer Zeit für aussichtslos und selbst zu bescheidensten Wahlbündnissen gehört mehr, als augenblicklich auf linksradikaler wie auf sozialdemokratischer Seite zu haben ist¹⁾.“ Und Naumann frohlockte bereits, als er von einer Bemerkung des national-liberalen Abgeordneten Paasche berichten konnte, der von einer „Abwehr-mehrheit“ gegen den schwarzblauen Block gesprochen hatte, die alle Linksparteien als Ergebnis der Wahlen anstreben müßten: „Das genügt vorläufig. Mehr haben wir in diesem Stadium der Entwicklung gar nicht erwartet, und mehr ist auch gar nicht möglich, da die beiden liberalen Parteien sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl gegen den Ansturm der Sozialdemokraten zu wehren haben und sich deshalb hüten werden, die Grenzen nach links zu verwischen, ganz abgesehen davon, daß die Sozialdemokraten noch weit davon entfernt sind, sich als Bestandteil einer deutschen Linken anzusehen und politische Mitverantwortlichkeit für die Staatssicherheit zu übernehmen²⁾.“

Das war ein Einwand, der des öfteren von liberaler Seite gemacht worden zu sein scheint und dem Wolfgang Heine in den „Monatsheften“ damit entgegentrat, daß der Vorwurf der Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie in der parlamentarischen Arbeit insofern nicht stichhaltig wäre, als man im Deutschen Reich keine parlamentarische Regierung besäße. Sollten die nächsten Reichstagswahlen eine linke Mehrheit ergeben, „so würde schon die ablehnende Haltung der verbündeten Regierungen dafür sorgen, daß die Aufgabe dieser Mehrheit wieder im wesentlichen auf dem Gebiet der Kritik und Abwehr läge³⁾“.

In den Ansichten über den Aktionsradius, den eine Großblockmehrheit im neuen Reichstag ausschreiten könnte, lag also vom Revisionismus bis hin zu einzelnen Nationalliberalen Übereinstimmung vor. Dem Argument vieler Nationalliberaler, daß der schwarzblaue Block angesichts eines mit liberaler Hilfe erreichten gewaltigen Wachstums der Sozialdemokratie zu Repressivmaßnahmen und Verfassungsverschlechterungen greifen würde, antwortete Naumann, daß bei einer Mehrheit der Linksparteien alle derartigen Versuche ohnehin von vornherein zum Scheitern verurteilt sein würden. Daher wäre zumindest ein Zusammengehen von Liberalismus und Sozialismus bei den kommenden Wahlen das Grunderfordernis einer Niederwerfung des schwarzblauen Blocks. Die Aussichten hierfür wären bei einer planmäßigen gegenseitigen Hilfe der drei Parteien bei Haupt- und Stichwahlen durchaus nicht ungünstig⁴⁾.

Auch Wolfgang Heine befürwortete dieses Zusammengehen mindestens in den Stichwahlen, war aber mit einem Blick auf die Ersatzwahl von Gießen, in der der antisemitische Kandidat von den liberalen Wählern gegen den Sozialdemokraten gewählt worden war, doch skeptisch. Es wäre in erster Linie Aufgabe

¹⁾ SM, XV, 1, 1911, S. 466.

²⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 118.

³⁾ SM, XV, 1, 1911, S. 481—486.

⁴⁾ Leserschrift, Hilfe, XVII, 1911, S. 70 f.

der liberalen Presse, „ihre Wähler durch klare Stellungnahme an den Gedanken der wechselseitigen Stichwahlhilfe mit der Sozialdemokratie zu gewöhnen . . .“. Erst wenn es nicht bei einer einmaligen Wahlunterstützung bliebe, sondern eine Angriffskoalition gegen die Parteien der Rechten daraus hervorginge, könnte es zu Erfolgen kommen¹⁾.

Gegen das besonders von den Radikalen hartnäckig vertretene Prinzip, in der Hauptwahl die Stimmen zu zählen, um an ihnen das Wachstum der sozialistischen Idee ablesen zu können, wandten sich die „Monatshefte“ immer von neuem. Den Gedanken Maurenbrechers, daß es wichtiger wäre, Mandate zu gewinnen, um im Reichstag den Einfluß der Partei zu vermehren²⁾, nahm Ludwig Quessel später im Sommer noch einmal auf. Quessel sah in der Fähigkeit des Linksliberalismus, den der Arbeiterschaft verwandt scheinenden neuen Mittelstand an sich zu binden, die Richtung, in der eine Zusammenarbeit zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie zum Sturz des schwarzblauen Blocks gesucht werden müßte. Zunächst müßten sich aber die Sozialdemokraten von der Gewohnheit des Stimmenzählens lösen, mit der nicht der geringste Fortschritt zu erzielen wäre³⁾. Daß die feste Zusammenarbeit aber nicht über Nacht erreicht werden könnte, darin waren sich Revisionisten und der Hilfskreis einig. Ein generelles Übereinkommen speziell für den Wahlkampf, das ein wechselseitiges Zurückziehen von Kandidaturen schon in der Hauptwahl auf allen Seiten bedingt hätte, war wegen der prinzipiellen Widerstände sowohl in der Führung der Linksparteien wie in der Wählerschaft unerreichbar — eine Tatsache, die auch von der schwarzblauen Gegenseite beruhigt konstatiert wurde⁴⁾. „Dazu . . . waren nach der jahrzehntelangen Verhetzung die Verhältnisse in beiden Parteien noch nicht reif gewesen“, bedauerte später Wolfgang Heine⁵⁾. Der Druck der politischen Verhältnisse zwang aber die drei Parteien, andere Lösungen anzustreben: in einem weitgreifenden Wahlabkommen für Haupt- und Stichwahl zwischen Linksliberalen und Nationalliberalen einerseits, auf der anderen Seite in einem Zusammengehen des Fortschritts und der Sozialdemokratie in den Stichwahlen.

Die Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie war durch die gegenseitige Unterstützung der „nationalen“ Parteien aus den Wahlen von 1907 fühlbar an Mandaten geschwächt hervorgegangen. Von dem Absinken der Fraktionsstärke auf die Hälfte der Legislaturperiode 1903—1906 waren nicht alle Hauptgebiete der Partei gleich-

¹⁾ SM, XV, 1, 1911, S. 481—486.

²⁾ SM, XV, 1, 1911, S. 558—566.

³⁾ SM, XV, 2, 1911, S. 898—906.

⁴⁾ KVZ, Nr. 479, 6. Juni 1911.

⁵⁾ NL Heine, Memoiren.

mäßig betroffen worden. Während der alte Stammbesitz Hamburg mit seinen drei Mandaten und auch die fünf Berliner SPD-Wahlkreise der Partei erhalten blieben, konnten die bürgerlichen Parteien im Königreich Sachsen, in dem die Sozialdemokratie von den 23 Wahlkreisen 22 im Jahre 1903 in ihren Besitz gebracht hatte, bis auf 8 alle wieder zurückgewinnen. Wenn die Sozialdemokraten 1903 die Hälfte der 12 thüringischen Kreise besessen hatten, mußten sie sie ebenfalls bei den nächsten allgemeinen Wahlen wieder abtreten. Auch von den Seestädten, die sich 1903 neben Hamburg im Besitz der Partei befunden hatten — Königsberg, zwei Stettiner Wahlkreise, Rostock, Lübeck und Bremen — konnte nur Lübeck gerettet werden. Schwierig war auch die Lage der Sozialdemokratie in den Gebieten, in denen sie sich nur mühsam Eingang verschaffen konnte. So waren die Rückgänge besonders in Ostpreußen schmerzhaft¹⁾. Auch im Ruhrgebiet mit seinen lokalen Besonderheiten²⁾ mußte die Partei Niederlagen hinnehmen. Hier verlor sie Lennep/Mettmann und Elberfeld/Barmen, während sie Solingen nur knapp in der Hauptwahl, Bochum und Dortmund in den Stichwahlen gewann. Allerdings konnte sie hier Mülheim/Duisburg durch die Stichwahlunterstützung des Zentrums hinzugewinnen. Da aber diese gewichtigen Einbußen durch die besondere politische Situation von 1907 verursacht waren, durfte die Sozialdemokratie von allen Parteien den Wahlen im Januar 1912 am zuversichtlichsten entgegengehen³⁾. Seit dem Zerfall des Bülowblocks war unzweifelhaft der Bann gebrochen, der über der Partei gelegen hatte. Teuerung und von den schwarzblauen Parteien vereitelte Reform des preußischen Wahlrechts, Marokkokrise und Reichsfinanzreform weckten die Unzufriedenheit der Massen und trieben eine größere Zahl von Wählern an die Seite der Sozialdemokratie, als die Arbeiterpartei jemals zuvor hatte. Hatte die Partei 1903 mit 3 010 771 Stimmen einen Anteil an den gültigen Stimmen von 31,7 Prozent gehabt und war diese Zahl 1907 bei einer absolut gewachsenen Stimmenabgabe für die Partei auf 28,9 Prozent abgesunken, so boten doch die Ergebnisse der bis zum Sommer abgehaltenen Nachwahlen Anlaß zu großen Hoffnungen für die nächsten allgemeinen Wahlen. In den 37 Ersatzwahlen seit 1907 lag der sozialdemokratische Anteil an den gültigen Stimmen noch wesentlich über dem des Jahres 1903 und betrug 33,8 Prozent⁴⁾. Unter diesen Auspizien und angesichts des Bruchs zwischen Liberalen und Konservativen, der die Liberalen an die Seite der Sozialdemokratie drängte, war mit ziemlicher Gewißheit zu erwarten, daß die Sozialdemokraten im Januar 1912 erheblich mehr Mandate erringen würden als bei den letzten allgemeinen Wahlen. Diese Annahme wurde ebenfalls durch die Ergebnisse der Nachwahlen gestützt. Mit letzter Deutlichkeit konnte an ihnen die Wirkung der Reichsfinanzreform

¹⁾ Gerhard A. Ritter, S. 73.

²⁾ Ebd., S. 96 f.

³⁾ Vgl. SM, XV, 3, 1911, S. 1160. — NZ, XXX, 1, 1911, S. 371.

⁴⁾ SPD-Parteitag 1911, S. 19.

und des Sturzes von Bülow auf die Bevölkerung abgelesen werden. Hatte die Politik Bülows die sozialdemokratischen Mandate 1907 gegenüber 1903 um nahezu die Hälfte — von 81 auf 43 — verringern können und war es der Partei unter der Kanzlerschaft Bülows nicht möglich gewesen, ihre Position im Reichstag wieder auszubauen, so errang sie nach der Auflösung der Blockmehrheit in der Reichsfinanzreformkrise seit 1909 zehn Mandate hinzu, so daß sie am Schluß des Jahres 1911 53 Sitze im Reichstag innehatte — eine Entwicklung, die für die allgemeinen Wahlen zu weiten Hoffnungen berechnete. Parallel dazu verlief die Zunahme der Mitgliederzahlen der Partei. Allein im letzten Jahre vor der Wahl von 1912 traten 116 524 Personen der Partei bei, die damit 836 562 Mitglieder zählte. Zu dieser höchsten jemals verzeichneten Zunahme von 16,18 Prozent — gegenüber den 13,69 Prozent des Berichtsjahres 1909/10 — trug nicht zuletzt der beschleunigte Ausbau der Organisation bei.

Nach den erheblichen Erleichterungen, die das neue Reichsvereinsgesetz von 1908 gewährte, wurde das hergebrachte System der Vertrauensmänner endgültig zugunsten der Vereinsstruktur aufgegeben. Dennoch wurde die Partei mangels Masse im Wahlkampf 1912 noch in 11 Wahlkreisen nur durch Vertrauensleute vertreten. Zu drei Wahlkreisen hatte die Partei überhaupt noch keine Verbindung¹⁾. Durch die Institution von Wahlkreissekretären, die im Sommer 1911 die Zahl von 75 erreicht hatte²⁾, war es der Zentrale möglich, auf die Wahlpolitik in den einzelnen Gebieten weitgehenden Einfluß zu nehmen, um so die allgemeine Linie der Partei wenigstens in großen Zügen festzulegen³⁾.

Wenn die Partei organisatorisch gestärkt mit sehr guten Aussichten in den Wahlkampf zog, entstand für den Vorstand die Frage, welche Taktik eingeschlagen werden mußte, damit dieser Aufschwung seit dem Jahre 1909 im Ergebnis des kommenden Januar seine beste Bestätigung erfahren könnte. Die Diskussion über den Großblock hatte zumindest die Einmütigkeit über ein selbständiges Vorgehen der Sozialdemokratie in der Hauptwahl erwiesen. In diesem Punkt folgte man dem hergebrachten Prinzip. Wie aber stand es mit der Taktik in den engeren Wahlen? Wenn man auch das Gros der Nationalliberalen nicht als unterstützungswürdig erachtete — sollte nicht wenigstens der Freisinn und der eine oder andere Jungliberale Stichwahlhilfe erhalten, oder sollte man den gesamten Liberalismus seinem Schicksal überlassen — wie es auch die schwarzblauen Parteien zu beabsichtigen schienen? Der Vorstand konnte diese Frage nur mit einem Blick auf das Ziel der künftigen Politik der Partei im Reichstag zu lösen suchen.

Wollte man eine „Abwehrmehrheit“ der Linken gegen Verfassungsverschlechterungen des schwarzblauen Blocks ins Leben rufen, so mußte man sich zu tatkräftiger Unterstützung des Liberalismus entschließen. Denn die Sozialdemo-

¹⁾ SPD-Parteitag 1911, S. 7. — Schröder, S. 52. — Vgl. Nipperdey, deutsche Parteien, S. 319 f.

²⁾ SPD-Parteitag 1911, S. 7.

³⁾ Vgl. Gerhard A. Ritter, S. 48.

kratie konnte nicht hoffen, auf Kosten des Liberalismus im Wahlkampf vorzugehen, um dann später im Verein mit ihm eine Reichstagsmehrheit zusammenzubringen. Ein Fallenlassen der Liberalen in den Stichwahlen hätte nicht nur eine Fülle von Konfliktstoff zwischen beiden Parteigruppen angehäuft, sondern der Liberalismus wäre dadurch vermutlich derart geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen, daß seine Stärke auch dann nicht zur Mehrheitsbildung hingereicht hätte, wenn die Sozialdemokratie noch mehr an Boden gewann, als sie bereits erhoffte. Noch einmal warnten die „Sozialistischen Monatshefte“ den Parteitag, der die Richtlinien für die Wahltaktik festlegen sollte, eindringlich vor Fehlentschlüssen: „In welcher Form der Wahlhilfe und Zusammenarbeit die oppositionellen Parteien sich finden, mag die Frage der Umstände sein. Doch unmöglich wird und bleibt in einem zur Kraft erwachsenden Parlament die Politik der Isolierung¹⁾.“

Zudem lag aber gerade auch in dem erwarteten hohen Gewinn der Sozialdemokratie — so paradox es klingen mag — ein weiterer sehr ernster Gesichtspunkt, der für eine Förderung des Liberalismus sprach. Man glaubte mit ziemlicher Sicherheit, daß ein großer Erfolg die Partei in eine neue Krisensituation hineinsteuern würde, indem die schwarzblauen Parteien aus ihm den Anlaß zu Repressivmaßnahmen gegen die Arbeiterpartei herleiten würden. Diese Befürchtungen, die nicht nur von den Sozialdemokraten bis hin zu Bebel gehegt²⁾, sondern, wie oben dargelegt, auch viele Liberale aus den Andeutungen verschiedener Vertreter der Rechtsparteien schöpften, und die somit als ein Symptom der politischen Stimmung dieser Zeit gelten dürften, mußten aber den sozialdemokratischen Parteivorstand zur Annäherung an die einzig möglichen Bundesgenossen, die Liberalen, drängen. Nur aus dieser Erkenntnis ist auch die auffällige Diskrepanz zwischen Bebels weitbeachteter Hamburger Rede im Frühjahr 1911 und der von ihm auf dem Jenaer Tag zur Beschlußfassung vorgelegten Stichwahltaktik zu verstehen. In Hamburg hatte Bebel seine Anschauung wiederholt, daß ihm „vier Millionen Stimmen und 50 Mandate viel lieber als drei Millionen Stimmen und 100 Mandate“ wären. — „Eine Partei wie die unsrige, die eine neue Gesellschaftsordnung schaffen, die ganze heutige Wirtschaft umgestalten will, muß, wenn sie in den Kampf geht, vor allem wissen, wie groß die Zahl derer ist, die hinter ihr stehen. Das ist eine Frage, die uns weit mehr interessiert als die Frage nach der Zahl der Mandate³⁾.“

Auf dem Jenaer Parteitag bezeichnete Bebel als offizielles Ziel des Wahlkampfes die Zerschlagung des schwarzblauen Blocks⁴⁾. Demzufolge legte er das Gewicht seiner Worte ebenso sehr auf die Forderung nach Mandatsgewinn, während der Stimmengewinn zwar noch von ihm gewünscht, aber doch nicht

¹⁾ Karl Leuthner, SM, XV, 3, 1911, S. 1160. — Ähnlich Josef Bloch, ebd., S. 1256.

²⁾ Bebel, SPD-Parteitag 1911, S. 391.

³⁾ SM, XV, 1, 1911, S. 464 f.

⁴⁾ SPD-Parteitag 1911, S. 379.

mehr wie vor einem halben Jahre als hauptsächliches Erfordernis hingestellt wurde¹⁾). Noch deutlicher aber wurde die Förderung des Liberalismus im Interesse der eigenen Partei in der vom Vorstand beschlossenen Stichwahltaktik. Jeder bürgerliche Kandidat sollte die Hilfe der Sozialdemokratie in der engeren Wahl erhalten, der sich schriftlich oder vor Zeugen verpflichtete:

- „1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
 2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
 3. gegen eine Verschärfung des sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
 4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
 5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung indirekter Zölle auf Verbrauchsartikel der großen Masse;
 6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse
- einzutreten und zu stimmen.“

Sollten in einem Wahlkreis beide Kandidaten sich auf diese Bedingungen verpflichten, so wäre der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen. In jedem anderen Fall müsse strikte Wahlenthaltung beachtet werden²⁾). Der Passus unter 5 wurde später auf Antrag des Vorstandes dahin verschärft, daß allgemein die Neueinführung und Erhöhung von Zöllen abgelehnt werden müsse³⁾).

Es ist wohl außerordentlich bezeichnend, daß abgesehen von den beiden letzten Punkten, die sich gegen eine erneute Belastung der Masse richteten, alle vier zunächst genannten Bedingungen auf die befürchteten Repressivmaßnahmen des schwarzblauen Blocks abgestimmt waren. Der ganze Komplex der gegen Rüstung und Flottenbau wie für den Fortfall der Schutzzölle gerichteten Verpflichtungen, der noch um die Jahrhundertwende bürgerlichen Kandidaten abgefordert wurde, war nun fallengelassen worden. Als Bebel die Stichwahlbedingungen für die Wahlen von 1912 vor dem Parteitag begründete, sprach er die Gedanken, die den Vorstand zu diesem Beschluß geführt hatten, deutlich genug aus: „... wenn die Hauptwahlen glücklich für uns ausfallen und wir ein erhebliches Mehr an Stimmen bekommen, dann werden Sie ein Hasenrennen sehen, das bei den bürgerlichen Parteien nach rechts hin stattfindet ... Das wird bei ihnen einen gewaltigen Schrecken hervorrufen und die Frage wird bei ihnen entstehen: Können wir bei einem solchen Zustand der Dinge der Sozialdemokratie weiter das Feld überlassen⁴⁾)?“

Vielleicht wären die sozialdemokratischen Bedingungen bescheiden, doch wenn man einmal den Standpunkt eingenommen hätte, in Stichwahlen zwischen zwei

¹⁾ SPD-Parteitag 1911, S. 390.

²⁾ Ebd., S. 159 f.

³⁾ Ebd., S. 399.

⁴⁾ Ebd., S. 391.

bürgerlichen Kandidaten einzugreifen, dann müsse man die Bedingungen auch so fassen, daß ein bürgerlicher Kandidat sie mit gutem Gewissen noch annehmen könne. Das aber wäre in diesem Falle geschehen. „Wir müssen leider zufrieden sein, wenn der Kandidat unsere Forderung akzeptiert“, bedauerte Bebel und gab damit erneut zu erkennen, wie sehr es im eigensten Interesse der Partei lag, mit der Hilfe sozialdemokratischer Stimmen liberale Kandidaten in den Reichstag zu bringen¹⁾.

Anlaß zu der Herabstimmung der Stichwahlbedingungen verglichen mit früheren Wahlkämpfen bot aber außerdem eine andere Tatsache. In der Vergangenheit hatten Stichwahlparolen, die auf Enthaltung lauteten, immer wieder dazu geführt, daß sozialdemokratische Anhänger und Lokalorganisationen von sich aus einen der Kandidaten als „kleineres Übel“ dennoch unterstützten. Ein solches Auseinanderklaffen von Wählermeinung und offizieller Parteipolitik konnte als Maßstab für den geringen Einfluß der Parteiführung auf lokale Organisationen und Wählerschaft dienen und mußte deshalb als außerordentlich mißlich erscheinen. Die Parteileitung konnte solchen Tendenzen nur die Spitze abbrechen, indem sie durch offizielle Teilnahme an Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten, gepaart mit Bedingungen, die für den unterstützungswürdigeren noch annehmbar sein konnten, die Anhänger fest in der Hand behielt. „Wir haben Erfahrungen gemacht, wohin wir mit unserer Stimmenthaltung gekommen sind. Wir haben mit der Enthaltung elend Schiffbruch gelitten und wollen nicht abermals solche Fehler machen²⁾.“

Der Antrag des Parteivorstandes traf nur auf geringen Widerstand, der zudem kaum prinzipieller, sondern vorwiegend taktischer Natur war. So bemängelte der Magdeburger Delegierte überhaupt die Festlegung der Partei auf Stichwahlbedingungen, bevor noch die Hauptwahl stattgefunden hätte. In Kreisen, in denen es fraglich wäre, ob Liberaler oder Sozialdemokrat in die Stichwahl kämen, würden nun die Liberalen auch die „schmutzigsten Mittel“ anwenden, um den Sozialdemokraten auf den dritten Platz zu verweisen, da man wegen der garantierten Stichwahlhilfe auf die Arbeiterpartei keine Rücksicht mehr zu nehmen hätte³⁾. Derlei Argumenten konnte der Vorstand ohne Mühe entgegentreten. Sie zeigten aber, daß die Politik der Parteileitung keineswegs von allen Teilnehmern des Tages in ihren Zielen begriffen wurde. War doch gerade die offene Festlegung der Partei hinsichtlich der Stichwahlen schon zu Beginn des Wahlkampfes unumgänglich notwendig, um jedes Zusammengehen von Liberalen und schwarzblauen Parteien schon im ersten Wahlgang nach Möglichkeit auszuschließen. Nur wenn die Liberalen sahen, wieviel und unter welchen Bedingungen die Sozialdemokratie ihnen bot, konnten sie den Annäherungsversuchen der Gegenseite widerstehen.

¹⁾ SPD-Parteitag 1911, S. 390.

²⁾ Ebd.

³⁾ Ebd., S. 398.

Die Reaktion der bürgerlichen Parteien auf die sozialdemokratische Stichwahlparole entsprach den Positionen, die die einzelnen Parteien im Wahlkampf einnahmen. Zentrum und Konservative erkannten ohne weiteres die Gefahr, die ihrer Politik von dieser Seite drohte, und suchten, die Liberalen zu sich herüberzuziehen. Die Hauptaufgabe dieses Wahlparteitages wäre es gewesen, „den liberalen Wählern, die in besonders hoher Zahl eingefangen werden sollen, Sand in die Augen zu streuen“, meinte die „Konservative Korrespondenz“¹⁾. Die „Germania“ entrüstete sich: „Jeder Kandidat, der mit sozialdemokratischer Hilfe . . . gewählt werden soll, erhält auf den Weg ein imperatives Mandat, nicht von seiner eigenen Partei, sondern von einer fremden. Das ist ein Ansinnen, das keine andere Partei bei einer Stichwahl stellt, ein Ansinnen, wie es in der Geschichte des Parlamentarismus bis heute noch nicht zu verzeichnen gewesen ist . . .“ Und sie vermutete in der Resolution „ja nur eine Verschleierung für ein abgekartetes Spiel oder ein längst abgeschlossenes Geschäft“. Das wäre besonders aus dem Passus ersichtlich, daß im Zweifelsfalle der liberale dem nicht-liberalen Kandidaten vorgezogen werden sollte²⁾.

Von der bürgerlichen Linken verhielten sich die Nationalliberalen aus dem Zwang zum Lavieren zwischen rechts und links heraus abwartend³⁾. Um so mehr zeigte der Linksliberalismus Genugtuung und spürbare Erleichterung. Auf der Seite des schwarzblauen Blocks behauptete man, daß jeder ein Vasall der Sozialdemokratie würde, der die Bedingungen annähme. — „Ja gibt es denn Liberale, die jene Forderungen nicht unterschreiben können, sie nicht als selbstverständlich betrachten?“ fragte die „Vossische Zeitung“⁴⁾, und dasselbe äußerte auch die „Frankfurter Zeitung“, warnte aber davor zu glauben, daß die Sozialdemokratie sich in ihrem Wesen verändert habe. Weder Radikale noch Revisionisten hätten in Jena gesiegt, sondern die Wahltaktik, der zuliebe die Radikalen sich „Sammethandschuhe“ angezogen hätten⁵⁾.

Sollte diese Taktik also erfolgreich sein, mußte der sozialdemokratische Parteivorstand angesichts des immer wachen Mißtrauens auch des liberalen Bürgertums neben der öffentlichen Klarstellung seiner Haltung in den Stichwahlen alle Aktionen zu unterlassen suchen, die das Befremden der liberalen Parteien auslösen konnten. Hier lag ein Grund, weswegen sich die Parteiführung in der Haltung zur Marokkokrise entgegen den Wünschen der Radikalen so auffallend zurückhielt. Um die mit den allgemeinen Verhältnissen unzufriedene Wählerschaft auf der Linken, die Liberalen an der Seite der Sozialdemokratie zu halten, mußte sorgsam alles vermieden werden, was eine ähnliche Wendung wie im Jahre 1907 heraufbeschwören konnte. Um der Regierung und den Rechtsparteien

¹⁾ KK, 15. September 1911 [Parteien, S. 136].

²⁾ Germania, Nr. 211, 14. September 1911, 1. Blatt.

³⁾ KZ, Nr. 1021, 17. September 1911.

⁴⁾ Voß, Nr. 460, 16. September 1911.

⁵⁾ FZ, 21. September 1911 [Parteien, S. 249].

keine neue Möglichkeit zu geben, sich mit einer „nationalen“ Wahlparole an die Spitze der Massen zu stellen, verfolgte die Leitung der Sozialdemokratie den Kurs vorsichtiger Reserve und überließ deshalb die Ausführung der Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Büros zur Veranstaltung von Protestversammlungen gegen den Marokkokonflikt und den Tripoliskrieg den Gewerkschaften¹⁾. Auf derselben Ebene lag es daher auch, wenn Bebel in seiner Antwort vom 14. Dezember 1911 auf die Friedensadresse der Labour-Party vom 9. des Monats zwar versicherte, die deutsche Sozialdemokratie werde „kein Mittel unversucht lassen, in dem eben entbrannten Wahlkampf die Wähler Deutschlands darüber aufzuklären, was für ein furchtbar verhängnisvolles Ereignis ein Krieg zwischen England und Deutschland sein würde . . .²⁾“, ohne dabei aber den sonst gebräuchlichen Affront gegen die deutsche Rüstungspolitik auszuspielen. „Es ist ein Novum, daß nicht gerade der eigenen Regierung die Schuld aufgebürdet wird, wie dies früher bei allen derartigen Konflikten stets die Regel war“, hatte Josef Bloch schon zu einem früheren Stadium der Krise festgestellt³⁾. Dennoch wurde die Politik vorsichtiger Zurückhaltung, die der Vorstand in national empfindlichen Fragen verfolgte, durchaus nicht so friedlich hingenommen wie die Stichwahlparole von Jena. In diesem Sinne hatte Rosa Luxemburg schon im Juli, auf dem Höhepunkt der Krise, gefordert, man möge nicht das gesamte Parteileben und alle Aufgaben des Klassenkampfes ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des Wahlzettels betrachten⁴⁾.

Insgesamt aber konnte der Parteivorstand mit der Gewißheit in den Wahlkampf treten, daß die Parteimitglieder, wenn sie auch nicht ausnahmslos mit der offiziellen Wahlpolitik einverstanden waren, doch in Rücksicht auf das gemeinsame Ganze ohne größeren Widerspruch hinter ihm standen. Franz Mehring konnte daher einen Monat vor der Wahl resümieren: „Die Sozialdemokratie schlägt in den Hauptwahlen ihre Schlacht für sich; das bleibt so, wie es immer gewesen ist. Und auch dabei wird es bleiben, daß sie bei den Stichwahlen dem kleineren Übel des Freisinns hilft gegen das größere Übel der junkerlichen Reaktion⁵⁾.“

Die Nationalliberalen

Das Scheitern des Bülowblocks stellte die nationalliberalen Führer vor schwer zu lösende Probleme. Selten wohl seit dem spektakulären Zerfall der Partei unter Bismarcks Zugriff im Jahre 1879 waren die Nationalliberalen in ihrem Zu-

¹⁾ Vgl. Herzfeld, Lensch, S. 100 f. — Schorske, S. 225—235, geht auf die Bedeutung, die eine nationale Bewegung in der Bevölkerung auf die Parteien hätte haben können, in keiner Weise ein.

²⁾ Parteien, S. 273.

³⁾ SM, XV, 3, 1911, S. 1254.

⁴⁾ LVZ, 24. Juli 1911 [Parteien, S. 79 f.].

⁵⁾ NZ, XXX, 1, 1911, S. 371 f.

sammenhalt so gefährdet wie in dieser Zeit der politischen Neugruppierungen und des allgemeinen organisatorischen Wettrüstens der Parteien zwischen 1909 und 1912. Keiner anderen Partei war ja die „Bülowische Blockpolitik . . . so auf den Leib zugeschnitten“ gewesen wie dem gemäßigten Liberalismus¹⁾, der die latenten Spannungen zwischen rechtem und linkem Flügel endlich einmal auf einen politischen Nenner hatte bringen können. Bülows Rücktritt mußte unverzüglich die auseinanderstrebenden Tendenzen in der Partei in verstärktem Maße wieder hervorrufen. Die Enttäuschung über das Auseinandergehen der Bülowmehrheit, die in dem Reichsvereinsgesetz Ansätze zu einer liberaleren Verfassungswirklichkeit gezeigt hatte, vermehrte das Drängen der Jungliberalen nach dem weiteren Verfolgen einer liberalen Politik und einer klaren Stellungnahme gegen den schwarzblauen Block. „Ausbau der Staatsverfassung durch Einführung verantwortlicher Staatsministerien und eines Staatsgerichtshofes“, gerechte Wahlkreiseinteilung „oder noch besser Einführung eines proportionalen Wahlsystems²⁾“ waren die hauptsächlichen Forderungen der meist aus Süddeutschland stammenden Vertreter des Jungliberalismus. Sie bedeuteten eine scharfe Frontstellung gegen die konservativen Parteien. Ihnen gegenüber vertrat der rechte Flügel der Partei durchaus auch nach dem Zusammengehen von Konservativen und Zentrum die Wiederannäherung an die Rechtsparteien. Zu ihrer Gruppe zählten die weithin unter dem Einfluß des Bundes der Landwirte stehenden Vertreter Schleswig-Holsteins und besonders Hessens und der Rheinpfalz. Die sogenannte „Wormser Ecke“ stellte regelmäßig auch einige Reichstagsabgeordnete, die aber wegen ihres Zusammengehens mit den schwarzblauen Parteien während der Reichsfinanzreform fast alle aus der Fraktion ausgeschlossen wurden. Allerdings hatte die Parteileitung unter den Mehrheitswahlverhältnissen keine Handhabe, eine Wiederaufstellung Dr. Beckers-Sprendlingen und Frhrn. von Heyls zu Herrnsheim, der beiden bedeutendsten Vertreter dieser Richtung, und ihre schließliche Wahl im Januar 1912 zu verhindern. Dennoch war die Herrschaft der agrarischen Gruppe auch in Hessen nicht unangefochten. Auch hier begannen sich liberalere Tendenzen bemerkbar zu machen.

Als die Ersatzwahl für das Gießener Mandat vom März 1911 in einen eklatanten Zusammenbruch der agrarischen Richtung des Nationalliberalismus ausmündete — von den rund 32 Prozent, die die Nationalliberalen 1903 und 1907 verbuchen konnten, waren knapp 11 Prozent übriggeblieben — und als die hessische Parteileitung auch daraus nicht die Lehre zog, sondern in der nötig werdenden Stichwahl die Parole für den Antisemiten ausgab, meldeten die gemäßigten Elemente erregten Widerspruch an: „Los von der Rechten, und wenn die ganze nationalliberale Partei in Hessen in Scherben geht; viel zu verderben ist an ihr ohnedies nicht mehr³⁾!“ Ein Erfolg sollte diesen Bestrebungen

¹⁾ Heuß, S. 286.

²⁾ NB, Nr. 46 [Parteien, S. 176].

³⁾ Bürger, Antisemitenspiegel, S. 86.

bis zu den allgemeinen Wahlen nicht beschieden sein. Die hessischen Nationalliberalen schlossen sich — im Bewußtsein der hier hauptsächlich von den Sozialdemokraten drohenden Gefahr — an das Zentrum an, das in Darmstadt und in Bingen bereits im ersten Wahlgang für sie einzutreten versprach, nach der erwähnten Devise, die der Darmstädter Stadtpfarrer ausgab¹⁾.

Eine andere rechtsgerichtete Zelle des Nationalliberalismus befand sich im Ruhrgebiet und gruppierte sich um die Dortmunder „Westfälische Zeitung“. Ihre Wortführer gehörten meist den im Zentralverband Deutscher Industrieller organisierten Großindustriellen und auch der christlich-nationalen Arbeiterschaft an. Es war nicht nur die von den Rechtsparteien betriebene Schutzzollpolitik, die besonders die Industriellen an die Seite der Konservativen und des Zentrums führte, sondern auch der notwendig werdende gemeinsame Kampf der früher gegeneinanderstehenden Nationalliberalen und Zentrumsanhänger gegen die Sozialdemokratie, der die Haltung der Nationalliberalen im Ruhrgebiet bedingte.

Zwischen beiden Flügeln galt das Bestreben Bassermanns dem ständigen Ausgleich der auseinanderlaufenden Interessen. Seine Politik wurde dadurch erschwert, daß die Kluft in der Partei mitten durch die beiden Berliner Fraktionen verlief. Zwar entsandte die Wählerschaft im Jahre 1908 nur acht Vertreter der Landwirtschaft in die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses. Dennoch dürfte ein größerer Teil der nationalliberalen Abgeordneten durch Wahlhilfe des Bundes der Landwirte sein Mandat gewonnen haben und war infolgedessen in seinen Entschlüssen gebunden. Doch nicht allein damit konnte der im Vergleich zur Reichstagsfraktion viel weiter rechts verlaufende Kurs der Fraktion des Preußischen Landtags erklärt werden. Hinzu kam ein anderer, wesentlicher Faktor: In der die innenpolitischen Debatten dieser Jahre beherrschenden Frage der Reform des preußischen Wahlrechts wurden die preußischen nationalliberalen Abgeordneten, die vielfach städtische Kreise vertraten, an die Seite der Konservativen gedrängt, da sie befürchten mußten, im Augenblick der Einführung des Reichstagswahlrechts von den Sozialdemokraten aus vielen ihrer angestammten Gebiete getrieben zu werden²⁾.

Demgegenüber rächte es sich, daß Bassermann nicht auch im Preußischen Abgeordnetenhaus einen Sitz gefunden hatte und daß dort sein Einfluß gegen den des weit mehr rechts gerichteten 2. Vorsitzenden Friedberg kaum etwas

¹⁾ S. o. S. 33.

²⁾ Wie groß die Differenz zwischen den Fraktionen beider Häuser war — besonders nach dem Ausschluß der „Wormser Ecke“ aus der Reichstagsfraktion —, zeigt eine Notiz des 1912 auch in den Reichstag gewählten Landtagsabgeordneten Eugen Schiffer über seinen ersten Auftritt im Reichstag: „Ich kann nicht gerade sagen, daß ich in der Reichstagsfraktion mit Begeisterung aufgenommen werde. ‚Mang uns mang ist einer mang, der nicht mang uns mang gehört‘. Man sieht in mir den Exponenten der reaktionären Landtagsfraktion, den Abgesandten und Vertreter Friedbergs, den Erzpfeußen mit rechter Schlagseite, den Gegenspieler und Nebenbuhler Bassermanns.“ (NL Schiffer 1).

ausrichten konnte. Nur die Erkenntnis der katastrophalen Folgen, die eine offene Meinungsverschiedenheit in der obersten Führung des Nationalliberalismus haben mußte, ließ die beiden Vorsitzenden der Partei in diesen Jahren eine einheitliche Linie finden.

Hatte man die anfänglichen Hoffnungen auf eine Reichstagsauflösung nach dem Rücktritt Bülow's und einer Verstärkung des Liberalismus in folgenden Neuwahlen aufgeben müssen¹⁾, so suchte die Partei zunächst noch einmal, den Kontakt zu den Konservativen nicht abreißen zu lassen. Noch im Sommer 1910 ging die Stimmung in der Partei dahin, „daß man das Geschehene zwar nicht vergessen, auch nicht vergeben könne, daß es aber doch an der Zeit sei, den Hader ob der Reichsfinanzreform wenigstens soweit zu begraben, um Raum und Boden für positiv fördernde Arbeit zu schaffen²⁾“. Diese vom rechten Flügel nachdrücklich gewünschte Linie weiterzuverfolgen, wurde aber durch die Haltung der Konservativen erschwert und schließlich unmöglich gemacht. Schon im Dezember 1909 waren auf dem Allgemeinen Delegiertentag der Deutschkonservativen die kaum anders als anmaßend zu bezeichnenden Worte gefallen: „. . . wir sind bereit, sowohl mit dem Zentrum als auch mit den Nationalliberalen, ja sogar mit den Freisinnigen zusammen Politik zu machen, *wenn sie in einer Weise sich zu den Vorlagen verhalten, die wir für richtig halten*³⁾“. Der konservative Vorstoß nach Hannover und Westfalen und schließlich auch der Angriff auf die nationalliberale Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus mußten der nationalliberalen Parteiführung zeigen, daß eine Einigung von den Konservativen — zumindest bei voller Gleichberechtigung der Partner — nicht gewünscht wurde. Die wiederholten Angebote Bassermann's und Friedberg's einer Zusammenarbeit „aller Liberalen und Konservativen“, einer Rückkehr „auf die Zeiten der Blockära⁴⁾“ konnten daher nur die Aufgabe haben, den rechten Parteiflügel an die Linie der Parteiführung zu ketten und vor der Wählerschaft die Verantwortung für das Zerbrechen der konservativ-liberalen Front gegen Zentrum und Sozialdemokratie den Konservativen aufzubürden. Daß die offizielle Politik der Nationalliberalen nun ihrerseits nicht mehr an ein Zusammengehen mit den Konservativen dachte, läßt ein Interview Bassermann's mit den „Hamburger Nachrichten“ erkennen. Er führte dort aus: „Ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Konservativen Heydebrand'scher Richtung, dem Bund der Landwirte und dem Zentrum könnte nur den einen Erfolg haben, die Aussichten der Sozialdemokratie zu vermehren. Ich halte nach den letzten Erfahrungen ein Zusammengehen mit den von extremen Agrariern geführten Konservativen für geradezu vernichtend für jede liberale Partei⁵⁾.“

¹⁾ Teschemacher, S. 70 f.

²⁾ NB, 23. Jg., Nr. 8, 19. Februar 1911.

³⁾ DK-Delegiertentag 1909, S. 68.

⁴⁾ 12. NL-Vertretertag, S. 25 ff.

⁵⁾ NB, 23. Jg., Nr. 8, 19. Februar 1911.

Es war in der Tat für den Nationalliberalismus dringend geboten — angesichts der Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit der Politik der Konservativen —, entschieden von den Rechtsparteien abzurücken, wenn er sich nicht gegen die eigene Wählerschaft in vielen Kreisen stellen wollte. In den fünf Ersatzwahlen, in denen die Partei seit dem Sturz Bülow's ihre Mandate verlor — die höchste Zahl von Mandatsverlusten einer Partei in diesem Zeitraum überhaupt —, gewann jedesmal die Sozialdemokratie: ein Zeichen, daß die ehemals nationalliberale Wählerschaft nach links abwanderte und zugleich diejenigen konservativen Stimmen zurückgehalten wurden, die 1907 den gemäßigten Liberalen zugeflossen waren. Daß die Nationalliberalen mit Erfolg aus der gleichen Abwanderung der Wähler von den Parteien der Regierungsmehrheit Nutzen ziehen konnten, zeigten die vier Mandatsgewinne der Partei seit dem Sommer 1909 gegenüber dem Zentrum und den Konservativen, mit denen der Verlust einigermaßen wettgemacht werden konnte. Daher blickte man im nationalliberalen Lager recht zuversichtlich den allgemeinen Wahlen entgegen und glaubte, den Stimmenschwund nach links durch die Kampfansage gegen rechts ausgleichen zu können. Man nahm an, daß sich der — allerdings mit Hilfe der Rechten — 1907 erreichte Aufschwung der Partei fortsetzen werde (1898 gewann die Partei 47 Mandate, 1903 = 50 und 1907 = 55. Der Stimmenzuwachs betrug 1898 = 984 190, 1903 = 1 324 855, 1907 = 1 630 531. Der Anteil an den gültigen Wählerstimmen stieg von 1903 = 13,9 auf 1907 = 14,5 Prozent). Zumindest aber glaubte man, Gewißheit zu haben, daß ein Rückschlag kaum zu erwarten war.

Unvermeidlich wurde aber der Angriff auf die konservativen Kerngebiete, der sich deutlich als Ziel des Wahlkampfes abzeichnete, als die Konservativen ihrerseits Organisationen in nationalliberalen Wahlkreisen aufzubauen begannen. Schon während des geschilderten Vorgehens der Konservativen bei den Landtagswahlen in Hannover 1908 meinte das „Niedersächsische Wochenblatt“, daß es an der Zeit wäre, gegenüber dem agrarischen Vormarsch den liberalen Gedanken hochzuhalten. Die Parteileitung der Nationalliberalen mußte „nunmehr erwägen, rücksichtslos auch diejenigen Wahlkreise in Angriff zu nehmen, in denen man vorhatte, bei den bevorstehenden Landtagswahlen die Waffen ruhen zu lassen¹⁾“. Die günstigen Ergebnisse der Konservativen und die schlechten der Nationalliberalen bei den Landtagswahlen gerade in Hannover ließen es der nationalliberalen Führung geraten erscheinen, durch intensiven Ausbau der Organisationen nicht nur die konservativen Einbrüche abzuriegeln, sondern zum Gegenangriff überzugehen. „Es gilt, Aufklärung in das Land hineinzutragen, damit das Volk erkenne, um welches hohes Ziel es geht. Darum rüstet sich die nationalliberale Partei, ihre Organisationen auszubauen oder neue zu schaffen. . . . Nur eine groß angelegte Organisationsarbeit kann zum Ziele führen . . .²⁾.“

¹⁾ Niedersächsisches Wochenblatt, Nr. 18, 2. Mai 1908.

²⁾ Die nationalliberale Partei und die Reichsfinanzreform, S. 112 f.

Im Frühsommer des Jahres 1909 wurde der Deutsche Bauernbund von national-liberaler Seite gegründet, um dem Bund der Landwirte ein weiteres Festsetzen in Hannover zu vereiteln. „... der Kampf ist uns nachgerade aufgedrungen worden ...“, betonte Bassermann, „zuerst in der Provinz Hannover, wo wir in einen vollständigen Existenzkampf durch den Bund der Landwirte hineingedrängt worden sind ... und damit ... hängt wieder zusammen die Gründung des Deutschen Bauernbundes ...¹⁾“.

Der offene Kampf gegen den Bund der Landwirte in Niedersachsen begann dann im Januar 1910, als der Generalsekretär der nationalliberalen Partei Hannovers, Dr. Hugo, dem Bundesdirektor Hahn in einer öffentlichen Versammlung in Stade ankündigte, daß die nationalliberale Partei Hannovers den vom Bund in „rücksichtslosester Intoleranz hingeworfenen Fehdehandschuh nicht nur aufzunehmen gedächte, sondern auch aus der Defensive zu schärfster Offensive von nun an überzugehen fest entschlossen sei²⁾“.

Diese Gegenoffensive der Nationalliberalen wurde ebenfalls zu einem guten Teil vom Deutschen Bauernbund getragen und löste die schärfsten Proteste und Drohungen auf der konservativen Seite aus. Die Niederlage der Deutschkonservativen bei einer Ersatzwahl im ostpreußischen Wahlkreis Lyck/Oletzko gegen den Kandidaten der Nationalliberalen, der zugleich Mitglied des Deutschen Bauernbundes war, bewies, daß die gemäßigten Liberalen durchaus eine Chance hatten, in konservative Hochburgen einzudringen. In weiten Teilen Ostelbiens, in Brandenburg, Ostpreußen, Pommern, Schlesien, in Westpreußen und Posen wurde nun intensiv für die nationalliberale Partei agitiert. „Wir können unter keinen Umständen der konservativen Partei gegenüber verzichten auf den Kampf im Osten; den Kampf im Osten müssen wir führen, weil unsere Parteigenossen das wollen, weil der Osten für uns Neuland ist und weil wir dort, wie Lyck/Oletzko zeigt ... in der Lage sind, auch positive Erfolge zu erringen“, entgegnete Bassermann den Beschwerden aus dem konservativen Lager³⁾. Wirklichen Erfolg konnte diese Kampfansage gegen die Konservativen aber nur haben, wenn sie auf das parallel verlaufende Vorgehen der Fortschrittler abgestimmt wurde.

Die Linksliberalen

Der Zwang der politischen Lage nach 1909 führte auch die Linksliberalen zu verstärktem organisatorischen Ausbau. Angesichts der Bildung von großen

¹⁾ 13. NL-Vertretertag, S. 12 f. — Es ist also kaum zutreffend, daß es im Verlauf der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der XII. Legislaturperiode zu einer Entfremdung zwischen den Nationalliberalen und dem Deutschen Bauernbund gekommen wäre, wie *Molt* meint (S. 114). Daß der Generalsekretär des Bundes, Hestermann, im neuen Reichstag nicht mehr der national-liberalen Fraktion beitrug, dürfte taktische Gründe gegenüber der Wählerschaft gehabt haben.

²⁾ HC, Nr. 28456, 15. Januar 1910.

³⁾ 12. NL-Vertretertag, S. 22.

Massenparteien um sie her kamen sie zu der Erkenntnis, daß nur die völlige Verschmelzung anstatt der bereits bestehenden Fraktionsgemeinschaft dem Linksliberalismus eine Lebenschance bot. Dennoch drohten die Einigungsverhandlungen im Sommer 1910 in München noch kurz vor ihrem erfolgreichen Abschluß zu scheitern, da sich erneut Meinungsverschiedenheiten um kleinliche Prinzipienfragen in den Weg stellten. Es wurde bereits ernsthaft erwogen, die endgültige Vereinigung bis nach den Wahlen von 1912 zu verschieben. Das hätte nicht nur die Verschmelzung in unabsehbare Fernen gerückt, sondern die geringen finanziellen Mittel jeder einzelnen der drei Parteien wie die Zersplitterung der einzusetzenden Kräfte hätten die Erfolgsaussichten in der Wahlschlacht auf ein Minimum beschränkt. Daher erreichte es der energische Einspruch des schwäbischen Liberalen von Payer schließlich doch, daß der organisatorische Zusammenschluß vollzogen werden konnte¹⁾.

Geeignet stellte der Linksliberalismus eine recht beachtliche Streitmacht dar, wenn seine Anhänger auch ähnlich den Nationalliberalen — anders als die Deutschkonservativen oder das Zentrum — über das ganze Reich verbreitet waren und die Partei dadurch nicht unwesentlich an Stoßkraft einbüßte. Gerade die Tatsache des Vorhandenseins fortschrittlicher Wähler und Parteimitglieder überall im Reich konnte andererseits aber auch den Ausbau der Organisationen erheblich erleichtern. Immerhin besaß man doch einige Gebiete, die sich als Hochburgen bezeichnen ließen, so die Heimat der ehemaligen Süddeutschen Volkspartei, Württemberg, und Niederschlesien, einem Zentrum der bisherigen Freisinnigen Volkspartei. Berlin, die alte Fortschrittshochburg, stellte dagegen nur noch ein Mandat, die City. Dafür hatte es der Fortschritt jedoch verstanden, in der näheren und weiteren Umgebung der Hauptstadt recht beträchtliche Schichten des Kleinbürgertums und wohl auch der Klein- und Mittelbauern für sich zu gewinnen, die aber zumeist bei den Reichstagswahlen von den Sozialdemokraten majorisiert wurden. Die andere alte Hochburg des Fortschritts, Ostpreußen, stellte — bis auf das 1907 durch die Hilfe der anderen bürgerlichen Parteien von der Sozialdemokratie zurückgewonnene Königsberg — schon lange kein Mandat mehr für die Partei. Immerhin war auch hier noch eine freisinnige Wählerschaft von meist mehr als 10 Prozent vorhanden, auf die sich eine gezielte Wahlagitation aufbauen ließ. Als ziemlich neues, sehr aussichtsreiches Gebiet hatte sich die Partei Schleswig-Holstein erschlossen. Hier konnte der Freisinn als zweitstärkste Partei nicht selten Kompromißkandidaten für die anderen bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie stellen, die 1903 etwa 40 Prozent der Wähler hinter sich wußte. Der Fortschritt rückte der Sozialdemokratie in den Wahlen von 1907 schon erstaunlich nahe: Hatte er 1903 nur erst 46402 Wähler gegen die 109810 der Sozialdemokratie auf sich vereinigen können (andere bürgerliche Parteien zusammen 60103), so verdoppelte er ohne nennenswerte Hilfe der anderen „nationalen“ Parteien in den Hauptwahlen von 1907

¹⁾ Payer, S. 21.

seine Stimmenzahl auf 92726, während die Sozialdemokraten nur um 3500 Stimmen auf 113348 zunahmen (andere bürgerliche Parteien zusammen 69728)¹⁾.

Auch die allgemeine Entwicklung der Partei auf der Reichsebene bot Anlaß zu Optimismus. Seit Beginn des neuen Jahrhunderts waren die Linksliberalen langsam, aber doch stetig erstarkt. Zählten die freisinnigen Parteien 1903 noch 863645 Wähler und besaßen 35 Reichstagsmandate, so war die Zahl ihrer Anhänger 1907 auf 1233933, die Zahl der Mandate auf 48 gestiegen. Dem entsprach ein Wachstum des prozentualen Anteils an den gültigen Wählerstimmen von 1903 = 9,2 auf 1907 = 10,7 Prozent. Auch die Nachwahlen zeigten ein einigermaßen ausgeglichenes Bild. Zwar verlor der Fortschritt zwei Mandate an die Sozialdemokratie, dafür konnte er aber den Deutschkonservativen ebenfalls zwei Wahlkreise — beide mit einer überwiegend ländlichen Bevölkerung — abnehmen. Damit zeigte sich auch bei den Linksliberalen das Phänomen der Abwanderung eines Teils ihrer Wähler zur Sozialdemokratie mit der gleichzeitigen Möglichkeit, auf Kosten der Rechtsparteien den entstehenden Verlust wieder auszugleichen. Wie die Nationalliberalen wurde der Fortschritt somit durch die Sozialdemokratie auf das flache Land gewiesen.

Der Vielfalt der Landschaften entsprechend, in denen die Linksliberalen sich ihren Wählern stellten, war auch die Anhängerschaft bunt gemischt. Nur gering war der Anteil von Großgrundbesitz und Schwerindustrie — wie es ja bei einer Partei nur natürlich war, die den — wenn auch schrittweisen — Abbau der Zollschränken zum programmatischen Ziel erhoben hatte. Alle anderen Stände waren aber im ausgeprägten Liberalismus vertreten: die verarbeitende, auf Export angewiesene Industrie, das Bürgertum der Städte — mit überwiegendem Einfluß des Kleinbürgertums und des neuen Mittelstandes — Vertreter des Handels und der Gewerbe, süddeutsche kleinbäuerliche Elemente, aber — wie die Entwicklung in Schleswig-Holstein erwies — das Programm des Freisinns konnte auch für den Mittelbauern interessant sein. Geringer war die Arbeiterschaft vertreten. Die kaum nennenswerte Beachtung, die der Fortschritt den Anfängen der Arbeiterbewegung geschenkt hatte, hatte sich schon längst gerächt und konnte auch durch die verspätete Förderung der Hirsch-Duncker-schen Gewerkvereine nicht mehr ungeschehen gemacht werden.

Die Einigung des Linksliberalismus stellte an das Organisationsgeschick der Partei Aufgaben, die oft nur mit großem Takt und Feingefühl zu meistern waren. So entstand bald nach der Fusion die Frage, ob nicht die Zahl von zwei Generalsekretären, die die Partei nun besaß, für den Fortschritt zu hoch bemessen wäre — ganz abgesehen von den Spannungen, die durch gegenteilige Auffassungen beider Sekretäre in Krisensituationen entstehen konnten. Ein Brief Conrad Haußmanns am Ende des Jahres 1910 zeigt, wie heikel das Problem der Entlassung des einen der beiden für die noch junge Partei sein konnte. Zehn Monate vor der Wahl — die man damals noch für den Herbst 1911 erwartete —

¹⁾ Vgl. die gegensätzlichen Ausführungen Molts (S. 131).

könnte man nicht wagen, nur den Generalsekretär der ehemaligen Freisinnigen Volkspartei im Amt zu belassen. Nicht nur bei den gegnerischen Parteien würde die Wirkung unerwünscht sein. Auch innerhalb des Fortschritts würde es „trotz aller gegenteiligen Versicherungen nur als politischer Zwist angesehen werden. Am bedenklichsten wäre die Wirkung auf alle jene Kreise in der Partei (Freisinnige Vereinigung, Süddeutsche Volkspartei, aber auch große Teile der Freisinnigen Volkspartei), die von der Fusion vor allem eine Verjüngung und Aufmunterung der Politik der Richterschen Epigonen erwartet haben. Die ehemaligen Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung und der Süddeutschen Volkspartei würden die Empfindung haben und ihr Ausdruck geben, daß die Fusion weiter nichts bedeute als Annexion durch die alte Freisinnige Volkspartei.“ Man beschloß daher, das Problem bis nach den Wahlen zu vertagen¹⁾. Diese inneren Spannungen in dem noch nicht verwachsenen Parteikörper zeigten sich auch noch im August 1911, als der Wahlverein des Kreises Lennep/Mettmann im Protest gegen die Parteiführung aus dem rheinischen Provinzialverband der Fortschrittlichen Volkspartei austrat²⁾.

Dennoch förderte der Druck, der von den schwarzblauen Parteien und von der Sozialdemokratie her auf der Partei lastete, das innere Zusammengehörigkeitsgefühl so rasch, daß sie in den eigentlichen Wahlkampf als weitgehend einheitlicher Organisationskörper eintrat. „Der Linksliberalismus hat sich endgültig zusammengeschlossen, und kein Sachkundiger bezweifelt die Festigkeit des Verbandes“, konnte schon zu Anfang des Jahres 1911 festgestellt werden. „Es ist viel besser gegangen, als selbst die Optimisten unter uns es vorher glauben wollten. Wir haben gemeinsamen Parteisinn und verlangen nichts anderes, als daß unsere Wähler ihn auch bekommen³⁾.“

Die Festigkeit des neuen Verbandes wurde nicht wenig durch die im gemeinsamen Kampf gegen den schwarzblauen Block erlebte Schicksalsgemeinschaft und den Ausbau der Organisation gestärkt, der mit besonderem Nachdruck gefordert und betrieben wurde. War früher die Institution der Parteisekretäre beim Freisinn — besonders bei der Freisinnigen Volkspartei — fast gar nicht vorhanden, so hatte die Fortschrittliche Volkspartei 1912, nach den Wahlen, bereits 25 Bezirkssekretäre und außerdem vier Sekretäre für allgemeinere Aufgaben, deren Einfluß auf die Wahlvorbereitungen kaum unterschätzt werden darf⁴⁾. Auch auf der untersten Ebene der Vertrauensmänner waren erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Das für die gezielte Agitation unentbehrliche System der Vertrauensmänner war zum Beispiel in Bremerhaven so weit ausgebaut, daß auf 14 bis 20 Parteimitglieder ein Vertrauensmann kam — für liberale

¹⁾ NL Haußmann 100.

²⁾ Voß, Nr. 412, 21. August 1911.

³⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 18 f.

⁴⁾ 2. FVP-Parteitag, S. 9.

Verhältnisse wohl ein seltener Fall¹⁾). Daß der Begriff des Vertrauensmannes hier vielleicht recht weit gefaßt war, zeigte eine für Agitationszwecke angefertigte Aufstellung der Vertrauensmänner des Oberamtes Rottweil im württembergischen Wahlkreis Balingen. Die Liste führte achtzig Vertrauensmänner auf, bemerkte jedoch dazu, daß nur drei davon als „wirkliche“ Vertrauensleute zu bezeichnen waren. Die übrigen wären „während des Wahlkampfes als Referenten jeder Ortschaft sehr tätig²⁾“.

Diese angestrengte organisatorische Arbeit zeitigte denn auch im letzten Jahr vor den Wahlen gute Früchte. Der Landesverband Niedersachsen konnte seine Mitgliederzahl um 50 Prozent vermehren³⁾, die Schaffung eines rheinischen Provinzialverbandes hatte sogar eine Mitgliederzunahme von 72 Prozent zur Folge⁴⁾. Aus der Zielrichtung gegen den Konservatismus ergab sich eine besonders intensive Organisationstätigkeit in Ostelbien. Hier konnte schon im Winter 1908/09 ein pommerscher Landesverband gegründet werden, nachdem zuvor elf neue Vereine ins Leben gerufen worden waren. Bisher war es dem Freisinn unmöglich gewesen, unter dem agrarischen Druck und dem alten Vereinsgesetz in diesen Gebieten organisatorisch Fuß zu fassen⁵⁾. Um den Vormarsch des Fortschritts in Ostelbien zu erleichtern und die errungenen Gewinne zu sichern, richtete die Parteileitung zunächst für Pommern und Mecklenburg eine Landarbeiterzentrale ein, die später auf den ganzen Osten ausgedehnt werden sollte⁶⁾. Unverkennbar war damit beabsichtigt, den Kampf gegen den Großgrundbesitz durch die Gewinnung des ländlichen Proletariats zum Erfolg zu führen, eine Aufgabe, an der die Sozialdemokratie gescheitert war⁷⁾. Es wurde geplant, nach den Wahlen das Programm der Fortschrittlichen Volkspartei im Hinblick auf die Landarbeiterfrage zu modifizieren⁸⁾.

Ein wirklicher Erfolg konnte sich aus diesen Anstrengungen — wenn überhaupt — aber nur ergeben, wenn sich die beiden großen liberalen Parteien für ihre Wahlpolitik auf eine gemeinsame Linie einigten.

Als einzige linksliberale Gruppe, die sich der Fusion nicht angeschlossen hatte, versuchte die kleine radikale *Demokratische Vereinigung* einen Platz zwischen Sozialdemokratie und Fortschritt zu finden. Sie war unter ihrem damaligen Führer Barth 1908 aus der Freisinnigen Vereinigung ausgeschieden, weil diese Partei sich weigerte, programmatisch auszusprechen, daß sie nie ein Zusammengehen mit den Parteien rechts von ihr suchen, sondern nur taktischen Anschluß

¹⁾ Hilfe, XVIII, 1912, S. 151.

²⁾ NL Haußmann 104.

³⁾ Koch, S. 91.

⁴⁾ Bergischer Türmer 1911, Nr. 33 [Parteien, S. 69].

⁵⁾ Außerordentlicher Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen, S. 10.

⁶⁾ Breslauer Zeitung, 9. Oktober 1911 [Parteien, S. 241].

⁷⁾ Vgl. Gerhard A. Ritter, S. 128—149.

⁸⁾ Breslauer Zeitung, 9. Oktober 1911 [Parteien, S. 241].

an die Sozialdemokratie nehmen wollte¹⁾). Dementsprechend lag die Wahltaktik ihrer Führer von Gerlach und Breitscheid gegenüber dem Linksliberalismus in folgender Richtung: „Sucht ... die Fortschrittliche Volkspartei ihren Anschluß nach rechts, so wird die Demokratische Vereinigung nicht zögern, dort, wo sie allein zu schwach ist, Anschluß zu suchen nach links hin, wird sie gemeinsame Sache mit der Sozialdemokratie machen²⁾).“

Da die Demokratische Vereinigung mit ihren 11 000 Mitgliedern, die in 80 Vereinen oder als Einzelmitglieder über das ganze Reich hin organisiert waren³⁾, bis auf den Wahlkreis von Gerlachs zu schwach blieb, um selbst in die Stichwahl zu gelangen, ergab sich daraus fast durchweg die Unterstützung der Sozialdemokratie gegen den Fortschritt. So verkündete Breitscheid auf der Tagung der Demokratischen Vereinigung in Gotha die Parole, „der Sozialdemokratie keine Wähler abjagen zu wollen, bei Stichwahlen sei immer dem am weitesten links stehenden Kandidaten die Stimme zu geben⁴⁾“.

Das taktische Zusammengehen von Nationalliberalen und Fortschrittlern

Die Erfahrung der Ohnmächtigkeit des Liberalismus, wenn er trotz der Bedrohung durch die geschlossenen Parteien auf seiner rechten und linken Seite mit sich selbst im Widerstreit lag, führte schon bald die weiterblickenden seiner Führer zur Einsicht, daß nur der Zusammenschluß beider liberalen Richtungen für den Liberalismus eine Lebenschance bot.

Hier setzten die Bemühungen des 1908 in München unter dem Eindruck der vergangenen Reichstagswahlen gegründeten Nationalvereins für das liberale Deutschland ein. Sein Leiter, Dr. Wilhelm Ohr, glaubte durch diesen neuen Verein eine Plattform für das gegenseitige Verstehenlernen beider liberalen Parteien schaffen zu können, das einer Vereinigung notwendig vorausgehen mußte. Starken Widerhall fand der Gründungsaufwurf, der am 15. März 1907, also kurz nach den Reichstagswahlen, in allen liberalen Zeitungen veröffentlicht wurde und der in den Sätzen gipfelte: „... Wir brauchen einen neuen Nationalverein. Der alte Nationalverein war eine Organisation des deutschen Liberalismus, er hat die Einigung Deutschlands auf freiheitlicher Grundlage erstrebt und mächtig gefördert. Der neue Nationalverein soll auf der heute gewonnenen nationalen Grundlage die Einigung des deutschen Liberalismus organisieren, des Liberalismus der sozialen und der Erziehungsarbeit⁵⁾.“ Trotz des durchaus günstigen Echos in der liberalen Öffentlichkeit begegneten die angesprochenen Parteien dem Versuch jedoch mit unverhohlenem und andauerndem Mißtrauen, mit der Begründung,

¹⁾ Rehm, S. 29 f.

²⁾ Nestriepke, S. 26.

³⁾ Ebd., S. 29 f.

⁴⁾ JB, Nr. 23, 10. Juni 1911.

⁵⁾ Vgl. Ohr, Wilhelm: Der neue Weg, a.a.O.

daß die liberale Einigung nicht von unten her kommen dürfe, sondern von den Führern in den Parlamenten ausgehandelt werden müsse¹⁾. Es blieb daher dem Nationalverein für das liberale Deutschland schließlich nichts anderes übrig, als die Idee der liberalen Einigung wenigstens in der großen Menge wachzuhalten und zu fördern²⁾. Aber auch die nach dem großen Vorbild des Volksvereins für das katholische Deutschland betriebene Agitation mit ihren Ausbildungskursen, dem Schriftenvertrieb und dem Versuch, die seit 1908 kräftig sich entfaltende Frauenbewegung dem Ziel des Vereins nutzbar zu machen³⁾, konnte nicht entfernt mit derjenigen der großen Hilfstruppen des Zentrums und der Konservativen konkurrieren.

Nach dem Rücktritt Bülow's konzentrierte sich daher die ganze Aufmerksamkeit des Nationalvereins wie der liberalen Parteileitungen auf das taktische Zusammengehen bei den kommenden Wahlen.

Wie bei den Debatten um den Großblock waren auch hier Friedrich Naumann und die Jungliberalen die eifrigsten Fürsprecher. Naumann stellte auch jetzt den Gedanken an den künftig anzustrebenden Großblock in den Vordergrund. „Wer in Zukunft die Mehrheit von Bassermann bis Bebel will, muß heute die Verständigung der Liberalen untereinander wollen. Das sagen wir denjenigen unsrer Parteifreunde, die sich heute gegen die Einheitsverhandlungen mit den Nationalliberalen sträuben“, bedeutete er seinen Gesinnungsgenossen. Selbstverständlich dachte niemand daran, daß die freisinnigen Organisationen blind den nationalliberalen Wünschen nachgeben sollten. Denn jeder Wahlkreis und jeder Landesteil hätte seine eigene Geschichte. Aber bei allen Wahlkreisstreitigkeiten dürfte doch nicht der „Blick auf die Gesamtentwicklung“ verlorengehen. „Die Nationalliberalen müssen klar Farbe bekennen. . . . Wir aber müssen unsererseits ihnen mit Vertrauen entgegenkommen⁴⁾.“

Die Jungliberalen sahen die Widerstände, die sich von den lokalen Organisationen gegen ein Zusammengehen erheben konnten, eher noch schärfer, wäre doch der „Gesamtbegriff des Liberalismus alles andere als fertig“. Gerade jetzt, kurz vor dem schweren Kampf um die zukünftige Zusammensetzung des Reichstages, erlebe man es überall, „daß gegenseitige Streitereien über kleine provinzielle oder lokale Hemmungen, daß Friktionen, entstanden aus kleinlichster örtlicher Kurzsichtigkeit, eine Menge Konfliktstoff anhäufen, die eine große, gemeinsame liberale Aktion für die Wahlschlacht schon so gut wie unmöglich gemacht hat⁵⁾“.

Dieser Zug zur Zersplitterung, der mit dem Herannahen der Wahlen immer deutlicher wurde, mußte die Jungliberalen um so mehr enttäuschen, als sie es

¹⁾ Blaustein, Von der Uneinigkeit, a.a.O., S. 6.

²⁾ Ebd.

³⁾ Ohr, Der neue Weg, a.a.O.

⁴⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 114.

⁵⁾ JB, Nr. 9, 4. März 1911.

waren, die bereits noch unter Bülow, auf ihrem Elberfelder Tag von 1908, den Vorschlag gemacht hatten, einen „Einigungsausschuß“ aus Vertretern des Freisinns und der Nationalliberalen einzusetzen. Dieser Ausschuß wäre nicht nur geeignet gewesen, allgemeine parteipolitische Fragen zu regeln, sondern er sollte gerade auch die wahltaktische Verständigung zwischen den Liberalen vorantreiben¹⁾. Der Gedanke eines interfraktionellen Gremiums ist auch in den nächsten Jahren von den Jungliberalen immer wieder vertreten worden und zwar besonders von den Politikern der süddeutschen Staaten, denen die Politik in den Landtagen Badens und Württembergs, auch Bayerns, bereits den Weg wies. So griff ihn zum Beispiel das führende Mitglied der nationalliberalen Landtagsfraktion Badens, Dr. Koch, im Januar 1910 erneut auf. Die empfindliche Frage der Wahlabkommen, so meinte er, dürfe nicht „im stillen Kämmerlein“ zwischen den Fraktionen ausgehandelt werden, sondern alle Parteinstanzen müßten zusammenwirken und einen Ausschuß von Mitgliedern der Zentralvorstände und der Reichstagsfraktionen einsetzen, der jeden einzelnen Wahlkreis im Reich durchzugehen und ihn nach den herrschenden Parteiverhältnissen der einen oder anderen Partei zuzuteilen haben würde. „Irgendwelche Ausnahmen vom obigen Grundsatz: ‚In jedem Wahlkreise nur ein Kandidat aller Liberalen‘ dürfe dabei auch nicht in einem einzelnen Kreise gestattet werden.“ Der Besitzstand jeder Partei müsse dabei gewahrt bleiben — soweit nicht lokale Abmachungen etwas anderes bestimmten —, ebenso früherer Besitzstand von Wahlkreisen, die sich jetzt in nichtliberalen Händen befänden. Hier würden schon schwierige Probleme zu lösen sein. In einer dritten Gruppe wären die Fälle von Wahlkreisen zu klären, die früher einmal Streitobjekte zwischen den liberalen Parteien gewesen wären. Hier würde es die hartnäckigsten Kämpfe in den Verhandlungen geben, zu denen nicht selten Vertreter der lokalen Organisationen zugezogen werden müßten, um eine Einigung zu erzielen²⁾.

Auch der Nationalverein für das liberale Deutschland setzte sich für diesen Gedanken ein, und sein Mitarbeiter Dr. Blaustein suchte durch den statistischen Nachweis, daß der Liberalismus in seiner Geschichte in nicht weniger als 1512 Wahlen uneinig gewesen wäre und sich dadurch wenigstens 154 Mandate verscherzt habe, noch einmal in aller Deutlichkeit auf die Notwendigkeit des wahltaktischen Zusammenschlusses aufmerksam zu machen³⁾.

Dennoch zögerten die Parteivorstände — auch nach der Fusion der Linksliberalen, die die Verhandlungen auf der Ebene der Zentralen wesentlich vereinfacht hätte — wohl nicht zuletzt aus den Erwägungen, daß ein Eingriff „von oben“ in die Wahlvorbereitungen der lokalen Organisationen die internen Spannungen der Parteien erheblich verschärfen würde. Es war besonders der

¹⁾ JB, Nr. 9, 4. März 1911.

²⁾ Artikel der Frankfurter Zeitung „Die Mainbrücke“, 8. Januar 1910, zit. nach Blaustein, Von der Uneinigkeit, S. 8—11.

³⁾ Vgl. Blaustein, Arthur: Von der Uneinigkeit der Liberalen, a.a.O.

nationalliberale Vorstand, der in diesem Punkt aus Rücksicht auf den rechten Flügel der Partei äußerst behutsam vorgehen mußte.

Daher lagen die ersten Schritte zu einer wahltaktischen Übereinkunft gerade auf der Ebene, die von Natur aus zugleich die meisten Reibungen hervorrufen mußte, nämlich auf derjenigen der Wahlkreis- und Provinzialorganisationen. Allein die Funktion einer letzten Vermittlungsstelle suchten sich die Berliner Zentralen zu bewahren. Im Herbst des Jahres 1910 und zu Anfang 1911 kam es in einer Reihe von Provinzen und Ländern zu Verhandlungen, die zum Teil ohne größere Schwierigkeiten zum Ziel gelangten. Aus Brandenburg konnte am 22. Januar 1911 gemeldet werden, daß für die ganze Provinz ein Abkommen über die gemeinsame Kandidatenaufstellung vereinbart und von den Parteivorständen gutgeheißen worden sei¹⁾. Auch in den süddeutschen Ländern Baden und Württemberg kam es zu — allerdings nicht ganz lückenlosen — Abmachungen²⁾. Im allgemeinen lief die Entwicklung aber wie im Fall Thüringens und Niedersachsens, wo nach anfänglicher Übereinstimmung in den allgemeinen Punkten des Zusammengehens an der Frage der Verteilung der Mandate, der Forderung von Kompensationen oder an der Persönlichkeit des Kandidaten Zwistigkeiten entstanden, die oft zum Abbruch der Kontakte führten. So hatten sich in Thüringen am 24. Oktober 1910 die Unterhändler bereits so weit geeinigt, daß von den in Betracht kommenden zwölf Wahlkreisen zehn in das Abkommen eingeschlossen und zu je fünf und fünf beiden Parteien zugewiesen werden sollten. In den restlichen zwei, die dem Liberalismus sicher schienen, sollte eine Konkurrenz zwischen beiden Parteien stattfinden. Das Abkommen sollte am 15. November in Kraft treten. Da machte kurz zuvor der Landesvorstand der Fortschrittlichen Volkspartei den Vorschlag, daß zwei weitere Kreise aus dem Abkommen ausgeschlossen werden sollten, weil sich die Freisinnigen dort reale Gewinnaussichten versprochen. Diese Forderung, die zwei aussichtsreiche Positionen der Nationalliberalen bedrohte, veranlaßte deren Landesausschuß zum Gegenschlag. Mit dem Ultimatum, daß der Fortschritt bis zum 1. April 1911 seine Zustimmung zu den Abmachungen vom 24. Oktober erklären müsse, wenn anders nicht die ganzen Verhandlungen als gescheitert angesehen werden müßten, wurden nun auch die fortschrittlichen Positionen und damit der gesamte Besitzstand des Liberalismus in Thüringen gefährdet³⁾. Ähnlich lag der Sachverhalt in Hannover, wo angesichts der Forderungen des zahlenmäßig bedeutend schwächeren Fortschritts nach drei Wahlkreisen und einem, der zum beiderseitigen Kampf ausgeschlossen werden sollte, die Nationalliberalen die Verhandlungen ebenfalls abubrechen drohten⁴⁾. Auch in der Provinz Sachsen

¹⁾ NB, 23. Jg., Nr. 5, 29. Januar 1911.

²⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 130. — NL Haußmann 104.

³⁾ NB, 23. Jg., Nr. 11, 12. März 1911.

⁴⁾ NB, 23. Jg., Nr. 1, 1. Januar 1911.

drohte man — hier der fortschrittliche Parteitag — mit einem Ultimatum, wenn die Gegenseite nicht Zugeständnisse machen wollte¹⁾.

In anderen Fällen suchten Wahlkreisorganisationen durch das *Fait accompli* einer eigenen Kandidatenaufstellung, den Verhandlungen nicht nur aus dem Wege zu gehen, sondern auch die Entscheidung der eigenen übergeordneten Parteiinstanzen zu beeinflussen. So stellten die Vereinigten Liberalen (Fortschritt) in Hamburg um die Jahreswende Kandidaten auf, in der Hoffnung, daß der nationalliberale „Reichstagswahlverein von 1884“ nun auf eigene Kandidaturen verzichten würde. Da das aber nicht der Fall war, standen sich schließlich in jedem der drei Hamburger Kreise zwei liberale Kandidaten gegenüber²⁾.

Diese bedenkliche Entwicklung ließ es den Parteivorständen doch geraten erscheinen, auf die wahltaktischen Absprachen größeren Einfluß zu nehmen. Besonders die nationalliberale Führung war angesichts des im Beginn des Jahres 1911 sich mit aller Schärfe zeigenden Gegensatzes zu den Konservativen geneigter als zuvor, auch gegen den rechten Parteiflügel vorzugehen, der einer Vereinbarung mit dem Fortschritt offensichtlich widerstrebte. Hinzu kam gerade in diesem Punkt die zeitlich mit den Einigungsverhandlungen im März zusammenfallende Ersatzwahl von Gießen, die nicht nur durch das Gegeneinanderstehen von fortschrittlicher und nationalliberaler Kandidatur den Liberalismus vielleicht aus der Stichwahl gedrängt hatte, sondern Symbol des allgemeinen Niedergangs des bündlerisch gerichteten hessischen Nationalliberalismus zu sein schien. Vor allem die Jungliberalen drängten zur Entscheidung. „Die Realpolitik nach hessischem und westfälischem Rezept führt notwendigerweise zum Untergang des Nationalliberalismus. Die Politik, die auf einer Kreuzung von nationalliberalem und konservativ-bündlerischem Geiste basiert, hat gänzlich versagt, von rechts vermag sie keine Stimme zu gewinnen, und nach links verliert sie ungezählte. In Hessen, sowohl wie in Westfalen kann der Nationalliberalismus seinen Bestand nur behaupten, wenn er seine Politik ohne Vorbehalt nach der nationalliberalen Gesamtpolitik einstellt. Erst dann ist die allseitig notwendige Klarheit und Geschlossenheit erreicht³⁾.“

Am 19. März erließ der nationalliberale Parteivorstand nach einem Referat Bassermanns über die Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen gegen fünf Stimmen eine Resolution, in der der ganze Komplex der Kandidatenaufstellung mehr als bisher von der Mitsprache der Berliner Zentrale abhängen sollte. Man sprach die Erwartung aus, daß „die Wahlkreisorganisationen vor der endgültigen Aufstellung von Kandidaten und vor dem Eingehen taktischer Wahlabkommen sich mit dem geschäftsführenden Ausschuß des Zentralvorstandes ins Einvernehmen setzen. Wird auf Wunsch oder im Einvernehmen von Landesorganisationen oder, wo solche fehlen, von Wahlkreisen eine Verständigung mit anderen

¹⁾ KVZ, Nr. 957, 9. November 1911 [Parteien, S. 160].

²⁾ NB, 23. Jg., Nr. 1, 1. Januar 1911.

³⁾ JB, Nr. 11, 18. März 1911.

Gesamtparteien vom geschäftsführenden Ausschuß herbeigeführt, so sind die hierbei getroffenen Vereinbarungen von den betreffenden Wahlkreisen oder Landesorganisationen als verbindlich anzuerkennen¹⁾.“

Eine parallele Sitzung des Zentralausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei fand am gleichen Tage statt²⁾. Die Initiative und erste Fühlungnahme mit dem Partner blieb also auch jetzt noch bei den Wahlkreisorganisationen oder Landesverbänden, deren Unterhändler die beiderseitigen Forderungen aufeinander abstimmten, bei dem Fehlen von Kompensationsobjekten für die eine Partei etwa auf die Landtagsebene zurückgriffen, auch in anderen Provinzen Ersatz zu finden suchten oder bestimmte Wahlkreise wegen der Unvereinbarkeit der Interessen aus dem Abkommen ausschlossen. Für gewöhnlich wurde die Position der einzelnen Parteien nach ihren Erfolgen bei den letzten Reichstags- oder Landtagswahlen bemessen und danach der Anteil an den zu vergebenden Kandidaturen bestimmt.

Konnte auf der Landesebene keine Einigung erzielt werden, so forderte der hierzu von der Delegiertenversammlung der Wahlkreisvertrauensmänner ermächtigte Landesausschuß die Zentralleitung seiner Partei auf, auf der höchsten Ebene die Unterredungen fortzuführen. Im Falle Mecklenburgs konnten sie zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden³⁾. Es konnte aber auch geschehen, daß der zentrale geschäftsführende Ausschuß, der frei von manchen in den Kreisen herrschenden Vorurteilen vorgehen konnte, die lokale Organisation nicht zum Einlenken zu bewegen vermochte. Dabei standen den regionalen und lokalen Organisationen meistens die besseren Mittel zur Durchsetzung ihres Standpunktes zur Verfügung. Der Vorsitzende des Greifswalder nationalliberalen Vereins „Bennigsen“ legte seinen Sitz im Zentralvorstand des geschäftsführenden Ausschusses in Berlin nieder, weil die Abtretung seines Wahlkreises an die Fortschrittler mit den Anschauungen der von ihm geführten Organisation unvereinbar wäre. Schon vorher gingen die beiden in den pommerschen Landesausschuß deputierten Mitglieder denselben Schritt und erklärten ihren Austritt. Als Druckmittel zur Durchsetzung einer nationalliberalen Gegenkandidatur gegen den Fortschrittler Gothein in Greifswald operierte der Verein Bennigsen von nun an damit, daß er auch in corpore aus der Partei auszutreten drohte, wenn seinen Wünschen nicht entsprochen werden sollte⁴⁾.

In solchen Fällen, wie auch dort, wo ganze Landesverbände ein Zustandekommen der Einigung verhinderten, war die Parteiführung machtlos, wenn sie nicht den organisatorischen Aufbau vieler Jahre durch ein disziplinarisches Vorgehen zunichte machen wollte. Einzig in zwei Wahlkreisen — Plauen im Vogtland und Syke/Hoya in Hannover — distanzierte sich der Berliner national-

¹⁾ Programmatische Kundgebungen, S. 112 f.

²⁾ NB, 23. Jg., Nr. 13, 26. März 1911.

³⁾ NB, 23. Jg., Nr. 12, 19. März 1911.

⁴⁾ Greifswalder Zeitung, Nr. 111, 12. Mai 1911 [Parteien, S. 20].

liberale Parteivorstand von den dort aufgestellten Kandidaturen, ohne damit ihr Zurückziehen durch die örtlichen Organisationen erreichen zu können¹⁾). In einem weiteren Wahlkreis — Osnabrück — verhielt sich der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei entsprechend²⁾). Auch die Gegenseite mußte solche Unbotmäßigkeiten der lokalen Organisationen hinnehmen, da die Lage des Liberalismus viel zu gefährlich war, um wegen einzelner Kreise das ganze Abkommen an den Rand des Scheiterns zu bringen. Es blieben daher die recht zahlreichen liberalen Doppelkandidaturen, „wenn auch nicht mit Billigung, so doch ohne Protest der Parteileitungen“ bestehen³⁾).

Einwände gegen die Aufgabe der eigenen Kandidatur konnten verschiedenster Art sein. Oft spielte wohl nur der Wunsch eine Rolle, die Stimmen der Anhänger zu zählen. Weit eher dürfte aber die Befürchtung maßgebend gewesen sein, die eigene, in jahrelanger mühevoller Arbeit aufgebaute Organisation dadurch zu gefährden, daß die Anhänger zur Nachbarpartei abwanderten. Diese Erfahrung hatten besonders die Nationalliberalen seinerzeit bei den Kartellwahlen von 1887 und 1890 machen müssen, als die Zusammenarbeit mit den Konservativen ihre örtlichen Organisationen, besonders in Ostelbien, vielfach verkümmern ließ⁴⁾).

In Ostelbien trat daneben die Frage auf, welche der beiden Parteien zum Kampf gegen die Konservativen in den ländlichen Gebieten mehr geeignet wäre. Die Nationalliberalen beanspruchten diese Eigenschaft für sich und versuchten, den Fortschritt auf städtische oder gemischte Wahlkreise zu verweisen, aus denen die Linkliberalen vielfach gerade wegen des Anwachsens der Sozialdemokratie aufs flache Land gedrängt wurden. Da stärkte es die fortschrittliche Position sehr wesentlich, als die günstigen Ergebnisse der Ersatzwahlen von Labiau/Wehlau — aber auch von Gießen — zu beweisen schienen, daß auch der Freisinn in der ländlichen Bevölkerung Anhänger zu finden vermochte⁵⁾). Man einigte sich dann bisweilen so, daß man den Kandidaten verpflichtete, im Falle seiner Wahl „wild“ zu bleiben, also sich keiner der beiden liberalen Fraktionen anzuschließen⁶⁾). Die Kandidatenfrage war überhaupt das zentrale Problem solcher Verhandlungen auf lokaler Basis. Die Persönlichkeit des Kandidaten spielte in ihnen eine bedeutende Rolle, und ein Scheitern der Verhandlungen wurde wahrscheinlich, wenn ein Kandidat den Wünschen und Erwartungen der Gegenseite nicht entsprach, wie etwa in Kaiserslautern⁷⁾). Da aber die Aussichten für den eigenen Kandidaten in dem Maße sanken, als er nicht den

¹⁾ Hoyaer Wochenblatt, Nr. 5, 7. Januar 1912. — Magdeburger Zeitung, Nr. 277 [Parteien, S. 25].

²⁾ NB, 23. Jg., Nr. 40, 1. Oktober 1911.

³⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 225.

⁴⁾ Brandenburg, S. 22 f.

⁵⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 163.

⁶⁾ So in Usedom-Wollin (NB, 23. Jg., Nr. 15, 9. April 1911) und Magdeburg (NB, 23. Jg., Nr. 19, 7. Mai 1911).

⁷⁾ NB, 23. Jg., Nr. 44, 29. Oktober 1911.

Vorstellungen der Nachbarpartei entsprach, konnte es vorkommen, daß man das ursprünglich beanspruchte und von der Nachbarpartei vorbehaltlich eines geeigneten Kandidaten auch zugestandene Recht der Kandidatenaufstellung schließlich doch dem Vertragspartner überließ, so in Ulm¹⁾. Aber auch hier wurde sogleich die Bedingung gemacht, daß die andere Partei einen allseits genehmen Kandidaten stellte.

Nicht selten hielten örtliche Parteiführer aus völliger Verständnislosigkeit für die größeren politischen Ziele dieses liberalen Zusammengehens an ihren, vom lokalen Ausblick geprägten Auffassungen unbeirrt fest. Aus dem Brief des rechtsorientierten nationalliberalen Wahlkreisvorsitzenden von Wetzlar an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz spricht schiere Verwunderung, daß „selbst ein Führer und Abgeordneter unserer Partei von Berlin aus privatim angefragt“ hätte, „ob man nicht gegen in Kreuznach/Simmern angebotene Kompensation mit dem Freisinn gehen wolle“. In seinem Kreis — der soziologisch mit dem angrenzenden hessischen Gebiet eine Einheit bildete — wäre ein Sieg des fortschrittlichen Kandidaten, der noch dazu Jude wäre, zwar kaum zu befürchten (!). Doch „eine gemeinsame Aufstellung eines Radikalen . . . wäre ein schlechtes Vorbild für andere Bezirke in Rheinprovinz und Westfalen“. Denn „wenn die gemäßigt Liberalen bis zur Wahl und bei der Wahl auf das heftigste gegen Konservative, Bund der Landwirte und Zentrum kämpfen müssen und kämpfen werden, so kann das doch nur den Zweck haben, die Mandate der Konservativen so zu mindern, daß sie nicht mehr mit dem Zentrum eine Majorität im Reichstage haben. Ist das erreicht, so werden sich doch die 3 gegeneinander kämpfenden Parteien zu einer politischen Tätigkeit zusammenfinden müssen, die sich, weil jeder die Stimmen des andern nötig hat, im Sinne des Programms. . . zum Segen des Reichs auf einer mittleren politischen Linie einigt“. Deshalb müsse alles Gehässige im Kampf gegen rechts vermieden werden²⁾.

Aus diesen Worten spricht die ganze Harmlosigkeit der nationalliberalen Rechten, mochte sie nun agrarisch orientiert sein, wie in Hessen, der Pfalz, Schleswig-Holstein und Oldenburg, oder großindustriell wie in Westfalen. In ihren Kreisen glaubte man auch jetzt noch, daß der erhoffte Aufschwung der Partei ihr ohne Zusammengehen mit dem Fortschritt eine Schlüsselposition im Reichstag einräumen würde.

Da im Falle Wetzlar die Fortschrittliche Volkspartei der Rheinprovinz darauf bestand, daß die Aufstellung einer Kandidatur im Rahmen eines Provinzialwahlabkommens für diesen Wahlkreis ihr überlassen bleiben sollte, traf der Provinzialwahlvorstand der nationalliberalen Partei am 11. März folgenden Beschluß: Da sich die Unmöglichkeit einer die ganze Provinz umfassenden Einigung ergeben hätte, wäre man gezwungen „1. beiderseits den einzelnen Reichstagswahlkreisen und ihren Organisationen zu empfehlen, die Aufstellung gemein-

¹⁾ NB, 23. Jg., 44, 29. Oktober 1911.

²⁾ STAK 403/8459.

samer Kandidaten nach Möglichkeit herbeizuführen; 2. den Wahlkreisen, in denen sich eine Einigung nicht erzielen läßt, dringend ans Herz zu legen, den Wahlkampf so zu führen, daß ein gemeinsames Zusammengehen bei einer etwaigen Stichwahl nicht erschwert wird¹⁾.“

Auch in Westfalen konnte die Einigung nur teilweise erreicht werden. Am 23. November 1911 schlossen die Bezirksvertrauensmänner beider Parteien ein Bündnis, nach dem Altena/Iserlohn dem Fortschritt, Bochum und Dortmund den Nationalliberalen zufallen sollten — vorbehaltlich der Zustimmung der Kreiswahlkomitees, die bis zum 3. Dezember eingeholt werden sollte²⁾. Es kam in freisinnigen Kreisen aber sofort zum Widerstand gegen den nationalliberalen Kandidaten für Dortmund, der „nicht mit einem, sondern mit beiden Beinen im konservativen Lager“ stünde³⁾. Da aber dieser nationalliberale Anwärter — angeblich aus Gesundheitsrücksichten — zurücktrat, blieb das Abkommen erhalten, zumal der neue Kandidat, Professor Leidig aus Berlin, für die Fortschrittler schon deshalb annehmbar war, weil unter seinem Einfluß das Wahlabkommen für die Mark Brandenburg zustande gekommen war. Hagen/Schwelm und Hamm/Soest wurden in das Abkommen überhaupt nicht einbezogen. In Hamm war es ebenfalls der stark konservative Einschlag der Nationalliberalen, der sie von einem Zusammengehen mit den Fortschrittlern abhielt. Die Freisinnigen hatten einen ausgesprochenen Hansabündler als Kompromißkandidaten vorgeschlagen, der zu ihrem Erstaunen aber abgelehnt wurde — vermutlich wegen nicht erkennbarer Einflüsse des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, der zu dieser Zeit (Februar 1911) schon vom Hansabund abzurücken begann. Die Freisinnigen versuchten nun, die nationalliberale Unterstützung für ihren nächsten Kandidaten, Pastor Traub, zu gewinnen, der Friedrich Naumann und der Berliner „Hilfe“ nahestand. Man vermutete auf fortschrittlicher Seite, daß die Nationalliberalen des Kreises mit den Konservativen in Verhandlungen über eine wahltaktische Verständigung eingetreten wären, die man nun möglichst zu vereiteln suchte. Zumindest erhoffte man sich von neuen fortschrittlich-nationalliberalen Gesprächen eine Klärung der Fronten, indem man die Nationalliberalen zu einer offiziellen Bestätigung eines Bündnisses mit den Konservativen zwingen wollte⁴⁾. Aber auch hier verliefen die weiteren Verhandlungen resultatlos.

In Hessen konnte ebenfalls nur für einen kleineren Teil des Großherzogtums ein Wahlabkommen geschlossen werden. Kurz vor der entscheidenden Sitzung des Landesausschusses in Darmstadt, Januar 1911, auf der die Wahlpolitik festgelegt werden sollte, hatte die bündlerische „Wormser Ecke“ in ihrem Hauptblatt, der „Wormser Zeitung“, noch einmal nachdrücklichst gewarnt: „Wir Wormser werden uns jedenfalls nicht fangen lassen. Sollte in Darmstadt wirklich,

¹⁾ KZ, Nr. 600, 29. Mai 1911.

²⁾ NB, 23. Jg., Nr. 50, 10. Dezember 1911.

³⁾ Dortmunder Tageblatt, zit. nach MdwZ, Nr. 14, 1. Dezember 1911.

⁴⁾ NL Traub 6.

was wir nicht glauben, eine Mehrheit sich fangen lassen, so kann uns das wenig stören. In Kassel wurde sogar von Bassermann selbst und von der erdrückenden Mehrheit ausdrücklich die Wahlpolitik den Wahlkreisen freigegeben¹⁾.“ Die Resolution der Darmstädter Versammlung konnte daher diesem Hinweis nur entsprechen. Den Wahlkreisen wurde die einzuschlagende Taktik freigegeben. Man billigte zwar die vom geschäftsführenden Ausschuß im Oktober des vergangenen Jahres eingeleiteten Verhandlungen mit der Fortschrittlichen Volkspartei, machte sie aber mit der von etwa 200 gegen 15 Stimmen angenommenen Resolution sofort wieder unmöglich, da es in ihr hieß: „Der Landesausschuß würde es mit Freuden begrüßen, wenn bei der bevorstehenden Reichstagswahl über ganz Hessen eine Einigung der *bürgerlichen* Parteien in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie als gemeinsame Gegnerin ermöglicht werden könnte, und fordert die Wahlkreisorganisationen auf, in diesem Sinne die Verhandlungen zu führen²⁾.“ Sie mußten sich bewußt sein, daß unter solchen Bedingungen der Fortschritt auf keine Verhandlungen eingehen konnte. Auch letzte Einigungsverhandlungen, die auf Betreiben des Hansabundes stattfanden, waren letztlich durch die breite Kluft zwischen der „Wormser Ecke“ und der Fortschrittlichen Volkspartei zum Scheitern verurteilt³⁾.

In der Pfalz drohte die Einigung an der Kandidatenfrage in dem von der Fortschrittlichen Volkspartei beanspruchten Wahlkreis Kaiserslautern zu scheitern⁴⁾, wurde dann aber in letzter Minute doch durch das Einlenken der Nationalliberalen zum glücklichen Ausgang geführt, da sie des freisinnigen Beistandes in den von ihnen beanspruchten fünf anderen Kreisen dringend bedurften⁵⁾.

In Norddeutschland kam es sowohl in Schleswig-Holstein wie auch in Oldenburg/Ostfriesland zu keiner Einigung der beiden liberalen Parteien. In beiden Teilen war dieser Ausgang hauptsächlich der Unbeugsamkeit der nationalliberalen Lokalorganisationen zuzuschreiben. Für die Unterstützung des nationalliberalen Kandidaten im 2. hannoverschen Kreis sollte im benachbarten Oldenburg der Fortschritt in zwei Kreisen unterstützt werden. Auch das dringende schriftliche Ersuchen, das der geschäftsführende Ausschuß in Berlin an die oldenburgischen Vertreter im Zentralvorstand richtete, „im Interesse der Durchführung des Wahlabkommens auf eigene nationalliberale Kandidaturen in den oldenburgischen Wahlkreisen I und II zu verzichten⁶⁾“, wurde durch eine Resolution der lokalen Vertreter abgelehnt, in der man erklärte, daß man „unter ausdrücklicher Wahrung des eigenen Bestimmungsrechts . . . an der Kandidatur festhält⁷⁾“.

¹⁾ Zit. nach JB, Nr. 2, 14. Januar 1911.

²⁾ JB Nr. 2, 14. Januar 1911. — NB, 23. Jg., Nr. 3, 15. Januar 1911.

³⁾ KZ, Nr. 1357, 10. Dezember 1911.

⁴⁾ JB, Nr. 22, 39, 41 vom 3. Juni, 30. September, 14. Oktober 1911.

⁵⁾ NB, 23. Jg., Nr. 47, 19. November 1911.

⁶⁾ KZ, Nr. 579, 23. Mai 1911.

⁷⁾ KZ, Nr. 612, 31. Mai 1911.

Insgesamt hatten die liberalen Parteien schließlich für Ostpreußen, Brandenburg, Schlesien, Pommern, Hannover, Provinz Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Königreich Sachsen, Thüringen und Elsaß-Lothringen Abkommen auf Provinzial- und Länderebene geschlossen, wenn sie auch nicht ohne Lücken blieben, weil einzelne Kreise ausgeklammert worden waren oder sich nicht anschlossen. In sämtlichen Kreisen durchgeführt war das Abkommen nur in den drei süddeutschen Staaten Baden, Württemberg und Bayern. Gescheitert waren die Einigungsverhandlungen in der Rheinprovinz, in Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein und den Großherzögümern Oldenburg und Hessen.

In 66 Wahlkreisen standen sich Nationalliberale und Fortschrittler gegenüber¹⁾, von ihren insgesamt 441 Kandidaturen hatten also 132 einen Kandidaten der anderen großen liberalen Partei zum Gegner. Die Nationalliberalen zählten unter dem Gewinn von 1 662 670 Stimmen 471 535 Stimmen, die trotz eines fortschrittlichen Gegenkandidaten auf ihre Partei abgegeben wurden. Bei der Fortschrittlichen Volkspartei verhielten sich diese Zahlen wie 1 497 041 zu 236 720. Bei den vielfachen Überschneidungen der Interessen und der Ansprüche beider Parteien war trotz alledem noch ein Erfolg zu verzeichnen, der dem der Einigung der schwarzblauen Parteien nur unerheblich nachstand

3. Zwischen den Blöcken

Verständigung zwischen rechts und links in einzelnen Gebieten

Versuche, zu einer Übereinkunft in einzelnen Wahlkreisen mit dem Gegner zu gelangen, wurden häufig unternommen und gingen zumeist von den schwarzblauen Parteien aus. Es ist kaum festzustellen, wie weit es sich hierbei um echte Verständigungsbereitschaft und wie weit es sich um wahltaktische Maßnahmen zur Durchbrechung der gegnerischen Front handelte. Zumeist werden beide Gesichtspunkte zusammengewirkt haben, und besonders die Sorge um die Zusammensetzung des künftigen Reichstages ließ es geraten erscheinen, dem rechtsgerichteten Nationalliberalen gegenüber einem Fortschrittler oder gar Sozialdemokraten die Stimmen schon in der Hauptwahl zukommen zu lassen. Daher erhielten die nationalliberalen Kandidaten von Bingen, Hagen, Aschersleben Zentrumshilfe, die von Dessau, Friedberg und Stuttgart die der Konservativen oder des Bundes der Landwirte²⁾. Ein Bündnis zwischen Zentrum und Nationalliberalen in der Rheinprovinz und Westfalen gegen die Sozialdemokratie,

¹⁾ Blaustein, Parteien, S. 356, kommt unter Einschluß des DBB und der DVG auf 90 Wahlkreise, in denen mehr als ein liberaler Kandidat aufgestellt war.

²⁾ DTZ, Nr. 3 u. 4 vom 3. u. 4. Januar 1912. — Voß, Nr. 19 u. 52 vom 11. u. 19. Januar 1912. — KZ, Nr. 1403, 21. Dezember 1911.

das hauptsächlich im Ruhrgebiet wirksam werden konnte, wurde von den Sozialdemokraten allgemein befürchtet¹⁾).

In Baden war das neben- und miteinanderlaufende Bestreben von Zentrum und Konservativen auf die Zersprengung des Großblocks gerichtet. Es war zunächst die zahlenmäßig wenig bedeutende konservative Partei, die den ersten Vorstoß auf den Großblock dadurch unternahm, daß sie die Nationalliberalen in einem Schreiben vom 5. November 1910 für ein „Zusammengehen der bürgerlichen Parteien“ zu interessieren suchte. Die nationalliberale Landesleitung fragte zunächst vorsichtig zurück, ob die konservative Partei an die Einbeziehung auch der Zentrumspartei in die Sammelpolitik gedacht habe und ob auch an die Fortschrittliche Volkspartei im selben Sinne herangetreten worden sei. Die Konservativen antworteten hierauf, „daß die gleiche Anregung an die Zentrumspartei ergangen sei, man werde, *sofern die großen Parteien des Landes zustimmten*, auch an die Fortschrittliche Volkspartei herantreten²⁾“. Die Absicht der Rechtsparteien, daß man nur auf einen Bruch des Großblocks hinzielte, wurde damit deutlich: Erst wenn neben dem Zentrum auch die Nationalliberalen sich für ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien ausgesprochen und damit vor der Sozialdemokratie kompromittiert haben würden, sollte über eine Beteiligung des Fortschritts bestimmt werden. Zudem war, wie die Konservativen genau wußten, die Frontstellung beider liberaler Parteien gegen das Zentrum derart festgelegt, daß das Antwortschreiben der Nationalliberalen nur lauten konnte: „Euer Durchlaucht beehre ich mich . . . im Auftrag des engeren Ausschusses der nationalliberalen Partei Badens zu erwidern, daß von der nationalliberalen Partei Badens bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die sozialdemokratische Partei bekämpft wird, *aber auch das Zentrum*, und daß wir daher nicht in der Lage sind, ein Zusammengehen von Parteien mitzumachen, woran das Zentrum beteiligt ist³⁾.“

Wie der erste Vorstoß wurden auch die folgenden Versuche der schwarzblauen Parteien nicht zum mindesten von den Hoffnungen getragen, durch betonte Kampfrichtung gegen die Sozialdemokratie einen Keil zwischen den rechten Flügel und das Parteiganze der Nationalliberalen zu treiben. Das war auch der Gedanke, der zu einer Kandidatur der Reichspartei in Karlsruhe führte, wo bereits ein Fortschrittler als aussichtsreicher bürgerlicher Kandidat der Sozialdemokratie gegenüberstand. Das Zentrum, das offiziell an der Aufstellung dieses konservativen Kandidaten nicht beteiligt war, erklärte, die Reichspartei — die aus eigener Kraft auf höchstens 2500 Stimmen (6—7 Prozent) rechnen konnte — schon im ersten Wahlgang unterstützen zu wollen, in der geheimen Hoffnung, mit den etwa 10000 Stimmen der Zentrumswähler den Kandidaten der Reichspartei wenigstens in die Stichwahl gelangen zu sehen. Der in taktischen Manövern

¹⁾ KZ, Nr. 1237, 11. November 1911.

²⁾ Schmidt, Großblock, S. 1.

³⁾ Ebd., S. 1 f.

äußerst gewandte Einpeitscher der badischen Zentrumsparlei, Pfarrer Wacker, verfolgte damit zwei Ziele: stand der konservative Kandidat statt des Fortschrittlers gegen den Sozialdemokraten in der Stichwahl und gaben die Nationalliberalen getreu dem Großblock die Parole für die Arbeiterparlei aus, war mit dem Auszug des rechten nationalliberalen Flügels aus der Partei zu rechnen. Wagte die Parteileitung aber aus diesem Grunde nicht, für die Sozialdemokratie einzutreten, empfahl sie ihren Wählern Stimmenthaltung, dann war eine scharfe Reaktion des sozialdemokratischen Großblockpartners unausbleiblich. Die Nationalliberalen würden so auf jeden Fall ausmanövriert werden. Aber auch über die Sozialdemokratie glaubte Wacker einen Schlag gegen den badischen Großblock führen zu können. Gelangte der sozialdemokratische Kandidat Geck, der nicht zu den revisionistischen Wortführern der badischen Sozialdemokratie gehörte und ein scharfer Gegner des Großblockgedankens war, durch die Lahmsetzung der Nationalliberalen zum Sieg, so würde automatisch seine Position in der Leitung der badischen Sozialdemokratie gestärkt werden. Der Großblock würde auch dadurch an inneren Spannungen gewinnen. Ganz ähnlich und noch wesentlich direkter ging Wacker in Pforzheim vor, wo dem rechtsstehenden nationalliberalen Kandidaten in der Hauptwahl die Zentrumsstimmen zufließen sollten und damit seine Wahl gesichert schien. Auch hier blieb seine Absicht, durch den bei den Sozialdemokraten geweckten Verdacht eines nationalliberal-zentrumsparleilichen Abkommens Mißtrauen zu säen, nicht ganz erfolglos. So schrieb die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Mannheim auch umgehend: „... was sollte es in Zukunft für uns noch einen Sinn haben, den Liberalismus dem Zentrum vorzuziehen, wenn dieser selbe Liberalismus sich vor den Wagen der Wackerschen Taktik spannen läßt, deren heißes Streben es ist, eben die taktische Koalition zu durchbrechen, die sich die Zurückdämmung der drohenden Reaktion zur einzigen Aufgabe gemacht hat. Wir glauben uns mit der Auffassung der großen Masse der sozialdemokratischen Wähler ... in völliger Übereinstimmung zu befinden, wenn wir hier ebenso ruhig wie bestimmt erklären, daß bei den bevorstehenden Reichstagsstichwahlen keine einzige sozialdemokratische Stimme einem nationalliberalen Kandidaten zugeführt wird, wenn die Leitung der badischen nationalliberalen Partei es duldet, daß Leute in dieser mit Kandidaturen betraut werden, die sich offen als Gegner des Großblocks bekennen¹⁾.“ Trotzdem war es letztlich den schwarzblauen Parteien nicht möglich, die Front der gegen sie stehenden Linksparteien an der schwächsten Stelle aufzureißen.

¹⁾ Für die badische Wahlpolitik: Germania, Nr. 269, 22. November 1911, 2. Blatt und Nr. 1, 3. Januar 1912, 1. Beilage zum 2. Blatt. — KVZ, Nr. 303, 8. April 1911 und Nr. 720, 23. August 1911. — NB, 23. Jg., 1911, S. 207 f. — KZ, Nr. 1393, 19. Dezember 1911.

Die Deutschhannoveraner

In der Provinz Hannover schien sich unter dem Eindruck der letzten Jahre eine Neuorientierung der Welfenpartei anzubahnen, die noch immer — wie vor 45 Jahren — die Wiederaufrichtung des Königreichs Hannover in ihrem Programm forderte. Noch 1903 hatten die Deutschhannoveraner, die bei den Wahlen regelmäßig die Hilfe des Zentrums erhielten und der Fraktion dieser Partei zumeist als Hospitanten beitraten, bei 94252 Wählerstimmen, die sie auf sich vereinigten, 6 Mandate erringen können. War auch das schon weniger als jemals seit 1887, so schienen die Wahlen von 1907 zu beweisen, daß der Partikularismus dieser Partei im politischen Leben des Deutschen Reiches keinen Platz mehr finden konnte. Die allgemeine nationale Begeisterung dieser Wahlen und die Verbindung der Welfen mit dem Zentrum drückte die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen auf 78196 herunter. Nur für einen Wahlkreis konnten sie noch den Abgeordneten stellen. Daß dieser Tiefstand nur durch die außergewöhnliche Situation der Bülowblockwahlen hervorgerufen worden war, durfte angenommen werden, und in zwei der drei hannoverschen Ersatzwahlen dieser Legislaturperiode verzeichneten die Welfen denn auch beachtliche Fortschritte (Stade und Syke/Hoya), im dritten Kreis hatte der Rückgang rein örtliche Ursachen. In dieser Hinsicht hätten die Welfen mit einem gesunden Optimismus den nächsten Wahlen entgegensehen können, wenn nicht eine wachsende Entfremdung von dem großen Bundesgenossen, der Zentrumspartei, die Situation der Welfen verschärft hätte. Borromäus-Enzyklika und Antimodernisteneid, mehr aber noch die Politik der Berlin-Trierer Gruppe des Zentrums um Roeren und Bitter schufen eine wachsende Verärgerung in der protestantischen Wählerschaft der Welfen, der die Partei wohl oder übel nachgeben mußte, wenn sie nicht die Grundlagen ihrer Macht verlieren wollte. Die Deutschhannoveraner suchten daher, die Bindungen an das Zentrum zu lösen, zum großen Bedauern des Kölner Zentrumsflügels, der auf die Zugehörigkeit der protestantischen Welfen — wenigstens als Hospitanten — zur Reichstagsfraktion größten Wert legte¹⁾. Der eine 1907 gewählte Welfe hielt zwar dem Zentrum die Treue, gerade er aber sollte 1912 nicht wiedergewählt werden. Von den 1912 siegreichen fünf Abgeordneten trat jedoch keiner mehr der Zentrumsfraktion bei²⁾. Diese Entfremdung brachte aber für die Welfen das Problem, nach welchen Gesichtspunkten ihre Taktik gegenüber den großen Frontbildungen dieses Wahlkampfes eingerichtet werden müsse. Das Zentrum unterstützte zwar die Welfen auch weiterhin in den meisten Kreisen³⁾, dennoch scheint es erstmals in der Geschichte der kleinen Partei zu einer Annäherung an den Konservatismus ostelbischer Prägung gekommen zu sein: Im Wahlkreis Einbeck/Northeim dürfte

¹⁾ KVZ, Nr. 364, 29. April 1911. — Bachem, Zentrumspartei, Bd. VII, S. 383.

²⁾ Ebd., S. 382.

³⁾ Kreuzzeitung, Nr. 17, 11. Januar 1912.

anfänglich an eine gemeinsame Kandidatur der Welfen und des Bundes der Landwirte gedacht worden sein, eine Verbindung, die wegen der sensationellen Beachtung, die sie besonders bei den Gegnern fand, von den Beteiligten schnell dementiert wurde¹⁾. Mochte dieses Zusammengehen von Welfen und Agrariern auch eine Falschmeldung der liberalen Gegner sein, so war es immerhin für die leise Rechtswendung der Welfen bezeichnend, daß ihre fünf Abgeordneten im neuen Reichstag später der sogenannten „Deutschen Fraktion“ beitraten, in der sich die allein nicht mehr fraktionsfähigen Parteien und Splittergruppen zusammenfanden, und dort in schöner, wenn auch bis dahin ungewohnter Eintracht neben den Vertretern der Reichspartei ihre Sitze einnahmen.

Parteiग्रuppierungen in der Ostmark²⁾

In den Provinzen Posen und Westpreußen standen die Wahlen seit langem ganz im Zeichen der deutschen „Ostmarkenpolitik“, die es sich zur Aufgabe gesetzt hatte, den deutschen Einfluß auf Kosten des polnischen auszudehnen. Auf beiden Seiten, der deutschen wie der polnischen, kam es daher in der Regel zum Zusammenschluß aller Bevölkerungsteile auf Kompromißkandidaten, die auf die Vertretung der Interessen ihrer Nationen im Reichstag verpflichtet wurden. Daß es sich hierbei um rein taktische Zweckbündnisse handelte, zeigte sich in den Provinzen dort, wo der deutsche oder der polnische Bevölkerungsteil die unanfechtbare Mehrheit besaß. In diesen Kreisen, von denen es naturgemäß mehr polnische als deutsche gab, standen sich die einzelnen Parteien sofort wieder nach allgemeinen politischen Gesichtspunkten gegenüber, die sich im deutschen Falle nach der Situation im Reiche selbst orientierten.

Von den 15 Kreisen der *Provinz Posen* waren zehn in festem polnischem Besitz, während für die Deutschen allenfalls fünf Kreise erreichbar waren, von denen sie aber im Höchstfalle meist nur vier gewannen. Allein im Bromberger Wahlkreis Czarnikau/Filehne konnten die deutschen Parteien gegeneinander kandidieren, ohne dadurch befürchten zu müssen, daß der Wahlkreis den Polen zufallen würde.

Das Deutschtum der Provinz sammelte sich in den sogenannten „Deutschen Wahlvereinen“ (auch: „Reichstreue Vereine“, „Vaterländische Vereine“ oder ähnlich), die die Wahlanglegenheiten für den Landtag und den Reichstag zu erledigen hatten. Sie bestanden größtenteils aus der Zeit der Bismarckschen Kartellpolitik und umfaßten die Anhänger der damaligen Kartellparteien. In den größeren Städten gab es einige freisinnige Vereine. Seit der Kartellzeit hatten jedoch die Konservativen beider Richtungen daneben sich eine eigene, umfassende Organisation aufgebaut, die im Zentralverein der vereinigten Konserva-

¹⁾ HC, Nr. 29669, 9. Januar 1912. — NB, 23. Jg., Nr. 35, 27. August 1911.

²⁾ Die Angaben des Abschnittes über die Posener Parteiverhältnisse beruhen zum größten Teil auf einer Presseartikelsammlung, die sich in den Akten des Bromberger Regierungspräsidiums befindet (HAB 30 I/607 und 30 I/609).

tiven der Provinz Posen ihre Spitze fand¹⁾). Zusammen mit dem Vordringen des Bundes der Landwirte gingen die Konservativen in der Folge bald daran, die Deutschen Wahlvereine völlig zu unterwandern und nach ihren politischen Gesichtspunkten auszurichten. So konnte ein liberaler Vertrauensmann 1911 klagen, daß im Kreise Kolmar die einzige Wahlorganisation zwar der Deutsche Wahlverein sei, „aber keiner weiß, was das für ein Verein ist. Ich selbst als Vertrauensmann dieses Vereins habe das Gefühl, daß das Gefüge ein sehr lockeres ist, man weiß nicht, welche Kreise er umspannt. Eins jedoch ist klar: Die Vertrauensmännervertretung ist absolut konservativ²⁾.“ Daß das agrarische Element dem Einfluß des Bundes der Landwirte entsprach, war nur natürlich. So waren unter 22 Mitgliedern des Hauptvorstandes des Deutschen Vereins im Wahlkreis Kolmar/Czarnikau/Filehne acht Landwirte und sechs Herren, die vermutlich landwirtschaftliche oder der Landwirtschaft nahestehende Berufe ausübten, zusammen also 14. Von den 21 Mitgliedern des Kreisvorstandes lauteten diese Zahlen neun und drei³⁾).

Wie weit die Bindung der Deutschen Wahlvereine an die konservative Politik ging, zeigt nichts anderes deutlicher als die völlige personelle Verschmelzung des Vorstands des konservativen Zentralvereins der Provinz mit dem Vorstand des Posener Deutschen Wahlvereins⁴⁾.

Auf diese Weise war es ihnen möglich, die Nationalliberalen, die Anfang der siebziger Jahre von den damals sechs deutsch vertretenen Reichstagsmandaten drei besaßen, vollständig aus ihrem Besitz zu verdrängen. An Landtagsmandaten verblieb ihnen nur ein einziges. Dieser Erfolg der Konservativen wurde dadurch erleichtert, daß die gemäßigten Liberalen — vermutlich in Verkennung des sich wandelnden Charakters der Deutschen Wahlvereine — verabsäumten, ebenfalls eine eigene Organisation aufzubauen und dadurch fast jeden Kontakt mit der Provinz verloren.

Als in Reaktion auf die sich verschärfenden Maßnahmen der deutschen Ostmarkenpolitik die Polen ebenfalls zu Verteidigungsmaßnahmen gezwungen wurden, kam es etwa seit der Jahrhundertwende angesichts des wachsenden Widerstands zu einem förmlichen Wahlvertrag zwischen den Konservativen und den Freisinnigen, die hier die liberale Opposition nach dem Ausfall der Nationalliberalen stellten. Nach diesem Abkommen, das von Wahl zu Wahl elf Jahre hindurch erneuert wurde, stellten die Konservativen die Kandidaten für die vier annähernd sicheren Reichstags- und für 13 Landtagswahlkreise, die Freisinnigen für sechs Landtagswahlkreise. Das letzte Landtagsmandat, Hohensalza, blieb den Nationalliberalen, die jedoch nicht in den Vertrag einbezogen wurden.

¹⁾ Posener Zeitung, Nr. 213, 10. September 1911.

²⁾ Schneidemühler Tageblatt, Nr. 272, 18. November 1911.

³⁾ Land- und Stadt-Bote, Nr. 20, 16. Februar 1911.

⁴⁾ Posener Zeitung, Nr. 213, 10. September 1911.

Diese Regelung blieb bestehen, bis mit dem Bruch des Bülowblocks und dem konservativen Angriff auf westelbisch-nationalliberale Gebiete die Nationalliberalen ihrerseits mit Hilfe des Deutschen Bauernbundes nach Osten vorstießen. Seit 1909 wurden überall in der Provinz Posen durch die Gründung von nationalliberalen Vereinen die Fundamente einer Organisation gelegt, die nicht nur von den Konservativen, sondern auch vom Freisinn mit Argwohn betrachtet wurden. Und als die Nationalliberalen bei den Ersatzwahlen im einzigen, den Deutschen völlig sicheren und umkämpften Kreis der Provinz, Kolmar/Czarnikau, 1908 erstmals wieder mit einer Kandidatur auftraten, zeigte sich, daß sie — auf Kosten des Freisinns — durchaus noch Anhänger gewinnen konnten. Angesichts der nächsten allgemeinen Wahlen entstand nun die Frage, in welcher Weise der Vormarsch der Nationalliberalen in den Osten mit der Frontstellung aller Deutschen gegen die Polen in Einklang zu bringen sein würde. Als im Herbst 1910 — wie überall im Reich — die Kandidatenfrage zwischen den Parteien erörtert wurde, meldeten auch die Nationalliberalen ihre Wünsche deutlich an. Sie wären bisher übergangen worden. Jetzt, nach Aufbau ihrer Organisation, wünschten aber auch sie die Beteiligung am allgemeinen Wahlabkommen der Deutschen. „Ist den Konservativen . . . daran gelegen, die deutsche Phalanx bei den nächsten Wahlen nicht zu durchbrechen, so werden sie an dieser Forderung der Nationalliberalen nicht vorbeigehen können. Die Störung der deutschen Einigkeit fällt, wenn sie sich dem nationalliberalen Anspruch verschließen, auf ihre Kappe.“ Eine Vereinbarung auf der bisherigen Grundlage würde für keine der beiden kontrahierenden Parteien von Nutzen sein. „Die Folge wäre nämlich, daß die Nationalliberalen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen auf der ganzen Linie den Kampf eröffnen.“ Besonders der Fortschritt würde dadurch erhebliche Einbußen erleiden¹⁾).

Diese, für eine nationale Partei ungewohnte Ankündigung, durch Gegenkandidaturen die deutschen Positionen zu gefährden, darf wohl hauptsächlich als taktische Maßnahme angesehen werden, als Druckmittel, das auf den bevorstehenden Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei der Provinz im Sinne der Nationalliberalen wirken sollte. In der Tat zögerte daraufhin die freisinnige Versammlung, ohne weiteres die Verlängerung des bisherigen Kompromisses für die nächsten Wahlen zu beschließen. Am 19. November einigte sich der Tag, einem zu wählenden Provinzialausschuß von 15 Mitgliedern und Abgeordneten der Partei die weiteren Verhandlungen zu übertragen. Inzwischen sollten die einzelnen Wahlkreise keinesfalls selbständige Kompromisse eingehen²⁾). Im freisinnigen Lager gab man sich über die Mißlichkeit der eigenen Position keinen Illusionen hin. Einerseits wollte man den bisherigen Besitz von sechs Landtagsmandaten nicht mit einem dritten Partner teilen und war daher der Aufnahme der Nationalliberalen durchaus abgeneigt. Andererseits erkannte man klar die

¹⁾ Ostdeutsche Presse, 15. November 1910.

²⁾ Ebd., 19. November 1910.

Folgen, die eine allgemeine Aufstellung nationalliberaler Gegenkandidaten haben würde. Nach der gescheiterten Reichsfinanzreform würden die Nationalliberalen auch in der Ostmark in der Lage sein, unter dem Banner des Liberalismus gegen den mit dem schwarzblauen Block verbündeten Fortschritt große Teile der freisinnigen Anhänger in ihre Partei hinüberzuziehen und damit die fortschrittlichen Organisationen an den Rand der Auflösung zu bringen. Die Fortschrittliche Volkspartei stand vor der Alternative, entweder einige Landtagsmandate oder wesentliche Teile ihrer Organisation einzubüßen, und sie entschied sich für das erstere.

Die Konservativen glaubten dagegen nicht, sich auf Zugeständnisse an die Nationalliberalen einlassen zu müssen, sie wiesen darauf hin, daß im benachbarten Westpreußen die Nationalliberalen auf die Unterstützung der anderen deutschen Parteien angewiesen wären: „Zwei westpreußische Wahlkreise, Graudenz/Strasburg und Thorn/Kulm, sind im gegenwärtigen Reichstag durch nationalliberale Abgeordnete vertreten, die als gemeinsame Kandidaten von allen Deutschen gegenüber den Polen gewählt worden sind. Beide Kreise sind auf das höchste gefährdet, wenn die Deutschen nicht zusammengehen . . . An sich würde man auch den Konservativen ein gesondertes Vorgehen in diesen beiden Kreisen nicht verdenken können . . . Trotz aller Vorkommnisse und des sichtlich bestehenden ‚bösen Beispiels‘ der Nationalliberalen aber haben die Konservativen in beiden Wahlkreisen beschlossen, auch bei den nächsten Reichstagswahlen die bisherigen Abgeordneten wiederum zu unterstützen¹⁾.“

Dennoch zeigten sich auch die Konservativen angesichts des Drängens der Freisinnigen und der politischen Lage, die ein Zusammengehen aller deutschen Kräfte erforderte, mit gemeinsamen Beratungen aller drei Parteien einverstanden. Am 11. März 1911 kam es zu einer Versammlung der nationalliberalen, fortschrittlichen und konservativen Delegierten, um einen Modus für ein Wahlkompromiß zu suchen²⁾.

Es gelang den Nationalliberalen aber nicht, die Konservativen zu einem Einwilligen in ihre Forderungen zu bewegen, die auf Überlassung zweier Landtagsmandate zu dem Hohensalzaer hinausliefen. Außerdem verlangten sie, daß der Kandidat des augenblicklich polnisch vertretenen Reichstagswahlkreises Wirsitz/Schubin von den Nationalliberalen gestellt werden sollte. Dieser Kreis war bis 1898 häufig in deutschem Besitz und seine Wiedergewinnung war durch die in den letzten Jahren planmäßig betriebene Ansiedlungspolitik in den Bereich des Möglichen gerückt. Sollte der Kreis polnisch bleiben, verlangten die Nationalliberalen ein weiteres, also das vierte Landtagsmandat, eine Forderung, die sie später zurückzogen und die wohl nur als Verhandlungsobjekt gedacht war³⁾. Die konservative Presse lehnte diese Bedingungen mit aller Schärfe ab. Eine Eini-

¹⁾ Bromberger Tageblatt, Nr. 3, 4. Januar 1911.

²⁾ Ostdeutsche Presse, 28. Februar 1911. — Bromberger Tageblatt, Nr. 51, 1. März 1911.

³⁾ Posener Tageblatt, Nr. 137, 22. März 1911. — Schneidemühler Zeitung, 21. März 1911.

gung auf dieser Basis wäre unmöglich. Und die „Kreuzzeitung“ kündigte an: „Die Folge wird sein, daß die rechtsstehenden Parteien den Kampf auf der ganzen Linie gegen die *Liberalen* aufnehmen, in allen Wahlkreisen des Ostens, insbesondere auch Westpreußens, eigene Kandidaten aufstellen und auch das deutsche Kompromiß bei den kommenden Reichstagswahlen nicht mehr erneuern¹⁾.“ Interessant an diesen Worten ist, daß das Berliner Blatt die Posener Auseinandersetzungen hier ganz aus dem Gesichtswinkel der allgemeinen Reichspolitik sah. Für die Berliner Konservativen war der Kampf gegen das Polentum gegenüber dem Angriff der Liberalen in Ostelbien zweitrangig geworden. Wichtigste Aufgabe der konservativen Parteien war im Augenblick, um jeden Preis das Festsetzen des Liberalismus in den Ostprovinzen zu verhindern, mußte dadurch auch vorübergehend der eine oder andere Kreis an die Polen abgetreten werden. So ist es nicht zufällig, wenn die „Kreuzzeitung“ allgemein vom Vorgehen gegen die „Liberalen“ spricht, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Posener Freisinnigen noch durchaus auf der Seite der Konservativen standen.

Das konservative „Posener Tageblatt“ glaubte noch jetzt nach dem einstweiligen Abbruch der Verhandlungen versichern zu können, daß der „Weiterbestand des bisherigen Kompromisses zwischen den vereinigten Konservativen und den Freisinnigen . . . in jedem Falle gesichert“ wäre²⁾. Und anderswo hieß es, daß es den Freisinnigen „gar nicht eingefallen“ wäre, „das Verlangen der Nationalliberalen zu unterstützen, geschweige denn selbst irgendwelche Ansprüche zu erheben . . . Für die nächsten Wahlen wird sich also allem Anschein nach eine höchst drollige Parteikonstellation ergeben: Freisinnige und Konservative gegen Nationalliberale und Polen³⁾!“

Der Fortschritt war aber gegenüber der allgemeinen politischen Situation schon jetzt nicht mehr frei in seinen Entscheidungen, und in den nächsten Wochen vollzog sich auch in Posen die im Reich allgemeine Konstellation: Die beiden liberalen Parteien schlossen einen Wahlvertrag, der vorsah, in jedem Wahlkreis einen liberalen Kandidaten aufzustellen⁴⁾. Das jetzt klar gesteckte Ziel der vereinigten Liberalen ging von nun an darauf aus, in erster Linie den Konservatismus zu schwächen. Es kam ihnen weniger darauf an, „ob ein Nationalliberaler oder ein Freisinniger mehr gewählt werde“. Deshalb fanden sich die Fortschrittler zu einem weiteren Zugeständnis bereit: Falls die Konservativen ein Landtagsmandat an die Nationalliberalen abtreten würden, würden sie das andere verlangte stellen⁵⁾. Die neuformulierten Forderungen an die Konservativen beschränkten sich also nur mehr auf ein Landtagsmandat und auf das — noch zu erobernde — Reichstagsmandat von Wirszitz/Schubin. In

¹⁾ Kreuzzeitung, 17. März 1911.

²⁾ Posener Tageblatt, 18. März 1911.

³⁾ Volkswacht, Nr. 73, 26. März 1911.

⁴⁾ Posener Neueste Nachrichten, Nr. 3790, 10. November 1911.

⁵⁾ Ebd.

einer Sitzung des Provinzialvorstandes der vereinigten Konservativen am 30. Mai 1911 in Posen standen sich die Wortführer zweier Gruppen gegenüber. Gegen den Widerspruch des Bundes der Landwirte, der auf keinen Fall ein Festsetzen des mit den Nationalliberalen alliierten Deutschen Bauernbundes in der Provinz dulden zu können glaubte, setzten sich die gemäßigten Vertreter des Konservatismus durch, und die liberalen Forderungen wurden mit großer Mehrheit angenommen. Einzig über den Landtagswahlkreis, der den Nationalliberalen überlassen werden sollte, hatten noch parteiinterne Besprechungen stattzufinden¹⁾. Hinsichtlich der Persönlichkeit des von den Nationalliberalen aufzustellenden Kandidaten von Wirsitz behielten sich die Konservativen allerdings vor, daß der Kandidat der Landwirtschaft hinreichend nahestehen und hinreichende konservative Garantien bieten müßte. Eine Vertrauensmännerversammlung des Kreises tagte daher ergebnislos, da die nationalliberalen Vertreter noch keinen Kandidaten namhaft machen konnten²⁾.

Inzwischen hatte aber unter den Konservativen der Bund der Landwirte seine Kräfte mobilisiert und wieder Oberhand gewonnen. Am 15. August wurde beiden liberalen Parteileitungen ein Schreiben übermittelt, in dem der Vorsitzende des konservativen Zentralvereins erneut den Entwurf eines Wahlabkommens darlegte, das von den bisherigen Ergebnissen völlig abwich. Danach sollte nun auch der nationalliberale Kandidat des seit langer Zeit in liberalen Händen befindlichen Landtagswahlkreises Hohensalza nicht nur auf dem Boden des Bundes der Landwirte stehen, sondern sich ausdrücklich verpflichten, an den Grundlagen des preußischen Wahlrechts festzuhalten und nicht dem Hansabunde beizutreten. Von der Abtretung eines konservativen Landtagsmandates war nun keine Rede mehr. Schließlich sollte das Abkommen von der Zustimmung der Provinzialvertreter der Konservativen abhängig gemacht werden, die einberufen werden sollten, wenn die nationalliberalen Kandidaten benannt sein würden³⁾. Da diese Forderungen für die beiden liberalen Parteien unannehmbar waren, versuchten sie, die Gespräche noch einmal auf die ursprüngliche Basis zurückzulenken. Allerdings setzten sie nun angesichts der herannahenden Wahlen für die Antwort der Konservativen eine Frist bis zum 7. September, da man auf liberaler Seite den Verdacht hegte, daß die Konservativen durch das Hinauszögern der Verhandlungen das Aufstellen liberaler Kandidaten bis zum letzten Augenblick verhindern wollten⁴⁾.

Wie sehr der „Zentralverein“ inzwischen unter den Einfluß des Bundes der Landwirte geraten war, schienen die nächsten Ereignisse zu zeigen. Unter dem Eindruck der Unbeugsamkeit der Liberalen legte der Vorsitzende des Zentralvereins, der anscheinend mit seinen letzten Vorschlägen noch eine vermittelnde

¹⁾ KZ, 28. August 1911.

²⁾ HAB 30 I/607; Landratsbericht, 12. Juli 1911.

³⁾ KZ, 28. August 1911. — Ostdeutsche Presse, Nr. 204, 31. August 1911.

⁴⁾ Ostdeutsche Presse, Nr. 211, 2. September 1911.

Linie zwischen den extremen Agrariern und der kompromißbereiten übrigen Partei zu verfolgen gesucht hatte, sein Amt nieder¹⁾). Der kurz darauf tagende Engere Ausschuß des Posener Zentralvereins konnte nach der Beseitigung dieses letzten Hindernisses ganz den Wünschen des Bundes der Landwirte entsprechen. Die Vorschläge vom 13. August wurden nun in einzelnen Punkten zum Teil noch mehr zuungunsten der Liberalen verändert. Die Spitze richtete sich jetzt auch gegen den Freisinn. Der Wahlkreis Fraustadt/Lissa, der 1907 durch Unterstützung des Freisinns an die Reichspartei gefallen war und nun durch ein damals geschlossenes örtliches Abkommen für die nächste Legislaturperiode der Fortschrittlichen Volkspartei zugedacht war, sollte nicht mehr, wie vorgesehen, in das allgemeine Abkommen der Provinz aufgenommen werden und damit die offizielle Bestätigung nicht erhalten. Für den Freisinn war es aber von größter Wichtigkeit, daß das lokale Abkommen von Fraustadt/Lissa in den neuen — auch vom Bund der Landwirte unterzeichneten — Vertrag auf der Ebene der Provinz aufgenommen wurde. Das Abkommen war 1908 nämlich nur vom Freisinn und den vereinigten Konservativen unter Übergehung der agrarischen Organisation geschlossen worden²⁾). Wenn nun schon die Aufstellung eines eigenen Kandidaten den Konservativen durch den Vertrag unmöglich war, so konnte doch der Bund der Landwirte als Unbeteiligter die Wahl des Fortschrittlers hintertreiben und zu verhindern suchen. Es kam daher für die Freisinnigen alles darauf an, den Bund auf die Fraustadter Abmachung zu verpflichten.

Allerdings wurden die Forderungen des letzten konservativen Vorschlags, die sich auf die politische Stellung der nationalliberalen Kandidaten bezog, jetzt fallengelassen. Das konservative „Posener Tageblatt“ drohte zugleich, daß den Liberalen die Landtagsmandate, die sie besaßen, verlorengehen würden³⁾). Dennoch war es nun unvermeidlich geworden, daß die vereinigten Liberalen das Scheitern der Verhandlungen feststellten. Trotzdem wurden in aller Stille die Gespräche zwischen dem Freisinn in seiner vermittelnden Stellung und den Konservativen nach kurzer Zeit erneut aufgenommen⁴⁾). Die regierungsoffizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ äußerte ihre Befriedigung über die Wiederaufnahme der Unterhandlungen. „Alle Einzelaussichten hier oder dort, die bei den früheren Kompromißverhandlungen manchmal stärker als erforderlich betont worden sind, schrumpfen eben bedenklich zusammen, sobald die betreffende deutsche Partei sie ganz auf sich allein gestellt wahrnehmen, womöglich im Gegensatz zu einem anderen deutschen Kandidaten zu erringen suchen soll⁵⁾).“

¹⁾ Schneidemühler Zeitung, Nr. 206, 2. September 1911.

²⁾ Posener Tageblatt, Nr. 421, 8. September 1911.

³⁾ Ebd.

⁴⁾ Ostdeutsche Rundschau, Nr. 242, 14. Oktober 1911. — Posener Neueste Nachrichten, Nr. 3790, 10. November 1911.

⁵⁾ NAZ, Nr. 243; zit. nach Posener Tageblatt, Nr. 489, 18. Oktober 1911.

Sie und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ aber, die der Ansicht waren, daß alle deutschen Parteien darauf verzichten sollten, „ostmärkischen Wahlkreisen einseitige Politiker und parteipolitische Draufgänger aufdrängen zu wollen“, mußten sich vom Organ des Bundes der Landwirte, der „Deutschen Tageszeitung“, belehren lassen, daß im Osten die konservativen Wähler die Mehrheit und damit das Recht besäßen, den entsprechenden Kandidaten auszuwählen. „Der Osten hat genau den gleichen Anspruch auf charaktervolle Volksvertreter, die ihre Freunde zu erwärmen und zu begeistern verstehen, wie die anderen Landesteile¹⁾.“ Die Agrarier hielten also auch jetzt noch an ihrem Gesichtspunkt fest, den Anfängen der Organisationsarbeit der Nationalliberalen und des Deutschen Bauernbundes in der Ostmark zu wehren.

Angesichts der knappen Frist bis zu den Wahlen behielt jetzt aber der gemäßigte Flügel der Konservativen die Führung der Verhandlungen in der Hand. Nachdem auch die Liberalen in einigen wesentlichen Punkten nachgegeben hatten, kam folgender Vertrag zustande, der von beiden konservativen Parteien, beiden liberalen Parteien und dem Bund der Landwirte unterzeichnet wurde:

„Die Provinzialvorstände der vereinigten Konservativen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei schließen für die nächsten Reichs- und Landtagswahlen einschließlich einer Neuwahl im Falle der Auflösung des Reichstags folgendes Wahlabkommen:

a) Die Parteien sichern sich mit nachfolgenden Ausnahmen ihren bisherigen Besitzstand und sagen sich bei der Unterstützung ihrer Kandidaten gegenseitige Wahlhilfe zu.

b) Die Aufstellung des Kandidaten im Reichstagswahlkreise Wirsitz/Schubin wird der nationalliberalen Partei überlassen. Über die Person des Kandidaten findet eine Verständigung zwischen der nationalliberalen und der konservativen Partei des Wahlkreises statt.

c) Für den Fall, daß die nationalliberale Partei den Wahlkreis Wirsitz/Schubin bei der nächsten Reichstagswahl nicht erobert oder auf die Aufstellung des Kandidaten in diesem Wahlkreise für die nächste Reichstagswahl verzichtet, wird ihr von den vereinigten Konservativen und der Fortschrittlichen Volkspartei je ein bisher in deren Besitz befindliches Landtagsmandat, und zwar in einem diesem Wahlabkommen unterliegenden Wahlkreis überlassen. Der nationalliberalen Partei werden spätestens bis zum 1. Oktober 1912 die zu überlassenden Mandate bezeichnet.

d) Ausgeschlossen von diesem Wahlabkommen werden:

1. der Reichs- und Landtagswahlkreis Kolmar/Czarnikau/Filehne,
2. der Reichstagswahlkreis Fraustadt/Lissa, in welchem sich die vereinigten Konservativen und die Nationalliberalen an das getroffene Wahlabkommen gebunden halten,

¹⁾ Zitate nach Posener Tageblatt, Nr. 489, 18. Oktober 1911.

3. der Landtagswahlkreis Hohensalza/Schubin/Strelno, in welchem eine Regelung durch besonderes Wahlabkommen erfolgt¹⁾).

Im wesentlichen hatte damit das konservative Lager alle seine Forderungen durchsetzen können. Gewiß mußten die Konservativen zumindest ein Mandat — entweder das bisher erhoffte Reichstagsmandat von Wirsitz oder im Fall eines dortigen polnischen Sieges ein Landtagsmandat — an die Nationalliberalen abtreten, dafür wurde jedoch das vordem herkömmlich den Nationalliberalen überlassene Mandat von Hohensalza nun ausdrücklich aus dem allgemeinen Vertrag ausgeklammert und einer Sonderregelung unterworfen, die durchaus im konservativen Sinne ausfallen konnte.

Das gleiche galt für die freisinnige Kandidatur in Fraustadt/Lissa. Auch hier wurde die Zuständigkeit der örtlichen Stellen betont und damit dem Bund der Landwirte freie Bahn gegeben. Wieweit die Kandidatur des Grafen Oppersdorff, die gegen die Politik des offiziellen Zentrums erfolgte und die schließlich durch Unterstützung der polnischen Wähler in der Stichwahl über den Fortschritt siegte, auf Einflüsse des Bundes zurückzuführen ist, dürfte kaum festzustellen sein. Klagen, die in diese Richtung zielten, wurden von freisinniger Seite jedenfalls erhoben²⁾.

Um das Bild eines zwischenparteilichen Wahlabkommens im Wilhelminischen Reiche zu Ende zu zeichnen, mag an dieser Stelle über den Rahmen der Arbeit hinausgegriffen werden. Da die Nationalliberalen den Reichstagswahlkreis Wirsitz nicht für sich gewinnen konnten, erwuchs den Konservativen wie den Freisinnigen die Verpflichtung, je ein Landtagsmandat den gemäßigten Liberalen zu überlassen. Beim Freisinn traf das auf keine Schwierigkeiten. Anders bei den Konservativen. Wie fast immer in solchen Fällen mußten vom Vorstand erhebliche Widerstände der lokalen Organisationen überwunden werden.

Nach längeren Debatten hatte sich der Zentralverein der Konservativen schließlich darauf geeinigt, für die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus den schlechtesten der möglichen Wahlkreise in der Provinz Posen den Nationalliberalen zur Verfügung zu stellen. Gnesen/Witkowo war bei den letzten Landtagswahlen 1908 zum ersten Male in deutschen Besitz gelangt. Zum Teil waren die Wahlmänner nur mit Mehrheiten von einer Stimme gewählt worden. Das Deutschtum war den Polen in diesem Wahlkreis nur um 40 Stimmen überlegen.

Der Regierungspräsident des Bezirks Bromberg, der wie üblich in die Verhandlungen eingeschaltet worden war, machte diese Bedenken geltend, doch der Vorsitzende des Zentralvereins konnte ihm nur erwidern, daß eine andere Lösung nicht gefunden werden könne. „Aber bitte, versetzen Sie sich in meine Lage. Ich *muß* einen Wahlkreis schaffen und werde voraussichtlich bei *allen* auf ähnliche Bedenken stoßen. Es wird mir bei allen Kreisen gesagt, daß ‚es ganz unmöglich ist, gerade diesen Wahlkreis zu nehmen‘. Also irgendwo *muß* nach-

¹⁾ HAB 30 I/609.

²⁾ Posener Neueste Nachrichten, Nr. 3790, 10. November 1911.

gegeben werden.“ Er hätte auch noch an andere Wahlkreise gedacht, so Wirsitz/Schubin und Fraustadt/Lissa. Aber bei ihnen würden die Berliner Zentralen beider Parteien Einspruch erheben. „Wir werden ja hören, welche Einwendungen die beiden Vorstandsmitglieder Schultz und von Heydebrand gegen diese beiden Wahlkreise hervorbringen werden¹⁾.“

Wenig später, Mitte August 1912, ging dann ein Schreiben des Zentralvereins an den Vorsitzenden des „Deutschen Wahlvereins“ des betroffenen Wahlkreises Gnesen ab, das in seiner Sprache jeden örtlichen Widerspruch im Keim zu ersticken gedachte: „... Nach sehr eingehender Betrachtung ist sich der Vorstand des Centralvereins der vereinigten Konservativen darüber klar geworden, daß es ganz ausgeschlossen ist, den Nationalliberalen irgend ein anderes conservatives Mandat in der Provinz zur Verfügung zu stellen, als das von Gnesen/Witkowo. Er richtet deshalb an die Ortsvereine der beiden Kreise die Bitte, mit dieser Tatsache zu rechnen und sich damit einverstanden zu erklären.“ Es wäre zu erwarten, daß die Liberalen einen Kandidaten nominieren würden, „dessen Anschauungen sich von denen der Conservativen im Großen und Ganzen nicht weit entfernen“. Man dürfe daher wohl annehmen, daß bei der heutigen Wahldisziplin unter den deutschen Wählern auch dieser, von *allen Deutschen* aufgestellte Kandidat, gewählt werden wird, namentlich, „wenn wir, wie augenblicklich unter dem Zeichen des Compromisses stehen, für welches die unbedingte Voraussetzung ist, daß die Mitglieder *aller* deutschen Parteien sich untereinander unterstützen“. Der Vorsitzende möge daher seinen ganzen Einfluß geltend machen, daß „dem leider nicht zu ändernden Wunsche des Vorstandes des Centralvereins entsprochen wird. Es ist die einzige Möglichkeit, wie das von den Conservativen den Nationalliberalen gegebene Wort gehalten werden kann²⁾.“

Trotzdem regte sich der Widerstand augenblicklich. In einem Antwortschreiben brachte der Vorsitzende des Gnesener Vereins unmißverständlich seine Befremdung darüber zum Ausdruck, „daß über uns verfügt worden ist, ohne daß wir gehört worden sind und unsere Ansichten zu Gehör bringen konnten“. Er hätte die größten Bedenken gegen diesen Beschluß und glaubte, im Interesse der deutschen Sache die Verantwortung nicht übernehmen zu können. Er müsse deshalb die dringende Bitte aussprechen, die Angelegenheit nochmals beim Vorstand des Zentralvereins zur Sprache zu bringen und den gefaßten Beschluß

¹⁾ HAB 30 I/609. — Diese Bemerkung läßt den Einfluß erkennen, den die konservativen Zentralen unter Umständen auf die lokalen und regionalen Organisationen nehmen konnten, auch wenn er hier aus der besonderen politischen Situation der Ostmark herrühren mag. Die Schlußfolgerungen, die Nipperdey (deutsche Parteien, S. 263) aus dem ihm zur Verfügung stehenden Material auf die geringe Einflußmöglichkeit der konservativen Zentralstellen zieht, bedürfen daher ebenso sorgfältiger Differenzierung wie die ihnen entsprechenden Ausführungen Molts (S. 259 f.). Angesichts des vielfältigen, bunten, von lokalhistorischen und soziologischen Gegebenheiten mitbestimmten parteipolitischen Lebens sind generelle Schlüsse dieser Art nur in seltenen, quellenmäßig günstigen Fällen möglich (vgl. hierzu die Anm. 3, S. 100).

²⁾ HAB 30 I/609.

zu ändern. Der Versuch, in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten über die Instanz des Posener Oberpräsidenten eine Änderung des Beschlusses des Posener Zentralvorstandes herbeizuführen, war zum Scheitern verurteilt, da inzwischen der bisherige konservative Abgeordnete durch die Niederlegung seines Mandates den Nationalliberalen den Weg freigegeben hatte¹⁾.

Auch in der *Provinz Westpreußen* war die Grundlage der deutschen Parteipolitik das nationale Zusammengehen gegen die Polen. Es war auch hier wieder vertraglich festgelegt, und zwar unter dem Einschluß der hier stets vertretenen Nationalliberalen. Allerdings gab es auch hier Kreise mit überwiegender deutscher Bevölkerung, auf die das antipolnische Bündnis nicht ausgedehnt zu werden brauchte und in denen deshalb die gleiche Frontstellung herrschte wie im Reich überhaupt. Hierzu gehörten Schlochau/Flatow und Elbing/Marienburg, der Wahlkreis des Bundesführers von Oldenburg. Gegen ihn hatten sich Freisinnige, Nationalliberale und Freikonservative in einem „Vaterländischen Wahlverein“ zusammengefunden, dessen Kompromißkandidat sich erst nach der Wahl entscheiden sollte, ob und welcher Fraktion der Nationalliberalen oder der Reichspartei er beitreten wollte. Auch im Wahlkreis Rosenberg/Löbau machte sich die wachsende Opposition gegen den Einfluß des Bundes der Landwirte geltend. So fanden sich die Vertrauensmänner der deutschen Parteien schon im Mai zu einer Resolution zusammen, die die vom Vorstand vorgeschlagene Aufstellung eines Rittergutsbesitzers ablehnte und statt dessen die Kandidatur des zweiten Vorsitzenden des konservativen Vereins, eines Amtsgerichtsrates, vorschlug. Die Wahl fiel schließlich auf einen der Reichspartei angehörenden Pfarrer²⁾.

Die entscheidende, diesem Wahlkampf ihr Zeichen aufprägende Tatsache war aber der Versuch des Zentrums, in Westpreußen Fuß zu fassen, wo es auf eine in mehreren Kreisen recht beachtliche Minderheit rechnen konnte. Da — ähnlich den Nationalliberalen in Posen — bis vor kurzem das Zentrum keine Organisation in Westpreußen besaß, war es auch nicht in das deutsche Wahlabkommen aufgenommen worden. Anders aber als die Nationalliberalen in der Provinz Posen, die Eingang in das nationale Wahlbündnis zu erlangen suchten, ging die Zentrumspar- tei planmäßig daran, Konservative und Nationalliberale auseinanderzubringen. Hiermit konnte es aber nur bei wenigen Konservativen Entgegenkommen finden — so bei von Oldenburg, der auf die Zentrumswähler seines Kreises angewiesen war. Die Voreingenommenheit der protestantisch-konservativen Wählerschaft wie das früher vielfach beobachtete Zusammengehen des Zentrums mit den Polen wirkten als unüberwindbare Hemmnisse. Dennoch kam es in einigen Wahlkreisen zu Absprachen zwischen den schwarzblauen Parteien, so in Danzig, wo die Zentrumshilfe für den Konservativen (Mittelstandspartei) durch die schriftlich fixierte Abtretung eines der drei Landtagsmandate erwidert

¹⁾ HAB 30 I/609.

²⁾ Königsberger Allgemeine Zeitung, Nr. 218, 1911 [Parteien, S. 23].

wurde. Dieses Bündnis wurde noch im Dezember 1911, also einen Monat vor der Wahl, völlig geheimgehalten, um die Konservativen nicht zu kompromittieren — ein Vorgehen, das nur bei einer so durchgeübten Disziplin der Wähler denkbar sein konnte, wie sie beim Zentrum vorhanden war. Auch im Wahlkreis von Oldenburg fanden Gespräche zwischen Zentrum und Konservativen statt, die jedoch scheiterten, weil die Konservativen keine Kompensationen geben wollten und überzeugt waren, daß sie in die Stichwahl gelangen würden und dann auf die Zentrums Hilfe ohnehin rechnen könnten. Trotzdem wandte sich von Oldenburg besorgt an den Zentrumsabgeordneten Graf Praschma mit der Bitte, auf die Elbinger lokalen Zentrumsorganisationen oder auf den westpreußischen Provinzialverband einzuwirken. Über Karl Bachem kam zwar Praschma diesem Wunsche nach, da Bachem während seiner Teilnahme am westpreußischen Parteitag mit dem dortigen Provinzialvorsitzenden das Problem behandelte. Aber er erhielt die bezeichnende Antwort, daß eine Parole des Zentrums, gleich in der Hauptwahl für den Agrarier von Oldenburg zu stimmen, die katholischen Arbeiter (insbesondere der Werften) in Scharen zur Sozialdemokratie treiben würde.

Auch in einem anderen Kreis, Schlochau/Flatow, scheiterten die Versuche des Zentrums, für die Unterstützung des konservativen Kandidaten ein Landtagsmandat zugesprochen zu erhalten. Der Reichstagswahlkreis Schlochau gehörte nicht in das „nationale“ Bündnis in Westpreußen. Die Konservativen waren hier in großer Gefahr. „Sie sehen selbst ein, daß der Bauernbündler ihnen alles fortnehmen kann, aber dem Zentrum eine Konzession machen, gibt es nicht. . . Sie lassen sich lieber von den Nationalliberalen dieses Mandat abnehmen, als für die Landtagswahl ein Bündnis mit dem Zentrum zu schließen“, klagte der westpreußische Zentrumsvorsitzende. Die Haltung der Konservativen hing allerdings mit dem „sogenannten ‚nationalen Block‘“ zusammen. Zwar stünde der Reichstagswahlkreis Schlochau/Flatow außerhalb des Bündnisses, aber der vom Zentrum vergeblich geforderte Landtagswahlkreis Konitz/Schlochau/Tuchel wäre eingeschlossen und den Liberalen zuerkannt. „Würde dieser nun durch Abmachungen an das Centrum abgetreten, so ginge das ganze Ostmarkenbündnis der sogenannten ‚Nationalen‘ kaputt.“ Daher blieben die erreichten Erfolge des Zentrums denkbar gering¹⁾.

Wie auf der deutschen Seite, so war auch bei den *Polen* das beherrschende Moment aller Wahlpolitik der Nationalitätenkampf. Er führte die verschiedenen politischen Parteien letztlich immer wieder zur Einigkeit im Wahlkampf. 1903 hatte man zur besseren Durchführung der Wahlen in Posen ein Zentralwahlkomitee eingerichtet, dem die Aufstellung und Bestätigung sämtlicher polnischer Kandidaten zustand, nicht nur in Posen, sondern auch in Westpreußen, Ostpreußen, Schlesien und in der polnischen Diaspora im Ruhrgebiet, Berlin und

¹⁾ Über die Verhandlungen zwischen Konservativen und dem Zentrum in Westpreußen: NL Bachem 318.

anderen Industriebezirken des Reiches. Die beiden beherrschenden Parteien des Zentralwahlkomitees, das konservative „Kasino“ und die nationaldemokratische „Kurjer“-Partei, teilten sich unter Ausschluß aller anderen Parteigruppen in die Kandidaturen, von denen in Posen 15, in Westpreußen und Ostpreußen 14, in Oberschlesien 8 und in der „Fremde“, also im übrigen Reich überall dort Zählkandidaturen aufgestellt werden sollten, wo es sich lohnte. Kompromisse mit anderen Parteien durften nur mit Zustimmung der Posener Zentrale geschlossen werden. Die Verhandlungen über die Verteilung dieser Kandidaturen unter die beiden führenden Parteien brachten ähnliche Gegensätze zwischen konservativen und fortschrittlichen Anschauungen an den Tag wie in der deutschen Politik überhaupt. Zwar konnten die häufig vorgebrachten Wünsche nach stärkerer Vertretung des Mittelstandes im Reichstag kaum von einer Legislaturperiode zur anderen berücksichtigt werden, weil es bei den Polen nicht üblich war, einem Abgeordneten das Mandat zu entziehen. Dennoch konnten sich die Nationaldemokraten nach monatelangen Debatten vom Frühsommer bis Ende November 1911 gegenüber den Konservativen im allgemeinen durchsetzen¹⁾.

Über allen inneren Parteiauseinandersetzungen stand aber für die Polen das Gebot der Einigkeit gegenüber dem Deutschtum. Ein Kandidat durfte an seiner nationalen Gesinnung nicht den leisesten Zweifel aufkommen lassen, wenn er der Unterstützung vieler Polen nicht verlustig gehen sollte. Hier boten die Konservativen den Nationaldemokraten eine besondere Angriffsfläche, da sie durch vielfältige familiäre, standesbedingte und berufliche Interessen den deutschen Konservativen nahestanden.

In der Stellung der Polen zu den deutschen Parteien hatte der Zusammenbruch des Bülowblocks eine entscheidende Wende gebracht. Hatten vordem des öfteren wahltaktische Abmachungen mit dem Zentrum bestanden, an die sich bisweilen ein Zusammengehen der beiden Fraktionen im Reichstag angeschlossen hatte, so war dieser Weg nahezu ungangbar geworden, nachdem das Zentrum mit den Konservativen gemeinsame Sache machte. So schrieb der nationaldemokratische „Lech“: „Das Zentrum hat kein Recht mehr, von den Polen irgendeine Unterstützung im Namen des Katholizismus zu fordern, da es soviel mal nicht nur katholische, sondern ganz besonders christliche Grundsätze verraten hat. Die Polen werden bei den kommenden Wahlen nicht mehr auf den Leim der katholischen Losungsworte des Zentrums hineinfallen, sondern überall so stimmen, wie es ihr nationales Interesse erfordert.“ Auch offiziell gab das Zentralwahlkomitee die Parole gegen Wahlbündnisse mit der Zentrumspartei aus. Das hinderte aber einzelne Polen nicht, ihrerseits den Gegensatz im deutschen Lager zwischen Protestantismus und Katholizismus für die Wahlagitation nutzbar zu machen. So äußerte der polnische Wahlkreisvorsitzende des Kreises Kolmar/Czarnikau in einer deutschsprachigen (!) Wählerversammlung für den polnischen

¹⁾ Über die polnische Parteipolitik: HAB 30 I/610 und 611.

Kandidaten, bei einer Stichwahl zwischen dem Polen und dem Konservativen „habe nach seiner Ansicht jeder deutsche Katholik die Pflicht, für den katholischen Polen zu stimmen und nicht für den lutherischen konservativen Großgrundbesitzer“. Anschließend ging er auf das Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie ein, die ihm noch die angenehmste deutsche Partei wäre. Daraufhin erhob sich ein sozialdemokratischer Agitator, der seinerseits die Gemeinsamkeiten von Polen und Sozialdemokraten betonte und versprach, daß die Sozialdemokratie im Falle einer Stichwahl für die Polen eintreten würde. Diese weitgehende Zusage der Sozialdemokratie an die Polen war aber selbstredend nur möglich, da der polnische Kandidat zur nationaldemokratischen Kurjer-Partei gehörte und demnach nicht in wirtschaftspolitischen Fragen gegensätzliche Anschauungen zum sozialdemokratischen Programm vertrat.

Der „Lech“ forderte nach dem Ergebnis der Hauptwahlen sogar ein festes Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie, wobei die Polen für die Hilfe der deutschen Arbeiterpartei in Oberschlesien ihrerseits ihre recht beachtlichen Stimmenzahlen im Ruhrgebiet den sozialdemokratischen Kandidaten übertragen sollten. Obwohl es nicht zu einem formellen Bündnisvertrag zwischen den Parteizentralen gekommen zu sein scheint, steht fest, daß den Sozialdemokraten in Essen, Duisburg, Bochum und Dortmund ebenso die Stimmen vieler Polen zufließen, wie umgekehrt in Oppeln, Groß-Strehlitz, Lublinitz und Beuthen die Polen die Hilfe der Sozialdemokratie erhielten.

4. Die Verbände

Der Kampf der Parteien um die Stimmzettel der Wähler gewann durch das Einwirken großer und kleiner Organisationen mit wirtschaftspolitischen oder anderen Zielen erheblich an Kompliziertheit und Schärfe. Zwar waren bereits im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts mehrere große Wirtschaftsverbände dazu übergegangen, ihre Forderungen an die Gesetzgebung auf dem Wege über die Parteien zu verwirklichen. Zu einem Schlachtfeld für die Interessenten wurden die Wahlkämpfe aber erst, als diese eingeführten Organisationen zur besseren Erreichung ihrer Ziele sich bestimmten Parteien zuzuordnen begannen, die sich ihren Wünschen am meisten aufgeschlossen zeigten. Die anderen Parteien gerieten damit in die Gefahr, diejenigen ihrer Wähler zu verlieren, die sich den betreffenden Verbänden zurechneten. Als Ausweg aus dieser Situation blieb für die gefährdeten Parteien oft nur, nun ihrerseits Neugründungen ähnlich gerichteter Interessenvertretungen zu unterstützen oder in die Wege zu leiten. Diese Tendenz trat klar zutage, als nach der Verabschiedung der Reichsfinanzreform im Sinne der Konservativen und der Zentrums Partei die Wirtschaftspolitik zu einem wesentlichen Faktor des allgemeinen Interesses wurde. Die mit dem Gang der innenpolitischen Dinge sich zeigende Unzufriedenheit weiter Kreise der Be-

völkerung gab ebenso der Ausbildung der Interessenorganisationen Auftrieb wie das Interesse an politischen, besonders an wirtschaftspolitischen Fragen, das durch die seit dem Sturz Bülow's in ständiger Erwartung von Neuwahlen lebhafteste Parteiagitation geweckt wurde¹⁾. Auf den engen Zusammenhang zwischen den Gründungen des Deutschen Bauernbundes und des Hansabundes im Jahre 1909 mit der großen Auseinandersetzung zwischen Konservatismus und Liberalismus wurde bereits hingewiesen. Aber auch die Gewerkschaften und schließlich die Vertretungen des Mittelstandes meldeten ihre Ansprüche an. Mittel und Möglichkeiten der Einflußnahme waren je nach Größe, Finanzkraft und programmatischer Ausrichtung verschieden. Nur wenige — mit geringfügigen Ausnahmen allein agrarische — Organisationen gingen so weit, nicht parteigebundene Kandidaten aufzustellen und ihre Wahl zu betreiben, die somit nur auf das eigene, wirtschaftspolitische Programm verpflichtet waren²⁾. Zumeist beschränkte man sich auf die mehr oder minder intensive Unterstützung des Kandidaten einer politischen Partei, die den eigenen Zielen nahestand.

Landwirtschaftliche Organisationen

Am weitesten entwickelt von allen Interessenvertretungen waren die Mittel zur Beeinflussung politischer Instanzen bei den Organisationen der Landwirtschaft, insbesondere beim Bund der Landwirte, der mit der Verabschiedung der Reichsfinanzreform in seinem Sinne ein beredtes Zeugnis der ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel abgelegt hatte. Neben ihrem Gefühl der Bedrohung, das durch das Festsetzen der vom Bund gestützten Konservativen in Hannover hervorgerufen wurde, war aber gerade die Enttäuschung der gemäßigten Liberalen über diesen Ausgang der Beratungen letztlich Anlaß für das Entstehen des liberalen Deutschen Bauernbundes. Da bald darauf auch der kleinere Bayerische Bauernbund mit aller Deutlichkeit seine Opposition zu den schwarzblauen Parteien — sein Hauptgegner war das Zentrum — ankündigte³⁾, ergab sich in den Jahren zwischen Bülow's Rücktritt und den Neuwahlen zum Reichstag eine grundlegende politische Umgruppierung der agrarischen Kräfte. Hauptmacht blieb nach wie vor der *Bund der Landwirte*, die „erfolgreichste wirtschaftspolitische Organisation Deutschlands⁴⁾“ vor dem Ersten Weltkriege. In seinen Zielen weitgehend auf die Interessen des ostelbischen Großgrundbesitzes abgestimmt, bot er doch auch der mittleren und kleinen Bauernschaft durch zahlreiche Vergünstigungen — von Rabatten auf Saatgut und Kunstdünger bis zur Rechtsberatung — einen kaum zu überschätzenden Anreiz zum Erwerb der Mitglied-

¹⁾ Archiv XXXII, 1911, S. 609.

²⁾ Siehe unten S. 151—155.

³⁾ Auf der Generalversammlung des Bundes am 17. Dezember 1910; Hundhammer, S. 112 ff.

⁴⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 119.

schaft¹⁾). Die kleine und mittlere Bauernschaft stellte daher den ganz überwiegenden Teil der 328 000 Bundesmitglieder des Jahres 1910, während die Zahl der Großgrundbesitzer demgegenüber kaum ins Gewicht fiel²⁾). Trotzdem hatte sich der Großgrundbesitz die entscheidenden Positionen im Verband gesichert. Vorstand wie auch Ausschuß, in dem die Landes- und Provinzialvorsitzenden und deren Stellvertreter zusammentraten, wurden vom großagrarischen Element beherrscht. Zwar hatte man wegen der Angriffe der Gegenorganisationen das junkerliche Element in diesen Gremien auf etwa die Hälfte der Mitglieder beschränkt. Mit der Ausnahme einiger Pastoren und einfacher Gutsbesitzer waren die restlichen Stellen jedoch „fast durchweg von Rittergutsbesitzern oder Rittergutspächtern, Fideikommißbesitzern, Offizieren a. D. usw. besetzt³⁾“.

Der Aufbau der Organisation war besonders in den ostelbischen Gebieten streng durchgebildet und führte von den Ortsgruppenleitern über die Hauptgruppenleiter, die Bezirksvorsitzenden, Wahlkreisvorsitzenden zu den im Ausschuß zusammentretenden Provinzial- und Landesvorsitzenden. Oberste beschließende Instanz war die jährlich tagende Generalversammlung. Die Spitze des Bundes bestand aus einem Engeren Vorstand und dem schon erwähnten Weiteren Vorstand⁴⁾. Freie Wahl der Funktionäre war zwar auf allen Ebenen vorgeschrieben, blieb jedoch in Wirklichkeit meist nur reine Formalität, da der für das betreffende Amt von „oben“ vorgeschlagene Kandidat gewöhnlich widerspruchslos akzeptiert wurde⁵⁾.

Die Einflußmöglichkeit der Zentrale und der Provinzialleitungen auf die unteren Instanzen wurde überdies durch den gewaltigen Apparat gewährleistet, den der Bund im Laufe seines Bestehens ausgebaut hatte. 187 festangestellte Beamte und 118 zeitweise beschäftigte, zentral ausgebildete Agitationsredner sorgten 1910 auf 10 840 Versammlungen für die einheitlich nach den Plänen der Berliner Zentrale ausgerichtete politische Linie des Bundes⁶⁾. Die „Hilfe“ rechnete unter der Einbeziehung von 1200 angenommenen, von lokaler Seite ohne Unterstützung der Zentrale veranstalteten Versammlungen aus, daß in den für die ländliche Agitation fast allein in Frage kommenden sechs Wintermonaten vom Bund der Landwirte täglich etwa 66 Versammlungen abgehalten wurden⁷⁾. Unterstützt wurde diese intensive Agitationsarbeit noch durch die weitverbreitete agrarische Presse⁸⁾. Die Finanzierung dieses gewaltigen Apparates erfolgte auf verschiedene Weise. Den jährlichen Grundstock bildeten die Mitgliedsbeiträge,

¹⁾ Agrarisches Handbuch, S. 280—284.

²⁾ Horn, S. 18.

³⁾ Bürger, Agrardemagogie, S. 154.

⁴⁾ Horn, S. 18. — Kiesenwetter, S. 27—30.

⁵⁾ Bürger, Agrardemagogie, S. 154 f.

⁶⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 119.

⁷⁾ Ebd.

⁸⁾ Bürger, Agrardemagogie, S. 157 f.

die 4½ Prozent der Grundsteuer oder 15 Pfennig pro Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Mitgliedes, mindestens aber 3 Mark jährlich betrugen. Darüber hinaus konnte jedes Mitglied in freier Selbsteinschätzung höhere Beiträge zeichnen. Da die hiermit einfließenden Summen aber keineswegs hinreichten, um alle Ausgaben zu bestreiten, stellten die Provisionen für vermittelte landwirtschaftliche Artikel neben den aus dem Verlagsunternehmen erzielten Gewinnen wesentliche Einnahmequellen des Bundes dar, zu denen noch die von der Kali-Industrie für die Propagierung des Kunstdüngers gezahlten Gelder hinzukamen. Insgesamt dürften die Jahreseinnahmen der Organisation weit mehr als 1 Million Mark betragen haben. Bürger berichtet in seiner gegen den Bund gerichteten polemischen Schrift, daß die Generalversammlung — wie in jedem Wahljahr — auch 1911 die Erhebung eines doppelten Jahresbeitrages beschlossen hätte¹⁾. Dem Bund hätte demnach ein gewaltiges Kapital zur Durchführung des Wahlkampfes zur Verfügung gestanden.

Die Vorbereitung der Wahlen auf lokaler Ebene oblag den Wahlkreisvorständen und — wo es keine Wahlkreisorganisationen gab — den Bezirksvorständen²⁾. Sie ergriffen die Initiative zur Aufstellung oder Unterstützung von Kandidaten und trafen die notwendigen Vorbereitungen zur Wahlbewegung. Dabei wurde der erste Beschluß über den Kandidaten bezeichnenderweise „von einem kleinen Kreise einflußreicher und über die Stimmung der Bundesmitglieder unterrichteter Vertrauensmänner“ gefaßt³⁾. Es liegt nahe anzunehmen, daß die daraufhin eingeholte Stellungnahme der Wahlkreis-, Bezirks-, Hauptgruppenvorsitzenden und Ortsgruppenvorsitzenden in den meisten Fällen einer bloßen Akklamation gleichkam. Auch darüber hinaus sollte der Einfluß der Zentrale so weit wie möglich gewahrt bleiben. So verfügten die „Richtlinien für die Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen“, daß die im Wahlkreis ansässigen bzw. wohnenden Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses des Bundes der Landwirte und die Vorstandsmitglieder der Provinzial- und Landesabteilungen des Bundes zum Wahlvorstand gehörten und zu seinen Sitzungen heranzuziehen wären. Eventuell wären ihre schriftlichen Äußerungen zu geplanten Maßnahmen einzuholen. Um die größtmöglichen Erfolge zu erzielen, wäre nicht nur ein einheitliches, geschlossenes Vorgehen notwendig, sondern gerade auch die „allseitige Beachtung der allgemeinen Grundsätze zur Vorbereitung von Parlamentswahlen, die sich in Händen der Herren Vorsitzenden der Wahlkreise und Bezirke befinden“, sowie eine enge Fühlung „mit den Führern etwa im Wahlkreise vorhandener befreundeter politischer Organisationen“⁴⁾. Das Fundament für eine einheitliche Ausrichtung der Wahlpolitik des Bundes bildete die Wahlabteilung der Bundeszentrale, die nicht nur die parlamentarische Tätigkeit jedes

¹⁾ Bürger, Agrardemagogie, S. 157 f., S. 159 f.

²⁾ Kleines Wahl-ABC, S. 282.

³⁾ Kiesenwetter, S. 308.

⁴⁾ Kleines Wahl-ABC, S. 283.

Abgeordneten überwachte und den Mitgliedern, die sich mit der Kandidatenaufstellung befaßten, die Ergebnisse übermittelte, sondern durch enge Fühlung mit den Organisationen einerseits und andererseits mit der Bundesleitung sich alle Möglichkeiten des eingespielten Apparates zunutze machen konnte. Auch die Steuerung der Agitation fiel unter die Aufgaben der Wahlabteilung¹⁾. Als befreundete politische Organisationen kamen in erster Linie die Deutschkonservativen in Frage, doch auch bei ihnen vergewisserte man sich, „daß die Kandidaten ihrer ganzen Stellung nach schon die hinreichende Gewähr des Eintretens für die Bundesforderungen geben“²⁾. Ausnahmen in dieser Hinsicht mögen vorgekommen sein, aber insgesamt dürften die meisten deutschkonservativen Kandidaten den bündlerischen Voraussetzungen entsprochen haben, das um so mehr, als mindestens in Ostelbien keine deutschkonservative Wahlkreisorganisation wagte, einen dem Bund nicht genehmen Kandidaten aufzustellen. Finanzschwäche und kaum ausgebildete eigene Organisation zwangen die Deutschkonservativen, sich zuallererst des Beistandes der Bündler zu versichern. Wie die bündlerischen Lokalorganisationen selbst, waren damit auch die konservativen Wahlkreisinstanzen vom Willen der Berliner Bundeszentrale mit allen ihren Machtmitteln abhängig³⁾.

Problematischer schon wurde die Stellung des Bundes zur Reichspartei, da sie es zugelassen hätte, „daß Führer des Bauern- und Hansabundes zu ihr in einem Hospitantenverhältnis stehen“. Hier müßte daher peinlichste Sorgfalt in der Überprüfung der betreffenden Kandidaten vorwalten⁴⁾. Ähnlich müßte man sich auch den anderen in der Wirtschaftlichen Vereinigung vertretenen Rechtsparteien gegenüber verhalten, die zwar im allgemeinen mit dem Bund gingen, im einzelnen jedoch bisweilen von seinen Ansichten abwichen⁵⁾. Das Zentrum mit seinem hohen Prozentsatz ländlicher Wähler würde ohnehin immer an der Seite des Bundes der Landwirte stehen müssen. Diese Behauptung ist angesichts der Konkurrenz des Bundes mit dem Zentrum um die Gunst der katholischen Bauernvereine nur aus der Situation des Wahlkampfes erklärlich. Den drei Linksparteien gegenüber konnte der Bund nur mit einer im Falle der Fortschrittler und der Sozialdemokraten schroffen, im Fall der Nationalliberalen gemäßigten Ablehnung gegenüberstehen⁶⁾.

Hatte der Bund der Landwirte in den Deutschkonservativen die ihm am meisten entsprechende politische Partei gefunden, so hatten sich die *katholischen Bauernvereine* Nordwest- und Süddeutschlands an die Seite der Zentrumspar-
teie

¹⁾ Kiesenwetter, S. 307 f.

²⁾ Kleines Wahl-ABC, S. 14.

³⁾ Wie schon in Anm. 1, S. 92 sollen damit nochmals erhebliche Zweifel an der generalisierenden Auffassung Nipperdeys von der weitreichenden Unabhängigkeit der konservativen Lokalinstanzen angemeldet werden.

⁴⁾ Kleines Wahl-ABC, S. 14.

⁵⁾ Ebd.

⁶⁾ Ebd., S. 13.

gestellt, mit dem einen Unterschied, daß infolge der anderen Verteilung der politischen Machtmittel im zweiten Fall das Zentrum als politische Partei weiterhin den bestimmenden Einfluß behielt. Anders auch als der Bund der Landwirte stellten die Bauernvereine kaum eigene Kandidaten auf, sondern empfahlen ihren Mitgliedern in den meisten Fällen die Wahl des Zentrumsvertreters.

Unter den landwirtschaftlichen Interessenorganisationen hatte der 1895 gegründete *Bayerische Bauernbund* trotz des Widerstandes der Zentrumspartei und des ihr verpflichteten, 145 011 Mitglieder zählenden Bayerischen Bauernvereins¹⁾ besonders in Altbayern und in Franken Fuß fassen können. Erst nach dem Abspalten der fränkischen Gruppe nach dem für den Bayerischen Bauernbund katastrophalen Wahlergebnis von 1907 und ihrem Übertritt teils zum Bund der Landwirte, teils zum Deutschen Bauernbund fand der bayerische Bund zu einer klaren Frontstellung gegen das Zentrum im Dezember 1910 zurück. Der Abschluß eines Wahlkompromisses mit den Liberalen und Sozialdemokraten für die kommenden Landtagswahlen lag ganz auf dieser Linie und ermöglichte es dem Bund, den durch das Ausscheiden der Franken entstehenden Stimmenverlust annähernd auszugleichen²⁾).

Als jüngste agrarische Organisation griff der 1909 unter Mithilfe der Nationalliberalen gegen die „Agrardemagogen“ des Bundes der Landwirte gegründete *Deutsche Bauernbund* in die Wahlbewegung ein. Obwohl auch er wie die anderen genannten Organisationen am bestehenden System des Schutzzolls festhielt, zeichnete er sich doch in der hauptsächlichen Berücksichtigung der mittleren und kleineren landwirtschaftlichen Betriebe und einer scharfen Stellung gegen den Grundbesitz aus. Unter dem Eindruck der Anfangserfolge des Bundes — gerade auch östlich der Elbe — billigten viele Beobachter ihm und durch ihn den Nationalliberalen durchaus günstige Chancen für die Wahlen zu. Denn besonders die Aussichten der Nationalliberalen hätten sich nach der Gründung des ihnen nahestehenden Bundes gegenüber den Konservativen wesentlich verbessert³⁾. Der politischen Wirksamkeit des Deutschen Bauernbundes waren dennoch durch sein Programm relativ enge Grenzen gesetzt. Sah er durch die enge Lierung mit den Nationalliberalen und seine Gegnerschaft gegen den Großgrundbesitz im schwarzblauen Block und den ihm verbundenen Agrarverbänden seine Hauptgegner, war es ihm doch nahezu unmöglich, der nationalliberalen Taktik einer Verbindung mit dem Fortschritt für den Wahlkampf zu folgen. Da die Fortschrittler auf dem allmählichen Abbau der Zollschranken bestanden, der Deutsche Bauernbund dagegen bei einer Billigung dieses Zieles weite Kreise seiner erst jüngst gewonnenen Mitglieder wieder verloren haben würde, blieben für den Bauernbund fast nur die Vertreter der Nationalliberalen

¹⁾ Mitgliederstand vom 31. Dezember 1911; Der Bayerische Bauernverein im Jahre 1912, S. 1.

²⁾ Hundhammer, S. 103—114.

³⁾ Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 57.

als unterstützungswürdige Kandidaten übrig. Allenfalls der eine oder andere Kandidat des Fortschritts und der Reichspartei konnte noch auf Unterstützung hoffen, wenn er auf der äußersten Linken beziehungsweise Rechten stand. Immerhin versuchte das offizielle Organ des Bundes auch hier einen Ausweg zu finden, der nach Lage der Dinge nur rein taktischer Natur sein konnte und von der prinzipiellen Differenz zum Fortschritt absah. Auch bei einem großen Wahlsieg der Sozialdemokratie, so argumentierte man, würde der Schutzzoll nicht gefährdet sein. „Wir wollen annehmen, die freisinnige Volkspartei würde in ihrer Gesamtheit parlamentarisch mit der Sozialdemokratie zusammen für eine Herabsetzung der Schutzzölle eintreten. Glaubt nun jemand im Ernst, daß eine Mehrheit aus diesen beiden Parteien möglich ist, daß die freisinnige Volkspartei die dazu nötigen 83 bis 96 Sitze aufreiben könnte¹⁾?“ Da aber von der Seite der Konservativen und des Bundes der Landwirte immer wieder angebliche Wahlhilfe für Freisinnige durch den Bauernbund angeprangert und für die Agitation ausgeschlachtet wurde, wagte der Deutsche Bauernbund, die Nutz- anwendung aus der von ihm entwickelten Schlußfolgerung nur für die National- liberalen, nicht aber für sich selbst zu ziehen. Alle Behauptungen der Rechten in dieser Hinsicht wurden energisch abgestritten²⁾. Anfang September 1911 hätte nur ein derartiger Fall vorgelegen, wo ein bayerischer Fortschrittsmann die Unter- stützung des Bundes erhalten sollte, nachdem er sich schriftlich auf den Boden des Programms des Bauernbundes, insbesondere in der Schutzzollfrage, gestellt hätte³⁾. Im übrigen wies man darauf hin, daß die alleinige Entscheidung in den einzelnen Kreisen bei den Versammlungen der Vertrauensmänner des Bundes läge, deren Beschlüsse das Präsidium nicht aufzuheben in der Lage wäre⁴⁾.

Der Hansabund

War der Deutsche Bauernbund unter dem Eindruck der im Sinne der schwarz- blauen Parteien gestalteten Reform der Reichsfinanzen entstanden und sah sich damit die Interessenpolitik der Landwirtschaft einer völlig neuen Konstel- lation gegenüber, so vollzogen sich analog zu diesen Vorgängen auch in der Industrie, im Gewerbe und im Handel beachtliche Neu- oder Umbildungen. Hier versuchte der Hansabund für Handel, Gewerbe und Industrie seit 1909, alle in diesen Wirtschaftssektoren Beschäftigten organisatorisch zusammen- zufassen, um so gegen den Einfluß der Großagrarier auf Gesetzgebung und Verwaltung ein gleichwertiges Gegengewicht in die interessenpolitischen Aus- einandersetzungen zu werfen. Der Plan einer Einheitsfront vom Angestellten über den Handwerksmeister und Bankbeamten bis zum Direktor des industriellen

¹⁾ DBB, Nr. 33, 19. August 1911.

²⁾ Vgl. DBB, Nr. 35, 2. September 1911.

³⁾ Ebd.

⁴⁾ Ebd.

Großbetriebes fand zumindest unter den Anhängern der beiden liberalen Parteien freudige Zustimmung und Unterstützung. Das rasche und hoffnungsvolle Wachstum der ersten Monate war jedoch zu einem großen Teil auf den incorporate-Beitritt einer ganzen Reihe von Wirtschaftsverbänden zurückzuführen, an ihrer Spitze die beiden großen Unternehmerverbände des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen. Die lebhafteste Anteilnahme führender Unternehmungen der Industrie mag den Verdacht nicht unbegründet erscheinen lassen, daß sich ihre Führer von der Hoffnung leiten ließen, auf der Plattform des Hansabundes Differenzen mit den Arbeitnehmerorganisationen in ihrem Sinne beilegen zu können. Aber auch sonst waren die Interessen der Mitglieder des Bundes viel zu weit ausgefächert, als daß er die Träume seiner Gründer letzten Endes erfüllen konnte. Das Ziel, eine Organisation aufzubauen, die sich in ihrer Schlagkraft mit der des interessenpolitisch eindeutig festgelegten Bundes der Landwirte messen konnte, wurde kaum erreicht¹⁾. Die Rücksichtnahme auf die mannigfaltig nebeneinanderstehenden Interessen zwang die Bundesführung zu äußerster Behutsamkeit im politischen Taktieren und bewirkte damit nur zu oft die Manövrierunfähigkeit des Verbandes.

Allein schon das Neben- oder besser: Gegeneinanderstehen der beiden führenden Unternehmerverbände, von denen der Zentralverband Deutscher Industrieller als Organisation der Schwerindustrie für eine Beibehaltung der Schutzzölle eintrat, der Bund der Industriellen als Vertreter der Exportindustrie dagegen Erleichterungen im Außenhandel durch teilweisen Abbau der Zölle wünschte, mußte eine wirklich klare Stellungnahme gegen das Wirtschaftsprogramm der schwarzblauen Parteien unmöglich machen. Im Hinblick auf diesen Tatbestand bedeutete es schon eine wesentliche Erleichterung für die Politik des Hansabundes, als sich der Zentralverband im Laufe der Frontenklärung zwischen rechts und links und der klaren Sprache des Hansabundführers Jakob Rießer gegen den Bund der Landwirte und dessen Wirtschaftspolitik von der eingeschlagenen Linie zu lösen begann und bei den schwarzblauen Parteien Anschluß suchte, die seinen Interessen besser entsprechen konnten. So sprach schon bald nach dem Beitritt des Zentralverbandes dessen Senior, Henry Axel Bueck, dem Hansabund die Berechtigung ab, bei den entgegengesetzten Interessen seiner Mitglieder durch Sammeln eines Wahlfonds aktiv in die Wahlpolitik einzugreifen²⁾. Dementsprechend blieb der Wahlfonds des Zentralverbandes säuberlich getrennt von demjenigen des Hansabundes und der alleinigen Verfügung der Schwerindustrie vorbehalten — ein deutliches Zeichen der Reserve, die der Zentralverband der neuen Organisation gegenüber wahrte. Steinmann-Buchers Polemiken in der schwerindustriellen „Deutschen Industrie-Zeitung“ im September 1910 deckten vollends die Absichten des Zentralverbandes auf. Hier wurde mit letzter Offenheit nicht nur der Abbruch des Kampfes gegen den Bund der

¹⁾ Vgl. auch Heuß, S. 288.

²⁾ Koehler, Centralverband, S. 14.

Landwirte und verschärfte Frontstellung gegen die Sozialdemokratie verlangt, sondern auch Abwehr der sozialpolitischen Forderungen der weitgehend im Bund organisierten Privatangestellten, Nichteinmischen in den Kreis der alten Interessenvertretungen und vor allem die Überlassung aller Wahlpolitik an den Zentralverband¹⁾. Kurz, der Zentralverband beanspruchte kraft seiner Tradition und wirtschaftlichen Potenz die politische Führung aller im Hansabund vertretenen Kreise, und zwar im Sinne einer zumindest in wirtschaftlichen Fragen weitgehenden Annäherung an den schwarzblauen Block. Im Juni 1911 kam es daraufhin in der Frage der Wahlpolitik des Bundes zum spektakulären Bruch zwischen Rießer und den im Vorstand des Hansabundes vertretenen Führern des Zentralverbandes, Rötger und Kirdorf, mit der nachfolgenden Sezession der Schwerindustrie aus der allumfassenden Dachorganisation²⁾. Eine Reihe weiterer rechtsorientierter Interessenverbände und Mitglieder tat ein Gleiches. Für die Nationalliberalen besonders unangenehm war dabei der Austritt der Handelskammer Saarbrücken, des Wahlkreises also, in dem der Parteiführer Bassermann auf das Zusammengehen aller nicht dem Zentrum verpflichteten Wähler angewiesen war, wenn er siegreich aus dem Kampf hervorgehen wollte³⁾. Im wesentlichen beschränkte sich die Sezession aber auf die Kreise der rheinländisch-westfälischen und der Saarindustrie. Das Gros des Mittelstandes, Handwerker, Gewerbetreibende, Banken und die Fertigwarenindustrie blieben unter der Fahne des Bundes. Eine eigene Wahlpolitik scheint von den meisten angeschlossenen Verbänden nicht beansprucht worden zu sein, wie ja auch der aus freiwilligen Spenden der Mitglieder zusammengetragene und von der Berliner Zentrale verwaltete Wahlfonds⁴⁾ die verschiedenen Interessen letzten Endes am ehesten berücksichtigen konnte. Beschlossen doch die aus den einzelnen Interessenkreisen zusammengesetzten Ortsgruppen und die meist einen Wahlkreis umfassenden Bezirksgruppen⁵⁾ über die Berechtigung der Wahlhilfe für einen Kandidaten, der also die im Hansabund repräsentierten Stände gleichermaßen vertrat.

Die Mitgliederverluste wurden durch Beitritt neuer Mitglieder wettgemacht. Der Hansabund hatte Anfang 1911 51 Landes- und Bezirksgruppen, 603 Ortsgruppen und 14 432 Vertrauensmänner. Neben 250 000 Einzelmitgliedern waren 687 Wirtschaftsverbände korporativ angeschlossen⁶⁾. Anfang 1912, nach den Wahlen, betrug die Zahl der Zweigvereine (Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen zusammen) 717. Die Zahl der angeschlossenen Vereine hatte 788 erreicht⁷⁾. Mochten hierunter auch zahlreiche kleinere Gruppen gerechnet worden sein, die

¹⁾ Koehler, Centralverband, S. 14 f. — Bürger heraus! S. 127 f.

²⁾ Vgl. den Briefwechsel zwischen Rötger und Rießer; HB, Nr. 25, 24. Juni 1911, S. 221 ff.

³⁾ Krauß-Düren, S. 274 f.

⁴⁾ HB, Nr. 10, 11. März 1911.

⁵⁾ HB, Nr. 6, 11. Februar 1911.

⁶⁾ HB, Nr. 9, 4. März 1911.

⁷⁾ HB, Nr. 9, 9. März 1912.

den Austritt der Schwerindustrie nicht ersetzen konnten, so war doch von einem durch die Sezession verursachten Zusammenbruch des Bundes keine Rede. Lästige Begleiterscheinungen zeitigte allerdings der Aderlaß: So stand der Hansabund vor mißlichen organisatorischen Problemen, da die Führer des Zentralverbandes bei ihrem Scheiden sämtliche Verzeichnisse der Hansabundmitglieder hatten mitgehen heißen, was sich gerade im beginnenden Wahlkampf und seiner Agitations- und Werbearbeit bemerkbar machte¹⁾. Dennoch schien das durch den nun klaren Frontenverlauf erleichterte Vorgehen diese Mängel mehr als wettzumachen.

Aber auch jetzt gab es für die Hansabundführung in der Taktik gegenüber den Parteien eine ganze Reihe von Fallstricken zu umgehen. Die divergierenden Interessen der Mitglieder erlaubten auch jetzt noch nicht, für eine bestimmte Partei oder Parteiengruppe Stellung zu nehmen. Da Angehörige vieler politischer Parteien im Hansabunde nebeneinander vertreten waren, galt für die Leitung der Grundsatz, daß der Bund „die Durchführung der Wahlen und Stichwahlen . . ., da er selbst keine politische Partei ist, den politischen Parteien zu überlassen“ hätte²⁾. Anders als den agrarischen Organisationen war es ihm also verwehrt, mit eigenen, nur auf das eigene Programm verpflichteten Kandidaten hervorzutreten. Statt dessen hatte der Hansabund die bürgerlichen politischen Parteien bei Aufstellung und Durchsetzung solcher — in erster Reihe gewerblicher, industrieller und kaufmännischer — Kandidaten zu unterstützen, die die Gewähr dafür boten, daß sie bei ihrer parlamentarischen Tätigkeit die praktische Verwirklichung der Richtlinien des Hansabundes vom 4. Oktober 1909 — dem Bundesprogramm — „energisch anstreben werden³⁾“. Ein Sozialdemokrat konnte somit unmöglich unterstützt werden, da das Erfurter Programm mit den Richtlinien unvereinbar war. Wie aber sollte sich die Leitung des Bundes verhalten, wenn der Kandidat einer Partei, die den Hansabund ablehnte, zugleich sein Mitglied war und als solches Wahlhilfe anforderte? Besonders das Zentrum kam hierfür in Betracht, da es aus parteiinternen Erwägungen den in den Richtlinien niedergelegten Grundsatz der „Gleichberechtigung“ und „gleichen Belastung aller Erwerbsstände⁴⁾“ durchaus anerkannte und im Hinblick auf den konservativen Partner den Hansabund trotzdem bekämpfte. Ein solcher delikater Fall blieb keine akademische Frage, sondern trat bei den Düsseldorfer Ersatzwahlen im September 1911 tatsächlich ein. Zentrumskandidat und Hansabundmitglied Bankdirektor Dr. Friedrich erbat sich in der Stichwahl die Hilfe des Bundes gegen den Kandidaten der Sozialdemokratie, die ihm zukäme, da er auf dem Boden der Richtlinien stände. Bot der Kandidat trotz der heftigen Polemik seiner Partei genügend

¹⁾ Bürger heraus! S. 121.

²⁾ Formulierung der Wahlpolitik des HB durch Rießer auf dem 1. Hansatag, 22. Juni 1911; vgl. Schulthess, 1911, S. 121 und Bürger heraus! S. 113.

³⁾ HB, Nr. 25, 24. Juni 1911. — Ähnlich: Jb. d. HB, 1. Jg. 1912, S. 135 ff.

⁴⁾ Jb. d. HB, 1. Jg. 1912, S. 136.

Sicherheit, die Forderungen des Hansabundes auch nach seiner Wahl unter Umständen gegen die eigene Zentrumsfraktion zu verteidigen? Man bemühte sich in einer lebhaften Korrespondenz um eine zusätzliche unterschriftliche Verpflichtung des Kandidaten, die sich nach einigen Abstrichen schließlich auf folgenden Wortlaut beschränken sollte: „Hierdurch verpflichte ich mich durch Unterschrift, in meinem parlamentarischen Wirken innerhalb und außerhalb meiner Partei das Programm der Richtlinien des Hansabundes vom 4. Oktober 1909 energisch zu vertreten. Insbesondere jeder gegen Gewerbe, Handel und Industrie und die Angestellten gerichteten agrardemagogischen Ausschreitung mich zu widersetzen; endlich dafür einzutreten, daß unter Verzicht auf jede einseitige Belastung jener Stände die Steuern und Lasten unter alle Stände nach Besitz und Leistungsfähigkeit gerecht verteilt werden und dafür, daß jenen Ständen der ihnen gebührende Anteil an der Gesetzgebung, Verwaltung und Leitung des Staates gewährt wird.“ Dr. Friedrich verweigerte die Unterschrift, da sein Ehrgefühl durch sie verletzt würde. Da eine solche schriftliche Verpflichtung durchaus zu den Gepflogenheiten der Wahlkämpfe gehörte, das Schriftstück zudem so dehnbar und begrifflich unscharf abgefaßt war, daß der zum Abgeordneten aufgestiegene Kandidat mühelos eine seinen Plänen entsprechende Auslegung des Textes hätte finden können, scheint der Verdacht nicht ganz ausgeschlossen, daß die Zentrumspartei hier ein wohldurchdachtes Manöver ablaufen ließ. Eine Ersatzwahl, die den Verlust des Mandats nur für wenige Wochen bis zu den nahen allgemeinen Wahlen mit sich bringen konnte, mochte durchaus geeignet sein, durch eine ausgeklügelte Aktion eine propagandistische Waffe ersten Ranges gegen die Parteilichkeit des Hansabundes zu schmieden. Die Presse des schwarzblauen Lagers machte jedenfalls ausgiebigen Gebrauch von ihr¹⁾.

Ebenso unangenehm war die Lage des Hansabundes, wenn sich bei einer Wahl zwei unterstützungswürdige Kandidaten gegenüberstanden. In diesem Falle wurde nicht Partei genommen²⁾. Im Hinblick auf das Ziel seines Kampfes gegen den Einfluß des Bundes der Landwirte, aber auch im Hinblick auf die Zahl der ihr verpflichteten zukünftigen Reichstagsabgeordneten war es jedoch der Hansabundführung vor allem daran gelegen, das Wahlabkommen der liberalen Parteien so lückenlos wie möglich zu gestalten. Immer wieder trat daher der Hansabund als unermüdlicher Vermittler zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler hervor, wenn die Verhandlungen schon zu stocken drohten, wie in Hessen³⁾ oder Niederschlesien⁴⁾. In Neuhaldensleben, wo der rechtsgerichtete Nationalliberale

¹⁾ Zur Düsseldorfer Ersatzwahl: HB, Nr. 38, 23. September 1911, S. 329—332 (hier u. a. abgedruckt die Korrespondenz zwischen der Düsseldorfer Ortsgruppe und dem Kandidaten). — HB, Nr. 39, 30. September 1911, S. 342 f. (Presseübersicht). — Weitere Pressestimmen: Parteien, S. 159 f.

²⁾ HB, Nr. 12, 25. März 1911.

³⁾ KZ, Nr. 1357, 10. Dezember 1911.

⁴⁾ Ortsgruppe Bunzlau; HB, Nr. 11, 18. März 1911.

Dr. Schiffer gegen Obermeister Rahardt (Reichspartei) kandidierte, den Präsidenten der dem Hansabund angehörenden Mittelstandsvereinigung, mußte Hansabundpräsident Rießer — ebenfalls Nationalliberaler — seinen Parteigenossen kurz vor der Wahl durch das Telegramm stellen: „Es wird mir mitgeteilt, daß Sie Hansabund und Rahardt wegen Hansabundzugehörigkeit scharf angehen. Bitten um Eildrahtnachricht, ob Nachricht wahr, und ob Sie Hansabundrichtlinien anerkennen.“ Schiffer dementierte die Behauptungen über seine Angriffe auf den Bund, teilte im übrigen aber mit, daß er „grundsätzlich jede Verpflichtungserklärung ablehne¹⁾“. Dieses Schlaglicht zeigt, daß die Leitung des Bundes keineswegs gewillt war, Parteirücksichten — etwa einseitige Unterstützung der befreundeten Liberalen — den wirtschaftspolitischen Interessen voranzustellen.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller

Für den Zentralverband Deutscher Industrieller mußte die Rechtfertigung der Wirtschaftspolitik der schwarzblauen Parteien zugleich eine Verteidigung der eigenen Interessenpolitik bedeuten²⁾, die sich die Aufrechterhaltung des Zollschatzes und weitgehende Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeitnehmer zum Ziel gesetzt hatte. Trotzdem schien ein allzu offen gezeigtes Einverständnis mit den Rechtsparteien bei der allgemeinen Stimmung wenig ratsam zu sein. Nach der Sezession lag zunächst alles daran, den auftauchenden Verdacht näherer Vereinbarungen zwischen dem Zentralverband und dem Bund der Landwirte oder den Konservativen im Keim zu ersticken. Wie weit Gerüchte dieser Art auf Wahrheit beruhten, ist ungewiß. Während einer Rede in Duisburg, Juli 1911, wies der Hansabundführer Rießer jedenfalls auf zweifelsfreie Nachrichten hin, nach denen bereits vor der Sezession Verhandlungen des Zentralverbandes mit von Heydebrand stattgefunden hätten, die „zunächst wohl nur die beiderseitigen Schutzzollwünsche zum Gegenstand“ gehabt hätten, „während die politische und finanzielle Unterstützung im Wahlkampf innerhalb gewisser Grenzen, ferner die Zurückstellung des Kampfes gegen den . . . Bund der Landwirte und damit den Austritt aus dem Hansabunde, der diesen Kampf nach seinen Richtlinien zu führen hat, sich aus jener Abmachung auch ohne besondere Stipulation von selbst“ ergäbe³⁾. Henry Axel Bueck beeilte sich, in einer Broschüre diese Behauptungen zu dementieren⁴⁾. Weder wäre der Zentralverband „bedingungslos in das Lager des Bundes der Landwirte übergegangen“, der mehrfach mit seiner Interessenpolitik „die von den Interessen des Gemeinwohls

¹⁾ NL Schiffer 1.

²⁾ Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 25 f.

³⁾ HB, Nr. 28, 17. Juli 1911.

⁴⁾ Bueck, Henry Axel: Weshalb die Industrie der Rießerschen Parole ‚Kampf gegen Rechts‘ nicht folgen soll. Bln. 1911.

gezogenen Grenzen“ überschritten hätte, noch wären Abmachungen mit den Konservativen „über einen schnöden Zollschacher ‚Eisen gegen Kornzölle‘“ getroffen worden. Alle derartigen Behauptungen wären die „Ausgeburten der jetzt leider von Tag zu Tag zunehmenden Hetzarbeit . . .¹⁾“.

Wie dem auch sei — die „Grundsätze für die Unterstützung von Kandidaten aus dem industriellen Wahlfonds“ sind eng auf die Politik der schwarzblauen Parteien abgestimmt gewesen, deren Kandidaten den Hauptteil der Gelder erhalten haben dürften. Im Gegensatz zum Wahlfonds des Hansabundes lag dem des Zentralverbandes ein, wenn auch fakultativer, Zahlungsmodus zugrunde. Die auf Betreiben Buecks gebildete „Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds“, die in ihren Entscheidungen weitgehend frei vom Einfluß des Verbandes war²⁾, hatte Anfang 1910 alle unmittelbaren Mitglieder zur Zahlung von Beiträgen aufgefordert. Als Grundlage sollte die in den Betrieben verausgabte Lohnsumme des Jahres 1909 dienen, von der 0,5 pro mille an den Wahlfonds als Jahresbeitrag für 1910 abzuführen wären. Gleichzeitig sollten sie die Verpflichtung eingehen, in der gleichen Weise zu berechnende Beiträge für die Jahre 1911 und 1912 zu leisten³⁾. Von diesem Kapital sollten bei den nächsten Reichstagswahlen in erster Linie Kandidaten unterstützt werden, „die in der Industrie selbst stehen oder gestanden haben . . . und deren Überzeugung sie in den Stand setzt, die Interessen der Industrie in den Vordergrund ihrer parlamentarischen Tätigkeit zu stellen . . .“.

In jedem anderen Falle wäre zu prüfen, ob der Kandidat sich erstens für eine „paritätische Behandlung von Industrie und Landwirtschaft hinsichtlich des Schutzes der nationalen Arbeit, insbesondere bezüglich der Zölle und der Handelsverträge, erklären“ wollte. — Mit aller Deutlichkeit wurde also das Prinzip der Interessengleichheit von Schwerindustrie und Landwirtschaft hervorgehoben, nicht zuletzt sicherlich aus der Sorge, die schließlich gewählten Abgeordneten der Rechtsparteien könnten zugunsten der landwirtschaftlichen Interessen diejenigen des Zentralverbandes in den Hintergrund treten lassen. — Zweitens sollte der Kandidat Sicherheit bieten, daß er bei allen sozialpolitischen Fragen „auf Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gebührende Rücksicht nehmen“ würde und bereit wäre, vor seiner Stellungnahme zu sozialpolitischen Gesetzesvorlagen „Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse und die Anforderungen des praktischen Lebens von der Vertretung der Kommission für den industriellen Wahlfonds entgegenzunehmen und gewissenhaft zu prüfen⁴⁾“. Entsprechend diesen sehr klar umrissenen Anforderungen — zumeist dürfte es ein Mitglied der schwarzblauen Parteien gewesen sein —,

1) Bueck, Weshalb die Industrie . . ., S. 30.

2) Bueck an Rheinbaben, 4. Dezember 1911; STAK 403/8466.

3) Soziale Praxis, Nr. 18, 3. Februar 1910, S. 462.

4) Vervielfältigung der „Grundsätze“ in STAK 403/8466.

wurden den mit seiner Wahl betrauten Körperschaften — nicht ihm selbst und nicht einzelnen Personen — die entsprechenden Summen zugeleitet¹⁾).

Die Gewerkschaften

Vertraten auch die Gewerkschaften offiziell das Prinzip der parteipolitischen Neutralität, so war doch jede von ihnen mehr oder minder eindeutig bestimmten Parteien zugeordnet. Am deutlichsten trat diese Tatsache bei den freien Gewerkschaften hervor²⁾, deren Programm in drei wesentlichen Punkten mit dem der Sozialdemokratie übereinstimmte. Wie die sozialdemokratische Partei forderten die *freien Gewerkschaften* Schutz bei freier Ausübung des Koalitionsrechtes, den radikalen Ausbau des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung und schließlich den Abbau der indirekten Steuern und Zölle. Hinzu kamen eine Fülle von Spezialforderungen einzelner Gewerkschaftsverbände, die sich die Sozialdemokratie zu eigen gemacht hatte³⁾. Trotzdem waren die Gewerkschaften, besonders die Zentrale, bestrebt, eine klare Trennungslinie zwischen politischer Partei und Berufsorganisation zu ziehen. So betonte der Gewerkschaftsführer Carl Legien: „Parteipolitisch neutral sollen die Gewerkschaften sein. Sie können deshalb bei den Reichstagswahlen, bei denen es sich um die Entscheidung darüber dreht, dem Vertreter einer politischen Partei ein Mandat zu sichern, nicht *unmittelbar* als politische Organisation eingreifen.“ Da es aber „das Törichtste, was die Arbeiter tun könnten“, wäre, wenn sie dem „konservativ-ultramontanen Block“ die Entscheidung über das Koalitionsrecht der Arbeiter überließen, läge es im eigensten gewerkschaftlichen Interesse, dafür zu sorgen, daß eine „ausreichende Zahl Sozialdemokraten in den nächsten Reichstag gewählt“ würde⁴⁾. Diese Auffassung des Begriffs der parteipolitischen Neutralität, mittelbar, durch Stimmabgabe die Sozialdemokratie zu unterstützen, wurde nicht von allen freien Gewerkschaftsverbänden geteilt. Am weitesten ging hierin wohl der Bergarbeiterverband, der — aus der besonderen, im Bergbau herrschenden Situation — in seinem Organ auf die Neutralität hinwies, die es verböte, die Verbandsmitglieder auf eine bestimmte Partei zu verpflichten. Allerdings forderte er diejenigen Mitglieder, die von der Berechtigung der sozialdemokratischen Bewegung überzeugt wären, auf, für diese Partei unter den Arbeitskollegen zu agitieren⁵⁾.

Da die Generalkommission jede Unterstützung der Sozialdemokratie für unzulässig hielt, die über die Stimmabgabe hinausging, durfte — nach der

¹⁾ Bueck an Rheinbaben, 4. Dezember 1911; STAK 403/8466.

²⁾ 53 Verbände mit 11926 Ortsvereinen und 2128000 Mitgliedern. Einnahmen: 64 $\frac{1}{3}$ Mill.; Vermögen: 52 $\frac{1}{2}$ Mill. Mark (Hillgers Wegweiser, S. 75).

³⁾ Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 8 ff.

⁴⁾ SM, XV, 3, 1911, S. 1575—1580.

⁵⁾ Bergarbeiterzeitung, 23. Dezember 1911; zit. nach Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 11.

offiziellen Version — der befreundeten Partei auch keine finanzielle Hilfe geleistet werden. Man hatte hierfür zwei wichtige Gründe: Zunächst befürchtete man eine Schmälerung der für die Gewerkschaftsbewegung notwendigen Mittel. So meinte das „Korrespondenzblatt“: „Es ist Sache der Parteiorganisation, den Wahlkampf zu führen und die Mittel dafür aufzubringen. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß die Organisationen des deutschen Unternehmertums durch die Bereithaltung von Mitteln den Wahlkampf der arbeiterfeindlichen Parteien unterstützen. Die Gewerkschaften bedürfen ihrer Mittel für den gewerkschaftlichen Kampf, und die sozialdemokratische Partei ist sowohl organisatorisch als auch finanziell so gestellt, daß sie den Wahlkampf mit eigenen Mitteln zu führen in der Lage ist¹⁾.“

Der andere und vielleicht der wesentlichere Grund war die Furcht vor rechtlichen Folgerungen, die eine Überweisung von Geldern an die Arbeiterpartei hervorrufen konnte. Ein solcher Fall ereignete sich gerade zu dieser Zeit und stand allen Gewerkschaften vor Augen: Die Dresdener Polizeidirektion hatte erfahren, daß die dortige Zahlstelle des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter dem sozialdemokratischen Reichstagswahlfonds 500 Mark überwiesen hatte. „Da der Verband somit eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckte, betrachte die königliche Polizeidirektion ihn im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes als politischen Verein. Der Verband möge daher binnen 14 Tagen den sich daraus ergebenden Verpflichtungen nachkommen²⁾.“ Obwohl das „Korrespondenzblatt“ sich gegen diese Entscheidung verwahrte und auf die Wahlgelder der Unternehmerorganisationen hinwies³⁾, hielt man es doch für ratsamer, weitere Zusammenstöße dieser Art zu vermeiden. Es gab jedoch eine ganze Reihe von Verbänden oder doch Ortsvereinen, die sich dieser offiziellen Stellung nicht anschlossen und zum Teil beträchtliche Summen dem sozialdemokratischen Wahlfonds zufließen ließen⁴⁾. Einen Kompromiß schlug in dieser Frage die „Holzarbeiterzeitung“ vor: „Bei der außerordentlichen Bedeutung der bevorstehenden Wahlen hat jeder Arbeiter ohne weiteres die moralische Verpflichtung, sein Scherflein zu den Wahlkosten beizutragen, und zwar halten wir dafür, daß dieser Verpflichtung aus der eigenen Tasche genügt wird. Nur so kann die Opferwilligkeit der Arbeiter bekundet werden, nicht durch Überweisung aus einem Fonds, dessen Mittel eigentlich für andere Aufgaben im Dienste der Arbeiter bestimmt waren⁵⁾.“

Auch die viel kleineren *Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften* vertraten einen ähnlichen Standpunkt gegenüber den politischen Parteien. Auch sie lehnten eigene politische Tätigkeit ab und forderten ihre Mitglieder auf, „ihre Pflicht als

¹⁾ Nach Hilfe, XVII, 1911, S. 774.

²⁾ Nach ZB, Nr. 26, 23. Dezember 1911.

³⁾ KB, Nr. 48, 1911; zit. nach ZB, Nr. 26, 23. Dezember 1911.

⁴⁾ Beispiele hierfür in: Z, Nr. 14, 6. Januar 1912.

⁵⁾ Zit. nach Hilfe, XVII, 1911, S. 774.

Staatsbürger“ zu „erfüllen durch Eintritt in die entsprechenden politischen Wahlvereine und in diesen mit Besonnenheit, aber voller Energie sich für die Verwirklichung der Gewerkschaftsforderungen“ einzusetzen¹⁾). Als solche kamen dem Gewerkschaftsprogramm gemäß hauptsächlich die Liberalen, besonders Fortschrittler, in Frage. Aber für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine trat angesichts ihrer verhältnismäßig geringen Bedeutung²⁾ vielmehr die Gefahr auf, in den Bannkreis einer politischen Partei zu geraten, als selbst auf eine Partei bestimmenden Einfluß ausüben zu können. Dieser Möglichkeit suchte das Programm vorzubeugen, das zwar ihre *religiöse Neutralität*, aber ihre *politische Unabhängigkeit* hervorhob³⁾). Allen gegnerischen Parteien konnte durch diese begriffliche Scheidung in „neutral“ und „unabhängig“ nun um so entschiedener begegnet werden: „Parteien, die unsere Grundanschauungen ausdrücklich ablehnen oder gar bekämpfen, ziehen sich selbst die Grenze, wo eine Neutralität für uns aufhören muß⁴⁾.“

Die *christlichen Gewerkschaften*, nach den freien Gewerkschaften die größte Berufsorganisation der Arbeiterschaft⁵⁾, waren durch die innenpolitische Entwicklung der letzten Jahre in eine schwierige taktische Lage geraten. Hauptgegner blieben nach wie vor die Sozialdemokratie und die ihr nahestehenden freien Gewerkschaften: „Aus den Zeilen der sozialdemokratischen Presse und aus den Reden der Versammlungsredner atmet uns ein Haß entgegen, der kaum noch zu überbieten ist . . . Es muß vollständig ausgeschlossen sein, daß ein christlicher Gewerkschaftler einer Partei seine Stimme gibt, die seit einem Jahrzehnt es fast als ihre Haupttätigkeit ansieht, die christliche Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen und zu verunglimpfen . . .⁶⁾.“ Dennoch ergab sich aus rein fachlichen Gründen in manchen wirtschaftspolitischen Punkten eine gewisse Interessengleichheit mit der konkurrierenden Gewerkschaftsbewegung, so besonders in der scharfen Ablehnung aller Ausnahme Gesetze⁷⁾. Bei aller Zustimmung zu der bestehenden Wirtschaftsordnung glaubten die christlichen Gewerkschaftler doch, darauf dringen zu sollen, daß sich die Zölle „den praktischen Bedürfnissen der Volksernährung anpassen müssen“⁸⁾, also bei Teuerung die Lebensmittelzölle zu senken wären — eine Forderung, die bei der augenblicklichen Volksstimmung schon aus taktischen Rücksichten auf die große Nachbarorganisation ratsam schien. Gerade damit mußten die christlichen Gewerkschaften in einen nicht zu

¹⁾ Block, S. 11.

²⁾ 24 Verbände mit 2263 Ortsvereinen und 123 000 Mitgliedern. Einnahmen: 2,9 Mill. Mark; Vermögen: 4,7 Mill. Mark (Hillgers Wegweiser S. 75).

³⁾ Block, S. 10. — Varnholt, S. 11.

⁴⁾ Varnholt, S. 11.

⁵⁾ 22 Verbände mit 4419 Ortsvereinen und 316 000 Mitgliedern. Einnahmen: 5,5 Mill. Mark; Vermögen: 6,1 Mill. Mark (Hillgers Wegweiser, S. 75. — Vgl. KVZ, Nr. 572, 5. Juli 1911).

⁶⁾ ZB, Nr. 23, 13. November 1911.

⁷⁾ Ebd.

⁸⁾ Zit. nach Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 22.

unterschätzenden Gegensatz zu den Konservativen geraten, der noch durch die konservativen Fühlungen mit rheinisch-westfälischen Industriekreisen verstärkt worden sein mochte¹⁾).

Da die engen Bindungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und der Zentrumsparlei schon in der Vergangenheit eine Zielscheibe für vielfache Angriffe ihrer Gegner gewesen waren, mußten sie jetzt mehr denn je auf eine saubere Trennungslinie achten. Zwar gehörte die große Mehrzahl der auch politisch organisierten Mitglieder der Zentrumsparlei an. Daneben waren aber recht ansehnliche Gruppen anderer Parteien vertreten — hauptsächlich Christlich-Soziale und Nationalliberale²⁾. Der christlich-soziale Arbeiterführer Behrens wurde daher immer wieder vor die Aufgabe gestellt, die Gleichberechtigung der Vertreter aller bürgerlichen Parteien innerhalb der christlichen Gewerkschaften ausdrücklich zu betonen: „... ich kann sagen, daß ich in den sechs Jahren meiner Gewerkvereinstätigkeit nichts gefunden habe, was mich als evangelischem Mann irgendwie hätte veranlassen können, dieser Bewegung ein Mißtrauen entgegenzubringen oder mich von ihr abzuwenden. Meinen katholischen Kollegen in der Leitung kann ich das Zeugnis ausstellen, daß sie ... nie versucht haben, die konfessionelle oder parteipolitische Neutralität zu verletzen³⁾.“ Dennoch schien es dem im Herbst 1911 tagenden Ausschuß des Gewerkschaftsverbandes angebracht, angesichts der herannahenden Wahlen auf den parteipolitisch neutralen Charakter der Organisation hinzuweisen. Ihm entsprechend „mußten alle Funktionäre unserer Bewegung streng darauf achten, jede Parteipolitik aus den christlichen Gewerkschaften fernzuhalten“. Außerhalb der Gewerkschaft könne sich jedes Mitglied nach Neigung politisch betätigen. „Ein tüchtiger Gewerkschafter werde sich aber auch hier stets fragen: wie kann ich unserer Gewerkschaftsbewegung nutzen? Unter allen Umständen aber müßte verhindert werden, daß durch die politischen Kämpfe unserer Bewegung neue Schwierigkeiten erwachsen ...⁴⁾.“ Und einen Monat später gab die Leitung noch einmal der Hoffnung Ausdruck, daß die parteipolitischen Auseinandersetzungen nicht in die Gewerkschaft hineingetragen würden: „Dringend wünschenswert ist es jedoch, daß unsere Mitglieder den politischen Kampf in einer Weise führen, welche das Zusammenarbeiten auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht beeinträchtigt.“ Im Gegenteil sollten die als Anhänger einer Partei am

¹⁾ S. o. S. 30 f.

²⁾ Die bedeutendsten Vertreter dieser Gruppen waren der christlich-soziale Abgeordnete und Kandidat von Wetzlar/Altenkirchen, Behrens, und der nationalliberale Bergarbeiter Heckmann, der im Wahlkreis Bochum vor dem sozialdemokratischen Gewerkschaftler Hué das Mandat gewann. — *Molt* (S. 247) zieht eine m. E. zu scharfe Trennungslinie zwischen der evangelischen Arbeiterbewegung und den der Zentralkommission unterstellten christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften waren zu einem gewissen Grade interkonfessionell, auch wenn der katholische Teil überwog.

³⁾ KVZ, Nr. 646, 30. Juli 1911.

⁴⁾ ZB, Nr. 21, 16. Oktober 1911.

Wahlkampf beteiligten Mitglieder dazu beitragen, „daß die politischen Kämpfe nicht allzusehr verrohen“¹⁾. Zudem waren die Christlichen besonders darauf bedacht, nirgendwo den Argwohn einer Begünstigung der Zentrumspartei aufkommen zu lassen, indem sie Kandidaten dieser Partei unterstützten. Als daher in Saarbrücken gegen den nationalliberalen Parteiführer der Bergarbeiter Sauer-
mann — Landtagsabgeordneter und christlicher Gewerkvereiner — vom Zentrum aufgestellt wurde und dem dortigen Gewerkverein christlicher Bergarbeiter eine führende Rolle in der Wahl des Kandidaten nachgesagt wurde, rückte die Zentrale der Christlichen in aller Form von ihrem Funktionär ab: „Es hat uns sehr frappiert, daß Kollege Sauer-
mann diesen Schritt getan hat, ohne sich mit den führenden Kollegen unserer christlichen Arbeiterbewegung . . . vorher ins Benehmen zu setzen . . . Die christlichen Gewerkschaften sind eine zentralisierte Bewegung. Die Vertrauensleute und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften können mit Recht verlangen, daß ihre durch die Bewegung bekannt gewordenen Kollegen sich nicht von den bürgerlichen Parteien in heftig umstrittenen Bezirken derart stark engagieren lassen, und die Gefahr heraufbeschwören, daß hier in einem Bezirk für unsere Bewegung mehr kaputt geschlagen wird, wie an anderen Stellen durch jahrelange mühsame Arbeit aufgebaut werden konnte“²⁾. Die christlichen Gewerkschaften sahen sich daher aus vorwiegend internen Gründen veranlaßt, das weite Feld politischer Einwirkung durch Eingriff in das Wahl-
geschehen nahezu gänzlich als Organisation zu meiden und die parteipolitische Initiative den Einzelmitgliedern zu überlassen. Infolgedessen wirkte sich der überwiegende Anteil des Zentrums an den Mitgliederziffern der christlichen Gewerkschaften zumindest indirekt doch aus.

Angestelltenverbände und Mittelstandsorganisationen

Hinter Finanzkraft und Einflußmöglichkeiten der großen Verbände der Landwirtschaft und Industrie wie auch des Hansabundes blieben die *Organisationen der Angestellten* zurück. Dennoch bewirkten die in den Reichstagsverhandlungen seit 1907 aufgeworfenen sozialpolitischen Fragen — besonders die Pensionsversicherung — eine beschleunigte Politisierung und damit ein Wachstum der entsprechenden Berufsorganisationen³⁾. Ende 1909 betrug die Zahl der in den 10 bedeutendsten Verbänden organisierten Angestellten 448 076. Zwei Jahre später war die Gesamtsumme der in den 11 bedeutendsten Angestelltenverbänden Organisierten schon auf 572 639 gestiegen⁴⁾. Zum Teil waren sie oder ihre Organisationen zugleich jedoch Mitglieder des Hansabundes, der Ausrichtung und besonders Finanzierung der Wahlen übernahm.

¹⁾ ZB, Nr. 23, 13. November 1911.

²⁾ ZB, Nr. 21, 16. Oktober 1911.

³⁾ Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 32.

⁴⁾ Archiv, XXXV, 1912, S. 264 f.

Unter den Organisationen der Angestellten standen die Verbände der Techniker den Gewerkschaften der Arbeiter am nächsten. Sie waren es daher auch, die die parteipolitische Neutralität auf die Sozialdemokratie ausdehnten. Kandidaten aller Parteien, ohne Ausnahme, erhielten im Einflußbereich der drei führenden Verbände¹⁾ Interpellationen, in denen die Stimmabgabe von der Verpflichtung auf die Standesforderungen abhängig gemacht wurde. Trotz der offiziell verfolgten politischen Neutralität neigten die Techniker vor allem aber zur Unterstützung radikalliberaler, demokratischer Kandidaten, in der Art der Vertreter der Demokratischen Vereinigung²⁾.

Die kaufmännischen Angestellten waren weniger einheitlich politisch organisiert³⁾. Während eine große Zahl die Mitgliedschaft des Hansabundes besaß — so der *Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig*, dessen Vorsitzender mit Hilfe des Bundes ein Reichstagsmandat gewann⁴⁾ —, stand der *Deutschnationale Handlungsgehilfenverband* den Parteien der Rechten nahe. Dennoch lehnte gerade dieser Verband die politische Vertretung seiner Wirtschaftsinteressen entschieden ab. Diese Aufgabe müßte allein den politischen Parteien überlassen werden. Eine Berufsorganisation könnte nur dann standespolitische Interessen erfolgreich vertreten, wenn sie ihre Unabhängigkeit von den politischen Parteien bewahrte. Eine Stellungnahme des Verbandes zu wirtschaftspolitischen Fragen, die der Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gruppen wären, würde zugleich eine Parteinahme zugunsten der einen und gegen die andere politische Partei sein, in deren Folge der Verband sich selbst seines Einflusses auf einen Teil der Parteien beraubte⁵⁾. Deshalb wäre es überaus wünschenswert, wenn die Verbandsmitglieder sich auch politisch organisierten und innerhalb der Parteien für ihre Standesinteressen arbeiteten⁶⁾. Selbstverständlich war es für einen ursprünglich aus der antisemitischen Bewegung stammenden Verband⁷⁾ unmöglich, die Neutralität gegenüber den Parteien auch auf die Sozialdemokratie auszudehnen, die dementsprechend scharf bekämpft wurde: „Nur eine bewußt nationale Mehrheit im Reichstag schafft uns die Möglichkeit, die Handlungsgehilfen-Standespolitik, wie sie von uns vertreten

¹⁾ Die Mitgliederzahlen der größten Verbände betrugen Ende 1911: Deutscher Werkmeisterverband, Düsseldorf = 56000; Bund der technisch-industriellen Beamten = 20452; Deutscher Technikerverband = 30049 (Archiv, XXXV, 1912, S. 264 f.).

²⁾ Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 35.

³⁾ Mitgliederzahlen für Ende 1911: Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband = 122126; Verein für Handlungskommis von 1858 = 111000; Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig = 93843; Verband der deutschen Kaufleute = 18667; Zentralverband der Handlungsgehilfen = 15502; Deutscher Bankbeamtenverein = 29000; Deutscher Verband kaufmännischer Vereine = 73000 (Archiv, XXXV, 1912, S. 264 f.).

⁴⁾ Deutscher Handlungsgehilfenverband 1911/1912, S. 48 f.

⁵⁾ Bechly, S. 13 f.

⁶⁾ Beschluß des 12. Deutschen Handlungsgehilfentages; Bechly, S. 55.

⁷⁾ Ebd., S. 6.

wird, auch ferner mit Erfolg zu vertreten . . . deswegen müssen wir aus Liebe zu unserem Volk die Sozialdemokratie und alle, die sie unterstützen, hassen und bekämpfen, soweit es nur in unseren Kräften steht¹⁾).

Die Schwierigkeit für die *Staatsbeamten*, in die Politik einzugreifen²⁾, war die Ursache dafür, daß weiteste Kreise der Beamtenschaft keine standespolitischen Forderungen an die Kandidaten richteten. Die einzige Organisation, die hierin eine Ausnahme machte, war der *Bund der Festbesoldeten*, in dem allerdings nicht ausschließlich öffentliche Beamte vertreten waren. Er suchte systematisch, die Kandidaten auf die Beamtenforderungen zu verpflichten, und sammelte unter seinen Mitgliedern einen Wahlfonds, um neben Gewährung oder Verweigerung der Stimmen seiner Mitglieder ein weiteres Druckmittel zur Verfügung zu haben³⁾.

Der *Mittelstand* war die einzige Bevölkerungsschicht Deutschlands, deren berufsständische Organisation bislang noch unvollkommen ausgebildet war. In den Interessen mannigfaltig und teilweise äußerst entgegengesetzt, hatte sich eine Fülle von kleinen Verbänden und Vereinen entweder auf lokaler und regionaler Ebene oder nach Branchen abgegrenzt und vereinzelt sogar mit dem Willen zur Zentralisation gebildet⁴⁾. Da der Mittelstand vielfach noch kaum oder erst seit kurzer Zeit lebhafteres Interesse am politischen Geschehen gefunden hatte, bot er für alle Parteien ein ideales Feld für die Rekrutierung neuer Wählerscharen. Fast jede von ihnen hatte ein eigenes Mittelstandsprogramm. So ist es nicht verwunderlich, daß sich auch hier die parteipolitische Frontenteilung zwischen rechts und links auswirkte. Neben einer Reihe lokaler, abhängiger Organisationen, so der rheinisch-westfälischen oder der ostelbischen Handwerkskammern, standen der *Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände* und der *Reichsdeutsche Mittelstandsverband* den schwarzblauen Parteien nahe. Besonders die letztgenannte, erst Ende 1911 kurz vor dem Wahlkampf gegründete Organisation war offensichtlich gegen den Hansabund gerichtet, um ihn nach dem Ausscheiden des Zentralverbandes nun von der anderen Seite her zu erschüttern. Wie keine andere große Mittelstandsorganisation hatte sich der Mittelstandsverband den Standpunkt der industriellen und agrarischen Arbeitgeber zu eigen gemacht. In der Forderung von Maßnahmen gegen Streikterrorismus und Boykott sowie für „Schutz gegen die zunehmende, ungerechte Bedrückung durch die Überspannung des Koalitionsrechtes“ trat das enge Einverständnis mit den schwarzblauen Parteien unverkennbar zutage⁵⁾.

Aber auch die linksstehenden Parteien waren in das organisatorische Vakuum des Mittelstandes vorgestoßen. Mehr als zuvor war der *Hansabund* nach der

¹⁾ Handelswacht, 5. Januar 1912 [Parteien, S. 424].

²⁾ S. u., S. 123—129.

³⁾ Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 43.

⁴⁾ Ebd., S. 45 ff. — Vgl. Müffelman, a.a.O.

⁵⁾ Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 47 ff.

Sezession des Zentralverbandes Deutscher Industrieller auf die zahlreichen Verbände im Mittelstand zur Durchsetzung seiner Ziele angewiesen. Es war bei den vielfältigen durch ihn vertretenen Interessen nicht sosehr ein umfassendes, allseits befriedigendes Programm von Mittelstandsforderungen, das ihm diese Kreise in großen Scharen zutrieb, als vielmehr die an den Hansabund geknüpfte Hoffnung, in Gesetzgebung und Verwaltung die politische Gleichberechtigung gegenüber der bisherigen, als ungerecht und drückend empfundenen Vorherrschaft des Agrarismus erlangen zu können. So war das Ferment des Hansabundes gerade im Hinblick auf den Mittelstand zumindest in gleichem Maße ein politisches wie ein wirtschaftlich-soziales¹⁾. Nichts zeigt die Zugkraft des Hansabundgedankens so sehr wie der Weg des Obermeisters Rahardt und seiner Deutschen Mittelstandsvereinigung, der — ehemals deutschkonservativ — zur Reichspartei überwechselte und den Beitritt seiner Organisation zum Hansabund mit scharfen Anklagen gegen die „konservativ-klerikal-polnische“ Steuergesetzgebung begründete²⁾.

Reichsverband und Kriegervereine

Neben der fast unabsehbaren Zahl großer und kleiner wirtschaftspolitischer und berufsständischer Gruppen, die während der Wahlzeit bei Parteien und Kandidaten ihre Wünsche anmeldeten und durchzusetzen suchten, machte auch eine bedeutende Zahl von Organisationen politischer und ideeller Zielsetzungen auf sich aufmerksam. Sie umfaßten von den Alldeutschen und dem Flottenverein bis hin zum Antiultramontanen Reichsverband eine bunte Skala von Interessen aus allen Gesellschaftsschichten. Von ihnen mögen im folgenden nur zwei näher betrachtet werden.

Eine rein politische, wenn auch ideell verbrämte Zielsetzung hatte der *Reichsverband gegen die Sozialdemokratie*. Nach dem großen Wahlsieg der Sozialdemokraten von 1903 zur Eindämmung der Arbeiterbewegung ins Leben gerufen³⁾, suchte er, alle bürgerlichen Parteien in der gemeinsamen Frontstellung gegen die äußerste Linke zu einigen. Das war ein Bestreben, dem durch die Bülowblockwahlen von 1907 eine gute Starthilfe geboten worden war. Mit einer eigenen Korrespondenz und zahlreichen Wanderrednern, zu deren Ausbildung später Rednerschulen veranstaltet wurden, griff der Verband energisch in die parteipolitischen Auseinandersetzungen der Zeit ein⁴⁾. Aber seit dem Ende der Blockära und mit der folgenden Umgruppierung der Parteien geriet er 1909 nach Jahren des Anstiegs in ein Stadium der Stagnation.

¹⁾ Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 47 ff., S. 49—56.

²⁾ Fegter, S. 5. — Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 46 f., rechnet die Deutsche Mittelstandsbewegung irrtümlich noch der schwarzblauen Seite zu.

³⁾ Reichsverband 1911, BAK P 135/10773; vgl. Liebert, S. 175.

⁴⁾ Liebert, S. 176.

Bei dem Zerwürfnis zwischen Konservatismus und Liberalismus schien es nicht opportun, für ein bestimmtes Lager Partei zu nehmen. Nach der Zielsetzung war das auch nicht erforderlich: sosehr die Ereignisse von 1909 und 1910 auch „als erschwerendes Hemmnis im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu bewerten ist, für den ‚Reichsverband gegen die Sozialdemokratie‘ muß diese beklagenswerte Erscheinung eher ein Ansporn sein, die vaterländischen Kreise immer wieder zu sammeln und sie tauglich zu machen zum letzten Entscheidungskampfe, der dem deutschen Volke erst noch bevorsteht¹⁾“. Verlautbarungen, nach denen der Reichsverband bei den verworrenen innenpolitischen Verhältnissen Gewehr bei Fuß stehen müsse, wären durchaus unbegründet. Dennoch unterzog der Gesamtausschuß des Verbandes auf seiner Tagung in Berlin am 16. und 17. Januar 1911 seine Taktik bei den bevorstehenden Wahlen einer genauen Überprüfung. Eine einstimmig gefaßte Entschliebung sollte mit einem Fünf-Punkte-Programm als Richtschnur dienen:

„1. schon bei der Hauptwahl diejenigen aufs tatkräftigste unterstützen, die als *einzige* bürgerliche Kandidaten der Sozialdemokratie gegenüberstehen;

2. ebenfalls schon in der Hauptwahl denjenigen Kandidaten seine Unterstützung gewähren, die bereit sind sich zu verpflichten, ihre Wähler in einer unzweideutigen Erklärung zur Wahl des in der Stichwahl verbleibenden bürgerlichen Kandidaten aufzufordern;

3. in der Stichwahl zwischen einem bürgerlichen Kandidaten und einem Sozialdemokraten jenem Wahlhilfe zu leisten“;

4. im Falle eines offiziellen Wahlbündnisses zwischen einer bürgerlichen Partei und der Sozialdemokratie sollte der Kandidat der bürgerlichen Partei ebenso wie derjenige der Sozialdemokratie bekämpft werden.

Schließlich plante der Verband, in der Agitation die Wählerschaft zur Wahl der bürgerlichen Kandidaten aufzufordern²⁾.

Spätestens seit sich aus dem konservativen Lager Stimmen meldeten, die zur Wahlenthaltung der rechtsgerichteten Wählerschaft bei einer Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus aufforderten, konnte diese offizielle Wahltaktik des Reichsverbandes gegenüber allen bürgerlichen Parteien in der Theorie als durchaus korrekt und neutral bezeichnet werden. Wandte man die fünf Punkte an, mußte auch ein konservativer Kandidat der Hilfe des Verbandes verlustig gehen, wenn er und sein Wahlverein die Absicht hatten, bei einer etwaigen Stichwahl zwischen Liberalen und Sozialdemokraten zur Enthaltung aufzufordern.

In der Praxis war es aber um die Objektivität weit weniger günstig bestellt, da sich die tonangebende Spitze des Reichsverbandes fest in den Händen rechtsstehender Politiker befand. Der Vorsitzende des Verbandes, Generalleutnant z. D. von Liebert, war ebenso Reichstagsabgeordneter der Reichspartei wie das Vor-

¹⁾ Reichsverband 1910, BAK P 135/10773.

²⁾ Ebd.

standsmitglied Exzellenz von Dirksen Mitglied des Abgeordnetenhauses. Dr. Becker, der Geschäftsführer, galt neben dem Freiherrn Heyl zu Herrnsheim als Exponent der „Wormser Ecke“ der Nationalliberalen. Zudem stand die Schwerindustrie in dem Ruf des hauptsächlichen Geldgebers des Verbandes. Sie dürfte im gleichen Sinne auf die zweckdienliche Verwendung der Gelder hingewirkt haben¹⁾.

Die Wirkung des Reichsverbandes beruhte nicht so sehr auf dem Stimmenpotential seiner Mitglieder²⁾, als vielmehr in seiner durchschlagenden und ziel-sicheren Agitation, die noch während der Schilderung des Wahlkampfes zu erwähnen sein wird. Grundlage der Propaganda war eine verzweigte Organisation, deren Aufbau in raschem Tempo vor sich gegangen war. Zur Zeit der Wahlen besaß der Verband mehr als 700 Ortsgruppen³⁾.

Wirkte der Reichsverband mehr als Ferment der Aufklärung im Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten, so brachten die dem *Kyffhäuserbund der Deutschen Landes-Kriegerverbände* angeschlossenen Gruppen in ihrer Mitgliedschaft ein erhebliches Wählerpotential ein, das in ähnlichem Sinne beeinflußt werden konnte. Die im Bund vertretenen 27 Landesverbände, 30 500 Vereine konnten insgesamt auf 2,7 Millionen Mitglieder rechnen⁴⁾, also auf mehr als das Zweieinhalbfache derjenigen der Sozialdemokratie. Ganz anders als mit den Stimmen der Reichsverbandsmitglieder konnte mit denen der Kriegervereine auf das Wahlergebnis eingewirkt werden. Die politischen Ziele der Kriegervereine waren ähnlicher Natur, gingen aber zum Teil über die des Reichsverbandes hinaus. Da Mitglied eines Kriegervereins nur der sein und bleiben konnte, „der Treue und Liebe zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland fühlt und betätigt⁵⁾“, war ihm die Stimmabgabe nicht nur für die Sozialdemokraten, sondern auch für Großpolen und Welfen unmöglich. Die Wahl jeder anderen Partei stand dagegen im Belieben des einzelnen. „Diese Anforderungen an die Mitglieder der Kriegervereine seien nicht politischer Natur, sondern lediglich in den Satzungen zur Bedingung der Mitgliedschaft gemacht⁶⁾.“ Trotzdem wurde die scheinbare Neutralität der Vereine gegenüber den „nationalen“ bürgerlichen Parteien durch innige Beziehungen zum Konservativismus und zu den Behörden in Frage gestellt. Fälle wie der des Wahlkreises Nordhausen, wo konservative Kommunalbeamte auf Kriegervereine massiven Druck ausübten zur Stellungnahme gegen den Freisinn und damit indirekt für die Sozialdemokratie, mögen — in der Berichterstattung polemisch

¹⁾ Liebert, S. 176. — Vgl. Lederer, wirtschaftliche Organisationen, S. 31 f.

²⁾ Reichsverband 1911; BAK P 135/10773. — Der Verband zählte Anfang 1912 = 1300 Organisationen mit 221 500 Mitgliedern.

³⁾ Ebd.

⁴⁾ Germania, Nr. 211, 14. September 1911.

⁵⁾ Flugblatt des Bundes in: STAK 403/8466.

⁶⁾ Germania, Nr. 211, 14. September 1911.

„ würden uns freuen, wenn dieses Werk Ihnen gefallen hat. Sollten Sie sich über weitere Pläne unserer Kommission unterrichten wollen, so teilen Sie uns bitte auf dieser Karte Ihre Adresse mit. Wir werden Ihnen dann regelmäßig unsere Ankündigungen zusenden.

Besonders dankbar wären wir, wenn Sie die Fragen auf der Rückseite dieser Karte beantworten würden.

Unsere Bücher sind durch alle Buchhandlungen zu beziehen und erscheinen im DROSTE VERLAG.

**Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien**

bitte
freimachen

Drucksache

**Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien**

53 BONN AM RHEIN

Schedestraße 9

Name: _____

Vorname: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diese Karte entnahm ich folgendem Buch: _____

Wodurch sind Sie zum Kauf dieses Buches angeregt worden? *)

- ☐ Besprechung in der Presse
- ☐ Literaturhinweis in einem Fachbuch
- ☐ Rundfunksendung
- ☐ Zeitungsanzeige
- ☐ Empfehlung des Buchhändlers
- ☐ Empfehlung von Bekannten
- ☐ Empfehlung eines wissenschaftlichen Instituts

*) Zutreffendes bitte ankreuzen

überspitzte — Ausnahmen gewesen sein. Daß das Empfinden eines großen Publikums sie als glaubwürdig ansah, mag als Zeichen für die bestehenden Verbindungen zwischen den Konservativen und den Kriegervereinen gewertet werden¹⁾. Auch zu den oberen Verwaltungs- und Regierungsstellen wurde von den Kriegervereinen jede Gelegenheit zur Fühlungnahme benutzt²⁾.

5. Behörden und Parteien

Reichsregierung und Wahlpolitik

Bethmann Hollweg übernahm sein Amt in einem Augenblick schwerster parteipolitischer Auseinandersetzungen. Bei dem offenen Zerwürfnis der bisherigen Regierungsmehrheit von den Liberalen bis zu den Konservativen mußten zur Durchsetzung der bevorstehenden, unumgänglichen gesetzgeberischen Aufgaben andere Wege der Mehrheitsbildung beschritten werden. Um den geplanten Vorlagen der Regierung die erforderlichen Mehrheiten in den beiden Parlamenten zu sichern, mit denen er zusammenzuarbeiten hatte, konnte er nicht an den herrschenden Parteiverhältnissen vorübergehen. Hier aber fand er im Reichstag gänzlich andere Gegebenheiten vor als im Preußischen Abgeordnetenhaus: die Konservativen waren im Reichstag von 1907 mit 97 Abgeordneten (DK, RP, WVG) vertreten, stellten also ein knappes Viertel; im Landtag von 1908 besaßen sie mit 212 Abgeordneten (DK 152, FK 60) nicht ganz die Hälfte der 443 Sitze. Umgekehrt besaß die Sozialdemokratie nach den für sie außergewöhnlich ungünstigen Wahlen von 1907 im Reichstag 43 Mandate und gewann während der Ersatzwahlen 10 hinzu. Es war mit Sicherheit zu erwarten, daß die Partei bei Neuwahlen noch über die Fraktionsstärke von 1903 hinausgelangen würde. Im Abgeordnetenhaus dagegen waren die Sozialdemokraten mit sieben Sitzen durchaus eine quantité négligeable.

Allein schon aus dem Stärkeverhältnis der Flügelparteien erklärt sich, daß die politischen Dispositionen des preußischen Ministerpräsidenten andere sein mußten als die des deutschen Reichskanzlers. Preußische Politik und Reichspolitik konnten auf weiten Strecken nicht koordiniert werden³⁾. Was für Bethmann blieb, war die Beschränkung auf ein Vorgehen nach rein taktischen Gesichtspunkten. Im Reich sah er die Hauptgefahr für die zukünftige Arbeit der Gesetzgebung in dem Zerwürfnis zwischen Nationalliberalen und Konservativen, hervorgerufen durch die unnachgiebige Haltung der letzteren in der Erbschaftssteuerfrage. Da diese Steuer über kurz oder lang doch eingeführt werden

¹⁾ RB 302, Nr. 1160.

²⁾ Vgl. das Schreiben des Vorstands des Preußischen Landes-Kriegerbundes an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz; STAK 403/8466. — vgl. S. 137.

³⁾ Vgl. Hartung, Volk und Staat, S. 328.

müßte, so meinte er, könnten Konservative und Zentrum „nichts besseres tun, als baldmöglichst diese Steuer zu akzeptieren¹⁾“, um die aufgebrachte Öffentlichkeit wieder zu versöhnen und das Anwachsen der Sozialdemokraten abzufangen. „Konservative und Nationalliberale sind offenbar noch nicht zu einer hinreichenden Erkenntnis der Gefährdung ihres Besitzstandes gelangt“, schrieb er an den Kaiser und fügte besorgt hinzu: „Sie werden vielleicht erst durch die harte Schule der Reichstagswahlen gehen müssen²⁾“. Eine Normalisierung der Innenpolitik erwartete er aber erst, „wenn die hysterische Nervosität und in deren Folge der skrupellose Nihilismus zerstört wird, der sich weiter Kreise, selbst der früher gemäßigten Presse und damit auch eines größeren Teiles des Volkes bemächtigt hat. Dann wird erst wieder die Grundlage geschaffen sein, auf der sich eine verständig fortschreitende Politik aufbauen kann³⁾.“

Von seiten der Regierung suchte er diesem Ziel keine Hemmnisse in den Weg zu streuen. Weil „Gegensätze politischer Überzeugung⁴⁾“ ihn von einer ausschließlichen Zusammenarbeit mit den schwarzblauen Parteien ebenso abhielten, wie umgekehrt das Bild eines Reichskanzlers „an der Spitze der Phalanx Bassermann-Payer — ich spreche nicht einmal von Bebel —⁵⁾“ unvorstellbar für ihn war, fand er in der „Majoritätsbildung von Fall zu Fall“ den einzigen Ausweg⁶⁾. Mit dieser Stellung „über den Parteien“, bei der er die Mehrheiten nahm, wie er sie fand, konnte er auf eine Reihe von annehmbaren Erfolgen in der Gesetzgebung blicken.

In der allgemeinen Führung der Politik war Bethmann überdies peinlich bemüht, die seit der Finanzreform schwelende Unzufriedenheit der Linken nicht herauszufordern und alle direkten Eingriffe der Regierung in die Parteipolitik zumindest insoweit zu vermeiden, als sie dem Vorwurf einer Gebundenheit der Staatsführung an den Konservativismus neue Nahrung geben konnte. Es mußte jetzt dem Kanzler vor allem „nur darum zu tun sein, etwas zu kalmieren⁷⁾“, da er von allen aus konservativ-reaktionärem Geist geborenen Maßnahmen einzig einen weiteren Zulauf zur Sozialdemokratie befürchtete. Deshalb lehnte Bethmann auch anfangs den Ratschlag Bülows ab, bei den Wahlen die Agitation auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie abzustellen. Er bedauerte dabei, nicht, wie bisher mehr oder minder deutlich alle Reichskanzler, den Wählern eine Richtschnur für ihre Stimmabgabe an die Hand geben zu können: „... Böse ist es, daß die Regierung bei den Wahlen kaum aktiv wirken können. Die wirtschaftliche Parole zieht wenig, weil sie nicht genügend bestritten wird. Und

¹⁾ Zmarzlick, S. 48.

²⁾ Bethmann an Wilhelm II., 28. August 1910; zit. nach Zmarzlick, S. 48.

³⁾ Brief an H. Delbrück, 3. September 1910; zit. nach Zmarzlick, S. 46 ff.

⁴⁾ Bethmann, Betrachtungen, S. 18.

⁵⁾ Bethmann an Bülow, 14. Juli 1911; Thimme, Front, S. 198 ff.

⁶⁾ Bethmann, Betrachtungen, S. 18.

⁷⁾ Thimme, Front, S. 199.

auch die sozialdemokratische ist jedenfalls momentan nicht packend, nicht nur für die Parteien, sondern auch für die Regierung wird es fortschreitend immer schwieriger, ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie zu regulieren . . .¹⁾“ Während er die Sozialdemokratie nicht etwa schonen oder gar begünstigen wollte, wie es ihm die Rechte vorwarf, hatte er, dessen Ablehnung der Arbeiterpartei unverändert blieb, wohl eher im Sinn, nicht durch fehlgeleitete Aktionen auf die Sozialdemokratie aufmerksam zu machen. Auch dem Wunsch der Konservativen nach einer altbewährten nationalen Wahlparole — etwa einer größeren Militärvorlage, die mit „Säbelgerassel und Kriegsgefahr²⁾“ hätte begründet werden müssen —, konnte Bethmann bei der noch kaum von der Marokkokrise entspannten Weltlage nicht entsprechen. Statt dessen glaubte er noch kurz vor dem Schluß der Legislaturperiode, anlässlich der Marokkodebatte den konservativen Parteiführer in einer Weise angreifen zu müssen, die bis dahin Parallelen nur in Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie besaß. Die Beweggründe mögen nicht einzig in Bethmanns Verbitterung über die obstinate Haltung der Konservativen zu suchen sein³⁾, vielmehr dürfte auch bei der Betonung der Friedensliebe und der Distanzierung der Reichsregierung von den Konservativen die vage Hoffnung mitgespielt haben, wenigstens einen Teil der noch unschlüssigen Wähler von der Stimmabgabe für die Sozialdemokratie abzuhalten.

Dieselben Bedenken mögen ihn lange zurückgehalten haben, die von der Regierung erwartete Wahlparole auszugeben. Dennoch scheint allmählich die besorgte Frage mehr und mehr in den Vordergrund seiner Gedanken getreten zu sein, wie im Falle einer Mehrheit der Linken und eines großen sozialdemokratischen Wahlsieges die sich abzeichnenden wehr- und finanzpolitischen Gesetze vom Reichstag aufgenommen würden. Am 2. Januar 1912 veröffentlichte daher die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine Betrachtung zu den Reichstagswahlen, die allseits als Wahlparole der Regierung angesehen wurde. Nach einer Verurteilung der leidenschaftlichen parteipolitischen Auseinandersetzungen, die die stetig von der Regierung betriebene Fortentwicklung des Reiches gefährdeten, wurde die Haltung zu den wichtigsten Fragen erörtert, über die nach Ansicht der Regierung in den Wahlen entschieden würde. Ganz offensichtlich zeigte sich der Versuch, es allen bürgerlichen Parteien recht zu machen: das Betonen der Wichtigkeit von Handelsverträgen stand neben dem der Bedeutung der Schutzzollpolitik, Erwartung eines Ausbaus des Sozialwesens neben der einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit von Heer und Flotte. Mit der Bejahung einer Friedenspolitik mochte man die Unruhe der großen Masse über den Verlauf der Marokkokrise zu beschwichtigen suchen. Deutlich,

¹⁾ Thimme, Front, S. 199.

²⁾ Zmarzlick, S. 48. — Albert Ballin sah es allerdings gerade umgekehrt: in einem Brief an Maximilian Harden vom 13. Dezember 1911 glaubte er, die Wilhelmstraße wollte „aus wahltechnischen Gründen“ mit „den Mehrforderungen für Heer und Flotte nicht heraus“. (NL Harden 5.)

³⁾ Vgl. Brief an Loebell bei Zmarzlick, S. 79 f.

wenn auch in sehr gemäßigter Form, wurde aber jetzt „die endliche Überwindung“ der Sozialdemokratie, „deren Bestehen eine Gefahr bedeutet für die nationale Geschlossenheit unseres Volkes“, als eine „Lebensfrage“ gefordert. Wer das alles beachte, könne „nicht im Zweifel darüber sein, gegen wen er Front zu nehmen hat¹⁾“.

Die große Zurückhaltung und Behutsamkeit, mit der die Regierung eine Sammlung aller Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie mehr angedeutet als gefordert hatte, der Versuch, mit der Betrachtung der schwebenden innen- und außenpolitischen Probleme einen Hauptnenner für alle bürgerlichen Parteien anzubieten, konnte es keiner Seite recht machen. Während die schwarzblauen Parteien zunächst einmal den für eine Breitenwirkung späten Termin rügten — so die „Germania²⁾“ —, suchte ein Teil von ihnen noch das Beste aus der Sache zu machen, indem er durch das Hervorstreichen der gegen die Sozialdemokraten gerichteten Worte mit „Genugtuung“ die amtliche Kundgebung als einen kalten „Wasserstrahl auf den Abrechnungseifer der Großblockparteien“ begrüßte³⁾. Dem agrarischen Flügel behagte der gemäßigte Ton der Erklärung keineswegs. Es hätte ihrer Ansicht nach eine Kundgebung von „durchschlagender Wirkung“ erfolgen müssen, so klar und entschieden, „daß das ganze Volk . . . ohne weiteres die Absicht der Regierung versteht und ihren Willen fühlt⁴⁾“. Die beiden liberalen Parteien stellten fest, daß Bethmann nun doch dem kategorischen Drängen der schwarzblauen Parteien nach einer Wahlparole erlegen wäre. Und während die Nationalliberalen das Fehlen einer Bemerkung über die Frage der preußischen Wahlrechtsreform, für die der Kaiser sein Wort gegeben hätte, schlechthin als „tendenziöse Lückenhaftigkeit“ charakterisierten⁵⁾, wandten sich die Freisinnigen mit besonderem Nachdruck gegen die in der Parole befürwortete Sammlungspolitik, die längst von allen Parteien abgelehnt worden sei. Wenn die „Hilfe“ zu der am „grünen Tisch“ entworfenen Kundgebung meinte: „Wohl selten ist eine Regierungserklärung vor den Wahlen so verpufft wie diese⁶⁾“, so traf sie damit die Ansicht aller politisch Interessierten von rechts bis links.

Noch einmal, nun sehr direkt, versuchte die Reichsregierung auf das Ergebnis der Wahlen einzuwirken. Nach dem großen Erfolg der Sozialdemokratie in den Hauptwahlen versuchte sie in letzter Minute, eine gemeinsame Front aller bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterpartei zu erreichen. Unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe wurden am 17. Januar die Führer aller großen nicht sozialdemokratischen Parteien zu einer Unterredung über eine

¹⁾ Zit. nach Germania, Nr. 1, 3. Januar 1912.

²⁾ Germania, Nr. 1, 3. Januar 1912.

³⁾ KK, 5. Januar 1912 [Parteien, S. 119 f.].

⁴⁾ DTZ, 5. Januar 1912 [Parteien, S. 121 f.].

⁵⁾ NB, Nr. 1, 7. Januar 1912.

⁶⁾ Hilfe, XVIII, 1912, S. 17.

gemeinsame, gegen die Arbeiterpartei gerichtete Stichwahlpolitik gebeten. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch am Nichterscheinen der Fortschrittler und höchstwahrscheinlich auch der Nationalliberalen¹⁾). Daß die Regierung durch ausgeklügelte Festsetzung der Stichwahltermine auf das endgültige Ergebnis Einfluß zu nehmen suchte, ist unwahrscheinlich. Klagen dieser Art zeigen aber, wie hochempfindlich die Öffentlichkeit bei dem leisesten Verdacht einer Parteinahme der Regierung zu reagieren begonnen hatte²⁾).

Preußen und das Wahlrecht der Beamten

Entschloß sich die Reichsregierung unter der Leitung Bethmann Hollwegs erst spät und auch dann nur zögernd zur Herausgabe einer Wahlparole, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie vertrat, hatte man in Preußen weniger Skrupel, den Behördenapparat gegen die „staatsfeindlichen“ Parteien — Sozialdemokratie, Polen, Welfen, Elsaß-Lothringer — in Bewegung zu setzen. Eingeeengt durch die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus, die nach dem Scheitern der Wahlrechtsreform für die absehbare Zukunft wenig sich verändern würden, andererseits aber gestützt auf eine mit großer Zuverlässigkeit funktionierende Exekutive konnten hier der preußische Minister des Innern, von Dallwitz, und gemäßigter der Ministerpräsident wesentlich fester auftreten. Daß sich die preußische Regierung das Mittel der Einwirkung auf die Wahlen nicht aus der Hand nehmen lassen wollte, zeigten die Debatten um das Wahlrecht der Beamten, die sich seit Anfang 1910 bis zu den allgemeinen Reichstagswahlen hinziehen sollten. Anlaß gaben die Ende 1909 abgehaltenen Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz, wo 16 Postbeamte der Parole der Zentrumsparlei gefolgt waren und ihre Stimmen für den Großpolen abgegeben hatten. Das Staatsministerium reagierte schnell und beschloß am 8. und 14. Dezember des Jahres die Versetzung der Beamten im Interesse des Dienstes³⁾). Da diese Maßnahme nicht geheim blieb, kam es im Januar 1910 zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und der Regierung im Reichstag und im Landtag⁴⁾).

Es war nicht das erste Mal gewesen, daß die Regierung sich mit der Frage des freien Beamtenwahlrechts zu beschäftigen hatte. Schon am 4. Januar 1882 erging an das Staatsministerium die Allerhöchste Kabinettsordre, daß für den *politischen* Beamten die Dienstpflicht sich auch auf die Vertretung der Politik des Königs bei den Wahlen bezöge. Bismarck interpretierte diese Worte am 24. Januar 1882⁵⁾) dahin, daß die Ausübung des freien Wahlrechts in keiner

¹⁾ Vgl. S. 223, Anm. 2.

²⁾ Vgl. S. 241 ff.

³⁾ HAB 90/307.

⁴⁾ Im Reichstag am 12. und 13. Januar 1910, RB 258. — Im Abgeordnetenhaus am 19. und 21. Januar 1910, AB, 1. Bd. 1910.

⁵⁾ RB, 5. Legislaturperiode, 1. Session, S. 898.

Weise beeinträchtigt werden sollte. Den politischen Beamten sei nur auferlegt worden, bei der Wahlagitation die Interessen der Regierung gegen „Entstellung, Irrtum und Verleumdung“ zu schützen. Die Praxis sah jedoch anders aus: als 1904 bekannt wurde, daß bei den Landtagswahlen in der Provinz Posen Beamte entweder für den Polen gestimmt oder (etwa 4 500) sich der Wahl enthalten hätten, beschloß das Staatsministerium, in allen Fällen der ersten Art nach Ermessen der Ressortchefs einzuschreiten, jedoch — in Rücksicht auf ein mögliches Echo der Öffentlichkeit — „nicht in direktem Zusammenhang mit der Abstimmung¹⁾“. In den Fällen der zweiten Art sollte nicht allgemein und direkt vorgegangen, gegebenenfalls konnten aber Ermahnungen erteilt werden.

Im Reichstagswahlkampf 1906/07 beschloß das Staatsministerium, daß sämtliche Provinzialbehörden — ausgenommen die der Justiz — über das Verhalten zu instruieren wären, das man in der Wahlbewegung von den Beamten erwartete, nämlich „Eintreten für den konservativ-liberalen Block²⁾“. Nun, im Jahre 1910, verteidigten Delbrück und der Staatssekretär des Reichspostamts, Kraetke, im Reichstag den Regierungsstandpunkt, ohne mit ihrer Interpretation des Dienst-eides, der auch in die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten eingriffe, die Beschwerden der Zentrums- und Sozialdemokratischen Parteien beschwichtigen zu können. Auf das stürmische Fordern dieser drei Parteien nach einer Erklärung des Reichskanzlers erklärte sich Bethmann bereit, eine Interpellation zu beantworten — allerdings in seiner Eigenschaft als preußischer Regierungschef vor dem Abgeordnetenhaus, vor dem er sich bei der anderen Stärke der Fraktionen ein positiveres Echo ausrechnen konnte. Der preußischen Volksvertretung versicherte er am 21. Januar 1910: „... der Beamte soll in der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte und insonderheit in der Freiheit seines Wahlrechts nur dann beschränkt werden, wenn es das Interesse des Staates unbedingt erfordert³⁾“. Da aber das Staatsministerium entschied, wann dieser Fall des unbedingten Erfordernisses eintrat, hatte er auch für die Zukunft der Regierung freie Hand gelassen.

Immerhin war man nun vorsichtiger geworden: auf der Sitzung des Staatsministeriums am folgenden Tage beschloß man auf Bethmanns Vorschlag, die Behörden anzuweisen, „daß zu Maßnahmen von solcher Bedeutung vorher die Zustimmung mindestens des Oberpräsidenten, eventuell der Ministerialinstanz einzuholen sei⁴⁾“ — offenbar, um das Vorprellen nachgeordneter Behörden in politisch unzweckmäßigen Augenblicken auszuschalten. Außerdem bat der Ministerpräsident — entsprechend der Kabinettsordre von 1882 —, gegen Beamte wegen bloßer sozialdemokratischer Abstimmung nicht einzuschreiten, bevor das Staatsministerium die unbedingte Notwendigkeit dazu anerkannt

¹⁾ HAB 90/307.

²⁾ HAB 90/307.

³⁾ AB, I. Bd. 1910.

⁴⁾ HAB 90/307.

habe. Besonders hielt er ein Vorgehen gegen jeden Beamten, der im Westen bei Kommunalwahlen sozialdemokratisch abstimme, für unangebracht, auch wenn es die Konservativen wünschten (!). Versetzungen im Interesse des Dienstes in solchen Fällen wären nicht angängig. Agitatoren nehme er selbstverständlich aus¹⁾).

Die Diskussion in der Öffentlichkeit über die Frage des Beamtenwahlrechts erhielt neue Nahrung, als der freisinnige Abgeordnete Dr. Potthoff zur Reichstagsersatzwahl von Düsseldorf im September 1911 ein Flugblatt verbreitete, in dem er energisch die unbeeinflusste Ausübung des Wahlrechts auch für Beamte forderte. Er beantwortete seine provozierende Frage: „Darf ein Beamter sozialdemokratisch wählen?“ damit, daß er Sozialdemokratie und Zentrum — die beiden Düsseldorfer Stichwahlgegner — miteinander konfrontierte. Während die Arbeiterpartei nicht den Staat vernichten wolle, sondern die Entwicklung Deutschlands zu einem „freien Volksstaat“ anstrebe — wie der Liberalismus —, wünsche das Zentrum den „unfreien Kirchenstaat“. Sozialistische Reformen im kommenden Reichstag wären nicht zu erwarten, da die Sozialdemokratie dort eine schwache Minderheit bliebe. Das Zentrum bilde dagegen augenblicklich im Verein mit den Konservativen „eine Gefahr für ein freiheitliches Deutsches Reich mit gerechter, volkstümlicher Politik“!

Der Diensteid des Beamten ginge zwar auf das Staatsoberhaupt, aber nicht auf dessen Person, erst recht nicht auf die des Vorgesetzten, sondern auf den Staat, der durch den Namen des Staatsoberhauptes repräsentiert werde. „Der Beamte schwört beim Volke und der Volksorganisation, dem Staate, treu zu dienen. Darum muß er auch politisch so handeln, wie es seiner Überzeugung vom Wohle des Staates und Volkes entspricht.“ Nicht als Beamter, sondern als Staatsbürger hätte der öffentliche Angestellte das Wahlrecht, das mit seinem Amte nichts zu tun hätte. „Wenn ein Vorgesetzter seine Beamten politisch beeinflußt, so ist das Mißbrauch der Amtsgewalt. Denn ein Stimmrecht der Beamten bedeutet nicht, daß ein Minister zehntausend Stimmen abgeben soll, sondern daß zehntausend Bürger ihrer Meinung Ausdruck geben sollen.“ Militärpersonen hätte die Reichsverfassung kein Wahlrecht gegeben, „weil man deren politische Unabhängigkeit nicht wollte oder nicht daran glaubte“. Allen anderen Beamten hätte man das Wahlrecht gegeben, weil man ihre politische Unabhängigkeit gewünscht hätte²⁾. Das Flugblatt, das mit einer Aufforderung zur Stimmabgabe für den Sozialdemokraten schloß, entfachte lebhaftere Diskussionen im ganzen Reich. Da nach Berichten der „Kölnischen Volkszeitung“ sogar ein Oberregierungsrat für die Sozialdemokratie öffentlich eingetreten war — eine Meldung, die der zuständige Regierungspräsident dementierte — und höhere Beamte in der Stichwahl sich der Stimme enthalten hatten, trat das Staatsministerium Anfang November 1911 zusammen, um vor einer Interpellation

¹⁾ HAB 90/307.

²⁾ Auszüge des Flugblattes in HAB 90/307.

gewappnet zu sein. Grundlage der Beratungen bildete ein Gutachten, das nach einem Blick auf die geschichtliche Entwicklung des Problems eine Reihe von Grundsätzen („insbesondere mit Bezug auf die bevorstehenden Reichstagswahlen“) aufstellte und schließlich zu den wichtigsten Punkten Einzelschlüsse machte¹⁾.

In den grundsätzlichen Erwägungen dieser Denkschrift, die paradigmatisch für diesen Aspekt der damaligen Auffassung des Staatsdienstes sein dürfte, unterschied der Verfasser wie üblich streng zwischen dem Wahlrecht des politischen und dem des unpolitischen Beamten. Der erstere dürfte keinem Kandidaten einer staatsfeindlichen Partei seine Stimme geben. Es bedürfte keiner Erörterung, daß gegen Zuwiderhandelnde ein disziplinarisches Vorgehen oder ein Einschreiten auf dem Verwaltungswege (Stellung zur Disposition, Versetzung im Interesse des Dienstes) zulässig wäre. Beim zweiten genügte nach Urteilen des Obergerichts die bloße Tatsache der Stimmabgabe für einen Sozialdemokraten noch nicht: hier müßte zusätzlich der Nachweis geführt werden, daß der Beamte „sich bewußt oder gar gewillt gewesen ist, die staatsfeindlichen Bestrebungen der Partei zu fördern“. Dieser Nachweis könnte unter Umständen aus der Persönlichkeit, der Bildung, der Lebensweise des Beamten, seiner bisherigen Teilnahme am politischen Leben geführt werden. Daß dieses Verfahren bereits in der Praxis durchgeübt und nicht nur auf das Verhältnis der Staatsbeamten zu den staatsgefährdenden Parteien angewendet wurde, wird ein später anzuführendes Beispiel zeigen²⁾. Wäre der Nachweis geführt, stünde fest, daß der Beamte den Treueid gegen den König als dem Staatsoberhaupt verletzt hätte. Wo disziplinarische Maßnahmen nicht angebracht wären, könnte nun auf dem Verwaltungswege vorgeschritten werden. In jedem Falle müßte die Angelegenheit zuvor jedoch dem Staatsministerium zur Prüfung vorgelegt werden, wie es Bethmann schon vor anderthalb Jahren angeregt hatte.

Stützig machen muß angesichts der zur Schau getragenen Prinzipienfestigkeit der Regierung gegenüber den staatsfeindlichen Parteien, wenn in der Denkschrift zwei Ausnahmefälle angeführt werden, in denen die Stimmabgabe eines Beamten für einen sozialdemokratischen Kandidaten anders beurteilt wurde. Im Falle Elsaß-Lothringens könnte „es unter Umständen für die Regierung erwünscht sein, daß der sozialdemokratische Kandidat gewählt wird“ — eine Auffassung, die auch Delbrück teilte —, aus dessen Ressort das Gutachten stammen dürfte. Sie schien zu offenbaren, daß die preußische Regierung verschiedene Grade der parteipolitischen Staatsfeindlichkeit kannte und daß in ihren Augen unter gewissen Umständen ein revisionistischer Sozialdemokrat einem lothringischen Nationalisten vorzuziehen wäre.

Der zweite Fall wurde in der Debatte des Staatsministeriums von keinem der anwesenden Minister herangezogen — vielleicht, weil es sich um ein Problem

¹⁾ HAB 90/307.

²⁾ S. S. 135 f.

der Reichspolitik handelte. Dennoch wirft die Tatsache, daß ein Beamter der preußischen Ministerialbürokratie ihn in einem Gutachten darlegen konnte, ein bezeichnendes Schlaglicht auf das Ausmaß, in dem die Regierung ihr Verhalten gegenüber den Parteien — insbesondere gegenüber der Sozialdemokratie — von taktischen Erwägungen abhängig machen konnte. Dieser zweite Ausnahmefall besagte nichts weniger, als daß auch gegen einen Postbeamten des Großherzogtums Baden nicht einzuschreiten wäre, wenn er sozialdemokratisch abstimmte, denn in Baden gälte „der liberale Großblock, der die Sozialdemokratie mitumfaßt, allgemein als Regierungspartei . . .“. Und trotz dieser en passant entschlüpften Bemerkung, daß sich die deutsche Sozialdemokratie unter gewissen, günstigen Umständen zur Regierungspartei eignete, hielt man am bisherigen Urteil über die Staatsfeindlichkeit dieser Partei unbeirrt fest. Durfte der Postbeamte in Karlsruhe einen Sozialdemokraten unbeschadet wählen, mußte sein Stettiner Kollege, Untergebener des gleichen Vorgesetzten, wenn er das gleiche tat, jede Hoffnung auf eine weitere Karriere aufstecken! Und welche Folgen mußten für das Beamtenwahlrecht gezogen werden, wenn in der Zukunft einmal die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag oder gar im Abgeordnetenhaus sich so gestalteten, daß die Konservativen in die Opposition traten? Bethmann hatte durchaus recht, wenn er — wie bemerkt wurde — feststellte, daß es der Regierung immer schwieriger würde, ihr „Verhältnis zur Sozialdemokratie zu regulieren“.

Der Verfasser der Denkschrift räumte allerdings ein, daß bei der geheimen Abstimmung einer Reichstagswahl Nachfragen über die Art, wie ein Beamter abgestimmt habe, mit dem Prinzip der geheimen Wahl unvereinbar und daher unzulässig wären. Wie aber, wenn der Beamte Stimmenthaltung übe und dadurch einer staatsfeindlichen Partei Vorschub leistete? Niemand — auch nicht der Beamte — könnte nach der Verfassung bei Verzicht auf ein ihm zustehendes *Recht* sich strafbar machen. Eine Sonderstellung nehme allerdings auch hier der *politische* Beamte ein, der gegen seine Verpflichtung, dem Staatsinteresse zu dienen, verstieße, wenn er einer unter Umständen staatspolitisch wichtigen Wahl fernbliebe. Gegen ihn könnten die zulässigen Verwaltungsmaßregeln eingesetzt werden. Von *unpolitischen* Beamten dürfte verlangt werden, daß sie sich an der Wahl beteiligten, „wenn sie wissen müssen oder ihnen zum Bewußtsein gebracht wird“, daß das Staatswohl diese Beteiligung erforderte. Es dürfte sich daher empfehlen, ohne jeden Druck in geeigneter Weise alle Beamten darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung auf ihre Wahl „Wert lege und solche bestimmt erwarte“. Gegen Beamte, die sich trotzdem der Wahl enthielten, könnte nun ebenfalls auf dem Verwaltungswege eingeschritten werden. Bei einer Entscheidung zwischen zwei staatsfeindlichen Parteien würden sich bestimmte Regeln nicht aufstellen lassen.

In den Beratungen der preußischen Minister einigte man sich schließlich, daß ein Rechtsboden für die Ahndung der Wahlenthaltung fehlte. Zwar gäbe es

eine moralische Wahlpflicht nicht nur des Staatsbürgers, sondern mehr noch des Beamten. Disziplinarregeln wären jedoch ausgeschlossen. Bei politischen Beamten — so erwog Bethmann —, die durch ihre Enthaltung einem staatsfeindlichen Kandidaten zum Siege verholfen hätten, könnte vielleicht Zurdispositionsstellung erfolgen. „Jedoch sei es zweckmäßig, damit nicht unmittelbar nach den Wahlen vorzugehen.“ In der Erklärung, die Delbrück als Staatssekretär des Innern im Reichstag abzugeben haben würde und die nachher für die bevorstehenden Wahlen verbreitet werden mußte, wäre bei aller Anerkennung des Rechtsstandpunktes der Wahlfreiheit doch eine moralische Wahlpflicht des Beamten nachdrücklichst zu betonen¹⁾).

Dementsprechend wurden die weiteren Maßnahmen der preußischen Regierung getroffen. Nachdem der Wortlaut der Erklärung durch die Referenten des Reichsamts des Innern festgelegt und dem Ministerpräsidenten unterbreitet worden war²⁾, ging sie durch den Minister des Innern sämtlichen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und anderen Spitzen der preußischen Verwaltung zu: „Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen ist es die patriotische Pflicht aller staatsstreuen Bürger, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Es darf somit besonders auch von den wahlberechtigten Beamten erwartet werden, daß sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen . . .“ Es sollte Sorge getragen werden, daß den Beamten die Ausübung des Wahlrechtes erleichtert und ihnen „unter Hinweis auf vorstehende Ausführungen rechtzeitig Kenntnis gegeben wird³⁾“. Damit war die Handhabe gegeben, mit der — gemäß den Grundsätzen der Denkschrift — gegen die Wahlenthaltung jedes, auch des unpolitischen Beamten eingeschritten werden konnte.

Um nun auch die Beamten zu bewegen, in der geheimen Wahl für keine der staatsfeindlichen Parteien zu stimmen, veranlaßte die Regierung auf einer Besprechung am 7. Januar 1912 eine größere Zahl von Vertretern der bedeutendsten Beamten- und Staatsarbeiterverbände zur Abfassung eines Wahlaufrufs, in dem auf die Bedeutung des Dienstoides hingewiesen wurde mit den Worten „Eid bleibt Eid! Und Eidbruch bleibt Eidbruch! Wer den Dienstoid geschworen hat, kann also, solange er im Amt ist, einen Sozialdemokraten nicht wählen⁴⁾“. Einen Schönheitsfehler allerdings hatte der Aufruf: man hatte übersehen, daß Staatsarbeiter keinen Dienstoid zu leisten brauchten und sich daher die Worte einzig an die Beamten richteten. Trotzdem übernahm von Dallwitz eiligst die Verbreitung in seinem Ressort. Am 8. Januar erging an die Regierungspräsidenten, Landräte und Oberamtmänner ein Erlaß, in dem auf den Aufruf, der in mehreren Exemplaren in Flugblattgröße beigelegt war, mit der Bitte aufmerksam gemacht wurde, für seine schleunige Verbreitung Sorge zu tragen⁵⁾).

¹⁾ HAB 90/307.

²⁾ Ebd.

³⁾ STAK 403/8459; 12. Dezember 1911.

⁴⁾ Flugblatt in STAK 403/8459.

⁵⁾ STAK 403/8459.

Am 10. Januar wurde parallel dazu eine Aktion in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eingeleitet, in der formal als Entgegnung auf konservative Blätter verteidigt wurde, die Staatsregierung hätte bei vielen Gelegenheiten die Auffassung vertreten, „daß jede mittelbare wie unmittelbare Begünstigung der Sozialdemokratie durch einen Beamten mit seinen Pflichten und dem von ihm geschworenen Diensteid unvereinbar sei . . .¹⁾“. Zugleich wies die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auf den erwähnten Aufruf der Verbände hin und druckte ihn im Wortlaut nach.

Als dann das Hauptwahlergebnis auch für die Stichwahlen große sozialdemokratische Erfolge erwarten ließ, unterdrückte der Minister des Innern alle Scheu vor möglichen unerwünschten Rückwirkungen in der Öffentlichkeit und formulierte seine Wünsche, die er an das Verhalten der Untergebenen stellte, in einem Telegramm fast als Befehl: „die königliche staatsregierung hat für den gegenwärtigen wahlkampf wiederholt die bekämpfung der sozialdemokratie als aufgabe aller staatstreuen bürger hingestellt alle politischen beamten haben bei den bevorstehenden stichwahlen mit allem nachdruck diese politik zu vertreten minister des innern²⁾“.

Die Behörden in der Wahlbewegung

Überall sonst jedoch, wo durch ihre Maßnahmen in der Öffentlichkeit Stimmen über angebliche Wahlbeeinflussung hätten geweckt werden können, bemühte sich auch die preußische Regierung um Zurückhaltung³⁾. Sie war in dieser Hinsicht gewarnt durch die Wirkung, die ein Erlaß an die Landräte erzielt hatte. In ihm hatte der Innenminister am 12. September 1911 — allerdings nicht allein für die Wahlzeit — ersucht, der Zentralinstanz über die in der Provinz „gegen die Politik der Staatsregierung gerichteten, auf wirkliches oder angebliches Tatsachen- oder Zahlenmaterial gestützten Angriffe schwerwiegender Natur, welche die kommenden Reichstagswahlen zu beeinflussen vermögen“, zu berichten, um so eventuell Gelegenheit zu haben, „in sachlicher Form“ gehaltene Erwiderungen zu veranlassen⁴⁾. Obwohl von der Regierung bestritten, lief die damit ausgesprochene Absicht doch darauf hinaus, durch gewisse Gegenmaßnahmen auf das Wahlergebnis einzuwirken. Pressemeldungen von einem gleichzeitigen Ersuchen um „Angabe der Kosten der betreffenden Erwiderungen, sowie von einem Rat an die Landräte, sich die Flugblätter der Parteien auf vertraulichem Wege zu beschaffen“, dementierten die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und

¹⁾ NAZ, Nr. 7, 10. Januar 1912.

²⁾ HAB 30 I/611.

³⁾ Vgl. das Votum des Finanzministers zu den Ausführungen des Innenministers über Zahlung von Unterstützungsbeiträgen an Beamte aus außerplanmäßigen Mitteln: wegen der Nähe der Wahlen könnte eine solche Maßnahme leicht als Wahlbeeinflussung gedeutet werden (HAB 90/307).

⁴⁾ NAZ, Nr. 256, 31. Oktober 1911. — AB, 1. Bd., 31. Januar 1912.

nach den Wahlen von Dallwitz vor dem Abgeordnetenhaus mit aller Deutlichkeit¹⁾).

Trotzdem gibt ein Brief Henry Axel Buecks, des führenden Mitglieds des Zentralverbandes Deutscher Industrieller an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, von Rheinbaben, zu denken. In diesem Schreiben erinnert Bueck an ein Gespräch, das beide auf Schloß Sayneck bei Krupp geführt hätten. In seinem Verlauf hätte Rheinbaben Bueck den Wunsch des Innenministers mitgeteilt, „aus dem Wahlfonds des Centralverbandes einen Betrag von etwa 40 000 M. zur Verfügung zu erhalten“. Auch Rheinbaben hätte gleichzeitig den Wunsch geäußert nach einer — kleineren — Summe aus derselben Quelle „zur Verwendung für die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag²⁾“. Wenn nicht nur ein Oberpräsident, sondern auch das Ministerium des Innern auf Fonds dieser Art zurückzugreifen suchten, dann offenbar nur, weil sie mit diesen Geldern Zwecke verfolgten, deren Rechnungslegung im offiziellen Staatsetat nicht angebracht erschien. Übrigens hatte der Minister mit seiner Bitte nur halben Erfolg. Bueck wies auf die festgelegten Grundsätze hin, die die Vergabe der Wahlgelder regelten und denen zufolge Geldbeträge nur den Körperschaften der Parteien in den Wahlkreisen gewährt werden könnten, die mit den Wahlvorbereitungen für einen Kandidaten betraut wären. Das bedeute jedoch nicht die unbedingte Ablehnung des ministeriellen Wunsches. Rheinbaben wie Dallwitz brauchten nur dem Syndikus der Wahlfondskommission die Wahlkreise, Kandidaten und Körperschaften zu benennen. Fiele die Prüfung dann positiv aus, würde die beantragte Hilfe zweifellos gewährt werden. Wieweit man im Staatsministerium von dieser Möglichkeit Gebrauch machte, mag dahingestellt bleiben; ein Versuch, in das Wahlgeschehen aktiv einzugreifen, war jedenfalls gemacht worden.

Bevor noch das Dementi der dem Erlaß vom 12. September unterstellten Absichten veröffentlicht wurde, war dem ersten am 27. Oktober bereits ein zweiter Erlaß an die Regierungspräsidenten gefolgt, der ersuchte, sich nach einem anliegenden Muster „über die in den einzelnen Wahlkreisen des dortigen Bezirks aufgestellten Kandidaturen und über die Wahlaussichten durch Vermittlung des Herrn Oberpräsidenten gefälligst zu äußern³⁾“. Das hierauf von den Landratsämtern zusammengetragene, präzise Material gab dem Innenminister die Möglichkeit, Gefahrenpunkte für die der Regierung nahestehenden Parteien zu ermitteln und — falls beabsichtigt — zu ihren Gunsten in die Wahlbewegung einzugreifen⁴⁾.

Der Reichskanzler ersuchte zu dieser Zeit dagegen in einem Rundschreiben die Regierungen der deutschen Staaten, „zur tunlichsten Verhinderung abermaliger Beschwerden“ auf die peinlichste Beachtung des Wahlreglements bei

¹⁾ NAZ, Nr. 256, 31. Oktober 1911. — AB, 1. Bd., 31. Januar 1912.

²⁾ Brief Buecks an Rheinbaben, 4. Dezember 1911; STAK 403/8466.

³⁾ STAK 403/8459.

⁴⁾ HAB 30 I/610, 611. — STAK 403/8459, 8466.

den kommenden Reichstagswahlen zu achten¹⁾). Diese Anweisung wurde in der Öffentlichkeit zwar dankbar, aber doch mit einer — wie sich zeigen sollte: berechtigten — Skepsis aufgenommen, die die „Hilfe“ in die Worte faßte: „Es bleibt natürlich noch eine große Frage, ob die konservativen Landräte die Anweisungen dieser Regierung ganz wörtlich nehmen wollen. — Preußen ist groß und Dallwitz ist weit²⁾“ — wobei vielleicht dem preußischen Innenminister zu Unrecht unterstellt wurde, daß er in Wahlfragen einen anderen Standpunkt als seine Landräte einnahm.

Nach einhelliger Ansicht der Linken arbeitete der preußische Verwaltungsapparat „trotz aller ministeriellen Zusicherungen im Wahlkampf für die Konservativen³⁾“. Hier war eine Änderung in liberalem Sinne nur durch eine „ungewöhnliche staatsmännische Kraft“ durchzusetzen. Ein hoher Verwaltungsbeamter, wahrscheinlich Clemens Delbrück⁴⁾, bemerkte zum freisinnigen Abgeordneten Gothein: „Wie ist es möglich, bei uns liberal zu regieren? Seit 25 Jahren ist kein Landrat, kein Regierungsrat oder Regierungspräsident, kaum ein Oberpräsident, kein Amtsvorsteher, kaum ein Gemeindevorsteher in Ostelbien bestätigt worden, der nicht konservativ bis in die Knochen gewesen wäre. Wir befinden uns in einem eisernen Netz konservativer Verwaltung und Selbstverwaltung . . .⁵⁾.“

Der Reichskanzler dachte ähnlich: „Unsere preußische Grundaristokratie ist gewiß nicht frei von Fehlern, aber sie stellt uns für Heer, Staatsverwaltung und Selbstverwaltung Kräfte, die wir in der Gegenwart ebensowenig entbehren können wie in der Vergangenheit⁶⁾.“ Von Dallwitz vollends stand gänzlich unter dem Einfluß der Deutschkonservativen, hatte der ehemalige „Kanalrebell“ doch sein Amt unter der ausdrücklichen, vom Ministerpräsidenten bewilligten Bedingung angetreten, daß eine neue Wahlrechtsvorlage nicht eingebracht würde⁷⁾. Wie sehr Dallwitz in die Abhängigkeit vom konservativen Parteiführer von Heydebrand geraten war, deutete er selbst an: „... fast instinktiv befolgte ich die Praxis, noch vor der Einbringung der Gesetzentwürfe ihm offen die Gründe mitzuteilen, die mich hierzu bestimmten. Damit erreichte ich dann durchweg, daß mir von seiten der rechtsstehenden Parteien Schwierigkeiten nicht mehr in den Weg gestellt wurden⁸⁾.“

Der Möglichkeiten, auf die Wahlen Einfluß zu nehmen, gab es kraft ihres Amtes besonders für die Landräte viele. Sie reichten vom persönlichen Auftreten des Landrats in Wahlversammlungen bis zur mehr oder minder unverhüllten

¹⁾ Reichsamt d. Innern, 1. November 1911; STAS, E 46—48, Nr. 365, Unterfaszikel 1.

²⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 722.

³⁾ NB, 24. Jg., Nr. 1, 7. Januar 1912.

⁴⁾ Vgl. Koch, S. 24.

⁵⁾ Vgl. Schmollers Jb. XXXVI, 1910, S. 1268.

⁶⁾ An Schmoller, zit. nach Zmarzlick, S. 44.

⁷⁾ Mutius, PrJbb 214, 1928, S. 13 f.

⁸⁾ Ebd., S. 18.

Androhung von Repressalien im Falle einer „falschen“ Abstimmung. Zwar mögen viele der Klagen über die Parteilichkeit der preußischen Verwaltungsorgane auf Irrtümern einer in diesem Punkt hellhörig und mißtrauisch gewordenen Öffentlichkeit beruhen. Eine Fülle von tatsächlichen Übergriffen beweist aber, daß der Argwohn des Publikums nicht zu Unrecht bestand. Die Beispiele, die von den Oppositionsparteien im Abgeordnetenhaus an vier Tagen im Januar 1911 vorgebracht und von den Konservativen und dem Innenminister nur schwach und überzeugungslos bestritten wurden¹⁾, fanden nahezu alle ihre Parallelen im bald darauf einsetzenden Wahlkampf.

Wenn in Gütersloh Dr. von Savigny eine Wahlversammlung für Posadowsky mit den Worten eröffnete: „Ich spreche zu Ihnen zunächst als überzeugter Zentrumsman, dann als Vertreter von Gütersloh im Preußischen Landtag, ferner als *Königlich Preußischer Landrat* . . .“, lag dem die Absicht zugrunde, mit der Autorität seines Amtes etwa noch Zaudernde für den bürgerlichen Gemeinschaftskandidaten zu gewinnen²⁾. Das Auftreten von Landräten oder Kommunalbeamten in Parteiversammlungen, das Unterschreiben von Parteiaufrufen mit dem vollen Amtstitel gehörte zu den häufigsten Mitteln der Wahlbeeinflussung³⁾.

Trotz der Anweisung des Reichsamts des Innern kam es auch in diesem Wahlkampf wiederum zu Erschwerungen bei der Einsichtnahme und Abschrift der Wählerlisten gegenüber mißliebigen Parteien⁴⁾.

Gerade auf der unteren Ebene des Behördenapparates bestand die Möglichkeit, durch direkte Eingriffe in den Wahlmechanismus und Einflußnahme auf die Stimmabgabe der Wähler auf das Wahlergebnis einzuwirken. Daß die bevorzugte Auswahl von konservativen Männern für die Ämter der Wahlkommissare und der Wahlbeamten in den einzelnen Stimmbezirken eines Kreises zumindest in Ostelbien nicht selten zu parteilichen, bisweilen ungesetzlichen Eingriffen in den Wahlablauf führte, kann nicht bestritten werden.

Bei den engen Beziehungen der Konservativen zum Behördenapparat konnte es für die anderen Parteien doppelt gefährlich sein, wenn das Amt der *Wahlkommissare* — der obersten Wahlkreisbeamten — mit der Person des Landrats gekoppelt wurde, wie es sich anbot und meist der Fall war. Im Regierungsbezirk Bromberg waren zum Beispiel sämtliche fünf Wahlkommissare und vier ihrer Stellvertreter Landräte; einzig der fünfte Stellvertreter war Oberbürgermeister⁵⁾. Auch mit der Besetzung der *Wahlvorsteher* in den einzelnen Wahllokalen wurde ähnlich verfahren. Im Kreise Heydebrands, Militsch, wurden unter 71 Wahlvor-

¹⁾ AB, 1. Bd., 14.—20. Januar 1911.

²⁾ Germania, Nr. 292, 21. Dezember 1911, Beilage zum 2. Blatt.

³⁾ Beispiele für die Verwendung von Amtstiteln in Wahlaufufen in: Vorw., Nr. 1, 3. Januar 1912. — RB 299, Nr. 480. — RB 301, Nr. 892.

⁴⁾ RB 302, Nr. 1023.

⁵⁾ HAB 30 I/610.

stehern 17 Rittergutsbesitzer bzw. -pächter, 1 Teichverwalter, 1 Rentmeister, 5 Domänenpächter, 1 Rendant, 2 Landesälteste, 1 Landschaftsdirektor, 4 inaktive Militärs, 1 Kameral, 1 Güterinspektor, 1 Administrator, 7 Wirtschaftsinspektoren und 9 Forstbeamte registriert¹⁾. In Glogau sah sich die Fortschrittspartei zu einem Protest gegen die Ernennung des konservativen Reichstagskandidaten zum Wahlkommissar (!), seines Vaters und seines Onkels zu Wahlvorstehern genötigt²⁾. Daß bei dieser Sachlage Gesetzwidrigkeiten erleichtert wurden, steht außer Frage. In Schwetz hatte so der Wahlkommissar durch unbefugte nachträgliche Ungültigkeitserklärung von zwei polnischen Stimmzetteln — eine Maßnahme, die nach Feststellung des Ergebnisses in den einzelnen Stimmbezirken nur der vom Reichstag eingesetzten Prüfungskommission zustand und zudem durch den Tatbestand nicht gerechtfertigt war — die knappe absolute Mehrheit des Polen beseitigt. In der nun notwendig gewordenen Stichwahl siegte durch Sammlung aller deutschen Stimmen der freikonservative Kandidat von Halem, der Landrat desselben Kreises. Aber er gewann auch jetzt nur, weil mehrere Hundert polnische Stimmen wegen einer formalen Unstimmigkeit der Zettel zu Unrecht für ungültig erklärt worden waren³⁾.

Ein ähnlicher Fall lag auch im mecklenburgischen Kreis Hagenow-Grevesmühlen vor. Hier schaltete der Wahlkommissar durch ungesetzliche *Gültigkeits*-erklärung zweier sozialdemokratischer Stimmen den Liberalen aus der Stichwahl aus, in der berechtigten Erwartung, daß bei einer nun folgenden Entscheidung zwischen dem Sozialdemokraten und dem Konservativen der liberale Teil der Wähler dem Vertreter der Rechten die Stimme geben würde⁴⁾.

Im selben Wahlkreis setzte man sich auch über die Ausführungen des Reichskanzlers vom November 1911 hinweg, in denen er ersucht hatte, zur besseren Wahrung des Wahlheimnisses die Stimmbezirke nicht in zu kleinem Umfang zu bilden: in mehr als 78 Fällen betrug die Zahl der Wahlberechtigten weniger als 25, mehrfach wenig über zehn. Auffallen muß, daß hier — wie auch in anderen konservativen Hochburgen des Ostens — mit Vorliebe Gutsbezirke von benachbarten Dorfgemeinden gerissen wurden, offenbar, um die Stimmabgabe der vom — zumeist in seinem Haus gleich als Wahlvorsteher fungierenden — Gutsherrn abhängigen Landarbeiter besser überwachen zu können. Der Erfolg blieb oft nicht aus. So wählten im Domanialamt Hagenow alle 13 Wahlberechtigten konservativ⁵⁾. Zu kleine Stimmbezirke wurden auch anderswo eingerichtet, so im ostpreußischen Kreis Lyck: während 1910, bei der für die Liberalen überraschend erfolgreichen Ersatzwahl, 85 Bezirke bestanden, waren es 1912 unversehens 132

¹⁾ Voß, Nr. 626, 15. Dezember 1911. — Ähnlich im Landkreis Osterode; SC 1911, S. 474.

²⁾ Voß, Nr. 3, 3. Januar 1912.

³⁾ RB 300, Nr. 591.

⁴⁾ RB 299, Nr. 478.

⁵⁾ Ebd.

geworden¹⁾). In Naugard/Regenwalde wurden erst nach einem Protest der Nationalliberalen die kleinsten Stimmbezirke, die bei 12 Wahlberechtigten begannen, zusammengelegt²⁾).

Zwar war seit den Wahlen von 1903 die geheime Stimmabgabe durch das Einführen des Wahlkuverts und der Isolierzelle sehr gefördert worden, aber am Wahltag ergaben sich dennoch viele Gelegenheiten zu gesetzwidrigen Eingriffen, nicht nur, weil vielfach das Wahllokal in Salon oder Amtsstube der Gutsbesitzer statt in Schule oder Gastwirtschaft verlegt wurde — in Glogau in 60 Bezirken³⁾ — auch die Wahlurnen, deren Größe und Beschaffenheit nicht festgelegt waren, dienten immer wieder zum Anlaß von Beschwerden. Obwohl der Kanzler im November ersucht hatte, „genügend große Gefäße zu verwenden . . . bei denen ein Aufeinanderschichten der Wahlzettelumschläge unmöglich ist, ungeeignete Gefäße aber, wie z. B. Suppenterrinen, Zigarrenkisten und dergleichen unter allen Umständen von der Benutzung auszuschließen⁴⁾“, wurde vielfach doch nicht auf dieses Mittel des politischen Druckes verzichtet⁵⁾, das viele Wähler von der Stimmabgabe überhaupt fernhielt. Beredtes Zeugnis dieses vornehmlich in ländlichen Gegenden brennenden Problems ist ein Stimmzettel aus Mecklenburg, auf dem der anonyme Wähler mit schnell hingekritzelter Reimen seinem Herzen Luft gemacht hatte:

„Hüt is dei Dag, dat möt so sinn,
Nu gah ick nah dat Wahlhus rinn.
O je! Watt krig ick dor tau sein,
Dei Wahlurne is bannig klein.
Datt is ja wägen den roten Mann,
Dat dei ock nich entwischen kann.
Drüm set ick mi ock nich irst dahl,
Gah glick werre rut ut Wahllokal
Un quäl mi nich um dei Reichsdagwahl⁶⁾.“

War die Wahlurne nicht zu bemängeln, gab es andere Methoden für die *Guts-herren*, um die gewünschte Stimmabgabe ihrer Arbeiter zu erreichen: schriftliche Verpflichtungen, den konservativen Kandidaten zu wählen⁷⁾, gemeinsamer Marsch zum Wahllokal unter Aufsicht des Inspektors, so daß die Leute nicht die Annahme von Stimmzetteln gegnerischer Parteien vor dem Wahllokal wagten⁸⁾,

¹⁾ Voß, Nr. 3, 3. Januar 1912. — RB 302, Nr. 1061.

²⁾ Voß, Nr. 628, 12. Dezember 1911. — Ebd., Nr. 647, 28. Dezember 1911.

³⁾ Voß, Nr. 3, 3. Januar 1912.

⁴⁾ STAS, E 46—48, Nr. 365, Unterfaszikel 1.

⁵⁾ Voß, Nr. 9, 6. Januar 1912. — RB 298, Nr. 350. — RB 299, Nr. 478. — RB 301, Nr. 798.

⁶⁾ RB 285, S. 2206.

⁷⁾ RB 299, Nr. 478.

⁸⁾ RB 302, Nr. 1159.

Zusicherung und Ausgabe von Freibier und Gratiszigarren¹⁾). Wollte ein Gutsbesitzer in der Überwachung der Stimmabgabe seiner Arbeiter sichergehen, verteilte er an sie eigenhändig geschriebene oder gekennzeichnete Stimmzettel, in seiner Eigenschaft als Wahlvorstand konnte er nach Wahlschluß dann mühelos die Unbotmäßigen ermitteln²⁾).

Angesichts der daraus folgenden, durch die seit Jahrzehnten bestehende konservative Vorherrschaft in Ostelbien festgewurzelten Einschüchterung der Wähler, ist das Schreiben eines liberalen Wählers vom Gut des mecklenburgischen Ministerpräsidenten, Graf von Bassewitz-Levetzow, an den liberalen Wahlverein nicht nur ein Zeichen beträchtlicher Zivilcourage, sondern umreißt mit seiner schlichten Sprache treffend die Stimmung unter der Bevölkerung. Es hieß in ihm: „... der Oberinspektor hat zu mir gesagt, was ich gewählt habe. Er sagt, wer nicht wählt, wie der Herr ist (der Herr ist konservativ), kriegt zu Ostern den Schein und kann weiterreisen ... und hier sind noch mehr, wo er aus dem Brot will stoßen. Meine Adresse ist ... Aber bitte nicht sagen, daß ich habe geschrieben, nicht namhaft machen³⁾.“

Hinzu kam die Macht der *Provinzpresse*. Die politische Ausrichtung der Kreisblätter wurde in Ostelbien vielfach von den Landräten bestimmt, von denen sie wegen der Vergabe amtlicher Bekanntmachungen abhängig waren. Es bedeutete schon ein hohes Maß an Überparteilichkeit, wenn der Landrat von Czarnikau auf Befragen seines Regierungspräsidenten mitteilte, daß das dortige Kreisblatt im redaktionellen wie im Anzeigenteil völlig unabhängig wäre. Allerdings hätte ihm der Redakteur bei Übernahme der Zeitung mitgeteilt, daß er das Blatt konservativ zu führen gedächte. So wäre es auch zu erklären, wenn das amtliche Blatt zwar den konservativen, nicht aber den nationalliberalen Wahlauf Ruf gebracht hätte. Er, der Landrat, wäre deshalb bereits beim Redakteur vorstellig geworden⁴⁾).

Die Überwachung des politischen Verhaltens der Beamten gehörte ferner zum Aufgabenbereich der Kreisverwaltung. Als das nationalliberale Wahlkomitee mit den Namen seiner Mitglieder einen Wahlauf Ruf für eine Ersatzwahl im Kreis Kolmar-Czarnikau-Filehne im Juni 1908 unterzeichnete, machte der Landrat von Kolmar den Regierungspräsidenten darauf aufmerksam, daß zu den 78 Unterzeichnern 48 Beamte gehörten, zumeist Lehrer, von denen drei noch nicht einmal das wahlfähige Alter erreicht hätten⁵⁾). Der Landrat von Czarnikau wandte sich aus dem gleichen Grunde an den Oberpräsidenten in Posen: Verschiedene jüngere Volksschullehrer im Kreise Czarnikau hätten „in einer Weise zugunsten des nationalliberalen Kandidaten gewirkt, die den von einem Lehrer zu erwartenden

¹⁾ SC, 1911, S. 24 f. — RB 299, Nr. 478. — RB 302, Nr. 1159. — RB 302, Nr. 1061.

²⁾ Vorw., Nr. 17, 21. Januar 1912. — RB 299, Nr. 382. — RB 299, Nr. 480.

³⁾ Voß, Nr. 43, 24. Januar 1912.

⁴⁾ HAB 30 I/610.

⁵⁾ Vorgang und Flugblatt in HAB 30 I/607.

Takt vermissen läßt“. Das Verhalten der Lehrer hätte im Kreise „begründetes Ärgernis erregt“ und wäre „von den einsichtigeren Teilen des Publikums (waren es die konservativen?) als recht ungehörig empfunden worden“¹⁾. Daß sich das „Ärgernis“ gegen die Agitation für die nationalliberale Partei und nicht gegen die politische Arbeit von Beamten schlechthin richtete, zeigt ein Beispiel aus Ostpreußen, wo dieselbe Behörde Lehrern zwar erlaubte, konservativen parteipolitischen Unterrichtskursen beizuwohnen, zugleich aber dem Vorsitzenden eines nationalliberalen Vereins — ebenfalls einem Beamten — wegen seiner politischen Tätigkeit disziplinarische Maßregeln androhte²⁾. Der Posener Oberpräsident forderte im Fall der nationalliberalen Beamten aus Czarnikau genaueste personelle Angaben vom Regierungspräsidenten in Bromberg an, die nach Art der später in der erwähnten Denkschrift für das Staatsministerium vorgeschlagenen Erhebungen von den zuständigen Fachdezernaten abgefaßt wurden³⁾. Allerdings muß zugestanden werden, daß wie in allen politischen Fragen die Staatsorgane der Ostmark von der Notwendigkeit des Kampfes gegen das Polentum ausgingen. Oberpräsident von Waldow ließ hieran keinen Zweifel: „... wenn Beamte durch ihr Auftreten die nur unter größten Schwierigkeiten erreichte Vereinbarung der staatserhaltenden Mehrheitsparteien (Konservative und Freisinnige, nicht aber Nationalliberale) über die Aufstellung eines allgemein genehmen Kandidaten gefährden und infolge der Zersplitterung die Aussichten des polnischerseits aufgestellten Kandidaten erheblich begünstigen“, so wäre das nicht vereinbar mit den an das dienstliche Verhalten eines Beamten in der Ostmark zu stellenden Forderungen⁴⁾. Es mag aber nicht zufällig sein, daß er dabei die Tatsache übergang, daß Czarnikau der einzige Wahlkreis in seinem Amtsbereich war, der fest in deutschem Besitz und daher auch aus dem Posener Wahlabkommen ausgeklammert war. Weiterhin war es in der Ostmark schon lange üblich, daß Abstimmung oder Enthaltung der Beamten genau überwacht wurden. Auch hierin betraten also die Beratungen des Staatsministeriums kein Neuland. Im Wahlkreis Czarnikau stellte man fest, daß es im ersten Wahlgang 193, im zweiten 146 Beamte waren, die sich der Wahl enthielten. Interessanterweise wurde dieselbe Registrierung auch für das Wahlverhalten der deutschen Ansiedler vorgenommen, ursprünglich wohl, um zu prüfen, wieweit sie im einzelnen die Hilfe des Staates beim Erwerb ihrer Ländereien durch Stimmabgabe gegen den Polen honorierten. Da die Ansiedler größtenteils aber als Gegner des Bundes der Landwirte galten, konnten seit 1909 die Ermittlungen auch zur Prüfung verwandt werden, wie nahe der einzelne Ansiedler dem liberalen Deutschen Bauernbund stand und deshalb möglicherweise in der Entscheidung zwischen dem deutschen Konservativen und dem Polen sich der Stimme enthielt⁵⁾.

¹⁾ HAB 30 I/607

²⁾ NB, 24. Jg., Nr. 1, 7. Januar 1912.

³⁾ HAB 30 I/607.

⁴⁾ Ebd.

⁵⁾ HAB 30 I/611.

Das Streben, den polnischen Einfluß in der Ostmark zurückzudrängen, legte es den Behörden nahe, die Wählerversammlungen der Polen mit besonderer Genauigkeit zu beobachten. In den Akten des Regierungspräsidiums Bromberg finden sich nicht weniger als 29 von Polizisten erstattete detaillierte Versammlungsberichte über die Polen, während über die deutsche Seite nur einige wenige existieren¹⁾).

Klagte auch die gesamte Linke über die Parteilichkeit der preußischen Verwaltung, wurden doch die Bemühungen des Posener Oberpräsidenten um die Einigung der deutschen Parteien von allen Beteiligten als selbstverständlich angesehen²⁾). Zumindest die Nationalliberalen hatten wenig Grund, in der Frage der Begünstigung der einen oder anderen Partei durch die Regierung besonders strenge Maßstäbe anzulegen. Schon die freisinnige „Hilfe“ hatte die sicher nicht unberechtigte Frage aufgeworfen: „Die preußischen Landräte haben jetzt die schwarzblaue Reichspolitik zu verteidigen — wie erfüllen die nationalliberalen Landräte der westlichen Provinzen diesen Auftrag ihrer Behörde?³⁾“ Hier im Westen, in der Rheinprovinz hauptsächlich, gab es ja aus der Zeit, da die Zentrumspartei in der Opposition stand und die Nationalliberalen ihre schärfsten Gegner stellten, immer noch eine Reihe von nationalliberal gesinnten Landräten und Regierungspräsidenten. Und hier waren es die Kandidaten dieser Partei, die die besondere Unterstützung durch die Behörden erfuhren. Zentrale aller nationalen Bemühungen war das rheinische Oberpräsidium unter Rheinbaben. An ihn wandte sich der Duisburger Oberbürgermeister, der im dortigen Wahlkreis ein einheitliches Eintreten der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zusammenbringen wollte, mit der Bitte, den einzigen bürgerlichen Gegenkandidaten, den christlich-sozialen Grafen Haeseler, zum Rücktritt von seiner Kandidatur zu bewegen⁴⁾). Diese Bitte erfüllte der Oberpräsident kraft seines Amtes ebenso, wie er die Anfrage des Landes-Kriegerbundes nach der Notwendigkeit eines Eingreifens dieser Organisation in den Wahlkampf beantwortete⁵⁾). Auch dem vom nationalliberalen Vereinsvorsitzenden von Wetzlar/Altenkirchen vorgebrachten Wunsch kam Rheinbaben nach und verwandte sich für die von der Rheinischen Landwirtschaftskammer verweigerte Beurlaubung des dort beschäftigten Kandidaten während der Wahlzeit⁶⁾). Das große rheinisch-westfälische Stichwahlabkommen zwischen den Nationalliberalen und der Zentrumspartei kam unter Rheinbabens wesentlicher Einwirkung zustande⁷⁾). Für die den Nationalliberalen gegenüber freundliche Haltung des Oberpräsidenten spricht

¹⁾ HAB 30 I/610.

²⁾ Vgl. KZ, 28. August 1911.

³⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 689.

⁴⁾ STAK 403/8459.

⁵⁾ STAK 403/8466.

⁶⁾ STAK 403/8459.

⁷⁾ STAK 403/8466. — Vgl. S. 236 ff.

auch ein letztes Beispiel: Im Wahlkreis Ottweiler/St. Wendel/Meisenheim hatte der dortige Vorstand des Bundes der Landwirte auf Grund eines Wahlabkommens mit dem Zentrum die Parole für den Kandidaten dieser Partei ausgegeben und gegen den Kandidaten der Nationalliberalen Stellung genommen. Um einen Sieg des Zentrums auszuschließen, bemühte sich Rheinbaben zunächst, die Bündler im Wahlkreis selbst umzustimmen. Als sie in ihrer Haltung unbeugsam blieben, wandte er sich an den ihm nahestehenden Schorlemer mit der Bitte, in Berlin auf die Führer der Agrarorganisation in seinem Sinne einzuwirken. Doch auch Schorlemers Gespräche mit dem Freiherrn von Wangenheim und Dr. Roesicke scheiterten an der Hartnäckigkeit, mit der der Bund den Kampf gegen die Nationalliberalen aufgenommen hatte¹⁾.

Im ganzen gesehen gab es für die Verwaltungsinstanzen demnach viele Wege der Einflußnahme auf das Wahlgeschehen. Die tatsächliche Auswirkung auf das Wahlergebnis erscheint aber wesentlich niedriger, als Muncy meint, wenn sie ausführt, daß für die Parteien „apparently the best assurance of an electoral victory in a district was to have one of your own men Landrat there“²⁾. Eine solche Auffassung zu vertreten, hieße denn doch die anderen zu einem Wahlsieg beitragenden Komponenten ganz erheblich unterschätzen. Dennoch kann zusammenfassend festgestellt werden, daß die Reichsregierung in anfänglicher Ratlosigkeit gegenüber den nach Bülow's Rücktritt gewaltig angewachsenen oppositionellen Strömungen zunächst gewillt schien, ihre hergebrachte Führungsrolle bei den Reichstagswahlen preiszugeben und schließlich nur mit halbem Herzen übernahm. Auf der Ebene des preußischen Staates dagegen glaubten Bethmann, viel energischer jedoch der Minister des Innern, auf den Gang der Wahlereignisse einwirken zu müssen, wenn auch möglichst ohne Aufsehen in der Öffentlichkeit zu erregen. Der Verwaltungsapparat in Preußen auf allen seinen Stufen war auf vielfache Art bemüht, die Parteikonstellation im Interesse des Staates zu beeinflussen.

¹⁾ STAK 403/8459.

²⁾ Muncy, S. 184.

II. Die Wahl

6. Vom Kandidaten zum Abgeordneten

Formen der Kandidatenaufstellung

Zugleich mit der Herausbildung der Fronten im Reichstagswahlkampf wurde bei allen Parteien auch die Kandidatenfrage akut. Sie fiel wesentlich in den Aufgabenbereich der Wahlkreisorganisationen. In der Regel verlief die Aufstellung der Kandidaten in folgender Weise: Bestand der Wahlkreis aus mehreren Landkreisen, traten zunächst die Vertrauensleute jedes einzelnen zusammen, um in interner Konferenz die Kandidatenfrage zu erörtern. Oft wurde auf ihr ein Arbeitsausschuß eingesetzt, der mit den entsprechenden Ausschüssen der anderen Landkreise in Verbindung zu treten hatte, um auf einer gemeinsamen Versammlung über die aus den einzelnen Landkreisen vorgebrachten Kandidatenvorschläge zu beschließen¹⁾. Ein anderer, wohl häufiger begangener Weg war der, daß sich die Vertrauensmänner aller Landkreise auf einer gemeinsamen Delegiertenversammlung über die Kandidatenfrage schlüssig wurden²⁾. Konnten nicht alle auftauchenden Probleme sofort gelöst werden, etwa weil ein geeignet erscheinender Kandidat noch nicht gefunden oder seine Zustimmung noch nicht eingeholt war, dann wurde ein Wahlkreisausschuß beauftragt, vorbehaltlich einer späteren Sanktion durch die Vertrauensmänner alle weiteren Schritte zu unternehmen. In einem solchen Ausschuß waren gewöhnlich die einzelnen Landkreise paritätisch vertreten. So stellten im Wahlkreis Moers/Rees beide Landkreise dem Zentrumsausschuß je vier Mitglieder³⁾. Andernorts übernahm der Wahlkreisvorstand selbst diese Aufgabe⁴⁾.

Besonders bei der Suche nach dem geeigneten Kandidaten traten oft vielfache Hindernisse auf, waren doch in seiner Person nicht nur die Vorstellungen der übergeordneten Parteinstanzen mit denen der Anhänger im Kreis zu versöhnen. Auch konnte der in Aussicht genommene Kandidat seine Einwilligung von gewissen Bedingungen abhängig machen. So traf der Wahlkreisobmann von Wolmirstedt/Neuhaldensleben beim nationalliberalen Landtagsabgeordneten Eugen Schiffer zunächst auf eindeutige Ablehnung, als er im Auftrag des Wahlkreisvorstandes um die Übernahme der Reichstagskandidatur ersuchte. Der

¹⁾ NB, 23. Jg., Nr. 50, 10. Dezember 1911. — MdrZ, Nr. 1, Juli 1911. — STAK 403/8466.

²⁾ So in Ottweiler/St. Wendel; STAK 403/8459.

³⁾ MdrZ, Nr. 1, Juli 1911.

⁴⁾ HAB 30 I/607.

Kandidat wies auf die große Belastung hin, die die gleichzeitige Ausübung eines Reichstags- und eines Landtagsmandates mit sich bringen würde. Zudem wäre der Kreis keineswegs für die Partei sicher, und alle im Wahlkampf auf sich genommenen Anstrengungen könnten letzten Endes vergebens sein. Bei einem erneuten Besuch des Obmanns, diesmal in Begleitung anderer Vorstandsmitglieder, wurden dann die Bitten dringender: Sollte Schiffer bei seiner Ablehnung beharren, so würde der Vorstand wahrscheinlich gar keinen ernsthaften Kandidaten für diesen Kreis — einen alten nationalliberalen Besitz — benennen. So mußte er sich denn zur Zusage entschließen, allerdings unter der — wohl kaum ernsthaft gemeinten — Bedingung, auf nicht mehr als sechs Wahlversammlungen sprechen zu müssen¹⁾.

Pfarrer Traub dachte zunächst daran, die Annahme einer fortschrittlichen Kandidatur im Wahlkreise Hamm vom positiven Ergebnis der Einigungsverhandlungen mit den Nationalliberalen abhängig zu machen. Auf sein Zögern setzte ihm der Wahlkreisvorstand geradezu das Ultimatum, daß er als Kandidat aufgestellt würde, ob er zu der betreffenden Vertrauensmännerversammlung käme oder nicht²⁾.

Die früher häufiger vorgekommene Aufstellung von Kandidaten ohne deren Wissen war wegen der heftigen Konkurrenz der Parteien, die eine wenigstens zeitweilige Anwesenheit des Kandidaten während des Wahlkampfes erforderte, seltener geworden, kam aber immer noch vor. Es handelte sich hierbei meistens um schwache Organisationen in aussichtslosen Kreisen, die bekanntere Persönlichkeiten zum Stimmenzählen von sich aus aufstellten³⁾. Auch bürgerliche Sammelkandidaturen bedeutender Persönlichkeiten gegen die Sozialdemokratie gehörten in diesem Wahlkampf zu den Seltenheiten. Die Kandidatur des Grafen Zeppelin in Ulm und Stuttgart, an die die Nationalliberalen einen Augenblick dachten, um sich der Unterstützung des Freisinns wie der Konservativen zu versichern, scheiterte am Widerstand des Grafen⁴⁾. So blieb in dieser Hinsicht allein die von Zentrum, Christlich-Sozialen, Deutschkonservativen und Nationalliberalen getragene Kandidatur von Posadowsky-Wehners in Bielefeld bestehen⁵⁾. Posadowsky hatte die ihm angetragene Kandidatur aber nur angenommen unter ausdrücklicher Bedingung, „nicht als Parteimann“ in den Reichstag zu gehen, sondern als „Einzelmensch“, wofür er wegen seiner Verdienste und Erfahrungen berechtigt zu sein glaubte⁶⁾. Zeigte sich schon hierin der innere Widerstand, den führende Vertreter der Beamtenschaft dem Parteileben gegen-

¹⁾ NL Schiffer 1.

²⁾ NL Traub 5 und 6.

³⁾ So Eugen Schiffer in rheinischen Kreisen; NL Schiffer 1. — So der Bauernbundführer Harte in Gnesen; HAB 30 I/610.

⁴⁾ NB, 23. Jg., Nr. 44, 29. Oktober 1911. — Germania, Nr. 3, 5. Januar 1912, 1. Blatt.

⁵⁾ KZ, Nr. 1197, 1. November 1911. — Vorw., Nr. 23, 28. Januar 1912.

⁶⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 770.

über wohl weithin empfanden, so kam dieser Zug bei Posadowsky durch die zweite, später zurückgezogene Bedingung noch deutlicher zum Ausdruck, in der der Graf es entschieden von sich wies, Wahlreden halten zu müssen. Die freisinnige „Hilfe“ bemerkte hierzu sarkastisch: „Den Herrn Staatssekretär a. D. zu wählen, mag das Volk gut genug sein, ihn zu hören oder gar mit ihm zu diskutieren, aber ganz und gar nicht¹⁾.“

Waren alle notwendigen Verhandlungen zufriedenstellend verlaufen, berief der Wahlkreisvorstand erneut die Vertrauensmännerversammlung, in der die Delegierten des Wahlkreises über die Annahme des vom Vorstand vorgeschlagenen Kandidaten abstimmten. Bisweilen wurden dabei in einer Vorabstimmung alle weniger geeigneten Personen ausgeschieden, um dann den Mann der Wahl einstimmig nominieren zu können²⁾. War der Kandidat anwesend, gab er wohl auch einen Rechenschaftsbericht über seine parlamentarische Tätigkeit, falls er schon Abgeordneter des Kreises gewesen war. War er ein Neuling, legte er vor der Zustimmung der Delegierten zu seiner Wahl durch eine Programmrede sein politisches Glaubensbekenntnis ab³⁾. Der Rechenschaftsbericht des Abgeordneten wurde vielfach als wesentliche Voraussetzung einer Bestätigung der Kandidatur angesehen, und es konnte vorkommen, daß der Abgeordnete seinerwegen in der anschließenden Diskussion zur Rede gestellt wurde. So wurde der konservative Abgeordnete des Wahlkreises Czarnikau/Finke, der statt eines Rechenschaftsberichtes eine Rede über sein Programm gehalten hatte, ganz direkt gefragt, was er denn bisher für den Kreis geleistet hätte. Es war die schnelle Antwort des anwesenden Berliner Parteisekretärs, die eine etwa an die Frage anschließende Mißtrauenskundgebung mit der Entgegnung abfiel, es handle sich um einen Kampf der Parteien, Personenfragen müßten im Wahlkampf ausscheiden⁴⁾.

Im Zeichen der fortschrittlich-nationalliberalen Wahlbündnisse wurden die Vertrauensmännerversammlungen, die über die letzte Annahme oder Ablehnung der Kandidaten befanden, nicht selten von beiden liberalen Wahlkreisvorständen einberufen, so in Kalau/Luckau und in Eßlingen/Kirchheim⁵⁾, um vor der Wählerschaft die Eintracht des Liberalismus zu beweisen. Im Wahlkreis Arnswalde/Friedeberg stellte die nationalliberale Partei vertragsgemäß den Kandidaten, den jungliberalen Führer Dr. Poensgen, der in einer Vertrauensmännerversammlung der Partei nominiert wurde. Gleich anschließend traten aber die fortschrittlichen Vertrauensleute hinzu, und in gemeinsamer Sitzung mit den Nationalliberalen begrüßten auch die freisinnigen Delegierten den aufgestellten Kandidaten. Die Einsetzung eines gemeinsamen Wahlausschusses zur Vorbereitung

¹⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 241.

²⁾ MdWZ, Nr. 14, 1. Dezember 1911.

³⁾ Vgl. Liebert, S. 182.

⁴⁾ HAB 30 I/610.

⁵⁾ NB, 23. Jg., Nr. 9, 26. Februar 1911.

und Durchführung der Wahlkampagne dokumentierte den Willen zur Einheit¹⁾. Fanden sich die beiden Parteien nicht zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, so war die Nachbarpartei doch oft durch einen Delegierten vertreten oder sandte zumindest ein zustimmendes Schreiben, in dem sie die Aufstellung des Kandidaten begrüßte, und das im Anschluß an die Nominierung zur Kenntnisnahme der Öffentlichkeit verlesen wurde²⁾. Kam trotz anderer Abmachungen der Zentralen doch eine Gegenkandidatur zustande, so wurde bisweilen mit einer schriftlichen Erklärung der Zentrale der Nachbarpartei der Gegenkandidat desavouiert und die eigene Sache vor der Wählerschaft zu befestigen gesucht³⁾.

Mitunter trafen die Vorschläge der Kreisvorstände auch auf den unüberbrückbaren Widerstand der Vertrauensmänner. So fühlten sich die Zentrumsvertreter des Landkreises Wittlich übergangen, weil der mit ihnen zu einem Wahlkreis zusammengefaßte Nachbarlandkreis Bernkastel neben den schon von ihm vertretenen beiden Landtagsitzen nun auch das Reichstagsmandat stellen sollte. Die Folge war die Proklamation eines eigenen Kandidaten in Wittlich⁴⁾. Waren die Provinzial- oder Landesorganisationen bedeutend genug, so fand mitunter schließlich eine Versammlung statt, die von den Delegierten der einzelnen Wahlkreise beschickt wurde und auf der man alle in der Provinz aufgestellten Kandidaten der Partei proklamierte⁵⁾.

Diese soeben geschilderte Form der Kandidatenaufstellung bezog sich auf die Organisationsform der Wahlvereine. Die ältere Form des eigens zum Zweck der Wahl zusammentretenden Honoratiorenkomitees war zwar seltener geworden, kam aber immer noch vor. Klare Grenzen zwischen beiden Arten können ohnehin kaum gezogen werden, da es nicht nur eine Vielzahl von Zwischenformen gab, sondern auch nicht wenige Organisationen, die in die neuere Form des Vereins hineingewachsen waren, weiterhin den Namen eines „Komitees“ führten. Die Kandidatenaufstellung durch einige ad hoc zusammentretende Persönlichkeiten der führenden Schichten des Wahlkreises war am ehesten noch beim Zentrum und den Konservativen erhalten, besonders bei der Reichspartei, also bei den Parteien, die bislang ihre Organisation nicht auf eine Massenbasis gestellt hatten, oder sich für die Bindung der Massen nebengeordneter Verbände (Volksverein, Bund der Landwirte) bedienten. Dennoch traten Wahlkomitees auch bei den Liberalen in Erscheinung. Das typische Beispiel eines Wahlkomitees stellten 1912 fortschrittlich gesinnte Kreise Freiburgs im Breisgau. Dort betrieb eine Gruppe namhafter Gelehrter der Universität die Wahl ihres Kollegen Schultze-Gävernitz. Die Führung des Wahlausschusses lag in den Händen des Pathologen Aschoff, die Arbeit des Presseausschusses besorgten Friedrich Meinecke und Eduard

¹⁾ NB, 23. Jg., Nr. 40, 1. Oktober 1911.

²⁾ NB, 23. Jg., Nr. 39, 24. September 1911.

³⁾ NB, 23. Jg., Nr. 40, 1. Oktober 1911. — Voß, Nr. 627, 15. Dezember 1911.

⁴⁾ STAK 403/8466.

⁵⁾ So in Schlesien das Zentrum; Schlesische Volkszeitung, 13. Dezember 1911.

Schwartz, zu anderen Aufgaben wurden junge Privatdozenten, wie Vigener und Veit Valentin, herangezogen¹⁾).

Vielleicht ist die Vermutung nicht so abwegig, daß mit dem beschleunigten Ausbau der Parteioorganisation das Wahlkomitee überhaupt eine gewisse, bescheidene Renaissance erlebte. Bei dem Vorstoß in neue Gebiete konnten sich die Parteien oft nur auf wenige Anhänger stützen, die in den neubearbeiteten Wahlkreisen zur Mitarbeit bereit waren. Daher mag die Konstituierung eines Vereins mangels Masse oft nur propagandistischen Wert gehabt haben²⁾. Bisweilen griff man zu Übergangslösungen, um den Wahlverein einzuführen. In Sensburg konstituierte sich der nationalliberale Wahlverein erst, nachdem eine öffentliche Versammlung, in der die Aufstellung des Kandidaten erfolgte, gezeigt hatte, daß die Partei auf größeren Zuspruch rechnen konnte³⁾.

In der Hauptsache waren es aber die ländlichen Kreise der schwarzblauen Parteien, in denen immer noch die Kandidaten von Honoratiorenkomitees proklamiert wurden. Dennoch regte sich auch hier mehr und mehr Widerspruch, so in Rheinhessen bei der Zentrumspartei. Dort wandte sich das „Mainzer Journal“ gegen die Mängel des Honoratiorensystems, durch das nur zu leicht Verstöße gegen die Parteidisziplin entstehen könnten: „Jeder Anhänger unserer Partei muß die Möglichkeit haben, durch seine Stimme auch auf die Auswahl der Kandidaten einzuwirken. Nur wenn das der Fall ist, kann man verlangen, daß sich der einzelne der Parteidisziplin fügt, selbst wenn die Entscheidung seinen Wünschen nicht entspricht . . .“. Wäre erst einmal eine Organisation vorhanden, müßten die Vertrauensleute auch wirklich gewählt und nicht von oben ausgesucht werden. Ebenso müßten höhere Instanzen aus der Wahl der Vertrauensleute hervorgehen. Die Zeitung stellte schließlich die Forderung, daß an der Aufstellung der Kandidaten sämtliche Vertrauensmänner des Kreises beteiligt würden — das Honoratiorensystem war also noch vielfach das herrschende. Das Blatt suchte diesen Tatbestand mit der „Scheu vor der Mitarbeit der Masse“ und mit einem gewissen „Mißtrauen in die Einsicht der gewöhnlichen Wähler“ zu erklären, von dem die führenden Persönlichkeiten der Partei befangen wären und aus dem dann „nicht selten eine große Neigung zur Bevormundung, ein Herablassen zur Menge und Arbeiten an ihr, statt aus ihr heraus“ erwüchse. Man fürchte immer einen unerwünschten Ausfall der Abstimmung und suche dem vorzubeugen⁴⁾.

Das war eine Sachlage, die nicht nur auf die Zentrumspartei in Rheinhessen, sondern auf alle die Fälle zutraf, wo es noch auf Honoratiorenkomitees gegründete Wahlkreisorganisationen gab. Nur so konnte es geschehen, daß im Mindener Wahlkreis Warburg/Höxter schließlich drei Zentrumskandidaten miteinander

¹⁾ Meinecke, S. 127—130.

²⁾ So in der Provinz Posen.

³⁾ NB, 23. Jg., Nr. 15, 9. April 1911.

⁴⁾ Nach: MdwZ, Nr. 9, 20. Juli 1910.

konkurrierten. Die Wähler des Kreises hatten beim Vorstand die Forderung erhoben, daß die Kandidatur einem einheimischen Zentrumsangehörigen überlassen werden sollte. Dennoch schob der Vorstand die Vorschläge von acht bis zehn Kandidaten, die diese Bedingung erfüllt hätten, beiseite und stellte im November 1911 einen offenbar von der Provinzialleitung erwünschten kreisfremden Kandidaten auf. Als Protest gegen diesen Schritt proklamierten daraufhin Kreise der Wählerschaft zwei weitere Kandidaten¹⁾. Doppelkandidaturen dieser Art traten aber fast ausnahmslos in Kreisen auf, in denen ein Sieg der betreffenden Partei gesichert war. Demgemäß — und eben weil die Honoratiorenverfassung hier noch am weitesten ausgebildet war — hatte das Zentrum die meisten dieser Fälle zu verzeichnen. In 16 seiner Kreise standen sich zwei, in zwei Kreisen sogar drei Zentrumskandidaten gegenüber. Es folgten die Nationalliberalen mit neun Doppelkandidaturen, die Fortschrittler mit vier, Deutschkonservativen, Freikonservativen und Sozialdemokraten mit je zwei, Polen und der Bund der Landwirte mit je einer Doppelkandidatur.

Diese Zahlen lassen die Schwierigkeiten deutlich werden, denen sich die Zentralen und die Provinzialorganisationen bei der Durchsetzung eines einheitlichen Kurses gegenüberstehen. Die Mahnungen, die die übergeordneten Parteiorganisationen zusammen mit den allgemeinen Richtlinien über die Wahlvorbereitungen an der Jahreswende 1910/1911 an die Lokalorganisationen gerichtet hatten, bei der Aufstellung der Kandidaten nur im Einvernehmen mit den übergeordneten Instanzen vorzugehen, fanden daher durchaus nicht einhellige Anerkennung²⁾. Parteien mit straffer Disziplin erreichten hier mehr als die zum Lavieren gezwungenen Mittelparteien. Nur selten konnte eine Landes- oder Provinzialorganisation so uneingeschränkt über die Auswahl der Kandidaten verfügen wie die des badischen Zentrums unter Pfarrer Wacker, dessen Taktik offenbar ohne nennenswerten Widerspruch von den Wahlkreisorganisationen hingenommen wurde. Als in der letzten Ersatzwahl der ablaufenden Legislaturperiode in Konstanz der Zentrumskandidat, ein adliger Landgerichtsdirektor, gegen einen nationalliberalen Gärtnermeister durchfiel, ließ die Wahlkreisorganisation auf Wackers Geheiß den bisherigen Kandidaten fallen und stellte für die allgemeinen Wahlen einen Kleinbauern auf, der der Sozialstruktur des Kreises besser entsprach³⁾.

Gerade das Streben der Parteien, aus möglichst vielen Klassen der Bevölkerung Vertreter für den Reichstag zu gewinnen, um so den Wünschen aller Interessenkreise entgegenzukommen, fand oft nur ein geringes Echo bei den Wahlkreisen. Der wachsenden Bedeutung des Mittelstandes suchte das Zentrum zu entsprechen, indem es sich bemühte, in einem der bombensicheren Kreise einen Handwerkerkandidaten unterzubringen. Die Leitung der rheinischen

¹⁾ KZ, Nr. 1265, 18. November 1911. — Voß, 643, 24. Dezember 1911.

²⁾ S. S. 43. — S. 73 f.,

³⁾ KZ, Nr. 1326, 3. Dezember 1911.

Zentrumspartei empfahl daher dem Komitee des Kreises Kempen die Aufstellung eines kreisfremden Bäckermeisters. Der für die Wahlvorbereitung eingesetzte Ausschuß kam diesem Verlangen zwar nach, indem er dem Kreisvorstand den Vorschlag weitergab. Der aber versagte seine Zustimmung. Statt dessen verfiel man auf den Ausweg, dem bekannten Politiker Karl Bachem die Kandidatur anzutragen, bei dessen Annahme den Forderungen der Provinzialleitung die Spitze abgebrochen worden wäre. Aber auch Bachem machte den Ausschuß des Kreises auf die Vorteile einer Handwerkerkandidatur für die Gesamtpartei aufmerksam. Es wäre nie möglich gewesen, eine größere Zahl von Vertretern dieses Standes in die Reichstagsfraktion zu entsenden. Wenn überhaupt, dann müßte ein so sicherer und wohlorganisierter Kreis wie Kempen dem Zentrum einen solchen Dienst leisten. In stark umfochtenen Kreisen ständen dem viel größere Schwierigkeiten entgegen. Der Ausschuß sollte darum die Frage dieser Kandidatur dem Kreiskomitee nochmals unterbreiten¹⁾. Nach langem Zögern änderte das Komitee schließlich seine Auffassung.

Aber auch in einer so disziplinierten Partei, wie es die Sozialdemokratie war, kam es mitunter zu Auflehnungsversuchen gegen den Parteivorstand. So protestierten einige Teilnehmer einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 3. Berliner Kreis lautstark über die Aufstellung des Parteisekretärs Pfannkuch an Stelle des bisherigen Abgeordneten Wolfgang Heine. Man lasse sich vom Vorstand die Kandidaten nicht aufoktroyieren. Pfannkuch wäre schon „längst vom Parteivorstand und dem ‚Vorwärts‘ als alleiniger Kandidat genannt worden“, ohne daß man die Genossen im Kreis gefragt hätte²⁾.

Eine wesentliche Erschwerung der Politik der Parteizentralen erwuchs aber aus den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes. Paragraph 4 bescheinigte jedem Deutschen die Wahlbarkeit, „welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und einem zum Bunde gehörenden Staate seit mindestens einem Jahr angehört hat“. Ausgenommen waren nur aktive Militärs, Empfänger von Armenunterstützung und ähnliche Sonderfälle. Da für eine Kandidatur selbst keinerlei weitere gesetzliche Bedingungen zu erfüllen waren, konnte der Wähler seine Stimme auf jeden beliebigen Deutschen abgeben oder seine Wahl betreiben. Die Parteien waren daher auch machtlos, wenn ihr Name für parteifremde Kandidaturen verwendet wurde. Es blieb meist bei der einfachen Feststellung, daß die Kandidatur „ohne Wissen und Willen“ der Parteileitung erfolgt wäre³⁾. So konnte sich im Wahlkreis Hoya/Syke, in dem der nationalliberale Vorstand wegen aufgetretener Spannungen mit der Wählerschaft Anfang 1911 zurückgetreten war, ein von der Berliner Leitung nicht akzeptiertes Komitee zur Durchsetzung eines wildnationalliberalen Kandidaten konstituieren. Als die

¹⁾ NL Bachem 318.

²⁾ Voß, Nr. 634, 19. Dezember 1911. — Vgl. ebd. Nr. 636, 20. Dezember 1911, wo Pfannkuch dementiert.

³⁾ Voß, Nr. 640, 22. Dezember 1911 (RP). — Ebd., Nr. 598, 30. November 1911 (FVP).

nationalliberale Parteileitung, die diesen Wahlkreis dem Wahlabkommen gemäß dem Fortschritt überlassen hatte, an das Komitee herantrat, um es zur Zurücknahme der wilden Kandidatur zu bewegen, konnten die lokalen Politiker einwenden, „daß Herr Held (der Kandidat) nicht von der offiziellen Parteileitung in Berlin aufgestellt, nicht offizieller Kandidat der Parteileitung ist, wohl aber der Kandidat der nationalliberalen Wählerschaft des 6. hannoverschen Wahlkreises, die allein über die Aufstellung des Kandidaten zu befinden hat¹⁾“. Ebenso konnte der aus dem Zentrum offiziell ausgeschlossene Graf Oppersdorff seine Wahl erfolgreich in einem anderen, für ihn günstigen Kreis der Provinz Posen betreiben, obwohl er durch ein Schreiben des Zentrumsführers Hertling an den Vorstand des Nationalen Wahlvereins des Kreises desavouiert worden war²⁾.

Die Möglichkeit, unter falscher Flagge segeln zu können, wurde in der Wahltaktik der Parteien vielfach ausgenutzt. Im Wahlkreis Westhavelland/Stadt Brandenburg, der laut Abkommen von den Nationalliberalen an den Fortschritt abgetreten werden sollte, machten sich die Konservativen den Wunsch des bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Goerke nach erneuter Kandidatur zunutze und verzichteten zu seinen Gunsten auf eine eigene Kandidatur. Da damit der Sieg des Fortschrittlers gegenüber dem Sozialdemokraten aufs äußerste gefährdet wurde, ging die nationalliberale Wahlkreisleitung mit einer Kriegslist gegen die unbequeme wilde Kandidatur Goerkes vor. Unter den Aufruf der Partei, der sich scharf gegen Sozialdemokratie, Zentrum, Konservative und Bund der Landwirte richtete, setzte sie unter anderen auch den Namen Goerkes, der sich daraufhin zu energischem Protest genötigt sah, um den Beistand der Konservativen nicht zu verlieren. Immerhin war er durch dieses Manöver einem Teil der Konservativen verdächtig geworden, der ihn nun zu einer Erklärung zu bewegen suchte, in der ausdrücklich der Kampf gegen Konservative und Bündler abgelehnt und nur der gegen die Sozialdemokraten gefordert wurde. Da aber Goerke — mit Rücksicht auf seinen liberalen Wählerstamm — diesen Wunsch nicht erfüllen konnte, kam es im konservativen Lager selbst zu einer Spaltung, die darin ihren Ausdruck fand, daß eine extreme Minderheit nun einen eigenen, konservativen Kandidaten proklamierte³⁾.

Ähnliche Fälle ereigneten sich im Wahlkreis Ostprignitz, wo der Bund der Landwirte den ehemaligen Nationalliberalen und jetzigen Reichsparteiler Lehmann-Jena gegen den Kandidaten des Deutschen Bauernbundes und der Reichspartei, Löscher, auszuspielen suchte⁴⁾, und in Plauen, wo der wildnational-liberale Abgeordnete Graser von den Konservativen gestützt und so die Wahl des

¹⁾ Hoyaer Wochenblatt, Nr. 5, 7. Januar 1912.

²⁾ Voß, Nr. 5, 15, 27 vom 4., 9., 27. Januar 1912.

³⁾ Voß, Nr. 580, 19. November 1911. — Ebd., Nr. 16, 10. Januar 1912. — DTZ, Nr. 626, 10. Dezember 1911.

⁴⁾ DBB, Nr. 7, 18. Februar 1911.

fortschrittlichen Kompromißkandidaten zugunsten der Sozialdemokratie verhindert wurde¹⁾. In dem seit 1871 fortschrittlichen Grünberg/Freistadt bewirkte eine wilde Kandidatur des Deutschen Bauernbundes das Ausscheiden des Fortschrittlers aus der Stichwahl. Auch hier vermutete man ein Manöver der Rechten²⁾.

Ein besonderes System der Kandidatenaufstellung, das die Wünsche der Wählerschaft zumindest formell mehr zu berücksichtigen suchte, hatte sich bei den *Polen* in der Provinz Posen herausgebildet. Hier berieten zunächst die Komitees der einzelnen Stimmbezirke jedes Wahlkreises, zumeist gesondert, bisweilen aber auch gemeinsam über die möglichen Kandidaturen. Die drei am meisten geeignet erscheinenden Kandidaten wurden auf einer Kandidatenliste den Wählern jedes Wahlbezirktes in öffentlichen Versammlungen zur Annahme unterbreitet. In diesen Wählerversammlungen, vor denen oft die Kandidaten zuerst ihr Programm entwickelten, war jeder wahlberechtigte, im Bezirk wohnende Pole zur Abstimmung über die Liste berechtigt. Waren Wähler benachbarter Bezirke zugegen, so durften sie das Wort in der Diskussion, die der Abstimmung vorausging, nur mit besonderer Erlaubnis des Versammlungsleiters ergreifen. Meist wurde die Liste nach einer Debatte in der vom Komitee vorgesehenen Reihenfolge angenommen. Derjenige Kandidat, der auf ihr an erster Stelle verzeichnet war, hatte die größte Aussicht, in den Reichstag einzuziehen. Es gab daher auch heftige Auseinandersetzungen, in denen der vom Komitee für die erste Stelle genannte Kandidat schließlich auf den dritten Platz rücken oder gänzlich von der Liste gestrichen werden konnte. Meistens wurden auf denselben Wählerversammlungen auch noch die Delegierten gewählt, die die Interessen des Bezirks und die beschlossene Kandidatenliste bei der folgenden Konferenz des Provinzialkomitees in Posen zu vertreten hatten, wo nun an Hand der eingereichten Listen der geeignete Kandidat aufgestellt wurde. Dieses Verfahren, so demokratisch es schien, hatte gleichwohl seine Mängel, denn ein geschickter Versammlungsleiter konnte die Abstimmung der Wähler unschwer in seinem Sinn beeinflussen. So protestierte ein Diskussionssprecher auf einer Wählerversammlung in Gnesen, „er könne dieses Verfahren nicht billigen, daß eine Gruppe von Personen die Vergebung der Mandate als ihr Monopol betrachtete, denn sie würden vom Volke vergeben . . .³⁾“.

Zählkandidaturen

Nicht bei allen Parteien war die Gepflogenheit gleich durchgebildet, in möglichst zahlreichen Wahlkreisen Kandidaturen aufzustellen, auch wenn ein Sieg

¹⁾ DTZ, Nr. 654, 28. Dezember 1911.

²⁾ Voß, Nr. 26, 15. Januar 1912.

³⁾ HAB 30 I/610; Landratsberichte über polnische Wahlversammlungen im Regierungsbezirk Bromberg.

von vornherein ausgeschlossen war. Besonders Minderheitsparteien bedienten sich dieser Methode, um ein der Wirklichkeit angenähertes Bild ihrer Anhängerschaft zu zeichnen und die eigene Bedeutung besser hervorheben zu können. So waren es vielfach Splitterparteien — etwa die Christlich-Sozialen 1903 in vielen altbayerischen Kreisen —, die mangels einer größeren Zahl von Mandaten darauf bedacht waren, zumindest die Wählerziffern nicht zu gering erscheinen zu lassen. Aber auch bei den großen Minderheitsparteien, wie ehemals beim Zentrum und stets — zum Prinzip erhoben — bei der Sozialdemokratie, wurden die Stimmen in allen Teilen des Reiches gesammelt.

Bei der Sozialdemokratie spielte neben dem Wunsch, einen genauen Überblick über den Stand der Bewegung zu gewinnen, die Absicht eine Rolle, durch den Hinweis auf die Differenz zwischen Mandatszahl und Stimmenzahl den Kampf gegen das Mehrheitswahlssystem und seine veraltete Wahlkreiseinteilung zu führen. Ganz allgemein darf wohl gesagt werden, daß die Tendenz zur Aufstellung von Zählkandidaturen in dem Maße zunahm, wie die Parteien auf eine feste Organisation aufbauen konnten oder als „Volksparteien“ auf breitere Wählerschichten Einfluß zu nehmen suchten. Hieraus erklärt sich auch die ursprünglich geringe Zahl von Zählkandidaturen bei den Rechtsparteien, besonders den nahezu unorganisierten Freikonservativen. Auf der anderen Seite waren bei den nicht sozialdemokratischen Parteien schon seit langem Zählkandidaturen zugunsten von Wahlabsprachen mit anderen Parteien in den Hintergrund getreten, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß manche Partei sich erst zum Abschluß eines Kompromisses bereitgefunden haben dürfte, als sie erkannte, daß der Partner durch eine Zählkandidatur einen selbständig errungenen Erfolg verhindern könnte.

Als Beispiel für eine Abnahme der Zählkandidaturen zugunsten von Absprachen mit anderen Parteien mag auf die Wahlen von 1907 hingewiesen werden, wo bei allen nicht sozialdemokratischen Parteien — mit Ausnahme des Zentrums — zum Teil beträchtliche Rückgänge an Zählkandidaturen zu verzeichnen waren. Auch nach den offiziellen Beschlüssen der Parteien zum Wahlkampf 1912 mußte ein Rückgang an Zählkandidaturen erwartet werden. Bei allen Parteien — mit Ausnahme der Sozialdemokratie — wurde das Prinzip der Zählkandidaturen ausdrücklich an die zweite Stelle verwiesen. So hatte Erzberger selbst für das Zentrum die Parole ausgegeben, daß Zählkandidaturen überall dort vermieden werden müßten, wo durch sie ein schwarzblauer Kandidat aus der Stichwahl gedrängt würde¹⁾. Auch die Wahlabsprachen unter den Liberalen bedingten ein wechselseitiges Zurückziehen hoffnungsloser Kandidaturen. Zahlenmäßig hätte sich dieser Tatbestand noch mehr ausgewirkt, wenn ihm nicht die gleichzeitige Ausdehnung vieler Parteien in neue Gebiete entgegengewirkt hätte. Hier waren Zählkandidaturen nicht nur nötig, um einen ersten Maßstab über die Anhängerschaft der Partei in einem der neuen Wahl-

¹⁾ Tag, 2. April 1911; zit. nach Krauß-Düren, S. 291—294.

Entwicklung der Zählkandidaturen

Jahr	1903			1907			1912		
Nachweisbare Kandidaturen	1683			1487			1552		
Kandidaturen mit Stimmenanteil	%			%			%		
	0—4,9	5—9,9	Insg.	0—4,9	5—9,9	Insg.	0—4,9	5—9,9	Insg.
DK	9	6	15	3	10	13	27	14	41
RP	3	3	6	—	—	—	9	3	12
NL	24	22	46	5	18	23	21	22	43
RFP.	10	1	11	—	1	1	—	—	—
WVG	36	18	54	17	5	22	31	4	35
FVP	63	32	95	34	20	54	25	24	49
Z	90	13	103	87	12	99	41	9	50
P	26	4	30	46	6	52	46	6	52
SPD	65	47	112	77	58	135	48	47	95
ANDERE . .	28	6	34	35	28	63	40	10	50
Insgesamt . .	354	152	506	304	158	462	288	139	427
% der allgem. Kandidaturen	21,0	9,0	30,1	20,4	9,9	31,0	18,6	9,0	27,5

kreise zu erhalten. Die jungen Organisationen konnten in der Bewährungsprobe der Agitation oft auch den ersten festen Zusammenhalt gewinnen. Ganz deutlich zeichnet sich die Ausweitung der Parteiorganisation in dem Aufschwung der konservativen Zählkandidaturen ab, die besonders aus dem Nordwesten des Reiches stammten¹⁾. Bei den Liberalen tritt dieselbe Bewegung nicht mit der gleichen Deutlichkeit aus der Tabelle in Erscheinung, da einerseits bis 1907 die damaligen drei freisinnigen Parteirichtungen oft gegeneinander kandidierten, andererseits beide liberale Parteien — stärker wiederum der Fortschritt — oftmals in den ostelbischen Gebieten die zugrunde gelegte Grenze von 10 Prozent der abgegebenen Stimmen überschritten.

Trotzdem wurde das einfache Zählen der Stimmen von keiner der Parteien aufgegeben. Auch in den Gebieten, die jeder Organisation einer Partei unzugänglich schienen, suchte man doch die Anhänger zu sammeln. Allgemein war dabei das Bestreben maßgebend, das der fortschrittliche Wahlauftritt erkennen läßt: „Am 29. Dezember werden die Anhänger des entschiedenen Liberalismus in den Wahlkreisen, in denen eine ernsthafte Kandidatur der Fortschrittlichen Volkspartei nicht in Betracht kommen kann, und in denen kein taktisches Kompromiß geschlossen worden ist, ersucht, am 12. Januar ihre Stimmen auf

¹⁾ Vgl. hierzu die irrtümliche Verallgemeinerung *Molts* (S. 57, Anm. 8). Gerade das Jahr 1912 zeigte, wie sehr auch die Konservativen in diesem Punkte zu einer beweglicheren Politik übergingen.

den Namen von Albert Traeger abgeben zu wollen. Da bei der Beurteilung der Stärke der Parteien nicht nur die Zahl der Mandate, sondern auch die Zahl der Wählerstimmen von großer Bedeutung ist, so empfiehlt es sich schon aus diesem Grunde, überall, wo nicht ein besonderer liberaler Kandidat aufgestellt ist, die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei zu sammeln, damit sie bei dem Gesamtergebnis ins Gewicht fallen¹⁾.“

Es war nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, daß zu Zählkandidaten Männer herangezogen wurden, die in ihren Parteien sich allgemeiner Wertschätzung erfreuten. So wurde Traeger, Mitglied des Ältestenrats von Berlin, in 12 Wahlkreisen als Zählkandidat nominiert und sammelte 2470 Stimmen, der Zentrumsführer Erzberger wurde ebenfalls in 12 Kreisen als Zählkandidat aufgestellt und erzielte 10 000 Stimmen. Der nationalliberale Parteivorsitzende vereinigte in 12 Kreisen 7509 Stimmen auf sich, der christlichsoziale Gewerkschaftler Behrens in 6 Kreisen 5917. Der polnische Zählkandidat von Chociszewski wurde zum Zählkandidaten der polnischen Stimmen „in der Fremde“ deswegen proklamiert, weil er für die polnische Sache lange Jahre inhaftiert gewesen war. Er wurde in 42 Kreisen aufgestellt und sammelte 44 692 Stimmen, von denen zumindest diejenigen in 5 Kreisen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes für Stichwahlabkommen mit anderen Parteien erhebliche Bedeutung haben konnten²⁾. Bezeichnend für den weit vorgeschrittenen Ausbau der sozialdemokratischen Organisation ist es, daß diese Partei auf die zentrale Nominierung von Zählkandidaten nahezu verzichten konnte. Hier konnte auf Vertreter der Wahlkreis- oder Provinzorganisationen zurückgegriffen werden. Bebel beispielsweise trat nur in drei über das Reich verstreuten Kreisen als Zählkandidat auf, Haase sammelte nur in fünf ostpreussischen Kreisen die Stimmen, Hofrichter in vier Kreisen der Rheinprovinz. Ein Sonderfall war der schlesische Graf Oppersdorff, der, wie schon erwähnt, als Anhänger der Berliner Richtung der Zentrumspar- tei für seine eigene Sache in 13 Kreisen 15 991 Wähler verbuchen konnte.

Insgesamt war die Zahl der Zählkandidaturen nahezu konstant im Verhältnis zur allgemeinen Zahl der Kandidaturen. Der Rückgang von rund drei Prozent erklärt sich in der Hauptsache aus dem Zurückziehen der Zentrumskandidaturen

¹⁾ FZ, 19. November 1911 [Parteien, S. 222 f.].

²⁾ Es muß hier der Ansicht *Wehlers* widersprochen werden, die er in seinem Aufsatz „Die Polen im Ruhrgebiet“ vertritt und der zufolge die Polen „die völlige Aussichtslosigkeit der Zählkandidaturen in Kauf nahmen und sie taktischen Kompromissen vorzogen“ (*Wehler*, S. 228). Gerade durch den mit der Aufstellung von Zählkandidaturen erst erbrachten Beweis der Stärke wurden Kompromisse ja oft ermöglicht, da nur die Zahl der Anhängerschaft bei allen Wahlabkommen als Maßstab dienen konnte. — Auch *Molt* (S. 57) berücksichtigt diesen Umstand nicht, wenn er die Ansicht vertritt, daß dem Wähler einer Splittergruppe klar gewesen sein müßte, daß er seine Stimme verschenkte. *Molt* folgert daraus, für viele Wähler wäre „die Stimmabgabe politisches Bekenntnis zu einer Partei“ gewesen, unabhängig von den Erfolgsaussichten. Er übersieht jedoch, wie sehr die absolute Mehrheitswahl durch ihren zweiten Wahlgang immer wieder überraschende Ergebnisse zeitigte, die im Wähler die Hoffnung wachhielten, daß „sein“ Kandidat — obwohl Außenseiter — doch gewisse Gewinnaussichten besaß.

wie aus der Fusion des Fortschritts. Am auffälligsten ist der Rückgang in der Gruppe der reinen Zählkandidaturen, auf die eine Partei bei Wahlabsprachen am leichtesten verzichten konnte.

Mitsprache der Interessenten

Das Nächstliegende für alle Verbände, die Einfluß auf die Gesetzgebung zu nehmen suchten, war die Einflußnahme auf die Aufstellung der Kandidaten. Da es bei dem Mehrheitswahlssystem oft nur auf wenige Stimmen ankam, die über Sieg oder Niederlage entschieden, konnten Wünsche auch kleiner, oft nur in wenigen Wahlkreisen massiert auftretender Interessengruppen nicht ohne weiteres übergangen werden. Je nach Aufbau der Organisation konnten sowohl zentrale Stellen der Interessenverbände — so beim Zentralverband — oder lokale Stellen — so beim Bund der Landwirte, Hansabund — die notwendigen Schritte unternehmen. Dabei waren Interpellationen das häufigste Mittel, die Aufstellung eines Kandidaten im Sinne einer Interessengruppe zu beeinflussen oder den Versuch zu machen, auf die spätere Politik des Kandidaten im Falle seiner Wahl einzuwirken. Sie wurden teils schriftlich der Parteiorganisation übermittelt, teils auch an den Kandidaten in der Diskussion einer öffentlichen Versammlung mündlich gerichtet¹⁾.

So versandte der Bund der Technisch-industriellen Beamten folgende Anfrage: „Ist der Herr Kandidat im Falle seiner Wahl als Abgeordneter bereit:

1. Für einen zeitgemäßen Ausbau des Koalitionsrechtes einzutreten, zum Mindesten die Beseitigung des Paragraphen 152 der Gewerbeordnung zu fordern und unter allen Umständen jede Einschränkung der Koalitionsfreiheit, auch auf dem Umwege über einen sogenannten Arbeitswilligenschutz oder ein Verbot des Streikpostenstehens abzulehnen?

2. Für die Schaffung eines einheitlichen und sozialen Privatbeamtenrechts, zunächst durch rechtliche Gleichstellung der technischen mit den kaufmännischen Angestellten und für die Abschaffung der Konkurrenzklausel einzutreten?

3. Dafür einzutreten, daß den technischen Angestellten das Eigentumsrecht an ihren Erfindungen und ein gerechter Anteil an dem Nutzen aus deren Verwertung sichergestellt wird²⁾)?“

Die von der Kommission für die Verwaltung des Wahlfonds des Zentralverbandes Deutscher Industrieller den Kandidaten vorgelegten Grundsatzfragen wurden bereits an anderer Stelle dieser Arbeit erwähnt³⁾. Doch nicht nur zentrale,

¹⁾ Der erste Weg war wohl der gebräuchlichere, da es meist auch im Sinne der Interessenorganisation lag, den Kandidaten mit den Forderungen nicht zu überraschen, sondern ihm Zeit für eine ernsthafte Prüfung zu lassen. Mündliche Interpellation kam zum Beispiel vor in Recklinghausen, im „engeren Kreise einer Zentrumswählerversammlung“; MdwZ, Nr. 14, 1. Dezember 1911.

²⁾ Parteien, S. 426.

³⁾ S. S. 108 f.

sondern auch regionale Organisationen machten ihre Forderungen an die Kandidaten geltend, so etwa häufig die Handelskammern¹⁾. Hinzu kam eine Fülle winziger, auf einen oder wenige Kreise beschränkter Gruppen, die ebenfalls auf sich aufmerksam zu machen suchten. Für gewöhnlich wurden jedem Kandidaten die Forderungen und Programme von rund 20 verschiedenen Interessenvereinigungen zur Stellungnahme vorgelegt und von seiner Antwort die Hilfe bei der Wahl abhängig gemacht²⁾.

Der Kandidat konnte Anfragen dieser Art keineswegs leichtfertig behandeln, da er einerseits damit rechnen mußte, daß sein Verhalten im Parlament von den Interessenten aufmerksam überwacht werden würde, andererseits zahlreiche Verbände auf ihre Mitglieder weit größeren Einfluß besaßen als die Parteien auf ihre Wähler. Sprachen die Parteien die Wählermassen für gewöhnlich intensiv nur in Wahlzeiten an, so waren viele Interessenorganisationen eng mit dem täglichen Leben der Angehörigen ihres Berufsstandes verknüpft. Sie konnten oft eher auf die Gefolgschaft der von ihnen vertretenen Kreise rechnen als die politischen Parteien. Diese für die Interessenverbände günstige Situation gegenüber den Parteien schien sich jedoch zu verschlechtern, als mit den vermehrten Vorstößen der Interessengruppen in das politische Gebiet die erhobenen Forderungen einander neutralisieren konnten. Die vielen, oft gegensätzlichen Imperative der Interessenten mußten es dem Kandidaten erleichtern, schließlich alle abzulehnen oder unbeantwortet zu lassen, um es mit keinem der Wähler zu verscherzen.

Es war daher nicht nur einer Persönlichkeit wie dem Grafen Posadowsky-Wehner möglich, seinen Wahlausschuß zu beauftragen, auf Anfragen aller Interessengruppen zu erklären:

„Anbei gestatte ich mir, Ihnen eine Anzahl mir zugegangener Anfragen zu überreichen. Ich muß es bestimmt ablehnen, mich auf so eingehende Wahlprogramme einzelner Interessengruppen festzulegen. Es mag ja Kandidaten geben, die im Interesse ihrer Wahl derartige Wahlkapitulationen unterschreiben. Mit meinem aufrechten politischen Ehrgefühl scheint es mir indes nicht vereinbar. Wer sich in dieser Weise bindet, ist kein Volksvertreter, sondern nur ein Agent einzelner Gruppen. Nach Artikel 29 der Reichsverfassung sind die Abgeordneten aber Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden. Es ist mir um so mehr versagt, mich auf derartige Sonderprogramme festzulegen, als sich vier verschiedene Parteien auf meine Kandidatur geeinigt

¹⁾ Voß, Nr. 398, 13. August 1911.

²⁾ Der liberale Kandidat für Düsseldorf, Kehren, erhielt, teilweise unter Vorlage umfangreicher Programme und Wahlaufrufe, Anfragen folgender Interessenverbände: Reichsdeutscher Mittelstandsverband, Leipzig; Deutscher Reichsverband zur Bekämpfung der Impfung; Deutscher Werkmeisterverband, Düsseldorf; Abwehrkommission rheinisch-westfälischer Konsumvereinsmitglieder; Wissenschaftlich-humanitäres Komitee, Berlin; Bund der technisch-industriellen Beamten, Ortsgruppe Benrath; Verlag der Zeitschrift: Der geschäftskundige Kaufmann in der Genußmittelbranche (KZ, Nr. 8, 4. Januar 1912).

haben. Wer also zu meinem politischen Gerechtigkeitsgefühl kein Vertrauen hat, mag mich nicht wählen. gez. — Posadowsky¹⁾.“

Auch in anderen Kreisen wurde von den politischen Parteien Widerspruch erhoben. In Wetzlar fanden sich die Vorstände der bürgerlichen Parteien zu der Erklärung zusammen, daß die Abgeordneten als Vertreter aller Bevölkerungskreise nicht an Weisungen gebunden werden dürften. Es könne daher nicht auf die vielfältigen, zum Teil von Drohungen begleiteten Anfragen nicht nur wirtschaftspolitischer, sondern auch anderer Interessengruppen eingegangen werden. „Es sei nicht zu wünschen, daß dieser Grundsatz der Reichsverfassung durchbrochen werde, und daß die Abgeordneten durch einseitige Versprechungen in der späteren Ausübung ihres schwierigen Amtes beeengt würden²⁾.“

Dennoch war es kaum einer Partei möglich, ohne weiteres auf die finanzstarken Interessenverbände zu verzichten, die neben den Stimmen der Mitglieder nicht selten erhebliche Gelder den ihnen genehmen Kandidaten im Wahlkampf zufließen ließen. War ein Interessenverband derart weit mit dem Wahlkampf verbunden, erhöhten sich auch die Anforderungen, die von ihm an die Kandidaten gestellt wurden. Wenn es auch seltener dazu gekommen sein mag, daß eine Interessenorganisation der politischen Partei direkt den Kandidaten benannte, so war es doch beim Bund der Landwirte die Regel, daß die Wahlkreisorganisationen des Bundes ihrerseits über den zu unterstützenden Kandidaten beschlossen oder gemeinsam mit den Parteien den geeigneten Kandidaten aushandelten³⁾. Auch der Hansabund suchte schon bei der Aufstellung der Kandidaten seine Wünsche bei den Parteiorganisationen durchzusetzen⁴⁾. Ähnlich suchten andere Interessengruppen Vertreter ihrer wirtschaftlichen Forderungen über die Parteien in den Reichstag zu entsenden. So war die Aufstellung des Bäckermeisters Chrysant als Kandidaten des Zentrums in Kempen auf das Drängen rheinischer Handwerkerkorporationen zurückzuführen⁵⁾. Andererseits warben oft die Parteien um die Stimmen der Interessenten durch Hinweis auf die Mitgliedschaft eines Kandidaten im fraglichen Verband oder seine Sympathie zu den Verbandsforderungen⁶⁾.

Das Verhältnis der Interessenorganisationen zu den politischen Parteien war —

¹⁾ Voß, Nr. 1, 2. Januar 1912.

²⁾ KZ, 9. Januar 1912, 2. Morgenausgabe.

³⁾ HAB 30 I/607. — NB, 23. Jg., Nr. 35, 27. August 1911.

⁴⁾ HB, Nr. 12, 25. März 1911.

⁵⁾ NL Bachem 318. — DTZ, Nr. 1, 2. Januar 1912. — MdrZ, Nr. 2, November 1911. — Vgl. MdwZ, Nr. 11, 3. Dezember 1910.

⁶⁾ So ein Flugblatt über ein Abkommen der FVP mit dem Kartell der Staatsarbeiter in Potsdam/Osthavelland; Voß, Nr. 17, 10. Januar 1912. — So ein Aufruf derselben Partei an die „freiheitlich-nationale Arbeiterschaft“ mit der Empfehlung dreier Arbeiterkandidaten; Voß, Nr. 10, 6. Januar 1912. — Auf dem Verbandstag 1911 des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig warb der Nationalliberale Weber-Löbau um Geld und Wählerstimmen für den Kandidaten und Vorsitzenden des Verbandes, Marquart; 12. Verbandstag 1911, S. 69.

wie das ganze innenpolitische Leben Deutschlands in diesen Jahren — vom Ausgang der Reichsfinanzreform von 1909 wesentlich bestimmt. Das Auseinanderstreben der Parteien in zwei große Blöcke wurde nicht nur von den wirtschaftspolitischen, sondern auch von anderen Interessenten mitvollzogen. Die Verhärtung der politischen Fronten machte es dem Bund der Landwirte nur noch in wenigen Fällen möglich, neben den konservativen auch nationalliberale Kandidaten zu unterstützen. Das war noch in einigen rheinhessischen Kreisen der Fall. In Schleswig-Holstein konnte die bündlerische Unterstützung für die rechtsgerichteten Nationalliberalen nur nach Überwindung vielfältiger Hemmnisse erreicht werden. So konnten im Wahlkreis Dithmarschen die mit allen anderen rechtsstehenden Elementen im Nationalen Reichstagswahlverein vertretenen Bündler, die sich der nationalliberalen Kandidatur widersetzten, bei den Debatten um die Aufstellung schließlich überstimmt werden und verzichteten auf eine Sonderkandidatur¹⁾. Im Wahlkreis Tondern richteten die Mitglieder des Bundes an die Berliner Zentrale das Ersuchen, aus deutschnationalen Gründen von der Aufstellung der geplanten Sonderkandidatur des Bundes abzusehen und die Parole für den Nationalliberalen auszugeben²⁾.

Im übrigen unterstützte der Bund der Landwirte jedoch konservative und allenfalls Zentrums kandidaten. Von den 231 Kandidaten, die die Hilfe des Bundes erhielten³⁾, gehörten nur neun der nationalliberalen Partei an, sämtlich in der Ostmark, in Westfalen und Hessen. Dagegen rechneten sich 133 zu den Deutschkonservativen, 32 zur Reichspartei, 6 zum Zentrum, 48 zu den Parteien der Wirtschaftlichen Vereinigung und je einer zum Bauernbund und zum elsass-lothringischen Zentrum. Ein letzter war wilder Gemeinschaftskandidat. Wie bei den beiden anderen größeren wirtschaftspolitischen Agrarverbänden gab es auch beim Bund der Landwirte mehrere Kandidaten, die sich nicht als Mitglieder einer politischen Partei, sondern ihres Interessenverbandes um die Wählerstimmen bewarben. Wenn 14 Kandidaten des Bundes der Landwirte aufgestellt waren, bemühte sich die Bundesleitung doch, ihrer Organisation das Gepräge eines rein wirtschaftspolitischen Verbandes zu wahren. Die Führer des Bundes traten ganz bewußt als Kandidaten der politischen Parteien auf, und die Nominierung als Mitglied des Bundes der Landwirte wurde nur bei solchen Kandidaten angewendet, die entweder ihren Beitritt zu einer politischen Partei noch nicht hatten vollziehen können oder aus „besonderen Gründen“ — zumeist wohl Abneigung eines zum Wahlsieg notwendigen Teils der Wählerschaft gegen den Konservatismus — auf diesen Schritt verzichten mußten⁴⁾.

Insgesamt gewannen 73 der in der Liste der „Deutschen Tageszeitung“ auf-

¹⁾ KZ, Nr. 539, 13. Mai 1911.

²⁾ NB, 23. Jg., Nr. 42, 15. Oktober 1911.

³⁾ Zahlen für den BdL nach den Kandidatenlisten in DTZ, Nr. 17 und 20 vom 11. und 12. Januar 1912.

⁴⁾ DTZ, Nr. 20, 12. Januar 1912.

geführten Kandidaten schließlich das Mandat, nach einer Meldung des „Bundes der Landwirte“ sogar 78, und zwar: 43 Konservative (bis auf 2 also die ganze Fraktion), 11 Reichsparteiler, 7 Zentrumsvertreter, 10 Angehörige der Wirtschaftlichen Vereinigung (3 Bund der Landwirte, 2 Christlich-Soziale, 1 Deutsch-Sozialer, 2 Reformpartei und 2 Wirtschaftliche Vereinigung), 5 National-liberale und 2 Wilde¹⁾). Nahezu ein Drittel aller von ihm gestützten Kandidaten zog also in den Reichstag ein. Für den Hansabund fiel das Ergebnis etwas schlechter aus: Von den 230 durch ihn gestützten Kandidaten gewannen 60 ein Mandat, und zwar 38 Fortschrittler (bis auf 4 die ganze Fraktion), 21 National-liberale und 1 Reichsparteiler²⁾). Der Zentralverband Deutscher Industrieller hatte 41 der 120 von ihm unterstützten Kandidaten zu einem Reichstagsmandat mitverholfen³⁾). Auch die Gewerkschaften sollten schließlich mit einer ganzen Reihe von Abgeordneten im Reichstag vertreten sein, die Freien mit 25 in der SPD⁴⁾), die Christlichen mit 7 — davon 5 Zentrum, 1 Christlich-Sozialer, 1 Nationalliberaler —, während kein Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Vereine einen Sitz gewinnen konnte. Zu diesen 32 Gewerkschaftlern kamen noch ein Vertreter der katholischen Fachabteilungen (Zentrum), der nationalliberale Vorsitzende des Berliner Eisenbahnerverbandes, der Führer der polnischen Berufsvereinigung und schließlich für die kaufmännischen Angestellten der Vorsitzende des Leipziger Verbandes und Hansabündler, so daß insgesamt 36 Gewerkschaftler ein Mandat gewonnen hatten⁵⁾).

Die Persönlichkeit des Kandidaten

Vergleicht man die *Zahl der Kandidaturen* im Jahre 1912 mit der einer „normalen“ Wahl — 1907 kann wegen der besonderen Frontbildung der „nationalen“ Parteien gegen Zentrum und Sozialdemokratie nicht zum Vergleich dienen —, dann fällt zunächst auf, daß sie mit 1552 um mehr als ein volles Hundert unter der des Jahres 1903 mit 1683 liegt. Die Ursache ist wiederum in den Wahlabsprachen zwischen den beiden liberalen wie zwischen den schwarzblauen Parteien zu suchen, wird allerdings durch den gleichzeitigen Ausbau der Organisationen bei fast allen Parteien in gewissem Grade kompensiert. Es mag kein Zufall sein, wenn neben den Splitterparteien nur das Zentrum und die Fortschrittler — also die Parteien, die am meisten einem taktischen Zusammengehen mit ihren Verbündeten das Wort redeten — erhebliche Rückgänge an Kandi-

¹⁾ BdL, Nr. 7, 1912.

²⁾ HB, 9. Dezember 1911; Rießer zählte 88 hansabundfreundliche Abgeordnete im Reichstag, nämlich 56 Mitglieder und 32 Freunde. Der Hansabund hätte 3 Reichsparteiler und einen Zentrumsman unterstüzt; Bürger heraus!, S. 215—221. — Vgl. Parteien, S. 362.

³⁾ Geschäftsbericht auf der Delegiertenversammlung am 21. Februar 1912 [Parteien, S. 418 f.].

⁴⁾ Soziale Praxis XXI, 1912, c. 621 f. — Vgl. die zum Teil abweichenden Ergebnisse von Varain, S. 45, der 36 gewerkschaftliche Abgeordnete allein der SPD zählt, und Molt, S. 240 f.

⁵⁾ Soziale Praxis XXI, 1912, c. 621 f.

daturen verzeichneten, während Deutschkonservative, Reichspartei, National-liberale und Polen erhöhte Kandidatenziffern aufwiesen. Allein die Sozialdemokratie hatte annähernd gleich viele Kandidaturen, da der Ausbau ihrer Organisation einen gewissen Abschluß erreicht hatte und keine Wahlabkommen für den ersten Wahlgang geschlossen wurden.

In der *sozialen Herkunft von Kandidaten und Abgeordneten* hatten sich in jeder Partei seit 1903 zum Teil bedeutsame Veränderungen ergeben.

Die *Deutschkonservativen* hatten trotz der Zunahme ihrer Kandidaten von 136 auf 165 eine Abnahme ihrer Mandate von 54 auf 43 hinnehmen müssen, von der die einzelnen vertretenen Berufsgruppen keineswegs gleichmäßig betroffen wurden.

Deutschkonservative

Hauptberufe ¹⁾	Kandidaten		Abgeordnete	
	1903	1912	1903	1912
Landwirtschaft . . .	47,7 (38,9) *	47,2 (37,6)	51,8 (44,4)	65,1 (62,7)
Gew., Handel, Ind. . .	4,4	7,8	3,7	4,6
Öffentliche Beamte . .	19,1	12,7	25,9	13,9
Justizbeamte	3,6	5,4	3,7	6,9
Privatbeamte	0,7	2,4	1,8	—
Offiziere	5,1	6,0	1,8	—
Evang. Geistliche . .	1,4	0,6	—	—
Kath. Geistliche . . .	—	—	—	—
Advokaten	1,4	3,5	—	2,3
Ärzte	—	—	—	—
Schriftsteller	2,2	2,4	—	4,6
Handw., Arbeit., Ang..	6,6	4,3	3,7	2,3
Lehrer, Gelehrte . . .	3,7	4,3	—	—
Andere	3,7	3,5	7,4	—

*) in Klammern: davon Großgrundbesitz.

Die Landwirtschaft hatte ihre vorherrschende Stellung behauptet: Während die Zahl der Kandidaturen geringfügig zurückging, konnten die Agrarier in der Fraktion ihre Mehrheit erheblich ausbauen. Besonders der Anteil der Großgrundbesitzer unter den Abgeordneten hatte sich vermehrt. Die Position der Landwirte in der Partei erscheint um so stärker, wenn man bedenkt, daß auch unter den hier nicht angeführten Nebenberufen — besonders der öffentlichen Beamten — ein Teil der Landwirtschaft zuzurechnen ist. Die zweitstärkste Gruppe der öffentlichen Beamten hatte allerdings erhebliche Einbußen sowohl an Kandidaten wie an Mandaten hinnehmen müssen. Während Handel, Gewerbe,

¹⁾ Unter dem Hauptberuf wird der in den Statistiken an erster Stelle genannte Beruf verstanden.

Industrie — vielleicht im Kampf gegen die Liberalen — leicht zunahmen, war die Entwicklung bei Handwerk, Angestellten und der Arbeiterschaft unverkennbar rückläufig: Sowohl wurden weniger Kandidaten aufgestellt als auch verringerte sich die Zahl der Mandate. Von den übrigen Gruppen hatten nur Justizbeamte, Advokaten und Schriftsteller in Kandidaturen und Mandaten leichte Gewinne. Lehrer, Offiziere und Privatbeamte waren zwar durch vermehrte Kandidaturen berücksichtigt, konnten aber 1912 keinen Sitz im Parlament erringen. Insgesamt zeigte sich somit, daß die beste Aussicht für einen deutschkonservativen Kandidaten auf Wahlsieg bestand, wenn er der Landwirtschaft — zumal dem Grundbesitz — angehörte. Bei dieser Gruppe war das Verhältnis von Kandidaturen zur Abgeordnetenanzahl am günstigsten und fand nur bei den öffentlichen Beamten eine Parallele. Hier zeichnete sich also der Tatbestand ab, daß die Partei in den ländlichen Kreisen des Ostens ihre Hauptgebiete besaß. Da dieser Zug 1912 stärker als 1903 auftrat, hatte er zur Folge, daß die Fraktion ein ausgeprägteres agrarisches Gesicht erhielt.

Auch in der *Reichspartei*, die die Zahl ihrer Kandidaturen von 47 auf 58 vermehrt hatte — die Zahl ihrer Mandate fiel von 21 auf 14 — waren Landwirtschaft und öffentliche Beamte am häufigsten berücksichtigt. Allerdings wurden

Reichspartei

Hauptberufe	Kandidaten		Abgeordnete	
	1903	1912	1903	1912
Landwirtschaft *) . .	34,0 (23,4)	27,5 (18,9)	42,8 (33,3)	42,8 (28,5)
Gew., Handel, Ind. . .	6,3	10,3	4,7	—
Öffentliche Beamte . .	31,9	17,2	28,6	21,4
Justizbeamte	8,5	13,7	—	—
Privatbeamte	—	1,7	—	—
Offiziere	2,1	5,1	—	7,1
Evang. Geistliche . .	4,2	1,7	4,7	7,1
Kath. Geistliche . . .	—	—	—	—
Advokaten	2,1	1,7	4,7	7,1
Ärzte	2,1	3,2	4,7	—
Schriftsteller	2,1	1,7	—	7,1
Handw., Arbeit., Ang..	—	3,2	—	—
Lehrer, Gelehrte . . .	4,2	10,3	4,7	—
Andere	2,1	1,7	4,7	—

*) in Klammern: davon Großgrundbesitz.

in dieser Partei die Differenzen im Stärkeverhältnis zu den anderen Berufsgruppen zumindest in den Kandidaturen bis 1912 wesentlich gemildert. So sanken die Zahlen der Kandidaturen von Landwirten und öffentlichen Beamten erheblich. Bis auf die evangelische Geistlichkeit, Schriftsteller und Advokaten

Die Kandidaten und ihre Berufe 1903

	DK	RP	A	NL	FVP	SPD	Z	P	andere	insges.
Landwirte. . . .	65	16	48	33	15	3	41	23	34	278
davon Groß- grundbesitzer . .	(53)	(11)	(27)	(21)	(9)	(3)	(27)	(22)	(14)	(187)
Handel, Ind., Gewerbe	6	3	9	47	42	66	23	6	7	209
Öffentl. Beamte .	26	15	4	41	12	12	28	—	14	152
Justizbeamte . .	5	4	2	30	22	—	94	—	1	158
Privatbeamte . .	1	—	6	4	5	50	5	—	—	71
Offiziere	7	1	3	1	2	—	1	—	1	16
Evang. Geistliche	2	2	10	2	1	1	—	—	1	19
Kath. Geistliche .	—	—	—	—	—	—	51	6	3	60
Advokaten . . .	2	1	3	17	30	11	22	10	6	102
Ärzte	—	1	2	6	8	2	6	6	1	32
Schriftsteller . .	3	1	19	2	43	92	9	17	28	214
Handwerker, Arbeiter, Angest..	9	—	33	5	7	132	8	—	6	200
Lehrer	5	2	3	18	36	1	11	—	6	82
Andere	5	1	2	14	14	28	17	5	4	90
Insgesamt. . . .	136	47	144	220	237	398	316	73	112	1683

Die Kandidaten und ihre Berufe 1912

	DK	RP	A	NL	FVP	SPD	Z	P	andere	insges.
Landwirte. . . .	78	16	12	31	12	6	40	4	32	231
davon Groß- grundbesitzer . .	(62)	(11)	(4)	(16)	(8)	(3)	(30)	(4)	(14)	(152)
Handel, Ind., Gewerbe	13	6	11	38	26	40	16	2	8	160
Öffentl. Beamte .	21	10	3	37	18	6	8	—	8	111
Justizbeamte . .	9	8	5	19	17	—	33	—	1	92
Privatbeamte . .	4	1	15	6	8	175	14	2	7	232
Offiziere	10	3	1	4	—	—	1	—	2	21
Evang. Geistliche	1	1	14	13	7	—	—	—	2	38
Kath. Geistliche .	—	—	—	—	—	—	17	20	4	41
Advokaten . . .	6	1	2	35	48	14	18	3	2	129
Ärzte	—	2	1	4	6	2	4	6	8	33
Schriftsteller . .	4	1	7	5	17	93	22	42	11	202
Handwerker, Arbeiter, Angest..	7	2	11	12	12	57	9	1	11	122
Lehrer	7	6	6	29	36	—	14	1	5	104
Andere	6	1	1	2	5	6	3	7	5	36
Insgesamt. . . .	166	58	89	235	212	399	199	88	106	1552

Die Abgeordneten und ihre Berufe 1903

	DK	RP	A	NL	FVP	SPD	Z	P	andere	insges.
Landwirte	28	9	4	13	2	—	18	6	6	86
davon Groß- grundbesitzer . .	(24)	(7)	(3)	(10)	(1)	—	(10)	(6)	(5)	(66)
Handel, Ind., Gewerbe	2	1	1	14	8	20	7	1	1	55
Öffentl. Beamte .	14	6	2	11	3	1	10	—	3	50
Justizbeamte . .	2	—	1	4	7	—	22	—	—	36
Privatbeamte . .	1	—	—	1	2	9	—	—	—	13
Offiziere	1	—	—	—	—	—	1	—	1	3
Evang. Geistliche	—	1	2	—	1	1	—	—	—	5
Kath. Geistliche .	—	—	—	—	—	—	20	1	3	24
Advokaten . . .	—	1	—	1	6	3	5	1	4	21
Ärzte	—	1	1	1	2	—	1	2	1	9
Schriftsteller . .	—	—	3	1	3	30	3	2	3	45
Handwerker, Arbeiter, Angest..	2	—	—	—	—	13	2	—	—	17
Lehrer	—	1	—	2	2	—	4	—	—	9
Andere	4	1	1	3	—	4	7	3	1	24
Insgesamt	54	21	15	51	36	81	100	16	23	397

Die Abgeordneten und ihre Berufe 1912

	DK	RP	A	NL	FVP	SPD	Z	P	andere	insges.
Landwirte	28	6	3	7	5	—	17	—	7	73
davon Groß- grundbesitzer . .	(27)	(4)	(2)	(4)	(4)	—	(14)	—	(5)	(60)
Handel, Ind., Gewerbe	2	—	2	7	5	15	7	1	1	40
Öffentl. Beamte .	6	3	1	8	3	—	9	—	2	32
Justizbeamte . .	3	1	1	2	1	—	15	—	1	24
Privatbeamte . .	—	—	1	2	1	33	5	2	—	44
Offiziere	—	1	—	—	—	—	1	—	—	2
Evang. Geistliche	—	1	1	1	1	—	—	—	—	4
Kath. Geistliche .	—	—	—	—	—	—	10	4	3	17
Advokaten . . .	1	1	—	9	13	7	5	3	—	39
Ärzte	—	—	—	1	1	—	—	2	4	8
Schriftsteller . .	2	1	1	2	2	45	5	1	1	60
Handwerker, Arbeiter, Angest..	1	—	1	2	1	9	3	—	1	18
Lehrer	—	—	1	4	8	—	8	—	1	22
Andere	—	—	1	—	1	1	6	5	—	14
Insgesamt	43	14	13	45	42	110	91	18	21	397

wurden dagegen alle anderen Gruppen verstärkt bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt. Anders stand es dagegen mit den schließlich gewählten Abgeordneten. Unter ihnen behielten die Landwirte mit fast 43 Prozent die Vormacht, nur der Großgrundbesitz ging etwas zurück. Erheblich verringerte sich dagegen der Anteil der öffentlichen Beamten. Von den übrigen Gruppen gewannen nur Justiz, Offiziere, evangelische Geistliche, Advokaten und Schriftsteller je einen Sitz im Reichstag. Damit behielt auch in der Partei der gemäßigten Konservativen die Landwirtschaft den beherrschenden Einfluß.

Bei den *antisemitischen Splitterparteien* nahm die Landwirtschaft gleichfalls den ersten Platz ein, wenngleich 1912 ein kräftiger Rückgang agrarischer Kandidaturen zu verzeichnen war. Trotzdem verringerten sich die Mandate der Landwirte im Vergleich zu denen der anderen Berufsgruppen weniger stark. Daß die

Die Antisemitenparteien

Hauptberufe	Kandidaten		Abgeordnete	
	1903	1912	1903	1912
Landwirtschaft *) . . .	33,3 (18,8)	11,3 (7,3)	26,6 (20,0)	23,0 (15,3)
Gew., Handel, Ind. . . .	6,3	10,3	6,6	15,3
Öffentliche Beamte . . .	2,8	2,8	13,3	7,6
Justizbeamte	1,4	4,7	6,6	7,6
Privatbeamte	4,2	14,4	6,6	7,6
Offiziere	2,1	0,9	—	—
Evang. Geistliche	6,9	13,2	13,3	7,6
Kath. Geistliche	—	—	—	—
Advokaten	2,1	1,8	—	—
Ärzte	1,4	0,9	6,6	—
Schriftsteller	13,2	6,6	20,0	7,6
Handw., Arbeit., Ang. .	22,9	10,3	—	7,6
Lehrer, Gelehrte	2,1	5,6	—	7,6
Andere	1,4	0,9	6,6	7,6

*) in Klammern: davon Großgrundbesitz.

kleinen Rechtsparteien etwas mehr im Mittelstand wurzelten, zeigen die wachsenden Ziffern der gewerblichen Gruppe und der — allerdings in den Kandidaturen zurückgehenden — Gruppe der Handwerker, Angestellten und Arbeiter. Die meisten übrigen Bevölkerungsgruppen waren in ziemlich breiter Streuung der Mandate vertreten.

Bei den *Nationalliberalen* muß die Erscheinung verzeichnet werden, daß bisher tragende Schichten der Partei — Landwirtschaft, Gewerbe/Handel/Industrie, Justiz und öffentliche Beamte — zugunsten neuer Kräfte an Bedeutung verloren. Dieser Zug tritt sowohl bei den Prozentsätzen der Kandidaten wie der Abgeordneten hervor. Bei der Landwirtschaft fällt besonders der Rück-

gang des Grundbesitzes auf. Auch in den Berufsgruppen Gewerbe/Handel/Industrie fielen die Anteile der Kandidaturen erheblich zurück. Das gleiche galt auch für die öffentlichen Beamten, obwohl diese Gruppe nun die zweitstärkste

Die Nationalliberalen

Hauptberufe	Kandidaten		Abgeordnete	
	1903	1912	1903	1912
Landwirtschaft *) . .	15,0 (9,5)	13,1 (6,8)	25,4 (19,6)	15,5 (8,8)
Gew., Handel, Ind. . .	21,0	16,1	27,4	15,5
Öffentliche Beamte . .	18,6	15,8	21,5	17,7
Justizbeamte	13,6	8,0	7,8	4,4
Privatbeamte	1,8	2,5	1,9	4,4
Offiziere	0,4	1,7	—	—
Evang. Geistliche. . .	0,9	5,5	—	2,2
Kath. Geistliche . . .	—	—	—	—
Advokaten	7,7	14,8	1,9	20,0
Ärzte	2,7	1,7	1,9	2,2
Schriftsteller	0,9	2,1	1,9	4,4
Handw., Arbeit., Ang..	2,2	5,1	—	4,4
Lehrer, Gelehrte . . .	8,1	12,3	3,9	8,8
Andere	6,4	0,9	5,8	—

*) in Klammern: davon Großgrundbesitz.

der Fraktion wurde. Auch die Justizbeamten verringerten sich. Demgegenüber war ein Aufstieg des Mittelstandes nicht zu verkennen. Arbeiter, Handwerker, Angestellte waren erstmals mit zwei Abgeordneten vertreten. Der Anteil der Lehrer wuchs ebenso wie derjenige der Schriftsteller, Privatbeamten und evangelischen Geistlichen. Am erstaunlichsten ist die Zunahme der Advokaten, deren Anteil an den Kandidaturen sich verdoppelte, an den Mandaten sich sogar verzehnfachte. Auf dieses Phänomen wird am Ende dieser Betrachtung noch einzugehen sein.

Die *Fortschrittliche Volkspartei* war die einzige aller Parteien, deren Zahl der landwirtschaftlichen Abgeordneten eine wesentliche Zunahme verzeichnen konnte. Hier schien sich die zielbewußte Bauernpolitik der Partei auszuzahlen. Zwar wurden weniger agrarische Kandidaten aufgestellt, dafür stieg jedoch der Anteil der gewonnenen Sitze auf das Doppelte. Am meisten fiel dabei die Zunahme der Grundbesitzer unter den Abgeordneten auf. Auch bei den Fortschrittlern stieg der Anteil der Advokaten und Lehrer in der Partei ganz gewaltig. Auf diese beiden Gruppen fiel nahezu die Hälfte aller Mandate. Dagegen hielt der Anteil der öffentlichen und Privatbeamten wie der Handwerker/Arbeiter/Angestellten mit dem Wachstum der Partei nicht Schritt. Rückläufig schließlich war die Entwicklung in der Gruppe Gewerbe/Handel/Industrie, bei den Justizbeamten und

Die Fortschrittliche Volkspartei

Hauptberufe	Kandidaten		Abgeordnete	
	1903	1912	1903	1912
Landwirtschaft *) . . .	6,3 (3,7)	5,6 (3,7)	5,5 (2,7)	11,9 (9,5)
Gew., Handel, Ind. . . .	17,7	12,2	22,2	11,9
Öffentliche Beamte . . .	5,1	8,5	8,3	7,1
Justizbeamte	9,2	8,0	19,4	2,3
Privatbeamte	2,2	3,7	5,5	2,3
Offiziere	0,7	—	—	—
Evang. Geistliche	0,4	3,3	2,7	2,3
Kath. Geistliche	—	—	—	—
Advokaten	12,6	22,6	16,6	30,9
Ärzte	3,4	2,8	5,5	2,3
Schriftsteller	18,1	7,9	8,3	4,7
Handw., Arb., Ang. . . .	2,9	5,6	—	2,3
Lehrer, Gelehrte	15,1	16,9	5,5	19,0
Andere	5,9	2,5	7,0	6,5

*) in Klammern: davon Großgrundbesitz.

den Schriftstellern. Dennoch entwickelte sich die Partei zusammen mit den Nationalliberalen zum Mittelpunkt der politischen Bestrebungen des gebildeten Bürgertums.

In der *Zentrumspartei* zeigte sich ein kräftiger Zug zur Volkspartei. Gerade die 1903 noch vorherrschenden Gruppen wurden von neuen Kräften zurückgedrängt.

Die Zentrumspartei

Hauptberufe	Kandidaten		Abgeordnete	
	1903	1912	1903	1912
Landwirtschaft *) . . .	12,9 (8,5)	20,1 (15,1)	18,0 (10,0)	18,6 (15,3)
Gew., Handel, Ind. . . .	7,2	8,0	7,0	7,6
Öffentliche Beamte . . .	8,9	4,0	10,0	9,8
Justizbeamte	29,7	16,5	22,0	16,4
Privatbeamte	1,5	7,0	—	5,4
Offiziere	0,3	0,5	1,0	1,9
Evang. Geistliche	—	—	—	—
Kath. Geistliche	15,3	8,5	20,0	10,9
Advokaten	6,9	9,0	5,0	5,4
Ärzte	1,8	2,0	1,0	—
Schriftsteller	2,8	11,6	3,0	5,0
Handw., Arb., Ang. . . .	2,5	4,5	2,0	3,2
Lehrer, Gelehrte	3,4	7,0	4,0	8,7
Andere	5,4	1,5	7,0	6,5

*) in Klammern: davon Großgrundbesitz.

Eine Ausnahme bildete die Landwirtschaft, deren Kandidaturen, weniger der Anteil der Mandate, stiegen. Durch die Verluste der Partei bei den Wahlen 1912 wirkte sich diese Tatsache allerdings in absoluten Ziffern nicht aus. Immerhin konnte der Großgrundbesitz bei einem Rückgang der landwirtschaftlichen Mandate um 1 die Zahl seiner Sitze um 4 erhöhen. Erheblich verminderte sich dagegen der Anteil der Justizbeamten und bemerkenswerterweise auch der katholischen Geistlichkeit. Auch die öffentlichen Beamten und geringer Gewerbe/Handel/Industrie fanden verminderte Vertretung. Dem standen Advokaten, Schriftsteller, Lehrer, Angestellte, Arbeiter, Handwerker und Privatbeamte gegenüber, deren Entwicklung positiv verlief.

Am lebendigsten gestaltete sich die Entwicklung bei den *Polen*. Die Landwirtschaft, 1903 noch mit über einem Drittel — und zwar ausschließlich Grundbesitzern — im Reichstag vertreten, entsandte 1912 keinen einzigen Abgeordneten mehr. Auch die Kandidaturen gingen zurück. Rückläufig waren ebenso die Anteile von Gewerbe, Handel, Industrie, der Ärzte und der Schriftsteller. Auf der anderen Seite stieg die Vertretung der Privatbeamten, der Geistlichkeit, der Advokaten, der Handwerker, Arbeiter, Angestellten, vor allem aber der beruflich ungebundeneren Persönlichkeiten („andere“). Der Grund für diesen Wandel mag zugleich in der Verschärfung des Nationalitätenkampfes und in der Auseinandersetzung zwischen den polnischen Konservativen und den Nationaldemokraten gelegen haben. Die den Nationalisten ohnehin verdächtigen Konservativen mußten ihre Plätze den Fürsprechern des Polentums — besonders der Geistlichkeit — räumen. Und wo im Interesse der Nation ein Kompromiß

Die Polen

Hauptberufe	Kandidaten		Abgeordnete	
	1903	1912	1903	1912
Landwirtschaft *) . .	31,5 (30,1)	4,5 (4,5)	37,5 (37,5)	—
Gew., Handel, Ind. . .	8,2	2,2	6,2	5,5
Öffentliche Beamte . .	—	—	—	—
Justizbeamte	—	—	—	—
Privatbeamte	—	2,2	—	11,1
Offiziere	—	—	—	—
Evang. Geistliche . . .	—	—	—	—
Kath. Geistliche . . .	8,2	22,2	6,2	22,2
Advokaten	13,6	3,4	6,2	16,6
Ärzte	8,2	6,8	12,5	11,1
Schriftsteller	23,2	47,7	12,5	5,5
Handw., Arb., Ang. . .	—	1,1	—	—
Lehrer, Gelehrte . . .	—	1,1	—	—
Andere	6,8	7,9	18,7	27,7

*) in Klammern: davon Großgrundbesitz.

geschlossen werden mußte, dürfte der außerhalb der großen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen stehende Privatier oder Rentier vorgezogen worden sein.

Die berufssoziologische Bewegung in der *Sozialdemokratie* war durch den Zug vom Vertreter eines bestimmten erlernten Berufes zum ausschließlichen Berufspolitiker geprägt. Der Arbeiter-, Gewerkschafts- oder Parteisekretär („Privatbeamter“), der Redakteur oder Mitarbeiter der Parteizeitung und — geringer — der juristisch vorgebildete Parlamentarier beherrschten das Bild der Fraktion. In demselben Maße wurden die noch mit ihrem ursprünglichen Beruf verbundenen Politiker verdrängt. Diese Entwicklung scheint durch zwei Ursachen wesentlich gefördert worden zu sein. Zunächst dürften es die Beschlüsse des

Die Sozialdemokraten

Hauptberufe	Kandidaten		Abgeordnete	
	1903	1912	1903	1912
Landwirtschaft*) . .	0,7 (0,7)	1,5 (0,7)	—	—
Gew., Handel, Ind. . .	15,5	10,0	24,6	13,6
Öffentliche Beamte . .	3,0	1,5	1,2	—
Justizbeamte	—	—	—	—
Privatbeamte	12,5	43,8	11,1	30,0
Offiziere	—	—	—	—
Evang. Geistliche . . .	0,2	—	1,2	—
Kath. Geistliche . . .	—	—	—	—
Advokaten	2,7	3,5	3,7	6,3
Schriftsteller	23,1	23,3	37,0	40,9
Handw., Arb., Ang. . .	33,1	14,2	16,4	8,1
Lehrer, Gelehrte . . .	0,2	—	—	—
Andere	7,0	1,5	4,9	0,9

*) in Klammern: davon Großgrundbesitz.

Bremer Parteitages von 1904 gewesen sein, durch die dem Parteivorstand die Befugnis erteilt wurde, besoldete regionale und lokale Parteisekretäre zu ernennen¹⁾. Dann aber mag auch die 1906 aufgenommene Zahlung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten eine ähnliche Wirkung gehabt haben. Dieselbe Tendenz — in den Extremen abgemildert — fällt auch auf, wenn man das Ganze der Kandidaturen im Verhältnis zum Reichstag und seinen Fraktionen betrachtet. Von den geringfügigen Ausnahmen der Lehrer und der Handwerker/Angestellten/Arbeiter abgesehen, fielen die prozentualen Anteile der ausgeprägten erlernten Berufe im Reichstag, kaum weniger auch an den Kandidaturen, zurück. Im Vordergrund stand die Zunahme der Privatbeamten, der Schriftsteller und auch der Advokaten — der Funktionär und Berufspolitiker begann, den in seinem Beruf verwurzelten Abgeordneten früherer Tage zu verdrängen.

¹⁾ Vgl. Ritter, Gerhard A.: S. 48 f.

Parallel dazu schien sich auch in anderer Hinsicht eine neue Entwicklung anzubahnen, die im folgenden Abschnitt nur in wenigen Strichen angedeutet werden soll.

Die Berufe der Reichstagskandidaten und -abgeordneten

Hauptberufe	Kandidaten		Abgeordnete	
	1903	1912	1903	1912
Landwirtschaft *) . .	16,5 (11,1)	14,8 (9,7)	21,6 (16,6)	18,3 (15,1)
Gew., Handel, Ind. . .	12,4	10,3	13,8	10,0
Öffentliche Beamte . .	9,0	7,1	12,6	8,0
Justizbeamte	9,4	5,9	9,0	6,0
Privatbeamte	4,3	14,9	3,2	11,1
Offiziere	1,0	1,3	0,7	0,5
Evang. Geistliche. . .	1,1	2,4	1,2	1,0
Kath. Geistliche . . .	3,6	2,6	6,0	4,2
Advokaten	6,1	8,3	5,2	9,8
Ärzte	1,9	2,1	2,2	2,0
Schriftsteller	12,7	13,0	11,3	15,1
Handw., Arb., Ang.. .	11,3	7,8	4,2	4,5
Lehrer, Gelehrte . . .	5,0	6,7	2,2	5,5
Andere	5,3	2,3	6,0	3,5

*) in Klammern: davon Großgrundbesitz.

Unter dem Mehrheitswahlssystem und dem in der Hauptsache auf das politische Geschehen seines engen Lebensraumes gerichteten Blick des Wählers hatte auch 1912 noch derjenige Kandidat die größten Aussichten, gewählt zu werden, der in seiner Heimat kandidierte. Immer von neuem begegnen die Forderungen der Wähler nach einem eingesessenen, mit den heimischen Problemen vertrauten Kandidaten. So bemerkte das „Prignitzer Tageblatt“ zu dem Eingeständnis des kreisfremden Kandidaten Lehmann-Jena, daß er von den Problemen des Wahlkreises keine Ahnung hätte: „Also wenn Herr Lehmann mit den Angelegenheiten (des Kreises) nicht Bescheid weiß, kann er nicht für uns kandidieren . . .¹⁾.“ Dabei mag auf dem Lande der Wunsch nach einem Kandidaten, der am Wahlort beheimatet war, noch um einiges lebendiger gewesen sein als in den größeren Städten. Hier galt, was die „Ostdeutsche Presse“ für den Kreis Wirsitz/Schubin schrieb, auch für das Reich im ganzen: „. . . bei einer überwiegend ländlichen Wählerschaft, die politisch nicht so diszipliniert ist wie die einer großen Stadt, ist es von Wichtigkeit, daß der Kandidat im Wahlkreise selbst ansässig ist, mit den Wahlkreiseingesessenen Fühlung hat und das nötige Ansehen besitzt²⁾.“

Dennoch schien auch hier eine neue Entwicklung einzusetzen, wenn auch noch in den allerersten Anfängen. Rosenbaum stellte in seiner Studie über Beruf und

¹⁾ DBB, Nr. 7, 18. Februar 1911.
²⁾ Ostdeutsche Presse, Nr. 28, 2. Februar 1911.

Herkunft der deutschen Abgeordneten¹⁾ eine, wenn auch nicht gleichmäßig verlaufende, leichte Zunahme der wahlkreisfremden Abgeordneten fest. Sie setzte sich am stärksten bei der Sozialdemokratie durch und dürfte auch für die Kandidaten zutreffen. Sein Ergebnis, daß die Sozialdemokratie, „die auf ein allgemein gültiges Dogma eingeschworen war und sich an keine Überlieferung gebunden fühlte, auch in der Auswahl ihrer Parlamentsvertreter diesen Gesichtspunkt zum Ausdruck“ brachte, ist zweifellos berechtigt. Aber Rosenbaum weist selbst auf das unterschiedliche Verhalten der einzelnen Berufsgruppen in diesem Punkte hin. Im Gegensatz zu Schriftstellern, Advokaten und besonders Partei- und Gewerkschaftsfunktionären wären agrarische Abgeordnete zumeist in ihrer engeren Heimat gewählt worden. Es mag daher die Vermutung nicht fehlgehen, daß mit dem organisatorischen Ausbau, der Bürokratisierung der Parteien, mit dem Vordringen des Berufspolitikers und des Verbandssekretärs der Wunsch der Wähler nach einem Vertreter ihrer engeren Heimat in zunehmendem Maße von den Parteien unberücksichtigt bleiben mußte. Diese Entwicklung war bei den meisten Parteien kaum erst in den Ansätzen erkennbar und nur bei der organisatorisch am weitesten vorangeschrittenen Sozialdemokratie schon deutlich wahrzunehmen.

So bemerkt man auch am Einzelproblem der Kandidatenaufstellung und der Persönlichkeit des Abgeordneten wie des Kandidaten, daß die letzten Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg mit einer Phase der Umstrukturierung des ganzen Parteiwesens zusammenfielen, die bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts einsetzte und ihren Abschluß fand in den verfassungspolitischen Veränderungen der Revolution von 1918. Müller-Meiningen, der demokratische Parlamentarier des kaiserlichen wie des republikanischen Reichstages, setzte den Beginn des Wandels der Persönlichkeit des Reichstagsabgeordneten gleich mit der Einführung der Diäten im Jahre 1906. Von nun an verdrängte der Berufspolitiker neuen Stils den „allgemeingebildeten, aber nicht in der politischen Treitmühle sich erschöpfenden ‚M.d.R. — Bon vivant‘ im besten Sinne des Wortes“. Der „liebenswürdige alte Schlag guter Behäbigkeit, der den damals hochgeachteten und vom ganzen Volke geehrten Stand der ‚M.d.R.‘ auszeichnete“, war von nun an zum Aussterben verurteilt²⁾.

¹⁾ Rosenbaum, S. 35—44.

²⁾ Müller-Meiningen, Parlamentarismus, S. 38, Anm. 4. — Der Argumentation *Molts* (S. 48), der zufolge gerade die Verweigerung der Diäten den Typ des Parteifunktionärs und Verbandspolitikers begünstigt hätte, müßte wohl differenziert werden. Zunächst unterschätzt *Molt* die Auswirkungen des Wahlsystems, das mit seinen Einmannwahlkreisen und dem Stichwahlentscheid gerade auch kleinen, örtlich begrenzten Gruppen die Chance bot, einen Vertreter in den Reichstag zu entsenden. Sodann ist doch zu fragen, ob nicht die Gestalt des Funktionärs, der typischen Erscheinung der Massengesellschaft, in diesen Jahrzehnten des völligen sozialen Wandels sich mit einer gewissen, von derart äußerlichen Faktoren weitgehend unbeeinflussten Zwangsläufigkeit herausbildete. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, weshalb kleinere Verbände und Parteien nach Einführung von Diäten nicht um so leichter ihre Vertreter ins Parlament entsenden konnten, wurde ihr Unterhalt doch nun zum großen Teil vom Staate finanziert!

7. Der Wahlkampf

Seit dem Rücktritt Bülow's hatten viele Politiker in der Erwartung von baldigen Neuwahlen gelebt. Als die anfängliche Vermutung einer raschen Reichstagsauflösung getrogen hatte, suchten die Linksparteien die Wunde der gegen die Interessen der großen Menge verabschiedeten Finanzreform offenzuhalten, um dieses wirksame Propagandamittel jederzeit parat zu haben. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1910 begann man dann, mit den Kandidatenaufstellungen in die eigentlichen Vorbereitungen für die nun zum nächsten Sommer erwarteten Wahlen einzutreten. Als wider Erwarten vieler 1911 noch eine Herbstsession an die Legislaturperiode gehängt wurde, konnte der Zeitpunkt der Wahlen mit ziemlicher Sicherheit auf Anfang bis Mitte Januar 1912 vorausgesehen werden, da die Legislaturperiode in den ersten Wochen des neuen Jahres auslief. Seit dem Sommer 1911 intensivierte sich daher überall im Reich die Agitationsarbeit, die noch zunahm, als die Regierung am 5. Dezember den Reichstag für aufgelöst erklärte und die Neuwahlen für den 12. Januar 1912 festsetzte. Die Parteien und an der Gesetzgebung interessierten Körperschaften waren zu dieser Zeit teilweise schon mit ihren Wahlaufufen an die Öffentlichkeit getreten.

Wahlaufufe, Wahlkampfthemen

Als erste veröffentlichte die *Nationalliberale Partei* ihr Wahlprogramm¹⁾. Am 19. November nahm der 13. allgemeine Vertretertag der Nationalliberalen den vom Zentralvorstand vorgelegten Aufruf einstimmig an. Noch einmal bedauerte die Partei das Ende des Bülowblocks und pries die während des Blockfrühlings mit ihrer Hilfe erreichten gesetzgeberischen Erfolge — Vereinsgesetz, Flottengesetz, Kolonialgesetze, Börsengesetz — in leuchtenden Farben, um dann desto schärfer gegen die von den Konservativen „im Bunde mit Zentrum und Polen“ verabschiedete Reichsfinanzreform und ihre einseitig einzelne Volksschichten belastenden indirekten Steuern Stellung zu nehmen. Die nächsten Wahlen riefen das Volk auf zum Gericht.

Selbstverständlich war es den Nationalliberalen, für die „nationalen Forderungen, die sich aus der Weltstellung Deutschlands ergeben“, einzutreten. Heer und Flotte sollten voll leistungsfähig bleiben. Dennoch mischte sich auch in diesen Komplex berechnete Kritik, die sich offensichtlich zum Teil aus der erst soeben erledigten Marokkoaffäre entwickelt hatte: man verlangte eine „zielbewußte“ Außenpolitik und ganz besonders eine Reform des diplomatischen Dienstes, eine „Besetzung dieser Ämter durch befähigte Personen, ohne Rücksicht auf Geburt oder Reichtum“. Wenn auch nicht geradezu die Verantwortlichkeit der Reichsregierung für ihre außenpolitischen Maßnahmen vor dem

¹⁾ Programmatische Kundgebungen, S. 113—115. — Parteien, S. 196 ff.

Reichstag gefordert wurde, sollte doch die „auswärtige Politik stets in lebendiger Föhlung mit dem deutschen Parlamente“ bleiben.

Weit weniger deutlich als in den nationalen Belangen — der ideellen Basis aller in der Partei vertretenen Kreise — sprach der Wahlaufuf über die wirtschaftlichen Probleme. Hier galt es, keine der oft gegensätzlichen Schichten der Bevölkerung zurückzustoßen, die den Nationalliberalen sympathisch gegenüberstanden. So war es einer Partei, der sich agrarische und industrielle Interessenten verbunden fühlten, unumgänglich notwendig, „an dem bestehenden und bewährten System des Schutzzolles“ festzuhalten. Gleichzeitig wandte man sich jedoch scharf gegen die „überagrarischen, auch die Landwirtschaft selbst schädigenden Ansprüche des Bundes der Landwirte“, die auf weiteren Ausbau der Zölle zielten. Besonders die Interessen des Mittelstandes, der Angestellten und Beamten sollten nachdrücklich vertreten werden.

Bei aller energischen Distanzierung von der Sozialdemokratie vertrat der nationalliberale Aufruf die wesentlichen liberalen Grundsätze, die im Augenblick zur Diskussion standen: Unantastbarkeit des Reichstagswahlrechts und Wahrung des Koalitionsrechts der Arbeiter. Die Zukunft des Volkes wäre gefährdet, wenn „Reaktion und Ultramontanismus die Herrschaft im Staate“ behielten. Es gälte, eine Gleichberechtigung herzustellen, „die nicht bloß auf dem Papier steht, sondern in Wahrheit allen Bürgern des Deutschen Reiches, ohne Rücksicht auf Herkunft, Glauben, Rang und Besitz, den Zugang zu den öffentlichen Ämtern freigibt und jeden verfassungswidrigen Eingriff in die Unabhängigkeit des Bürgertums bei der Betätigung seiner staatsbürgerlichen Rechte ausschließt“.

Am gleichen Tage gab auch die *Fortschrittliche Volkspartei* ihren Wahlaufuf heraus¹⁾. In der Grundtendenz ähnlich dem der Nationalliberalen legte der fortschrittliche Wahlaufuf sein Gewicht noch mehr auf den freiheitlichen Ausbau des Reiches als auf die nationalen Belange, obwohl auch sie vertreten wurden. Scharfe Angriffe richteten die Freisinnigen gegen Zentrum und Konservative, deren Werk, die Finanzreform, reiche Erben schonte, den Massen der Minderbemittelten den Lebensunterhalt jedoch verteuerte. Diese beiden Parteien wären es, „die dem Volk die freie Ausübung des Wahlrechts erschweren und eine gerechte Einteilung der Wahlkreise verhindern“. Die augenblickliche Reichstagsmehrheit dürfte daher nicht wiederkehren. Aber auch gegen die Sozialdemokratie wurde eine klare Trennungslinie gezogen, da sie als Klassenpartei „die wirtschaftlichen Gegensätze willkürlich verschärft“.

Dementsprechend und gemäß ihrem Einigungsprogramm stellte die Fortschrittliche Volkspartei den Staatsgedanken dem Standesvorteil entgegen. „Die Gleichberechtigung bildet unseren Ausgangspunkt, die Wohlfahrt des Ganzen unser Ziel.“ In diesem Sinne hatten in dem weiten Fächer der Forderungen diejenigen einer Liberalisierung des Reiches den Vorrang: „aufrichtiger“ Konstitu-

¹⁾ FZ, 19. November 1911.— Parteien, S. 221 ff.

tionalismus, Ministerverantwortlichkeit, Mitbestimmung des Reichstags bei Staatsverträgen über Gebietsveränderungen.

In den wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen ging der fortschrittliche Aufruf viel mehr in die Details als derjenige der liberalen Nachbarpartei. Immerhin mußte es auffallen, daß die bisherige Forderung einer schrittweisen Aufhebung der Schutzzölle — offenbar aus taktischen Rücksichten — mit keiner Silbe erwähnt wurde. Zur Schutzzollpolitik nahm der Aufruf direkt überhaupt nicht Stellung, außer, daß zur Förderung des Bauernstandes die Futtermittelzölle zu beseitigen wären. Für Handel und Industrie sollten Absatzmärkte allerdings durch Staatsverträge gesichert, zurückgewonnen oder neu erschlossen werden. Auch der einzelnen Forderungen des Handwerks, der Beamten, Arbeiter und Angestellten nahm sich der Aufruf eingehend an. Wie die Nationalliberalen sahen auch die Fortschrittler in einer Besetzung von Verwaltungsstellen nach dem Grundsatz der personellen Befähigung das wesentliche Erfordernis einer Liberalisierung der Reichsverfassung. Die Aufrufe der anderen großen Parteien folgten Anfang Dezember. Die Mäßigung des am 5. Dezember vom *sozialdemokratischen* Parteivorstand herausgegebenen Wahlaufrufs¹⁾ fiel allgemein auf. Nur in den Details gab es noch mehr oder weniger große Unterschiede gegenüber den Richtlinien der Fortschrittspartei. Natürlich wurde von der Sozialdemokratie nicht nur die Politik des schwarzblauen Blocks, sondern ebenso auch die des Bülowblocks mit seiner Betonung nationaler Gesichtspunkte gerügt. Hier wie in der anfänglichen Mitwirkung an der Finanzreform und der damals beabsichtigten Erhöhung der indirekten Steuern wurde also auch gegen den Liberalismus Front genommen. Ungleich kräftiger waren jedoch die Angriffe gegen die von den Konservativen und dem Zentrum schließlich allein durchgesetzten Mehrbelastungen der großen Masse und gegen die Reichsversicherungsordnung, die einer „Verhöhnung der Arbeiter“ gleichkäme.

Die Marokkokrise gab dem Vorstand Gelegenheit, auf die erhöhte Kriegsgefahr hinzuweisen, die vielleicht nur durch die richtige Entscheidung der Wähler am Wahltag gebannt werden könnte.

In der Hauptsache beschäftigte sich der Aufruf jedoch mit den innerdeutschen Problemen wirtschafts- und verfassungspolitischer Natur. So forderte die Partei die Herabsetzung des Wahlalters auf das 20. Lebensjahr und die Einführung der Verhältniswahl „zur Beseitigung der mit der heutigen Wahlkreisordnung verknüpften schreienden Ungerechtigkeit“. Ebenso trat sie ein für die Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems, Ministerverantwortlichkeit, Kontrolle der auswärtigen Politik durch den Reichstag. Neben der wirklichen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, der Herabsetzung der Dienstzeit auf das unumgänglich notwendige Maß und einer Reform des Justizwesens verlangten die Sozialdemokraten vor allem Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes. Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, Ausbau der Gewerbeinspek-

¹⁾ Parteien, S. 257 ff.

tion, volle Religionsfreiheit und allgemeine unentgeltliche Volksschule, Freiheit für Kunst und Wissenschaft waren weitere Forderungen der Arbeiterpartei.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet strebte die Partei nach Aufhebung von Lebensmittel- und Futterzöllen, sprach sich aber sonst für einen stufenweisen Abbau der Zölle und indirekten Steuern aus. Parallel hierzu forderte man die Einführung von progressiven Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Innere Kolonisation und Überführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum sollten schließlich der vermehrten Erzeugung von Nahrungsmitteln dienen.

Der Aufruf der *Deutschkonservativen* vom 6. Dezember¹⁾ zeigte mit aller Deutlichkeit die Verteidigungsstellung, in der sich die Partei befand. Nach einer Apologie der konservativen Politik, die „durch eine entschlossene Tat“ nach monatelanger Verschleppung das „große, nationale Werk“ der Reichsfinanzreform zustande gebracht hätte, trat der Wahlauf Ruf für die „Fortdauer des Schutzes der nationalen Arbeit“ ein. Der von den Liberalen gewünschte Abbau des Zollschatzes wäre aber nichts anderes als die von der Sozialdemokratie verlangte, „sofortige und völlige“ Beseitigung der Zölle — eine Argumentation, die insofern nicht stichhaltig war, als zumindest in ihren Wahlauf rufen Liberale wie Sozialdemokraten die ihnen unterstellten Forderungen überhaupt nicht erhoben hatten, die Nationalliberalen sogar ausdrücklich für die Beibehaltung der Zölle eingetreten waren.

Mit ihrer Politik — führte der Aufruf weiter aus — erstrebten die Konservativen „keine Teuerungspreise, sondern nur einen mäßigen aber gesicherten Lohn“ für die Arbeit des Landwirts. Deshalb mußte auch dem neuen Deutschen Bauernbund entgegengetreten werden, der „Hand in Hand mit den liberalen Feinden unserer Schutzzollpolitik“ ginge und sich „in seinen Versammlungen des Beifalls der Sozialdemokraten“ erfreute. Er wäre der „Totengräber der Landwirtschaft“.

In ähnlicher Weise wirkte der Hansabund, der vorgäbe, den Mittelstand zu schützen, in Wirklichkeit aber im Auftrage der größten Feinde des Mittelstandes die Erwerbsstände in Stadt und Land gegeneinander aufhetzte. Die ganze Wirtschaftsordnung wäre jetzt also in Gefahr. Die konservative Partei hielt trotz alledem „unverbrüchlich fest an den starken Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, nämlich einer ungeschwächten Kaisergewalt, einer starken Regierung und überhaupt aller Autorität im öffentlichen Leben. Für die Erhaltung der Wehrkraft mußten wie bisher die notwendigen Opfer gebracht werden. Ein leiser Tadel an der Marokkopolitik der Regierung klang jedoch auch im konservativen Aufruf an: neben der „sorgsamen“ Pflege und einem weiteren Ausbau des Kolonialbesitzes sprach die Partei den Wunsch nach tatkräftiger Vertretung der nationalen Interessen dem Auslande gegenüber aus.

¹⁾ Parteien, S. 110 f.

Über allem stand jedoch der Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre „Helfershelfer“. Die Forderung nach „wirksamem Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen den immer rücksichtsloser werdenden sozialdemokratischen Terrorismus“ ließ den Wunsch nach neuen Ausnahmegesetzen durchblicken.

Wenig in Einzelfragen ging der Wahlauf Ruf der *Reichspartei* am folgenden Tage¹⁾. Die gemäßigten Konservativen wollten auch weiterhin für ein „nach außen starkes, nach innen kräftiges Deutsches Reich“ eintreten, für eine zweck- und zielbewußte machtvolle nationale Politik, wie sie gerade in den letzten Jahren gegenüber der Zeit Bismarcks schmerzlich vermißt worden wäre. Voraussetzung hierfür wären neben der Erschließung des Kolonialbesitzes und der Schaffung neuer Siedlungsgebiete gesunde Reichsfinanzen — wenn auch die Partei „das Zustandekommen der Reichsfinanzreform in anderer Weise gewünscht“ hätte. Mit den Forderungen nach besserer Beamtenbesoldung, Versorgung der Kriegsteilnehmer, Fortdauer des Zollschatzes für alle Zweige des Wirtschaftslebens und einer Sozialgesetzgebung ohne jede Überstürzung suchte die Partei ihre Wähler in der Beamtenschaft, der Industrie und Landwirtschaft in gleicher Weise zufriedenzustellen. Auch den Wünschen des Mittelstandes sollte Rechnung getragen werden. Mit allem Nachdruck wandte sich der Aufruf der Reichspartei gegen die Sozialdemokratie. In ihrer Bekämpfung sah er das Hauptziel des Wahlkampfes und regte unter dieser Parole ein Zusammengehen aller „vaterländischen Parteien“ an.

Der Wahlauf Ruf des Vorstandes der *Zentrumsfraktion* des Reichstags²⁾ hatte seinen Blick in die Vergangenheit gerichtet. Nach einer kurzen Bemerkung über die heilsame Wirkung der Finanzreform auf den Reichshaushalt hob er die Mit Hilfe der Zentrumspar tei bei der Reichsversicherungsordnung, der Verfassung für Elsaß-Lothringen und bei der Erweiterung der Rechte des Reichstags in Kolonialfragen hervor. Die Wiederkehr einer liberalen Ära würde dagegen „eine Erschütterung unseres jetzigen bewährten Wirtschaftssystems zu Folge haben“. Diese Gefahr läge „um so näher, da die Erneuerung der ablaufenden Handelsverträge zu den Aufgaben des kommenden Reichstages“ gehörte.

Der ganze letzte Teil des Wahlauf Rufs galt den Fragen der Religion: der Missionierung der deutschen Schutzgebiete, dem friedlichen Zusammenleben der Konfessionen im Reich. Alles in allem zeigte der Zentrumsaufruf den Willen, nicht durch eine vorher festgelegte Marschroute spätere politische Entscheidungen zu beeinflussen.

Damit waren die Themen angeschlagen, die in den letzten Wochen des nun offiziell eröffneten Wahlkampfes in vielfachen Variationen erklingen sollten. Die von den Zentralen gestellten Redner und Agitationsmaterialien erläuterten die Details der in den Wahlauf rufen getroffenen Feststellungen. Einig — wenn auch von den verschiedensten Standpunkten — waren sich alle Parteien in der Ab-

¹⁾ Parteien, S. 111 ff.

²⁾ Parteien, S. 147 ff.

lehnung des von der Regierung eingeschlagenen Kurses. Einig waren sie auch alle im Werben um die neue politische Macht des Mittelstandes — mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die die Existenz einer dritten Kraft zwischen Proletariat und Kapitalismus nicht anerkennen wollte oder konnte. Während die großen Oppositionsparteien nachdrücklich Schritte zu einer Liberalisierung der Reichsverfassung und des preußischen Wahlrechts forderten, beharrten die Konservativen fest auf dem Grundsatz des autoritären Staates. Die Reichsfinanzreform, deren Wirkungen von der Opposition ebenso beklagt und in den Vordergrund der Wahlagitation gestellt wurden wie die Wirtschaftspolitik bis hin zu der Frage nach der Erneuerung der Handelsverträge, wurde von den Konservativen unmißverständlich als notwendig und segensreich für den Abbau der Staatsschuld herausgestrichen. In allen diesen Punkten nahm die Zentrumsparthei eine Sonderstellung ein. In dem Bestreben, ihre parlamentarischen Verdienste bestmöglich hervorzuheben, ging sie am ausführlichsten auf die unter ihrer Mitwirkung zustande gekommenen Gesetze ein, mit der Ausnahme der Reichsfinanzreform, die sie — anders als meist die Konservativen — wegen der ungünstigen Wirkung auf die Wählerschaft nur selten und selbst dann nur am Rande erwähnte¹⁾. Auch hinsichtlich der zukünftigen Arbeit der Reichstagsfraktion hüllte sich die Zentrumsparthei weitgehend in Schweigen — ausgenommen eine vage bekundete Sympathie für den Mittelstand: man wollte sich für alle künftigen Gegebenheiten freie Hand wahren.

Neben diesen von den Parteizentralen zur Diskussion und Agitation gestellten Themen beherrschten in jedem Land und jeder Provinz, in jedem einzelnen Wahlkreis besondere Probleme den Wahlkampf. Die enge Abgegrenztheit des einzelnen Kreises und das Mehrheitswahlsystem, das den kleinen Mann leicht verführte, in dem zu wählenden Abgeordneten den Vertreter der speziellen Interessen seiner Heimat zu sehen und danach seine Wahl zu treffen, schoben oft ganz andere Fragen in den Vordergrund als diejenigen der Zentralen oder verlagerten die Gewichte der offiziellen Wahlaufrufe. Am ehesten wurden noch die allgemeinen wirtschaftspolitischen Fragen debattiert. Um was dreht sich der Kampf? fragte der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Pachnicke und gab selbst seufzend zur Antwort: „Ach, wenn doch das die Großstadtpolitiker wüßten oder beachteten! Nicht um Marokko, nicht um das Recht des Reichstages zur Genehmigung von Gebietsveränderungen, nicht um so vieles andere, wovon die Tausende von Leitartikeln handeln, sondern auf dem Lande — um die Schweinepreise²⁾!“ Es waren die nächsten, kleinen Sorgen des Alltags, die die Wähler an die Parteien in den Wahlkreisen herantrugen und von deren geschickter Behandlung durch die Agitatoren, wie von deren Abstimmung auf die

¹⁾ In der Vorbesprechung einer Rede Karl Bachems in Essen riet der Vertreter der dortigen Wahlkreisleitung dem Kölner Politiker, die Reichsfinanzreform nur zu streifen, „die ist überwunden“; NL Bachem 318.

²⁾ Voß, Nr. 7, 5. Januar 1912.

große politische Richtschnur der zentralen Wahlaufrufe nicht selten das spätere Wahlergebnis entscheidend mitbestimmt werden konnte. Von der Rührigkeit und Geschicklichkeit der Lokalorganisationen im Wahlkampf hingen Erfolg oder Mißerfolg ganz wesentlich ab.

Agitationsmaterial

Über die im Wahlkampf einzuschlagende Taktik trug die Wahlkreisorganisation die Verantwortung zum größten Teil allein. Der Wahlkreisvorstand — oder zumeist der für die Organisation des Wahlgeschäftes eingesetzte Ausschuß — bestimmte Beginn und Dauer der Agitationskampagnen, die Wählerschichten, die erreicht werden sollten, Inhalt, Form und Menge der zu vertreibenden Flugblätter und Plakate und — als wichtigste Vorbedingung des Erfolges — Ort und Zeitpunkt der Wählerversammlungen. Wußte der Agitationsausschuß um die Mentalität der Wählerschaft seines Kreises, um die Probleme, die sich ihr stellten und deren Abhilfe sie von den zur Wahl stehenden Kandidaten erwartete, war er den konkurrierenden Parteien um ein erhebliches Stück auf dem Weg zum Wahlsieg voraus.

Wichtig war zuallererst die Antwort auf die Frage nach der besten Form und dem besten Inhalt des Agitationsmaterials. Es gab für seine Beschaffung in der Hauptsache drei Möglichkeiten: 1. Bezug von zentralen oder regionalen Druckstellen mit dem Vorteil, daß Großauflagen die Kosten erheblich senkten; 2. eigene Herstellung im Wahlkreis; 3. für Kandidaten, die die Unterstützung finanzkräftiger Interessengruppen fanden, Bezug von Material, das durch die Interessenten produziert und zur Verfügung gestellt wurde. Da die Freien Gewerkschaften auf diese Weise nicht in den Wahlkampf eingriffen, blieb dieser Weg nur den nicht sozialdemokratischen Parteien offen. Gewöhnlich wurden von den Lokalorganisationen alle Möglichkeiten genutzt.

Die offiziellen Organe nahezu aller Parteien veröffentlichten im Auftrage der Berliner Parteivorstände Serien von Flugblättern und Plakaten, die den Wahlkreisorganisationen zum Kauf angeboten wurden. Daneben beteiligten sich auch die führenden Provinzblätter und andere parteinahe Presseorgane an der Publikation von Agitationsmaterialien. Es war nicht nur die Verpflichtung gegenüber den Parteien, die diesen Zeitungen nahestanden. Aus den zum Teil beträchtlichen Auflagen konnten sich die Verlage ein gutes Geschäft versprechen. Die zentralen Publikationen konnten ihrer Natur nach nicht auf die speziellen Probleme einzelner Wahlkreise eingehen, sondern behandelten die großen politischen Fragen, die bei den Wahlen zum Austrag kamen, setzten sich mit der allgemeinen Politik gegnerischen Parteien und Interessenverbände auseinander oder wandten sich an bestimmte Wählerschichten in allen Teilen des Reiches.

So brachten die „Nationalliberalen Blätter“ Flugschriften mit den Themen „Wirtschaftliche Vereinigung“, „Die Nationalliberale Partei und die Landwirt-

schaft“ und „Nationalliberale Partei und Mittelstand“ heraus. Sie erschienen zunächst als Beilagen der Zeitschrift, um dort zum Preise von 7,50 Mark pro Tausend den Wahlkreisorganisationen angeboten zu werden. In gleicher Weise hatte die freisinnige „Hilfe“ bis zum 11. Januar 1912 mehr als 800 000 Exemplare ihrer 9 Flugblätter vertrieben, die sich nicht nur an die Arbeiter, Landwirte, Beamten und den Mittelstand wandten, sondern sich auch mit den gegenwärtigen Parteien von den Konservativen und Antisemiten über die Zentrums- partei bis zur Sozialdemokratie auseinandersetzten¹⁾). Die Preise lagen gegenüber denen der gemäßigten Liberalen etwas höher und verringerten sich von 30 Pfennig für 10 auf 120 Mark bei einer Abnahme von 20 000 Stück. Als parteioffiziell galten jedoch nicht die Veröffentlichungen des Hilfeverlages, sondern diejenigen der „Freisinnigen Zeitung“, auch sie in Partien billiger. Es waren insgesamt 9 Broschüren und 8 Flugblätter, die der fortschrittliche Parteivorstand herausgab²⁾).

Bei den Konservativen scheint die Aufgabe des zentralen Flugblattvertriebs in erster Linie der Zentrale und den Geschäftsstellen des Bundes der Landwirte zugefallen oder von besonderen Verlagsanstalten durchgeführt worden zu sein. So verbreitete das Bündlerblatt — allerdings zu wesentlich höherem Preise³⁾ die Schrift „Vorwärts zu den Wahlen 1912“. Für die breiteste Streuung unter die Wähler waren Ansichtspostkarten des Bundes gedacht, die die Bedeutung der Landwirtschaft gegenüber den anderen Erwerbszweigen herausstrichen und in einer Stückzahl von 17 Millionen unter das Volk geworfen wurden. Für die Verbreitung und Finanzierung wurde die gesamte Mitgliedschaft herangezogen: jedem Mitglied sollten zum Preis von drei Mark 60 Ansichtskarten zugesandt werden, deren Weitervertrieb dem einzelnen überlassen blieb⁴⁾). Wurde diese Aktion erfolgreich abgeschlossen, so dürfte der Wahlfonds des Bundes um mehrere hunderttausend Mark aufgefüllt worden sein.

Diese Zahlen reichten jedoch nicht entfernt an die der Sozialdemokratie heran, die im Jahre 1911 an Flugblättern, Kalendern und Broschüren über 80 Millionen Exemplare verbreitete⁵⁾). Sie übertraf damit weit alle anderen Organisationen — auch wenn man in Rechnung stellt, daß es sich um die Gesamtzahl der vertriebenen

¹⁾ „Vier Grundforderungen liberaler Arbeiterpolitik“, „Landwirtschaft und Fortschritt“, „Liberale Beamtenpolitik“, „Detailkaufmann und Reichstagswahlen“, „Mittelstand und Reichstagswahlen“, „Gegen die Konservativen“, „Die Sünden der Antisemiten“, „Die Sünden des Zentrums“, „Warum ich keinen Sozialdemokraten wähle“; Hilfe, XVIII, 1912, S. 8.

²⁾ Broschüren: „Sozialistenspiegel“, „Die Reichsversicherungsordnung“, „Gegen das Zentrum“, „Die wahren und die falschen Freunde der Landwirte“, „Bauernpolitik statt Junkerpolitik“, „Das Arbeitsprogramm der Fortschrittlichen Volkspartei“, „Für das deutsche Handwerk“, „Beamte, Privatangestellte und Fortschrittliche Volkspartei“, „Die Reichssteuerpolitik“; Flugblätter: „Für die Arbeiter! Gegen die Sozialdemokraten!“, „Landleute! Aufgepaßt!“, „Gegen die schwarz-blauen Steuern“, „Wahlaufruf“, „Für den Mittelstand“, „Ein Sündenregister“, „Liberale Bauernpolitik“, „Beamte! Unterbeamte!“; FZ, Nr. 2, 4. Januar 1912.

³⁾ Bei 1 Ex. = 25 Pfennig, bei 2000 Ex. = 6 Pfennig; DTZ, Nr. 626, 10. Dezember 1911.

⁴⁾ HB, 23. Jg., Nr. 48, 2. Dezember 1911, S. 419. — Kiesenwetter, S. 167.

⁵⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 24.

sozialdemokratischen Publikationen für das Jahr 1911 handelte, während ungewiß bleibt, welche Mengen an Agitationsmaterial die anderen Parteien zusätzlich in den einzelnen Provinzen, Ländern und Kreisen herausbrachten. Allein schon das Angebot an Flugblättern — 68 verschiedene Sorten konnte der Parteivorstand den Organisationen anbieten, hinzu kamen noch 10 verschiedene Wählerpostkarten¹⁾ — zeigte das materielle Übergewicht der sozialdemokratischen Agitationsmittel.

Neben den vom Parteivorstand gelieferten Materialien konnten auch die Lokalorganisationen der sozialdemokratischen Partei vielfach auf Publikationen der Agitationsbezirks- und der Landesleitungen zurückgreifen. Flugblätter dieser Instanzen stellten sich nicht nur wegen der geringeren Frachtkosten preiswerter, sie waren oft auch wirksamer, weil sie dem Schauplatz des Wahlkampfes um vieles nähergerückt waren. Schon bei den bayerischen Landtagswahlen von 1907 hatte der Landesvorstand zur Frachtkosteneinsparung nur die Texte der Flugblätter entworfen, den Druck jedoch von Druckereien in den bayerischen Gauen, die sich etwa mit den Agitationsbezirken deckten, besorgen lassen²⁾. Eine andere, ungleich wirksamere Methode wurde 1911/12 in Hannover praktiziert: die in den Wahlkreisen verbreitete Wahlzeitung „Der Sämann“ wurde nach einheitlicher, für jede Nummer — offenbar von der Leitung des Agitationsbezirkes — festgelegter Thematik und gleicher Aufmachung von den Wahlkreisorganisationen redigiert und veröffentlicht³⁾. Auf diese Weise konnten im Rahmen der von den oberen Instanzen geplanten Wahlkampfstrategie noch am ehesten die Probleme der einzelnen Kreise im Auge behalten und die große politische Linie der Wahlen mit den kleinen, aber nicht zu übergehenden Sorgen der Wähler vereinigt werden. Eine solche in einem größeren Gebiet zur gleichen Zeit und mit der gleichen Thematik angesetzte Kampagne mußte auch eine größere Durchschlagskraft entwickeln.

Die Leitungen der sozialdemokratischen Agitationsbezirke hatten aber ihre größten Aufgaben in den organisatorisch wenig erschlossenen Gebieten, wo sie die Arbeit der hier oft fehlenden Lokalorganisationen übernehmen mußten.

Wie bei der Sozialdemokratie hatten auch beim Zentrum die Mittelinstanzen im Wahlkampf besondere Bedeutung. Da an die Gründung eines Reichsausschusses erst kurz vor den Wahlen gegangen wurde, hatten die Landes- und Provinzialverbände neben der Reichstagsfraktion die Führung in der Wahl agitation für ihre Bereiche zu übernehmen gesucht, indem sie ebenfalls Wahlaufträge erließen. Allein in Preußen gab es zwei große Zentren, die für die Verbreitung von Agitationsmaterial sorgten: Köln und der Mönchengladbacher Volksverein für das katholische Deutschland einerseits und zum andern der Berliner Parteivorstand mit seinem offiziellen Organ, der „Germania“. Zwischen

¹⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 25.

²⁾ NL Vollmar 130.

³⁾ BAK ZGS 857.

beiden mag es zu Differenzen in der Auffassung über die Art der Agitation gekommen sein, parallel zu den Auseinandersetzungen zwischen den Trier-Berliner und Köln-Mönchengladbacher Flügeln. So konnte eine Essener Rede Karl Bachems, die sich zum Text eines Flugblattes zu eignen schien, wegen des Widerstandes des Grafen Oppersdorff, der den katholischen Fachabteilungen nahestand, nicht in Berlin mit Genehmigung und finanzieller Unterstützung der Parteileitung gedruckt werden, während Köln diesen Plan förderte¹⁾. Immerhin fand zwischen der Parteileitung in Berlin und dem Volksverein wenigstens eine gewisse Arbeitsteilung statt. Wenn auch die „Germania“ mit deutlicher Spitze gegen Köln die Notwendigkeit einer einzigen zentralen Instanz — gerade auch für den Wahlkampf — betonte²⁾, so spezialisierte sie sich doch mehr auf die generellen Themen des Wahlkampfes, während Köln und der Volksverein sich vorwiegend den speziellen Fragen widmeten. Die beiden für die Massenverbreitung gedachten Schriften des Germaniaverlages „Müssen wir Zentrum wählen?“ von Erzberger und das durch seine einprägsamen Illustrationen äußerst wirksame „Wen wähle ich?“ waren maßgebenden Führern der Reichstagsfraktion im Manuskript vorgelegt und von ihnen gebilligt worden. Sie waren damit die einzigen „offiziellen“ Agitationsschriften des Zentrums und erzielten erhebliche Auflagen³⁾. Besonders die zweite Schrift dürfte bis zum Ende der Wahlen in annähernd einer dreiviertel Million Exemplaren vertrieben worden sein⁴⁾. Da beide Broschüren mit Mengenrabatt äußerst billig geliefert wurden, konnten findige Lokalorganisationen für den Wahlfonds beträchtliche Mittel freimachen, wenn sie sie zu einem etwas höheren Preis als Eintrittskarten zu den Wahlversammlungen weiterverkauften⁵⁾.

Der Volksverein hatte 1906 mit der Lieferung von Agitations-Flugblättern begonnen, von denen er bis 1914 45 verschiedene Arten herausgab, stets in Auflagen von mehr als 100 000 Stück⁶⁾. Die Zahlen zeigen, wie überlegen die Mönchengladbacher Stelle — da sie kontinuierlich in der Agitation arbeitete — der Berliner Zentrale blieb. Auch Mönchengladbach hatte — ähnlich dem Bund der Landwirte — Ansichtspostkarten in Massenaufgabe und über fast alle Wahlkampfthemen hergestellt. Zunächst war die Auflage in 1 Million Stück in Druck gegeben worden. Auch hier suchte man eine Einnahmequelle für die Wahlkassen

¹⁾ NL Bachem 318; Brief an Robert Bachem, 20. Dezember 1911.

²⁾ Germania, Nr. 297, 29. Dezember 1911, 2. Blatt.

³⁾ Ebd.

⁴⁾ Am 31. Dezember 1911 gab die Germania die Auflagenhöhe der ersten Schrift mit 30 000 Ex. an, die der zweiten mit 500 000 Ex.; Germania, Nr. 299, 31. Dezember 1911, 2. Blatt.

⁵⁾ „Wen wähle ich“ kostete einzeln 20 Pfennig, bei 1000 Ex. 7 Pfennig, bei 5000 Ex. noch 6 Pfennig.

⁶⁾ Für den Wahlkampf kamen folgende Flugblätter aus der Zeit nach Bülow in Betracht: „Der Kampf um die Weltanschauung“ (1908—1911 = 3 Mill. Ex.); „Christentum, Zentrum und Sozialdemokratie“ (1909—1911 = 1 070 000 Ex.); „Der rote Leierkasten“ (1909 = 1 Mill. Ex.); „Die roten Falschmünzer“ (1909 = 2 Mill. Ex.); „Die Reichssteuern von 1909“ (1909—1911 = 5 Mill. Ex.); „Vorwärts in den roten Sumpf“ (1911 = ½ Mill. Ex.). — Vgl. Ritter, Emil, S. 271 f.

zu erschließen. Der Überschuß aus dem Vertrieb — 85 000 Mark — sollte den Landes- und Provinzialkassen zufließen. Wenn jedoch jede Wahlkreisorganisation so viel Karten abnahm, wie sie Zentrumsähler hatte — für diese Aufgabe sollten besonders die bemittelten Parteianhänger herangezogen werden — und zu leicht erhöhten Preisen weiterverkaufte — etwa als Eintrittskarten —, würden den Kassen der Wahlkreise insgesamt 250 000 Mark zufließen. Hier gab es jedoch unangenehme Überschneidungen mit Berlin, da der Germaniaverlag ebenfalls Postkarten herausgab, zum Teil mit den gleichen Motiven — so dem belagerten Zentrumsturm. Brachte Mönchengladbach eine Gedächtniskarte auf Ludwig Windthorst heraus, veröffentlichte die „Germania“ eine Karte, auf der der Kandidat des einzelnen Wahlkreises mit den beiden Vorkämpfern des politischen Katholizismus, Windthorst und Bischof von Ketteler, zu sehen war¹⁾. Ein Kosten- und Kraftaufwand wurde hier — wie auch in anderer Hinsicht in der Zentrumsagitation — betrieben, der sich nur hinderlich auswirken konnte. Hinzu kam, daß auch die Landesleitungen mit eigenen Flugblättern, ebenfalls zur generellen Thematik des Wahlkampfes, hervortraten und damit Aufgaben übernahmen, die die Zentrale weit besser lösen konnte. So wurde auf Veranlassung des rheinischen Provinzialbeirats das Flugblatt „Was steht auf dem Spiel?“ zur Einleitung des Wahlkampfes von langer Hand bis Ende des Jahres 1911 in rund einer Million Stück in ganz Deutschland, hauptsächlich aber in der Rheinprovinz, verbreitet²⁾.

Etwas anderes war es, wenn zur Kosteneinsparung mehrere Wahlkreise eines landschaftlich zusammengehörenden Gebietes sich zur Herausgabe einer Wahlzeitung vereinigten, weil sie so auf die regionalen Probleme besser eingehen konnten³⁾. Alles in allem hatte das Zentrum in der Agitation große Kräfte freigemacht, die jedoch vielfach in keiner wirksamen Weise eingesetzt worden sein dürften, weil der Apparat nicht reibungslos zu arbeiten vermochte.

Diesem reichhaltigen Angebot, das den Lokalorganisationen zur Auswahl stand, fügten die finanzkräftigeren Interessengruppen weiteres Agitationsmaterial hinzu. Es wurde — wenn Partei und Kandidat der Unterstützung würdig waren und sich den Bedingungen des Verbandes angeschlossen hatten — gratis geliefert und teilweise auch durch die Interessenorganisation selbst verbreitet⁴⁾. Allen Interessenorganisationen voran stand in der Verbreitung von Flugblättern der *Reichsverband* gegen die Sozialdemokratie. Er vertrieb 1911 über 10 Millionen spezieller Wahlagitationsschriften und zusätzlich 7 Millionen mit allgemeiner Thematik (im Jahre zuvor knapp 4 ½ Millionen)⁵⁾.

¹⁾ MdrZ, Nr. 3, Dezember 1911. — Germania, Nr. 287, 15. Dezember 1911, Beilage zum 2. Blatt. — NL Bachem 318.

²⁾ MdrZ, Nr. 1, Juli 1911. — Ebd., Nr. 3, Dezember 1911.

³⁾ So in Köln und seiner weiteren Umgebung; NL Bachem 317.

⁴⁾ So der Hansabund, der eigene Agitationsausschüsse einsetzte; vgl. HB, Nr. 41, 14. Oktober 1911, S. 353, Werbeauftrag.

⁵⁾ Reichsverband 1910 und 1911, BAK P 135/10773.

Neben diesen Zahlen nahmen sich diejenigen des *Hansabundes* bescheiden aus: er warf nur rund 3 Millionen Flugblätter in den Kampf¹⁾). Wie der schon erwähnte Bund der Landwirte²⁾), verbreitete auch der *Deutsche Bauernbund* eine Reihe von Flugblättern, die zumeist im Organ des Bundes zunächst als Beilage erschienen, so das gegen die beiden Hauptgegner gerichtete Flugblatt „Großagrariertum und Sozialdemokratie³⁾“. Die Leitungen der *Kriegerverbände* suchten durch einen Wahlauf Ruf und zwei Flugschriften auf die Wahlentscheidung ihrer Mitglieder einzuwirken. Sie konzentrierten ihre Bemühungen in erster Linie auf Kreise, die durch Sozialdemokratie, Welfen oder Polen gefährdet waren⁴⁾). Anders als bei den meisten Interessenverbänden richtete die Leitung der Kriegervereine die Agitation also nicht auf die Einflußnahme Außenstehender, sondern auf die der eigenen Mitglieder, wie es sich ja bei den Zielen und der Zusammensetzung der Vereine von selbst verstand.

Insgesamt scheinen bei den Verbänden in der Ausgabe von Flugblättern nicht nur aus organisatorischen Gründen die zentralen den lokalen Instanzen überlegen gewesen zu sein oder zum Teil allein die Sorge getragen zu haben für die Herstellung des Materials. Es waren auch die klargeprägte Zielsetzung jedes Interessenverbandes und die daraus folgende weitgehende Unabhängigkeit von taktischen Sonderfragen einzelner Gebiete, die die Produktion des Agitationsmaterials an den Zentralen erleichterte.

Ähnlich, wenn auch in geringerem Umfange, waren die Aufgaben der Parteizentralen bei der Herausgabe und Verbreitung der Wahlplakate. Allerdings scheint hierin das Gewicht doch mehr bei den Lokalorganisationen gelegen zu haben. Immerhin wurde das am meisten verlangte Plakat des sozialdemokratischen Parteivorstandes in 40 000 Stück vertrieben⁵⁾). Der Hansabund verbreitete einen Plakatentwurf als Entgegnung auf die erwähnten bündlerischen Ansichtspostkarten in 20 000 Exemplaren⁶⁾). Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gab sogar 150 000 Plakate heraus⁷⁾).

Letzte Planung und Verfügung über den taktischen Einsatz von Wahlpamphleten der Parteien lag bei den Lokalorganisationen — falls nicht die Mittelinstanzen eine Großaktion über ein weiteres Gebiet hinweg angesetzt hatten. Wahlkreisorganisationen konnten im allgemeinen am ehesten den Verlauf des Kampfes in ihren Gebieten überwachen, sie konnten jeden Stimmungsumschwung der Bevölkerung registrieren, danach ihre Dispositionen treffen und allen Maßnahmen der Gegner sofort und deshalb so nachdrucksvoll wie

¹⁾ HB, Nr. 6, 16. Februar 1912.

²⁾ S. o., S. 174.

³⁾ DBB, Nr. 47, 25. November 1911. — Ebd., Nr. 48, 2. Dezember 1911.

⁴⁾ STAK 403/8466.

⁵⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 25.

⁶⁾ HB, Nr. 6, 16. Februar 1912.

⁷⁾ Reichsverband 1911, BAK P 135/10773.

möglich begegnen. In Kreisen, in denen eine vom allgemeinen Frontenverlauf abweichende Taktik zu verfolgen war, konnte die Lokalorganisation die besten Schritte unternehmen, so etwa im Wahlkreis Czarnikau, wo der polnische Kandidat ein deutschsprachiges Flugblatt herausgab, mit dem er die deutschen Katholiken von dem lutherischen deutschkonservativen Kandidaten abziehen wollte. Über den Umfang des Einsatzes entschieden die Finanzkraft der Lokalorganisation und die Wahlaussichten. Eine minderbemittelte Organisation, die für einen Außenseiter oder gar Zählkandidaten zu werben hatte, nahm in der Hauptsache wohl die verhältnismäßig preiswerten Flugblätter der zentralen oder regionalen Stellen in Anspruch. Ebenso mag es vereinzelt noch in den selten gewordenen „Riviera-Wahlkreisen“ gehandhabt worden sein, obwohl in den meisten dieser Fälle dem Eindringen gegnerischer Organisationen durch verstärkte Agitation begegnet wurde. Stand die Entscheidung aber auf Messers Schneide, konnte mit erstem Gewinn oder Verlust des Mandats gerechnet werden, stieg die Zahl der Agitationsschriften weit über den Durchschnitt an. In diesem Fall mußten oft Geldzuwendungen der höheren Instanzen oder der Verbände angefordert werden. In Köln verbreitete das hartbedrängte Zentrum 54 verschiedene Flugblätter in einer Gesamtauflage von einer Million Exemplaren¹⁾, während die Sozialdemokratie 2 136 700 in den Kampf warf²⁾. In Essen verbreitete das Zentrum 14 Flugblätter in 1 3/4 Millionen Exemplaren³⁾, die Sozialdemokratie mehr als 2 1/4 Millionen⁴⁾. Die größten Mengen an Agitationsmaterial setzte die Sozialdemokratie in den für sie absolut sicheren Berliner Wahlkreisen IV, VI und Teltow/Beeskow/Charlottenburg ein: in keinem dieser drei weniger als drei Millionen Stück, zusammen fast 11 1/2 Millionen. Der Zweck dieser Kraftanstrengung kann nur in dem Versuch zu sehen sein, die großen, brachliegenden Bevölkerungsreserven der dichtbevölkerten Stadtteile zu politisieren und der Sozialdemokratie zu gewinnen. Demgegenüber mutet die Zahl von 161 000 Agitationsschriften, die im einzigen nicht sozialdemokratisch vertretenen 1. Berliner Wahlkreis von der Arbeiterpartei verteilt wurden, außerordentlich niedrig an. Er gehörte allerdings mit mehr als 12 Flugschriften pro Wahlberechtigten durchaus noch zu den mit sozialdemokratischem Agitationsmaterial wohlversorgten Kreisen. In den für die Sozialdemokratie hoffnungslosen Kreisen — so in den konservativen Hochburgen des Ostens — wurden bisweilen weniger Agitationsexemplare verbreitet, als es Wahlberechtigte gab. Dagegen wurden von der Sozialdemokratie in den erwähnten Berliner Kreisen IV und VI mehr als 20 Flugblätter pro Kopf ausgeworfen⁵⁾.

Wohl alle Parteien benutzten jeden der Wege, die es gab, um das Agitations-

¹⁾ MdrZ, Nr. 4, April 1912.

²⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 74.

³⁾ MdrZ, Nr. 4, April 1912.

⁴⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 76.

⁵⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 65—89.

material an die Wähler gelangen zu lassen¹⁾. Der einfachste, ohne größere zusätzliche Kosten gangbare, war die Verteilung vor oder während einer Wahlversammlung. Allerdings konnten die Indifferenten so nicht angesprochen werden. Auch die Verbreitung auf der Straße garantierte keine nachhaltigere Wirkung auf die Empfänger. Die wirksamste Methode blieb die Verbreitung von Haus zu Haus²⁾, vielleicht sogar mit der Gelegenheit zu kleinen politischen Debatten zwischen Flugblattverteilern und -empfängern. Mit diesem Gang verbunden war für den Verteiler oft die Aufgabe, sich über die politische Auffassung der Wohnungsinhaber zu informieren, um sich später bei Anhängern der Partei durch Kontrolle in den Wählerlisten überzeugen zu können, ob der Betreffende auch sein Wahlrecht im Sinne der Partei ausüben konnte oder ob nachträgliche Aufnahme in die Liste beantragt werden mußte. Bei noch Unentschlossenen oder Desinteressierten mußte für verstärkte Agitation — wenn nötig, noch am Wahltag selbst durch Schlepper — gesorgt werden³⁾. Eine solche Flugblattverteilung durch Hausagitation, wenn sie erfolgreich verlaufen sollte, mußte jedoch sehr intensiv durchgeführt werden und erforderte eine ausgebaute Organisation, die die Hilfskräfte stellen konnte. Deshalb waren viele Parteien dazu übergegangen, das Agitationsmaterial dem Wähler auf dem Postwege zuzustellen. Entwickelt im großen Stil hat anscheinend der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie diese Methode, für deren Durchführung 1910 eine eigene Versandstelle eingerichtet wurde⁴⁾. Sie empfahl sich überall dort, wo die Wahlkreisorganisationen noch schwach waren. So setzte die Sozialdemokratie dieses Mittel besonders in den großräumigen ostelbischen Gebieten ein⁵⁾, zugleich mit dem Versand von Stimmzetteln, für deren Ausgabe sonst ein großer Stab von Verteilern vor den Wahllokalen nötig wurde⁶⁾.

In der *Gestaltung der Agitationsmaterialien* überwog noch immer das Wort. Noch immer suchte man — von ersten Ausnahmen abgesehen — den Wähler mehr zu belehren und durch Argumentation zu überzeugen, als durch mehr oder minder geschickte Bildentwürfe zu überrumpeln. Das galt auch für die Plakate, wie denn überhaupt noch kaum erkannt worden war, daß dem anderen Zweck von Flugblatt und Plakat auch eine andere Gestaltung entsprechen mußte. Die Mehrzahl der Flugschriften und Plakate brachte die Texte in ein- oder

¹⁾ Zum folgenden Abschnitt besonders: „Unsere Taktik... Vom Flugblatt und seiner Verbreitung“, Präsidial-Korrespondenz, 24. Jg., Heft 11, November 1911.

²⁾ Die Zentrale des BdL scheint von ihren Ortsgruppen allein diese Methode gefordert zu haben: „Die für den vom Bunde zu unterstützenden Kandidaten eingehenden Flugblätter sind in alle Haushaltungen durch ganz zuverlässige Personen zu schicken...“; Kleines Wahl-ABC, S. 283.

³⁾ Vgl. die Instruktion für Flugblattverteiler des Magdeburgischen Wahlkomitees der Sozialdemokratie für 1907 (HAB ZGS, Nr. 48).

⁴⁾ Reichsverband 1910; BAK P 135/10773.

⁵⁾ Vorw., Nr. 24, 30. Januar 1912.

⁶⁾ So in Hamburg durch die SPD; BAK 857. — In Berlin durch die FVP; Voß, Nr. 20, 12. Januar 1912. — Kreuzzeitung, Nr. 19, 12. Januar 1912.

zweispaltigem Satz, dessen den heutigen Leser ermüdende Gleichförmigkeit nur bisweilen durch Fett- oder Sperrdruck, durch wenige Absätze oder größere Lettern aufgelockert wurde. Besondere Aufmerksamkeit widmete man oft nur der graphischen Hervorhebung des Namens des Kandidaten: Da der Staat keine einheitlichen Stimmzettel ausgab oder vorschrieb, sondern nur gewisse formale Ansprüche an den Text stellte, da andererseits Zettelverteiler der Parteien am Wahltag oft nicht zur Stelle waren, suchte man auf diesem Wege dem Wähler den richtigen Text zu übermitteln, der bei der Auswertung des Ergebnisses nicht beanstandet werden konnte.

Doch auch im Aussehen der Agitationsschriften kündigte sich in einzelnen Fällen bereits das neue Zeitalter der Massen an. Hin und wieder griff man schon zu moderneren Mitteln der Propaganda. Es dürfte nicht zufällig sein, daß hierin gerade die Parteien und Verbände vorangingen, die in der Organisierung der Massen am weitesten vorangeschritten waren: Sozialdemokratie, Zentrum (Volkverein) und Bund der Landwirte. Sie verwendeten bisweilen schon das Mittel des Bildes. So zeigte das Zentrum in oberbayerischen Dörfern — allerdings nach dem Bericht eines hierin vielleicht nicht zuverlässigen liberalen Blattes — Plakate mit dem Abbild des Teufels und darunter dem einprägsamen Vers:

„Bauer denk’ an dei Seel’,
Wannst nöt schwarz wählst, kimmst in d’ Höll.
Wählst du einen Zentrumsman,
Kann dir der Teufel nicht mehr an¹⁾.“

Ansichtspostkarten fanden — wie erwähnt — gute Aufnahme. Gegen die Karten des Bundes der Landwirte, die die Bedeutung der Industrie herabsetzten, sah sich der Hansabund gezwungen, bebilderte Plakate zu verbreiten²⁾. Die Broschüre des Zentrums „Wen wähle ich?“ hatte nicht zum wenigsten deshalb einen so großen Erfolg, weil dem Text zahlreiche einseitige, aber nichtsdestoweniger eindrucksvolle Bilder beigelegt waren. Die sozialdemokratischen Wahlzeitungen waren nicht selten durch Abbildungen — oft karikierender Art — aufgelockert³⁾. Größten Erfolg hatte ein sozialdemokratisches Plakat, das von der bisher auf den Plakaten meist nur erzielten Steigerung der Wirkung durch Einfärben des Untergrundes abwich und zur farbigen bildlichen Gestaltung überging. Es zeigte auf leuchtend gelbem Grund die rot aufsteigende Sonne. Auf der Erdkugel im Vordergrund standen zwei Arbeiter, von denen der eine die Hand zum Schwur erhob, während rechts und links die Vertreter der Reaktion die Flucht ergriffen⁴⁾.

¹⁾ Voß, Nr. 38, 21. Januar 1912.

²⁾ HB, Nr. 5, 9. Februar 1912.

³⁾ Exemplar im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam.

⁴⁾ Kreuzzeitung, Nr. 19, 12. Januar 1912. — Germania, Nr. 9, 13. Januar 1912, 1. Blatt. — DTZ, Nr. 19, 12. Januar 1912. — SPD-Parteitag 1912, S. 25.

Nicht vergessen werden darf auch die Rolle der *Presse* für die Parteiagitation, zumal Kommunikationsmittel wie etwa der Rundfunk noch nicht entwickelt waren. Durch Berichte aus dem Wahlgesehehen, durch Herausgabe von Sondernummern und Veröffentlichung von Parteienachrichten bestand eine umfassende Möglichkeit der Einflußnahme auf die Wähler, die jede Partei sich zunutze zu machen suchte. Waren die Korrespondenzen der Parteien besonders zur Information auch der fernerstehenden Zeitungen gedacht, so hatte jede Partei ein oder mehrere Organe unter ihrem direkten Einfluß. Die Sozialdemokratie beispielsweise verfügte über 86 Tageszeitungen mit insgesamt 1 478 042 Abonnenten. An mehr als einem Drittel der Druckereien, in denen die Blätter gedruckt wurden, war der Parteivorstand finanziell beteiligt und konnte damit auf die Führung der Zeitung verstärkt einwirken¹⁾. Auch das Zentrum konnte sich auf den Rückhalt an den katholisch geführten Zeitungen und Kirchenblättern verlassen.

Die Liberalen — besonders der Freisinn — waren zunächst schlechter daran. Zwar war fast die gesamte vielgelesene Boulevardpresse liberal eingestellt. Aber Naumann hatte Grund zur Klage, wenn er meinte: „Wir besitzen eine große und inhaltreiche Presse, die beste von allen Parteien. Überall liegen liberale Zeitungen. Weshalb aber wirken sie politisch nicht stärker? Weil sie noch nicht erfaßt worden sind von dem Zuge zur Organisation. Sie haben Geist ohne Disziplin²⁾.“ Der fortschrittliche Parteivorstand hat demgemäß mit Erfolg auf die großen liberalen Blätter eingewirkt³⁾.

Die Konservativen endlich konnten sich neben den großen Blättern des Bundes der Landwirte, die überall dorthin drangen, wo es Mitglieder der Organisation gab, im Osten auf die Kreiszeitungen stützen, die zumeist in konservativem Sinne redigiert wurden. Ein nationalliberaler Funktionär aus Pommern seufzte: „Es ist fast unglaublich, was in den Kreisblättern und kleinen konservativen Zeitungen politisch gelogen wird. Die Redakteure dieser Blätter sind meistens unbedeutende, abhängige Existenzen, die ängstlich darauf sehen, daß sie mit den leitenden Kreisen nicht in Schwierigkeiten kommen⁴⁾.“ Dagegen hob sich die vornehme Zurückhaltung der konservativ gerichteten „Kreuzzeitung“ wesentlich ab, die trotz gelegentlicher Nachrichten aus dem Wahlkampf so wenig auf die Wahlen einging, daß sie nicht einmal am Morgen des Wahltages auf dieses Ereignis aufmerksam machte. Gerade mit dieser Nichtbeachtung parlamentarischer Verfassungsformen glaubte sie, ihrer traditionell konservativen Gesinnung am besten Ausdruck zu verleihen⁵⁾.

Der Nutzen der Presse, des einzigen stetig wirkenden Kommunikationsmittels,

¹⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 38.

²⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 18. — Naumann, Freiheitskämpfe, S. 12.

³⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 83.

⁴⁾ NB, 24. Jg., Nr. 5, 4. Februar 1912.

⁵⁾ Kreuzzeitung, Nr. 18, 12. Januar 1912.

war von allen Parteien erkannt worden. Parallel mit dem Ausbau der Organisation wurden daher überall Parteiblätter begründet. In Heilbronn, das 1907 überraschend an Naumann fiel, wurden seitdem von den Gegenparteien nicht weniger als drei neue Zeitungen ins Leben gerufen¹⁾. Voll wirksam wurde alles Agitationsmaterial im Wahlkampf aber erst in der Verbindung mit den Wahlversammlungen, wie umgekehrt die Versammlungen durch parallel verbreitete Flugschriften und das Echo der Presse erst nachhaltige Wirkungen zeitigen konnten.

Versammlungstätigkeit

Ähnlich wie für die Verbreitung von Agitationsmaterial lag bei den Lokalorganisationen das Hauptgewicht aller Maßnahmen zur Abhaltung von Versammlungen. Trotzdem sicherten sich die Parteizentralen einen gewissen Einfluß auf den Gang der Wahlversammlungen durch das Bereitstellen von Handbüchern und Diskussionsunterlagen für die örtlichen Agitationsredner und die Vermittlung von Rednern selbst. Die Ausbildung von Agitationsrednern scheint in der Hauptsache den Provinzial- und Landesleitungen oder den Hilfs- und Interessenverbänden zugefallen zu sein, so für die Nationalliberalen zum Beispiel in der Rheinprovinz²⁾ —, ein kontinuierlicher Frankfurter Kurs in der ersten Hälfte von 1911 scheint allerdings Bedeutung für größere Teile des Reiches gehabt zu haben³⁾ — so für das Zentrum ebenfalls im Rheinland⁴⁾. Auch die Windthorstbunde waren mit der Ausbildung von Rednern intensiv beschäftigt⁵⁾. Der Nationalverein für das liberale Deutschland hielt während einer Woche im April 1911 in Frankfurt politische Ausbildungskurse ab mit dem Höhepunkt von „fiktiven Wahlversammlungen, die allabendlich veranstaltet wurden. Konservative und Sozialdemokraten, Zentrum und Wirtschaftliche Vereinigung waren der Reihe nach die Gegner, mit denen die liberalen Argumente sich auseinanderzusetzen hatten . . .“⁶⁾. Daneben hielten die Interessenverbände ihre Rednerkurse ab, so der Bund der Landwirte, der eine Zeitlang insgeheim in den Räumen des Preußischen Abgeordnetenhauses tagte⁷⁾, und der Deutsche Bauernbund⁸⁾. Daneben bereiteten sich aber auch Wahlkreisorganisationen durch Anleitung von Rednern auf den Wahlkampf vor, wie die liberale im Kreis Frankfurt a. M., der eine „ganze Reihe wohlgebildeter Hilfsredner“ zur Verfügung stand⁹⁾.

¹⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 760.

²⁾ NB, 23. Jg., Nr. 17, 23. April 1911.

³⁾ NB, 23. Jg., Nr. 19, 7. Mai 1911.

⁴⁾ MdrZ, Nr. 1, Juli 1911.

⁵⁾ Ebd.

⁶⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 274.

⁷⁾ Bürger, Agrardemagogie, S. 154. — KBdL, Nr. 13, 20. Februar 1911.

⁸⁾ DBB, Nr. 17, 29. Januar 1911.

⁹⁾ NB, 23. Jg., Nr. 55, 24. Dezember 1911.

Bei Bedarf von Rednern mußten die Lokalorganisationen in der Regel von sich aus auf die Suche gehen, wobei die führenden Politiker selbstredend am meisten gefragt und deshalb nur schwer zu gewinnen waren, während Nebenredner oder Kräfte für zweitrangige Versammlungen eher zur Verfügung standen. Am einfachsten war es zumeist, den gewünschten Redner — für Großveranstaltungen meist eine bekannte Persönlichkeit — direkt anzuschreiben, wobei persönliche Beziehungen, vielleicht über den Kandidaten, die Aussichten auf eine Zusage vermehrten. So baten die fortschrittlichen Kandidaten Träger und Oeser den ihnen befreundeten württembergischen Reichstagsabgeordneten Haußmann um die Übernahme von Reden¹⁾. In dringenden Fällen suchte wohl auch die Provinzial- oder Landesorganisation einen Spitzenkandidaten zu gewinnen, so das Generalsekretariat der rheinischen Zentrumspartei für das hartbedrängte Köln. Aber auch hier hatte der Kandidat Trimborn seinen Freund Karl Bachem um diesen Dienst bereits vorher gebeten und die Zusage erhalten²⁾.

Oft wird jedoch die Hilfe der Berliner Zentralen bei der Vermittlung von Kandidaten notwendig gewesen sein, da am Sitz des Reichstags und des Preussischen Landtags noch am ehesten einem Bedarf entsprochen werden konnte³⁾. Hier zeigte sich die Zentrumspartei mit ihrer erst in den Anfängen stehenden Ausbildung einer zentralen Instanz sehr behindert. Die Klage der „Germania“ war nicht grundlos, daß die Zentrumsagitation im Vergleich zu der der Liberalen wirkungslos bliebe. Gerade in den umkämpften Kreisen wäre das Erscheinen von Politikern, die bereits einen Namen hätten, wünschenswert. „Die örtlichen Parteileitungen wissen ein Lied davon zu singen, wie schwer es hält, Redner für Versammlungen zu gewinnen. Dutzende von Briefen und Telegrammen werden losgelassen, aber fast nur Absagen gibt es als Antwort. Wenn nicht zufällig persönliche Beziehungen vorhanden sind, wird man selten einen Abgeordneten finden, der für eine Rede frei ist.“ Es dürfte nicht geschehen, daß hervorragende Redner an Orten auftreten, wo es nur um ein paar Stimmen mehr oder weniger für das Zentrum ginge, „während in umstrittenen Wahlkreisen Versammlungen mit Tausenden von Teilnehmern sich vergebens um auswärtige Redner bemühen. Hervorragende agitatorische Kräfte dürfen nicht aufs Geratewohl und planlos im Reiche verzettelt werden, sondern müssen möglichst dort eingreifen, wo die Partei wirklichen Nutzen davon hat“⁴⁾. Ähnlich klagte der Vorsitzende der westpreussischen Zentrumspartei: „Wir haben uns an eine Reihe von Parlamentariern gewandt mit der Bitte, das politische Referat zu halten. Die Herren haben uns aber alle abschlägig beschieden, weil sie schon in eigener Sache beschäftigt sind . . .“⁵⁾. In dem Mangel an Spitzenrednern selbst für Großveranstaltungen

¹⁾ NL Haußmann 116 und 117.

²⁾ NL Bachem 318.

³⁾ Außerordentlicher Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen, S. 11.

⁴⁾ Germania, Nr. 4, 6. Januar 1912.

⁵⁾ NL Bachem 314.

zeigte sich eine unverkennbare Auswirkung der Mehrheitswahl, da die meisten der gefragten Kräfte selbst Kandidaten waren, die zunächst in ihren eigenen Wahlkreisen für ihren Wahlsieg agitierten. An zweitrangigen Rednern war dagegen auch beim Zentrum kein Mangel; für ihre Vermittlung sorgten die Windthorstbunde¹⁾, der Volksverein für das katholische Deutschland, aber auch der Zentralausschuß in Berlin. Allein in Bayern stellte der dort relativ gering vertretene Volksverein 288 Redner — nach Diözesen gerechnet für München 71, Regensburg 40, Passau 28, Augsburg 66, Bamberg 20, Eichstätt 16, Würzburg 47²⁾ —, die allerdings nur zum Teil für den Wahlkampf einzusetzen waren, weil die Liste nicht nur Spezialisten für politische, sondern auch für apologetische, soziale, medizinisch-hygienische Themengebiete nannte. Der Zentralausschuß des Zentrums vermittelte dagegen durch Veröffentlichung in der „Germania“ mit genauer Angabe freier Termine eine kleine Zahl von Rednern, die sich auf politische Themen spezialisiert hatten³⁾.

Mehr als die Anwesenheit auswärtiger Redner war es aber notwendig geworden, daß der Kandidat selbst sich den Wählern seines Kreises vorstellte. Hatte es in vergangenen Wahlkämpfen viele Kreise gegeben, in denen der Kandidat — frei von jeder ernsthaften Konkurrenz — nur in der Eröffnungsversammlung der Kampagne sich seinen Wählern vorstellte oder es überhaupt unterließ, so hatten sich mit dem Ausbau der Organisationen bei allen Parteien die Verhältnisse grundlegend verändert. Der Wähler auch im entferntesten Dorf hatte nun die Wahl und wollte sich ein Urteil über jeden der Bewerber bilden. Unterlassungsünden machten sich nur allzu rasch in geringem Besuch der Versammlungen bemerkbar. Der eine Vertrauensmann des fortschrittlichen Abgeordneten Conrad Haußmann schrieb: „Der Besuch der Versammlungen ließ teilweise viel zu wünschen übrig. Ich habe die Meinung, daß Sie *persönlich* sich gründlich Ihrem Wahlkreis widmen müssen.“ Und der andere drängte in gleicher Weise: „Der Bezirk ist . . . mit Ausnahme ganz weniger Orte . . . seit 15 bis 20 Jahren von Ihnen nicht mehr bearbeitet worden, und es ist dringend nötig, diesmal ganze Arbeit zu leisten⁴⁾.“

Es war eine Seltenheit, wenn der Vorstand einer Zentrumshochburg dem in Aussicht genommenen Kandidaten mitteilte, daß er den ganzen Wahlkampf „in 8 bis 14 Tagen erledigen“ könnte⁵⁾. Mit rund dreißig Versammlungen mußte ein Kandidat in jedem Fall rechnen⁶⁾. Der Essener Zentrumskandidat Giesberts sprach in 36 der 78 allgemeinen Zentrumsversammlungen seines Kreises⁷⁾. Der

¹⁾ Z, Nr. 14, 6. Januar 1912.

²⁾ Mitteilungen an die bayerischen Geschäftsführer, Nr. 5, August 1911.

³⁾ Germania, Nr. 293, 22. Dezember 1911, Beilage zum 2. Blatt; Ebd., Nr. 298, 30. Dezember 1911. — Ebd., Nr. 2, 4. Januar 1912.

⁴⁾ NL Haußmann 104.

⁵⁾ NL Bachem 318.

⁶⁾ NL Schiffer 1. — Hilfe, XVII, 1911, S. 87.

⁷⁾ MdrZ, Nr. 4, April 1912.

nationalliberale Kandidat von Höchst/Homburg sprach in den letzten zwei Monaten des Jahres 1911 in 41 Versammlungen¹⁾. Der Fortschrittler Schultze-Gavernitz bearbeitete seinen Wahlkreis Freiburg im Breisgau seit August Sonntag für Sonntag²⁾).

Meist wurden zur Erhöhung der Durchschlagskraft und wegen der anderen Verpflichtungen des Kandidaten die Versammlungstermine zu Agitationstouren zusammengestellt, die sich oft über mehrere Wochen hinzogen. In Immenstadt mobilisierte die nationalliberale Kreisleitung kurz vor der Wahl noch einmal alle Kräfte. Vom 8. bis zum 10. Januar 1912 fanden über 40 Versammlungen statt, teils mit dem Kandidaten, teils mit dem Parteiführer Bassermann³⁾. Im zehnten württembergischen Kreis Göppingen veranstaltete die Sozialdemokratie vom 6. bis zum 8. Januar sogar 70 Versammlungen⁴⁾, ein großer Teil gewiß mit dem Kandidaten. Die Pläne zweier Agitationstouren Conrad Haußmanns durch die Oberamtsbezirke Spaichingen und Balingen — also etwa zwei Drittel seines Wahlkreises — umfassen über 50 Ortschaften, die vom 7. bis zum 10. Dezember und an 8 Tagen in der letzten Dekade des Jahres systematisch bearbeitet wurden. Der Kandidat mußte dabei zwischen Mittag und Abend bis zu 7 Ansprachen und Reden vor der Wählerschaft in den verschiedenen Orten halten, in kleineren nur wenige Minuten, in größeren bis zu zwei Stunden. Dabei wurden die bedeutenderen Orte an das Ende jeder Tagestour gesetzt, offensichtlich, um hier auch etwa gewünschte Diskussionen anschließen zu können⁵⁾.

Ohne die Entwicklung eines neuen Verkehrsmittels, des Automobils, wäre eine derartig intensive Bearbeitung der Kreise durch den Kandidaten nicht denkbar gewesen. Eugen Schiffer pflichtete Bassermann bei, der ganz recht hätte, wenn er über die neue Verkehrstechnik stöhnte: „Früher habe man höchstens täglich eine Versammlung gehabt, von der man gemächlich mit dem Fuhrwerk am folgenden Tage nach einem anderen Orte gefahren sei, um dort zu sprechen; jetzt aber sei man vormittags kaum vom Trapez heruntergekllettert, an dem man geturnt hat, so werde man in ein Auto gepackt und in einen anderen Zirkus gefahren, um sich dort zu produzieren, und komme noch am selben Abend an einem dritten Ort vor die Rampe⁶⁾.“ Für einen Parlamentarier alten Stils, wie es ein Eugen Schiffer war, spielte dabei weniger die körperliche Anstrengung eine Rolle als vielmehr die Gefahren der Routine: „Das Schlimmste“, so bedauerte er, „ist die grauenhafte Langeweile, die der Kandidat selbst empfindet, wenn er immer wieder dasselbe sagen muß . . .“⁷⁾.

¹⁾ NB, Nr. 53, 24. Dezember 1911.

²⁾ KZ, Nr. 1393, 19. Dezember 1911.

³⁾ KZ, Nr. 25, 8. Januar 1912.

⁴⁾ Freie Volkszeitung, Göppingen, Nr. 4, 5. Januar 1912.

⁵⁾ NL Haußmann 104.

⁶⁾ NL Schiffer I.

⁷⁾ Ebd. — Ähnlich: Schiffer, Ein Leben, S. 19 f.

Die Zahl der Wahlversammlungen war wegen der Verschiedenheiten der Wahlkreisorganisationen und der Erfordernisse sehr unterschiedlich. Die Sozialdemokraten hielten 1911 über 45 000 öffentliche Versammlungen ab¹⁾, von denen allerdings nur ein Teil als Wahlversammlungen anzusprechen war. Durchschnittlich kamen damit rund 112 sozialdemokratische Versammlungen auf einen Wahlkreis, wobei es neben Kreisen mit mehr als 400 Veranstaltungen nicht wenige gab, in denen kaum 10 Versammlungen abgehalten wurden. In fast vierzig Kreisen gab es keine einzige sozialdemokratische Wahlversammlung. Bei den anderen Parteien mag die Anzahl der Versammlungen in den Kreisen der sozialdemokratischen meist entsprochen haben, so daß bei drei bis vier Kandidaten pro Wahlkreis dem Wähler mehr als 200 Versammlungen offenstanden haben dürften. Trotzdem gab es auch stille Winkel im Wahlkampf: Im Posener Wahlkreis Hohensalza wurde nicht eine Versammlung abgehalten²⁾.

Hinzu kam die Tätigkeit von Rednern der Interessengruppen, soweit sie nicht auf Veranstaltungen der politischen Parteien auftraten. Die Vermittlung der auswärtigen Redner gestaltete sich ähnlich, wenn auch weniger kompliziert als bei den politischen Parteien, da bei der straffen Zentralisierung der Verbände die Vermittlungsstelle sich wohl immer am Kopf der Organisation befunden haben dürfte. Der Anstoß mußte im größeren Teil der Fälle auch hier von den Lokalorganisationen ausgehen. In den Richtlinien des Bundes der Landwirte heißt es daher, daß neben den aus eigenen Kräften zu gestaltenden Versammlungen eventuell auch eine Bundesversammlung zu „beantragen“ wäre³⁾. Bei den jüngeren Verbänden — Hansabund, Bauernbund — zeigen aber zum Teil auf Monate vorausgeplante, zeitlich scharf kalkulierte Terminpläne für Agitationsreisen der Spitzenfunktionäre, daß eine weitreichende Einflußnahme auf die Zweigvereine zumindest in der zeitlichen Ansetzung von Versammlungen vorgelegen haben muß. So sprach der Geschäftsführer des Bauernbundes, Dr. Böhme, in den letzten vier Monaten vor der Wahl auf 56 Versammlungen nacheinander in Ostpreußen, Schlesien und der Altmark — zuletzt allerdings in seinem dortigen Wahlkreis Salzwedel⁴⁾. Ähnlich waren andere Spitzenredner des Bauernbundes wie des Hansabundes eingesetzt⁵⁾.

Insgesamt kamen unter Mitwirkung der Hansabundzentrale 300 eigene Ortsgruppenversammlungen zustande, an denen oft auch die unterstützten Kandidaten teilnahmen, um den versammelten Bundesmitgliedern ihr Programm zu erläutern. Umgekehrt sprachen in 200 Fällen Redner der Hansabundleitung auf Versammlungen der politischen Parteien. Nicht gerechnet war dabei die

¹⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 64—87.

²⁾ Voß, Nr. 30, 17. Januar 1912.

³⁾ Kleines Wahl-ABC, S. 283.

⁴⁾ DBB, Nr. 36 ff., September 1911.

⁵⁾ Ebd. — HB, Nr. 50, 20. Dezember 1911. — Ebd., Nr. 52, 30. Dezember 1911.

große Zahl von Versammlungen der Landes- und Bezirksverbände¹⁾. Der Deutsche Bauernbund dürfte in seinen Hauptgebieten eine höhere Zahl erreicht haben. Weit über beiden stand aber immer noch der Bund der Landwirte, der 1911 unter 18892 Versammlungen 9478 Wahlversammlungen veranstaltete, die von einem Stab von 151 Rednern und Beamten abgehalten wurden²⁾. Hier war durch die stetige Arbeit Dr. Hahns und seiner Rednerschule, die 1910 96³⁾ und 1911 sogar 167 Agitatoren ausbildete⁴⁾, ein Fundament gelegt worden, das immer noch seine Überlegenheit über die konkurrierenden Verbände bewies. Im Kreis Salzwedel offenbarte sich das ganze Mißverhältnis der Agitationsmittel. Es stand dort der Geschäftsführer des Bauernbundes, Dr. Böhme, dem einflußreichen Mitglied des Bundes der Landwirte von Kröcher gegenüber. Während Dr. Böhme — nur bisweilen vom Wahlkreisvorsitzenden unterstützt — den Kreis fast ganz allein bearbeitete, hatte von Kröcher neben gelegentlichen Berufsrednern und Abgeordneten, die in den Kreis kamen, sechs Agitatoren der Zentrale und drei kreiseingesessene dauernd zu seiner Verfügung. Als eine Stichwahl mit sehr ungewissem Ausgang nötig wurde, entsandte die Berliner Zentrale des Bundes der Landwirte über 50 Hausagitatoren, die in allen größeren Dörfern einquartiert wurden⁵⁾.

Auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hielt eine hohe Zahl von Versammlungen ab: 863 unter Beteiligung von Rednern der Haupt- und Geschäftsstellen, 70 weitere durch die Ortsgruppen allein, in Hannover vielleicht sogar unter Einbeziehung von Lichtbildvorführungen⁶⁾.

Der Verlauf der Wählerversammlungen war fast immer der gleiche. Nach der Eröffnung durch den Wahlkreisvorsitzenden oder Leiter des Regionalverbandes — bei kleineren Versammlungen auch des örtlichen Vertrauensmannes — trug der Kandidat seine Programmrede vor. Ihm folgten meist ein weiterer Redner — etwa ein Parteisekretär — und bei größeren Versammlungen noch ein Vertreter einer Interessengruppe. Stand noch Zeit zur Verfügung, schloß die Versammlung mit einer Diskussion. Die freie Aussprache wurde seit jeher als notwendiges Attribut jeder Wahlversammlung angesehen. Ursprünglich wohl als Möglichkeit für den Wähler gedacht, Fragen an den Kandidaten persönlich zu richten, hatte sie sich seit der Konkurrenz mehrerer Parteien überall zu einem wichtigen Mittel des Wahlkampfes entwickelt. Jedem Kandidaten, der systematisch seinen Kreis bearbeitete, wie jedem Spitzenfunktionär auf seiner Agitationstour folgten die Diskussionsredner der Gegenparteien beharrlich von einem Ver-

¹⁾ HB, Nr. 6, 16. Februar 1912.

²⁾ KBdL, Nr. 10, 19. Februar 1912.

³⁾ Ebd., Nr. 13, 20. Februar 1911. — Vgl. Horn, S. 29.

⁴⁾ KBdL, Nr. 10, 19. Februar 1912.

⁵⁾ DBB, Nr. 5, 3. Februar 1912.

⁶⁾ Reichsverband 1911; BAK P 135/10773.

sammlungsort zum anderen¹⁾). Es konnte als Furcht und Schwäche ausgelegt werden, wenn der Kandidat sich nicht der Diskussion in den Versammlungen der Gegenpartei stellte; so berichtete die „Hilfe“ über den Wahlkampf in Bautzen: „... übrigens zieht es noch immer der antisemitisch-reformerische Kandidat und Reichstagsabgeordnete Gräfe, Bischofswerda, vor, in den von Fortschrittlern einberufenen öffentlich-politischen Versammlungen durch Abwesenheit zu glänzen²⁾.“

Andereiseits machte es aber das gedrängte Tagesprogramm der Kandidaten und Redner notwendig, die Redezeit auf wenige Minuten zu begrenzen, was wiederum von den Gegnern als Bruch der Zusicherung voller Redefreiheit polemisch ausgewertet werden konnte³⁾. Infolge der Verschärfung des Tones der Wahlkämpfe überhaupt und weil ein halbwegs geübter Agitator der Gegenpartei durch ein paar geschickt hingeworfene polemische Phrasen den Erfolg der ganzen Versammlung in Frage stellen konnte, begann man aber bereits, von der Gewährung der freien Aussprache abzugehen⁴⁾.

Der Besuch der Versammlungen war im Normalfall gut, natürlich wechselten die Zuhörerzahlen mit der Bevölkerungsdichte. In den Großstädten gab es Versammlungen von fünf- bis zehntausend Zuhörern. Das Echo auf die Ausführungen war — besonders auf dem Lande — meist positiv, wenn nicht gezielte Agitation der Gegenpartei einsetzte. Um so größer stellte sich dann oft die Überraschung, wenn das Wahlergebnis viel schlechter ausfiel, als die Partei auf Grund der Versammlungen erwartet hatte, oder wenn auch die Gegenpartei gleiche Erfolge vor dem gleichen Publikum verzeichnen konnte. Die Ursache für dieses Phänomen lag in der Hauptsache im Mangel an Unterhaltungsmöglichkeit gegenüber späteren Zeiten. Die Landbevölkerung nahm jede Wahlversammlung — gleich welcher Partei — als willkommene Abwechslung dankbar auf. Schiffer meinte daher, man dürfte „auf den Verlauf dieser Versammlungen nicht allzuviel geben . . . Die Leute gehen in alle Versammlungen, als wenn es Theatervorstellungen wären, hören sich die Redner an, klatschen ihnen auch bei ganz gegensätzlichen Ausführungen Beifall, weil es ihnen Vergnügen macht, einmal einen guten Redner zu hören, behalten sich aber vor, wie sie schließlich stimmen wollen⁵⁾.“

¹⁾ Voß, Nr. 625, 14. Dezember 1911, über den DVG-Redner Hirschberg: „Der unvermeidliche Herr H., der von Versammlung zu Versammlung zu ziehen scheint . . .“. — Ähnlich über eine Agitationstour des Bauernbundsvorsitzenden Wachhorst de Wente, dem in Pommern „sowohl die konservative Parteileitung wie auch der Bund der Landwirte . . . dort ihre besten rednerischen Kräfte gegenübergestellt“ hätten; DBB, Nr. 12, 25. März 1911.

²⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 311.

³⁾ So das Zentrum gegen die FVP in Löwenberg; Germania, Nr. 268, 21. November 1911, 2. Beilage zum 2. Blatt. — gegen die SPD in Adenau; ebd., Nr. 297, 29. Dezember 1911, 2. Blatt.

⁴⁾ NB, 23. Jg., Nr. 40, 1. Oktober 1911. — SC 1911, S. 494.

⁵⁾ NL Schiffer 1. — Ähnlich, mit dem Hinweis auf spätere Beeinflussung der Stimmabgabe durch die ostelbischen Gutsherren: Hilfe, XVII, 1911, S. 482 und NB, Nr. 5, 4. Februar 1912.

Bisweilen suchte man diesem Unterhaltungsbedürfnis der Wähler bereits durch dementsprechende Umrahmung der Versammlung entgegenzukommen. So spielte etwa eine Musikkapelle oder sang ein Kirchenchor bei einer Zentrumsversammlung¹⁾. Andernorts eröffneten und beschlossen Arbeitergesangsvereine mit Kampfliedern eine sozialdemokratische Veranstaltung²⁾. Im 3. und 6. Berliner Wahlkreis lud die Sozialdemokratie zur Wahlversammlung mit anschließendem gemütlichen Beisammensein und Freitanz ins Gewerkschaftshaus ein³⁾.

Im ganzen betrachtet dürfte wohl der Wahlwerbung in der Vorkriegszeit — von den Flugblättern über die Presse bis zu den Wahlversammlungen —, verglichen mit späteren Jahren, erhöhte Bedeutung zuzumessen sein. Der Wähler war — zumindest außerhalb der Großstädte — von Reklameaktionen und Unterhaltungsmöglichkeiten noch nicht übersättigt und konnte daher von einer zielbewußten Propaganda besser angesprochen werden.

Die Kosten und ihre Finanzierung

Die Härte des Wahlkampfes, der intensive Einsatz aller verfügbaren Agitationsmittel hatten eine erhebliche Vermehrung der Kosten einer Wahl zur Folge. Zu niedrig dürfte die überschlägliche Berechnung der Kosten des Wahlkampfes durch die „Straßburger Post“ gewesen sein⁴⁾, die 5,6 Millionen Mark ansetzte, was eine Summe von knapp 3700 Mark pro Kandidaten bedeutet hätte. Andererseits waren jene Zeitungsberichte zu hoch gegriffen, die auf einer Auskunft von anonymer parlamentarischer Seite fußten und noch während des Wahlkampfes herauskamen. Sie berechneten die Wahlkosten auf rund 10 Millionen Mark. Bei einer damals geschätzten Zahl von 1000 Kandidaten hätte jeder einzelne etwa 10000 Mark gekostet⁵⁾. Mögen auch die Gesamtkosten mit 10 Millionen Mark — sie lagen eher niedriger — etwa das Richtige treffen, so waren die Durchschnittskosten pro Kandidaten bei einer schließlichen Zahl von 1500 Bewerbern dementsprechend geringer und lagen bei rund 6500 Mark. Allerdings sind in dieser Berechnung alle Zählkandidaten, für die naturgemäß geringere Agitation getrieben wurde, einbegriffen. Für die ernsthaften Kandidaten dürften die Wahlkosten zwischen 10000 und 15000 Mark betragen haben. Nur in besonders heiß umkämpften Kreisen stiegen sie auf über 20000 Mark an. Wenn auch eine Darstellung jüngster Zeit die „Kosten eines ernsthaften Wahlkampfes“ auf 20000 bis 30000 Mark für die Partei annimmt⁶⁾, so erliegt sie dem irreführenden

¹⁾ Germania, Nr. 297, 29. Dezember 1911, 2. Blatt. — KZ, Nr. 1285, 24. November 1911.

²⁾ Vorw., Nr. 4, 6. Januar 1912. — Ebd., Nr. 8, 11. Januar 1912.

³⁾ DTZ, Nr. 12, 8. Januar 1912; nach Vorw.-Anzeige, Nr. 285 und 289, 1911.

⁴⁾ Nach Parteien, S. 356.

⁵⁾ Germania, Nr. 269, 22. November 1911, 1. Blatt; nach Wochenschau der NAZ. — KZ, Nr. 1278, 21. November 1911.

⁶⁾ So Nipperdey, deutsche Parteien, S. 91.

Umstand, daß derartige Summen in hartumkämpften Wahlkreisen zwar ausgegeben wurden, aber wegen ihrer sensationellen Höhe vor den Durchschnittskosten in zeitgenössischen Berichten erwähnt wurden. Da die Agitationskosten für alle Parteien — von kleinen Schwankungen abgesehen — annähernd gleich hoch gewesen sein dürften, sei hier auf das quellenmäßig günstige Beispiel der Sozialdemokraten verwiesen, da es durch die Rechnungslegung vor dem Parteitag 1912 genauen Einblick in die Wahlkosten einer Partei ermöglicht¹⁾. Danach hatte der *Parteivorstand Ausgaben zur Wahlagitation* in Höhe von

910 977,82 Mark. Hiervon wurden *an die Agitationsbezirke*

— 842 571,09 Mark abgeführt. Der *Vorstand gab* also im Wahlkampf

68 406,73 Mark *direkt* aus. Von den überwiesenen

842 571,09 Mark leiteten die Agitationsbezirke an die *Kreise*

— 830 204,90 Mark weiter. Für eigene Ausgaben behielten die *Bezirke*

12 366,19 Mark zurück. Über diese Summe hinaus dürften die *Agitationsbezirke* aus den ihnen zustehenden Prozentsätzen der Mitgliederbeiträge größere Summen für die Wahlagitation verwandt haben. Auf den einzelnen Kandidaten umgerechnet werden diese unbekannten Summen aber nicht so beträchtlich gewesen sein, daß sie das schließliche Resultat dieser Berechnungen in Frage stellen könnten. Die *Wahlkreise* brachten aus eigener Kraft

1 554 760,92 Mark auf. Zuzüglich der

+ 830 204,90 Mark, die von den *Bezirken* überwiesen wurden, kostete der Wahlkampf in den *Kreisen* also

2 384 965,82 Mark.

Die *Gesamtkosten* des Wahlkampfes stellten sich demnach für die Sozialdemokratie auf:

68 406,73 Mark Parteihauptkasse

+ 12 366,19 Mark Agitationsbezirke

+ 2 384 965,82 Mark Wahlkreise

= 2 465 738,74 Mark, also auf knapp 2½ Millionen Mark, wobei die Ausgaben der Agitationsbezirke zu niedrig bemessen sind. Immerhin wird deutlich, daß das ganz überwiegende Schwergewicht der Agitationskosten von den Wahlkreisen getragen wurde. Die Sozialdemokratie hätte danach für jeden Kandidaten etwa 7000 Mark aufgebracht. Für einen ernsthaften Kampf dürften die Kosten um 10000 Mark betragen haben. Das weisen deutlich die Agitationsausgaben der einzelnen *Kreise* im Wahlkampf aus. Nur ein *Kreis* erreichte eine Summe von mehr als 35000 Mark (Teltow/Charlottenburg; dort wie in den meisten zunächst folgenden aus der hohen Zahl der Wahlberechtigten erklärlich), vier von mehr als 30000 Mark (der genannte, Pinneberg, Elberfeld-Barmen, Lennep/Mettmann). In sechs *Kreisen* betrugen die Kosten 25000 bis 30000 und in sieben 20000 bis 25000 Mark, 19 *Kreise* hatten Ausgaben zwischen 15000 und 20000 Mark. Über

¹⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 62—87.

die Grenze von 15 000 Mark gingen also 36, nicht ein Zehntel aller Kreise hinaus. Dagegen hatten 125 Kreise¹⁾ die Durchschnittskosten von 5000 bis 15 000 Mark zu tragen (43 hatten Kosten zwischen 10 000 und 15 000 Mark, 82 zwischen 5000 und 10 000 Mark). 227 Kreise lagen unter dem Durchschnitt, von ihnen entstanden für 69 weniger als 1000 Mark Wahlagitationskosten. Einen Sonderfall bildeten mehrere Wahlkreise, die sich zu Agitationseinheiten zusammengeschlossen hatten, so Hadersleben/Sonderburg und Apenrade/Flensburg (zusammen 10 505,45 Mark), die beiden Kölner Kreise (zusammen 20 961,63 Mark), die beiden Münchener Kreise (zusammen 25 201,12 Mark). Die in ihnen gemachten Ausgaben verteilten sich dementsprechend auf mehrere Kandidaten, die Kosten blieben also ebenfalls im Durchschnitt.

Aus diesen Berechnungen ergibt sich, daß Ausgaben von mehr als 20 000 Mark als durchaus ungewöhnlich angesehen werden mußten. Das dürfte nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern in etwas erhöhtem Maße auch für die anderen Parteien Geltung haben, deren geringere Geldmittel allerdings durch geringere Zahl der Kandidaturen und finanziellen Beistand von Interessengruppen ausgeglichen worden sein dürften. Allenfalls haben die Konservativen durch die geringere Zahl der Kandidaturen und die kaum hinter den sozialdemokratischen zurückstehenden Kapitalien des Bundes der Landwirte die Sozialdemokraten in dem durchschnittlichen Kostenaufwand pro Kandidaten übertroffen. Die Nationalliberalen hatten einen zentralen Wahlfonds von 500 000 Mark²⁾, zu dem Spenden und Geldunterstützung der Interessengruppen kamen. Die Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei überwies 80 000 bis 100 000 Mark an die Wahlkreise, denen allerdings neben Spenden und Wahlgeldern der Verbände die nicht geringen Mitgliedsbeiträge hinzugerechnet werden müssen³⁾. Demnach dürften die Ausgaben der liberalen Parteien auf den Kopf ihrer Kandidaten umgerechnet kaum diejenigen der äußersten Rechten wie Linken erreicht haben. Das Zentrum, dem auch durch die rheinische Industrie Gelder zugeflossen sein sollen⁴⁾, hatte wegen seiner besonderen, taktisch günstigen Situation ohnehin geringere Gelder aufzubringen⁵⁾. Immerhin waren im Kreis Moers/Rees, den das Zentrum gegen die Liberalen — wenn auch mit großem Vorsprung — zu verteidigen hatte, die Agitationskosten zwischen 1907 und 1912 von 5000 auf 8000 Mark angestiegen⁶⁾. Da 1880 die Kosten für einen ernsthaften Wahlkampf noch 1000 Mark betragen hatten⁷⁾, hatten sie sich seither für alle Parteien auf das Zehn- bis Fünfzehnfache gesteigert.

¹⁾ Die Wahlkosten vom räumlich getrennten Fürstentum Lübeck wurden denen der Stadt Oldenburg zugezählt, da beide eine Wahlkreiseinheit bildeten.

²⁾ Nipperdey, deutsche Parteien, S. 154.

³⁾ Ebd., S. 236.

⁴⁾ Vgl. Molt, S. 201.

⁵⁾ So auch KZ, Nr. 1278, 21. November 1911.

⁶⁾ MdrZ, Nr. 2, November 1911.

⁷⁾ Nipperdey, deutsche Parteien, S. 91.

Bei den gewaltig gestiegenen Ausgaben mußte jede Partei alle Kräfte zu mobilisieren suchen, um mit den Gegnern Schritt zu halten. Außer bei den Sozialdemokraten waren regelmäßige Mitgliedsbeiträge nur bei den Fortschrittlern in größerem Umfang eingeführt. Aber auch die sozialdemokratischen Parteimitglieder klebten vielfach schon seit Oktober 1910, sonst seit Januar 1911, sogenannte „Kriegsmarken“, Extrabeiträge von 10 Pfennig wöchentlich, bisweilen auch einmalige Beträge von 30 oder 50 Pfennig¹⁾). Alle anderen Parteien waren vorwiegend auf Spenden angewiesen, zu denen unter anderem die nahestehenden Zeitungen seit Anfang 1911 unablässig aufriefen und die meist in kleinsten Beträgen zusammengebracht wurden²⁾). Auch die Parteivorstände traten mit Spendenaufrufe wiederholt an ihre Anhänger heran und ließen Zeichnungslisten umgehen³⁾). Die Eingänge waren — zumindest bei den Liberalen — gemessen am Geldbedarf unbefriedigend. Naumann sprach es unverblümt aus: „Ich bin viel im Lande herumgekommen, habe in Nord und Süd mit den Gesinnungsgenossen gesprochen und finde den Kassenzustand unserer meisten Vereine erbärmlich. Es ist so; ich habe kein milderes Wort. Einmal muß es heraus: Der Liberalismus krankt an der Knickrigkeit seiner Bekenner⁴⁾!“ So versuchte man, zusätzlich andere Finanzquellen zu erschließen. Recht einträglich scheint sich der Verkauf der erwähnten Wahlansichtskarten entwickelt zu haben. Die Essener Zentrumsorganisation, die in jedem Wahlkampf rund 25 000 Mark ausgab, hatte dennoch gefüllte Kassen, da sie sie als Eintrittskarten für die Wahlversammlungen zu 10 Pfennig das Stück in den katholischen Arbeitervereinen absetzte. Sie erreichte damit dreierlei: beträchtliche Einnahmen für den Wahlfonds, gefüllte Versammlungsräume und ein Publikum, das in der Mehrzahl von vornherein positiv zu den Ausführungen der Redner eingestellt war. Diese Methode war im Ruhrgebiet allgemein gebräuchlich geworden⁵⁾). Auch neue Wege suchte man zu gehen: Der Wahlkreisvorsitzende von Moers schlug zur Ausbesserung des Wahlfonds ein Umlageverfahren nach Art des bei Kommunalwahlen gehandhabten Dreiklassensystems vor. Die Mitglieder der ersten Klasse sollten mindestens 30 Mark, die der zweiten Klasse 15 Mark und diejenigen der dritten 1 Mark in die Kasse entrichten. Am Ende entschloß man sich jedoch nur, fortan einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 50 Pfennig zu erheben. Bei diesen finanziellen Verhältnissen aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie kam der Unterstützung durch die großen Verbände erhöhte Bedeutung zu⁶⁾).

¹⁾ MdrZ, Nr. 1, Juli 1911.

²⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 72. — JB, Nr. 6, 11. Februar 1911. — Schlesische Volkszeitung, 20. Dezember 1911 in NL Bachem 319.

³⁾ Programmatische Kundgebungen, S. 103 ff. — Ebd., S. 116. — NL Bachem 317. — Voß, Nr. 10, 6. Januar 1912. — Frankfurter Zeitung, 14. November 1911 [Parteien, S. 220 f.].

⁴⁾ Naumann, Freiheitskämpfe, S. 267.

⁵⁾ NL Bachem 318.

⁶⁾ Ebd.

Die Geistlichkeit und die Wahlen

Nicht nur das Zentrum, auch die konservativen Parteien erhielten vielerorts kräftige Wahlhilfe durch Geistliche. Nicht immer konnte sauber unterschieden werden, wieweit ein Geistlicher als Privatperson und Staatsbürger, wieweit aber kraft seines Amtes in die Wahlauseinandersetzungen eingriff. Während ihm das erste unverwehrt bleiben mußte, konnte er im zweiten Fall auf Grund des § 130a des Strafgesetzbuches mit den Justizbehörden in Konflikt geraten. Dieser sogenannte „Kanzelparagraph“ — ein Produkt des Kulturkampfes — setzte fest, daß „ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, . . . welcher in Ausübung, . . . oder in Veranlassung seines Berufes . . . öffentlich vor einer Menschenmenge, . . . oder welcher in einer Kirche, oder an einem andern zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte . . . vor Mehreren . . . Angelegenheiten des Staates . . . in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise . . . zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung macht, . . . mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft“ werden konnte¹⁾.

Das „Oberrheinische Pastoralblatt“ warnte im Oktober 1911 noch einmal eindringlich zur Zurückhaltung in politischen Dingen. Der Paragraph 130a gälte auch heute noch und hätte schon manchen Priester getroffen. „Darum: Weg mit der Politik von der Kanzel! Nicht als ob wir schweigen sollten wie ‚stumme Hunde‘ (Is. 56., 10). Mitnichten; aber diejenigen, die nach ihrer politischen Gesinnung in anderen Reihen stehen, werden wir durch Erörterungen auf der Kanzel nimmermehr ‚bekehren‘, wohl aber ihnen wohlfeilen Grund geben, ganz aus Predigt und Gottesdienst wegzubleiben!“ Politisch Schwankende sollten dafür bei anderen Gelegenheiten, in den Vereinen und durch die Presse „kuriert“ werden²⁾.

Die Ermahnungen fruchteten wenig. Überall setzte sich in den folgenden Wochen der katholische Klerus für die Wahl der Zentrums kandidaten ein. Besonders über die Ehefrauen wurde versucht, Einfluß auf die Wähler zu gewinnen. So hieß es in der Predigt des Kooperators von Neureichenau am Stephanstag: „Bekannt Euren Glauben am 12. Januar und 5. Februar (dem Tag der bayerischen Landtagswahlen) dadurch, daß Ihr mit dem Stimmzettel der Zentrums partei zur Wahlurne schreitet . . . Jeder ist es seinem Herrn Jesus Christus schuldig, für den Glauben zu kämpfen und einzutreten . . . Ihr Frauen regt Eure Männer an, nur den Stimmzettel der Zentrums partei abzugeben. Auch Ihr seid es Jesus Christus schuldig³⁾.“

Die Donauwörther Frauenzeitschrift „Monika“ schrieb in derselben Absicht: „Wenn jede liebe Leserin für den Sieg des Zentrums eine heilige Messe lesen läßt, so gibt das eine unabsehbare Zahl und in jeder dieser heiligen Messen opfert

¹⁾ Zit. nach Schönke, Strafgesetzbuch, S. 298 f.

²⁾ Oberrheinisches Pastoralblatt, Nr. 10, 15. Oktober 1911.

³⁾ Voß, Nr. 19, 12. Januar 1912.

Christus sich selbst durch die Hände des Priesters dem himmlischen Vater auf für den Sieg seiner Kirche . . .¹⁾.“

In der illustrierten Monatsschrift „Die christliche Jungfrau“ veröffentlichte Erzberger sechs Gebote zum Thema „Die christliche Jungfrau und die Reichstagswahlen“, deren letztes versicherte: „Der Besuch des Altarsakramentes am 12. Januar und das Gebet für gute Wahlen geben unseren katholischen Jungfrauen einen recht hohen Einfluß auf das Gesamtergebnis der Wahlen²⁾.“ Selbst die Kinder sollten im gleichen Sinne zum Zentrumsieg beitragen. Das Altöttinger Blatt „Kinderfreund“ folgerte: „Wenn des Volkes Stimme wirklich Gottes Stimme ist, dann ist auch jeder Stimmzettel Gottes Stimme . . ., entweder die Stimme des liebenden oder des strafenden Gottes . . .³⁾.“

In seinem politischen Kalender „Der Zentrumswähler“ stellte der Verband der Windthorstbunde einen „Wahlkatechismus“ auf, in dem sich folgende Sätze finden: „59. Was soll der überzeugte Zentrumsmann bedenken, wenn die Agitation für gute Wahlen Mühe macht und Opfer kostet? — Er soll bedenken . . ., daß unsere Vorfahren vor 800 Jahren für die Eroberung des Heiligen Landes die schwersten Opfer gebracht und zahllose Mühen auf sich genommen haben. Da sollte es uns doch nicht schwer fallen, mit wenigen Opfern das Heiligtum des Glaubens den Händen der Ungläubigen zu entreißen; 60. Was soll der Zentrums-wähler bedenken, wenn er wegen seiner Abstimmung gar Verfolgung leiden müßte? — Er soll bedenken: 1. daß die ersten Christen in Scharen zum grausamen Märtyrertod geführt wurden und Gut und Blut hingegeben haben für denselben Glauben, den wir jetzt mit dem Stimmzettel zu verteidigen haben; 2. daß er sich in guter Gesellschaft befindet, nämlich in der Gesellschaft der Geistlichen, denen man die Wahltätigkeit auch verübelt und verbieten möchte⁴⁾.“ Ob damit der rechte Ton einer Wahlagitation getroffen wurde, ist zumindest fraglich.

Aber auch die protestantische Geistlichkeit verband bisweilen Fragen des Glaubens mit den Belangen der Parteipolitik. Im Westerwald besprach ein Prediger der christlichen Gemeinschaften nach Gesang, Predigt und Gebet die bevorstehende Reichstagswahl und forderte zur Stimmabgabe für den christlich-sozialen Politiker Burckhardt mit folgenden Worten auf: „Morgen ist Reichstagswahl. Wen wählen wir? Positiv oder negativ? Christus oder Barabas? Ich denke, ein Christ wählt Christus⁵⁾.“

Zu alledem griffen in Ostelbien wie im Rheinland und Süddeutschland evangelische und katholische Geistliche zugunsten der „staatserhaltenden“ Parteien

¹⁾ Müller-Meiningen, Wohin geht der Weg, S. 30 (aus einer Rede Müllers vor dem bayerischen Landtag).

²⁾ Ebd., S. 31.

³⁾ Ebd., S. 30.

⁴⁾ Zentrums-wähler, S. 248.

⁵⁾ RB 302, Nr. 1022.

aktiv in den Wahlkampf ein. Sie überwachten am Tag der Wahl, welche Gemeindemitglieder sich der Stimme enthielten, gaben durch publizistische Tätigkeit, durch Abhalten von Wahlversammlungen oder auch durch bloße Anwesenheit den betreffenden Kandidaten nicht unwesentliche Wahlhilfe¹⁾). Eine Sonderstellung nahmen die polnischen Geistlichen ein, die — seit jeher Vorkämpfer des polnischen Nationalstaates — die polnischen Stimmen zu mobilisieren suchten²⁾).

Die Frauen und die Wahlen

Seit dem neuen Vereinsgesetz von 1908, das den Frauen das Vereinsrecht zugestand, machten alle Parteien — am wenigsten die Konservativen — verstärkte Anstrengungen, um die Frauen für die parteipolitische Arbeit zu gewinnen. Schon der sozialdemokratische Nürnberger Parteitag des Jahres 1908 stimmte dem Antrag zu, auf die Mitgliederwerbung unter den Frauen ein besonderes Augenmerk zu richten³⁾. Mit dem Anbrechen des Wahlkampfes wurde dann besonders unter den Frauen für die Übernahme von Agitationsaufgaben geworben: „Beim Flugblattverbreiten, bei der Stimmzettelverteilung, bei den Arbeiten im Wahlbureau brauchen wir Kräfte. Am Tage der Wahl gilt es, die säumigen Wähler an ihre Wahlpflicht zu mahnen. Mancher Leichtfuß, mancher Gedankenlose und Gleichgültige ist am Wahltage von Frauen zur Pflichterfüllung gebracht worden, nachdem Männer vergeblich dazu gemahnt; vor der Frau, der politisch Rechtlosen, schämten sich diese unsicheren Kantonisten... Verächtlich die pflichtvergessene Mutter, die faule und feige Hausfrau, die gleichgültige Arbeiterin, die durch ihre Teilnahmslosigkeit beim Wahlkampf die Gelegenheit versäumen, im Interesse ihrer Familie und ihrer Klasse zu wirken⁴⁾.“ In Flugblättern und Versammlungen wurde das Interesse der Frauen für die politischen Probleme, um die es bei diesen Wahlen ging, zu wecken versucht. So fanden am 4. Januar zur gleichen Zeit in allen acht Berliner Wahlkreisen 26 sozialdemokratische Versammlungen mit der Tagesordnung „Die Frauen und die Reichstagswahl“ statt. Für nicht weniger als 48 Agitationstouren und eine große Zahl von Einzelversammlungen vermittelte das Berliner Frauenbüro im Jahre 1911 Referentinnen⁵⁾. Allerdings blieb das weibliche Geschlecht unter den Zuhörern weit in der Minderzahl⁶⁾.

¹⁾ Neben vielen anderen Beispielen: RB 302, Nr. 1022. — RB 299, Nr. 379. — RB 299, Nr. 412. — RB 299, Nr. 491. — Voß, Nr. 38, 21. Januar 1912. — KZ, Nr. 1285, 24. November 1911. — RB 302, Nr. 1061. — RB 298, Nr. 350. — Voß, Nr. 642, 23. Dezember 1911.

²⁾ HAB 30 I/607.

³⁾ SPD-Parteitag 1908, S. 170 f., 243—252, 257.

⁴⁾ Zietz, Frauen u. polit. Kampf, S. 39 f. — Ähnlich: dies.: Frauen u. Reichstagswahlen, S. 31 f.

⁵⁾ Staatsbürger-Vorträge, 2. H.: Die Sozialdemokratie, S. 51 f.

⁶⁾ Vorw., Nr. 2, 4. Januar 1912 und folgende Nummern.

Ähnlich bemühten sich die Fortschrittler um die Organisation der Frauen. Allerdings hatte man es bei der Fusion 1910 versäumt, die Forderung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Frau in das Programm der neuen Fortschrittlichen Volkspartei aufzunehmen, um die Einigungsverhandlungen nicht zu erschweren¹⁾. Aber man bemühte sich, die Möglichkeiten des neuen Vereinsgesetzes auch in dieser Hinsicht voll auszuschöpfen. Immerhin gab es eine eigene, recht aktive Frauenorganisation innerhalb der Fortschrittspartei und Naumann rief energisch zur Mitgliederwerbung gerade auch unter den Frauen auf: „Die Frauenbewegung kommt und wird ein politischer Faktor, und es würde sich später schwer rächen, wenn wir jetzt die Mitgliedschaft der Frauen mißachten wollten²⁾.“

In die Agitation griff die Organisation der weiblichen Mitglieder der Fortschrittspartei recht lebhaft ein. Im Januar 1911 wurde allen Ortsvereinen der Partei eine Rednerinnenliste zugesandt, deren 15 verzeichnete Damen sich erbieten, nicht nur über Themen der Frauenbewegung, sondern auch allgemeinen politischen Inhalts zu sprechen³⁾. Im gleichen Monat richtete die Frauenorganisation an ihre Mitglieder ein Schreiben mit der Bitte, nicht nur eifrig Mitglieder zu werben und sich am politischen Leben zu beteiligen, sondern auch „Hilfe bei allen Wahlen für Reich, Staat und Gemeinde zu leisten. Bei dieser Arbeit werden die Frauen gebeten, sich immer bewußt zu sein, daß sie zur Förderung der liberalen Politik arbeiten und die Pflicht haben, nur solche Kandidaten zu unterstützen, von denen eine Förderung wirklich liberaler Weltanschauung, also auch eine Förderung der Idee der politischen Gleichberechtigung der Frauen, zu erwarten ist . . .⁴⁾.“ Da aber das Programm der Fortschrittlichen Volkspartei in diesem Punkte schweigsam war, gingen die weiblichen Mitglieder dazu über, auch jeden Kandidaten ihrer eigenen Partei über seine Stellung zu den Frauenforderungen zu interpellieren und danach über eine Wahlhilfe zu entscheiden⁵⁾. Im Wahlkampf dürften die weiblichen Mitglieder der Fortschrittspartei in der Agitation und der Hilfe am Wahltag — zumindest in größeren Städten mit einer ansehnlichen fortschrittlichen Anhängerschaft wie in Berlin — der Partei beträchtliche Dienste geleistet haben⁶⁾.

Im Vergleich zu der fortgeschrittenen Organisationsarbeit der Frauen dieser beiden Parteien standen die anderen Parteien erst in den Anfängen. Nur wenig in dieser Richtung war bei den Nationalliberalen zu erfahren. Fünf Tage vor Weih-

¹⁾ 5. Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen, S. 11.

²⁾ Naumann, Freiheitskämpfe, S. 20 f.

³⁾ Hilfe, XVII, 1911, S. 23 f.

⁴⁾ Ebd., S. 55.

⁵⁾ Ebd., S. 711.

⁶⁾ FZ, Nr. 302, 24. Dezember 1911. — Ebd., Nr. 12, 16. Januar 1912. — Voß, Nr. 6, 4. Januar 1912. — Ebd., Nr. 16, 10. Januar 1912. — Hilfe, XVII, 1911, S. 807.

nachten 1911 fand so in Köln die spärlich besuchte Gründungsversammlung einer nationalliberalen Frauenorganisation statt¹⁾).

Eifriger war da noch das Zentrum, das ja schon lange den großen Einfluß der Frau auch über politische Fragen im Familienleben erkannt hatte. Zudem wurde die starke Frauenagitation der Sozialdemokratie unter der katholischen Arbeiterbevölkerung als ein ernstes Warnzeichen betrachtet, dem es zu begegnen galt²⁾. Einer Heranziehung der Frauen zur politischen Arbeit standen aber gerade im Zentrum aus konfessioneller Sicht ernste Bedenken entgegen. Durfte die Frau ihrer eigentlichen Bestimmung in der Familie entzogen werden? Es stellten sich daher den Delegierten des Verbandes der Windthorstbunde bei der Erörterung der Aufnahme weiblicher Mitglieder die Fragen: „1. Soll die Frau in systematischer, parteipolitischer Vereinsarbeit in den Kampf der öffentlichen Gegensätze hineingezogen werden? 2. Soll der Windthorstbund diese Politisierung in sein Programm verflechten? — Um die Fragen zu beantworten, hielt man sich die Grundnorm des christlichen Zentrumsgedankens klar vor Augen: Familie und Staat, diese beiden Quellen irdischen Glückes für den einzelnen, müssen um jeden Preis erhalten und in ihrem Bestande zu möglichster Vollkommenheit geführt werden . . .³⁾.“ Da nun aber das Zentrum mit der Annahme des Vereinsgesetzes auch die politische Befähigung der Frau prinzipiell bejaht hätte, müßte ihr auch der Zutritt zu den Organisationen der Partei offenstehen. Die Mitgliederwerbung unter den Frauen wurde hiernach eifrig aufgenommen, und Ende 1911 verfügte allein die im Mai des Jahres gegründete Zentrumsfrauenorganisation von Düsseldorf bereits über 2000 Mitglieder. Sie war — wie überall im Reiche beabsichtigt — so eng wie möglich der Männerorganisation angegliedert⁴⁾.

Am wenigsten einer politischen Emanzipation der Frau geneigt waren die Konservativen; ihren Auffassungen verlieh der christlich-soziale Pfarrer Werner — Vertreter dieser Partei im „Bunde zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“ — beredten Ausdruck: „Wir wünschen nicht, daß die Frau, die von Geschichtswegen, von Naturwegen dazu bestimmt ist, die Gehilfin des Mannes zu sein, in dem entfesselten, leidenschaftlichen Wirtschaftskampfe nun die Konkurrentin des Mannes wird oder daß sie in die Arena der politischen Kämpfe hineingezerrt wird und dort dem Manne als politische Partnerin gegenüber oder meinetwegen auch zur Seite steht. Es ist kein glücklicher Gedanke, wenn jetzt die Parteien sich politische weibliche Hilfstruppen schaffen⁵⁾.“

Aber die Rechtsparteien allein konnten das Vordringen der Frauen in die Politik nicht verhindern, wie es sich gerade zu dieser Wahl zeigte. Die „Kölnische

¹⁾ NB, 23. Jg., Nr. 52, 24. Dezember 1911.

²⁾ Pieper, Katholische Frauen, S. 2 f. — MdrZ, Nr. 2, November 1911.

³⁾ Windthorstkalender 1910, S. 136 f.

⁴⁾ MdrZ, Nr. 1 und Nr. 2, Juli und November 1911.

⁵⁾ Sozialpolitische Standesschau, S. 19.

Zeitung“ stellte fest, es wäre das besondere Charakteristikum der Wahlen von 1912, „daß sich vielfach auch die Frauen am Wahlkampf aufs regste beteiligen¹⁾“.

Parteiarbeit am Wahltag

Am Wahltag spätestens zeigte sich der ganze Wert einer voll einsatzfähigen Lokalorganisation²⁾. In den umkämpften Kreisen, in denen oft wenige Wählerstimmen die Entscheidung bringen konnten, mußte die Lokalorganisation einen großen Stab gut eingespielter Hilfskräfte besitzen, um das bestmögliche Ergebnis für die Partei zu erzielen. Zur Erledigung der am Wahltag anfallenden Aufgaben wurde der ganze Kreis mit einem Netz von Wahlbüros überzogen, die sich meist in der Nachbarschaft der Wahllokale befanden und alle organisatorischen Probleme zu lösen hatten, die mit der Wahlhandlung zusammenhingen³⁾. Ihre Zentrale hatten sie in einem gewöhnlich schon einige Wochen oder Monate zuvor eingerichteten Wahlkreisbüro, das den Ablauf der Wahl im ganzen Kreis überwachte und mit den regionalen Wahlausschüssen Kontakt hielt, um so etwa notwendig werdende taktische oder agitatorische Maßnahmen einzuleiten. Das Wahlkreisbüro mußte auch für die Hilfskräfte am Wahltag sorgen: Parteimitglieder, die meist ehrenamtlich arbeiteten bei Sozialdemokratie und Fortschritt, vielfach bezahlte Helfer bei den Parteien, die weniger „Fußvolk“ besaßen, so bei den Konservativen⁴⁾. Sie wurden den einzelnen Büros zugeteilt. War ihre Zahl nicht groß genug, rief man die regionale Instanz zu Hilfe. In mehreren brandenburgischen Kreisen arbeiteten aus diesem Grunde sozialdemokratische Wahlhelfer aus den sicheren Arbeiterbezirken Berlins⁵⁾. Das taktische Moment, ein Mandat mehr oder weniger im Reichstag zu gewinnen, wog hier schwerer als das Prinzip des Stimmenzählens. Denn diese abkommandierten Helfer konnten ja meist ihr Wahlrecht nicht ausüben. Bei Stichwahlen konnten Wahlhelfer aus den Kreisen mit bereits entschiedenem Ergebnis zugezogen werden. Die Aufgaben der Wahlhelfer waren vielfältig. Schon in den letzten Tagen vor der Wahl und am Wahltag selbst mußten in verstärktem Maße Flugblätter und Plakate verbreitet werden. Während der Wahlhandlung hatten Posten vor den Wahllokalen zu stehen, um die Wähler mit Stimmzetteln für die eigene Partei zu versorgen und für den Kandidaten der Partei zu werben. Von der Sozialdemokratie — aber auch vom Fortschritt — wurden für diese Aufgaben gern Frauen ausgewählt⁶⁾. In den Wahllokalen selbst mußten Kontrolleure und

¹⁾ KZ, Nr. 42, 13. Januar 1912. — Vgl. auch: Der Vortrupp, 1. Jg., Nr. 3, 1. Februar 1912.

²⁾ Für den folgenden Abschnitt: HAB ZGS IV; Instruktion für Wahlausschußmitglieder und Vertrauensleute. — Ebd., Instruktion für Listenführer. — Ebd., Instruktion für Schlepper (alles für die Wahl von 1907). — MdrZ, Nr. 2, November 1911.

³⁾ Vorw., Nr. 10, 13. Januar 1912. — Ebd., Nr. 18, 23. Januar 1912.

⁴⁾ Vorw., Nr. 18, 23. Januar 1912.

⁵⁾ Vorw., Nr. 4, 10, 13 vom 6., 13., 17. Januar 1912.

⁶⁾ DTZ, Nr. 20, 12. Januar 1912.

Listenführer die Stimmabgabe überwachen, etwaige Unregelmäßigkeiten beanstanden und für mögliche spätere Proteste an die Wahlprüfungskommission des Reichstags registrieren. Ihr wichtigstes Amt blieb aber, an Hand der abgeschriebenen Wählerlisten die Stimmabgabe zu kontrollieren, um dann vom Mittag an die Adressen der Säumigen an die Schlepper weiterzugeben, die nun ihrerseits durch — wenn notwendig: mehrmaligen — Hausbesuch auch den letzten Wähler zur Stimmabgabe für die Partei zu gewinnen suchten. Gerade wenn die Entscheidung auf des Messers Schneide stand, kam einem gut organisierten Schleppdienst hohe Bedeutung zu. Alle diese Aufgaben erforderten aber eine Vielzahl von Hilfskräften, mit denen wohl nur die Sozialdemokratie und allenfalls noch der Fortschritt ausreichend versehen war. Im 2. Berliner Wahlkreis hatte der Fortschritt allein 2000 Schlepper aufgeboten¹⁾. Dagegen hatten die anderen Parteien vielerorts Mühe, die Parteimitglieder gerade zur Übernahme der kleinen Dienste zu gewinnen.

Der Ton des Wahlkampfes

Die Schroffheit der innenpolitischen Frontstellung, der beschleunigte Ausbau der Organisationen und die damit verbundene Verschärfung der Konkurrenz um den Wähler, das Eingreifen gegeneinander operierender großer Verbände und schließlich die wachsende Politisierung bis dahin abseits stehender Bevölkerungsschichten hatten eine Leidenschaftlichkeit im Wahlkampf zur Folge, eine Vergrößerung des politischen Tones in bis dahin ungekanntem Maße. Besonders ragten auch hier wieder die von den Bündlern geführten Konservativen aus den übrigen Parteien hervor, weil sie um ihre beherrschende Position im Staate zu kämpfen hatten und deshalb oft jede Zurückhaltung vergaßen. Aber auch die anderen Parteien gingen mit der Zeit. Alle Mittel, den Gegner auszuschalten, wurden angewandt, vom gefälschten Flugblatt²⁾ bis hin zu der immer häufiger geübten Praxis, durch Lärm und vorzeitigen Aufbruch der lange vor Beginn in den Saal entsandten und überwiegenden eigenen Anhänger gegnerische Versammlungen zu sprengen³⁾. Mehr als in früheren Kämpfen wurde das bewährte Mittel angewandt, dem Parteigegner das Finden von geeigneten Versammlungsräumen schon im voraus unmöglich zu machen. Erfolgreich war dieses „Saalabtreiben“ selbstredend nur dort, wo der Partei behördlicher, kirchlicher oder wirtschaftlicher Druck zu Hilfe kam — weithin also nur für die „staatserhaltenden“ Parteien. Besonders in Ostelbien gehörte das Saalabtreiben zu den traditionellen Mitteln des Konservativismus, politische Gegner mundtot zu machen. In ganz

¹⁾ DTZ, Nr. 20, 12. Januar 1912.

²⁾ Voß, Nr. 20, 12. Januar 1912. — Ebd., Nr. 40, 23. Januar 1912.

³⁾ Für K: NB, 23. Jg., Nr. 53, 31. Dezember 1911. — Voß, Nr. 7, 5. Januar 1912. — Für NL: Voß, Nr. 15, 9. Januar 1912. — Für SPD: Kreuzzeitung, Nr. 17, 11. Januar 1912. — Voß, Nr. 17, 10. Januar 1912.

Ostpreußen standen den Sozialdemokraten nur in 76 Orten, in Westpreußen sogar nur in 39 Orten Versammlungslokale zur Verfügung¹⁾). Das Zentrum arbeitete in Bayern gegen die Sozialdemokraten nicht anders²⁾). Häufig stand daher unter Plakaten und Flugblättern der betroffenen Parteien die Bitte um Nachweis von entsprechenden Räumen³⁾). Auch den anderen Parteien — so selbst in Schleswig-Holstein den Nationalliberalen — und Wirtschaftsverbänden erging es nicht viel anders⁴⁾).

Ebenso wurde die Methode des wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Boykotts politisch Andersdenkender umfassender als früher angewandt — hauptsächlich von der Rechten unter Führung des Bundes der Landwirte. Einerseits sah man im Boykott ein wirksames Mittel, um die Versuche zum Erfolg zu führen, den Gegenparteien Versammlungsräume abzutreiben. Es waren daher insbesondere die Gastwirte, die unter Boykottandrohungen gezwungen wurden, Mietgesuche der Gegenparteien abzulehnen, — so im württembergischen Hall/Öhringen selbst den Fortschrittlern⁵⁾). Im Wahlkreis Worms beschloß ähnlich der Soldatenverein einer Ortschaft, einen Wirt, der den Freisinnigen Versammlungsräume zur Verfügung gestellt hatte, dadurch wirtschaftlich zu schädigen, daß der Vereinsball in ein anderes Lokal verlegt wurde⁶⁾). Richtete sich der Boykott gegen einzelne, sahen sich die Betroffenen nicht selten gezwungen, öffentlich ihre politische Rechtgläubigkeit zu betonen⁷⁾).

Aber auch gegen ganze Städte, die Einkaufszentren für die umwohnenden Landwirte, richtete sich der bündlerische Boykott, so gegen die niederschlesische Stadt Sagan, deren Bürgermeister als freisinniger Reichstagskandidat aufgestellt war. In der „Neuen Niederschlesischen Zeitung“ hieß es: „Endlich beginnt jetzt auch die Saganer Geschäftswelt die Folgen an ihrer eigenen Kasse zu merken, da viele Landwirte aus der Umgegend erklärt haben, nicht mehr in einer Stadt Einkäufe machen zu wollen, deren Oberhaupt so feindselig gegen sie aufgetreten sei⁸⁾“. Ähnlich ging man gegen Luckau vor: „Ihr Interesse für die deutsche Landwirtschaft können Sie am 12. Januar beweisen. Und die Wahl wird uns Landwirte lehren, ob wir unsere Waren von den Warenhäusern beziehen oder weiter von den Kaufleuten, zu denen schon unsere Väter gegangen sind⁹⁾“. Auch Bolkenhain und andere Städte erhielten Drohungen dieser Art¹⁰⁾).

¹⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 24. — Vorw., Nr. 1, 3. Januar 1912.

²⁾ SC, 1911, S. 478 f.

³⁾ BAK ZGS 857.

⁴⁾ KZ, Nr. 1403, 21. Dezember 1911. — NB, 23. Jg., Nr. 52, 24. Dezember 1911. — DBB, Nr. 8, 20, 29, 32 vom 25. Februar, 20. Mai, 22. Juli, 12. August 1911.

⁵⁾ HB, Nr. 4, 3. Februar 1912.

⁶⁾ Voß, Nr. 8, 5. Januar 1912.

⁷⁾ HB, Nr. 10, 16. März 1912, S. 136.

⁸⁾ Hilfe, zit. nach Koch, S. 12 f.

⁹⁾ Luckauer Kreiszeitung; zit. nach Voß, Nr. 8, 5. Januar 1912.

¹⁰⁾ Vorw., Nr. 15, 19. Januar 1912. — SC VII, 1912, S. 25.

Selbst gegen Politiker konkurrierender Parteien rief man zum Boykott auf, wie gegen den nationalliberalen Direktor der Löbauer Bank, Dr. Weber, der auf massiven Druck der Konservativen hin von seiner Reichstagskandidatur zurücktreten mußte¹⁾. Die Konservativen sparten nicht mit Gegenvorwürfen. Im hartumkämpften ostpreußischen Labiau/Wehlau sollten konservative Hoteliers, Kaufleute und Ärzte von Freisinnigen boykottiert worden sein²⁾.

Ein bei dieser Wahl mehrfach angewandtes Mittel, die Entscheidung in einem Wahlkreis zu beeinflussen, war das „Abkommandieren“ von Wählern. Parteitreue Wähler, die in sicheren oder völlig hoffnungslosen Nachbarwahlkreisen wohnten, wurden durch die Partei veranlaßt, sich an ihrem Arbeitsort, eben im umkämpften Wahlkreis, in die Wählerlisten eintragen zu lassen. Diese künstliche Vermehrung der Stimmen für einen Kandidaten war schon früher bisweilen üblich, scheint jedoch in größerem Ausmaß erst 1912 durchgeführt worden zu sein. Einziges Hindernis blieben die Bestimmungen über die für die Aufnahme in die Wählerlisten notwendige polizeiliche Meldepflicht, die eine Wohnung voraussetzten.

Gegen diese Bestimmung verstießen die Leipziger Sozialdemokraten, die von den Arbeiterbezirken des fest sozialdemokratischen Kreises Leipzig-Land zahlreiche Wähler in die von den Nationalliberalen behauptete Innenstadt (Wahlkreis Leipzig-Stadt) abkommandierten. Da die Ummeldeformulare — vermutlich um Fehlerquellen zu vermeiden — von Parteifunktionären ausgefüllt worden waren, fiel einem Polizeibeamten die gleiche Handschrift auf 30 der Papiere auf, und über die beteiligten Wähler wurde eine Geldstrafe von je 50 Mark verhängt. Daß es sich hier tatsächlich um eine Parteiaktion handelte, ging daraus hervor, daß das Geld prompt bezahlt wurde, also offensichtlich aus der Parteikasse rührte, da die Wähler aus eigener Kraft es nicht hätten aufbringen können. Die sächsische Verwaltung vermutete weit größere „Wahlschiebungen“, als sie durch diesen Zufall zutage traten³⁾. Auch nach Düsseldorf⁴⁾, Frankfurt a. M.⁵⁾ und Stuttgart⁶⁾ sollen durch die Sozialdemokratie Wähler kommandiert worden sein.

Es waren nicht nur die Sozialdemokraten, die auf diese Weise das Wahlgluck zu korrigieren suchten. Möglich ist, daß auch im 1. Berliner Wahlkreis, der Innenstadt, die Fortschrittspartei ihr äußerst gefährdetes Mandat durch das Umschreiben von Hotelpersonal und Studenten zu retten suchte⁷⁾. In ganz

¹⁾ KZ, Nr. 574, 627, 638 vom 22. Mai, 3. und 7. Juni 1911. — Dieser und ähnliche Fälle auch zitiert bei Koch, S. 12 f.

²⁾ DTZ, Nr. 129, 11. März 1912. — Vgl. HB, Nr. 10, 16. März 1912.

³⁾ STAS E 46—48, Hauptfaszikel 365, Unterfaszikel 1. — Voß, Nr. 3, 3. Januar 1912. — Kreuzzeitung, Nr. 3, 3. Januar 1912.

⁴⁾ DTZ, Nr. 29, 17. Januar 1912.

⁵⁾ Z, Nr. 14, 6. Januar 1912.

⁶⁾ Voß, Nr. 18, 11. Januar 1912.

⁷⁾ RB 299, Nr. 450.

großem Stil unternahm es jedoch die Zentrumspartei, die Wahl des nationalliberalen Führers Bassermann in Saarbrücken zu vereiteln. Fast 3000 Wähler wurden aus den umliegenden Kreisen Saarlouis, Merzig, Landkreis Trier und Birkenfeld nach Saarbrücken abkommandiert. Erleichtert wurde ihr die Unternehmung dadurch, daß die Wähler meist in den Saarbrücker Industriebetrieben arbeiteten, in der Stadt Schlafstellen hatten und nur am Wochenende in die Heimatorte zurückfuhren. Hier waren alle rechtlichen Bedingungen für eine polizeiliche Ummeldung erfüllt, und die Aktion konnte vor aller Öffentlichkeit durchgeführt werden. Mitte Dezember erfolgte in den Zentrumsblättern ein dementsprechender Aufruf, dem genaue Muster für die auszufüllenden Formulare angeschlossen waren. Auch hier war es ein Angestellter der Partei, der die organisatorischen Maßnahmen traf. Die katholische Geistlichkeit sorgte für den notwendigen Widerhall in den Gemeinden¹⁾.

Nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse kam es mancherorts zwischen den fanatisierten Anhängern der konkurrierenden Parteien zu Krawallen und tätlichen Auseinandersetzungen, so in Schwetz, wo die Polen sich um den sicheren Sieg betrogen fühlten²⁾, oder in Saarbrücken, wo enttäuschte Zentrumsanhänger einen nationalliberalen Fackelzug für Bassermann angriffen³⁾.

Ein besonderer Blickpunkt in Haupt- und Stichwahl war der 1. Berliner Kreis, den die Fortschrittler als letzten ihrer einstigen Berliner Hochburg mit Aufbietung aller Kräfte für ihren Kandidaten Kaempff gegen den Sozialdemokraten Düwell verteidigten. Der Wahlkampf wurde hier zur Materialschlacht. Bei dem hohen propagandistischen Wert des Wahlausgangs boten beide Parteien das Letzte auf, um den Sieg zu erringen. Dutzende von Plakatträgern und mit Plakaten hochbeklebte Möbelwagen paradierten durch die Straßen⁴⁾. Hunderte von Schleppern suchten die säumigen Wahlberechtigten zur Stimmabgabe zu ermuntern, von der Fortschrittsseite oft durch das Locken mit einer Fahrt in zahlreichen Automobilen, die die großen, dem Hansabund angehörenden Berliner Geschäftshäuser zur Verfügung gestellt hatten⁵⁾. Im Laufe des Tages sammelten sich vor jedem der Verlagshäuser im Zeitungsviertel große Menschenmengen, um aus den herausgeworfenen Extrablättern den letzten Stand der Ereignisse zu erfahren⁶⁾. Die kleine linksliberale Demokratische Vereinigung hatte in der Stichwahl die Parole gegen den Fortschritt und für die Sozialdemokratie ausgegeben, dabei aber die eigene Unabhängigkeit betont⁷⁾. Als im

¹⁾ STAK 403/8466. — Voß, Nr. 652, 31. Dezember 1911. — Ebd., Nr. 18, 11. Januar 1912.

²⁾ Voß, Nr. 47, 26. Januar 1912.

³⁾ Voß, Nr. 15, 9. Januar 1912. — Ebd., Nr. 40, 23. Januar 1912.

⁴⁾ DTZ, Nr. 20, 12. Januar 1912. — Voß, Nr. 15, 9. Januar 1912.

⁵⁾ Voß, Nr. 20, 12. Januar 1912. — Ebd., Nr. 40, 23. Januar 1912. — DTZ, Nr. 20, 12. Januar 1912.

⁶⁾ Vorw., Nr. 10, 13. Januar 1912.

⁷⁾ Vorw., Nr. 18, 23. Januar 1912.

Laufe des Tages das sich später bewahrheitende Gerücht aufkam, Breitscheid, der Führer der Vereinigung, wäre angesichts der vollkommenen Niederlage seiner Partei im Reich zur Sozialdemokratie übergetreten, nutzten die Fortschrittler sofort die Gelegenheit, um mit einem Flugblatt die „verratenen“ Anhänger des äußersten Liberalismus zu gewinnen¹⁾. Die Gegenseite suchte mit einem Vers diesen Vorteil wettzumachen:

„Wählet heut auf alle Fälle
Düwell in die Reichstagshölle!
Denn der ‚Freisinn‘ ist von Übel
Darum hol den Kaempfer der Düwell!
Feste! Wähler, einen Dämpfer
Diesem Kaempfer, dem Freiheitskämpfer²⁾!“

Besonderes Augenmerk wurde auf die Stimmabgabe der im ersten Berliner Wahlkreis wahlberechtigten Regierungsmitglieder gerichtet. Würden sie der Parole der vereinigten nationalen rechtsstehenden Parteien Berlins folgen und sich der Stimmabgabe zwischen Fortschrittler und Sozialdemokraten enthalten³⁾, oder würden sie ihren eigenen Anordnungen über die Wahlpflichten der Beamten das gute Beispiel folgen lassen? Mit Genugtuung wurde von liberaler Seite registriert, daß sowohl Bethmann wie die preußischen Minister und die Staatssekretäre ihre Stimmen abgaben⁴⁾. Da der Sieg des Fortschrittlers über den Sozialdemokraten nur mit 10 Stimmen erfolgte, konnte die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“ bissig bemerken, nur die Regierung habe dem Freisinn noch einmal das Berliner Mandat gerettet⁵⁾.

Trotz der seit der Jahrhundertwende allgemein verschärften politischen Kampfesweise gab es aber immer noch Idylle, in denen der Wahlkampf nach der Kavaliersart der Anfänge des parlamentarischen Lebens ausgefochten wurde: Trotz der Feindschaft zwischen Nationalliberalen und Konservativen verbrachten die gegeneinanderstehenden Kandidaten Eugen Schiffer von der nationalliberalen und Major Strosser von der deutschkonservativen Partei die Fahrt von Berlin zu ihrem Wahlkreis Wolmirstedt/Neuhaldensleben in freundschaftlichem Austausch ihrer im Wahlkampf gemachten Erfahrungen⁶⁾. Und Schiffer berichtet, wie ihn ein andermal einer der großen konservativen Guts- und Fabrikbesitzer des Kreises zu seiner liberalen Wahlversammlung mit dem Wagen fahren ließ⁷⁾.

¹⁾ Ebd. — Voß, Nr. 39, 22. Januar 1912.

²⁾ Vorw., Nr. 18, 23. Januar 1912.

³⁾ Kreuzzeitung, Nr. 33, 20. Januar 1912.

⁴⁾ Voß, Nr. 39, 22. Januar 1912.

⁵⁾ DTZ, Nr. 40, 23. Januar 1912.

⁶⁾ NL Schiffer 1.

⁷⁾ Ebd.

Das waren aber die letzten Nachklänge des verstrichenen Jahrhunderts. Besonders in den Großstädten tobte der Kampf der Parteien mit einer Härte, einem Aufwand und einer Raffinesse, die den Zeitgenossen den Vergleich mit den Methoden Nordamerikas aufdrängte¹⁾.

8. Das Wahlergebnis

Die Beteiligung am ersten Wahlgang

Die Wahlen des 12. Januar fanden unter großer Anteilnahme der Bevölkerung statt. Die Wahlbeteiligung war die höchste, die jemals erreicht worden war. Sie lag mit 84,9 Prozent im Reichsdurchschnitt noch über den als außergewöhnlich hoch empfundenen Ziffern von 1907 (84,7 Prozent) und überragte weit das Ergebnis des Jahres 1903 mit 76,1 Prozent. Die Beteiligung an der Stimmabgabe hatte nicht die gleiche Stärke in allen Gebieten des Reiches. Während Preußen mit 84,5 Prozent dicht unter dem Reichsdurchschnitt lag, hatten Bayern und Oldenburg mit 80,9% und 76,4% die niedrigsten Wahlbeteiligungen aller Bundesstaaten. Über dem Reichsdurchschnitt lagen die meisten Mittel- und Kleinstaaten. Aber auch innerhalb der Länder kam es zwischen den einzelnen Wahlkreisen oft zu erheblichen Unterschieden in der Stimmabgabe. Die Ursache hierfür mag meistens in der Frage zu suchen sein, ob der Wahlkreis im festen, unumstrittenen Besitz einer Partei war. In solchem Fall sank augenblicklich bei den Wählern aller Parteien, gewöhnlich mit Ausnahme der Sozialdemokraten, das Interesse an der Stimmabgabe, weil das Ergebnis ohnehin nicht mehr beeinflussbar schien. Gehörte der Kreis aber zu den umfochtenen, dann boten die einzelnen Parteien alles auf, um auch die säumigen Wähler an die Wahlurnen zu bringen, und die Ziffer der Wahlbeteiligung stieg.

Bezeichnend für den ersten Fall war die geringe Ziffer der Wählenden in vielen Zentrumshochburgen, besonders in den ländlichen Gegenden Bayerns, wo eine Organisation der Partei, die einen Schleppdienst am Wahltag hätte einrichten können, kaum ausgebildet war. So gab es in Oberbayern nur eine Wahlbeteiligung von 77% und in Niederbayern gar von 72,5% — obwohl auch hier die Werte zum Teil noch erheblich über den Ergebnissen von 1907 lagen²⁾. Ähnliche Verhältnisse lagen in der preußischen Rheinprovinz vor, deren überwiegend katholische Regierungsbezirke Köln, Koblenz, Trier und Aachen ebenfalls mit 80,0/84,3/84 und 78,1 Prozent unter dem Durchschnitt Preußens blieben, da in ihnen das Zentrum auf eine große Zahl sicherer Mandate von vornherein rechnen konnte und zudem der Volksverein in den drei letzteren

¹⁾ Kiesenwetter, S. 167.

²⁾ Die höhere Ziffer des bayerischen Durchschnittes rührt von den zum Teil umkämpften Kreisen Frankens und der Rheinpfalz her.

Die Parteien im Reich und in den Ländern im Jahre 1903

Länder/ Provinzen	Gültige Stim- men	DK		RP		A		Z		NL		FVP		SPD		Andere	
		insg.	%	insg.	%	insg.	%	insg.	%	insg.	%	insg.	%	insg.	%	insg.	%
Ostpreußen . .	277 913	135 849	49,1	—	—	240	0,1	24 059	8,7	8 890	3,2	37 168	13,4	55 331	20,0	14 679	5,3
Westpreußen .	252 509	21 522	10,4	32 082	10,9	13 565	5,3	20 988	8,3	38 421	15,3	9 055	3,6	20 279	8,1	95 450	37,9
Berlin	328 076	40 663	12,4	—	—	3 210	1,0	6 733	2,1	—	—	55 782	17,1	218 238	66,8	1 888	0,6
Brandenburg .	566 967	151 324	28,8	50 706	7,0	14 619	2,6	3 746	0,7	35 016	6,2	64 060	11,3	243 589	43,1	1 274	0,2
Pommern . . .	263 782	115 727	44,1	8 353	3,2	14 114	7,5	563	0,2	2 979	1,1	63 347	24,0	56 353	19,3	954	0,4
Posen	302 507	55 341	18,3	32 238	10,7	—	—	13 220	4,4	—	—	14 130	4,7	8 051	2,7	178 055	59,1
Schlesien . . .	715 243	131 059	18,4	38 399	5,4	4 559	0,6	200 676	28,2	9 226	1,3	108 260	15,1	175 583	24,6	44 201	6,3
Prov. Sachsen .	496 962	58 662	11,9	55 353	11,2	13 321	2,6	12 869	2,6	84 390	17,1	67 947	13,7	194 461	39,3	7 352	1,5
S.-Holstein . .	248 488	—	—	23 121	9,3	10 207	4,1	1 589	0,6	35 347	14,3	46 402	18,7	109 810	44,3	20 801	8,4
Hannover . . .	449 302	21 095	4,7	5 794	1,3	21 366	4,8	32 578	7,3	130 617	29,1	14 371	3,2	130 082	29,0	91 687	20,5
Westfalen . . .	567 769	19 916	3,5	4 791	0,9	23 873	4,2	229 037	40,4	108 673	19,2	27 245	4,7	139 612	24,7	12 657	2,2
Hessen-Nassau .	307 723	10 332	3,4	3 812	1,2	50 533	16,4	65 866	21,5	55 841	18,2	22 924	7,5	93 546	30,5	3 768	1,2
Rheinland . . .	981 723	5 136	0,5	44 842	4,6	14 025	1,4	530 482	54,2	155 334	15,9	17 675	1,8	204 697	20,9	50 760	0,5
Sigmaringen . .	9 764	—	—	—	—	646	6,6	7 933	81,7	—	—	—	—	366	3,8	—	—
Preußen	5768 728	766 626	13,3	299 491	5,2	184 278	3,2	1150 339	20,0	664 734	11,6	549 028	9,5	1649 998	28,7	523 526	9,1
Bayern	982 076	13 142	1,4	—	—	24 329	2,5	422 641	43,2	153 935	15,7	37 784	3,8	212 505	21,7	113 021	11,5
Sachsen	754 894	75 445	10,1	9 876	1,3	73 656	9,8	4 847	0,6	97 869	13,0	46 556	6,2	441 764	58,8	18 213	2,4
Württemberg .	364 200	17 378	4,8	—	—	25 100	6,9	89 979	24,8	61 403	16,9	62 609	17,2	99 743	27,5	6 705	1,8
Baden	331 209	2 261	0,7	—	—	8 035	2,4	134 159	40,7	103 530	31,4	9 218	2,8	72 300	21,9	70	0,0
Hessen	194 297	—	—	—	—	13 124	6,8	33 163	17,1	68 865	35,5	9 748	5,0	68 834	35,5	—	—
M.-Schwerin . .	121 361	35 215	29,2	3 951	3,3	—	—	—	—	6 704	5,5	24 321	20,0	49 778	41,3	524	0,4
S.-Weimar . . .	61 103	—	—	—	—	2 145	3,5	1 313	2,1	20 442	33,6	5 415	8,9	26 247	43,1	5 304	8,7
M.-Strelitz . .	18 727	—	—	7 496	40,1	—	—	—	—	—	—	4 653	24,9	6 366	34,1	150	0,8
Oldenburg . . .	57 341	—	—	—	—	3 577	6,2	14 405	25,2	2 769	4,8	12 740	22,2	17 971	31,4	5 534	9,7
Herzogtümer . .	260 222	14 498	5,6	2 716	1,0	15 276	5,9	1 290	0,5	56 929	21,9	30 718	11,8	118 716	45,6	18 833	7,2
Fürstentümer . .	100 057	10 319	10,3	—	—	10 530	10,5	559	0,6	11 057	11,1	22 326	22,3	41 939	41,9	—	—
Hansestädte . .	262 560	—	—	—	—	2 252	0,9	2 544	1,0	40 011	15,2	44 808	17,1	136 343	51,9	3 463	1,3
Reichsland . . .	287 914	13 564	4,8	9 874	3,5	—	—	20 034	7,1	29 153	10,3	27 862	9,7	68 267	24,2	112 712	39,1
Dt. Reich . . .	9533 826	948 448	10,0	333 404	3,5	363 302	3,8	1875 273	19,7	1317 401	13,9	872 653	9,9	3010 771	31,7	762 432	8,0

Die Parteien im Reich und in den Ländern im Jahre 1912

Länder/ Provinzen	Gültige Stimmen	DK		RP		A		Z		NL		FVP		SPD		Andere	
		insg.	%	insg.	%	insg.	%	insg.	%	insg.	%	insg.	%	insg.	%	insg.	%
Ostpreußen . .	347 111	125 698	36,2	7 833	2,3	154	0,0	20 071	8,1	56 441	16,3	60 303	17,4	51 480	14,8	16 753	4,8
Westpreußen . .	291 015	29 138	10,0	54 624	18,8	1 162	0,4	20 503	7,0	43 797	15,1	13 115	4,5	28 263	9,7	100 181	34,2
Berlin	408 567	13 194	3,2	—	—	4 415	1,1	8 685	2,1	—	—	70 159	17,2	307 762	75,3	4 151	1,1
Brandenburg . .	853 227	139 353	16,3	59 903	7,0	9 028	1,0	7 251	0,9	54 541	6,4	151 192	17,7	418 948	49,1	12 615	1,4
Pommern	322 099	146 178	45,4	—	—	2 378	0,7	30	0,0	28 287	8,8	65 366	20,3	77 390	24,0	20 960	0,3
Posen	342 800	67 827	19,8	29 114	8,5	514	0,2	3 168	0,9	16 873	4,9	19 709	5,7	12 968	3,8	192 418	56,4
Schlesien	848 695	129 222	15,2	52 223	6,1	44	0,0	154 076	18,2	72 980	8,6	99 211	11,7	235 932	27,8	104 433	12,3
Prov. Sachsen . .	622 759	96 468	15,5	41 941	6,7	12 263	2,0	12 666	2,0	77 181	12,4	78 535	12,6	265 991	42,7	37 332	5,9
S.-Holstein . . .	315 494	17 154	5,4	9 401	3,0	6 029	1,9	1 311	0,4	44 231	14,0	92 117	29,2	127 375	40,4	17 678	5,6
Hannover	588 759	35 935	6,1	25 526	4,3	19 406	3,3	37 631	6,4	146 899	25,0	45 606	7,7	187 156	31,8	89 457	15,1
Westfalen	770 701	22 553	2,9	6 672	0,9	42 634	5,5	261 645	34,0	110 301	14,3	53 738	7,0	221 649	28,8	50 409	6,5
Hessen-Nassau . .	431 523	16 847	3,9	3 797	0,9	56 492	12,1	50 533	11,7	70 230	16,3	62 630	14,5	149 381	34,6	21 389	4,9
Rheinland	1330 049	21 098	1,6	16 998	1,3	35 868	2,7	653 603	49,1	217 149	16,3	44 811	3,4	322 487	24,3	16 346	1,2
Sigmaringen . . .	14 300	—	—	—	—	—	—	10 368	72,5	—	—	3 355	23,5	534	3,7	—	—
Preußen	7487 102	860 665	11,5	308 032	4,1	190 387	2,5	1249 541	16,7	938 910	12,5	859 847	11,5	2407 316	32,1	684 122	9,1
Bayern	1216 616	55 296	4,5	28	0,0	36 621	3,1	471 388	38,8	116 921	9,6	114 733	9,4	331 503	27,3	89 058	7,3
Sachsen	933 548	74 650	8,0	16 143	1,7	40 584	4,3	2 573	0,2	204 235	21,9	81 718	8,7	513 216	55,0	42	0,0
Württemberg . . .	472 420	55 795	11,8	—	—	27 325	5,8	80 372	17,0	72 794	15,4	82 427	17,4	153 335	32,5	46	0,0
Baden	414 604	16 946	4,1	12 179	2,9	—	—	129 134	31,2	107 947	26,0	31 032	7,5	117 154	28,3	—	—
Hessen	249 480	—	—	—	—	22 614	9,0	25 295	10,1	63 716	25,5	39 678	15,9	98 074	39,3	—	—
M.-Schwerin . . .	134 355	40 413	30,1	—	—	—	—	—	—	9 065	6,7	34 634	25,8	50 210	37,4	—	—
S.-Weimar	81 777	6 620	8,1	—	—	13 542	16,6	—	—	10 944	13,4	13 070	16,0	37 570	45,9	—	—
M.-Strelitz	21 129	—	—	7 733	36,6	—	—	—	—	6 899	32,7	—	—	6 492	30,7	—	—
Oldenburg	81 052	—	—	—	—	—	—	17 916	22,1	12 487	15,4	23 602	29,1	26 799	33,1	88	0,1
Herzogtümer . . .	314 263	15 885	5,0	13 085	4,1	16 819	5,3	—	—	56 208	17,8	38 436	12,2	153 920	48,9	9 750	3,1
Fürstentümer . . .	134 231	—	—	2 583	1,9	16 490	12,2	—	—	35 771	26,6	22 868	17,0	55 957	41,6	—	—
Hansestädte . . .	318 401	—	—	—	—	5 881	1,8	1 738	0,5	26 773	8,4	96 052	30,0	188 558	55,0	2 310	0,1
Reichsland	348 654	—	—	7 373	2,1	—	—	18 891	5,4	—	—	48 944	14,0	110 695	31,8	162 122	46,5
Dt. Reich	12207632	1126 270	9,2	367 156	3,0	356 721	2,9	1996 848	16,4	1662 670	13,6	1497 041	12,3	4250 399	34,8	947 538	7,7

Wahlbeteiligung (in Prozent der Wahlberechtigten)

Länder/ Provinzen	Ergebnisse der Wahlen von			Nach Ortsgrößenklassen							
				a		b		c		d	
	1903	1907	1912	1903	1912	1903	1912	1903	1912	1903	1912
Ostpreußen	70,2	82,5	82,7	71,2	84,4	60,4	77,4	69,7	80,1	72,1	80,7
Westpreußen	79,3	87,6	86,6	84,2	90,4	73,7	83,5	69,0	79,4	63,8	76,5
Berlin	73,7	77,4	80,8	—	—	—	—	73,7	80,8	73,7	80,8
Brandenburg	75,1	83,9	84,5	76,1	84,5	71,8	81,9	75,5	85,1	64,5	81,7
Pommern	74,5	83,6	85,5	76,1	87,0	64,9	77,6	76,5	85,5	78,1	86,6
Posen	81,7	88,0	86,2	84,2	88,4	77,8	82,8	74,2	80,6	71,3	80,0
Schlesien	74,1	80,7	80,9	74,8	81,6	72,8	78,1	73,7	81,4	72,9	86,2
Provinz Sachsen	77,9	87,2	88,2	75,4	87,7	78,0	86,1	81,3	89,0	82,3	89,3
Schleswig-Holstein . . .	76,2	85,8	85,2	72,5	83,2	74,9	85,3	82,3	87,3	82,8	87,6
Hannover	74,9	85,6	86,5	73,5	85,6	75,4	86,3	78,1	88,2	73,9	87,1
Westfalen	78,5	86,1	86,5	76,9	87,0	76,7	84,1	81,0	86,1	87,1	87,5
Rheinland	75,5	86,0	83,8	77,4	85,4	74,3	83,8	75,4	82,3	73,3	84,6
Hessen-Nassau	70,5	85,2	85,2	73,1	84,8	74,5	84,7	64,7	85,6	61,3	85,7
Sigmaringen	64,5	88,1	87,9	66,5	88,5	49,8	84,8	—	—	—	—
Preußen	75,5	84,5	84,5	76,1	85,5	74,1	83,4	75,5	84,1	73,6	84,0
Bayern	71,5	79,2	80,9	71,4	79,6	67,8	78,1	73,8	84,7	69,7	83,0
Sachsen	83,0	89,7	88,8	82,4	89,3	83,9	89,3	82,8	88,3	82,1	87,4
Württemberg	75,3	81,0	86,4	75,1	85,5	74,1	85,5	77,3	88,7	78,2	89,3
Baden	79,0	87,7	87,1	79,0	86,9	76,7	86,9	81,2	87,6	80,2	83,5
Hessen	74,9	85,3	85,4	71,5	82,7	76,5	86,8	79,9	87,9	—	86,5
Mecklenburg-Schwerin . .	83,8	88,4	90,1	84,9	90,3	78,9	88,5	86,7	91,1	—	—
Sachsen-Weimar	73,1	86,0	84,6	70,7	83,5	74,1	86,9	77,4	85,3	—	—
Mecklenburg-Strelitz . .	79,8	85,7	85,9	82,9	86,7	75,3	85,0	76,4	84,9	—	—
Oldenburg	63,4	83,2	76,4	63,3	76,0	61,6	74,1	70,2	82,0	—	—
Herzogtümer	80,3	88,6	89,2	78,5	87,7	81,1	90,2	82,9	89,6	77,9	92,3
Fürstentümer	72,9	88,0	88,3	67,5	85,3	78,0	90,1	84,2	91,1	—	—
Hansestädte	86,1	87,4	88,2	80,0	86,4	74,9	85,2	86,8	88,3	86,5	88,6
Deutsches Reich	76,1	84,7	84,9	75,6	84,9	74,9	84,1	77,3	85,2	75,5	85,0

a = Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohnern

b = Ortschaften zwischen 2000 und 10000 Einwohnern

c = Ortschaften mit mehr als 10000 Einwohnern

d = Ortschaften mit 100000 Einwohnern und mehr

schwach ausgebildet war. Auch in sozialdemokratischen Hochburgen, zum Beispiel im Berliner Raum, waren die Prozentsätze der Wahlbeteiligung verhältnismäßig niedrig.

Umgekehrt drängten in den Gebieten des Reiches, in denen der Ausgang der Wahlen ungewiß schien, mehr als anderswo die Wähler zu den Urnen oder wurden von den Parteien mobilisiert. Hierzu zählten nicht nur die Kreise, in denen — wie im Königreich Sachsen und in Thüringen — die Sozialdemokratie ihre Wahlniederlage von 1907 wettzumachen suchte oder sich günstige Aussichten versprach, sondern ebenso diejenigen Gebiete — Ostelbien, Hannover, Baden, Württemberg —, in denen schwarzblaue Parteien und Linksparteien um die Entscheidung kämpften. Schließlich war überall dort eine höhere Wahlbeteiligung zu verzeichnen, wo die Konfessionen zu annähernd gleichen Teilen vertreten waren und das Zentrum sich gewisse Gewinnaussichten errechnen konnte. Trotzdem zeigen die gegenüber 1907 gesunkenen Sätze der Wahlbeteiligung in katholischen und gemischtkonfessionellen Gegenden, daß mit der veränderten Wahlparole auch der Anspruch zu den katholischen Parteien des Zentrums und der Polen nachließ.

Sehr auffallend ist jedoch die annähernd gleich starke Wahlbeteiligung in Stadt und Land. Maximum und Minimum im Reichsdurchschnitt wurden nur durch 1,1 Prozent getrennt. Diese Tatsache zeigte sich 1912 jedoch nicht zum ersten Mal. Das Jahr 1903 brachte sogar eine noch geringere Differenz zwischen stärkster und schwächster Wahlbeteiligung im Reich. Um so bemerkenswerter ist in diesem Zusammenhang, daß die ländlichen Wähler nicht nur im Reich die durchschnittliche Wahlbeteiligung erreichten, sondern in Preußen, besonders in Ostelbien, vielfach am eifrigsten zur Urne gingen. Da die Sachlage 1903 nicht viel anders war, mag sie nicht zufällig gewesen sein, zumal in diesen Gebieten die Überwachung des Verhaltens der Wähler durch den Bund der Landwirte und die Behörden besonders ausgebildet war. Der Bund der Landwirte vor allem sorgte durch eiserne Wahrung der Disziplin, daß auch der letzte rechtsstehende Wähler seinen Stimmzettel abgab.

Über die Stimmabgabe und -enthaltung einzelner Wählerschichten und Berufsgruppen für das Reich im ganzen wie für die einzelnen Landstriche könnte nur die eingehende soziologische Auswertung der Wahlergebnisse nicht nur jedes Wahlkreises, sondern jedes Stimmbezirkes Aufschluß geben. Der Verfasser sah sich aus zwei Gründen genötigt, diesen für die Kenntnis der politischen Meinungsbildung und die Quellen von Macht und Schwäche der Parteien vor dem Ersten Weltkrieg wichtigen Teilkomplex aus der Betrachtung auszuklammern. Zunächst sind die wegen der Berufsangabe der Wähler unbedingt erforderlichen Wählerlisten nur in den seltensten Fällen noch vorhanden. Aber selbst bei ihrer Existenz hätte eine soziologische Wahlanalyse, die das ganze Reichsgebiet untersuchen wollte, auf eine große Zahl von Spezialstudien aufzubauen, durch die das Wahlverhalten einzelner Kreise, Provinzen und Länder während eines größeren

Zeitraums beleuchtet würde. Eine solche Arbeit hätte also den abschließenden Schlußstein auf ein Gebäude zu setzen, für das nach dem augenblicklichen Stand der Wahlforschung — zumindest für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg — in Deutschland kaum erst die Fundamente gelegt wurden.

Das Hauptwahlergebnis und die Parteien

Die Entscheidung, wie sie sich in den Stimmengewinnen und -verlusten der Parteien widerspiegelt, neigte unverkennbar auf die Seite der Linken. Von den 12207632 Wählern mit gültigen Stimmzetteln hatten sich 3861319 für die konservativen Parteien und das Zentrum entschieden. Zu ihnen waren hinsichtlich der parlamentarischen Mehrheitsbildung noch die meisten Gruppen der Partikularisten und Protestler hinzuzurechnen, die zwar nicht durchweg, aber doch in wichtigen Fragen meist mit dem Zentrum stimmten. Im ganzen stützten sich daher diese Parteien auf etwas mehr als viereinhalb Millionen Stimmen oder 37,4 Prozent der Wählerschaft. Demgegenüber besaßen die Fortschrittler, Nationalliberalen und Sozialdemokraten mit rund siebeneinhalb Millionen Stimmen oder 61,9 Prozent ein klares Übergewicht. Noch 1903 hatte das Verhältnis zwischen den Rechtsparteien und ihren Gegnern 43,1 zu 56,3 Prozent betragen¹⁾.

Bedeutsamer noch war die Entwicklung der einzelnen Parteien selbst. Im Lager der Rechten wie der Linken vollzogen sich Verlust und Gewinn durchaus nicht mit gleicher Intensität.

Am schwersten von allen größeren Parteien war die *Reichspartei* vom Wahlausgang betroffen worden. Sie büßte mehr als ein Siebentel ihrer Anhängerschaft von 1903 ein, gegenüber den Wahlen des Jahres 1907, die ihr einen leichten Aufschwung gebracht hatten, war sogar der Verlust eines Viertels zu verzeichnen²⁾. Die schwersten Niederlagen hatte die Reichspartei in ihren alten Hochburgen, den Randgebieten des Reiches, wie Elsaß-Lothringen, Provinz Posen, Schlesien und Schleswig-Holstein, erlitten. Oft war der nationalliberale Angriff auf die Rechte die Ursache für den Niedergang der Reichspartei, so in Schlesien und zum Teil in Posen. In Elsaß-Lothringen mag der Grund in der seit 1903 erneut gewachsenen Entfremdung des Reichslandes vom Altreich und in der seit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung stärker einsetzenden Politisierung der Bevölkerung gelegen haben. Andererseits war aber ein Rückgang gemäßigt konservativer bei gleichzeitigem Anstieg deutschkonservativer Stimmenzahlen unverkennbar. Das war der Fall nicht nur in Posen, der Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, Pommern, sondern auch in Mecklenburg-Schwerin und dürfte sich

¹⁾ R. E. May in *Hilfe*, XVIII, 1912, S. 150 f.

²⁾ Die Divergenz zwischen dem gefallenem Satz des prozentualen Stimmenanteils und dem absoluten Ansteigen der Stimmenzahl erklärt sich aus der höheren Zahl gültiger Stimmen 1912 gegenüber 1907 und 1903, mit der das Wachstum der Partei nicht mithielt.

wohl nur zum Teil — so in Mecklenburg und Pommern — aus Wahlabsprachen im schwarzblauen Lager erklären. Zumindest in gleicher Weise lag die Ursache für dieses Symptom in der Mittelstellung der Reichspartei, durch die sie, bei dem Aufreißen der großen Kluft zwischen links und rechts ähnlich den Nationalliberalen in einen Existenzkampf nach zwei Seiten hin gedrängt wurde.

Dennoch blieben die gemäßigten Konservativen in erster Linie Vertreter des schwarzblauen Lagers und verdankten ihre Gewinne, die sie in einigen Gebieten auch 1912 erringen konnten, nicht nur der Zentrumshilfe, sondern auch der akuten Krise des Nationalliberalismus. Gerade die nahe Verwandtschaft mit den Nationalliberalen legte es den Reichsparteilern nahe, sich — wie sich zeigte, oft mit Erfolg — den rechtsstehenden nationalliberalen Elementen als Ausweg gegenüber dem Kurs Bassermanns anzubieten. Besonders deutlich wurden Stimmengewinne aus dieser Zielsetzung in Westpreußen, in Hannover, in Baden, Mecklenburg-Strelitz und einer Reihe der kleineren Herzogtümer und Fürstentümer, wobei allerdings bisweilen infolge der allgemeinen Linksorientierung der Wähler auch nicht unbedeutende Gruppen bisher deutschkonservativer Anhänger zu den gemäßigten Konservativen gestoßen zu sein scheinen, so in Ostpreußen und Westfalen.

Auch die *Deutschkonservativen* hatten große Verluste in ihren ostelbischen Stammgebieten zu beklagen. In Ostpreußen, wo sie noch 1903 nahezu 50 Prozent aller Wähler für sich gewinnen konnten, fanden sie 1912 nur bei wenig mehr als einem Drittel der Wähler Zustimmung. Ähnlich erging es ihnen in der Mark Brandenburg und den norddeutschen Klein- und Mittelstaaten. Geringere Einbußen waren in Berlin, Schlesien und im Königreich Sachsen festzustellen. In den meisten dieser Gebiete waren die Liberalen die Nutznießer dieser Entwicklung und konnten hier die größten sichtbaren Erfolge gegen die schwarzblauen Parteien verzeichnen.

Diesen erheblichen Verlusten der Deutschkonservativen standen jedoch zum Teil beträchtliche Gewinne in Posen und Schleswig-Holstein auf Kosten der Reichspartei und in den westelbischen Gebieten gegenüber. In der Provinz Sachsen, in Hannover, besonders aber in den süddeutschen Staaten Württemberg, Baden und Bayern schien die Kampfansage gegen den Liberalismus gewisse Früchte getragen zu haben. Dennoch dürften nicht unbeträchtliche Summen abkommandierter Wählerstimmen des Zentrums das im Süden und Westen günstiger als im Osten erscheinende Wahlergebnis für die Deutschkonservativen erzielt haben. Von einem wirklichen, dauerhaften Festsetzen der Deutschkonservativen in Süddeutschland kann daher nur mit Vorsicht gesprochen werden¹⁾.

Die Summe der Gewinne und Verluste der Deutschkonservativen im Reich

¹⁾ Georg Vogel (S. 606) hat zwar mit seiner Auffassung, daß die Konservativen ihren Stimmenzuwachs gegen 1907 dem verstärkten Ausbau der Organisation im Süden und Westen verdankten, vielleicht einen der Gründe getroffen. Mehr aber noch dürfte der Gewinn von rund 65 000 Stimmen — wie gezeigt — der Hilfe des Zentrums zuzuschreiben sein.

bestätigte den Schwund des Anteils an den Wählerstimmen. Hatte die Partei 1903 noch knapp 10 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen können und war dieser Anteil infolge der intensiven Hilfe für die anderen Parteien des Bülow-blocks 1907 auf 9,4 Prozent abgesunken, so erreichte sie 1912 — trotz der Unterstützung durch die Zentrumspartei — nur mehr 9,2 Prozent.

Schwer von dem „Ruck nach links“ wurden auch die *kleineren Rechtsparteien* heimgesucht, deren gemeinsames Moment der Antisemitismus war. Die zum Teil nicht unwesentliche Anhängerschaft, die sie in Westpreußen, Berlin, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Schleswig-Holstein, im Königreich Sachsen und in mehreren Herzogtümern gegen die Deutsch- und Freikonservativen im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts gewonnen hatten, hatte sich in dieser Wahl teils nach links, teils aber wohl auch nach rechts abgewandt. In den genannten Gebieten waren die antisemitischen Splittergruppen zu fast völliger Bedeutungslosigkeit verurteilt worden¹⁾. Auch in der Provinz Sachsen, in Hannover, Württemberg, Baden und der antisemitischen Hochburg Hessen-Nassau waren die Verluste beträchtlich.

Gegenüber standen dem jedoch auch wesentliche Gewinne, die offensichtlich mit Hilfe anderer Parteien, zumeist des Zentrums, erreicht wurden, so im Nordwesten des Reiches, im Rheinland, in Westfalen und im Großherzogtum Hessen, vornehmlich durch die Christlich-Sozialen. Daneben hatten die Antisemiten in Posen, den Hansestädten und in Sachsen-Weimar gewisse Fortschritte gemacht. Im Reichsdurchschnitt hatten die antisemitischen Parteien trotz der besonders in Franken, Nordwürttemberg, der Pfalz und Hessen gezielt eingesetzten Zentrums-hilfe für den Bund der Landwirte mehr als ein Viertel ihrer Anhängerschaft verloren.

Das Ergebnis der Hauptwahl war für die *Zentrumspartei* wesentlich durch ihre konsequent verfolgte Taktik zur Vermeidung falscher Stichwahlen beeinflusst. Wenn — im Höchstfall — 200 000 Stimmen den konservativen Bundesgenossen zugeführt wurden, so bedeutete das eine Verminderung des Zentrumanteils an den Stimmen im Reich um etwa 1,5 Prozent, da nur in geringem Maße die rechten Parteien diese Hilfe erwidern konnten. Immerhin könnte mit dem taktischen Vorgehen des Zentrums nur die Hälfte des Schwundes der Partei, der sich auf 3 Prozent gegenüber 1907 und 3,5 Prozent seit 1903 belief, erklärt werden.

Resultierten die Einbußen der Zentrumspartei in Ostelbien wohl gänzlich auf dem Eintreten für konservative Kandidaten, so dürften die oft großen Verluste

¹⁾ Eine Einschränkung scheint hier vonnöten: zu den antisemitischen Splitterparteien wurden auch Vertreter des Bundes der Landwirte gerechnet, soweit sie nicht als Angehörige anderer Parteien auftraten. Infolge ihrer engen Kontakte zu den Konservativen ist es aber nicht ausgeschlossen, daß sich die Zahl dieser Kandidaten seit 1903 verringerte zugunsten konservativer Parteikandidaten mit bündlerischer Ausrichtung, die nun die bündlerische Wählerschaft auf diese anderen Parteien zogen. Da jedoch in Ostelbien die Zahl spezieller Kandidaturen des Bundes der Landwirte stets nur gering blieb, dürfte auch das Wahlergebnis der Splittergruppen hiervon in diesen Gebieten nur wenig beeinflusst worden sein.

der Partei in ihren Hochburgen im Rheinland, in Westfalen, aber auch in Baden, Württemberg und Bayern, am ehesten noch im hessischen Raum, nur zu einem kleineren Teil hiermit zu begründen sein. Zum Unterschied von den konservativen Parteien hatte das Zentrum nirgendwo nennenswerte neue Eroberungen gemacht.

Von den drei großen Linksparteien hatten die *Nationalliberalen* nicht nur am großen Aufschwung der Fortschrittler und der Sozialdemokraten keinen Anteil gehabt, sondern im Durchschnitt des Reiches im Vergleich zu 1907 nicht weniger als 0,9 Prozent gültiger Stimmen eingebüßt. Selbst gegenüber den Ergebnissen von 1903 blieb noch ein Verlust von 0,4 Prozent. Hohe Einbußen waren zwar namentlich in Hannover, in Westfalen und der Provinz Sachsen zu verzeichnen und fanden ihre Erklärung in dem zweiseitigen Angriff der Konservativen und Sozialdemokraten auf diesen alten Besitz der Partei. Für die oft erstaunlichen Verluste nicht nur in den zwei süddeutschen Königreichen, sondern auch in Baden und besonders im Großherzogtum Hessen war neben dem Vorstoß der schwarzblauen Parteien aber nicht zum wenigsten der Aufschwung des Fortschritts verantwortlich. Unverkennbar hatte die Fortschrittliche Volkspartei teils in Gegnerschaft zu den gemäßigten Liberalen, teils auch als Bundesgenossen, denen Gegenleistungen eingeräumt werden mußten, viele ehemalige Anhänger des Nationalliberalismus an sich gezogen. Auf der anderen Seite konnten die Nationalliberalen jedoch in Ostelbien auf Erfolge blicken, die die im Süden und Westen erlittenen Verluste nahezu wettmachten. Der seit dem Scheitern der Finanzreform beschleunigte Ausbau der Organisation im Osten hatte unverkennbare Spuren hinterlassen. In Ostpreußen hatte die Partei fast das Fünffache ihrer Anhängerschaft von 1903 gewonnen, mehr als das Dreifache der von 1907. Die pommerschen Anhänger hatten sich auf fast das Achtfache vermehrt. In Posen konnten im ersten Anlauf nahezu 5 Prozent der Wähler gewonnen werden. Im Königreich Sachsen stiegen die Stimmenzahlen von knapp 15 Prozent im Jahre 1903 auf knapp 22 Prozent an. Insgesamt stand damit der konservativen Westbewegung eine nationalliberale Ostbewegung gegenüber.

Als einzige große bürgerliche Partei konnte die *Fortschrittliche Volkspartei* hohe Stimmengewinne verbuchen. Seit den Wahlen von 1903 — als sie noch in drei Gruppen zersplittert kämpfte — war diese Partei stetig gewachsen. Während sie 1903 mit 4,7 Prozent hinter der Stärke der Nationalliberalen zurückgestanden hatte, war nun die Differenz zwischen beiden Parteien auf 1,3 Prozent zusammengeschmolzen. Die Stimmengewinne, die zu diesem Ergebnis führten, stammten nur zu einem kleinen Teil aus der ehemaligen Anhängerschaft der schwarzblauen Parteien. Das Überschnellen weiter Kreise der ehemals nationalliberalen Wählerschaft zum Fortschritt konnte besonders im Westen und Süden des Reiches nicht übersehen werden. So wurde in Hessen der bündlerisch orientierte Nationalliberalismus hauptsächlich durch die Konkurrenz der Fortschrittler zurückgedrängt. Hier schien sich ein neues Zentrum des Fortschritts zu bilden, wie es seit der Jahrhundertwende in Schleswig-Holstein ebenfalls gegen das

Bündlertum entstanden war. In Bayern, Sachsen und vor allem Baden — auch hier wieder in Konkurrenz zum Nationalliberalismus — schien der Fortschritt jetzt endgültig Eingang gefunden zu haben. Bemerkenswert dagegen ist der Stimmenverlust, den die Partei in Gebieten mit alter Fortschrittstradition erlitt, wie Württemberg und Niederschlesien. Während in Württemberg die Einbußen noch geringfügig blieben und vielleicht aus dem Wahlabkommen mit den Nationalliberalen herrührten, machte sich in Niederschlesien der Druck der Sozialdemokratie bemerkbar. Auch in Pommern, wo die Partei 1903 noch einen Stimmenanteil von 23,7 Prozent verbuchen konnte und damit der Hauptgegner der Konservativen gewesen war, mußten die Fortschrittler gegenüber dem Druck von rechts und links — aufstrebende Nationalliberale und Sozialdemokraten — beträchtliche Stimmeneinbußen hinnehmen. Im ganzen jedoch konnte die Partei im Ausgang der Hauptwahl einen zufriedenstellenden Erfolg ihrer Organisationsarbeit verzeichnen, der für das Weiterbestehen des noch jungen Verbandes von großer Wichtigkeit gewesen sein dürfte.

Von allen Parteien hatten die *Sozialdemokraten* den größten Aufschwung zu verzeichnen: Erstmals hatten über 4 Millionen Wähler, mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten, die Arbeiterpartei gewählt. Seit 1907 hatte die Partei damit einen Zuwachs von 5,9 Prozent aller gültigen Stimmen erhalten, gegenüber 1903 immer noch von 3,1. Die Sozialdemokraten gingen damit als erfolgreichste Partei aus dem Wahlkampf hervor. Einzig in Ostpreußen, im Königreich Sachsen, in Mecklenburg und einigen Fürstentümern und Hansestädten konnte der 1903 verbuchte Stimmenanteil noch nicht wiedergewonnen werden. Hier wirkte noch immer die Wahlparole des Jahres 1907 mit ihrer Spitze gegen die Sozialdemokratie nach. Trotzdem lag in allen diesen Gebieten der Prozentsatz des sozialdemokratischen Stimmenanteils über dem des Jahres 1907 — ein Beweis, daß auch hier die Sozialdemokratie Fortschritte machte, wenn auch langsamer als im übrigen Reich. Überdurchschnittlich war das Wachstum der Partei gegenüber 1903 im Berliner Raum, Schlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg und Elsaß-Lothringen.

Mandatsgewinne in der Hauptwahl

Wieweit sich die Erfolge der Liberalen und Sozialdemokraten hinsichtlich des Stimmenzuwachses auch durch den entsprechenden Gewinn an Mandaten bestätigen würde, blieb vor dem Ausgang der Stichwahlen zunächst eine offene Frage. Mehr als je zuvor hatte es das System der absoluten Mehrheitswahl zu einer Vielzahl von Stichwahlen kommen lassen, die zu vielerlei Vermutungen über die endgültige Zusammensetzung des Reichstags Anlaß boten. Wie es die Regel war, hatten sich diejenigen Parteien, die bestimmte, festumgrenzte Wählerschichten ansprachen, die Mehrzahl der im ersten Wahlgang ermittelten Mandate gesichert.

Wenn auch die Liberalen mit diesem Ergebnis die geringsten Erfolge für sich verbuchten — ein Tatbestand, der sich aus ihrer Mittelstellung erklärte — und die Fortschrittler nicht einmal ein einziges Mandat erringen konnten, so war doch mit aller Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß — wie stets bisher — in Stichwahlen die gemäßigten Mittelparteien als „kleineres Übel“ von beiden

Mandatsgewinne in der Hauptwahl¹⁾

	1912	1907
Zentrum	79	86
Deutschkonservative	27	43
Reichspartei	5	11
Polen	14	19
Elsaß-Lothringer, Welfen, Dänen	9	10
Rechtsgruppen	3	10
Sozialdemokraten	64	29
Nationalliberale	4	21
Fortschrittler	—	9
Bayerischer Bauernbund	1	1
insgesamt	206	239

Seiten den extremeren Gegnern vorgezogen werden würden. Wie hoch der Mandatsgewinn der einzelnen Parteien in den Stichwahlen werden würde, hing von dem Erfolg der jeweiligen Taktik ab, nach der jede von ihnen im weiteren vorzugehen gedachte.

Die Parteien in Orten verschiedener Größe

Auch in Gemeinden verschiedener Größenordnung waren Gewinne und Verluste der Parteien unterschiedlich. Wenn auch die soziologische Komponente weitgehend außer acht gelassen werden muß, so mögen doch einige ins Auge fallende Besonderheiten im Wahlergebnis nachfolgend berücksichtigt werden.

Am auffälligsten an dem Wahlausgang für die *Deutschkonservativen* schien, daß trotz des allgemeinen Verlustes von 0,8 Prozent der Wählerstimmen gegenüber 1903 die Partei zum Teil erhebliche Stimmengewinne auf dem flachen Lande (Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohnern = Gruppe a) verbuchen konnte. So verzeichneten die Deutschkonservativen Württembergs einen Zuwachs von 10 Prozent auf dem Lande, in Bayern von mehr als 5 Prozent, in Mecklenburg trotz seines schon hohen Satzes immer noch mehr als vier Prozent. Auch in Baden hatte die Partei einen Zuwachs von nahezu 6 Prozent der ländlichen Wähler. In Preußen betrug der Anstieg mehr als 1, im Reich 2 Prozent.

¹⁾ Parteien, S. 363.

Die Deutschkonservativen

Länder	überhaupt		a		b		c	
	1903	1912	1903	1912	1903	1912	1903	1912
Preußen	13,3	11,5	21,5	22,7	7,7	6,9	6,5	3,7
Bayern.	1,4	4,5	1,9	7,5	1,1	1,3	0,1	0,8
Sachsen	10,1	8,0	16,3	16,3	9,4	7,4	6,0	3,7
Württemberg	4,8	11,8	7,1	17,2	3,2	9,1	0,3	4,4
Baden	0,7	4,1	0,8	6,5	0,7	4,8	0,4	0,3
Hessen.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
M.-Schwerin	29,2	30,1	44,2	48,4	14,4	13,4	8,1	8,4
Oldenburg	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hamburg.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Reich	10,0	9,2	15,5	17,5	6,4	5,7	4,9	3,0

Für diese Entwicklung dürfte es verschiedene Ursachen gegeben haben. Zunächst kam in vielen Gegenden die Wahlhilfe schwarzblauer Bundesgenossen hauptsächlich auf dem Lande zur Wirkung, da das konservative Programm hier am meisten Anklang fand. Teilweise war es die Hilfe des Zentrums, wie in den württembergischen Kreisen Ulm, Gmünd, Freudenstadt, zum Teil rührte der konservative Aufschwung in außerpreußischen Gebieten aber auch von einer Verminderung bündlerischer Kandidaturen her. Um auch nichtagrарische Wähler zu gewinnen, hatte man sich nicht selten entschlossen, statt einer ausgesprochenen Kandidatur des Bundes der Landwirte die weniger verfängliche deutschkonservative aufzustellen. Bisweilen blieb es sogar nur bei einer äußerlich-formalen Umbenennung der Kandidatur, ohne daß in der Person des Kandidaten eine Veränderung eintrat. So blieb der Kandidat von Ansbach der gleiche, obwohl er sich 1903 als Vertreter des Bundes der Landwirte, jetzt aber als Konservativer seinen Wählern präsentierte. Für das Wahlergebnis hatte dieser Umstand zur Folge, daß zwar die Deutschkonservativen äußerlich an Wählern gewannen, besonders auf dem Lande, daß im gleichen Maße aber die Stimmenanteile des Bundes der Landwirte zurückgingen, also kein echtes Wachstum des konservativen Anteils an der Wählerschaft vorlag. Ansbach, Eßlingen und Heidelberg zählten zu Fällen dieser Art. In anderen, meist bayerischen Kreisen konnten die Konservativen aus der Absplitterung der fränkischen Gruppe vom alten (Bayerischen) Bauernbund profitieren, etwa in Schweinfurt und Erlangen.

In einer anderen Gruppe süddeutscher Kreise — Kaiserslautern, Forchheim, Bayreuth — wurde nicht nur die bündlerische Kandidatur zugunsten einer konservativen aufgegeben, sondern das Zentrum zog überdies seine Kandidatur zurück. In allen diesen Fällen ist der konservative Anstieg also nur ein scheinbarer. Dennoch gab es auch einzelne Kreise, wo die Deutschkonservativen aus eigener Kraft neue ländliche Wähler ihrem Programm gewannen, so erzielten sie in Cannstatt ohne wesentliche Unterstützung einen Anteil von rund 30 Prozent der ländlichen Stimmen, in Mannheim einen solchen von 6 Prozent.

Der Anstieg in Mecklenburg-Schwerin war dagegen ebenfalls nur ein scheinbarer. Hier hatte die Reichspartei in einem einzigen Kreis, Rostock/Doberan, auf eine Kandidatur verzichtet und damit ihren Anteil von etwa 4 Prozent der ländlichen Wähler des Großherzogtums den Deutschkonservativen überlassen. Die gleiche Erscheinung ist auch in Preußen zu erkennen, wo der Zuwachs an Wählern hauptsächlich im Westen lag. Immerhin gab es einige Kreise, in denen die Konservativen aus eigener Kraft recht beachtliche Erfolge erzielten, so in Hanau, wo sie gegenüber den 1903 kandidierenden Antisemiten einen Gewinn von 18 bis 20 Prozent verbuchen konnten. In Hildesheim erreichten sie im ersten Anlauf sogar einen Anteil an den ländlichen Wählern von rund 23 Prozent. In Ostelbien erzielten die Deutschkonservativen höhere Stimmenzahlen auf dem Lande zumeist mit der Hilfe benachbarter Parteien — wenn die Wähler sich nicht überhaupt anderen Parteien zuwandten. So fiel in der Provinz Ostpreußen der Anteil an den ländlichen Stimmen von rund 59 auf 47 Prozent. Auch die knapp 3 Prozent, die die Reichspartei gegenüber 1903 gewann, konnte den großen Niedergang des Konservatismus in einem seiner Kerngebiete nicht verdecken. Auffallen mußte es jedoch, wenn zur gleichen Zeit in einer anderen konservativen Hochburg, dem pommerschen Regierungsbezirk Köslin, der Anteil der Partei an den ländlichen Wählern auch jetzt noch von 63,8 auf rund 73 Prozent anstieg, wobei infolge einer 1912 zurückgezogenen, aber 1903 konkurrierenden antisemitischen Kandidatur der reale Gewinn der Deutschkonservativen immer noch 4 Prozent betrug.

In den beiden anderen Ortsgrößenklassen war der Rückgang deutschkonservativer Stimmen meist stärker ausgeprägt, zumal in überwiegend städtischen Wahlkreisen die Deutschkonservativen selbst oft den verbündeten Parteien Wahlhilfe leisteten. Nur in einigen preußischen Regierungsbezirken — Liegnitz, Magdeburg, Stralsund —, in den beiden süddeutschen Königreichen und in Baden drückte sich die Unterstützung der befreundeten schwarzblauen Parteien

Die Zentrumspartei

Länder	überhaupt		a		b		c	
	1903	1912	1903	1912	1903	1912	1903	1912
Preußen	20,0	16,7	20,8	17,1	27,9	24,5	15,3	13,4
Bayern.	43,2	38,8	53,8	51,4	40,6	34,2	21,6	18,4
Sachsen	0,6	0,3	0,7	0,2	0,3	0,1	0,8	0,4
Württemberg . . .	24,8	17,0	33,7	25,8	17,6	14,1	8,7	4,0
Baden	40,7	31,2	52,2	45,5	39,7	28,3	19,8	13,5
Hessen	17,1	10,1	16,1	7,3	24,0	14,0	10,5	9,9
M.-Schwerin . . .	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Oldenburg	25,5	22,1	32,9	27,3	28,2	29,4	1,7	3,2
Hamburg.	1,4	0,8	0,2	0,0	0,3	0,3	1,5	0,8
Reich	19,7	16,4	24,1	20,5	22,9	19,8	12,6	10,9

auch in einem Ansteigen konservativer Stimmen in den größeren Gemeinden aus, ohne daß damit von einem echten Aufschwung der Partei in den größeren Städten ohne weiteres gesprochen werden darf.

Anders als bei den Deutschkonservativen war beim *Zentrum* überall im Reich und in allen Ortsgrößenklassen mit nur wenigen Ausnahmen ein zum Teil beträchtlicher Rückgang eingetreten. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen — wie erwähnt — zu einem gewissen Teil an der Unterstützung, die den benachbarten Parteien gewährt wurde. So mag die hohe Ziffer der Verluste in der Gruppe a nicht zum wenigsten aus der den Konservativen gewährten Hilfe zu erklären sein und korrespondiert mit der Zunahme dieser Partei besonders in Baden und Württemberg. Dennoch blieb die Hauptwählerschaft des Zentrums ländlich orientiert. Aber auch darüber hinaus war ein fühlbarer Rückgang in den Stimmenanteilen der Partei in allen Klassen nicht zu übersehen.

Wie bei den Parteien des schwarzblauen Lagers sind auch bei den beiden

Die Nationalliberalen

Länder	überhaupt		a		b		c	
	1903	1912	1903	1912	1903	1912	1903	1912
Preußen	11,6	12,5	10,4	12,6	12,2	13,9	12,6	12,0
Bayern.	15,7	9,6	12,7	9,1	21,3	16,1	19,7	7,4
Sachsen	13,0	21,9	9,6	16,0	11,1	19,4	16,7	26,4
Württemberg . . .	16,9	15,4	11,7	9,6	19,7	13,7	27,6	26,9
Baden	31,4	26,0	30,6	27,0	32,4	26,5	32,0	24,3
Hessen	35,5	25,5	41,6	29,0	25,5	19,9	36,3	26,9
M.-Schwerin . . .	5,5	6,7	2,7	3,3	2,7	2,7	15,4	17,5
Oldenburg	4,8	15,4	6,5	30,2	3,5	12,0	6,3	9,6
Hamburg.	22,7	11,8	46,1	28,6	43,2	17,3	21,4	11,4
R e i c h	13,9	13,6	12,7	12,8	14,0	15,0	15,3	13,8

Der Fortschritt

Länder	überhaupt		a		b		c	
	1903	1912	1903	1912	1903	1912	1903	1912
Preußen	9,5	11,5	7,5	8,1	9,0	10,6	12,0	14,7
Bayern.	3,8	9,4	1,7	4,6	8,1	8,6	8,5	18,5
Sachsen	6,2	8,7	3,4	8,1	4,2	10,0	3,8	8,5
Württemberg . . .	17,2	17,4	16,3	15,5	20,8	21,8	16,0	17,5
Baden	2,8	7,5	1,5	4,5	1,7	5,9	6,0	12,7
Hessen	5,0	15,9	5,1	17,1	4,8	16,7	5,1	13,2
M.-Schwerin . . .	20,0	25,8	14,7	20,4	32,2	40,4	21,1	23,0
Oldenburg	22,2	29,1	20,6	25,0	24,0	29,4	19,5	32,1
Hamburg.	11,2	25,3	0,0	22,6	0,0	28,6	11,8	25,2
R e i c h	9,9	12,3	7,1	8,8	9,2	12,1	11,8	15,6

großen *liberalen Parteien* infolge ihrer vor den Hauptwahlen getroffenen Abmachungen nur schwer die wirklichen von den scheinbaren Gewinnen und Verlusten zu unterscheiden. Im allgemeinen kann jedoch festgestellt werden, daß trotz der für sie ungünstigen Bilanz der Wahlen die Nationalliberalen auf dem Lande und in den kleineren Gemeinden noch am besten abschnitten, und wiederum im Norden besser als im Süden. Während die Nationalliberalen im Norden — Preußen, Sachsen und kleinere Staaten — unbestreitbar auf Kosten der Konservativen wachsen konnten, dürfte in süddeutschen Staaten teilweise die Wählerschaft zu den Freisinnigen abgewandert sein. Allerdings dürften zu dem bisweilen nicht unbeträchtlichen Stimmenschwund der Nationalliberalen in Baden etwa und Bayern die Wahlabreden mit den Freisinnigen nicht unwesentlich beigetragen haben, so daß hier die Gewinne auch der Fortschrittlichen Volkspartei in gewissem Grade nur scheinbare sind.

Anders dagegen haben die Fortschrittler in weiten Teilen des Großherzogtums Hessen die Nachfolge der Nationalliberalen angetreten. In Ostelbien, in Preußen und Sachsen konnten die Liberalen auf dem flachen Lande ehemals konservative Wähler an sich ziehen, wobei die Nationalliberalen als die gemäßigteren günstigere Resultate erzielten. Schon in der Gruppe b zeigte sich jedoch, daß das freisinnige Programm auf die kleinstädtischen Wähler Preußens die gleiche, auf die Sachsens aber bereits eine größere Anziehungskraft besaß als das der Nationalliberalen. In den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern endlich war die bessere Fähigkeit des Fortschritts, den städtischen Wähler zu gewinnen, unverkennbar: in dieser Ortsgrößenklasse hatten die Nationalliberalen die meisten Stimmenrückgänge zu verzeichnen. Ausnahmen blieben hier nur einige ostelbische Gebiete, in denen die Nationalliberalen bisherige städtische Wähler der Konservativen an sich zogen. Auch in Sachsen, wo gegenüber dem gewaltigen Anwachsen der Sozialdemokratie die Nationalliberalen nicht selten als Kompromißkandidaten vom Freisinn bis zu den Konservativen aufgestellt worden waren, konnte die Partei in dieser Gruppe einen Anstieg der Stimmen feststellen. Für das ganze Reich betrachtet hatte der Nationalliberalismus nicht nur die meisten Anhänger, sondern auch die höchste Zuwachsrate in den Gemeinden der Gruppe b, während die Entwicklung auf dem flachen Lande nahezu stillstand, in den Großstädten nicht unbeträchtlich rückläufig war. Demgegenüber fanden die Fortschrittler anteilmäßig steigenden Zuspruch vom flachen Land bis zu den Großstädten.

Wie bisher fand die *Sozialdemokratie* auch diesmal unter der städtischen Bevölkerung die meisten Anhänger. Dennoch hatte das flache Land gegenüber dem Jahre 1903 den größten Zuwachs im Reich, während die Zuwachsrate der Gruppe a in Preußen erst an zweiter Stelle lag. Gründe hierfür können im größeren Nachholbedarf des Landes gesehen werden. Es mag auch ein Zeichen dafür gewesen sein, daß der sozialistische Gedanke bei der ländlichen Bevölkerung Süddeutschlands — aber auch Hessens — allmählichen Eingang zu finden schien.

Länder	überhaupt		a		b		c	
	1903	1912	1903	1912	1903	1912	1903	1912
Preußen	28,7	32,1	14,1	15,1	28,9	29,7	45,8	47,7
Bayern.	21,7	27,3	9,4	14,5	25,0	31,4	46,6	48,0
Sachsen	58,8	55,0	50,9	47,8	64,4	59,6	61,0	56,6
Württemberg . . .	27,5	32,5	17,1	21,3	35,1	38,5	46,9	47,2
Baden	21,9	28,3	10,8	14,6	24,0	31,6	41,2	44,6
Hessen.	35,5	39,3	24,0	28,2	43,6	45,6	47,6	48,5
M.-Schwerin . . .	41,3	37,4	33,3	27,9	48,9	43,5	52,6	51,1
Oldenburg	31,4	33,1	14,6	17,3	32,2	28,9	57,8	54,7
Hamburg.	62,1	61,2	44,2	44,4	47,0	52,1	63,0	61,8
Reich	31,7	34,8	17,1	19,0	35,0	35,8	48,3	49,3

Wieweit mit wachsender Industrialisierung auch eine größere Zahl von Pendlern zu diesem Ergebnis beitrug, könnte nur eine eingehende soziologische Überprüfung zeigen. Für die im allgemeinen geringere Zuwachsrates in den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern sprach aber schließlich der relativ hohe Sättigungsgrad, den die Sozialdemokratie dort bereits erreicht hatte und der ein weiteres Wachstum nur im verlangsamten Tempo erlaubte. Trat doch bei der Wahl von 1912 bereits nahezu jeder zweite Städter im Reich für das Programm der Arbeiterpartei ein. In vielen Gegenden — Sachsen, Mecklenburg — wurde dieser Satz noch weit überschritten. Sehr hohe Stimmengewinne erzielte die Sozialdemokratie in den Großstädten mit ihrer zahlreichen Arbeiterbevölkerung. So wählten in Berlin 75,6 Prozent die Sozialdemokratie (gegen 66,9 im Jahre 1903), in Chemnitz 62,1 (64,0) und in Neukölln (Rixdorf) sogar 83,7 (83,5). Oft lagen die Stimmenanteile für die Sozialdemokratie noch unter den 1903 erzielten, meist aber bereits wieder beträchtlich höher gegenüber den Wahlen von 1907. Das war durchweg in den preußischen Provinzen der Fall. Von den größeren Staaten lagen die Werte noch niedriger in Sachsen, Mecklenburg und Hamburg.

Im übrigen waren auf dem flachen Lande, oft nicht aber in den beiden anderen Klassen b und c, die Verluste von 1907 voll ausgeglichen worden. In den Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern schienen die bürgerlichen Wähler angesichts der hier zumeist beherrschenden Stellung der Sozialdemokratie ihrem Abwehrwillen stärkeren Ausdruck verliehen zu haben. Die größere Wahlbeteiligung seit 1903 schien als ein Zeichen der intensiveren Politisierung der Wähler, besonders des Bürgertums, sich in diesem Punkte gegen die Sozialdemokratie zu wenden. Die verstärkte Beteiligung an den Wahlen äußerte sich vielerorts gegen die Sozialdemokratie, die oft weniger neue Großstadtwähler zu mobilisieren vermochte als die konkurrierenden Parteien. So vermehrten sich zwar die sozialdemokratischen Wählmassen Hamburgs zwischen 1903 und 1912 von 95 915 auf 133 395 Stimmen, der Anteil an den gültigen Stimmen sank

jedoch im gleichen Zeitraum um ein Prozent. So zeigte sich, daß die Arbeiterpartei ihr städtisches Kräfte-reservoir vielerorts ausgeschöpft hatte und nun intensiver darangehen mußte, die ländliche Bevölkerung zu gewinnen, wenn der Aufstieg der Partei fortgesetzt werden sollte.

Die Politik der Parteien zwischen den Wahlgängen

Höher als je zuvor war 1912 die Zahl der Stichwahlen. In 191 Wahlkreisen mußte in einem zweiten Wahlgang die Entscheidung gesucht werden (1907 in 158, 1903 in 180, 1898 in 187, 1893 in 180, 1890 in 149)¹⁾. Bei nur 206 bereits vergebenen Mandaten blieb damit das endgültige Stärkeverhältnis der Parteien im Reichstag offen. Da in der Hauptwahl diejenigen Parteien den größten Gewinn verbuchten, die auf einen festen Wählerstamm in klar begrenzten Gebieten rechnen konnten, standen besonders die Kandidaten der Linken in den Stichwahlen. Bezeichnend war das Wachstum der deutschkonservativen Kandidaturen, die sich einem zweiten Wahlgang stellen mußten. Waren es 1907 nur 29 gewesen, so war ihre Zahl nun auf 46 emporgeschnellt, ein Zeichen, wie sehr der Angriff der Oppositionsparteien in vielen Fällen zwar ausgereicht hatte, um den konservativen Sieg in der Hauptwahl zu verhindern, jedoch zu schwach blieb, um die Rechte wirklich entscheidend zu treffen.

Das Kernproblem, mit dem sich alle Parteien in ihrer Stichwahltaktik auseinanderzusetzen hatten, lag in dem großen Aufschwung der Sozialdemokraten. Hatte die Arbeiterpartei 1907 insgesamt nur 43 Mandate erringen können, so hatte sie nun im ersten Wahlgang allein 64 Sitze gewonnen, und da sie in nicht

Stichwahlpositionen der Parteien²⁾

(in Klammern: schließliche Gewinne der in der obersten waagerechten Reihe aufgeführten Parteien)

	DK	RP	WVG	Z	NL	FVP	SPD	Andere
DK	—	1 (1)	1 (1)		2 (1)	15 (14)	19 (9)	4 (—)
RP	1 (—)	2 (1) *			1 (1)	3 (3)	11 (5)	2 (1)
WVG	1 (—)		—		5 (3)	3 (1)	7 (3)	3 (2)
Z				—	12 (7)	2 (1)	9 (5)	5 (3)
NL	2 (1)	1 (—)	5 (2)	12 (5)	—	3 (2)	39 (12)	6 (4)
FVP	15 (1)	3 (—)	3 (2)	2 (1)	3 (1)	—	30 (9)	
SPD	19 (10)	11 (6)	7 (4)	9 (4)	39 (27)	30 (21)	—	7 (4)
Andere	4 (4)	2 (1)	3 (1)	5 (2)	6 (2)		7 (3)	—
insgesamt	42 (16)	20 (9)	19 (10)	28 (12)	68 (42)	56 (42)	122 (46)	27 (14)

*) Im Kreis Ostprignitz standen sich zwei Kandidaten der Reichspartei gegenüber.

¹⁾ Parteien, S. 363.
²⁾ Vgl. Parteien, S. 364, wo Blaustein zu teilweise anderen Ergebnissen gelangt.

weniger als 122 zum Teil sehr aussichtsreichen Stichwahlen stand, war mit Sicherheit zu erwarten, daß die Gesamtziffer von 81 Mandaten des Jahres 1903 zumindest erreicht, wahrscheinlich aber weit überschritten werden würde. Die Entscheidung über das weitere Wachstum der sozialdemokratischen Fraktion lag zu einem nicht unwesentlichen Teil bei den liberalen Parteien und ihrer Wählerschaft. Würden die Liberalen auch angesichts des gewaltigen Wachstums der Arbeiterpartei an der vor den Hauptwahlen verfolgten Linie der Zertrümmerung des schwarzblauen Blockes festhalten und damit zugunsten der Sozialdemokraten Zentrum und Konservative auch in den Stichwahlen bekämpfen oder würden sie aus Sorge über den Machtzuwachs der extremen Linken auf die Seite der schwarzblauen Parteien überwechseln? Da das Schicksal beider großer liberalen Parteien vom Ausgang der Stichwahlen abhing, konnten die Parteiführer die Stichwahlpolitik nicht ohne weiteres auf dem vor den Hauptwahlen eingeschlagenen Weg belassen. Die neue Frontlinie zwischen den Parteien, die Positionen der liberalen Kandidaten gegenüber den Konkurrenten auf der rechten wie linken Seite mußten erneut durchdacht werden, um danach die weitere Taktik einzurichten.

Die liberalen Parteien sahen sich auf beiden Seiten einer beträchtlichen Zahl von Stichwahlgegnern gegenüber. Während aber für die Fortschrittler die Gefährdung von rechts und links nahezu gleich groß war — neben 30 Stichwahlgegnern der Sozialdemokratie hatten sie 23 der schwarzblauen Parteien —, mußten die Nationalliberalen mehr gegen die Arbeiterpartei (in 39 Stichwahlen) als gegen den schwarzblauen Block ankämpfen (in 20 Stichwahlen). Mehr als für die radikale Nachbarpartei lag es daher für die gemäßigten Liberalen nahe, sich den schwarzblauen Parteien anzunähern oder doch einen Modus zu finden, durch den die Hilfe sowohl der rechts- wie der linksgerichteten Parteien und damit der Gewinn einer größtmöglichen Mandatszahl gewährleistet werden konnten. Aber auch der Fortschritt konnte nicht ohne weiteres zugunsten des Bürgertums oder der Arbeiterpartei die von der Unterstützung der Gegenseite abhängigen Mandate preisgeben. In der klaren Erkenntnis dieser Zwangslage des Liberalismus setzte daher sowohl seitens des schwarzblauen Blocks wie auch seitens der Sozialdemokratie ein intensives Werben um die liberale Mitte ein.

Grundlage der Taktik beider liberalen Parteien blieben die miteinander getroffenen Abkommen, die im Januar auch für die Stichwahlen bekräftigt wurden¹⁾. Eine gegenseitige Unterstützung beider Parteien war um so leichter zu ermöglichen, als infolge der Absprachen vor den Hauptwahlen nur in drei Wahlkreisen ihre Kandidaten gegeneinanderstanden. Beide Stichwahlaufufe forderten daher ihre Anhänger ausdrücklich zur Unterstützung des Bundesgenossen auf²⁾. Verschiedene Wege suchten dagegen die Liberalen in ihrer Taktik gegenüber Sozialdemokratie und schwarzblauen Parteien.

¹⁾ Heuß in Hilfe, XVIII, 1912, S. 50. — Voß, Nr. 29, 17. Januar 1912. — FZ, 17. Januar 1912 [Parteien, S. 223].

²⁾ NB, 24. Jg., Nr. 3, 21. Januar 1912.

Die Rücksicht auf die inneren Spannungen machten es der nationalliberalen Parteiführung unmöglich, eine feste Marschroute auszugeben. Die „Kölnische Zeitung“ schlug vor: Da man vor dem Problem stünde, entweder das sozialistische oder das schwarzblaue Übel unterstützen zu müssen und dennoch die Partei heil aus dem Kampf hinauszubringen, sich andererseits die national-liberale Wählerschaft nicht leicht kommandieren ließe, wäre es das Beste für die Parteileitung, den einzelnen Kreisen die Stichwahlparole freizugeben. Nach Aussprache mit den abgeordneten Vertretern der Landesorganisationen behielt sich der geschäftsführende Ausschuß, indem er den Landesverbänden anheimstellte, Stichwahlabkommen mit anderen Parteien zu treffen¹⁾. Mit dieser Lösung befreite sich die Parteileitung nicht nur von jeder Verantwortung für die Maßnahmen nachgeordneter Organisationen. Es will auch scheinen, als habe sich die Leitung bewußt jeder Einwirkung auf das Zustandekommen von Stichwahlabmachungen begeben, um damit das Fernbleiben von den bevorstehenden, durch die Regierung betriebenen Sammlungsverhandlungen der bürgerlichen Parteien zu begründen. Einer Teilnahme an dieser Konferenz hätte sich die Parteileitung der gemäßigten Liberalen, als Spitze einer „nationalen“ Partei, ohne derartige Motivierung schwerlich entziehen können²⁾. Auffallen mußte das Fehlen einer Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie, was die „Conservative Correspondenz“ zu der Feststellung herausforderte: „Das Vermeiden einer klipp und klaren Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie ist . . . eine gerade bei dieser Partei so selten anzutreffende Konsequenz — allerdings nur in der Fortführung der bisherigen Selbstmordpolitik und der erste Gehversuch auf dem noch nicht genau erforschten Gelände der Reichsgroßblockpolitik. Ihr gegenüber werden sich die Konservativen einzurichten wissen³⁾.“ Dennoch enthielten sich sowohl die Stichwahlparolen der Deutschkonservativen wie des Bundes der Landwirte, erst recht der Reichspartei, einer ausdrücklichen Stellungnahme gegen die Nationalliberalen. Der Reichsausschuß des Zentrums, der vor den Sammlungsversuchen der Regierung in seinen Richtlinien für die Stichwahlen Abkommen auf Gegenseitigkeit mit allen Parteien, unter Ausnahme der Sozialdemokratie, empfohlen hatte, richtete seine Front nach dem Scheitern der Einigungsbemühungen nicht nur gegen den Fortschritt, sondern in gleicher Weise gegen die Nationalliberalen, indem er die Verantwortung der Liberalen für den

¹⁾ NB, 24. Jg., Nr. 3, 21. Januar 1912.

²⁾ Den Meldungen schwarzblauer Blätter über eine Beteiligung nationalliberaler Führer, die vermutlich verbreitet wurden, um die Nationalliberalen nach ihrer Weigerung wenigstens vor der Öffentlichkeit als Partner des schwarzblauen Blocks zu kennzeichnen, erwehrt sich die Nationalliberale Correspondenz am 19. Januar mit einem Dementi, das diese Absicht der Parteileitung durchblicken läßt: Die Konferenz wäre zwar gescheitert. „Die nationalliberale Partei steht allerdings auf dem Boden und hat dies auch zu erkennen gegeben, daß sie mit einzelnen bürgerlichen Parteien zu Verhandlungen über Stichwahlhilfe bereit ist, muß die Verhandlungen jedoch nach dem Beschlusse des Geschäftsführenden Ausschusses den einzelnen Provinzialorganisationen überlassen . . .“ (zit. nach NB, 24. Jg., Nr. 3, 21. Januar 1912).

³⁾ KK, 19. Januar 1912 [Parteien, S. 135].

Abbruch der Verhandlungen hervorhob. Wo nicht bereits örtliche Parteileitungen bindende Abmachungen mit den Liberalen auf Gegenseitigkeit eingegangen wären, könnte nunmehr den Wählern nur noch empfohlen werden, den liberalen Parteien gegenüber „strikteste Wahlenthaltung zu üben¹⁾“.

Immerhin ließen alle schwarzblauen Parteien auch nach dem Scheitern der Sammlungsversuche den Nationalliberalen die Möglichkeit offen, sich auf lokaler Ebene durch das Gewähren von Kompensationen die Hilfe der rechtsstehenden Wählerschaft zu sichern.

Wie sich die nationalliberale Parteiführung dem Zwang der Lage entsprechend zu einer durchaus opportunistischen Politik entschloß, schien auch die Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei im Hinblick auf die gefährdete Zukunft der Partei das allgemeine Ziel der Zertrümmerung der schwarzblauen Reichstagsmehrheit hinter den parteipolitischen Erfordernissen der Stunde zurücktreten zu lassen. Erst während der Verhandlungen über die Stichwahlabreden zeigte sich dann der Weg, beide Forderungen vereint erfüllen zu können. Nachdem der fortschrittliche Parteivorstand zunächst geglaubt hatte, gemäß dem Organisationsstatut die Stichwahltaktik den lokalen Organisationen anheimstellen zu können²⁾ und auch angesichts der Zwangslage der Partei anheimstellen zu müssen, ergab sich schließlich die Möglichkeit, durch ein Wahlabkommen mit der Sozialdemokratie eine einheitliche parteipolitische Linie herzustellen und das Ziel der Beseitigung der schwarzblauen Mehrheit mit der Sorge um den Bestand der Fortschrittlichen Volkspartei zu vereinigen.

Am 16. Januar, einen Tag vor der von der Regierung geplanten Sammlungskonferenz aller bürgerlichen Parteien, traten in der Wohnung des fortschrittlichen Bankdirektors Mommsen — nach anderer Version auch in den Geschäftsräumen seines Bankhauses³⁾ — Abgesandte der Zentralen beider Parteien zu Gesprächen über eine engere wahltaktische Bindung zusammen. Der Vorschlag zu diesen Beratungen ging von der Sozialdemokratie aus. Am 14. Januar hatte der Parteivorstand in einem Stichwahlaufuf erneut bekräftigt, nur denjenigen bürgerlichen Kandidaten sozialdemokratische Stimmen zufließen zu lassen, die sich vor Zeugen oder schriftlich auf die Jenaer Bedingungen von 1911 verpflichteten⁴⁾. Der am gleichen Tage zusammengetretene geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei kam aber zu der einhelligen Ansicht, daß es dem einzelnen Kandidaten nicht zugemutet werden könne, sich auf jene Punkte der sozialdemokratischen Bedingungen zu verpflichten. Die fortschrittliche Parteileitung hätte bereits wiederholt öffentlich festgestellt, daß die sozialdemo-

¹⁾ NB, 23. Jg., Nr. 3, 21. Januar 1912. — Voß, Nr. 31, 18. Januar 1912. — Vgl. Parteien, S. 153.

²⁾ Wiemer auf dem 2. Parteitag der FVP, S. 11 f. — Ebenso Brief von Loebells an Eugen Schiffer, 15. Januar 1912; NL Schiffer 1.

³⁾ Albers, S. 8.

⁴⁾ Parteien, S. 300 f.

kratischen Stichwahlforderungen dem fortschrittlichen Parteiprogramm entsprächen, das für die Mitglieder der Partei verbindlich wäre. In einem Zirkular an die betreffenden Kandidaten wurde geraten, bei Anfragen von sozialdemokratischer Seite in diesem Sinne zu antworten¹⁾. Zugleich wurde ein Mitglied des fortschrittlichen geschäftsführenden Ausschusses, um Mißverständnisse auszuschließen, zum sozialdemokratischen Parteivorstand entsandt, der dort über die getroffenen Maßnahmen Bericht erstattete²⁾.

Der sozialdemokratische Parteivorstand befand sich in diesem Augenblick in einer schwierigen Situation. Trotz des allgemeinen Auseinanderklaffens der politischen Fronten in einen rechten und linken Block bestand für die Sozialdemokraten die nicht unabweisbare Gefahr, daß der Fortschritt nach dem großen sozialdemokratischen Erfolg der Hauptwahl im zweiten Wahlgang zu den schwarzblauen Parteien abschwanken und die Parole gegen die Arbeiterpartei ausgeben würde, um ihr weiteres Wachstum zu vereiteln. Es lag daher im eigensten Interesse der Sozialdemokraten, hiergegen Sicherungen einzubauen. So erwiderte der Parteivorstand dem abgesandten fortschrittlichen Unterhändler, „daß es angesichts der politischen Situation mit der Anerkennung der Jenaer Bedingungen allein nicht getan sei. Vielmehr müßte die Fortschrittliche Volkspartei, wenn sie unsere Stichwahlhilfe wünsche, bestimmte Bedingungen akzeptieren, die gegenseitige Hilfe gewährleisten³⁾.“

Zu diesem Hochbieten, das die fortschrittliche Hilfe gegen den schwarzblauen Block erzwingen sollte, war der sozialdemokratische Parteivorstand jedoch in offener Fehleinschätzung der fortschrittlichen Position gelangt. Erst die Stichwahlverhandlungen zwischen den Vertretern beider Parteien am 16. Januar klärten ihn darüber auf, daß der Freisinn unmöglich einem Arrangement auf der Basis zustimmen konnte, das die Unterstützung der fortschrittlichen Kandidaten auf Grund der Jenaer Punkte *wie auch* auf Grund der gleichzeitigen Unterstützung aller sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten gegen die Rechte vorsah. Denn im Augenblick einer offenen Unterstützung der Sozialdemokratie durch den Fortschritt würden jene 30 Wahlkreise gefährdet sein, in denen die Fortschrittler einem Sozialdemokraten gegenüberstanden. Die schwarzblauen

¹⁾ FZ, 20. März 1912 [Parteien, S. 239 f.].

²⁾ Ebd. — Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstands vom 19. März 1912 zum Stichwahlabkommen [Parteien, S. 303].

³⁾ Ebd. — Daraus geht hervor, daß *Schorskes* Ansicht (S. 229) unrichtig sein dürfte, der Vorschlag der Gegenseitigkeit wäre vom Fortschritt ausgegangen. Das Folgende wird ebenso zeigen, daß auch seine Meinung, die Fortschrittspartei hätte die Aufhebung der Jenaer Bedingungen verlangt, unzutreffend ist. Die Verhandlungen kamen gerade — wie ausgeführt — durch den Wunsch der Fortschrittler zustande, die Jenaer Bedingungen zur Wirkung gelangen zu lassen. Die Punkte von Jena blieben daher die Grundlage der Verhandlungen wie des Abkommens zwischen beiden Parteien. Ohne Anerkennung der sechs Punkte durch die fortschrittliche Parteileitung wäre es für den sozialdemokratischen Parteivorstand wahrscheinlich überhaupt unmöglich gewesen, in die Verhandlungen einzutreten. Aus demselben Grunde trifft auch *Nipperdeys* Formulierung (deutsche Parteien, S. 364) am Kern der Sache vorbei, wenn er anführt, der SPD-Vorstand hätte die Stichwahlbedingungen von Jena im Abkommen „ermäßigt“.

Parteien würden in diesem Fall nicht zögern, sofort jede Hilfe für den Fortschritt aufzusagen. Sollte die Fortschrittliche Volkspartei auf die Bedingung der Sozialdemokratie eingehen können, mußte ihr anderwärts Ersatz für diesen zu erwartenden Verlust geboten werden. Die Vertreter des Freisinns scheinen daher das Zurückziehen von 16 (nach fortschrittlichen Angaben von 10) sozialdemokratischen Kandidaten, die gegen den Fortschritt standen, angeregt zu haben¹⁾. Die Gründe, die sie hierfür angeführt haben mögen, dürften auch für die Sozialdemokraten begreiflich gewesen sein und auf die späteren Entschlüsse keinen unwesentlichen Einfluß ausgeübt haben. Ein Anschluß der Fortschrittspartei nach rechts würde — maximal gerechnet — der Partei 7 Mandate mehr eingebracht haben als ein Anschluß an die Sozialdemokratie. Daß ein Kurswechsel der Fortschrittler zum schwarzblauen Block drohte, falls die Sozialdemokratie ohne Entgegenkommen auf ihren Bedingungen beharrte, mochte von den Unterhändlern der bürgerlichen Partei auch mit dem Hinweis auf die für den nächsten Tag von der Regierung angesetzte Konferenz aller bürgerlichen Parteien angedeutet und als Druckmittel benutzt worden sein.

Zudem konnten die Freisinnigen geltend machen, daß gerade die Kreise, in denen man den Rücktritt des sozialdemokratischen Kandidaten wünschte, in dem Augenblick aller Wahrscheinlichkeit nach für die Sozialdemokratie unerreichbar sein würden, in dem der Freisinn durch Teilnahme an der Regierungskonferenz und Hinwendung zu den schwarzblauen Parteien die Unterstützung der rechten Seite erhalten würde.

Daß es der fortschrittlichen Parteiführung bis zum definitiven Abschluß des Abkommens mit der Sozialdemokratie darauf ankam, durch Lavieren zwischen der Arbeiterpartei und den Rechtsparteien die höchstmögliche fortschrittliche Mandatszahl zu erreichen, zeigte ein Bericht von Loebells, der als Unterhändler ein Stichwahlabkommen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie in der Provinz Sachsen erreichen wollte und deshalb auch um den 15. Januar Wiener aufsuchte. Der fortschrittliche Parteiführer zeigte sich diesem Gedanken „durchaus zugänglich“. Er hielt es für sehr erwünscht, „die Sozialdemokratie nicht mehr stark anwachsen zu lassen, sofern nur das Ziel seiner Partei erreicht wird, die ‚schwarzblaue Mehrheit‘ zu beseitigen“. Mit anderen Worten: falls dem Liberalismus der Gewinn einer genügenden Anzahl von Mandaten durch die Rechte ermöglicht würde, war dem Fortschritt — wie natürlich — an einem weiteren Wachstum der Arbeiterpartei nichts mehr gelegen. Wenn Wiener aber glaubte, von Loebell „bestimmt in Aussicht stellen zu können, daß keine Parteikundgebung zugunsten einer direkten oder indirekten Unterstützung der Sozialdemokratie erfolgen würde²⁾“, schien er zu einem Zeitpunkt, als die Gespräche mit der Sozialdemokratie bereits anberaumt gewesen sein dürften, an ein Abkommen mit der Arbeiterpartei noch nicht gedacht zu haben. Daneben

¹⁾ Vgl. Schorske, S. 299. — Wiener auf dem 2. FVP-Parteitag, S. 11 ff.

²⁾ Brief von Loebells an Eugen Schiffer; NL Schiffer 1.

war er aber offenbar bemüht, die sich anbahnenden Kontakte mit der Sozialdemokratie geheimzuhalten, zumal ja eine „Parteikundgebung“ im eigentlichen Sinne zugunsten der sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten auch nach dem Abschluß des Abkommens nicht erfolgte. Der Stichwahlauf Ruf an die fortschrittliche Wählerschaft wandte sich zwar scharf gegen die Parteien des schwarzblauen Blocks, erwähnte aber die Sozialdemokratie weder im positiven noch im negativen Sinne. In jedem Fall hatten die fortschrittlichen Führer bis zur Stunde der Verhandlungen mit den Sozialdemokraten die Kontakte mit den schwarzblauen Parteien nicht abreißen lassen — eine Tatsache, die die Entscheidungsfreiheit der Abgesandten der Arbeiterpartei empfindlich einengen mußte.

Dennoch konnten die Sozialdemokraten dem freisinnigen Wunsch nach einer Zurückziehung von 16 Kandidaten aus prinzipiellen Gründen nicht entsprechen. Eine solche freiwillige Aufgabe aussichtsreicher Positionen entsprach nicht der Tradition der Arbeiterpartei und wäre von der großen Mehrzahl ihrer Mitglieder kaum gebilligt worden. Daher kamen sich beide Verhandlungspartner auf der Mitte des Weges entgegen. Die Vertreter des sozialdemokratischen Vorstandes erboten sich, in 16 namentlich bezeichneten Kreisen den Stichwahlkampf gegen die fortschrittlichen Kandidaten zu „dämpfen“, das heißt, es sollte keinerlei Agitation betrieben werden, und auch die Stimmzettel durften erst am Wahltag selbst verteilt werden¹⁾, um so die Wählerzahlen für die Sozialdemokratie künstlich niedrigzuhalten. Nach diesem Zugeständnis willigte der Fortschritt in das Bündnis ein: Für die Unterstützung von 31 sozialdemokratischen Kandidaten gegen die Rechte erhielten die Fortschrittler auf der Grundlage der Bedingungen von Jena die Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie in allen Kreisen, in denen sie gegen Parteien des schwarzblauen Lagers standen. Außerdem verpflichtete sich der sozialdemokratische Vorstand, in 16 genannten Kreisen den Wahlkampf zugunsten des Partners zu dämpfen²⁾.

Auf beiden Seiten wurde strenge Geheimhaltung gewünscht — von der Sozialdemokratie, um nicht im taktisch ungünstigen Moment den lautstarken Widerspruch des radikalen Flügels zu wecken, von der Fortschrittspartei, um nicht durch die von einem Bekanntwerden ausgelöste Reaktion der schwarzblauen Parteien Ziel und Zweck des Abkommens zu gefährden. Diese Geheimhaltung wurde auch in beiden Parteien trotz der immer noch verhältnismäßig hohen

¹⁾ Vgl. Westarp, RB, Nr. 283, S. 2947.

²⁾ Für die FVP: Parteien, S. 223. — Für die SPD: ebd., S. 301 f. — Der Fortschritt unterstützte die SPD in Danzig/Land, Westprignitz, Ruppın/Templin, Potsdam/Osthavelland, Zauch/Belzig, Landsberg/Soldin, Königsberg i. d. Neumark, Kottbus/Spremberg, Kalau/Luckau, Ückermünde/Usedom, Striegau/Schweidnitz, Grünberg/Freistadt, Sagan/Sprottau, Landeshut/Jauer, Rothenburg/Hoyerswerda, Jerichow, Bitterfeld, Mansfeld, Mühlhausen/Langensalza, Bielefeld/Wiedenbrück, Eschwege/Schmalkalden, Köln, Elberfeld/Barmen, Düsseldorf, Heilbronn, Gießen-Nidda, Hagenow/Güstrow, Jena, Altenburg, Landkreis Straßburg. Die Sozialdemokraten dämpften ihren Wahlkampf in Oberbarnim, Liegnitz, Schönau/Hirschberg, Flensburg/Apenrade, Merseburg/Querfurt, Hagen, Dithmarschen, Lauenburg, Calw, Balingen, Meiningen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Oldenburg I, Oldenburg II und Nordhausen.

Zahl der Mitwissenden erstaunlich gut durchgeführt. So konnte noch am 17. Januar die fortschrittliche „Frankfurter Zeitung“ das Zusammengehen von Liberalismus und Sozialdemokratie fordern¹⁾. Und am gleichen Tage warnte die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ den Liberalismus davor, ins „reaktionäre“ Lager einzuschwenken²⁾. Dennoch waren die im Anschluß an das Abkommen veröffentlichten Stichwahlaufufe beider Parteien³⁾ — ohne das Bündnis zu erwähnen und ohne, daß der fortschrittliche Aufruf ausdrücklich die Hilfe für die sozialdemokratischen Kandidaten anregte — in ihrer Zielrichtung gegen den schwarzblauen Block so aufeinander abgestimmt, daß alle unbeteiligten Parteien das Bestehen eines besonderen Vertrages ahnten. Die Nationalliberalen vermuteten, daß die Fortschrittspartei „mit der Sozialdemokratie ein allgemeines Stichwahlabkommen getroffen hat⁴⁾“. Und der „Bund der Landwirte“ meinte im Hinblick auf eine Meldung der „Post“ über ein allgemeines Bündnis zwischen beiden Parteien zur Sicherung besonders der Wahl der Fortschrittspolitiker Wiemer und Müller-Meinigen: „Verschiedentlich ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Stichwahlaufufe der sozialdemokratischen und der fortschrittlichen Partei so zueinander passen, als ob sie nach besonderer Vereinbarung aufeinander zugeschnitten seien⁵⁾“. Trotzdem blieb es bis zur Aufdeckung durch die beteiligten Parteivorstände nach den Wahlen bei vagen Spekulationen.

Schwierig war die Durchführung des Abkommens. Besonders bei den sozialdemokratischen Wahlkreisorganisationen, die den Wahlkampf zugunsten der fortschrittlichen Gegenkandidaten abbrechen sollten, trafen die von Vorstandsmitgliedern persönlich überbrachten Anweisungen auf vielfältigen Widerspruch. Es war nicht nur die Erregung über das eigenmächtige Vorgehen des Parteivorstandes, der sich — durch die Kürze der Zeit wie durch den Zwang der Geheimhaltung bedingt — ohne Rückfrage bei den Kreisvorständen über deren Interessen hinweggesetzt hätte⁶⁾. In anderen Kreisen, wie Hagen/Schwelm, fürchtete man mit der Ausgabe der vom Vorstand gewünschten Stichwahlparole um die in Jahren mühsam aufgebaute Organisation der Partei, die dort im Kampf gegen den Freisinn gewachsen war⁷⁾. So hatte jeder der Kreise andere, geschichtlich bedingte Einwände gegen das Abkommen und besonders gegen die Dämpfung. Waren es doch gerade Kreise, in denen der Fortschritt als Hauptgegner der Sozialdemokraten auftrat, gegen den oft seit Jahren die Agitation abgestellt war und in denen nun, kurz vor dem Sieg, der Wahlkampf abgebrochen werden sollte.

¹⁾ Frankf. Zeitung, 17. Januar 1912 [Parteien, S. 232].

²⁾ Chemnitzer Volksstimme, 17. Januar 1912 [Parteien, S. 315].

³⁾ Aufrufe in Parteien, S. 302 (SPD) und S. 223 (FVP).

⁴⁾ NB, 24. Jg., Nr. 3, 21. Januar 1912.

⁵⁾ DTZ, Nr. 34, 20. Januar 1912.

⁶⁾ So der Parteitagsdelegierte von Merseburg, Pollender; SPD-Parteitag 1912, S. 341.

⁷⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 339 f.

In 14 der 16 in Frage kommenden Wahlkreise gewann der sozialdemokratische Kandidat gegenüber der Hauptwahl noch an Stimmen. In zwei dieser Kreise lehnte die Lokalorganisation die Anweisungen der Zentrale von vornherein ab und erreichte den Sieg ihres Kandidaten. Aber auch in vielen anderen war von einer „Dämpfung“ des Kampfes nicht viel zu spüren¹⁾. Die Stimmenzahl für den sozialdemokratischen Kandidaten nahm nur in zwei Kreisen ab — in einem entscheidend. Nun müssen Berechnungen über die Stichwahlentscheidung von Wählern derjenigen Parteien, die im ersten Wahlgang aus dem Wettbewerb ausgeschieden waren, solange mehr oder minder feste Vermutungen bleiben, wie sie sich nicht auf die Wählerlisten der einzelnen Kreise stützen können. Erst der Nachweis der Zahl und der sozialen Stellung von Wählern des ersten Wahlgangs, die sich im zweiten der Stimmen enthalten, und derjenigen, die erstmals in der Stichwahl an die Urne treten, ließe einigermaßen sichere Schlußfolgerungen zu²⁾. Aber schon die Tatsache, daß die Zunahme an Wählerstimmen der Sozialdemokratie in den meisten Kreisen des Dämpfungsabkommens kaum geringer war als dort, wo sich Fortschritt und Sozialdemokratie weiterhin in unvermindert heftigem Wahlkampf gegenüberstanden, scheint doch darauf hinzudeuten, daß die Dämpfung nur in den seltensten Fällen voll durchgeführt wurde. Daß die fortschrittlichen Kandidaten, obwohl sie in 11 der 16 Kreise im ersten Wahlgang an zweiter Stelle gelegen hatten, in 14 Fällen siegten, dürfte zu ganz überwiegendem Teil an der weiter rechtsstehenden Wählerschaft gelegen haben, die trotz der oft auf Wahlenthaltung dringenden Parolen der rechtsstehenden Parteien den Fortschritt als das „kleinere Übel“ gegenüber der Sozialdemokratie wählten. So war die „Dämpfung“ für die Fortschrittspartei mit Sicherheit nur in einem Kreise eine echte Hilfe³⁾.

Zuverlässiger trat die Hilfe der sozialdemokratischen Wählerschaft dort ein, wo ein fortschrittlicher Kandidat gegen einen Kandidaten der schwarzblauen Parteien oder der Nationalliberalen auftrat. Obwohl nur in 10 Kreisen der in Frage kommenden 26 nahezu die gesamte sozialdemokratische Anhängerschaft der Parole der Wahlkreisleitungen nachgekommen sein mag, reichten ihre

¹⁾ Conrad Haußmann, dessen Wahl ebenfalls durch Dämpfung gesichert werden sollte, schreibt über das sozialdemokratische Verhalten: „sogenannte Dämpfung: im ganzen Wahlkreis wurde aufs schärfste weitergekämpft“; NL Haußmann 104.

²⁾ Vgl. Blaustein, Parteien S. 365.

³⁾ Hier muß den Ausführungen *Schorskes* (S. 230 f.) entgegengetreten werden, der trotz dieser statistisch nachweisbaren Sachlage schreibt, daß von der sozialdemokratischen Wählerschaft „discipline was maintained in fourteen districts, which were duly delivered to the candidate“. Es ist kaum anzunehmen, daß auch nur zu einem einigermaßen beträchtlichen Teil rechtsstehende Wählerkreise in der Stichwahl sozialdemokratisch stimmten, um — in Verärgerung über die fortschrittliche Politik — den freisinnigen Kandidaten einen Denkkettel zu geben. Allerdings mag in vereinzelten Fällen eine solche Wählerentscheidung vorgekommen sein, obwohl die schwarzblauen Wahlkreisleitungen schwerlich irgendwo die offene Parole zur Unterstützung der Sozialdemokratie ausgegeben haben dürften.

Stimmen doch in 17 Kreisen zum Sieg des fortschrittlichen Kandidaten aus¹⁾. In zwei Kreisen dürften zusätzliche Stimmen anderer Parteianhänger (National-liberale, Dänen) notwendig gewesen sein, um dem Fortschritt zum Siege zu verhelfen, in zwei weiteren hätte der Fortschrittler auch gesiegt, wenn die Sozialdemokraten der Wahl ferngeblieben wären. In 5 Kreisen endlich konnte der liberale Kandidat auch mit sozialdemokratischer Hilfe nicht siegen. Insgesamt mag der Fortschritt in 20 bis höchstens 25 Fällen sein Mandat der Sozialdemokratie zu verdanken gehabt haben²⁾).

Wie stand nun der Fortschritt zu seinen Bündnisverpflichtungen? Auch seine Wahlkreisorganisationen meldeten mehrfachen Protest gegen die Berliner Parole an. Der schärfste Widerspruch kam allerdings bezeichnenderweise aus einem Liegnitzer Wahlkreis, in dem der Fortschritt in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie stand und trotz der dort angewiesenen Dämpfung die Folgen einer Wahlenthaltung der Rechten fürchtete. Der Vorstand des liberalen Wahlvereins des Kreises erließ am 23. Januar folgende Erklärung: „Jede Kundgebung einer allgemeinen Stichwahlparole des geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei läuft dem Organisationsstatut der Partei, nach welchem die Organisation des Wahlkreises bei Stichwahlen die Entscheidung zu treffen hat, zuwider und entbehrt deshalb der bindenden Kraft für die Bezirksverbände und Ortsvereine . . .³⁾.“

An der relativen Stimmenabgabe für die Sozialdemokratie gemessen schien

¹⁾ Die Meinung *Schorskes* (S. 231), daß die Sozialdemokratie „mobilized its voters en bloc for the runoffs“, ist nur mit Vorsicht zu behandeln. Abgesehen von der erwähnten Unzuverlässigkeit aller Berechnungen über den Wählerentscheid in den Stichwahlen haben in einzelnen Kreisen erhebliche sozialdemokratische Wählergruppen in der Stichwahl nicht für den Fortschritt gestimmt.

²⁾ In 19 Kreisen durch Unterstützung gegen rechts (in 2 davon zusammen mit anderer Hilfe), in 1 Kreis (Dithmarschen) durch die Anweisung der Dämpfung. In einigen anderen Kreisen deuten die Stimmenverhältnisse darauf hin, daß ein Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft zum Sieg des Fortschrittlers beigetragen haben mag. *Schorske* (S. 231) berechnet die Zahl der durch sozialdemokratische Hilfe gewonnenen fortschrittlichen Mandate auf 35, indem er — wie gezeigt zu Unrecht — sämtliche Fälle, in denen die Parole der Dämpfung ausgegeben worden war und auch diejenigen beiden, in denen der Fortschritt aus eigener Kraft siegen konnte, zusammenrechnet. Er kommt damit zu dem Ergebnis, daß die Fortschrittler mehr als 80 Prozent ihrer Mandate (statt 50—60%) durch sozialdemokratische Unterstützung gewonnen hätten und damit „owed their continuation as a political party to the electoral policy of Social Democracy and the discipline of its voters“. Diese scharf pointierte Schlußfolgerung ist nicht nur aus dem angeführten Grunde zutreffend. Als Rosa Luxemburg im selben Sinne in der „Gleichheit“ behauptete, der Liberalismus bestehe als Partei nicht mehr, wies die gemäßigte „Chemnitzer Volksstimme“ am 8. Februar 1912 [Parteien, S. 319] darauf hin, daß der Liberalismus (also FVP und NL) 3 ¼ Millionen Wähler hinter sich hätte. Wenn das Reichstagswahlrecht ihm auch die Erringung von Mandaten erschwerte, so bliebe er hinter der Sozialdemokratie doch die zweitstärkste Macht. „Die vier Reichstagsmandate, die er in der Hauptwahl geholt hat, eine rein wahltechnische Zufälligkeit, beweisen seine Kraft so wenig, wie gegen die Kraft der preußischen Sozialdemokratie die lumpigen sechs Landtagsmandate etwas beweisen können . . .“

³⁾ Voß, Nr. 42, 24. Januar 1912. — Vgl. 5. Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen 1910, S. 5 ff.

die fortschrittliche Wählerschaft der Parole der Parteileitung durchaus nicht in dem Maße zu folgen wie die Wähler der Sozialdemokratie. Nur in 4 der 26 Kreise, in denen die fortschrittlichen Stimmen entscheidend waren, wählte anscheinend die Majorität der freisinnigen Anhänger den Sozialdemokraten, der in drei Fällen dadurch das Mandat gewann. In 21 Kreisen fanden sich nur — oft allerdings sehr beträchtliche — Minderheiten zur Unterstützung der Sozialdemokratie bereit. Durch ihre Hilfe gewann die Sozialdemokratie 8 weitere Mandate, während in 14 Kreisen die schwarzblauen Gegner Sieger blieben. Außer diesen 26 Kreisen deckte das Abkommen noch weitere 5, die einer besonderen Betrachtung bedürfen. In Köln war eine fortschrittliche Wählerschaft statistisch nicht nachweisbar. In den anderen vier Kreisen, den brandenburgischen Landsberg und Kalau, in Elberfeld und Düsseldorf hatte der Fortschritt — zum Teil seit 1903 — zugunsten der Nationalliberalen von der Aufstellung eigener Kandidaten Abstand genommen. Während in den beiden Kreisen Rheinland-Westfalens die fortschrittliche Wählerschaft 1912 nur wenige Prozent betragen haben mag, waren die Fortschrittler in den beiden brandenburgischen Kreisen wohlorganisiert — sie hatten in den Einigungsverhandlungen mit den Nationalliberalen eine wichtige Rolle gespielt — und wußten eine Wählerschaft von je rund 20 Prozent hinter sich (1903 = 20 und 18,9 Prozent). In beiden Kreisen verdankte die Sozialdemokratie also ebenfalls ihren Sieg — zu einem gewissen Teil — dem Fortschritt, auch wenn er als Partei in den Statistiken nicht in Erscheinung tritt¹⁾. Insgesamt verhalfen die Wähler der Fortschrittlichen Volkspartei der Sozialdemokratie zu höchstens 13 Reichstagsmandaten.

Betrachtet man das Abkommen als Ganzes, so wird vor allem deutlich, daß mit der neuen Methode der Dämpfung keine große Wirkung erzielt wurde. Läßt man sie außer Betracht und vergleicht allein die gegenseitig gegen dritte Parteien gewährte Hilfe, so scheint die von der Sozialdemokratie geleistete Unterstützung weit zuverlässiger gewesen zu sein. Der vergleichsweise niedrige Erfolg der Fortschrittshilfe hat verschiedene Ursachen. Neben den erwähnten Kreisen, in denen der Fortschritt nicht oder nur schwach vertreten war und die das Ergebnis drückten, sind es besonders drei Gründe. Zunächst konnte die fortschrittliche Parteileitung — anders als die sozialdemokratische — nicht offen die Stichwahlparole für die Sozialdemokratie ausgeben. Sie konnte es nicht, weil — wie schon erwähnt — in diesem Augenblick sämtliche Mandate gefährdet waren, die sie nur mit rechtsstehender Hilfe gewinnen konnte. Die letzte Folgerung aus der scharfen Wendung der freisinnigen Stichwahlparole gegen den schwarzblauen Block blieb der Wählerschaft, zumindest aber der Wahlkreisleitung überlassen. Die zweite, gewichtigere Ursache aber lag in dem allgemeinen Linkstrend der Wählerschaft. Von rechts her hatten erstmals bedeutende Wählerschichten fortschrittliche Kandidaten gewählt, weil sie mit der Politik ihrer bisherigen Parteien während der letzten Jahre unzufrieden waren. Von diesem erheblichen

¹⁾ *Schorske* kommt auch hier zu unrichtigen Schlüssen (S. 232 f.).

Prozentsatz der fortschrittlichen Wählerschaft war jedoch kaum zu erwarten, daß er innerhalb einer Woche einen weiteren Schritt gehen und nun die Stimme der Sozialdemokratie geben würde¹⁾). Endlich dürfen auch nicht die nationalliberal-fortschrittlichen Wahlabmachungen übersehen werden, durch die ein großer Teil nationalliberaler Wähler im 1. Wahlgang für den fortschrittlichen Kompromißkandidaten stimmte, ohne dadurch fortschrittlich gesinnt zu sein. Diese Gruppe dürfte in den Stichwahlen weit eher für den rechtsstehenden als für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben²⁾).

Umstritten blieb der Wert des Abkommens. Während in der Fortschrittlichen Volkspartei das Vorgehen des geschäftsführenden Ausschusses gegen 6 Stimmen die Billigung des Zentralausschusses fand³⁾), mußte doch Wiemer vor dem fortschrittlichen Parteitag zugeben, daß die Dämpfung zwar als „Hilfsmittel zur Durchführung der Stichwahlparole“ unentbehrlich gewesen wäre, nach seiner Meinung aber sich „nicht als ein geeignetes taktisches Mittel erwiesen hat. Es muß zugegeben werden: die Zumutung an die Wählermassen, in heftiger Wahl-schlacht, kurz vor der Entscheidung plötzlich den Kampf abzurechnen, ist schwer durchzuführen. Das kann nur eine sehr geschulte und disziplinierte Truppe, nicht aber die breiten Wählermassen, die bei der Wahl in Betracht kommen. Es scheint mir richtiger, wenn in solchen Fällen die Kandidaturen überhaupt zurückgezogen werden, und am richtigsten, wenn Vereinbarungen, deren Notwendigkeit klar erkannt wird, schon vor der Hauptwahl getroffen werden⁴⁾.“

¹⁾ *Schorske* (S. 233 ff.) übersieht die beiden letztgenannten Punkte. Schon dem Eintreten des fortschrittlichen Stichwahlaufrufs für die Nationalliberalen steht er ohne Verständnis gegenüber — vermutlich aus Unkenntnis der tiefgreifenden Einigungsbestrebungen des Gesamtliberalismus in der Vorzeit der Wahlen. Daß der Fortschritt prinzipiell den Nationalliberalismus zunächst unterstützte, entsprach dem Bündnis zwischen den beiden liberalen Parteien, das zur Zeit des fortschrittlich-sozialdemokratischen Stichwahlabkommens lange vorlag. Ebenso verkennt *Schorske* offenbar die prekäre Situation des Fortschritts, der als Mittelpartei auf die Stichwahlhilfe nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch der Rechtsparteien angewiesen war. Daß er für die Sozialdemokratie nur mittelbar, in seiner scharfen Stellungnahme gegen den schwarzblauen Block, eintreten konnte, dürfte den sozialdemokratischen Unterhändlern von Anfang an durchaus bewußt gewesen sein.

Völlig fehlt geht *Schorske* aber, wenn er aus der geringen Befolgung der fortschrittlichen Parole durch die Wählerschaft zu argumentieren sucht, daß die freisinnigen Wähler den von der Parteileitung vollzogenen Linkskurs nicht akzeptiert hätten. Die Statistiken erweisen, daß in fast allen fraglichen Kreisen beträchtliche — wie gezeigt, nicht selten den sozialdemokratischen Sieg entscheidende — fortschrittliche Wählergruppen der Parole der Parteileitung folgten. Zum größten Teil scheinen es die neu zum Fortschritt geströmten Wählergruppen gewesen zu sein, die bei der Wahl zwischen dem Arbeitervertreter und dem rechtsgerichteten bürgerlichen Kandidaten doch dem bisher bevorzugten bürgerlichen die Stimmen gaben. Ungeachtet der großen, durch die Unzufriedenheit über die Arbeit der bisherigen Regierungsmehrheit hervorgerufenen Linksströmung unter der Wählerschaft, die ja auch einen Teil ehemaliger Fortschrittswähler zur Sozialdemokratie abtrieb, kommt *Schorske* daher zu dem mit äußerster Vorsicht zu behandelnden Schluß, daß „the elections of 1912 revealed, that the cleavage in public opinion followed the divide of middle class and workers, not that of Junkers and middle class“.

²⁾ Bergischer Türmer, 3. Februar 1912 [Parteien, S. 238].

³⁾ FZ, 19. März 1912 [Parteien, S. 224].

⁴⁾ FVP-Parteitag 1912, S. 11 ff.

Auf sozialdemokratischer Seite meldete der zur Zeit des Vertragsabschlusses abwesende Bebel als erster „große Bedenken“ an¹⁾, vermutlich, weil er einen lauten Protest des radikalen Flügels voraussah. In der Tat ließ Widerspruch aus dieser Richtung nicht lange auf sich warten. Mit einer großangelegten Artikelserie in der „Leipziger Volkszeitung“ übernahm Rosa Luxemburg auf radikaler Seite die polemische Führung. Aus eigener Kraft hätte der Liberalismus zu existieren aufgehört. Nicht dank der liberalen Hilfe, sondern ihr zum Trotz habe die Sozialdemokratie so viele Mandate errungen. Ein Zusammengehen mit den undisziplinierten liberalen Wählermassen wäre wegen der Klassegegensätze ganz unmöglich. Trotz der Niederlage der schwarzblauen Parteien würde ihre Politik im Reichstag weiter bestimmend sein. Daher müßte die Sozialdemokratie die lange vernachlässigte alte Kampfmethod der Massenaktion wieder stärker in den Vordergrund ihrer Politik stellen²⁾.

Die Wirkung dieser Argumente scheint Kautsky mit einer sofort anschließenden Artikelserie im „Vorwärts“³⁾ abzuschwächen beabsichtigt zu haben, indem er einerseits auf die tatsächliche politische Situation hinwies, in der das Abkommen getroffen wurde, als die feste Absicht bestand, daß eine Mehrheit der schwarzblauen Parteien zustande kommen würde. Die Heimlichkeit des Vorgehens und besonders die Dämpfung hätten aber besser vermieden werden sollen. Ähnlicher Ansicht war auch Franz Mehring, der in der durch Kautskys Artikel hervorgerufenen Annahme, die Bündnisverhandlungen wären vom Fortschritt vorgeschlagen worden, zum Schluß kam, daß der Parteivorstand dem Vorschlag nicht von vornherein ablehnend begegnen konnte. Wenn er aber angesichts des Ansinnens der Dämpfung die Verhandlungen abgebrochen hätte, wäre er der Zustimmung des gesamten Parteikörpers sicher gewesen. Dämpfung wie Geheimhaltung widersprächen „allen Überlieferungen wie dem innersten Leben und Wesen der Partei“⁴⁾.

Diesen Rügen gegenüber, die bis zum Parteitag von Chemnitz im Herbst nicht verklungen, verteidigte Scheidemann als Referent des Vorstands vor diesem Forum die eingeschlagene Politik mit dem Argument, daß „außerordentliche Situationen . . . außerordentliche Mittel“ erforderten. Mit der Dämpfung hätte der Parteivorstand zu einem solchen außerordentlichen Mittel gegriffen. Hätte die Leitung der Partei nicht alles versucht, um die „reaktionäre“ Mehrheit des schwarzblauen Blockes zu beseitigen und damit die Möglichkeit zu gewinnen,

¹⁾ Scheidemann, S. 105—112.

²⁾ LVZ, 29. Februar, 1., 2., 4. März 1912 [Parteien, S. 319]; auch als Sonderdruck unter dem Titel: „Das Stichwahlabkommen zwischen dem Parteivorstand und der Freisinnigen Volkspartei. Artikel der Genossin Luxemburg“, Berlin (Vorwärts) o. J. erschienen. — Zur Auseinandersetzung des Revisionismus mit den Radikalen vgl. Schippel, Die neuesten Vorstöße usw. (SM, XVI, 1, 1912, S. 280—284).

³⁾ Vorw., Nr. 54, 55, 56 vom 5., 6., 7. März 1912.

⁴⁾ NZ, XXX, 1, 1912, S. 833—837.

die Lage des Arbeiters zu verbessern, wäre sie von der breiten Masse ihrer Wähler nicht mehr verstanden worden¹⁾).

Gegenüber der Parteilinken und der Parteiführung nahmen die Revisionisten eine Sonderstellung ein. Im allgemeinen unterstützten sie zwar die Maßnahmen des Parteivorstandes. So veröffentlichte Bernstein zur Verteidigung des Vorstands einen Brief, den Friedrich Engels an ihn 1884 geschrieben hatte und in dem Wahlab sprachen selbst vor der Hauptwahl als Dinge bezeichnet werden, „die sich von selbst machen; im voraus taktische Regeln für Fälle der Zukunft aufzustellen, sei ungeschickt“²⁾. Erfolglos bemühte sich Bernstein, damit den Vorwurf des Prinzipienbruches zu entkräften, der gegen den Vorstand erhoben wurde. Wenn die „Leipziger Volkszeitung“ auf die Veröffentlichung bemerkte: „Das Tollste liegt jedenfalls in der Heranziehung des Engelsschen Zeugnisses aus dem Jahre 1884 für eine konkrete Situation aus dem Jahre 1912, die Engels natürlich nicht kannte“³⁾, bewies sie vollkommene Verständnislosigkeit für den Sinn der Engelsschen Worte, die gerade allgemein gehalten und nicht nur für eine spezielle Situation der Bismarckzeit gedacht waren.

Ein Teil der Revisionisten drängte aber, eingedenk der Großblockidee, noch weit über den Parteivorstand hinaus. Im Rückblick auf jene Zeit bedauerte Wolfgang Heine in seinen „Memoiren“⁴⁾, daß ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit dem gesamten Liberalismus — also auch mit den Nationalliberalen —, wie es die Zeit erfordert hätte, nicht schon vor der Hauptwahl erreicht werden konnte. Auch Heine wandte sich gegen die Geheimhaltung des Abkommens, die dadurch hätte unnötig werden können, daß statt der Halbheit der Dämpfung die zwischen beiden Partnern strittigen Kreise demjenigen kampflos überlassen worden wären, „der aus sich selbst heraus die besten Aussichten besaß“. So wären die Parteien einander nähergerückt und „hätte man einen freiheitlichen Block von wirklicher Macht schaffen können“.

Dieses Abkommen der Parteizentralen, das sich im wesentlichen auf Norddeutschland und Württemberg beschränkte, erhielt Ergänzungen zwischen einzelnen süddeutschen Kreisen, so zwischen den beiden elsäß-lothringischen Diedenhofen/Bolchen und Metz⁵⁾, vor allem aber durch das auch für die nahen Landtagswahlen abgeschlossene Bündnis zwischen der Sozialdemokratie und der Arbeitsgemeinschaft der liberalen Kreisverbände Bayerns, das unabhängig und ohne Wissen von den Berliner Vorgängen am 15. Januar in München zustande kam⁶⁾. Allerdings war die bayerische Pfalz gegen den Wunsch der Sozialdemokratie nicht in die Übereinkunft eingeschlossen worden⁷⁾.

¹⁾ SPD-Parteitag 1912, S. 327—338. — Vgl. Hilferding, NZ, XXX, 2, 1912, S. 1001—1006. — Kautsky, ebd., S. 881—890.

²⁾ Vorw., Nr. 60, 12. März 1912.

³⁾ LVZ, 15. März 1912 [Parteien, S. 320].

⁴⁾ NL Heine, Memoiren, S. 60.

⁵⁾ Vorw., Nr. 13, 17. Januar 1912.

⁶⁾ Vorw., Nr. 14, 18. Januar 1912.

⁷⁾ Vorw., Nr. 16, 20. Januar 1912.

Die Deutschkonservativen hatten bereits auf dem erwähnten ostpreussischen Parteitag im Dezember 1911 ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien „auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit“ gegen die Sozialdemokratie gefordert¹⁾. Das für die Partei schlechte Hauptwahlergebnis verhärtete ihre Haltung, ungeachtet der Wahrscheinlichkeit, daß dadurch die Sozialdemokratie noch weitere Mandate durchbringen könnte. „Die Konservativen sind sehr gereizt. Sie wünschen dringend ein offenes Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, sind aber fest entschlossen, Wahlhilfe nur auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit zu gewähren²⁾.“ Wenn man auch keine große Hoffnung auf einen Kurswechsel des Fortschritts besaß, mochte doch der Ausfall der Hauptwahlen die Möglichkeit bieten, die Nationalliberalen auf die schwarzblaue Seite herüberzuziehen. Die „Mitteilungen aus der konservativen Partei“ argumentierten daher am 13. Januar, „daß die Nationalliberalen, wenn sie ihre Programmforderungen ernstlich verwirklichen wollen, viel mehr an die Seite der Konservativen als an die Seite der Fortschrittspartei gehören“³⁾.

Mehr noch war die Reichspartei bemüht, den Liberalismus zu einem Abkommen mit der Rechten zu bewegen. In 10 der 11 Kreise, in denen die Freikonservativen gegen die Sozialdemokratie auftrat, war sie auf die Hilfe der Liberalen, zumeist der Fortschrittler, angewiesen. Nur aus der Enttäuschung über das schließliche Scheitern der von den schwarzblauen Parteien im Verein mit der Regierung angestrebten Einigung der bürgerlichen Parteien ist die heftige Reaktion der Reichspartei auf den freisinnigen Stichwahlauf Ruf zu verstehen, durch den die Gefahr für das Bestehen der Reichspartei als selbständiger Fraktion mit aller Deutlichkeit heraufzog. Unter Abkehr von der bisher verfolgten Linie, im nationalen Interesse jeden Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen, veröffentlichte die Reichspartei die folgende Parole: „In der Aufforderung des geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei: ‚keine Stimme für ein Mitglied der deutschkonservativen Partei, der Reichspartei, des Zentrums, der Wirtschaftlichen Vereinigung usw. zu geben‘ erblicken wir eine schwere Verletzung wichtigster vaterländischer Interessen . . . Die Stichwahlparole des geschäftsführenden Ausschusses schließt, soweit die Parteigenossen ihr folgen, auch jede Verständigung von Wahlkreis zu Wahlkreis aus. Bei dieser Sachlage sehen wir uns zu unserem lebhaften Bedauern genötigt, alle Parteigenossen dringend zu bitten, in keinem der Wahlkreise, in denen die Fortschrittliche Volkspartei zur engeren Wahl steht, den Kandidaten derselben zu unterstützen“⁴⁾.

Zwischen den Zentralen der Reichspartei und der Nationalliberalen kam es dagegen zu einem auf Gegenseitigkeit beruhenden Abkommen, das 6 Wahlkreise

¹⁾ DTZ, Nr. 464, 21. Dezember 1911.

²⁾ Von Loebell an Schiffer, 16. Januar 1912; NL Schiffer 1.

³⁾ Mitteilungen aus der konservativen Partei, 13. Januar 1912 [Parteien, S. 135].

⁴⁾ Zit. nach NB, 24. Jg., Nr. 3, 21. Januar 1912.

der Provinz Sachsen und 7 Kreise der Provinz Brandenburg umfaßte¹⁾). Gegen freikonservative Hilfe in 7 Kreisen unterstützten die Nationalliberalen die Reichspartei in 6 anderen, wobei 3 für die gemäßigteren Konservativen und 5 für die Nationalliberalen erobert wurden, ohne daß allerdings diese Gewinne auf die tatsächliche Wirksamkeit des Abkommens schließen lassen.

Das Zentrum schließlich war durch seine in der Zeit der Wahlvorbereitungen verfolgte Taktik in die Lage gekommen, gegen keinen Vertreter der konservativen Nachbarparteien als Stichwahlgegner auftreten zu müssen. Unter diesen Umständen konnte die Parteileitung „entsprechend der bisherigen Haltung die möglichste Unterstützung der rechtsstehenden Parteien“ ihren Wählern empfehlen. Mit anderen Parteien sollten „möglichst nur auf Grund besonderer, auf Gegenseitigkeit beruhender Vereinbarungen“ Stichwahlabkommen getroffen werden. Die Sozialdemokratie sollte bei Absprachen dieser Art jedoch nicht berücksichtigt werden. War hiernach den lokalen Organisationen der Partei weitgehend freie Hand in der einzuschlagenden Taktik gelassen worden, so wies man bereits einen Tag später, nachdem die Sammlungsversuche der Regierung gescheitert waren, die Anhänger des Zentrums an, „überall da, wo nicht von seiten der örtlichen Parteileitung bindende Abmachungen über gleichwertige Gegenleistungen getroffen sind, liberalen Kandidaten gegenüber strikteste Wahlenthaltung zu üben²⁾“. Zu diesem Schritt gelangte die Zentrumsführung um so leichter, als sich für ein Abkommen mit dem Fortschritt nur wenige geeignete Kompensationsobjekte hätten finden lassen. Von Interesse blieb daher ein Abkommen mit den Nationalliberalen im rheinisch-westfälischen Raum, gegen das seitens der Zentrumspartei auch keine prinzipiellen Bedenken bestehen konnten.

Die Frage eines Bündnisses der hier ausgesprochen rechts gerichteten Nationalliberalen mit dem Zentrum stand nicht erst nach den Hauptwahlen zur Debatte. Schon 1907 war ein derartiges Abkommen erwogen, aber nicht definitiv abgeschlossen worden, und erst wenige Tage vor der Hauptwahl 1912 ging die Vermutung durch die Presse, daß im Wahlkreis Bochum/Gelsenkirchen ein Abkommen sich anzubahnen scheine, demzufolge derjenige Kandidat, der mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl gelangen würde, die Unterstützung der anderen bürgerlichen Partei erhalten sollte³⁾). In größerem Rahmen wurden die Kontakte erst aufgenommen, als mit dem Ergebnis der Hauptwahlen die Positionen beider Parteien gegenüber der Sozialdemokratie, dem gemeinsamen Gegner, festlagen. Auf einer durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Frhr. von Rheinbaben, vermittelten Konferenz von Vertretern beider Parteien am 17. Januar in Köln schlug das rheinische Zentrum mit ausdrücklicher Vollmacht des Reichsausschusses und Zustimmung der beteiligten Wahlkreis-

¹⁾ NB, 24. Jg., Nr. 3, 21. Januar 1912; vgl. NL Schiffer 1.

²⁾ NB, 24. Jg., Nr. 3, 21. Januar 1912.

³⁾ Voß, Nr. 14, 8. Januar 1912. — Vgl. Z, Nr. 3, 21. Oktober 1911.

leitungen ein Abkommen vor, demzufolge das Zentrum sich verpflichtete, in Duisburg, Bochum, Wiesbaden, Göttingen und Eisenach für die nationalliberale Partei zu stimmen. Beide Parteien sollten dementsprechende offizielle Wahlparolen ausgeben. Angelpunkt des Übereinkommens war der Wahlkreis Köln, dessen bisheriger Abgeordneter, der führende Zentrumsolitiker Trimborn, von den Sozialdemokraten heftig bedrängt wurde. Um seinetwillen war das Zentrum nicht nur bereit, die Hilfe in den genannten Kreisen zu gewähren, sondern auch zugunsten der Wahl des nationalliberalen Vorsitzenden gewisse Garantien zu geben, da Bassermann in seinem Kreis Saarbrücken vom Zentrum scharf bekämpft wurde. Die Zentrumsleitung bot an, sich zu verpflichten, „durch geeignete Maßnahmen die Wahl des Herrn Bassermann in Saarbrücken zu sichern¹⁾“.

Für die Nationalliberalen machte es diese Verkoppelung der Wahlkreise Köln und Saarbrücken unmöglich, das Abkommen in der genannten Form zu akzeptieren, da bereits im November der Führer der Sozialdemokratie in Saarbrücken unmißverständlich angekündigt hatte, daß er Bassermann im Falle eines Bündnisses zwischen den beiden bürgerlichen Parteien in Rheinland und Westfalen „glatt durchfallen“ lassen würde²⁾. Da Bassermann jedoch gegenüber dem Zentrums kandidaten der sozialdemokratischen Hilfe unbedingt zum Sieg bedurfte, hatten die Nationalliberalen keine Möglichkeit zu einer freien Entscheidung mehr, zumal die Frage unklar blieb nach der Art, auf die das Zentrum die Wahl des nationalliberalen Führers zu sichern gedachte, ob nur durch die Garantie, nicht seinerseits mit den Sozialdemokraten Kontakte aufzunehmen³⁾, oder durch ein Einstellen des Wahlkampfes in der Form der sozialdemokratischen Dämpfung gegenüber dem Freisinn.

So mag es zwischen den Nationalliberalen und Sozialdemokraten Saarbrückens und Kölns zu gewissen Kontakten gekommen sein. Bindende Verpflichtungen auf beiden Seiten wurden ebenso heftig vom Zentrum behauptet, wie sie von den Nationalliberalen abgestritten wurden⁴⁾. Für ein derartiges Abkommen scheint allerdings zu sprechen, daß die Vorstände der nationalliberalen Parteiorganisationen des Rheinlandes und Westfalens kurz nach den ersten Verhandlungen mit der Zentrums partei aus Saarbrücken die Nachricht erhielten, daß die Wahl Bassermanns gesichert wäre und sie dem Zentrum weitergaben, mit der Bemerkung, daß damit die Vorschläge des Zentrums „an Wert stark gemindert und deshalb für uns unannehmbar“ wären⁵⁾.

¹⁾ KVZ, Nr. 58, 20. Januar 1912. — MdrZ, Nr. 4, April 1912.

²⁾ KZ, Nr. 1237, 11. November 1911.

³⁾ Vgl. Bellot, S. 232 ff.

⁴⁾ Vgl. KVZ, Nr. 58, 20. Januar 1912. — Ebd., Nr. 113, 7. Februar 1912. — MdrZ, Nr. 4, April 1912. — Germania, Nr. 22, 28. Januar 1912, 2. Blatt. — KZ, Nr. 72, 20. Januar 1912. — Ebd., Nr. 151, 10. Februar 1912. — Bellot (S. 232 ff.) nimmt Absprachen zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen als erwiesen an, stützt sich dabei allerdings *ausschließlich* auf Meldungen der Zentrumsseite, ohne nationalliberale Zeugnisse zu berücksichtigen.

⁵⁾ MdrZ, Nr. 4, April 1912. — KZ, Nr. 72, 20. Januar 1912. — STAK 403/8466.

Dennoch klingt es unwahrscheinlich, daß Bassermann trotz der zum Zerreißen gespannten inneren Situation der Nationalliberalen Partei seine Stellung gegenüber dem rechten Flügel weiter erschwert haben sollte, indem er sich durch ein Übereinkommen mit der Sozialdemokratie exponierte. Die Meldung, daß die Wahl Bassermanns gesichert wäre, scheint daher nicht so sehr auf direkte Kontakte mit der Sozialdemokratie anzudeuten als vielmehr auf eine andere Maßnahme, die gerade auch vom Zentrum — allerdings mit anderer Schlußfolgerung — erwähnt wurde: Die ursprünglich zusammen mit Köln auf den 22. Januar anberaumte Stichwahl in Saarbrücken scheint — vermutlich durch Einwirkung der Nationalliberalen auf den ihnen wohlgesinnten Oberpräsidenten der Rheinprovinz — auf den 20. Januar vorverlegt worden zu sein¹⁾. Den Sozialdemokraten Saarbrückens war damit die Möglichkeit genommen, ihre Taktik von dem Wahlverhalten der Nationalliberalen in Köln abhängig zu machen, und sie entschieden sich daher für das „kleinere Übel“ des Nationalliberalen.

Nach dem Mißlingen des Versuchs der Zentrumsparlei, das Kölner Mandat zu sichern, einigten sich die beiden bürgerlichen Parteien für das engere Industriegebiet am 19. Januar in Essen auf folgendes Abkommen²⁾: In Essen, Düsseldorf und Dortmund treten die Nationalliberalen für das Zentrum ein. Dabei hatte der Vertreter Düsseldorfs zuvor noch die Einwilligung seiner Organisation, der liberalen Vereinigung, einzuholen, die gegen den starken Widerstand der ebenfalls in ihr vertretenen Fortschrittler mit 10 zu 34 Stimmen beschloß, gemäß der im Abkommen genannten Kompromißlösung zwar nicht direkt die Parole für das Zentrum auszugeben, aber doch nach scharfer Wendung gegen die Sozialdemokratie zur Beteiligung an der Wahl aufzufordern³⁾.

Als Gegenleistung sollte das Zentrum die nationalliberalen Kandidaten in Bochum und Duisburg unterstützen. Nur zum Teil wurde das Ziel dieser Übereinkunft erreicht. Während beide nationalliberal beanspruchten Kreise durch das Abkommen gewonnen wurden, konnte sich die Zentrumsparlei in Dortmund und Düsseldorf gegenüber der Sozialdemokratie nicht durchsetzen. Besonders in Dortmund folgten große Teile der nationalliberalen Wählerschaft der ausgegebenen Parole nicht und enthielten sich der Wahl.

Blickt man allein auf die von den Parteizentralen verfolgte taktische Linie, so mag fälschlich der Eindruck entstehen, daß die vor den Hauptwahlen eingeschlagene Politik im allgemeinen beibehalten worden wäre. Dennoch löste sich nicht nur bei den Nationalliberalen die Wahlschlacht in eine ganze Reihe

¹⁾ Hist. Archiv Köln, Abt. 17, Reg.W., Abt. III, Unterabt. 1, Nr. 2.

²⁾ MdrZ, Nr. 4, April 1912.

³⁾ Der Vorsitzende der Fortschrittspartei in Düsseldorf erklärte in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung, die Fortschrittler würden in der Hauptwahl nicht für die Nationalliberalen gestimmt haben, wenn sie nicht ein Abkommen dieser Partei mit dem Zentrum „für vollkommen ausgeschlossen gehalten“ hätten; Voß, Nr. 42, 24. Januar 1912. — Vorw., Nr. 19, 24. Januar 1912.

von Einzelgefechten auf provinzieller und lokaler Ebene auf. Vor die engere Wahl gestellt, sahen sich nicht wenige lokale Organisationen durch vielfache örtliche Bindungen und überkommene Verhaltensweisen ihrer Wählerschaft gezwungen, eine von der Zentrale abweichende Stichwahlparole auszugeben. Hier- von waren wohl alle Parteien betroffen, nicht nur die zum Lavieren genötigte liberale Mitte, wenn auch sie besonders.

Zahlreich waren die Parolen nationalliberaler Wahlkreisleitungen zugunsten Angehöriger des schwarzblauen Lagers, so in Usedom und Hersfeld¹⁾. Zumeist wurden sie wohl auf Grund bestimmter Kompensationen ausgegeben, wie in Höchst, wo die nationalliberalen Vertrauensmänner beschlossen, für das Zentrum einzutreten, wenn die Wähler dieser Partei in Wiesbaden den nationalliberalen Kandidaten unterstützen würden. In Kalau proklamierten die Nationalliberalen Stimmenfreigabe, da die Konservativen ihnen einen Landtagssitz nicht zusagten²⁾. Selbst beim Fortschritt gab es vereinzelte Kreise, die offen den schwarzblauen Block begünstigten. In Höchst stellten die Fortschrittler die Entscheidung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie den Wählern anheim, weil im Wahlkreis Frankfurt die Sozialdemokratie mit unfairen Mitteln gearbeitet hätte³⁾. Ein regelrechtes Stichwahlabkommen schlossen Fortschrittler und konservative Parteileitungen in den brandenburgischen Wahlkreisen Ruppín und Oberbarním, die beide vom fortschrittlich-sozialdemokratischen Stichwahlabkommen umfaßt wurden, das damit in Ruppín gebrochen wurde⁴⁾. Auch in Flensburg kam es zu Kontakten zwischen der Rechten und dem Fortschritt. Hier gab der Bund der Landwirte die Parole für die liberale Partei aus, da aus früherer Zeit ein schriftliches Abkommen zwischen beiden Gruppen bestand, das auch auf die Landtagsebene übergriff⁵⁾. Damit kam es in Schleswig-Holstein zu besonders grotesken Stichwahlsituationen: Da ein Abkommen zwischen beiden liberalen Parteien aus bereits geschilderten Gründen nicht zustande gekommen war, unterstützte der Bund der Landwirte im Nachbarkreis Flensburgs, in Husum/Tondern, den nationalliberalen Kandidaten, während die Nationalliberalen im Kreis Plön für den Bündlerführer Roesicke gegen den Freisinn eintraten⁶⁾. In vier anderen

¹⁾ Voß, Nr. 30, 17. Januar 1912.

²⁾ Vorw., Nr. 16, 20. Januar 1912.

³⁾ Parteien, S. 227.

⁴⁾ DTZ, Nr. 31, 18. Januar 1912. — Vorw., Nr. 15, 19. Januar 1912.

⁵⁾ DTZ, Nr. 31, 18. Januar 1912.

⁶⁾ Nationalliberale Correspondenz, Nr. 17, 23. Januar 1912 [Parteien, S. 201]. — Voß, Nr. 44, 25. Januar 1912. — Dieses Verhalten der schleswig-holsteinischen Nationalliberalen wurde von der Berliner Zentrale der Partei bedauert, da das Abkommen entgegen der Anweisung ohne Wissen der Parteileitung abgeschlossen worden sei. Das war ein Einwand, der gewiß zu Unrecht erhoben wurde. Zwar hatte es eine derartige Anweisung der Parteiführung am Tage vor der Hauptwahl gegeben. Danach hatte die Regelung der Stichwahltaktik auf einer zwischen den Wahlgängen anberaumten Konferenz der Vertrauensmänner der Provinz- und Landesorganisationen getroffen werden sollen (vgl. Voß, Nr. 19, 11. Januar 1912). Diese Konferenz hatte auch stattgefunden und den erwähnten Stichwahlauf Ruf beschlossen, der den Wahlkreisen die

schleswig-holsteinischen Kreisen — wiederum in Flensburg, in Schleswig, Dithmarschen und Pinneberg — gaben die Nationalliberalen trotz allem für den Fortschritt die Parole aus¹⁾). Schließlich dämpfte noch die Sozialdemokratie in den Kreisen Flensburg, Dithmarschen, Lauenburg zugunsten des Freisinns.

Das Eintreten der Freisinnigen für das Zentrum im oberschlesischen Wahlkreis Beuthen war durch den Nationalitätenkampf gegen die Polen bestimmt, wofür das Zentrum Kompensation im niederschlesischen Görlitz versprach²⁾). Mit den Polen scheint das Zentrum in einem anderen schlesischen Wahlkreis zu einer Übereinkunft gelangt zu sein, die dahin ging, daß die Polen für die Zentrumshilfe in Kattowitz die nicht unbedeutende Unterstützung in drei nicht näher bezeichneten Kreisen des Westens, also im Ruhrgebiet, gewähren sollten³⁾). Damit hatten sich die polnischen Konservativen gegenüber den Nationaldemokraten durchgesetzt, die noch am 16. Januar gegen Kompensationen in Schlesien polnische Wahlhilfe im Ruhrgebiet für die Sozialdemokraten angeregt hatten⁴⁾). Die polnische Wählerschaft scheint jedoch den Zweck des Abkommens nur teilweise erfüllt zu haben⁵⁾). Hatte dieser Kontakt des Zentrums mit den Polen eine gewisse Tradition, so gab es doch auch andere Versuche schwarzblauer Lokalorganisationen, mit „antinationalen“ Parteien gegen den Liberalismus Fühlung zu nehmen. So sollte — trotz der scharf gegen die Sozialdemokratie gerichteten Stichwahlparolen des Zentrums wie der Konservativen — in Konstanz das Zentrum, in Löwenberg die Konservativen die Sozialdemokraten vergeblich um Unterstützung gegen den liberalen Gegenkandidaten angegangen haben⁶⁾). In Hannover wurde der konservative Angriff gegen die Nationalliberalen weiter vorangetragen, indem — aufsehenerregend und ein Vorspiel zur nachmaligen „Deutschen Fraktion“ des Reichstags — die Konservativen den Wählern die Wahl zwischen zwei nationalliberalen Bauernbündlern und zwei Welfen zwar äußerlich freistellten, zugleich aber vor den ersteren dringend warnten⁷⁾).

Mitunter mußten die örtlichen Parteiführer ihre Taktik noch während der Wahlen bestimmen. Zur Meisterschaft brachte es hierin der badische Einpeitscher des Zentrums, Pfarrer Wacker. Hatte er noch während der Vorbereitungen zur

Stichwahltaktik freistellte (Voß, Nr. 33, 19. Januar 1912. — Nationalliberale Correspondenz, Nr. 8, 11. Januar 1912 [Parteien, S. 200]). Hinzu kommt, daß das Abkommen in Schleswig-Holstein bereits am 16. Januar, also einen Tag vor der Berliner Konferenz, kurz vor dem Abschluß stand, ohne daß offenbar Einspruch erhoben wurde (Voß, Nr. 27, 16. Januar 1912). Das Ganze ist also ein Beispiel für die mißliche Situation, in der sich die nationalliberale Politik befand.

¹⁾ Nationalliberale Correspondenz, Nr. 17, 23. Januar 1912 [Parteien, S. 201].

²⁾ Voß, Nr. 37, 21. Januar 1912.

³⁾ Ebd. — Vgl. Voß, Nr. 29, 17. Januar 1912.

⁴⁾ Lech, Nr. 11, 16. Januar 1912; HAB 30 I/611.

⁵⁾ Vgl. S. 96.

⁶⁾ Voß, Nr. 41, 23. Januar 1912. — Vorw., Nr. 16, 20. Januar 1912. — Ebd., Nr. 19, 24. Januar 1912.

⁷⁾ HC, Nr. 29713, 3. Februar 1912, Abendausgabe.

Hauptwahl versucht, durch Eintreten für den Nationalliberalen in Pforzheim die gemeinsame Front des Liberalismus und der Sozialdemokratie zu zersprengen, so mußte er erkennen, daß die Sozialdemokraten auch nach der Niederlage ihres Kandidaten in der Hauptwahl nicht von ihrer Parole gegen den schwarzblauen Block und für die Liberalen abzubringen waren. In Karlsruhe fand die Stichwahl zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie statt. Hier hatten Konservative und Zentrum zunächst Wahlenthaltung proklamiert, was auch von den Zentrumswählern weithin befolgt wurde. Als die ersten Stunden am Stichwahltag aber zeigten, daß die sozialdemokratischen Wähler im badischen Oberland auch jetzt noch für die Liberalen eintraten, änderte Wacker überraschend seine Taktik. Drei Stunden vor Wahlschluß gab er in Karlsruhe die Parole für den Fortschrittler aus mit der Begründung, daß die Sozialdemokratie im Oberland „mit aller Macht gegen das Zentrum“ marschiere, und brachte in der kurzen, zur Verfügung stehenden Zeit noch über 7000 Zentrumswähler zugunsten des Fortschritts an die Urnen. In den oberbadischen Kreisen, in denen das Zentrum mit den Liberalen in Stichwahl stand, ließ er zur gleichen Zeit ein Flugblatt verbreiten, das sich an die sozialdemokratischen Wähler wandte, um sie mit dem Hinweis auf die bevorstehende Niederlage des sozialdemokratischen Kandidaten in Karlsruhe gegen den Liberalismus aufzubringen¹⁾.

Die Festsetzung der Stichwahltermine

In der Festsetzung der Stichwahltermine auf drei verschiedene Tage glaubte die Linke die Absicht zu erkennen, daß durch offenen Druck auf die liberale Mitte ihre mögliche Stimmabgabe oder Wahlparole zugunsten der Sozialdemokratie ausgeschlossen werden sollte. Von den 191 bevorstehenden Stichwahlen waren 77 auf den 20., 80 auf den 22. und 34 auf den 25. Januar anberaumt worden. Nicht nur die einzelnen Länder waren selbständig vorgegangen, auch innerhalb der Provinzen und selbst der Regierungsbezirke Preußens waren die Stichwahltermine häufig für verschiedene Tage angesetzt worden. Die Linke vermeinte schnell, in der scheinbaren Unordnung ein System entdeckt zu haben: An den ersten Tagen waren hauptsächlich Entscheidungen zwischen äußerster Rechten und äußerster Linken, an späteren zwischen Liberalen und Sozialdemokraten fällig. Auf diese Weise, so glaubte man, wollten die schwarzblauen Parteien abwarten, wie weit der Liberalismus die Arbeiterpartei gegen die bisherigen Mehrheitsparteien unterstützte, um danach das eigene Eintreten für die Liberalen zu bestimmen. Würden die Liberalen gegen Konservative und Zentrum stimmen oder sich der Wahl enthalten, dann würden die letzteren ihrerseits die liberalen Parteien ihrem Schicksal gegen die Sozialdemokraten überlassen²⁾. Es steht fest, daß diese Möglichkeit durch die Anordnung der Stichwahltermine wenigstens

¹⁾ KZ, Nr. 79, 23. Januar 1912. — Voß, Nr. 42, 24. Januar 1912.

²⁾ Voß, Nr. 36, 20. Januar 1912.

in einigen Fällen durchaus bestand und zum Teil auch genutzt wurde. So erhielt der freisinnige Parteiführer Wiemer aus dem Wahlkreis Eschwege folgendes Telegramm: „Ersuchen Sie, sofort Parteisekretariat Eschwege telegraphisch anzuweisen, klar und unumwunden für Raab (den Antisemiten), für die nationale Kandidatur, einzutreten. Hier fordern Freisinnige offen auf, den Sozi zu wählen. Wenn nicht noch heute klare Stellungnahme erfolgt, werden sich unsere Nordhäuser Parteifreunde (dem Wahlkreis Wiemers) am Montag der Stimme enthalten¹⁾.“ Aber es zeigte sich, daß auch die äußerste Linke ähnliche Schritte unternehmen konnte. Für Osnabrück, wo sich ein Nationalliberaler und ein Zentrums kandidat gegenüberstanden, verschob der sozialdemokratische Provinzialvorstand die Herausgabe einer Stichwahlparole bis nach dem 22. Januar, wartete also das Verhalten der Nationalliberalen in anderen Kreisen ab²⁾).

Konnte aber von einem planmäßigen Vorgehen der Regierung gesprochen werden? Am 13. Dezember gab die Reichsregierung den Regierungen der nicht-preußischen Bundesstaaten, in deren Bereich die Festsetzung der Stichwahltermine lag, die Nachricht weiter, daß das preußische Staatsministerium die Wahlkommissare angewiesen hätte, die engeren Wahlen auf den 20., 22. oder 25. Januar anzuberaumen. Diese Mitteilung wäre erfolgt, „um gegebenenfalls ein gleichmäßiges Vorgehen zu erleichtern³⁾“. Zu dieser Zeit hatte das badische Innenministerium die Stichwahlen bereits auf den 20. Januar anberaumt⁴⁾). Auch die meisten anderen Landesregierungen folgten noch vor den Hauptwahlen, so daß von einem bewußten Willen der Regierung, auf das Wahlergebnis der Stichwahlen einzuwirken, kaum gesprochen werden kann, weil dazu in den meisten Fällen das Hauptwahlergebnis hätte vorliegen müssen. Einzig in Preußen bestand für die Wahlkommissare diese Möglichkeit, wenn sie mit der Festsetzung der Termine bis nach dem 12. Januar warteten und sich dann erst für einen der drei möglichen Zeitpunkte entschieden. Nach dem Wahlgesetz mußten die engeren Wahlen spätestens am 11. Tage nach dem Tage der Auswertung des Hauptwahlergebnisses stattfinden, nämlich am 25. Januar. Da der 21. Januar ein Sonntag war, an dem nicht gewählt werden durfte, und bei einem Stattfinden der Wahl am 23. und 24. Januar die Auswertung der Ergebnisse auf den 27. (Kaisers Geburtstag) und 28. Januar (wieder ein Sonntag) gefallen wäre — was man vermeiden wollte —, blieben nur der 20., 22. und 25. Januar als spätestmögliche Termine übrig. Daß die Regierung die Wahlen so spät ansetzte und so viele Entscheidungen für die Mehrheitsparteien am ersten Wahltag stattfanden, konnte nur positiv gewertet werden, da hiermit nicht nur für alle Parteien bessere Agitationsmöglichkeiten entstanden, sondern gerade die schwarzblauen Parteien vielfach, weil sie am ersten Wahltag kämpfen mußten, noch am

¹⁾ Voß, Nr. 36, 20. Januar 1912.

²⁾ Volkswille, Nr. 16, 20. Januar 1912.

³⁾ STAS E 46—48, Nr. 365, Unterfaszikel 1.

⁴⁾ Am 1. Dezember.

wenigsten Zeit zur Durchführung der Wahlvorbereitungen zur Verfügung gehabt hatten. Bezeichnenderweise waren es aber gerade die Sozialdemokraten, die sich in derselben Lage befanden und sich über das „perfideste und arglistigste System“, das dieser Wahl zugrunde läge, beschwerten: „Man will die Sozialdemokratie verhindern, für die Stichwahl alles gründlich zu organisieren¹⁾.“

Eher ist es möglich, daß die Halbheit und Vorsicht, mit der Bethmann Hollweg in jeder Lage vorzugehen gewohnt war, verbunden mit der Furcht, durch ein entschiedenes und einheitliches Festlegen der Stichwahlen erneut Klagen aus den Oppositionsparteien über ungerechtfertigte Wahlmanipulationen heraufzubeschwören, ihn veranlaßt hatten, den Dingen weitmöglichst ihren Lauf zu lassen. Gerade damit wäre aber in diesem Falle der Verdacht einer Parteilichkeit der Regierung verstärkt worden.

Die Stichwahlen und das endgültige Ergebnis

Der Wunsch der Wählerschaft nach einer Führung der Linksparteien im Reichstag, wie er sich in der Stimmabgabe des 12. Januar mit großer Mehrheit manifestiert hatte, wurde durch die engeren Wahlen weitgehend zugunsten der schwarzblauen Parteien revidiert. Es zeigte sich, daß die Anhänger der Liberalen, vor die Entscheidung gestellt zwischen einem Kandidaten der Sozialdemokratie und einem Vertreter des Zentrums oder einer konservativen Partei, vielfach für die letzteren eintraten. Das seit Jahrzehnten politischen Kampfes eingewurzelte Denkschema des Bürgertums von der Sozialdemokratie als einer staatsgefährdenden Partei hatte nicht einmal bei den Fortschrittlern in den wenigen Monaten politischen Frontwechsels ausgelöscht werden können. Die Abstimmungen an den drei Wahltagen zeitigten folgendes Ergebnis²⁾:

	20. Januar	22. Januar	25. Januar	Zusammen
DK	9	5	2	16
RP	8	1	2	11
RFP	2	1	—	3
WVG	4	3	—	7
BBB	—	1	—	1
NL	20	15	7	42
DBB	1	—	—	1
FVP	17	18	7	42
SPD	8	27	11	46
Z	7	3	2	12
W	2	3	—	5
P	—	2	2	4
Lothringer	—	1	—	1
Insgesamt	78	80	33	191

¹⁾ Vorw., Nr. 13, 17. Januar 1912.
²⁾ Nach Blaustein [Parteien, S. 364 f.].

Liberalen und Sozialdemokraten hatten somit in der engeren Wahl die meisten Mandate für sich gewinnen können. 130 der 191 zu vergebenden Sitze fielen an sie, gegenüber 54 Sitzen, die von den Parteien des schwarzblauen Lagers — Deutschkonservative, Freikonservative, Reformpartei, Wirtschaftliche Vereinigung, Zentrumspartei und Welfen — gewonnen wurden. Gemäß der zufälligen oder beabsichtigten Verteilung der Stichwahlen auf die drei Termine hatten die Sozialdemokraten und die Liberalen am ersten Wahltag die geringsten Gewinne (45), die schwarzblauen Parteien die höchsten (32). An den beiden folgenden Stichwahltagen konnten dann die Sozialdemokraten und die Liberalen die meisten Mandatsgewinne für sich verbuchen. Auffallend war die hohe Zahl der sozialdemokratischen Gewinne — die höchste jemals erzielte —, die zum Teil durch das Abkommen mit den Fortschrittlern erreicht wurde.

Trotz der hohen Gewinne von Liberalen und Sozialdemokraten zusammen fiel das Ergebnis der allgemeinen Reichstagswahlen 1912 für diese Parteien knapp genug aus, wenn man an ihr gesetztes Ziel einer Zertrümmerung der schwarzblauen Mehrheit denkt.

Die Verteilung der Mandate im neuen Reichstag¹⁾

	1907	Ende 1911	1912
SPD	43	53	110
Z	100	102	91
NL	58	52	45
DK	60	60	43
FVP	49	50	42
P	20	20	18
RP	24	26	16
Els.-Lothr., Welfen, Dänen	15	11	15
Antisemiten	27	22	13
BBB u. Wild	1	1	4

Die drei Fraktionen der Liberalen und Sozialdemokraten konnten rein formal im Reichstag auf 197 Abgeordnete rechnen und erreichten mit einigen Fraktionslosen (Bayerischer, Deutscher Bauernbund, Däne) wenig mehr als 200 Sitze des Hauses. Rein formal also hatten sie damit eine — wenn auch äußerst geringe — Majorität über die schwarzblauen Parteien gewonnen, die auf 163, mit Polen, Lothringern und Fraktionslosen auf etwas mehr als 190 Mandate kamen. In Wahrheit lagen die Dinge aber nicht so einfach: Wieweit die nationalliberale Fraktion geschlossen mit Fortschritt und Sozialdemokratie gehen könnte, mußte durchaus dahingestellt und der Zukunft überlassen bleiben. Noch immer konnte der rechte Flügel der gemäßigten Liberalen stark genug sein, um im kritischen Augenblick einer Abstimmung sich vom Parteigang zu lösen und die linke

¹⁾ Nach Blaustein [Parteien, S. 364].

Reichstagsmajorität in eine Minorität zu verwandeln. Überdies war die Anwesenheit jedes Abgeordneten dieser Parteien erforderlich, um bei Abstimmung den Erfolg der neuen Mehrheit sicherzustellen.

War damit die Mehrheit des „Großblocks“ sehr erschwert, so war durch die Wahlen die Mehrheit der schwarzblauen Parteien unmöglich geworden, zumal die unter Fraktionsstärke gesunkene Reichspartei sich vorsichtig von der übrigen Rechten zu lösen schien.

Aber auch die Mehrheit des Bülowblocks war seit dem Ausgang der Wahlen nicht wiederholbar, da alle drei ehemals beteiligten Parteigruppen die erforderliche Majorität nicht mehr zusammenbringen konnten. Somit waren beide Mehrheitsbildungen der letzten Legislaturperiode ungangbar geworden. Neben der Mehrheit von Liberalen und Sozialdemokraten, die von der Regierung besonders für die Sozialgesetzgebung herangezogen werden konnte, kam nun erneut diejenige von Zentrum und Sozialdemokratie in Frage, wie sie vor 1907 bestand und deren Aktionsbereitschaft im Falle irgendwelcher Ausnahme Gesetze durchaus nicht unwahrscheinlich war. Neben diesen beiden Lösungen stand für die Regierung in allen „nationalen“ Belangen noch ein dritter Weg offen, nämlich der einer Mehrheit von Zentrum, Konservativen und Nationalliberalen, vielleicht auch noch dem Fortschritt. Das Zentrum hatte damit wie bisher eine gewisse Schlüsselstellung inne — ohne diese Partei würde auch weiterhin kaum eine positive Gesetzgebung möglich sein. Das Neue in der Zusammensetzung des Reichstags jedoch war, daß nun auch der Nationalliberalismus in eben dieselbe Schlüsselposition eingerückt war. Auch über seinen Willen hinweg konnte keine Reichsregierung mehr vorgehen — wenn er geschlossen auftrat.

Dieser Reichstag wäre zwar in einem parlamentarischen Regierungssystem bei seinen fünf bedeutenden Parteigruppen und zahlreichen Splittern nur eine ungefüge und schwer bewegliche Körperschaft gewesen. Die Regierung einer konstitutionellen Monarchie wie die des Wilhelminischen Reiches, die in ihrer Wirksamkeit nicht an eine Partei — oder Parteigruppierung — gebunden war, konnte die neue Zusammensetzung durchaus als praktikabel empfinden, zumal Bethmann Hollweg mit der „Majoritätsbildung von Fall zu Fall¹⁾“ in den Jahren seit 1909 bereits zufriedenstellende Erfahrungen gesammelt hatte und ein geschlossener Widerstand von der Seite der schwarzblauen Parteien her nicht mehr wie zur Zeit der Reichsfinanzreform zu befürchten war.

Städtische und ländliche Wahlkreise

Die Aufstellung Blausteins, die er in seiner Wahlanalyse über die Verteilung der städtischen und ländlichen Wahlkreise angefertigt hat²⁾, zeigt anschaulich den soziologischen Boden, auf dem die einzelnen Parteien stehen. Die Sozial-

¹⁾ Bethmann, Betrachtungen, S. 18.

²⁾ Blaustein [Parteien, S. 367].

demokratie, der Gewinner der Wahl, hatte es nicht vermocht, so entscheidend in ländliche Gebiete einzudringen, um dort ein Mandat zu erobern. Nur drei Mandate kamen von Wahlkreisen, in denen das Gewerbe eine relative Mehrheit besaß. Alle anderen 107 wurden in Kreisen mit absoluter gewerblicher Mehrheit

Städtische und ländliche Wahlkreise

	gewerbl.	davon ländl.	davon mit relat. gew. Mehrheit	landw.	davon städt.	davon mit relat. landw. Mehrheit
SPD . . .	110	—	3	—	—	—
Z, Els. . .	56	28	14	44	1	7
DK	11	10	4	34	—	3
RP, Wilde .	10	6	3	6	—	—
WVG, RFP	9	9	2	2	—	1
NL, 3 Wilde	34	17	5	13	—	3
FVP, D . .	29	15	3	14	1	8
P	5	2	—	13	—	—
W	1	—	—	4	—	1
BBB . . .	—	—	—	2	—	—
Insgesamt .	265	87	34	132	2	23

gewonnen. Eine derartige Ausschließlichkeit in der Bindung an ganz bestimmte Wählergruppen konnte keine andere Partei aufweisen. Selbst die Deutschkonservativen, deren Mandatsbesitz vorwiegend von landwirtschaftlichen Kreisen gestellt wurde, konnten doch auf ein knappes Drittel gewerblicher Kreise hinweisen, von denen allerdings die meisten einen ländlichen Charakter trugen. Die anderen Rechtsparteien — Reichspartei und nahestehende Wilde, Wirtschaftliche Vereinigung — fußten sogar noch mehr als die Deutschkonservativen in gewerblichen Gebieten. Waren es bei der Reichspartei hauptsächlich die Beamtschaft und Gruppen der Industrie, die dieses Ergebnis beeinflußten, so konnten die Parteien der Wirtschaftlichen Vereinigung in gewissen Gebieten den Mittelstand an sich binden.

Von den kleineren Gruppen abgesehen, wurzelten alle anderen Parteien sowohl in den Städten als auch auf dem Lande. Der Zug zur „Volkspartei“ zeichnete sich daher nicht nur beim Zentrum, sondern ebenso bei den beiden liberalen Parteien ab. Daß jedoch diese drei Parteien vielfach eine Mittelstellung einnahmen, die einerseits dem Druck der Sozialdemokratie, andererseits oft auch dem der Rechtsparteien ausgesetzt war, geht aus einem bezeichnenden Umstand hervor. Eine beträchtliche Zahl der Mandate stammt aus Gebieten, die hohe Anteile nicht nur des Gewerbes, sondern auch der Landwirtschaft aufwiesen. Diese Kreise mit ihrer soziologischen Mischstruktur boten dem Zentrum, stärker aber noch den Nationalliberalen und Fortschrittlern besonders günstige Aussichten auf den Gewinn eines Mandates.

Das Echo auf den Ausgang der Wahlen

Die Wahlen standen ganz unter dem Zeichen des sozialdemokratischen Erfolges. Seine Ursachen suchten die anderen Parteien jeweils im politischen Verhalten ihrer bürgerlichen Gegner — die Liberalen ebenso in dem der schwarz-blauen Parteien, wie die Konservativen und das Zentrum in demjenigen der Liberalen. Die Bündler klagten: „Niemals zuvor haben die Umstürzler einen so großen Erfolg errungen und dabei haben sie noch niemals so wenig eigene Arbeit und Geldmittel aufzuwenden gebraucht wie diesmal. Niemals zuvor haben ihnen auch die liberalen Parteien so eifrige Vorarbeit geleistet, als bei dieser seit länger als zwei Jahren ununterbrochen fortgesetzten Wahlagitation.“ Der Hauptschaden läge dabei nicht einmal in den Mandatsverlusten, sondern vielmehr noch in der „Korruptionierung der liberalen Wähler durch die Waffenbrüderschaft mit der Sozialdemokratie¹⁾“.

Aber auch der Regierung suchten die Konservativen die Schuld am Sieg der Sozialdemokratie aufzubürden. 110 Sozialdemokraten im Reichstage bedeuteten „eine schwere, tiefbedauerliche Niederlage der Regierung sowie des monarchischen Staates in Deutschland“. Alles müßte darangesetzt werden, wenigstens Preußen stark und machtvoll zu erhalten, das „jetzt mehr denn je das Fundament des Reiches, der feste Hort nationaler deutscher Kraft und Gesinnung“ wäre²⁾.

Die Berliner „Post“ vollends bezichtigte die Regierung in einem mehrspaltigen Artikel, durch ihre Zurückhaltung im Wahlkampf der „wahren Schuldigen“ dieses Wahlausganges zu sein: „Eine Staatsleitung, die dem erbitterten Bruderkampf der bürgerlichen Parteien zusieht, ohne auch nur den Versuch einer wirksamen Vermittlung zu machen . . ., kann sich schließlich nicht wundern, wenn ihre Autorität in die Brüche geht.“ Die konservativen Parteien hätten „lediglich für die Regierung die Zeche bezahlt³⁾“.

Demgegenüber maßen die Nationalliberalen die ganze Schuld am Wachstum der Sozialdemokratie den Konservativen bei. „Zweieinhalb Jahre schwarzblauer Blockherrschaft haben genügt, um einen Berg von Scherben zu häufen: Reichspartei und Wirtschaftliche Vereinigung fast zur Hälfte vernichtet, die deutsch-konservative Partei um mehr als ein Viertel reduziert, Sicherheit von Staat und Gesellschaft durch das enorme Anwachsen der Sozialdemokratie aufs schwerste bedroht, das deutschfeindliche Welfentum Hannovers in neuem Aufschwung, steigende Erbitterung im ganzen Lande, Stillstand und Rückschritt der Ostmarkpolitik . . . Ein Werk der Zerstörung, dessen Seele Herr von Heydebrand ist . . .⁴⁾“.

Immerhin mischte sich bereits in die Auffassung der gemäßigten Liberalen eine etwas positivere Ansicht über den Erfolg der äußersten Linken: Die Stärke

¹⁾ KBdL, Nr. 6, 1. Februar 1912.

²⁾ Kreuzzeitung, 29. Januar 1912.

³⁾ Die Post, Nr. 48, 30. Januar 1912, Morgenausgabe.

⁴⁾ NB, 24. Jg., Nr. 4, 28. Januar 1912.

der Sozialdemokratie böte die Gewähr, daß formelle Ausschreitungen der Partei von nun an vermieden würden¹⁾).

Entsprechend seinen bisher vertretenen Gedanken war es vielmehr noch Friedrich Naumann in der Fortschrittlichen Volkspartei, der das gewaltige Anwachsen der Sozialdemokratie eher als ein Positivum betrachtete. Wahlrechtsverschlechterungen hätten bei den neuen Mehrheitsverhältnissen keine Aussicht mehr. Jeder Sozialdemokrat, der statt eines Konservativen gewählt worden sei, wäre daher „für unsere Staatsauffassung ein Gewinn. Mag der Mann auch noch so verdreht sein, so ist er totsicher auf dem Platz, wenn es Bürgerrechte gilt²⁾.“

Noch deutlicher wurde die „Frankfurter Zeitung“. Die 7 1/2 Millionen Wähler der Linken hätten klar ihren Willen bekundet. Jetzt läge die Entscheidung über die zukünftige Politik hauptsächlich bei der Sozialdemokratie und ihren 110 Stimmen. „Sie befindet sich jetzt an einer Schicksalswende, die Schweres, vielleicht zu Schweres von ihr fordert: sie soll in einem mannhaften Entschluß aus den Nebeln ihres Zukunftsstaates heraustreten in das helle Tageslicht, um praktische Politik zu treiben³⁾.“

Bei den Sozialdemokraten sah man das Wahlergebnis ähnlich, wenn auch aus entgegengesetzter Blickrichtung. Da die Liberalen in eine Schlüsselposition eingerückt wären, trügen sie jetzt die Verantwortung⁴⁾. Allgemein überwog das Gefühl der Genugtuung über den Wahlsieg, durch den nicht nur eine Abwehrmehrheit gegen Verfassungsverschlechterungen gesichert wäre⁵⁾. Einer völligen Vernichtung der schwarzblauen Majorität hätten aber die Liberalen vorgebeugt, die in den Stichwahlen in nicht wenigen Fällen für die Konservativen den Ausschlag gegeben hätten⁶⁾.

Damit war zugleich die zweite große Frage aufgeworfen, um die sich die Diskussion am Ende der Wahlen drehte: War das Ziel der Opposition des alten Reichstags, die Vernichtung der schwarzblauen Mehrheit, erreicht? Die Sozialdemokraten neigten zu einer Verneinung, zumal im Hinblick auf den rechten Flügel der Nationalliberalen⁷⁾, wenn man auch auf nachfolgende Zwistigkeiten zwischen dieser Partei und dem Zentrum hoffte⁸⁾. Aber es gab auch Stimmen, die die Niederlage der Schwarzblauen besonders hervorkehrten, um für eine Aktionseinheit der Linken zu werben⁹⁾.

¹⁾ HC, Nr. 29704, 30. Januar 1912.

²⁾ Hilfe, XVIII, S. 66 f.

³⁾ Frankfurter Zeitung, 3. Februar 1912 [Parteien, S. 232].

⁴⁾ Vorw., Nr. 21, 26. Januar 1912.

⁵⁾ KB, Nr. 5, 3. Februar 1912. — SM, XVI, 1, S. 75—81.

⁶⁾ Frankfurter Volksstimme, 26. Januar 1912 [Parteien, S. 318] und andere.

⁷⁾ Mehring in NZ, XXX, 1, S. 625—628.

⁸⁾ Kautsky in NZ, XXX, 2, S. 881—890.

⁹⁾ KB, Nr. 5, 3. Februar 1912.

Zum gleichen Zweck redeten auch vielfach die Freisinnigen von der „Zertrümmerung des schwarzblauen Blockes¹⁾“. Diesen Gedanken wiesen die bisherigen Mehrheitsparteien jedoch energisch zurück. Das Ergebnis wäre für Zentrum und Konservative „doch bei weitem günstiger, als so mancher befürchtet hatte²⁾“, und die Hoffnung auf eine Zertrümmerung der Rechtsmajorität hätte getrogen³⁾. Bei der Mehrheitsbildung im neuen Reichstag käme nun alles auf das entschlossene Zusammenarbeiten der „im guten Sinne staatserhaltenden Parteien einschließlich der Nationalliberalen“ an⁴⁾. Wie die Linke begann also auch die Rechte mit dem Werben um die gemäßigten Liberalen in ihrer neu-gewonnenen Schlüsselposition. Nichts war daher natürlicher, als daß die National-liberalen betonten, ihre Fraktion müßte „jetzt völlig selbständig“ bleiben⁵⁾. Die großen Hoffnungen der Nationalliberalen auf eine vernichtende Niederlage der Konservativen hatten getrogen, wie die führenden Politiker der Partei schweren Herzens einsehen mußten. Eugen Schiffer notierte: „Auch Bassermann hat sich davon überzeugen müssen, daß Pommern und Ostpreußen nicht in einem Anlauf zu haben sind und daß das Zentrum überall schwer zu erschüttern ist. Diese Erfahrung drückt ihn nieder . . .“ Für ihn, wiewohl für die ganze Linke, blieb daher im wesentlichen die aus den beträchtlichen Verlusten der schwarzblauen Parteien geschöpfte Zuversicht, daß die Zeit gegen die ehemalige Mehrheit arbeitete⁶⁾.

¹⁾ FZ, Nr. 21, 26. Januar 1912.

²⁾ Agrarpolitische Wochenschrift, Heft 5, 1. Februar 1912.

³⁾ Ebd. — Germania, Nr. 22, 27. Januar 1912.

⁴⁾ Konservative Monatsschrift, Februar 1912 [Parteien, S. 123].

⁵⁾ Königsberger Allg. Zeitung, 31. Januar 1912 [Parteien, S. 212].

⁶⁾ NL Schiffer, Nr. 1.

Zusammenfassung

Schon nach zweieinhalb Jahren scheiterte das Experiment des vierten Kanzlers des Deutschen Reiches, das er 1907 unternahm, um durch die Bildung eines Blocks der Konservativen und Liberalen zugleich dem Wachstum der Sozialdemokratie Einhalt zu gebieten und den beherrschenden Einfluß der Zentrums-
partei im Reichstag zu brechen. Der Bülowblock zerbrach an der Unvereinbarkeit der verfassungs- und wirtschaftspolitischen Ziele von Konservativen und Liberalen. Die große Reichsfinanzreform des Jahres 1909, vom Bülowblock begonnen, wurde von den Fraktionen der Konservativen und des Zentrums vollendet, das damit in seine ehemalige Schlüsselposition einrückte. Bülow trat zurück, und sein Nachfolger, Theobald von Bethmann Hollweg, bemühte sich, die Gesetzgebung im Reichstag weiterzuführen, indem er sich an keine der Parteien band.

Das Kennzeichen der Monate vom Sommer 1909 bis zur Auflösung des Reichstags im Winter 1911 war nun die enge Zusammenarbeit von Konservativen und Zentrum. Die Liberalen und Sozialdemokraten bezeichneten dieses Zusammengehen polemisch als „schwarzblauen Block“, und obwohl ein förmlicher Koalitionsvertrag zwischen den Mehrheitsparteien nicht bestand, bemühten sie sich in der Wahlvorzeit um ein Einverständnis besonders in den taktischen Fragen. Die Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung mit der Verfassungswirklichkeit und mehr noch mit den neuen Steuerlasten der Finanzreform drängte die schwarzblauen Parteien in die Verteidigung. Hauptsächlich die Konservativen mußten unter diesen Umständen eine Niederlage bei den kommenden Wahlen befürchten. Bei allen Richtungen war trotz der Mandatsgewinne im Jahre 1907 ein Rückgang des Anteils an den Stimmen der Wählerschaft unverkennbar. Die antisemitischen Splittergruppen waren dem Wettlauf der Parteien um die Gewinnung der Massen durch den Ausbau der Organisationen nicht gewachsen, der mit der fortschreitenden Industrialisierung einsetzte. Sie sprachen nur bestimmte Wählerkreise an, die in wenigen Gebieten dichtgedrängt beheimatet waren. Die Reichspartei hatte sich noch weniger die sichere Grundlage einer Organisation schaffen können. Auch die deutschkonservative Partei hatte kaum eine eigenständige Organisation aufzuweisen. Sie konnte jedoch über die besonders in den ostelbischen Gebieten weitverzweigte Organisation des Bundes der Landwirte auf einen festen Wählerstamm rechnen. Allerdings waren die Deutschkonservativen so in Abhängigkeit von dem agrarischen Verband geraten und hatten sich zu einer Interessenvertretung des Großgrundbesitzes ausgebildet. Die Opposition innerhalb der Partei, die durch die städtischen Anhänger geführt wurde und die in dem starr gehaltenen Kurs einer Begünstigung

landwirtschaftlicher Interessen angesichts der Unzufriedenheit der Massen die größte Gefahr für die Partei bei den kommenden Wahlen befürchtete, konnte sich nicht durchsetzen.

Das Zentrum war demgegenüber in einer günstigeren Lage, weil das einigende Band des Katholizismus in den vorwiegend katholisch besiedelten Gebieten des Reiches eine hohe Zahl an Mandaten garantierte. Doch auch die Stellung der Zentrumspartei schien keineswegs ungefährdet. Es waren nicht nur die internen Meinungskämpfe, die noch kurz vor Ausbruch des Wahlkampfes mit aller Schärfe geführt wurden. Auch das Zentrum folgte nur langsam dem von anderen Parteien mit aller Kraft betriebenen Ausbau ihrer Organisationen in den Wahlkreisen. Lediglich in den konfessionell gemischten Landstrichen bestand im Volksverein für das katholische Deutschland eine kampffähige Organisation, während gerade in den überwiegend katholischen Hochburgen aus dem Gefühl scheinbarer Sicherheit heraus die Organisation noch in den Anfängen stand. Hier konnte das plötzliche Eindringen gegnerischer Parteien schon vereinzelte Niederlagen in Nachwahlen bringen. Versuche zu beschleunigtem Ausbau der Organisation wurden für den Wahlkampf zu spät unternommen. Im ganzen war die Taktik des Zentrums auf die Bewahrung des bisherigen Besitzes gerichtet.

Die Konservativen dagegen suchten, westlich der Elbe Neuland als Ersatz für die bisher erfolgreich verteidigten, nun aber gefährdeten ostelbischen Landstriche den Liberalen abzugewinnen. So blieb die Lage der schwarzblauen Parteien prekär und die Zukunft der jetzigen Mehrheit im Reichstag in Frage gestellt. Es war daher der Gedanke der Zentrumspartei, das Einvernehmen mit den Konservativen im Reichstag durch klare, zweckbestimmte Absprachen zur gegenseitigen Wahlhilfe schon im ersten Wahlgang zu ergänzen, um so die zur Mehrheitsbildung notwendigen Mandate zu sichern. Nach Lage der Dinge mußte das Zentrum bei einer derartigen Taktik die größeren Opfer tragen. Es gab den Konservativen in 97 Kreisen Stichwahlhilfe, während es selbst nur in 33 Fällen von der Rechten unterstützt wurde.

Polemisierten die Oppositionsparteien gegen das enge Zusammengehen von Konservativen und Zentrum mit dem Schlagwort vom „schwarzblauen Block“, so setzten diese Parteien in ihrer Agitation dasjenige vom „Großblock“ dagegen. Aber der Gedanke einer festeren Bindung von Nationalliberalismus, Fortschritt und Sozialdemokratie wurde in diesen drei Parteien nur von Minderheiten vertreten. Am ehesten traten noch die Fortschrittler in ihrer Mittelstellung zwischen den beiden anderen Oppositionsparteien für ein solches Zusammengehen ein. Die Spannungen zwischen dem jungliberalen und dem rechtsgerichteten Flügel innerhalb der nationalliberalen Partei gestatteten dem Vorsitzenden Bassermann nur einen vorsichtigen Kurs zwischen den Rechts- und Linksparteien des Reichstags. Trotzdem gab es auch im gemäßigten Liberalismus Stimmen, die zumindest für ein wahltaktisches Einverständnis mit der Sozial-

demokratie eintraten. Bei den Sozialdemokraten waren die Revisionisten trotz ihrer Niederlage auf dem Magdeburger Parteitag von 1910 nicht entmutigt worden und erwiesen sich seit Anfang 1911 als Fürsprecher eines taktischen Zusammengehens mit beiden liberalen Parteien im Wahlkampf, um die schwarzblaue Reichstagsmehrheit zu brechen. Für ein generelles taktisches Wahlbündnis zum Gewinn einer möglichst hohen Zahl von Mandaten für die Linksparteien war jedoch die Sozialdemokratie nicht bereit.

Die Sozialdemokratie konnte spätestens seit dem Zerfall des Bülowblocks darauf hoffen, die Niederlage von 1907 bei den nächsten allgemeinen Wahlen wettzumachen. Schon die Nachwahlen seitdem brachten der Partei bedeutende Erfolge. Allen anderen Parteien voran ging sie im Ausbau ihrer Organisation, der aber nur Früchte im Wahlkampf zeitigen konnte, wenn ihn die richtige Taktik gegenüber den anderen Parteien ergänzte. Die Sorge vor Verfassungsverschlechterungen durch die schwarzblauen Parteien mußte den Parteivorstand zur Annäherung an die Liberalen führen. In diesem Sinne beschloß der Parteitag von Jena im September 1911 sechs Punkte, bei deren Anerkennung jeder bürgerliche Kandidat — ein liberaler immer vor dem nichtliberalen — die Stichwahlunterstützung der Sozialdemokratie erhalten sollte. Die sechs Punkte waren dabei so gemäßigt abgefaßt, daß zumindest jeder Fortschrittskandidat sich auf sie verpflichten konnte. Zudem bemühte sich der Parteivorstand, sich in allen seinen Aktionen Zurückhaltung aufzuerlegen, um kein Befremden bei den liberalen Parteien und ihren Wählern auszulösen.

Erheblich schwieriger war die Position der nationalliberalen Parteiführung. Das Ende der Bülowzeit hatte keine andere Partei härter getroffen. Nun lebten zwischen den beiden Flügeln die alten Gegensätze mit neuer Kraft auf. Der konservative Vorstoß in das Kerngebiet des Nationalliberalismus, Hannover, und andere nationalliberale Landstriche zeigte der Parteiführung der gemäßigten Liberalen nicht nur das Unerfüllbare ihrer Hoffnung auf eine Rückkehr zum Bülowblock, sondern rief auch ihren Selbstbehauptungswillen wach. Überdies waren auch die Nachwahlergebnisse eine deutliche Mahnung, von den schwarzblauen Parteien offen abzurücken. Der anwachsenden Agitation des Bundes der Landwirte gegen die Partei suchte man 1909 eine liberale Gegenorganisation im Deutschen Bauernbund entgegenzustellen, der seine Propaganda oft erfolgreich in die ostelbischen Gebiete hineintrug. Ihn sollte die zweite liberale Gründung des Jahres 1909, der Hansabund, ergänzen, der Gewerbe, Handel und Industrie zum gemeinsamen Kampf gegen die Interessenpolitik des Bundes der Landwirte zusammenfassen sollte. Darüber hinaus betrieben auch die Nationalliberalen selbst eifrig den Ausbau ihrer Organisation, besonders in konservativen Hochburgen des Ostens.

Auch der Fortschritt sah im beschleunigten Ausbau der Organisation das wichtigste Erfordernis der Zeit. In diesem Sinne wurde 1910 nach langen Verhandlungen die Fusion der drei Parteien und die Ausweitung der Organisation

in bisher nicht berührte, vielfach ländliche Gebiete durchgeführt. Denn da die Partei von der Sozialdemokratie aus vielen städtisch-gewerblichen Kreisen hinausgedrängt wurde, war der Vorstoß auf das flache Land zur Existenzfrage geworden. Der Erfolg der intensiven Organisationsarbeit war schon vor den Wahlen in einer vielfach beachtlichen Zunahme der Mitgliederzahlen zu erkennen.

In beiden liberalen Parteien mehrten sich die Stimmen, die ein taktisches Zusammengehen in Haupt- und Stichwahlen forderten, um die Gewinnaussichten für den Gesamtliberalismus zu vergrößern. Dabei blieb man sich bewußt, daß für einen organisatorischen Zusammenschluß die Zeit noch nicht gekommen war. Da die beiden Parteivorstände sich zurückhielten, fielen die Wahlabsprachen in den Aufgabenbereich der Wahlkreis- und Provinzialorganisationen. Die Berliner Zentralen suchten hauptsächlich als Vermittlungsstellen zu wirken. Nach teilweise äußerst komplizierten Verhandlungen kamen die Liberalen für weite Teile des Reiches zu ähnlichen Wahlabkommen wie die gegnerischen schwarz-blauen Parteien.

Nicht überall war die Frontenteilung zwischen Rechtsparteien und ihren Gegnern aber einheitlich ausgeprägt. Oft gingen Verständigungsversuche mit den Nationalliberalen vom Zentrum aus, das die Hilfe der gemäßigten Liberalen besonders im Rheinland und in Hessen benötigte, in Baden zugleich einen Keil in den dort bestehenden Großblock treiben sollte. Auf der anderen Seite mußte gerade die Zentrumspariei eine wachsende Entfremdung der ihr bis dahin eng verbundenen Deutschhannoveraner hinnehmen. Auch in den Randgebieten des Reiches, in Posen, Westpreußen und Oberschlesien bedingte der Kampf gegen die Polen wahltaktische Abmachungen aller deutschen, nicht sozialdemokratischen Parteien, die dort die Minderheit bildeten. Allerdings erschwerte die Schärfe der politischen Kämpfe im übrigen Reichsgebiet die Einigungsverhandlungen nicht unwesentlich.

Bei der wachsenden Bedeutung wirtschaftspolitischer Fragen in der Innenpolitik bemühten sich immer mehr Interessenverbände, auf die Beschlüsse des Reichstags Einfluß zu nehmen. Nach der Verabschiedung der Reichsfinanzreform im Sinne der schwarzblauen Parteien traten neue, meist liberal gerichtete Verbände in Konkurrenz zu den bereits bestehenden. Besonders die Wahlkämpfe eigneten sich zur Einwirkung auf die politischen Parteien, da man hier den Kandidaten gegen seine Verpflichtung, im Falle seiner Wahl die Verbandsziele zu vertreten, finanziell oder agitatorisch unterstützen konnte. Nur wenige, nahezu ausschließlich agrarische Interessengruppen stellten eigene, nur auf das Verbandsprogramm verpflichtete Kandidaten auf. Unter ihnen besaß der Ende des vergangenen Jahrhunderts gegründete Bund der Landwirte die beherrschende Stellung. Obwohl der Großgrundbesitz nur einen geringen Teil der Mitglieder ausmachte, übte er doch auf die Politik des Bundes den entscheidenden, seine Interessen bevorzugenden Einfluß aus. Der streng hierarchische Aufbau der Organisation ermöglichte zugleich große Schlagkraft und einen umfassenden

Einfluß der Zentrale auf die untergeordneten Instanzen. Er machte sich auch bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen geltend, die in den Händen der Wahlkreisorganisationen lag. Wahlhilfe erhielten in erster Linie die Deutschkonservativen und — bereits mit Einschränkung — Reichspartei, Zentrum und einzelne rechtsorientierte Nationalliberale.

Gegen den beherrschenden Einfluß des Bundes der Landwirte hatte sich 1909 mit dem Beistand der Nationalliberalen der liberale Deutsche Bauernbund konstituiert, dem man nach eindrucksvollen Anfangserfolgen — gerade auch in Ostelbien — günstige Aussichten für die Wahlen zusprach. Seiner Wirksamkeit waren aber im Wahlkampf enge Grenzen gesetzt, da er am Schutzzoll festhielt und so das taktische Bündnis der Nationalliberalen mit dem Fortschritt kaum nachvollziehen konnte.

Der Hansabund suchte durch die Einigung von Handel, Gewerbe und Industrie eine dem Bund der Landwirte gleichwertige Organisation aufzubauen. Die Spannungen, die durch die verschiedenen in ihm vertretenen Interessen verursacht wurden, hemmten aber bald Ausbreitung und Kampfkraft des Bundes und führten 1911 zum Austritt der im Zentralverband Deutscher Industrieller zusammengeschlossenen schutzzöllnerischen Schwerindustrie, die sich den schwarzblauen Parteien annäherte.

Die Gewerkschaften aller Richtungen waren trotz ihrer engen Beziehungen zu bestimmten Parteien darauf bedacht, das Prinzip parteipolitischer Neutralität zu wahren. Nichtsdestoweniger förderten alle Gewerkschaften Kandidaturen, die ihre Mitglieder als Privatpersonen übernahmen.

Wohl erstmals in weiterem Rahmen griffen in diesen Wahlkampf die schnell wachsenden Verbände der Angestellten und des Mittelstandes ein. Soweit sie nicht in der Dachorganisation des Hansabundes zusammengeschlossen waren, waren sie jedoch zu wenig zentralisiert, um größere Erfolge erzielen zu können.

Neben den Wirtschaftsverbänden beteiligten sich eine Vielzahl von Organisationen am Wahlkampf, die andere Ziele verfolgten. Als Verband mit ausgesprochen politischer Kampfrichtung wandte sich der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in aller Schärfe gegen die Arbeiterpartei. Er unterstützte mit seiner Agitation jeden bürgerlichen Kandidaten, der als einziger gegen einen Sozialdemokraten stand und dessen Partei mit der Arbeiterpartei kein Bündnis geschlossen hatte. In der Praxis aber wurden die schwarzblauen Parteien bevorzugt. Auch die Leiter der Kriegervereine waren weithin bemüht, ihre Mitglieder zur Stimmabgabe für eine der „staatserhaltenden“ Parteien zu bewegen.

Der Behördenapparat griff — zumal in Preußen — oft in die Wahlbewegung ein. Als Reichskanzler beabsichtigte Bethmann durch möglichste Zurückhaltung von der Parteipolitik den seit der Finanzreform deutlichen Zustrom zur Sozialdemokratie zu bannen. Erst kurz vor der Wahl wagte es die Reichsregierung,

indirekt gegen die Sozialdemokratie Stellung zu nehmen. Als Ministerpräsident Preußens konnte Bethmann und energischer noch der Minister des Innern, von Dallwitz, eher auf die Wahlbewegung einwirken. Besonders über die Wahlrechte und -pflichten der Beamten strebte man nach einer Stärkung der staats-erhaltenden Parteien. Aber auch hier war man peinlich bedacht, der Öffentlichkeit keine Ansatzpunkte zu Beschwerden über die Parteilichkeit der Staatsregierung zu geben. In der Wahlbewegung selbst arbeiteten alle Stufen des Behördenapparates für die sogenannten staats-erhaltenden Parteien.

An der Aufstellung der Kandidaten trugen die lokalen Parteiorganisationen den Hauptanteil. Für regionale und zentrale Parteinstanzen war es meist schwierig, bestimmte Kandidaten in den Wahlkreisen zur Proklamation zu bringen. Fast alle Parteien schufen sich durch Zählkandidaturen die Möglichkeit, die Entwicklung der Organisation zu verfolgen. Die Tendenz zur Aufstellung von Zählkandidaturen schien in dem Maße zuzunehmen, wie die Organisation sich ausdehnte. Die ziffernmäßige Vermehrung der Zählkandidaturen wurde jedoch durch die vielseitigen Wahlabsprachen überdeckt.

Fast alle Parteien waren bei der Aufstellung ihrer Kandidaten der Einflußnahme von Interessengruppen ausgesetzt, die je nach ihrer Struktur in den Wahlkreisen oder an den Parteizentralen auf sich aufmerksam machten. Das häufigste Mittel hierzu waren die Interpellationen, die an die Kandidaten gerichtet wurden, um ihre Stellung zu den Verbandsforderungen zu erfragen. Zwar konnte kein Kandidat sie leichtfertig behandeln, weil die Stimmen ihrer Anhänger und die angebotenen Gelder oft von entscheidender Bedeutung sein konnten, aber die Wirkung der Anfragen mußte sich doch in dem Maße verringern, als sie einander zu neutralisieren in der Lage waren. In der Auswahl ihrer Kandidaten bemühte sich jede Partei, der beruflichen Zusammensetzung ihrer Wählerschaft zu entsprechen. Damit stimmte auch die spätere Zusammensetzung der Fraktionen weitgehend überein. Unverkennbar war jedoch die Zurückdrängung des mit seinem erlernten Beruf verwachsenen Politikers durch den Funktionär und Berufspolitiker.

Wie bei der Kandidatenaufstellung lag auch bei der Durchführung des Wahlkampfes die Hauptverantwortung bei den lokalen Organisationen. Zwar gaben die Zentralen mit ihren Wahlaufufen und Richtlinien die allgemeine Richtung des Wahlkampfes an, erst ihre Abstimmung auf die Probleme der einzelnen Kreise ließ jedoch einen Wahlerfolg wahrscheinlich werden. Die einzuschlagende Taktik wurde daher wesentlich von den Lokalorganisationen bestimmt, die aus dem Agitationsmaterial, das von den zentralen und regionalen Parteistellen wie von den Interessengruppen angeboten wurde, das am meisten geeignete ausuchten. Vielfach wurden die Flugblätter und Plakate auch im Kreise selbst hergestellt. In der Gestaltung des Agitationsmaterials herrschte noch immer das Wort vor. Das galt auch für Plakate, deren vom Flugblatt unterschiedliche Zwecksetzung noch kaum erkannt worden war. Hin und wieder ging man jedoch

bereits zu bildlicher Gestaltung über. Die Bedeutung der Presse schließlich darf keineswegs unterschätzt werden. Eine unumgängliche Ergänzung stellten die Wahlversammlungen dar. Auch ihre Veranstaltung wurde zumeist von den lokalen Instanzen besorgt, sofern nicht Agitationskampagnen über ein größeres Gebiet von den regionalen und zentralen Stellen angesetzt wurden. Allerdings machte die Gewinnung führender Politiker für die Übernahme einer Rede in allen Parteien besondere Schwierigkeiten. Der Besuch der Wahlversammlungen war normalerweise gut. Besonders die Landbevölkerung nahm infolge mangelnder anderer Ablenkung jede Wahlversammlung dankbar auf. Bisweilen begann man bereits, dem Unterhaltungsbedürfnis der Wähler durch entsprechende Umrahmung der Versammlungen entgegenzukommen.

Die Kosten des Wahlkampfes 1912 dürften bei knapp 10 Millionen Mark gelegen haben, wobei jede Partei für einen ernsthaft umkämpften Kreis zwischen 10 000 und 15 000 Mark auszugeben hatte. Nur in außergewöhnlich harten Kämpfen stiegen die Kosten über 20 000 Mark an. Die Finanzierung dieser Summen geschah nur zum Teil aus Mitgliedsbeiträgen, so bei der Sozialdemokratie und geringer beim Fortschritt. Gerade die nicht sozialdemokratischen Parteien waren auf Spenden und die Zuwendungen der Parteifreunde und Interessenten angewiesen.

Das Ergebnis der Hauptwahl bestätigte die Erwartungen eines „Ruckes nach links“. Bei außerordentlicher, in Stadt und Land nahezu gleich hoher Wahlbeteiligung stimmten 61,9 Prozent für die Liberalen und Sozialdemokraten, für die schwarzblauen Parteien 37,4 Prozent der Wähler. Die schwersten Niederlagen mußten die Konservativen hinnehmen, wobei die Gewinne im Westen die Verluste im Osten nicht annähernd ausgleichen konnten. Auch das Zentrum hatte Verluste zu verzeichnen, die sich jedoch in Grenzen hielten und sich teilweise aus der Wahlhilfe für die konservativen Verbündeten erklärten. Selbst die Nationalliberalen gehörten zu den Parteien, die einen Stimmenverlust verbuchen mußten. Ähnlich den Konservativen hatten auch sie die schwersten Einbußen in ihren Hochburgen, während in den neu bearbeiteten Gebieten des Ostens oft hohe Gewinne verbucht werden konnten. Der konservativen Westbewegung stand also eine nationalliberale Ostbewegung gegenüber. Fortgesetzt hatte sich der Aufschwung des Fortschritts, der nun nahezu die Stärke der Nationalliberalen erreicht hatte und dessen Erfolge gerade auch in ländlichen Gegenden nicht übersehen werden konnten. Die Sozialdemokratie blieb der eigentliche Sieger der Wahl. Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten hatte für sie gestimmt. Allerdings vermehrte sich der Stimmenanteil nicht überall im Reich gleichmäßig.

Über die endgültige Verteilung der Mandate konnte aus dem Hauptwahlergebnis noch nichts geschlossen werden, da in mehr Wahlkreisen als zuvor ein zweiter Wahlgang nötig wurde. Immerhin war die Machtverstärkung der Sozialdemokratie an der hohen Zahl der bereits vergebenen Mandate deutlich abzulesen.

Bei der Betrachtung der Gewinne und Verluste der Parteien in Orten verschiedener Größe fällt auf, daß die Deutschkonservativen – trotz des allgemeinen Rückgangs ihres Stimmenanteils auf dem flachen Lande – zum Teil noch erhebliche Gewinne erzielen konnten. Das Zentrum mußte dagegen in allen Größenklassen Stimmeneinbußen hinnehmen. Auch die Nationalliberalen hatten auf dem flachen Lande das beste Wahlergebnis, im Norden mehr als im Süden. Trotz aller Gewinne auf dem Lande hatte die Fortschrittliche Volkspartei dagegen in den Städten noch immer die günstigsten Resultate erzielt. Am meisten fand die Sozialdemokratie ihren Rückhalt an den Städten, wo allerdings ihr Wachstum vielfach einen gewissen Endpunkt erreicht zu haben schien. Das flache Land wies aus diesem Grunde die höchste Wachstumsrate auf.

Der Kampf um die Stichwahlen war durch das bedeutende Wachstum der Sozialdemokraten bestimmt. Zur Entscheidung gestellt zwischen einer Begünstigung der Sozialdemokraten und einer Förderung der schwarzblauen Parteien gab die nationalliberale Zentrale den Wahlkreisorganisationen die Stichwahltaktik frei. Der Fortschritt dagegen schloß ein geheimes Bündnis mit der Sozialdemokratie, das wechselseitige Unterstützung gegen die schwarzblauen Parteien vorsah und eine sogenannte Dämpfung des Wahlkampfes durch die Sozialdemokratie für 16 Kreise, in denen ein Fortschrittler der Gegner war, beschloß. Während die Zusage wechselseitiger Unterstützung zumal von den Sozialdemokraten weitgehend eingehalten wurde, bewährte sich der Versuch der Dämpfung nicht. Die schwarzblauen Parteien proklamierten Wahlenthaltung bei der Entscheidung zwischen liberalem und sozialdemokratischem Kandidaten, sofern nicht besondere Abmachungen auf Gegenseitigkeit vorlagen. Neben der großen Frontlinie kam es aber zu den verschiedensten Absprachen zwischen den Parteien der Rechten und der Linken auf lokaler Ebene.

In den Stichwahlen, die an drei verschiedenen Terminen stattfanden, ergab sich dann, daß die endgültige Verteilung der Mandate zwischen rechts und links annähernd gleichmäßig war. Damit wurde das Ergebnis der Hauptwahlen weitgehend zugunsten der schwarzblauen Parteien revidiert. Allerdings war die Mehrheit des schwarzblauen Blockes gebrochen, die zahlenmäßige Überlegenheit seiner Gegner blieb aber so gering, daß an einen Großblock im Reich kaum gedacht werden konnte, auch wenn man von prinzipiellen Widerständen absehen wollte. Wie bisher nahm das Zentrum eine Schlüsselposition ein. Neu in der Zusammensetzung des Reichstags war jedoch, daß nun auch die Nationalliberalen in eine vergleichbare Stellung einrückten.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912, die letzten vor dem Ersten Weltkrieg und dem Ende des Bismarckreiches, trafen in eine Phase des beschleunigten Wandels im Parteiwesen. Die Veränderungen in der Struktur der Parteien zogen sich vom Ausgang des 19. Jahrhunderts hin bis zum Umbruch der deutschen Verfassung im Jahre 1918 und gingen parallel mit der Entwicklung zu Industriestaat und Massengesellschaft.

Die prägende Kraft von Organisation und Politik jeder Partei blieb nach wie vor das Wahlsystem des Wilhelminischen Reiches. Das Reichstagswahlgesetz vom 28. Mai 1870, das in seinen Wurzeln auf das Wahlgesetz der Paulskirche vom April 1849 zurückging, war mit dem Zugeständnis des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts eines der fortschrittlichsten seiner Zeit. Aber es blieb zugleich auch eines der beständigsten Reichsgesetze. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges veränderte es sich nur in zwei Punkten: 1888 wurde die Dauer der Legislaturperioden von 3 auf 5 Jahre verlängert und 1906 die Diäten für die gewählten Vertreter des Volkes eingeführt.

Neben allen anderen Punkten blieb die ursprüngliche Form der Mehrheitswahl in Einerkreisen unangetastet. Dabei wurde gerade durch die Festsetzung der Wahlkreise im Laufe der Zeit der Grundsatz der Gleichheit der Wahl mehr und mehr illusorisch. Die alte Wahlkreiseinteilung von 1869 setzte auf 100 000 Einwohner jedes Bundesstaates und auf 80 000 im Überschuß ein Mandat fest.

Waren damit schon zu Beginn des Reichstags die kleineren etwas besser als die größeren Staaten gestellt, so entwertete das rasche Wachstum und die Binnenwanderung der sich in den Wirtschaftszentren zusammendrängenden Bevölkerung zunehmend die städtischen zugunsten der ländlichen Wählerstimmen. Während 1912 in Teltow/Charlottenburg 339 256 Wähler von einem Abgeordneten vertreten wurden, waren es in Schaumburg-Lippe ganze 10 709. Den Nutzen aus dieser Entwicklung zogen vor allem Konservative und Zentrum, also die Parteien, die sich zu einem großen Teil auf dünnbesiedelte, ländliche Gebiete stützten. In der Hauptsache beklagte daher die Sozialdemokratie die Ungerechtigkeit der „Wahlkreisgeometrie“, da ihre Vertretung im Reichstag verglichen mit der der anderen Parteien am wenigsten ihrer Größe entsprach.

Griff hierin schon das Wahlgesetz tief in das Leben der Parteien ein, so hinterließ das deutsche System der Mehrheitswahl in Einmannwahlkreisen seine Spuren allenthalben. Die starre Abgrenzung der 397 Wahlkreise, an der bis in die letzten Kriegsmonate hinein nicht gerührt wurde, förderte und erhielt die Eigenständigkeit der Lokalorganisationen. Im Wahlkreis war und blieb trotz aller Richtlinien der Berliner Zentrale, trotz vieler Maßnahmen regionaler Stellen die Grundzelle einer jeden Partei. Zwar gab es in den einzelnen Parteien verschiedene Grade der Abhängigkeit unter den Instanzen, dennoch traf auf alle Parteien gleichermaßen zu, daß ohne Wahlkreisorganisation weder ein neues Gebiet der Partei zu gewinnen, noch die vielfachen Aufgaben zu lösen waren, die ein Wahlkampf stellte. Auch das Wahljahr 1912 hatte gezeigt, daß bei aller Bürokratisierung und Zentralisierung des Parteiwesens dieses Grundelement der Wahlkreisorganisationen nicht so schnell überwuchert werden konnte. Hier entschied man zumeist über die Persönlichkeit des Kandidaten wie über die Mittel, die eingesetzt werden mußten, um seinen Sieg zu erreichen. Über Absprachen mit anderen Parteien beschloß letztlich die Instanz des Wahlkreises, und es ist bezeichnend, daß die meisten Interessenverbände auch an dieser

Stelle ihre Unterstützung einsetzten, eben weil an ihr die größten Erfolgsaussichten bestanden.

Damit soll keineswegs die Bedeutung der anderen Instanzen abgestritten werden. Für regionale Aufgaben — etwa für die Durchführung der Wahlkämpfe zu den Landtagen der Einzelstaaten — wie für die Vermittlung zwischen Lokal- und Zentralstellen kann die Wichtigkeit der Provinzial- und Landesorganisationen gar nicht überschätzt werden. Und die zentralen Stellen behaupteten durch ihre führende und vermittelnde Rolle, durch ihre Kontakte zu anderen Parteien eine unersetzliche Funktion im Wahlkampf. Für die Partei als Ganzes galt somit, daß die Spitze führte, Tempo und Tritt jedoch größtenteils von der Kolonne bestimmt wurden.

Im letzten Grunde bewies aber in diesem Tatbestand der Wähler seine Macht. Da jeder Wahlkreis nur ein Mandat zu vergeben hatte, gewöhnte man sich daran, in „seinem“ Abgeordneten den Vertreter der speziellen Interessen des Kreises zu sehen. Dieses Gefühl wurde vom Wahlsystem, durch das jeder Abgeordnete die absolute Mehrheit seiner Wähler hinter sich wußte, wesentlich vertieft. Das Bewußtsein der Interessengemeinschaft aller Wähler des Kreises festigte sich aber erheblich auch durch die erstarrte Begrenzung der Wahlkreise, die in den meisten Fällen historisch und soziologisch zusammenhängende Räume berücksichtigte. Es bildete sich daher besonders auf dem Lande ein gewisser Wahlkreispartikularismus aus, der sich nicht nur in dem Wunsch nach kreis-ingesessenen Kandidaten lebhaft äußerte. Diesem Sachverhalt — sosehr er auch die Gefahr einer Kirchturmspolitik in sich barg — mußten die Parteien sich beugen, und er blieb wohl das größte Hindernis auf dem Wege zur uniformen, persönlichkeitsfremden Massenpartei. Dabei wurden Fusionen von Parteien, wie die des Fortschritts 1910, erleichtert, denn der Anhänger, der meist den gleichen Kandidaten, den altvertrauten Abgeordneten bei der nächsten Wahl wiedersah, konnte in der Meinung bestärkt werden, daß trotz der organisatorischen Verschmelzung in seiner politischen Welt keinerlei Veränderung eingetreten wäre.

Der Mechanismus der Stimmabgabe mit ihren ein oder zwei Wahlgängen war jedem Wähler ohne weiteres begreiflich und führte leichter zu politischem Verständnis und Verantwortungsbewußtsein als das spätere, für den Durchschnittswähler zu komplizierte Verhältniswahlsystem mit der persönlichkeitsfremden Listenwahl. Die letzte Vertiefung des politischen Bewußtseins mußte allerdings so lange ausbleiben, als dem Reichstag wesentliche Gebiete der parlamentarischen Verantwortlichkeit vorenthalten blieben.

Viel gescholten wurde die Rolle des engeren Wahlgangs in der Geschichte des Wilhelminischen Reichstags. Zweifellos hebt die Stichwahl den heilsamen Zug der relativen Mehrheitswahl zugunsten der großen Parteien teilweise wieder auf. Während von der relativen Mehrheitswahl alle schwächeren Kandidaten ausgeschieden werden, werden sie von der absoluten oft begünstigt, indem sie im

zweiten Wahlgang mit den Stimmen ausgeschiedener Parteien vor dem stärksten Kandidaten gewinnen können. So erhalten Splittergruppen oft eine Stellung im Parlament, die ihrer eigentlichen politischen Situation nicht entspricht.

Das andere negative Kriterium gegen die Stichwahl ist die angebliche Korrumpierung von Wählerschaft und Parteien, wie sie durch Wahlabmachungen zwischen den Wahlgängen hervorgerufen würde. Auch die Mehrheitswahl in einem Gang bietet sich ja zu Absprachen zwischen den Parteien an, hier aber vor Beginn des Wahlkampfes. Sie beschwören damit allerdings die Gefahr einer Aushöhlung der Organisation für einen der Vertragspartner herauf. Kommen sie aber zustande, wird der Wähler von Anbeginn nur in einem Sinne von der Parteipropaganda erfaßt. Bei zwei Abstimmungen dagegen müsse der Wähler — in der Meinung der Kritiker — nach der Hauptwahl unter Umständen seine ursprüngliche Auffassung verleugnen und ohne innere Überzeugung seine Stimme einem im Grunde unerwünschten Kandidaten geben. Die Parteien endlich müßten durch den „Wahlschacher“ mit einem vor der Hauptwahl scharf bekämpften Gegner an innerer Geschlossenheit und äußerer Glaubwürdigkeit verlieren. Zudem böte der Wahlkampf das Bild äußerster Schärfe und Hemmungslosigkeit, da jede Partei bei dem Wettlauf um die wenigen, entscheidenden Stimmen alle Mittel einsetzten, um den Sieg davonzutragen.

Gewiß mag es beim Kampf um die das Mandat entscheidende Wählerstimme zu einer Verschärfung der Agitation kommen. Wie aber die nachfolgende Epoche gerade der deutschen Geschichte zeigt, bestimmt nicht das Wahlsystem, sondern die innere Gesundheit von Staat und Verfassung die Tonart der politischen Kämpfe.

Auch scheint die Stichwahlpolitik weder auf die Wähler noch auf die Parteien so negative Wirkungen gezeitigt zu haben. Gerade die verschiedenartigen Kompromisse der Parteien bei den Wahlen von 1912 zeigen deutlich, daß der Einfluß der Parteien auf die Wähler nicht schrankenlos war. Zwar setzten die Parteien die Stimmen ihrer Anhänger als Faktor in die Kompromißverhandlungen ein, der Wähler wahrte sich jedoch fast immer seine Entscheidungsfreiheit. So versagte größtenteils sowohl die Aktion der Dämpfung wie vielerorts auch die ausgegebenen anderen Parolen. Der Wähler stimmte im Stechen für die Partei, die seinen Wünschen am nächsten stand, wohl nur in Ausnahmefällen oder als aktives Parteimitglied folgte er einer anderen Parole derjenigen Partei, die er in der Hauptwahl unterstützt hatte, sofern er eine andere politische Ansicht vertrat. Eher enthielt er sich der Stimme gänzlich. Allerdings wurde die Befolgung der Stichwahlparolen dadurch erleichtert, daß die Parteien meist wohl mit Partnern das Abkommen trafen, die wenigstens in einigen Fragen dem eigenen Programm nahestanden und daher auch ihren Wählern des ersten Wahlgangs eher annehmbar waren. Aber auch dann mußten Kompromißverhandlungen eine heilsame Wirkung für die beteiligten Parteien mit sich bringen, indem sie halfen, prinzipielle programmatische Gegensätze abzubauen.

Die Tatsache, daß die Parteien ihre Wählerschaft nicht ohne weiteres kommandieren konnten, zeigt daher, daß die Stichwahl den Wähler nicht politisch verwirrte und haltlos machte, sondern durchaus in der Lage war, sein Verständnis politischer Zusammenhänge zu schärfen, indem sie ihn zum Wägen und Werten, zum Differenzieren der politischen Kräfte anregte.

Schließlich scheint es unverständlich, weshalb die ausschließlich zu *taktischen* Zwecken getroffenen Absprachen zwischen gegnerischen Parteien demoralisierende Wirkungen gehabt haben sollen. Es sei hier auf das ähnlich gelagerte Problem der Koalitionsverträge zwischen den Fraktionen eines Parlaments hingewiesen. Zu einem Koalitionsvertrag, der über ein rein taktisches Zweckbündnis weit hinausreicht, kann der Wähler in den seltensten Fällen seine Ablehnung augenblicklich geltend machen. Befolgung oder Nichtbefolgung einer Parole zu Haupt- oder Stichwahl bleibt dagegen in kurzer Frist dem Wähler überlassen.

Betrachtet man aus diesem Blickwinkel das Wahlsystem des Wilhelminischen Reiches, wie es sich im bunten Prisma der letzten seiner allgemeinen Wahlen darbietet, scheint es doch, daß gerade im nahen Verhältnis von Wählerschaft und politischen Parteien auf der Wahlkreisebene durchaus lebensfähige Keime lagen, denen aber in der Katastrophe am Ende des Ersten Weltkrieges jede Möglichkeit zu weiterer Entwicklung geraubt wurde.

Verzeichnis des Schrifttums

I. Archivmaterial

1. Bundesarchiv Koblenz

- General-Akten des Justizministeriums betreffend Sozialdemokratie und Anarchismus 1908—1934; 135/10773 P. — Für die vorliegende Arbeit wurden in der Hauptsache Rechenschaftsberichte des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie aus den Jahren 1910 und 1911 herangezogen.
- Zeitgeschichtliche Sammlung; Nr. 601, 760, 761, 857. — Diese Nummern umfassen neben einer Sammlung von Wahlplakaten wertvolle Dokumente aus den Parteiverhältnissen der National-liberalen (1910—1913) und der Sozialdemokratie (1884—1913).
- Nachlaß Harden. — Die sehr umfangreiche Briefsammlung dieses Nachlasses enthält nur am Rande einige Bemerkungen zur Reichstagswahl 1912.
- Nachlaß Heine. — Für die Arbeit kamen einige Passagen aus dem Manuskript der geplanten Memoiren in Betracht.
- Nachlaß Traub. — Wichtig für die Frage seiner Kandidatur wie überhaupt der politischen Verhältnisse in seinem Wahlkreis sind Briefe Friedrich Naumanns und eine kurze Korrespondenz zwischen Traub und dem freisinnigen Wahlverein zu Hamm.

2. Geheimes Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem

- Preußisches Staatsministerium. Einwirkung der Regierung auf die Wahlen zum Hause der Abgeordneten und zum Reichstage, sowie das Verhalten der Behörden und Beamten bei denselben; Bd. 4: 1907—1919; 90/307. — Die Protokolle der Verhandlungen des Staatsministeriums über das Problem des Beamtenwahlrechts lieferten die Grundlage des betreffenden Abschnittes dieser Arbeit.
- Ost-Abteilung B. Königl. Preussische Regierung zu Bromberg, Präsidial-Abteilung; Nr. 607, 609, 610, 611. — Diese Akten geben ein klares Bild vom Parteileben in der Provinz Posen, wie auch von dem Verhältnis zwischen Regierung und Parteien.
- Zeitgeschichtliche Sammlung. — Sie enthält kein Material zu den Wahlen von 1912. Immerhin geben einige Stücke aus dem Wahljahr 1907 Hinweise auf die sozialdemokratische Parteiarbeit im Wahlkampf.
- Nachlaß Schiffer. — Eine gänzlich ungeordnete Sammlung von Tagesnotizen, die dem national-liberalen Politiker als Grundlage seiner Lebenserinnerungen dienten. Sie führt jedoch in einzelnen Punkten nicht unwesentlich über das 1951 veröffentlichte Memoirenwerk hinaus.

3. Hauptstaatsarchiv Stuttgart

- Akten aus der Berliner Gesandtschaft des Königreiches Württemberg; E 46—48, Hauptfaszikel 365, Unterfaszikel 1. — Einige Rundschreiben des Reichsamtes des Innern an die Landesregierungen, die im Zusammenhang mit der Reichstagswahl stehen.
- Nachlaß Haußmann; Nr. 100, 104, 115—117. — Unter diesen Nummern findet sich das wichtigste, sehr bedeutende Material zum Thema, so Korrespondenzen mit befreundeten Politikern, mit Funktionären aus seinem Wahlkreis über Agitation und Parteiverhältnisse, sowie Plakate, Flugblätter und Presseauschnitte aus dem württembergischen Raum.

4. Historisches Archiv der Stadt Köln

Nachlaß Bachem; 314—319. — Das hierunter zusammengefaßte reiche Material zur Wahlbewegung 1911/1912 enthält Korrespondenzen Karl Bachems mit anderen Politikern, meist der Zentrumsparlei, über Fragen der Taktik und Agitation, weiterhin Zeitungsausschnitte und Flugblätter.

5. Staatsarchiv Koblenz

Akten des Oberpräsidiums der Rheinprovinz; 403/8459, 403/8566. — Diese Bände bilden die Korrespondenz des Oberpräsidiums mit Parteipolitikern und Verbänden, sowie Berichte nachgeordneter Instanzen über die Wahlbewegung.

6. Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam

Nachlaß Vollmar. — Enthält für frühere Wahlen einiges Material über die Parteiarbeit der Sozialdemokratie in Bayern.

II. Statistiken

Kaiserliches Statistisches Amt.

Die Reichstagswahlen von 1903 (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 12./13. Jg. 1903/1904).

Die Reichstagswahlen von 1907 (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 16. Jg. 1907).

Die Reichstagswahlen von 1912 (Statistik des Deutschen Reichs, Band 250, 1912/1913).

Blaustein, Arthur: Die Reichstagswahlen 1912 (Die Parteien, S. 352—380).

Hirsch, Paul: Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstag, Berlin 1912.

Specht, Fritz, und Schwabe, Paul: Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1907, 2. Aufl. Berlin 1908.

III. Tageszeitungen

Hannoverscher Courier

Germania

Kreuzzeitung (Neue Preußische Zeitung)

Hamburger Nachrichten

Die Post

Augsburger Postzeitung

Deutsche Reichspost

Deutsche Tageszeitung

Kölnische Volkszeitung

Vorwärts

Frankfurter Zeitung

Freisinnige Zeitung

Kölnische Zeitung

Vossische Zeitung

IV. Zeitschriften

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik

Deutscher Bauernbund

Jungliberale Blätter

Nationalliberale Blätter

Der Bund der Landwirte

Der Hansabund

Die Hilfe

Jahrbuch des Hansabundes für das Jahr 1912. Berlin 1911

Jahresberichte des Volksvereins für das katholische Deutschland 1911/12
 Korrespondenz des Bundes der Landwirte
 Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
 Mitteilungen an die bayerischen Geschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland
 Mitteilungen an die Geschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland
 Mitteilungen der Zentralstelle der rheinischen Zentrumspartei
 Mitteilungen der Zentralstelle der westfälischen Zentrumspartei
 Sozialistische Monatshefte
 Die Neue Zeit
 Sozialdemokratische Partei-Correspondenz
 Die Parteien. Urkunden und Bibliographie der Parteienkunde. Beihefte zur Zeitschrift für Politik, 1911/1912
 Oberrheinisches Pastoralblatt
 Präses-Korrespondenz
 Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt
 Schultheß' Europäischer Geschichtskalender
 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
 Das Zentrum

V. Berichte, Protokolle, Handbücher

Anweisung für die Geschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland. Mönchengladbach 1903.
 Anweisung für die Vertrauensmänner des Volksvereins für das katholische Deutschland. Mönchengladbach 1891.
 Das Arbeitsprogramm des Volksvereins für das katholische Deutschland. 1—17. Brief. Mönchengladbach o. J.
 Der bayerische Bauernverein und seine Zentralstelle im Jahre 1912. Regensburg 1912.
 Stenographische Berichte der Verhandlungen des preußischen Hauses der Abgeordneten.
 Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Reichstags.
 Der Allgemeine Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen. Berlin 1909.
 Fünfter Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen. Berlin 1910.
 Außerordentlicher Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen. Berlin o. J. (1909).
 Agrarisches Handbuch. 3. Aufl. Berlin 1911.
 Politisches Handbuch der nationalliberalen Partei, 1. Nachtrag. Berlin 1910.
 Handbuch der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs zur Reichstagswahl 1912. Stuttgart o. J.
 Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Berlin o. J.
 Deutscher Handlungsgehilfenverband. Bericht und Abrechnung für die Geschäftsjahre 1911 und 1912. Hamburg 1913.
 Deutscher Handlungsgehilfenverband. Verhandlungsschrift nebst Rednerliste über den 12. Verbandstag am 19. Juni 1911 in Breslau. Hamburg 1911.
 Hillgers Wegweiser für die Reichstags-Wahl 1912. Berlin/Leipzig 1911.
 Programmatische Kundgebungen der nationalliberalen Partei 1866—1913. Berlin 1913.
 Mentor für die Reichstagswahlen 1912. Oldenburg o. J.
 Erster Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Berlin am 6. März 1910. Berlin 1910.
 Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim, 5.—7. Oktober 1912. Berlin 1912.
 Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1908—1912.

- Amtliches Reichstags-Handbuch. — 12. Legislaturperiode. Berlin 1907, und 13. Legislaturperiode. Berlin 1912.
- Rüstzeug zur Reichstagswahl! Berlin 1911.
- Rundschreiben an die Geschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland. Mönchengladbach o. J.
27. Schrift des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig. Verbandstag 1911, abgehalten am 5. und 6. August zu Cöln am Rhein. Leipzig 1911.
- Schroeder, *Wilhelm*: Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863—1909. München 1910.
- Sozialpolitische Standesschau über die Jahre 1911 und 1912, verhandelt im Ausschuß des deutschen Handlungsgehilfentages am 17., 18., 19. April 1913. Hamburg 1913.
- Vademecum zur Reichstagswahl 1912, hrsg. von dem Hauptverein der Deutsch-Konservativen. Berlin 1911.
12. allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 1. und 2. Oktober 1910 in Kassel. Berlin 1910.
13. allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 19. November 1911 in Berlin. Berlin 1911.
14. allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 12. März 1912 in Berlin. Berlin 1912.
- Wie beseitigt man am besten die Vorurteile und Einwände gegen den Volksverein auf dem Lande? Vortragsskizze Nr. 12. Mönchengladbach o. J.
- Klaues Wahl-ABC des Bundes der Landwirte für die Reichstagswahl 1912. Berlin o. J.
- Weinhausen, *Friedrich*: Politische Organisationskunde (*Patria*, Jahrbuch der Hilfe, 12. Bd., 1912, S. 27—41).
- Wenck, *Martin*: Handbuch für liberale Politik. Berlin 1911.
- Windthorstkalender für 1910. Taschenbuch für alle Anhänger der Zentrumsparlei, besonders für die Mitglieder des Windthorstbundes. o. O. o. J.

VI. Programm- und Agitationsschriften

- Arminius*: Die Sozialdemokratie, wie sie leibt und lebt! Nur nach sozialdemokratischen Selbstzeugnissen. Berlin 1911.
- Bachem, Julius*: Wir müssen aus dem Turm heraus (*Historisch-Politische Blätter* 1906, S. 376 bis 386, 503—513).
- Der Deutsche Bauernbund, seine Entstehung und seine Ziele. Berlin 1911.
- Bechly, Hans*: Deutschnationale Handlungsgehilfenbewegung und die politischen Parteien. Vortrag. Hamburg 1911.
- Blaustein, Arthur*: Von der Uneinigkeit der Liberalen bei den Reichstagswahlen 1867—1910. München 1911.
- Block, Paul*: Die deutschen Gewerkvereine. München 1911. (Volksschriften des Nationalvereins für das liberale Deutschland, 24.)
- Böhme, Karl*: Deutsche Bauernpolitik. Würzburg 1911.
- Bueck, Henry Axel*: Weshalb die Industrie der Rießerschen Parole ‚Kampf gegen Rechts‘ nicht folgen soll. Berlin 1911.
- Bürger, Kurt*: Die Agrardemagogie in Deutschland. Groß-Lichterfelde 1911.
- Bürger, Kurt*: Antisemiten-Spiegel. Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechtes und der Wissenschaft. Berlin/Frankfurt a. M. 1911.
- Bürger heraus! Ausgewählte Reden des Präsidenten Dr. Rießer. 3. Aufl. Berlin 1912.
- Eckart Siegfried (Rudolf Franz)*: Warum ich kein Sozialdemokrat bin! Eine Streitschrift. München 1910.

- Erdmann, August*: Die Schwarzgelben. Eine Kritik der christlichen Gewerkschaften. Vortrag. Düsseldorf 1911.
- Erdmann, August*: Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner. Berlin 1911.
- Erdmann, August*: Für Wahrheit, Recht und Freiheit! Das Zentrum im Urteile seiner Partei- und Glaubensgenossen. Düsseldorf 1911.
- Erkelenz, Anton*: Die freiheitlich-nationale Arbeiterbewegung. München 1910.
- Erzberger, Matthias*: Müssen wir Zentrum wählen? Die Zentrums politik im Lichte der Wahrheit. Berlin 1911.
- Gasteiger, Michael*: Die christliche Arbeiterbewegung in Geschichte und Arbeit dargestellt. Hamm 1914 (Frankfurter zeitgemäße Broschüren XXXIII, H. 5).
- Gasteiger, Michael*: Die gelben Gewerkschaften, ihr Werden und ihr Wesen. München 1909.
- Germanikus (Fritz Stephan Neumann)*: Ein Spiegelbild des Zentrums. Berlin 1911.
- Gerstenberger, Liborius*: Der Reichstagsvetter. Winterabendgespräche in der Bauernstube. Zur Unterhaltung und Belehrung über die kommenden Reichstagswahlen. Würzburg 1911.
- Die Gewinnung der Jugend für die Windthorstbunde. Köln o. J.
- Grabowsky, Adolf*: Der Kulturkonservatismus und die Reichstagswahlen. Berlin 1912.
- Gradnauer, Georg*: Wahlkampf, die Sozialdemokratie und ihre Gegner. o. O. 1911.
- Handlungsgehilfen, technische Angestellte und Reichstags-Wahl! Berlin 1911.
- Was haben wir am Hansabund? Mönchengladbach 1910.
- Hermann, Ludwig*: Zentrum und Vaterland. Eine Abhandlung zum Nachweis des patriotischen und staats erhaltenden Charakters der Zentrums partei. Cöln 1911.
- Herz, Ludwig*: Reichsfinanznot, Reichsfinanzreform, Reichspolitik. Berlin 1911.
- Sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wirklich neutral? Bochum 1908.
- Hirtsiefer, Heinrich*: Die gelben Werkvereine, eine Gefahr für die deutschen Arbeiter. Vortrag. o. O. 1912.
- Welches Interesse haben die gebildeten Katholiken an der christlichen Gewerkschaftsbewegung? Mönchengladbach 1911.
- Vierzig Jahre Zentrum! Berlin 1911.
- Jung, J.*: Die christliche Weltanschauung und die christlichen Gewerkschaften. (Monatsschrift für christliche Sozialreform, Januar 1911).
- Just, A.*: Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine, seine Geschichte und sein Arbeiten. 2. Aufl. o. O. 1913.
- Kaempff, Johannes*: Reden und Aufsätze. Berlin 1912.
- Käser, Engelbert*: Der Sozialdemokrat hat das Wort! Die Sozialdemokratie beleuchtet durch die Aussprüche der Parteigenossen. 4. Aufl. Freiburg i. Br. 1911.
- Im Kampf um Deutschlands Zukunft. Von einem ostpreußischen Freikonservativen. Berlin 1911.
- Kautsky, Karl*: Taktische Strömungen in der Sozialdemokratie. Berlin 1911.
- Kerschensteiner, Georg*: Wir und der Staat. München 1912.
- Kipper, Joseph*: Die Windthorstbunde, ihre Entstehung, ihre Ziele und ihre Tätigkeit. Hamm 1906 (Frankfurter zeitgemäße Broschüren XXV, H. 11).
- Koehler, Kurt*: Centralverband oder Hansabund. Eine wirtschaftspolitische Studie. Leipzig 1912.
- Koehler, Kurt*: Die Industrie, die politischen Parteien und die moderne Sozialpolitik. Leipzig 1910.
- Kolb, A.*: Die Neueinteilung der Reichstags-Wahlkreise nach einem neuen Vorschlag. Würzburg 1911.
- Kolb, Wilhelm*: Die Taktik der badischen Sozialdemokratie und ihre Kritik. Karlsruhe 1910.
- Krauß-Düren, J. B.*: Der Reichstags-Wahlkampf 1911/12. Darstellung und Kritik der politischen Ereignisse seit den Reichstags-Wahlen von 1907. Cöln 1911.
- Kunze, D. Dr. Joh.*: Die Stellung des Liberalismus zu Christentum und Königtum. o. O. 1911.

- Lohan, Max*: Bassermann: der Nationalliberalismus von heute. Hamburg 1911.
- Meerfeld, J.*: Kaiser, Kanzler, Zentrum. Berlin 1911.
- Müller-Meiningen, Ernst*: Wohin geht der Weg. München o. J.
- Müller-Meiningen, Ernst und Naumann, Friedrich*: Gegenwart und Zukunft des deutschen Liberalismus. München 1909.
- Naumann, Friedrich*: Freiheitskämpfe. Berlin 1911.
- Naumann, Friedrich*: Die politischen Parteien. Vorträge. Berlin 1910.
- Nestriepke, Siegfried*: Was ist, was will die Demokratische Vereinigung? Berlin 1911.
- Ohr, Wilhelm*: Der neue Weg. Ein Bericht über die Tätigkeit des Nationalvereins für das liberale Deutschland. München 1910.
- Pieper, August*: Katholische Frauen, schließt euch dem Volksverein an! Mönchengladbach o. J. (Vortragsskizze 15).
- Pieper, August*: Der Volksverein für das katholische Deutschland. o. O. o. J.
- Pieper, August*: Das Zentrum und die wachsende gewerbliche Bevölkerung. Nach den Reichstagswahlen 1912 (Präsides-Korrespondenz, 25. Jg. H. 3/4, 1912, S. 65—78).
- Proft, F. v.*: Bettinger und die Sozialdemokratie. Die Wahlkompromisse zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Pfalz (1899—1909). München 1913.
- Reichstagsreden und sonstige politische Tätigkeit unseres Reichstagsabgeordneten Jan F. Fegter. Norden 1911.
- Reiswitz, W. H. G. v.*: Die politische Organisation des Unternehmertums. Berlin 1909.
- Rießer, Julius*: Der Hansabund. Jena 1912.
- Rüffer, Paul*: Der kleine Agitator. Ein Hilfsbuch für christlich-soziale Werbetätigkeit. Dillenburg 1909.
- Schmidt, Wilhelm*: „Großblock“ oder „bürgerlicher Block“? Ein politischer Wegweiser für alle rechts-stehenden Wähler in Baden. Heidelberg o. J.
- Liberaler Selbstmord? Von einem alten Liberalen. Berlin 1909.
- Warum mußt du Sozialdemokrat sein? Berlin 1911.
- Springer, August*: Frankfurter Eindrücke (Politischer Ausbildungskurs). München o. J.
- Staatsbürger-Vorträge. Heft 1: Staats- und Parteiwesen. 1911; Heft 2: Die deutsche Sozialdemokratie. — Die christlich-nationale Arbeiterbewegung. — Aus Deutschlands Wirtschaftsentwicklung. 1912.
- Stiegerwald, Adam*: Gewerkschaftliche Arbeit. Die christliche Arbeiterbewegung. Skizze. o. O. o. J.
- Steinmann-Bucher, Arnold*: Über Industriepolitik. Berlin 1910.
- Sünden des Freisinns. Material zur Bekämpfung der fortschrittlichen Volkspartei. Berlin 1911.
- Varnholt, F.*: Arbeiter und Organisation. München 1911.
- Die Wirtschaftliche Vereinigung und ihr Verhalten bei der Finanzreform. München 1911.
- Vetter, J.*: Wahlsünden! Ein ernstes Wort an die christlichen Wähler Deutschlands. Geisweid 1912.
- Die Fortschrittliche Volkspartei im neuen Reichstag. Berlin 1911.
- Wahllügen der bürgerlichen Parteien. Eine Sammlung und Widerlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen. 2. Aufl. Berlin 1911.
- Wen wähle ich? Aufklärungen zur Reichstags-Wahl für das deutsche Volk. Berlin 1911.
- Wendorff, H.*: Die wahren und falschen Freunde der Landwirtschaft. Berlin 1911.
- Zentrum und Sozialdemokratie in Baden. Eine Aufklärung über Wackers Sammlungspolitik. München 1911.
- Vorwärts Zentrum! Ein Eroberungsgedanke in der Zentrumspartei. Köln o. J.
- Der Zentrumswähler. Politischer Kalender für das Jahr 1912. o. O. 1911.
- Zietz, Louise*: Die Frauen und der politische Kampf. Berlin 1911.

Zietz, Louise: Die Frauen und die Reichstags-Wahlen. Politische Gespräche zwischen zwei Frauen. Leipzig 1911.

VII. Sonstige Quellen und Darstellungen

Arnim, Hans v., und Below, Georg v.: Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien. Berlin 1925.

Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Bd. VII (1907—1912). Köln 1930.

Bellot, Joseph: Hundert Jahre politisches Leben an der Saar unter preußischer Herrschaft (1815—1918). Bonn 1954.

Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 10. Aufl. München 1960.

Bethmann Hollweg, Theobald v.: Betrachtungen zum Weltkriege. 2 Bde. Berlin 1919—1922.

Blaustein, Arthur: Die stärkere parlamentarische Vertretung der bevölkertsten Wahlkreise (Hansa-Bund, Nr. 1). 1912.

Block, Rudolf: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München 1911.

Böck, A.: Die Berufsgliederung der Reichstagswahlkreise. Eine politisch-statistische Studie. Memmingen 1911.

Booms, Hans: Die Deutschkonservative Partei. Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff. Düsseldorf 1954.

Brandenburg, Erich: Fünfzig Jahre Nationalliberale Partei 1867—1917 (Historische Zeitschrift 119, S. 62 ff.). 1917.

Braunias, Karl: Das parlamentarische Wahlrecht. 2 Bde. Berlin/Leipzig 1932.

Buchheim, Karl: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland. München 1953.

Bülou, Bernhard Fürst v.: Denkwürdigkeiten. 4 Bde. 1930/31.

Cardauns, Hermann: Karl Trimborn. Nach seinen Briefen und Tagebüchern (Sammlung von Zeit- und Lebensbildern, XXXI). 1922.

Dallwitz, Hans v.: Aus dem Nachlaß des ehemaligen Kaiserlichen Statthalters von Elsaß-Lothringen, früheren preußischen Ministers des Innern v. Dallwitz, hg. v. Albert Mutius (Preußische Jahrbücher, Bd. 214, 1928, S. 1—22, 147—166, 290—303).

Denzinger, Heinrich: Enchiridion symbolorum et definitionum. 29. Aufl. 1954

Dix, Arthur: Der Bund der Landwirte. Entstehung, Wesen und politische Tätigkeit. Berlin o. J.

Dix, Arthur: Die deutschen Reichstagswahlen 1871—1930 und die Wandlungen der Volksgliederung (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, 77). Tübingen 1930.

Ehrenfeuchter, Bernhard: Politische Willensbildung in Niedersachsen zur Zeit des Kaiserreiches. Ein Versuch auf Grund der Reichstagswahlen von 1867—1912, insbesondere seit 1890. Diss. Göttingen 1951.

Eschenburg, Theodor: Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block. Berlin 1929.

Franz, Günther: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867—1949. 2. Aufl. Bremen 1953.

Gagel, Walter: Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848—1918. Düsseldorf 1958.

Gerlach, Hellmut v.: Erinnerungen eines Junkers. Berlin 1924.

Haberland, Brigitte: Die Innenpolitik des Reiches unter der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs 1909—1914. Diss. Kiel 1950.

Hartung, Fritz: Volk und Staat in der deutschen Geschichte. Leipzig 1940.

Hatschek, Julius: Das Parlamentsrecht des Deutschen Reiches. Berlin/Leipzig 1915.

Heuß, Theodor: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Stuttgart 1937.

Herzfeld, Hans: Paul Lensch (Ausgewählte Aufsätze. Festgabe zum siebzigsten Geburtstage, dargebracht von seinen Freunden und Schülern. Berlin 1962).

- Horn, Hannelore*: Der Kampf um den Bau des Mittellandkanals. Eine politologische Untersuchung über die Rolle eines wirtschaftlichen Interessenverbandes im Preußen Wilhelms II. Diss. Berlin 1958.
- Hundhammer, Alois*: Geschichte des Bayerischen Bauernbundes. o. O. 1924.
- Kalkoff, Hermann*: Nationalliberale Parlamentarier 1867—1917 des Reichstages und der Einzel- landtage. Beiträge zur Parteigeschichte. Berlin 1917.
- Kiesenwetter, Otto v.*: Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes. Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte zum 18. Februar 1918. Berlin 1918.
- Koch, Walter*: Volk und Staatsführung vor dem Ersten Weltkriege. Diss. Bonn. Stuttgart 1935.
- Kudera, Lucian*: Der Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken in der Publizistik (1900 bis 1914). Diss. Münster 1957.
- Lederer, Emil*: Die sozialen Organisationen. 2. Aufl. Berlin 1922.
- Lederer, Emil*: Die wirtschaftlichen Organisationen und die Reichstagswahlen. Tübingen 1912.
- Liebert, Eduard v.*: Aus einem bewegten Leben. Erinnerungen. München 1925.
- Meinecke, Friedrich*: Straßburg, Freiburg, Berlin 1901—1918. Erinnerungen. Stuttgart 1949.
- Molt, Peter*: Der Reichstag vor der improvisierten Revolution. Köln/Opladen 1963.
- Müffelmann, Leo*: Die moderne Mittelstandsbewegung. Leipzig 1913.
- Müller-Meiningen, Ernst*: Parlamentarismus. Betrachtungen, Lehren und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten. Berlin/Leipzig 1926.
- Mumm, Reinhard*: Der christlich-soziale Gedanke. Bericht über eine Lebensarbeit in schwerer Zeit. Berlin 1933.
- Muncy, Lybeth Walker*: The Junker in the Prussian Administration under William II., 1888—1914. Providence 1944.
- Nipperdey, Thomas*: Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland vor 1918 (Historische Zeitschrift 185, S. 550—602). 1958.
- Nipperdey, Thomas*: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961.
- Oldenburg-Januschau, Elard v.*: Erinnerungen. Leipzig 1936.
- Payer, Friedrich*: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Frankfurt 1923.
- Rehm, Hermann*: Deutschlands politische Parteien. Ein Grundriß der Parteienlehre und der Wahlsysteme. Jena 1912.
- Ritter, Emil*: Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein. Köln 1954.
- Ritter, Gerhard A.*: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890—1914. Berlin 1959.
- Rosenbaum, Louis*: Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preußischen Parlamenten 1847—1919. Frankfurt 1923.
- Scheffler, Wolfgang*: Entwicklung und Lösung des Diätenproblems in England und Deutschland. (Eine politologische Studie zur Demokratisierung des Parlamentarismus). Diss. Berlin 1956.
- Scheidemann, Philipp*: Memoiren eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Dresden 1928.
- Schiffer, Eugen*: Ein Leben für den Liberalismus. Berlin 1951.
- Schlegelmilch, Margarete*: Die Stellung der Parteien des Deutschen Reichstages zur sogenannten Daily-Telegraph-Affaire und ihre innerpolitische Nachwirkung. Diss. Halle 1936.
- Schmoller, Gustav*: Zwanzig Jahre deutscher Politik (1897—1917). Aufsätze und Vorträge. München/Leipzig 1920.
- Schönke, Adolf*: Strafgesetzbuch, Kommentar, 4. Aufl. München/Berlin 1949.
- Schorske, Carl E.*: German social democracy, 1905—1917: the development of the great schism. Diss. Harvard 1949/50.
- Schroeder, Wilhelm*: Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation. (Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung, Heft 4 u. 5). Dresden 1912.

- Schulz, Gerhard*: Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung (Politische Vierteljahresschrift, 2. Jg., Heft 2) 1961.
- Seidel, Richard*: Gewerkschaften und politische Parteien in Deutschland. Berlin 1928.
- Severing, Carl*: Mein Lebensweg. Köln 1950.
- Stillich, Oskar*: Die politischen Parteien in Deutschland. 2 Bde. Leipzig 1908/1911.
- Teschemacher, Hans*: Reichsfinanzreform und innere Reichspolitik 1906—1913. Ein geschichtliches Vorspiel zu den Ideen von 1914. Berlin 1915.
- Thimme, Friedrich (Hg.)*: Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten. München 1931.
- Tille, Alexander*: Die Berufstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes. Berlin 1910.
- Varain, Heinz Josef*: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890—1920). Düsseldorf 1956.
- Vogel, Georg*: Die Konservativen und die Blockpolitik Bülows. Diss. Berlin 1925.
- Wehler, Hans-Ulrich*: Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918 (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 48) 1961.
- Wermuth, Adolf*: Ein Beamtenleben. Erinnerungen. Berlin 1922.
- Wetterlé, Abbé E.*: Les coulisses du Reichstag. o.O. 1919.
- Zmarzlick, Hans-Günther*: Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909—1914. Düsseldorf 1957.

Verzeichnis der Abkürzungen

A	= Antisemit
AB	= Stenogr. Berichte der Verhandlungen des preußischen Hauses der Abgeordneten
BAK	= Bundesarchiv Koblenz
BBB	= Bayerischer Bauernbund
BdL	= 1. Bunde der Landwirte, 2. gleichnamiges Organ des Bundes
Chr. Soz.	= Christlich-Sozial
D	= Däne
DBB	= 1. Deutscher Bauernbund, 2. gleichnamiges Organ des Bundes
DK	= Deutschkonservative
Dt. Soz.	= Deutsch-Sozial
DTZ	= Deutsche Tageszeitung
FK	= Freikonservative
FVP	= Fortschrittliche Volkspartei
FZ	= Freisinnige Zeitung
HAB	= Geheimes Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
HB	= 1. Hansabund, 2. gleichnamiges Organ des Bundes
HC	= Hannoverscher Courier
JB	= Jungliberale Blätter
Jb	= Jahrbuch
KB	= Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
KBdL	= Korrespondenz des Bundes der Landwirte
KK	= Konservative Korrespondenz
KVZ	= Kölnische Volkszeitung
KZ	= Kölnische Zeitung
LVZ	= Leipziger Volkszeitung
MdrZ	= Mitteilungen der Zentralstelle der rheinischen Zentrumspariei
MdwZ	= Mitteilungen der Zentralstelle der westfälischen Zentrumspariei
NAZ	= Norddeutsche Allgemeine Zeitung
NB	= Nationalliberale Blätter
NL	= Nationalliberale
NL	= In Zusammenhang mit einem Namen: Nachlaß
NZ	= Die Neue Zeit
P	= Pole
PrJbb	= Preußische Jahrbücher
RB	= Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Reichstags
RFP	= Reformpartei
RP	= Reichspartei
SC	= Sozialdemokratische Partei-Correspondenz
SM	= Sozialistische Monatshefte
SPD	= Sozialdemokratie
STAK	= Staatsarchiv Koblenz
STAS	= Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Vorw	= Vorwärts
Voß	= Vossische Zeitung
W	= Welfe
WVG	= Wirtschaftliche Vereinigung
Z	= 1. Zentrum, 2. gleichnamiges Organ des Verbandes der Windthorstbunde
ZB	= Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
ZGS	= Zeitgeschichtliche Sammlung

Personenregister

- Aschoff, Ludwig 142
 Bachem, Karl 16, 94, 145, 172, 176, 184
 Bachem, Robert 176
 Bachem, Julius 22, 34 ff., 43, 45
 Ballin, Albert 121
 Barth, Theodor 68
 Bassermann, Ernst 8, 36 f., 49, 50, 61 f., 64, 70, 73, 78, 104, 120, 186, 203, 211, 237 f., 249, 251
 Bassewitz-Levetzow, Karl Graf von 135
 Bebel, August 36 f., 49, 50, 55 ff., 59 ff., 120, 150, 233
 Becker-Sprendlingen, Jacob 33, 60, 118
 Behrens, Franz 112, 150
 Bernstein, Eduard 234
 Bethmann Hollweg, Theobald von 11, 16, 119, 120—124, 126 ff., 130 f., 133 f., 138, 204, 245, 250, 254 f.
 Bieberstein, Ferdinand Rogalla von 37
 Bismarck, Otto Fürst von 59, 123, 171
 Bitter, Franz 22 f., 82
 Blaustein, Arthur 71, 245
 Bloch, Josef 55, 59
 Böhme, Karl 187 f.
 Borromäus, Carlo 24
 Brederick 17 f.
 Breitscheid, Rudolf 69, 204
 Bueck, Henry Axel 103, 107 ff., 130
 Bülow, Bernhard Fürst von 7—11, 23, 26, 54, 62, 70 f., 120, 138, 167, 176, 250
 Bürger, Kurt 99
 Burckhardt, Georg 195
 Chociszewski (Pole) 150
 Chrysant, Peter 153
 Dallwitz, Johann von 123, 128—131, 138, 255
 Delbrück, Clemens 124, 128, 131
 Dirksen, Willy von 118
 Düwell, Bernhard 203 f.
 Engels, Friedrich 50, 234
 Erzberger, Matthias 15, 26, 43 f., 148, 150, 176, 195
 Friedberg, Robert 37, 61 f.
 Friedrich (Bankdirektor, Zentrum) 105 f.
 Geck, Ernst Adolf 81
 Gerlach, Hellmut von 69
 Giesberts, Johann 185
 Goerke, Max 146
 Gothein, Georg 74, 131
 Gräfe, Emil Heinrich 189
 Graser (nationalliberal) 146
 Haase, Hugo 150
 Haeseler, Graf von 137
 Hahn, Diederich 28, 31, 36, 64, 188
 Halem, Gustav Adolph von 133
 Harden, Maximilian 121
 Harte (Deutscher Bauernbund) 140
 Haußmann, Conrad 66, 184 ff., 229
 Heckmann, Karl 112
 Heine, Wolfgang 51, 145, 234
 Heinze, Karl Rudolf 49
 Held, Theodor 146
 Herr, Paul 30
 Hertling, Georg von 14, 146
 Heuß, Theodor 222
 Heydebrand und der Lasa, Ernst von 16, 37 f., 41 f., 45, 48, 62, 92, 107, 131 f., 247
 Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm Freiherr von 33, 60, 118
 Hirschberg (Demokratische Vereinigung) 189
 Hilferding, Rudolf 234
 Hofrichter, Adolf Gustav Adalbert 150
 Hue, Otto 112
 Hugo, Otto 64
 Junck, Johannes 20, 49
 Kaempff, Johannes 203 f.
 Kautsky, Karl 50, 233 f., 248
 Kehren (Liberal) 152
 Ketteler, Wilhelm Emanuel von 177
 Kirdorf, Emil 104
 Koch (Nationalliberal) 71
 Kraetke, Reinhold 124
 Kröcher, Jordan von 188
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 130
 Legien, Carl 109
 Lehmann-Jena, Paul Emil 146, 165
 Leidig, Eugen 77
 Leuthner, Karl 55
 Liebert, Eduard von 7, 117

- Loebell, Friedrich Wilhelm von 17, 121, 224, 226, 235
 Löscher, Richard 146
 Luxemburg, Rosa 59, 233
- Marquart, Felix 153
 Marx, Karl 50
 Maurenbrecher, Max Heinrich 52
 Mehring, Franz 50, 59, 233, 248
 Meinecke, Friedrich 142
 Mommsen, Karl 224
 Müller-Meiningen, Ernst 166, 195, 228
 Mugdan, Otto 48
- Naumann, Friedrich 14, 32, 50 f., 70, 77, 182 f., 193, 197, 248
- Oeser, Rudolf 184
 Ohr, Wilhelm 69
 Oldenburg-Januschau, Elard von 16, 18, 38, 45, 93 f.
 Oppersdorff, Hans Georg Graf von 23, 91, 146, 150, 176
 Oriola, Waldemar Graf von 33
- Paasche, Hermann 51
 Pachnicke, Hermann 48, 172
 Payer, Friedrich 120
 Pfannkuch, Wilhelm 145
 Poensgen, Oskar 141
 Pollender (Sozialdemokrat) 228
 Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von 132, 140, 141, 152, 153
 Potthoff, Heinz 125
 Praschma, Hans Graf von 16, 45, 94
- Quessel, Ludwig 52
- Raab, Friedrich Wilhelm Carl Ernst 242
 Rahardt (Deutsche Mittelstandsvereinigung) 107, 116
 Rheinbaben, Georg Freiherr von 109, 130, 137 f., 236
 Richter, Eugen 67
 Rießer, Jakob 103 f., 107, 155
- Roeren, Hermann 22 f., 82
 Roesicke, Gustav 31, 138, 239
 Rötger (Zentralverband) 104
- Sauermann, Franz 113
 Savigny, Karl von 132
 Scheidemann, Philipp 233
 Schiffer, Eugen 61, 107, 140, 186, 189, 204, 224, 226, 235, 249
 Schippel, Max 51
 Schorlemer-Lieser, Clemens A. Freiherr von 138
 Schröder, Rudolf 18
 Schultz, Georg 92
 Schultze-Gavernitz, Gerhart von 142, 186
 Schwartz, Eduard 143
 Schwerin-Löwitz, Hans Graf von 15, 38 ff.
 Steinmann-Bucher, Arnold 30, 103
 Stresemann, Gustav 49
 Strosser, August 204
- Träger, Albert 150, 184
 Traub, Gottfried 77, 140
 Treuenfels, Carl Friedrich Georg von 38
 Trimborn, Carl 22, 26, 184, 237
- Valentin, Veit 143
 Vigener, Fritz 143
- Wacker, Theodor 81, 144, 204 f.
 Wachhorst de Wente, Friedrich Wilhelm 189
 Wahnschaffe, Arnold 122
 Waldow, Wilhelm von 136
 Wangenheim, Conrad Freiherr von 36, 138
 Weber-Löbau, Karl Wilhelm August 49, 153, 202
 Werner (Pfarrer) 198
 Westarp, Kuno Graf von 227
 Wiemer, Otto 224, 226, 228, 232, 242
 Wilhelm II., Kaiser 8—11, 102, 122
 Windthorst, Ludwig 177
 Worthley, Stuart 8
- Zedlitz und Neukirch, Friedrich Wilhelm Freiherr von 20, 39, 42
 Zeppelin, Ferdinand Graf von 140

VERZEICHNIS DES INHALTS

Vorwort	5
Einleitung – Der zwölfte Reichstag (1907—1912)	7
I. Teil – Die politischen Kräfte	13
1. Kapitel – Der „schwarzblaue Block“	13
2. Kapitel – Die Opposition.	48
3. Kapitel – Zwischen den Blöcken	79
4. Kapitel – Die Verbände	96
5. Kapitel – Behörden und Parteien	119
II. Teil – Die Wahl.	139
6. Kapitel – Vom Kandidaten zum Abgeordneten	139
7. Kapitel – Der Wahlkampf	167
8. Kapitel – Das Wahlergebnis	205
Schluß – Zusammenfassung	250
Verzeichnis des Schrifttums	262
Verzeichnis der Abkürzungen	271
Personenregister	272